

4^o por. 103^a (1818)



Am t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

1. Stück.

Merseburg, den 5. Januar 1818.



II.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nach einem Rescripte des Königl. Hohen Finanz-Ministeriums vom 1ten v. M. No. 1. ist es bei dem fünften Departement des Königl. Kriegs-Ministerii zur Kenntniß gekommen, daß mehrere landwehr-Officiere in der irrigen Meinung stehen, den ihnen bewilligten zweijährigen halben Sold auch dann noch beziehen zu können, wenn sie inzwischen eine Civilversorgung und mit derselben ein fixirtes Einkommen erhalten haben. Nachweisung der seit 1816 u. künftighin im Civil angestellten Landwehr-Officiere.

Damit nun aus diesen irrigen Ansichten für das Königl. Interesse kein Nachtheil erwachse, ist es erforderlich, daß das genannte Departement von der erfolgten Civil-Anstellung der landwehr-Officiere genau unterrichtet werde, und wir fordern daher die sämtlichen Herren Landräthe, Geleits- und Accise-Commissarien, Districts-Steuer-Controllen, Kreis- und Bezirks-Steuer-Einnahmen hierdurch auf, binnen 14 Tagen obsehndlich eine Nachweisung einzufenden, in welcher ohne Ausnahme sämtliche Officiere und Militair-Beamte aufgenommen sind, die seit dem 1. Januar 1816 eine fixirte Civil-Anstellung erhalten und vorher entweder den ordnungsmäßigen halben Militair-Sold, oder Wartegeld bis zur anderweiten Anstellung bei der Armee, der Gensd'armee, bei Garnison-Bataillonen u. bezogen haben, oder etwa während der Civil-Anstellung noch einem Regimente angehört und dort Militair-Gehalt empfangen.

Ferner muß diese Nachweisung neben der Charge und dem Namen, noch die genaue Bezeichnung des Truppentheils, welchem der Angestellte früher angehört, so wie des Tages, von welchem ab das Civil-Gehalt gezahlt worden ist, enthalten.

Uebrigens ist eine solche Nachweisung bei allen künftighin vorkommenden Anstellungen der landwehr-Officiere einzureichen.

Merseburg, den 8. December 1817.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

No. 2. In dem Dorfe Möglenz im Liebenwerdaer Kreise, ist am 26. Juli d. J. ein Feuer ausgebrochen, durch welches in kurzer Zeit 34 Güter, die Kirche, die Schule und ein Gemeinde-Haus in Asche verwandelt wurden.

Da nun das Königl. Hohe Ministerium des Cultus und des öffentlichen Unterrichts zur Wiederaufhülse der auf diese Art ihres Eigenthums beraubten Einwohner des Dorfes Möglenz die Ausschreibung einer evangelischen Kirchen- und Haus-Collecte in der Provinz Sachsen zu bewilligen geruht; so wird solches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, und haben dem zu Folge

- 1) sämtliche Herren Prediger unseres Regierungs-Departements an einem der nächsten hierzu schicklichen Sonntage die Sammlung in der gewöhnlichen Maaße zu veranstalten, die eingegangenen Gelder an die Herren Superintendenden abzuliefern, welche dieselben mittelst Lieferscheins, wovon ein Duplicat hier einzureichen, an die hiesige Haupt-Instituten- und Communal-Casse einsenden werden.
- 2) Die Haus-Collecten sind in Gemäßheit der Bestimmungen in Betreff der Collecte für die Abgebrannten zu Ottenhausen vom 30. Juni d. J. im 28. Stück des diesjährigen Regierungs-Amtsblatts Nr. 202. einzusammeln und hierher einzusenden.

Merseburg, den 12. December 1817.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

No. 3. Es ist gesetzlich, daß alle jetzt im hiesigen Departement im Privat-Verlage erscheinenden Kalender der Censur der Königl. Kalender-Deputation in Berlin unterworfen werden.

Es wird demnach sämtlichen Privat-Verlegern von Kalendern zur Pflicht gemacht, der gedachten Kalender-Deputation die Manuscripte der zu verlegenden Kalender (versteht sich mit Ausnahme der Artikel, welche sie von gedachter Deputation selbst empfangen) vollständig mit Einschluß der Titel und etwaigen Vorberichte 12. zur Censur einzusenden, und zwar nicht später als den 1sten Julius des vorhergehenden Jahres, indem sonst die Deputation nicht im Stande ist, sie ihnen zeitig genug zum Druck und zu den etwaigen Abänderungen zurückzusenden.

Zugleich werden sämtliche Kalender-Verleger angewiesen, sogleich nach Vollen- dung des Drucks von jeder verlegten Kalender-Sorte zwei vollständige Exemplare gebunden an gedachte Kalender-Deputation zur Aufbewahrung einzusenden.

Merseburg, den 12. December 1817.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

No. 4. In mehreren Städten des hiesigen Regierungsbezirks wird den Einwohnern des Landes nicht gestattet, dasjenige, was sie von den zu den Wochenmärkten gebrachten Früchten und Vorräthen nicht verkaufen, wieder mit nach Hause zu nehmen.

No. 4. Es ist erlaubt, von den Wochenmärkten d.

indem es die Verkäufer abhält, die Märkte mit ihren Waaren zu besuchen und daher die Concurrenz der Verkäufer vermindert. te wieder mit nach Hause zu nehmen.

Wir fordern daher hierdurch die sämtlichen Herren Landräthe des hiesigen Regierungsbezirks auf, zu dessen gänzlicher Abstellung sofort die zweckdienlichsten Maaßregeln anzuordnen.

Merseburg, den 19. December 1817.

Königlich Preussische Regierung.

Die große Unordnung, mit welcher in diesem Quartale die Tabellen über die vorgefallenen Verbrechen eingegangen sind, nöthiget uns zu der Erklärung, daß im nächsten Quartale für jede, nicht zur bestimmten Zeit eingehende Tabelle die angebrochte Strafe unfehlbar sofort eingezogen werden wird. No. 5: Einreichung der Tabellen über vorgefallene Verbrechen.

Die Herren Landräthe werden also hiernach gegen ihre Unterbehörden verfahren.

Merseburg, den 19. December 1817.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Wir haben in Erfahrung gebracht, daß die Postillions es sich zur Gewohnheit gemacht haben, Fremde, welche sie fahren, in solche Gasthöfe zu bringen, wo sie das meiste Trinkgeld erwarten. No. 6. Gastwirthschaften dürfen den Postillionen keinen Trinkgeld geben.

Da nun durch dergleichen Mißbräuche eine Ueberschreitung der Fremden um so wahrscheinlicher entstehen muß, als die Gastwirthschaft an ihren Gästen wegen dergleichen Douceurs sich schadlos zu halten wissen werden; so weisen wir sämtliche Orts-Polizei-Bezirke unsers Regierungs-Departements hiermit an, dahin zu sehen, daß die in ihrem Geschäfts-Bezirk befindlichen Gastwirthschaft sich unter keinerlei Vorwande unterstellen, den Postillions, wenn sie ihnen reisende Fremde zubringen, das geringste Douceur zu verabreichen, widrigenfalls sie den fünffachen Betrag des gegebenen Douceurs als Strafe erlegen, und im Wiederholungsfalle in noch empfindlichere Strafe genommen werden sollen. Merseburg, den 25. December 1817.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Die ausdrückliche Bestimmung des Königl. Ministerii des Innern vom 6. August d. J., wonach Jeder, welcher sich gegen Bezahlung oder sonstige Vergeltung mit Curen des Viehs abgibt, ohne über seine Kenntnisse der Thierheilkunde geprüfet und als Thierarzt approbirt zu sein, gesetzmäßig bestraft werden soll, wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, damit jeder, der dem Publicum als Thierarzt nützlich zu werden gedenkt, sich bei den Medicinalcollegien zur Prüfung melden, oder wenn er schon zureichende Fähigkeitsatteste vorzuweisen hat, auf den Grund derselben die nachgesuchte Erlaubniß zur Veterinärpraxis erhalte. No. 7. Ausübung der Thierheilkunde.

Merseburg, den 24. December 1817.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

No. 8.
Grundsätze
des Verfalls
rechts bei polizeilichen
Untersuchungen.

Das Königliche Hohe Polizei-Ministerium hat in einer Verordnung vom 13. v. M. die Grundsätze, nach welchen bei polizeilichen Untersuchungen zu verfahren ist, zusammengestellt, und werden solche nachstehend zur allgemeinen Nachachtung bekannt gemacht.

I. den städtischen Polizeibehörden, und zwar sowohl den Polizei-Directorien, als den Magisträten gebührt die Untersuchung und Verurteilung der, von den Einwohnern des Polizeibezirks oder den in demselben sich aufhaltenden Personen begangenen, Contraventionen gegen Orts-Polizeigesetze, ohne Rücksicht auf etwaige sonstige Exemption der Contravenienten, und überhaupt in allen Orts-Polizeisachen, worunter die Fälle zu verstehen sind, in welchen das Interesse der Orts-Polizei vorwaltet oder gefährdet wird, oder eine, von der Orts-Polizeibehörde getroffene Anordnung und erlassene Verfügung übertreten ist. In ländlichen-Polizeisachen haben die Orts-Polizeibehörden zwar die polizeiliche Untersuchung, müssen jedoch die Acten der vorgesezten Königl. Regierung zur weiteren Verfügung einsenden.

II. Der Contravenient ist über die Contravention zwar summarisch, aber gründlich, vollständig, und wenn er minderjährig ist, in Gemäßheit der Circular-Verfügungen vom 6. April und 25. Juni d. J., mit Zuziehung seines Vormundes oder der Aeltern, zu vernehmen, mit seinen Einwendungen und Verteidigungsgründen zu hören, und im Leugnungs-falle der Beweis aufzunehmen. Die Nichtbefolgung dieser Vorschriften ist an der Polizeibehörde, welche sie verschuldet, nach aller Strenge zu ahnden.

Nach Verhältnis der Personen und des Gegenstandes ist der Contravenient schriftlich oder mündlich zu vernehmen, und im letzten Falle über seine Aussage eine Verhandlung aufzunehmen.

In ganz klaren und geringfügigen Fällen, wie z. B. bei versäumter An- und Abzugemeldung, wo es einer weiteren Untersuchung in der Regel nicht bedarf, kann zwar sogleich die Strafbestimmung erfolgen, es ist aber allemal dem Contravenienten nachzulassen, in einer ihm zu bestimmenden Frist seine etwaigen Einwendungen dagegen anzubringen, und wenn dies geschieht, nach Bewandnis der Umstände entweder sofort, oder nach vorgängiger Erörterung, ein Resolut darüber zu erteilen.

III. Nach geschlossener Untersuchung ist über die Freisprechung oder Verurteilung des Contravenienten ein Resolut, welches die wesentlichen Erfordernisse eines richterlichen Erkenntnisses haben muß, abzufassen. In demselben muß, wenn es nicht eine klare und einfache Sache betrifft, der Ausspruch selbst von den Gründen getrennt werden, und letztere müssen, außer dem Factum, das Gesetz, worauf die Verurteilung sich gründet, so wie die actenmäßige Darlegung der Verteidigungsgründe des Contravenienten und deren Prüfung und Beurteilung enthalten, auch sich über den polizeilichen Gesichtspunct verbreiten, um für den Fall einer Verurteilung auf gerichtliches Gehör, den künftigen Richter damit bekannt zu machen. Am Schlusse des Resolutes, welches dem

Contravenienten zu insinuiren oder persönlich zu publiciren ist, muß demselben eröffnet werden, welche Rechtsmittel ihm dagegen zustehen, und innerhalb welcher Frist er dieselben einzulegen hat.

So viel die Fassung des Resolutes betrifft; so müssen die Polizeibehörden sich auch dabei einer angemessenen und möglichst schonenden Schreibart befleißigen, und sich bestreben, den Verurtheilten von der Gesetzmäßigkeit des Ausspruchs zu überzeugen. Der Königl. Regierung liegt ob, die zu ihrer Kenntniß kommenden Verköpfe gegen diese Vorschriften strenge zu ahnden.

IV. Wenn der Contravenient bei dem Resolute sich beruhigt, so ist es ohne weiteres, bei Militair- Personen mit Beobachtung der Allerhöchsten Königl. Cabinetsordre vom 24. September 1812 (Gesetzsammlung von 1812, Seite 129, Nr. 157.) und des §. 244 des Anhanges der allgemeinen Verichtsordnung, zu vollstrecken.

V. Beruhigt sich der Contravenient aber nicht bei dem Resolute, so ist zu unterscheiden:

- a) ob die erkannte Strafe eine mäßige körperliche Züchtigung, vierzehntägige Einsperrung oder Strafarbeit, oder eine Geldstrafe von fünf Thalern übersteigt, oder
- b) ob sie dieses Strafmaß nicht überschreitet.

In dem, unter a gebachten, Falle steht dem Verurtheilten, nach seiner Wahl, sowohl die Berufung auf gerichtliche Untersuchung, als der Recurs an die, der erkennenden Polizeibehörde vorgesetzte, Königliche Regierung und von dieser an das Polizei-Ministerium zu; auch bleibt ihm, wenn er den letzten wählte, nachdem er beide Recurs-Instanzen durchgegangen, noch das Recht der Berufung auf gerichtliches Gehör, wogegen der Recurs auf die höhern Polizei-Behörden wegfallen muß, so bald die gerichtliche Untersuchung gewählt und darin gerichtlich erkannt worden ist.

In dem, unter b gebachten, Falle ist zwar die Berufung auf richterliches Gehör unzulässig; dem Contravenienten bleibt aber, die Strafe mag so unbedeutend sein, als sie wolle, unbenommen, an die, der erkennenden Orts-Polizeibehörde zunächst vorgesetzte, Königl. Regierung und demnächst an das Polizei-Ministerium zu recurriren. Der Verurtheilte muß sowohl den Recurs an die höhere Polizeibehörde, als die Berufung auf richterliche Entscheidung, innerhalb Zehn Tagen nach der Publication oder Insinuation des Resolutes, bei derjenigen Polizeibehörde anmelden, welche das Resolut erlassen hat, und diese hat, wenn die gerichtliche Untersuchung gewählt worden, dem betreffenden Gerichte sofort die Acten mitzutheilen, auf jeden Fall aber, so bald eines der gebachten Rechtsmittel innerhalb der bestimmten Frist angemeldet worden, der Vollstreckung des Resolutes Anstand zu geben, und, je nachdem das eine oder das andere Rechtsmittel gewählt worden, entweder durch Anträge bei der betreffenden Recursbehörde, oder durch Mittheilung mit dem betreffenden Gerichte zu verhüten, daß die Rechtsmittel bloß zur Verschleppung der Sache ge-

mißbraucht werden. Das Gericht, welchem die richterliche Entscheidung auf Verlangen eines, durch polizeiliches Resolut verurtheilten, Polizei-Contravenienten zukömmt, ist, in sofern nicht die besondere Verfassung einer Stadt darin eine Ausnahme macht, dasjenige, bei welchem der Contraventent seinen ordentlichen Gerichtsstand hat, mithin bei Amtssässigen das Stadtgericht, bei Eymirten das Ober-Landes-Gericht.

Merseburg, am 26. December 1817.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Verordnungen des Königlichen Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Gratificatio-
nen für die Ju-
stiz, Amtes,
Eubalternen.

Auf den gemeinschaftlichen Antrag des Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg und der Regierung zu Merseburg und Erfurt, unterstützt durch die geneigte Verwendung der Königl. Ministerien der Justiz und Finanzen, haben Sr. Majestät der König die bedeutende Summe von 7025 Thlr. — — zu Gratificationen für die Subalternen in den vormalis Sächsischen jetzt Preussischen Justiz-Ämtern in dem Departement des hiesigen Ober-Landes-Gerichts zu bewilligen, und auf die Hauptcassen der betreffenden Regierungen anzuweisen geruhet, welche nach einem deshalb entworfenen und genehmigten Vertheilungsplan, so bald die, durch immittelst eingetretene Veränderungen herbeigeführten, Arbeiten werden beendet sein, zur Auszahlung kommen werden. Dieser sprechende Beweis der Allerhöchsten Fürsorge für das durch die Zeitumstände leidende Interesse der Justiz-Officianten wird zum dankbaren Anerkennungniß der Recipienten und zugleich als Bescheidung auf mehrere deßfalls allhier eingegangene Gesuche andurch bekannt gemacht.

Naumburg, den 19. December 1817.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Am 29sten September d. J. in der Mittagsstunde befanden sich zu Pansfelde bei Ermsleben im Mansfelder Gebirgskreise die 6½ jährige Tochter, und der 4½ jährige Sohn des dasigen Einnehmers Probst in einer vor dem Dorfe stehenden Obsthütte, wo sie von ihrer Großmutter bei einem schon niedergebrannten Feuer, welches nur noch in der Asche glimmte, und noch überdies mit Rasen unlegt war, um ihnen in dem ganz nahen Busche einige Nüsse zu holen, auf kurze Zeit allein gelassen wurden. Während der Zeit ging jedoch die Hütte in Feuer auf, und es verbrannte das Mädchen bis auf die Knochen, der Knabe aber bis an den Oberleib, so daß er kurze Zeit, nachdem er gefunden und aus dem Feuer gezogen ward, starb.

Die Großmutter und Aeltern der verunglückten Kinder haben das Zeugniß großer Rechtllichkeit, Ordnung und Sorgsamkeit für sich, wir halten uns jedoch für verpflichtet, diesen schauerhaften Vorfall zur Warnung: wie gefährlich es unter allen Umständen sei, Kinder ohne Aufsicht zu lassen, hiermit öffentlich bekannt zu machen.

Merseburg, den 11. December 1817.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Ernennungen.

Von dem Königl. Hohen Finanz-Ministerium ist mittelst Rescripts vom 11ten v. M. den Königl. Domainen-Pächtern, Herrn Schulze zu Merseburg, Schier zu Preßsch, Hausding zu Mühlberg, Engelmann zu Schweinitz, Mettler zu Artern, Bieler zu Bornstädt, Wöcke zu Quersfurth, Lüttich zu Wimmelburg, Heinrich zu Schwemsal, Heising sen. zu Kloster-Pösa, Wagner zu Pätzsch, Wenzel zu Brachwitz, Bartels zu Friedeburg, und Kamprad zu Kothenburg, der Charakter als Ober-Amtmann und den Königl. Domainenpächtern Herrn Schmidt zu Burgliebenau, Hapner zu Gräfenhainichen, Rechenberg zu Greßin, Koch zu Kößsch, Scheumann zu Liebenwerda, Hebede zu Sachsenburg, Schmidt zu Schladebach und Wolff zu Langendorf der Charakter als Amtmann beigelegt worden.

Merseburg, am 5. December 1817.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

V e r z e i c h n i s s

aufgegriffener, mittelst Marschrouten und Transports aus den Königl. Preuß. Staaten verworfener Vagabonden.

1) Aus den Raumburger Stadtkreise.

Wegen ermangender Legitimation und Vagabondirens.

Johann Gottfried Müller, ein verabschiedeter Soldat, aus Hartmannsdorf bei Penig gebürtig, 51 Jahr alt, 5 Fuß 2 Zoll groß, hat schwarze Haare, bedeckte Stirn, schwarze Augenbraunen, braune Augen, spitze Nase, kleinen Mund, schwarzen Bart, rundes Kinn, rundes Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe; auf den Rücken und den beiden Oberarmen Narben von Spitzruthen, mit der Weisung die Königl. Preuß. Staaten, bei zweijähriger Zuchthausstrafe, nicht wieder zu betreten; über Zeig und Altenburg, nach Penig.

Der a d h w e i s u n g
 ber, in dem Monat November 1817, in den nachstehenden zum höchsten Maßgrade gethürtem Erdtem, bestanden
 Durchschnitte der Temperatur des Oertriches und anderer Lebensbedürfnisse, nachdem der Stand der Dinge.

Benennung der Ortschaften	Pölla.		Eisenbach.		Raasdorf.		Mitternberg.		Reichstadt.		Dorf.	
	Wert. Erdh.	Durch. Erdh.	Wert. Erdh.	Durch. Erdh.	Wert. Erdh.	Durch. Erdh.	Wert. Erdh.	Durch. Erdh.	Wert. Erdh.	Durch. Erdh.	Wert. Erdh.	Durch. Erdh.
1. Eisen	3.15	—	6.20	3	3.5	—	6.5	2	5.16	—	7	2
2. Raasdorf	3.5	—	6.1	4	3	—	5.16	7	3	9	—	6.12
3. Dorf	2.1	—	3.22	11	2	3	9	4	5	7	8	—
4. Dorf	1.9	—	2.15	11	1	9	—	2.15	11	1	2	—
5. Dorf	10	—	19	9	—	16	8	—	31	15	6	—
6. Dorf	3.8	—	6.11	—	4	8	—	8	9	6	3	20
7. Eisen	3.12	—	8.17	3	4	8	—	8	9	6	3	20
8. Eisen	1	—	1.22	6	1	—	1.22	6	1	—	1.22	6
9. Raasdorf	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10. Dorf	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11. Dorf	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Wien, am 10. December 1817.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

2. Stück.

Merseburg, den 10. Januar 1818.

Allgemeine Gesefssammlung.

Das 18te Stück der Gesefssammlung enthält:

- No. 431. Allerhöchste Declaration vom 3ten September 1817, betreffend die Ertheilung des Heirathscensens für die geringern und resp. über 60 Jahr alten Civilbeamten.
- No. 432. Verordnung vom 5ten October 1817, wegen Verwürkung des Landwehr-Kreuzes.
- No. 455. Verordnung vom 28sten October 1817, betreffend die Ernennung eines Substituten des Präsidenten im Staatsrath.
- No. 454. Allerhöchste Cabinetsordre vom 13ten November 1817, betreffend die Veränderungen und resp. Bestätigung der Abtheilungen des Staatsraths.
- No. 455. Verordnung vom 2ten December 1817, die Ernennung des Staatsministers von Klewisch zum Finanzminister und des wirklichen Geheimen Ober-Regierungsraths Friese zum Staatssecretair betreffend.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Den Administratoren und Pächtern Königl. Domainen-Güter im hiesigen Departement wird im Verfolg des Publ. candi vom 25. August 1816 bekannt gemacht, daß die den Producten- und Wirthschafts-Bedürfnissen der Königl. Preuß. Domainen-Güter bei ihrer Transportirung in und durch die Anhalt-Cöthenschen Lande zustehende Zollfreiheit nur bei bereits verkauften oder versagten rohen Wirthschaftsproducten, als: Getreide, Saar, Wolle, Rübsöl &c., wenn solche mit dem eignen Gespann der Domainen-Pächter und nicht durch lohnfuhrleute transportirt werden, nicht aber bei zubereiteten Wirthschaftserzeugnissen, als: Bier, Brandwein, Essig &c. statt findet; wornach sich daher die Domainen-Beamten bei Nachsichung und Anwendung von Zollfreipässen durchs Herzogthum Anhalt-Cöthen zu achten haben.

Merseburg, den 17. December 1817.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 9.
Wenn Domainen, Erzeugnisse zollfrei durch die Anhalt, Cöthenschen Lande gehen.

Nr. 10.
Einreichung
der Todten-
scheine üb. ver-
storbene Pen-
sionaire.

Durch unsere Circular-Verfügung vom 8. December v. J. §. 10. sind sämt-
liche mit Pensions-Zahlungen beauftragte Cassen in den Herzoglich Sächsischen lan-
desanteilen des hiesigen Regierungsbezirks aufgefodert worden, den an uns zu er-
stattenden Anzeigen über die verstorbenen Pensionaire, die betreffenden Todtenscheine
beizufügen. Diese Bestimmung wird nun aber hiermit dahin abgeändert, daß die
von den Hinterbliebenen verstorbenen Pensionaire oder Wartegeld-Empfänger einzu-
ziehenden Todtenscheine künftig nicht mehr an uns, sondern unmittelbar an die Regie-
rungs-Hauptcasse hieselbst einzusenden sind, auch werden vorbemerkte Cassen hier-
durch angewiesen, der unterm 18. September d. J. von unserer Hauptcasse an selbige
dieserhalb erlassenen Instruction, als der Sache angemessen, Folge zu leisten. Dessen
obgeachtet aber müssen nach wie vor von den Herren Landräthen und in den Herzog-
lich Sächsischen landesanteilen, auch von den Cassen die eintretenden Sterbefälle
und sonstige mit den Pensionaire oder Wartegeld-Empfängern vorgehende Verände-
rungen unverzüglich bei uns angezeigt werden.

Merseburg, den 18. December 1817.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 11.
Die Liquidati-
onen der Me-
dicinalbeam-
ten.

Nach den Bestimmungen des hohen Ministerii des Innern vom 8. und 25. Octo-
ber v. J. wird in Hinsicht der Gebühren und Zuhrkosten, welche besoldete Medicinal-
beamte liquidiren können, mit Bezug auf Nr. 58. St. 8. des Amtsblatts 1816 und
Nr. 154. St. 15. d. J. folgende Norm näher vorgeschrieben:

- 1) Die Medicinaltage vom 21. Juni 1815 schreibt blos die Höhe der Gebühren-
sätze vor, in soweit sie überhaupt zu bezahlen sind.
- 2) Diäten für besoldete Sanitätsbeamte sind blos als Entschädigungen für den
durch die Entfernung von der Heimath erwachsenen größeren Aufwand anzusehn.
- 3) Ueberhaupt können Gebühren in der Regel nur von vermögenden Privatper-
sonen, die solche verursachen, nicht aber aus öffentlichen Fonds, mit Einschluß
der Communalfonds und der Privat-Jurisdictionsfonds an besoldete Officia-
ten entrichtet werden.
- 4) Ein besoldeter Sanitätsbeamter, erhält, wie jeder andere Officiant im Allge-
meinen und besonders in Criminalfällen für die in seinem Wohnort vorgehen-
men Officialgeschäfte keine Diäten.
- 5) In den Fällen, wo den Privatpersonen nach Vorschrift der Geseze von den Ge-
richten Befreiung von Stempeln und Sporteln zugesandt werden muß, können
auch besoldete Physici und besoldete gerichtliche Wundärzte von denselben keine
Gebühren verlangen, noch sich deswegen an gedachte öffentliche Cassen wenden.
- 6) Wenn indessen dergleichen Amtsgeschäfte Reisen nöthig machen, so müssen die
subsidiarisch für die Untersuchungskosten verpflichteten Cassen auch in diesen Ar-
mensachen die Diäten und sonstigen baaren Auslagen, wopin besonders die Zuh-
rkosten gehören, vergüten. Auch die bei Ausübung ihrer Functionen in loco er-
weislich verwandten baaren Auslagen müssen erstattet werden.
- 7) Die besoldeten Sanitätsbeamten sind verbunden. da. wo nicht besondere Aerte

für Gefangen- und Armenanstalten angeſetzt ſind, arme Gefangene und Waga-
bunden, Jaquiſſen und dergl. ex officio ärztlich zu behandeln. Sollten jedoch
in einigen Fällen dadurch beſonders erhebliche Mißwaltungen entſtehn, ſo iſt
deſhalb auf eine beſondere Gratification höhern Orts anzutragen.

- 8) Die Koſten für von Staatswegen zur Verhütung weiterer Verbreitung an-
ſteckender Krankheiten unter Menſchen und Vieh getroffene Anſtalten, in ſofern
dieſe Krankheiten Gegenſtände der polizeilichen Sicherungsmaaßregeln ſind,
werden aus den allgemeinen Fonds der medicinisch polizeilichen Verwaltung be-
ſtritten, und werden diejenigen Perſonen, welche an einer anſteckenden Krank-
heit leiden, oder deren Viehſtände davon betroffen ſind, mit dieſen Koſten, der
nicht ſowohl ſie als das Publicum betreffenden Vorkehrung nicht beſchwert.
Maßregeln, welche auf die Rettung und Heilung beſtimmter Perſonen und ihr
Eigenthum, obgleich unter obrigkeitlicher Dazwiſchenkunft gerichtet worden,
ſind der Regel nach, den Intereſſenten zu überlaſſen. Iſt ſolches aber im Ge-
ſetze verordnet, oder waltet ein landespolizeiliches Intereſſe ob, darauf obrig-
keitlich einzuwirken, ſo tritt der allgemeine Grundsatz ein, daß auch bei polizei-
lichen Verfügungen und Anſtalten, die Koſten denjenigen, welche einzeln und
anſchließlich den Vortheil davon haben, zur Laſt zu legen ſind.
- 9) Unbeſoldeten Ärzten, welche jedoch ſchon nach §. 147. der Criminalordnung,
der Regel nach, nicht von den Behörden zu requiriren ſind, werden in Armen-
ſachen jedesmal die in der Medicinaltaxe V. nr. 2. 3. 4. und 5. normirten Sätze
aus den zur Tragung der Unterſuchungskoften ſubſidiariſch verſchätzten Fonds
bezahlt, wie dies ſchon Nr. 5. §. 4. die der Criminalordnung von 1806. Seite 254
angehängte allgemeine Anmerkung feſtſetzt.
- 10) Die Feſtſetzung der in der Medicinaltaxe V. nr. 2. 3. 4. 5. beſtimmten Ge-
bührenſätze, als:

nr. 2. für Beſichtigung eines Leichnams ohne Section 2 Hlr.

— 3. — den Bericht darüber 1 —

— 4. — die Beſichtigung eines Leichnams mit Section 4 —

— 5. — den Obductionsbericht 2 —

kann von den Gerichten ſelbſt erfolgen. In Fällen, wo es außer der Feſtſetzung
dieſer Gebühren noch auf Würdigung technischer Geſchäfte und Feſtſetzung ande-
rer Poſten ankommen ſollte, tritt die Verordnung des Criminalſenats des Kö-
nigl. Oberlandesgerichtes vom 4. November d. J. Amtsbl. St. 67. nr. 67. ein.

Bei officiellen Geſchäften, welche beſondere Koſten erfordern, haben die Sa-
nitätsbeamten, wenn nicht dringende Umſtände, welche die Verhandlungen ergeben
müſſen, eingetreten ſind, die ſchriftlichen oder mündlichen Requiſitionen der Be-
hörden zu erwarten. Ueberhaupt müſſen die in duplo einzurichtenden liquidatio-
nen nicht verſchiedene Geſchäftsgegenſtände aufnehmen. Sowohl die Geſchäfts-
übertragung muß darunter von den Requiſitionsbehörden, als auch die Entfernung
der Perſon bei den Fuhrkoſten-liquidationen, von den Poſtämtern oder Obrigkeit
beſchleunigt werden, welche letztere jederzeit von den Gebühren- und Diäten-
liquidationen zu trennen und ebenfalls in duplo einzurichten ſind. Kommen Ver-

nei. Berechnungen vor, so müssen sie der Regel nach, jederzeit von den Apothekern angefertigt und die Recepte beigefügt seyn, und haben die Medicinalbeamten, so wie alle andere Medicinalpersonen, die Thierärzte nicht ausgenommen, es sich selbst beizumessen, wenn ohne solche, die Sätze für berechnete Arzneien, nicht bei der Festsetzung beachtet werden. Merseburg, den 27. December 1817.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

G e t t e b r i e f.

Nachdemannter Kanonier von der 5ten Fuß-Compagnie der Garde-Artillerie-Brigade, Namens Kugelschott, ist aus seiner Garnison vom 23. d. M. zu Berlin entsprungen. Die Gensd'armrie wird hiermit angewiesen, auf ihn strenge zu vigiliren, im Betretungsfalle sicher nach Berlin transportiren und an die Königl. Commandantur zur weiteren Verfügung abliefern zu lassen. Der Kreis-Brigadier, in dessen Bezirke derselbe verhaftet ist, hat mir sofort davon Anzeige zu machen. Berlin, den 25. December 1817.

Königl. Preuß. Chef der Gensd'armrie,

v. Brauchitsch.

Signalement. Alter: 24 Jahr; Größe: 5 Fuß 11 Zoll 3 Strich; Haar: braun; Stirn: flach; Augenbraunen: braun; Augen: grau, ziemlich groß; Nase: lang; Mund: etwas groß; Bart: keiner; Kinn und Gesicht: rund; Gesichtsfarbe: gesund; Statur: groß; Sprache: langsam Westphäl. Dialect. Bekleidung: eine grautuchne Commutjacket, dergl. Hosen, Commisshupe und eine Dienstmütze nebst Schirm.

V e r z e i c h n i s s

ausgegriffener, mittelst Marschroute und Transports aus den Königl. Preuß. Staaten vertriebener Vagabonden.

1) Aus dem Weiskensfelder Kreise.

a) Wegen ermangelter Legitimation und Weisth.

Johann Gottfried Reichbold, Tagelöhnerjunge, aus Schellbach bei Saalfeld, ist 16 Jahr alt, 66 Zoll Sächs. groß, hat schwarzbraune Haare, kleine und bedeckte Stirn, schwarzbraune Augenbraunen, hellblaue Augen, kleine und starke Nase, gewöhnlichen Mund, kleinen Bart, rundes Kinn, rundes Gesicht, ist kleiner Statur und gesunder Gesichtsfarbe; nach Schellbach.

b) Wegen falschten Passes und Vagabondirens.

Carl Gottlob Färkel, Weber, aus Ernstthal bei Chemnitz gebürtig, in Plauen im Voigtlande weohnhaft, ist 48 Jahr alt, 72 1/2 Zoll Sächs. groß, hat blonde Haare, hohe Stirn, blonde Augenbraunen, blaue Augen, starke Nase, gewöhnlichen Mund, blonden Bart, spitzes Kinn, langes Gesicht, ist unterlegter Statur und gesunder Gesichtsfarbe; nach Plauen.

c) Wegen falschten Attests und Vagabondirens.

Gottlieb Abtisch, Handarbeiter, aus Nordorf im Weimarischen gebürtig, ist 52 Jahr alt, 66 Zoll Sächs. groß, hat schwarze Haare, erhabne Stirn, schwarze Augenbraunen, graublaue Augen, starke Nase, aufgeworfenen Mund, schwarzen Bart, rundes Kinn, ovales Gesicht, bräunliche Gesichtsfarbe und ist kleiner unterlegter Statur; über Frauenprießnitz in seine Heimath. gle

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

3. Stuck.

Merseburg, den 17. Januar 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Da jeder Hausirer verpflichtet ist, die erlangte Hausir-Concession zu seiner Legitimation bei dem Hausiren stets bei sich zu führen, so haben wir, um Mißbräuche mit dergleichen Concessionen zu vermeiden, die Consumtionssteuer- und Zollbeamten in den Halle'schen, den Saal- und Mansfeldischen Kreisen angewiesen, von jedem Hausirer die Vorzeigung seiner Hausir-Concession zu fordern, und die Waaren derjenigen, welche eine solche Concession nicht vorzeigen können, nach Befinden bis zu besserer Legitimation in Beschlag zu nehmen.

Mr. 12.
Hausir-Concessionen.

Dies wird hierdurch zur Nachricht und Warnung der Hausirer in gedachten Kreisen bekannt gemacht. Merseburg, den 20. December 1817.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nach einer Bestimmung des Königl. Ministeriums des Schatzes und für das Staats-Creditwesen vom 9. d. M. wird mit Bezug auf die in den Berliner Zeitungen und in dem Berliner Intelligenzblatte enthaltene Bekanntmachung von demselben Tage:

Mr. 15.
Einführung
Kön. Preuß.
Staatschuldscheine.

„die Zahlung der Zinsen auf die mit Ende December d. J. fällig werden den sechsten Coupons der Staats-Schuldscheine für das halbe Jahr vom 1. Juli bis letzten December d. J., so wie der noch nicht präsentirten frühern Coupons, in den beiden Monaten Januar und Februar k. J. betreffend,“

hierdurch öffentlich bekannt gemacht, daß von sämtlichen Cassen unsers Regierungsbezirks

- 1) die jetzt fälligen und unerhoben gebliebenen Zins-Coupons von den Staats-Schuldscheinen nicht allein auf die zu entrichtenden Abgaben in Zahlung angenommen, sondern auch solche
- 2) während des Zahlungstermins vom 2. Januar bis letzten Februar k. J. unweigerlich baar realisiert werden sollen.

Hierauf hat sich nicht nur Jedermann, den solches angeht, zu achten, sondern werden auch sämtliche Cassen malsich angewiesen, dem gemäß zu verfahren und

die eingelösten Zins-Coupons an die Regierungs-Hauptcasse sofort abzuliefern und
Ratt baaren Geldes in Anrechnung zu bringen.

Merseburg, den 29. December 1817.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 14.

Die Durch-
gangs-Abgabe
von den nach
Polen u. Ruß-
land bestimmten-
Wesfgütern.

Die von dem Königl. Hohen Finanz-Ministerio, unterm 24. October d. J. er-
lassene Bestimmung:

daß die von den leipziger und Raumburger Messen kommenden, nach Polen und
Rußland durchgehenden, dem Ersatzzoll nicht unterworfenen Güter, mit Ein-
schluß der Bücher, Samereien und Kräuter in den altländischen Provinzen der
Monarchie den zusammengezogenen Satz von drei Thalern für den Centner, an
Durchgangszoll zu entrichten haben sollen,

wird dem hierbei interessirten Theile der Einwohner unsers Regierungs-Begirks,
hierdurch zur Nachricht bekannt gemacht.

Merseburg, den 29. December 1817.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 15.

Unzulässiger
Schriftwechsel
zwischen die-
seitigen Beam-
ten und Kön.
Sächs. Ober-
Behörden.

Da der unmittelbare Schriftwechsel dieseitiger Cassen und anderer Staatsbeam-
ten in Rechnungs- und sonstigen Verwaltungs-Angelegenheiten mit Königl. Sächs.
Oberbehörden durchaus unzulässig ist, und schlechterdings nicht weiter statt finden
darf; so weisen wir hierdurch sämtliche Verwalter öffentlicher Gefälle, ingleichen
alle übrige von uns ressortirende Beamte ausdrücklich an:

sich ferner überall nicht mit Königl. Sächs. Oberbehörden über Dienstsachen
in einen unmittelbaren Schriftwechsel weiter einzulassen, und vielmehr alle
von jenen auswärtigen Behörden an sie gelangende amtliche Aufforderungen
an uns einzusenden, um demnächst über den betreffenden Gegenstand nach
Verzins das Nöthige mit der Königl. Ausgleichungs-Commission weiter
verhandeln zu können. Die Uebertreter dieser Vorschrift setzen sich unver-
meidlich nachdrücklicher Ahndung aus.

Merseburg, den 2. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 16.

Verfügungen
wegen nachgelassener
Einbringung der
auf der War-
schauer Messe
erkaufte Wa-
ren in das rus-
sische Reich.

Die nachfolgenden Uebersetzungen der Verfügungen, welche im Königreich Polen
wegen nachgelassener Einbringung der auf der Warschauer Messe erkauften Waaren
erlassen worden, werden hierdurch zur
Kenntniß des Handlung treibenden Publicums gebracht:

U e b e r s e t z u n g

der in der Warschauer Zeitung vom 28. October 1817 Nr. 86. befindlichen Verord-
nung des Königl. Statthalters und der Bekanntmachung der Haupt-Mess-De-
nuntiation.

„Im Namen des Allerdurchläuchtigsten Alexanders des 1sten, Kaiser aller Rüssen und König von Polen.

Der Königliche Statthalter zc.

Da Se. Majestät der Kaiser zu erlauben geruhet haben, alle auf der Warschauer Messe gekauften Waaren, welche bis jetzt blos durch die Seehäfen einzuführen erlaubt war, durch das Zollamt zu Brzesć in Litthauen nach Rußland einzuführen; so sehen Wir uns veranlaßt, in Folge des Kaiserlichen Decrets, um allen Defraudationen zu begegnen und zugleich zu verhindern, daß aus anderen Gegenden dergleichen Waaren nach Rußland nicht eingeführt werden möchten, den Regierungs-Commissionen des Innern und der Finanzen aufzutragen, unverzüglich das handelnde Publicum und die Meß-Deputation zu benachrichtigen:

- 1) daß keine andere Waaren das Zollamt zu Brzesć in Litthauen passiren können, als nur diejenigen, welche auf der Warschauer Messe gekauft sind, und deren Einfuhr der publicirte Tarif von 1816 nicht verbietet, und zwar gegen Erlegung des Einfuhrzolls und unter Beobachtung der Kaiserlichen Verordnungen.
- 2) Die auf der Warschauer Messe gekauften Waaren, welche nach Rußland ausgeführt werden sollen, müssen mit einem Zeugnisse des Haupt-Zollamts zu Warschau, vom Staatsrath und General-Director der unbeständigen Abgaben Casimir Wichlinski unterschrieben, und von der Schatz- und Finanz-Regierungs-Commission besiegelt, versehen werden.
- 3) Diese gedruckten Zeugnisse werden einem Jeden, welcher Waaren nach Rußland auszuführen gesonnen ist, in duplo gegen Bezahlung von 6 Fl. ausgehändigt; wovon er ein Exemplar auf dem Zollamte Tereopol im Königreich Polen zurückzulassen verpflichtet ist, und wird er sich dadurch von der Revision der Waaren, welche durch das Zollamt zu Warschau expedirt worden sind, befreien.

Die Vollstreckung dieser Bestimmung tragen wir den beiden vorgedachten Regierungs-Commissionen auf.

Warschau, den 15. September 1817.

gezeich.

Zeigzeff.

Die Haupt-Meß-Deputation.

Da nach der Verordnung des Königl. Statthalters vom 21. April d. J., welche unterm 18. d. M. prolongirt worden ist, für die ausländischen Kaufleute von allen auf der November-Messe zu verkaufenden Waaren ein gros $\frac{1}{2}$ Zollrabat, und für die hiesigen $\frac{1}{3}$ bewilligt worden, so heist die Meß-Deputation, daß die Kaufleute aus andern Städten des Königreichs diese Gelegenheit benutzen, und wohlfeiler die ihnen nöthigen Waaren auf der hiesigen Messe ankaufen werden, als dies nach der Messe nur unter Erlegung des ganzen Zolls von den ausländischen Waaren geschehen kann.

Warschau, den 27. October 1817.

U e b e r s e h u n g

der in der Warschauer Zeitung vom 1. November 1817 Nr. 87. befindlichen Festsetzung des Königlichcn Statthalters.

„Im Namen des Allerdurchlauchtigsten Alexanders des 1sten, Kaiser aller Rußen und Königs von Pohlen rc.

Der Königl.che Statthalter.

Auf den Antrag der Regierungs-Commissionen des Innern und der Finanzen haben Wir beschloffen und beschließen wie folget:

Die mittelst Unserer Verordnung vom 15. September v. J. festgesetzte Abgabe von 6 Fl. von den, denen Kaufleuten, die die auf der Warschauer Messe gekauften Waaren durch Brzesc in Litthauen nach Rußland auszuführen gesonnen sind, zu ertheilenden Begleitungsscheinen, wird hiermit aufgehoben.

Die Vollstreckung dieser Festsetzung wird den Regierungs-Commissionen des Innern und der Finanzen aufgetragen.

Gegeben Warschau, den 25. October 1817.

gezeichnet.

Jaigeseh.

Merseburg, den 5. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 17.

Mißbrauch der sogenannten Neujahrsumzüge bei Personen, die dazu nicht be-
fugt sind.

Es ist zu unserer Kenntniß gekommen, daß in mehreren Städten unsers Bezirks der Eintritt des neuen Jahres, unter dem Vorwande abzuwechselnder Glückwünsche zur Befestigung des Publicums, durch eine darunter verborgene Wettelei von vielen Personen benützt worden ist, mit denen die Angesprochenen in gar keiner Beziehung stehen. Um diesem Mißbrauche zu steuern, tragen wir sämtlichen Herren Landrathen und der Polizei-Commission zu Merseburg hierdurch auf, mit Genauigkeit aus den Acten zu ermitteln, welchen Personen durch ihre Anstellungs- Decrete, durch ausdrückliche Bewilligungen, oder durch eine von der Ortsobrigkeit sonst schon und bei frühern Veranlassungen gebilligte Observanz, ein sogenannter Neujahrsumgang gestattet ist. Diese Personen sind sodann durch das nächste Wochenblatt oder durch den öffentlichen Anzeiger öffentlich bekannt zu machen. Alle übrigen Personen aber, welche außerdem umgehen, sollen als gemeine Bettler aufgegriffen und bestraft, und wenn es öffentliche oder Communalbedienstete sind, noch außerdem mit einer nachdrücklichen Disciplinarstrafe belegt werden.

Den als dazu berechnigt angezeigten Personen ist zwar der Neujahrsumgang noch ferner zu gestatten; bei vielen aber wird es töblich sein, wenn dieselben sich mit den Ortsobrigkeiten und Communen dafür auf eine billige fixe Entschädigung in Güte vereinigen können.

Merseburg, den 4. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Es sind uns mehrere Anzeigen zugekommen, daß durch das Schlittschuhlaufen und Gehen und Fahren auf dem Eise mehrere Unglücksfälle sich ereignet und Menschen sogar umgekommen sind.

Nr. 18.
Das Schlitt-
schuh- u. Fahren
u. das Gehen
u. Fahren auf
dem Eise.

Dies veranlaßt uns, folgende allgemeine Bestimmungen zur Vorbeugung dergleichen Unglücksfälle zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, nach welchen die Herren Landräthe, die Magisträte und Orts- Polizeibehörden unseres Regierungsbezirks mit pflichtmäßiger Umsicht zu verfahren haben, so wie wir dann auch erwarten, daß sie darin von den Schul- Vorstehern, Eltern und Vormündern kräftigst unterstützt werden.

1) Auf dem Eise tiefer oder gefährlicher Gewässer darf nicht früher gegangen oder Schlittschuh gelaufen werden, als bis dasselbe von solcher Stärke ist, daß es nach der Erfahrung mit Sicherheit betreten werden kann.

2) Es bedarf ganz besonders einer vorsichtigen Prüfung der Stärke und Tragfähigkeit des Eises, wenn Lasten, Wagen, Karren, Schlitten oder Vieh darüber geführt werden sollen.

3) Die Orts- Polizeibehörden müssen den Zeitpunkt bestimmen, von welchem an das Eis ohne Gefahr befahren werden kann, auch die sicher befundenen Fahrstellen gehörig durch Stangen oder andere in die Augen fallende stets über den Schnee hervorragende Merkmale bezeichnen, und davon das Publicum benachrichtigen.

4) Eben so müssen dieselben bei eintretendem Thauwetter dessen Einfluß auf die Stärke oder Festigkeit des Eises genau beachten und prüfen, auch den Zeitpunkt bestimmen, von welchem an das Eis nicht mehr mit Sicherheit befahren werden kann. Alsdann haben sie sogleich die vorgedachten Fahrstellen ebenfalls auf eine in die Augen fallende Weise zu schließen, auch den fernern Uebergang durch Warnungstafeln und öffentliche Bekanntmachungen zu untersagen.

5) Um diesen Anordnungen Kraft zu geben, die Erreichung des Zwecks zu sichern und den Entschuldigungen, welche gemeinlich von der Unkunde entnommen werden, vorzubauen, haben alle diejenigen Polizeibehörden, welche nach der Localität in dem Falle sind, die Benutzung des Eises auf fließenden oder stehenden Gewässern zum Ueberfahren u. s. w. unter nähere Aufsicht nehmen zu müssen, sofort das Publicum ihres Bezirks und der umliegenden Gegend zu benachrichtigen, daß jenes Ueberfahren u. nicht eher gestattet ist, als bis die Erlaubniß dazu öffentlich erteilt sein wird, auch das Eis dazu nicht länger benutzt werden darf, sobald die Fahrstellen der Unsicherheit halber durch anderweitige öffentliche Bekanntmachungen geschlossen werden müssen.

Etwanige Contravenienten, die der Gefahr des Einbrechens entgangen sind, und welchen die gewöhnliche Ausrede:

„daß sie das Eis für sicher genug gehalten, auch den Uebergang auf eigne „Gefahr gewagt hätten“

niemals schon um deshalb zu statten kommen kann, weil in der Regel Familien den Leichtsinne der Unbefonnenen büßen müssen, sind so viel als möglich anzuhalten und zur Verantwortung und Strafe zu ziehen.

6) Nach den vorstehenden Grundfätzen (§. 5. 4. 5.) ist an Orten, wo das Schlittschuhlaufen üblich ist, auch dieserhalb von den Orts- Polizeibehörden zu verfahren.

Dasselbe darf namentlich der unerfahrenen Schuljugend nur an solchen Stellen gestattet werden, welche untersucht und sicher befunden sind, und muß unterbleiben, sobald Gefahr eintritt. Die Polizeibehörden haben die gewählten Plätze, so wie die Zeitpunkte, von wo an und bis wohin das Schlittschuhlaufen gestattet werden kann, jedesmal den Vorstehern der Schulen und Unterrichts-Anstalten bekannt zu machen, damit die letztern die ihnen anvertraute Jugend besonders vor der Gefahr warnen können. Merseburg, den 8. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Verordnungen des Königlichen Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Nr. 2. Dem unterzeichneten Königl. Ober-Landesgerichte ist von der Königl. Regierung zu Merseburg zu erkennen gegeben worden, daß mehrere Justizbeamte sich wegen der Beiträge für die Armen-Casse bei Handlungen freiwilliger Gerichtsbarkeit. Da nun das Sächsishe Mandat wegen Versorgung der Armen vom 11. April 1772 und die darin §. IV. Nr. 3. und 4. enthaltene Disposition noch besteht; so werden sämtliche Beamten und Gerichts-Obrigkeiten des zum hiesigen Departement gehörigen Theils des Herzogthums Sachsen im Bezirke der Königl. Regierung zu Merseburg, hiermit angewiesen, jene angeordneten Beiträge bei Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit fernerhin verschriftsmäßig einzusammeln und an die von den Landräthen zu benennenden Behörden abzugeben.

Naumburg, den 30. December 1817.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Nr. 3. In wiefern das von uns unter dem 26. September vor. J. durch die Amtsblätter publicirte Rescript des Herrn Justiz-Ministers Excellenz vom 20. ejusd. die Gültigkeit der unter der westphälischen Regierung geschlossenen Domainen-Verkäufe betreffend, jetzt durch nachstehendes Rescript:

„Da über die Gültigkeit der unter der vorigen Regierung verfassungs- und gesetzmäßig erfolgten Domainen-Veräußerungen in den mit der Monarchie wieder vereinigten Provinzen kein Zweifel obwaltet; so werden zufolge eines von dem Herrn Staatskanzler Fürsten von Hardenberg an den Justiz-Minister erlassenen Schreibens vom 5. v. M. die Regierungen angewiesen werden, auf die Notirung einer Protestation gegen die fernere Veräußerung solcher verkauften Domainen, zum Behuf der Eintragung in das Hypothekenbuch, nur in denjenigen Fällen anzutragen, in welchen die Gültigkeit des ersten Verkaufs, nach den zur Zeit desselben bestandenen Gesetzen, noch einer nähern Erörterung und Entscheidung bedarf.

Das Königl. Ober-Landesgericht wird hiervon mit Bezug auf die über diesen Gegenstand erlassene Verfügung vom 20. September c. mit der Anweisung

benachrichtiget, den Untergerichten des Bezirks davon durch die Amtsblätter Kenntniß zu geben. Berlin, den 27. December 1817.

Der Justiz-Minister

Rirchseisen.

An
das Königl. Ober-Landesgericht
zu Naumburg.

näher erläutert worden, solches wird sämtlichen betreffenden Untergerichten unsers Departements hierdurch zur Nachricht und Achtung bekannt gemacht.

Naumburg, den 5. Januar 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Nach einer Bestimmung Sr. Excellenz des Herrn Finanz-Ministers sind die Kreisscassen zu Eisleben, Mansfeld und Halle mit dem 1. Januar d. J. in Wirk-samkeit getreten.

Bei diesen Kreisscassen sind bestellt worden:

- der bisherige Kreis-Einnehmer Nabe als Rendant, und der bisherige Kreisscas-sengehülfe Winkler als Controlleur der Kreisscasse zu Halle;
- der bisherige Kreis-Einnehmer von Horn als Rendant, und der bisherige Kreisscas-sengehülfe Fischer als Controlleur der Kreisscasse zu Mansfeld;
- der bisherige Kreis-Einnehmer von Borries als Rendant, und der bisherige Kreisscas-sengehülfe Wagner als Controlleur der Kreisscasse zu Eisleben.

Merseburg, den 5. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

B e k a n n t m a c h u n g.

Meiner frühern Bekanntmachung ungeachtet werden noch immer Besuche um Entlassung von ausgehobenen Cantonisten an mich gerichtet, ja von den Wittstellern oft selbst überbracht, obwohl die Beurtheilung solcher Reclamationen doch ganz zu dem Geschäftskreise der Königl. Regierung gehört.

Ich ersuche deshalb die Herren Landräthe und resp. Ortsbehörden angelegent-lich, alle Reclamanten dieser Art auf den bestehenden Geschäftsgang gefälligst auf-merksam zu machen und sie besonders von der Meinung abzubringen, als ob das persönliche Ueberreichen ihrer Besuche deren Berücksichtigung befördern könne; sie machen zu diesem Zweck oft Reisen und verursachen sich Ausgaben, die ganz ver-geblich sind. Merseburg, den 24. December 1817.

Der commandirende General der Provinz Sachsen,

Kleist von Mollendorf.

Verichtigung. Amtsbl. St. 1. S. 7. Z. 20 v. u. statt Heinrich l. Heinge.
St. 2. S. 11. Z. 2 v. u. statt beschleunigt l. beschneigt.

Pr a k t i s c h e
ber, in dem Monat December 1817, in den nachbenannten zum künftigen Abgange gehörigen Etablen, vorhanden
Durchschnitts-Maximale der Grüttes und anderer Lebensmittel, inwiefern der Staat-Güter.

Benennung der Gegenstände	Halle.		Eiseleben.		Staubburg.		Mittenberg.		Rellisch.		Dorfburg.		Reich.	
	Verl. Einf.	Verb. Einf.	Verl. Einf.	Verb. Einf.	Verl. Einf.	Verb. Einf.	Verl. Einf.	Verb. Einf.	Verl. Einf.	Verb. Einf.	Verl. Einf.	Verb. Einf.	Verl. Einf.	Verb. Einf.
1. Mehl	3 13	6 20	8 5	6 1	6 7	2 3	3 12	6 18	9 3	16 1	7 2	8 3	3 11	7 6
2. Roggen	3 5	5 19	6 2	19 6	5 10	1 3	6 6	6 7	2 2	22 2	5 16	3 1	3 5	21 11
3. Gerste	2 2	4 11	2 2	3 21	3 21	3 6	4 8	8 2	9 3	4 13	2 7	9 4	12 3	3 7
4. Hafer	1 10	2 17	1 1	9 2	1 5	1 1	2 5	1 5	3 2	6 6	1 19	4 5	12 1	8 2
5. Jute	10 1	19 9	16 8	5 1	1 5	6 12	6 22	17 7	13 8	14 16	8 10	4 16	8 11	9 22
6. Gerste	3 8	6 11	5 8	1 8	3 9	6 12	11 4	5 1 8	3 12	7 6	18 3	2 4	6 3	2 4
7. Gerste	4 10	8 15	5 5	8 10	8 10	8 10	9 7	1 4	19 7	9 8	3 14	9 7	1 12	1 12
8. Gerste	1 1	1 22	6 1	1 22	6 1	4 4	2 6	5 1	18 7	1 12	1 1	1 1	1 1	1 1
9. Gerste	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1
10. Gerste	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1
11. Gerste	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1

Stettin, am 10. Januar 1818.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

Extra-Blatt

zum

Amesblatt der königlichen Regierung

3. Stück.

Merseburg, den 27. December 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Die hier folgende hohe Verfügung des Königl. Finanz-Ministerii vom 19ten d. Nr. 287.
 M., betreffend die namentliche Bezeichnung der Haupt-Zollämter an der Grenze, Die Zoll- und
 ingleichen der Steuer-Kemter erster Ordnung im Innern des östlichen Theils der Steuerämter
 Monarchie, nachstehenden wörtlichen Inhalts: in dem östlich.
Theile d. Mo-
narchie.

„In Gefolge der Bestimmung §. 10. der Zollordnung vom 26. Mai d. J.
 wird dem Publico vorläufig bekannt gemacht, an welchen Orten für die Theile
 der Provinzen Preußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Po-
 sen und Sachsen, welche jetzt in den Steuer-Verband treten, Haupt-Zollämter
 errichtet werden sollen, nämlich:

- | | | |
|--|---------------|---------------------------------------|
| 1) zu Memel; mit den | | |
| 4 Vorämtern zu | Nimmersatt, | } im Regierungsbezirk von Königsberg, |
| | Staezen, | |
| | Langallen und | |
| | Schernien, | |
| 2) zu Hendekrug- | | |
| 3) „ Schnialeninken | } | im Regierungsbezirk von Gumbinnen, |
| 4) „ Stalupoenen | | |
| 5) „ Johannisburg | | |
| 6) „ Soldau, im Regierungsbezirk von Königsberg, | | |
| 7) „ Thorn, im Regierungsbezirk von Marienwerder, | | |
| 8) „ Snowrazlaw, im Regierungsbezirk von Bromberg, | | |
| 9) „ Strzaskowo | } | im Regierungsbezirk von Posen, |
| 10) „ Pogorzelle | | |
| 11) „ Droszew | | |
| 12) „ Pobjamie | | |
| 13) „ Landsberg | | |
| 14) „ Berun Zabrezet | | } Oppeln, |
| 15) „ Dienstadt | | |

- | | | |
|-----|--|--------------------------------------|
| 16) | zu Mittelwalde | im Regierungsbezirk von Meissenbach, |
| 17) | „ Liebau | |
| 18) | „ Reichenbach, | im Regierungsbezirk von Liegnitz, |
| 19) | „ Döpperswerda, | im Regierungsbezirk von Frankfurt, |
| 20) | „ Elsterwerda | |
| 21) | „ Mühlberg | |
| 22) | „ Eilenburg | |
| 23) | „ Schladitz auf der Straße
von Delitzsch nach Leipzig | im Regierungsbezirk von Merseburg, |
| 24) | „ Schleußig | |
| 25) | „ Lützen | |
| 26) | „ Zeitz | |
| 27) | „ Eckartsberga | |
| 28) | „ Langensalza | „ Erfurt, |
| 29) | „ Heiligenstadt | |
| 30) | „ Königsrode bei Wippra, | im Regierungsbezirk von Merseburg, |
| 31) | „ Quedlinburg | |
| 32) | „ Halberstadt | |
| 33) | „ Morseleben | „ Magdeburg, |
| 34) | „ Zubar | |
| 35) | „ Salzwedel | |
| 36) | „ Wittenberge | |
| 37) | „ Lenzen | |
| 38) | „ Wittstock | „ Potsdam, |
| 39) | „ Oranienburg | |
| 40) | „ Strasburg | |
| 41) | „ Demmin | |
| 42) | „ Anklam | „ Stettin. |
| 43) | „ Wolgast | |

vordänft gegen
Neu. Worpom-
mern,

Steuer-Ämter erster Ordnung im Innern werden vorerst an folgenden Orten errichtet:

- | | |
|---------------------|---|
| im Regierungsbezirk | Königsberg zu Königsberg, |
| „ „ „ | Gumbinnen zu Gumbinnen, |
| „ „ „ | Bromberg zu Bromberg, |
| „ „ „ | Posen zu Posen, |
| „ „ „ | Breslau zu Breslau, |
| „ „ „ | Frankfurt zu Frankfurt, zu Landsberg an der
Warthe und zu Coblenz, |
| „ „ „ | Merseburg zu Merseburg und zu Halle, |
| „ „ „ | Erfurt zu Mühlhausen, |
| „ „ „ | Magdeburg zu Magdeburg, |
| „ „ „ | Potsdam zu Potsdam, zu Brandenburg und zu
Schwedt, |

zur Regierungsbezirke Berlin zu Berlin,
 Stettin zu Stettin,
 Danzig zu Danzig und Elbingen;

Nach diesen Orten können daher von der Grenze aus in den Fällen, wo es die
 Gesetze verstaten, Waaren auf Begleitsscheine abgelassen werden.

An der Seeküste von Peenemünde in östlicher Richtung bleiben die Einfahrten
 zu Peenemünde,
 Schwinemünde,
 Kolberg,
 Stolpmünde,
 Weichselmünde,
 Pillau,
 Memel,

ferner in bisheriger Art, für allen Verkehr frei. Die Neben-Zoll-Ämter Erster
 Ordnung, so wie die Ansage-Posten zu diesen und zu den Haupt-Zoll-Ämtern,
 werden nach vollständig vollendeter Organisation namhaft gemacht werden; bis da-
 hin werden die Königlichen Regierungen solche, eine jede für ihren Bezirk, durch
 die Amtsblätter bekannt machen.

Diese werden es auch zur Kenntniß der betreffenden landwirtschaftlichen bringen,
 wo Neben-Zoll-Ämter zweiter Ordnung angelegt werden sollen.

Berlin, den 19ten December 1818.

F i n a n z - M i n i s t e r i u m

(gez.) von Klewig.

wird durch gegenwärtigen Abdruck, anbefohlnemassen zur öffentlichen Kenntniß ge-
 bracht.

Merseburg, den 23. December 1818.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.

Da die Fleischsteuer von allem Vieh, welches innerhalb Landes geschlachtet und Dr. 288.
 consumirt wird, auch im Jahre 1819 fortbestehen soll, so wird, wegen deren Er- Die Erhebung
 hebung vom ersten künftigen Monats und Jahres ab, hierdurch Folgendes festge- der Fleischsteuer
 setzt: betreffend.

- a) diejenigen früher geschlossenen Fleischsteuerverpächte, welche dermalen noch nicht
 abgeläusen sind, bleiben vorläufig in der bisherigen Art bestehen, jedoch ist
 der betreffende Pachtbetrag immer nur auf ein Tertial voraus resp. einzuzah-
 len, zu erheben und zu berechnen;
- b) an Orten, wo die neuerlich statt gefundenen Pachtverhandlungen entweder eine
 Erhöhung des bisherigen Fleischsteuer-Pachtbetrages, oder doch die fernere
 Verwilligung des zuletzt erlegten Betrages zur Folge gehabt haben, kommen
 solche resp. Pachtquants vom 1. Januar 1819 ab vor der Hand auf und

Kinnote Zeit zur Einzahlung und Erhebung, und ist letztere ebenfalls jedesmal auf vier Monate voraus zu bewirken;

c) an Orten endlich, wo bisher schon die Administration dieser Abgaben-Branche statt gefunden hat, oder wo man sich zu Erlegung des bisherigen Pachtbetrages nicht fernern hat verstehen wollen, tritt die einzelne Erhebung der Fleischsteuergesälle ein, und ist diese solchen Falls aller Orten den Accise-Erhnehmern zu übertragen, welches die betreffenden Accise-Inspectorien einzuleiten und zu veranstalten haben.

An Orten, wo richtige Fleischwaagen sub, erfolgt die einzelne Versteuerung des geschlachteten Viehes auf die bisherige Weise und nach den bekannten mandatsmäßigen Sätzen; wo aber an einem Orte keine ordentliche Fleischwaage vorhanden ist, da kommen bei der diesfälligen Versteuerung die Stücksätze unsers neuerlich hinausgegebenen Fleischsteuer-Tarifs in Anwendung, in sofern nicht daselbst bereits ein älterer Tarif nach Stücksäßen jeithr in Uebung gewesen ist.

Merseburg, den 16. December 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 289.
Die künftige zu
zuführenden
Zollstraßen.

Obwohl dem Publikum diejenigen Straßen, auf welchen es künftels allein erlaubt ist, Zoll- und steuerbare Güter über die Landesgränze ein- und auszuführen, erst noch näher und vollständiger bezeichnet werden sollen, so wird doch hierdurch bereits vorläufig zu Jedermanns Nachachtung öffentlich bekannt gemacht, daß vom ersten Januar kommenden Jahres an der Baaren-Transport über die Grenze und im Grenzbezirke nur auf den eigends hierzu bestimmten und mit Zollämtern bereits besetzten Zollstraßen statt finden darf.

Merseburg, den 16. December 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

S t e c k b r i e f .

Nachbenannter Grenadier David Frey vom Kaiser Alexander Grenadier-Regiment, aus Bistitz bei Leipzig gebürtig, ist, nachdem er seinem Kammeraden 1 Thlr. 4 gr. und einem andern 1 Paar graue Tuchhosen, eine blaue Jacke und ein rotzstreifiges Schamfuch-entwendes, den 22. d. M. beschl. Die Gend'armrie wird hiermit angewiesen, auf ihn strenge zu vigiliren, im Betretungsfalle sicher nach Berlin transportiren und an die Königl. Commandantur abliefern zu lassen. Der Kreis-Brigadier, in dessen Bezirke derselbe verhaftet ist, hat mit sofort davon Anzeige zu machen.

Berlin, den 29. November 1818.

Königl. Preuß. Cdr. der Gend'armrie,
v. Brauchitsch.

Signalement. Alter, 22 Jahr; Größe, 5 Fuß 6 Zoll; Haar, blond; Stirn, hoch; Augenbraunen, schwarz; Augen, grau; Nase, spiz; Mund, klein; Bart, blond; Rinn, feid; Gesichtsfarbe, gelblich; Statur, mager; Sprache, Sächsischer Dialect. Bekleidung: graue Jacke, graulanne Hosen, Kommisschube und eine blaue Tuche Helmzunge.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

4. Stück.

Merseburg, den 24. Januar 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Sämmtliche Herren Superintenden ten des hiesigen Regierungsbezirks werden hierdurch angewiesen, die eingehenden Collectengelder, nämlich die Pfingst- und Advents-Collecten für Straf- und Besserungs-Anstalten und für Armen- und Wohlthätigkeits-Institute; ingleichen die für den allgemeinen Schulfond bestimmten Collectengelder, nämlich die Michaels- und Träuungs-Collecten; von dem gegenwärtigen Jahre 1818 ab nicht ferner an die hiesige Haupt-Institutencasse, sondern an die Königl. Regierungs-Hauptcasse hieselbst einzusenden; die Neuja hrs-Sammlungen für das Waisenhaus zu Langendorf aber an diese Anstalt direct zu übersenden.

Nr. 19.
Einsendung d.
Collectengeld.
an die Königl.
Regierungs-
Hauptcasse.)

Merseburg, den 4. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Des Königs Majestät haben, zufolge eines an uns ergangenen Rescriptes der Königl. Ministerien des Innern und des Krieges, vom 16. December 1817, zu befehlen geruht, daß die Bestimmung der Verordnung vom 29. Mai 1816 über die Verpflichtung der Eigenthümer von Luxus-Pferden zur Vorspannleistung oder Zahlung eines Aequivalents für die Befreiung in Hinsicht der activen Officiere aufgehoben werden soll.

Nr. 20.
Befreiung der
Eigenthümer
von Luxusper-
den, von der
Vorspannlei-
stung.

Solches wird den mit dem Vorspannwesen beauftragten Behörden unseres Regierungsbezirks zur Beachtung hierdurch bekannt gemacht.

Merseburg, den 4. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Des Herrn Finanz-Ministers Excellenz haben mittelst Rescriptes vom 28. Decem ber 1817 bestimmt, daß, obgleich Kähne und Schiffe in die Kategorie eigentlicher Fabrik- und Manufaktur-Waaren im eigenen Sinne nicht gehören, von der gleichen im Auslande versfertigten Fahrzeugen dennoch, da sie im Innlande eben so aut gemacht werden können, nach Analogie der Vorschriften über die Besteuerung

Nr. 21.
Besteuerung
der im Auslan-
de versfertigten
Kähne und

der fremden Fabrik- und Manufactur-Waaren eine Eingangs-Steuer von sechs pro Cent, jedoch kein Ersatz-Zoll erhoben werden soll.

Diese Besteuerung bringen wir hierdurch zur Kenntniß der Einwohner und Accise-Ämter in den Halleschen, Saal- und Mansfeldischen Kreisen, wo diese auf die dort bestehende Steuer-Verfassung sich gründende Besteuerung ausschließlich Anwendung fordert.

Merseburg, den 5. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 22.
Verrechnung
d. Abhörs- od.
Abfahrtsgeb-
den.

In Folge einer Verordnung der Königl. hohen Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten und des Innern werden die betreffenden Behörden der vier vormals westphälischen Kreise des hiesigen Regierungsbezirks hierdurch aufgefodert, im Fall sie Aufhörs- oder Abfahrts-Gelder von nach Rußland apportirtem Vermögen, entweder ganz oder zum Theil zur Deposition gebracht, oder inhibirt und noch nicht verrechnet haben, solches mit specieller Angabe des Falles und der Summe, bei uns anzuzeigen.

Merseburg, den 8. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 23.
Verzeichnisse
der Candida-
ten, welche d.
Examen pro
ministerio be-
steht bestanden
haben.

Nachstehende Verordnung des Königl. Consistorii der Provinz Sachsen zu Magdeburg:

„Das unterzeichnete Consistorium fordert sämtliche Herren Superintendenten auf, ein Verzeichniß derjenigen, in ihrem Sprengel sich aufhaltenden Candidaten, welche das Examen pro ministerio bereits bestanden haben, oder falls dergleichen sich nicht vorfinden sollten, eine Vacat-Tabelle binnen 8 Tagen an die Königl. Kirchen- und Schul-Commission zu Merseburg einzureichen.“

Magdeburg, den 25. December 1817.

Königl. Preuß. Consistorium der Provinz Sachsen.

(gez.) v. Bülow.

wird hiermit zur Nachachtung und Befolgung bekannt gemacht, zum richtigen Verständniß derselben aber dabei bemerkt, daß das in Dresden pro candidatura abgehaltene Examen nicht als eine Prüfung pro ministerio anzusehen ist, sondern nur dasjenige darunter verstanden wird, welches seit der Territorial-Veränderung als solches wieder bestanden worden ist.

Die Herren Superintendenten werden zugleich angewiesen, in dem allhier einzureichenden Verzeichnisse den Ort und das Jahr der Geburt des Candidaten, den Ort und Tag der Prüfung pro ministerio und die dabei erhaltene Censur genau anzugeben.

Merseburg, den 9. Januar 1818.

Königl. Kirchen- und Schul-Commission.

Nach einer Bestimmung des Königl. hohen Finanz-Ministerii vom 12. Decem-
ber 1817 soll denjenigen Gewerbetreibenden in den Städten, welche einen Gewer-
beschein auf besondere Handelsgegenstände erhalten, überlassen sein, auch mit an-
dern Gegenständen, die nicht etwa durch besondere Verordnungen oder Tariffsätze,
wie z. B. der Victualienhandel, ausgenommen und besteuert sind, zu handeln, in
sofern nämlich dadurch der Umfang ihres Handels nicht vermehrt wird und sie zur
Lösung eines höhern Gewerbescheins verpflichtet werden. Dies gilt jedoch nur für
die Städte, indem auf dem platten Lande der Handel nicht mit allen Gegenständen
unbedingt gestattet ist.

Nr. 24.
Handel in den
Städten.

Merseburg, den 9. Januar 1818.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.

Es sind in neuern Zeiten mancherlei Vorschläge gemacht worden, den Ertrag
des Kartoffelbaues zu erhöhen, und besonders Ersparungen bei der Saat einzufüh-
ren. Diese Vorschläge sind zum größten Theil als durch die Erfahrung bewährt an-
gerühmt worden. Die Königl. Regierung zu Aachen macht dagegen öffentlich be-
kannt, daß die auf ihre Veranlassung angestellten Versuche folgende Resultate ge-
geben haben:

Nr. 25.
Vorschläge,
den Ertrag des
Kartoffel-
baues zu erhö-
hen.

- 1) die in mehreren Schichten über einander in Gruben gesetzten Erdäpfel haben
stark ins Laub getrieben, auch geblüht, das Gewicht der Sesslinge aber nur
drei bis vier Mal zurück gegeben.
- 2) Die umgelegten und mit Erde bedeckten Zweige haben Wurzeln getrieben,
auch Knollen angelegt; jedoch so klein, daß sie des Ausgrabens nicht werth
waren. Dabei hat durch diese Operation der Hauptstock ein Drittheil seines
Ertrags, im Vergleich mit andern ähnlichen Stöcken, verloren.
- 3) An den Stöcken, wo das Laub nur umgelegt und zerknickt wurde, war der
Erfolg nicht günstiger. Aus dem Bruche wuchs neues Laub hervor und das
Meiste des umgelegten Laubes blieb grün und gedieh bis zur Blüte.
- 4) Günstiger war der Erfolg der Sesslinge aus Keimen. Sie gaben überall eine
schöne Ernte und man hat Kartoffeln von ungemeiner Größe daraus entste-
hen sehen. Indessen kam die Ernte doch nicht einer solchen gleich, wo ganze
Kartoffeln gesetzt wurden, und man kann annehmen, daß der Minderbetrag
so viel ausmacht, als der Betrag der nöthigen Sess-Kartoffeln. Bei dem
größern Risiko und der Mühe in Behandlung der Keime ist also diese Pflanz-
ungsart nur dann zu empfehlen, wann die Saat-Kartoffeln selten und theuer
sind. Sie hat dabei den Vortheil, daß die Kartoffeln früher reif werden,
folglich später gepflanzt werden können, welches dem Landmanne oft sehr wün-
schenswerth ist. Uebrigens ist bei dieser Behandlungsart darauf zu sehen, daß
der Kopf des Schusses oben und wo möglich sehr nahe an die Oberfläche zu
liegen komme, wodurch das schnellere Wachsen befördert, das Faulen der Ses-
slinge aber verhütet wird, welches sonst bei nasser Witterung und wenn sie zu
tief liegen leicht der Fall ist. Indem der weiter gediehene Keim sich schon

nach Licht und Luft sehneth und sich in einer unnatürlichen Lage in der Tiefe befindet, wo er verdunstet. Es ist daher anzurathen, sie mit dem Seckholze zu pflanzen, oder sie doch, wenn sie mit dem Pfluge gesetzt werden, regelmäßig auf den mit dem Pfluge umgelegten Balken, wie oben vorgeschrieben ist, umzulegen.

- 5) Zweige, aus dem Herzen des Erdbapfelstückes geschnitten und gesetzt, haben ebenfalls Knollen getrieben, jedoch wenig Ernte gegeben. Ueberhaupt ist diese Operation mit Nr. 2. zu vergleichen.
- 6) Das Abschneiden des Laubes zum Viehfutter ist nicht anzurathen. Es giebt ein kärgliches Futter und schadet dem Stoeke mehr oder minder, je nachdem es früher oder später geschieht. Es wird also nur rathlich, wenn der Frost vor der Thüre ist und dem Kraut ohnehin mit Zerstörung droht.
- 7) Eine Verfahrungsart, die sich schon a priori aus der Natur der Sache als vorzüglich erweisen läßt, bewährt sich auch im Erfolg als die beste. Es ist nämlich die, zur Aussaat die schönsten und größten Kartoffeln auszusuchen. Je größer und schöner diese, desto reichlicher die Ernte. Selbst die Keime von großen Erdbäpfeln haben mehr Ertrag gegeben, als das Setzen mit kleinen aber ganzen Kartoffeln.

Diese Verfahrungsart rühmt auch der als Schriftsteller bekannte englische Deconom Arthur Young.

Es ist von sehr großem Interesse, durch mehrfache Versuche die Wahrheit und Zuverlässigkeit der einen oder der andern Erfahrung auszumitteln. Wir laden daher alle Landwirthe hierdurch ein, und fordern insonderheit die Königl. Domainen-Beamten dazu auf:

- 1) in diesem Jahre vergleichende Proben mit den einzelnen Bestellungsarten zu machen, und
- 2) nach der Ernte uns von dem Ausfalle eine getreue Anzeige zu machen, worauf wir sodann eine anderweitige öffentliche Bekanntmachung gründen werden.
- 3) Es versteht sich von selbst, daß diese Versuche nur im Kleinen angestellt zu werden brauchen, daß aber die größte Genauigkeit dabei obwalten muß. Besonders ist es nothwendig, daß die zu verschiedenen Proben bestimmten Acker- oder Gartenstücke von ganz gleicher Güte und auf gleiche Weise bestellt sein müssen, so wie, daß sie möglichst nahe zusammen liegen.

Merseburg, den 10. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 26.
Einklung
von Dillen u.
andern Luf-
barkeiten an d.
Vorobenden

Zusolge einer von dem Königl. Ober-Präsidio der Provinz Sachsen uns geschehenen Bekanntmachung haben des Königs Majestät zu befehlen geruhet, daß am Vorabend heiliger Tage, besonders der angeordneten großen Kirchenfeste, da es dem sitilichen und religiösen Gefühle nicht anders als anstößig sein kann, durchaus keine Välle gegeben und diese Entheiligung der Vorabend solcher großen Feste sofort ab-

Indem dieser Allerhöchste Befehl hiedurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, werden sämtliche betreffende Behörden unsers Regierungsbezirks hiedurch angewiesen und verpflichtet, auf die genaueste Befolgung desselben überall zu wachen und darauf zu halten.

Merseburg, den 12. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Durch die Verfügung vom 4. Juli v. J. (Amtsblatt 29. Stck. pag. 359—362.) ist das bei Ajustirung und Verpackung der von den Specialcassen, Untererhebern, Domainenpächtern und sonstigen Behörden an die hiesigen Hauptcassen abzuliefernden Gelder zu beobachtende Verfahren deutlich und ausführlich dargestellt.

Demohngeachtet wird diese Verfügung so wenig beachtet, und es gehen bei den Hauptcassen fortwährend die Gelder so vorschriftswidrig ajustirt und verpackt ein, daß es notwendig wird, die Befolgung jener Verordnung durch geschärfte Maaßregeln zu sichern. Es ist daher die hiesige Regieruugs-Hauptcasse und die Haupt-Institutencasse mit Anweisung versehen worden, in solchen Fällen, wo durch die unregelmäßige Ajustirung, Verpackung und Versendung der Gelder deren Auszahlung, Sortirung und neue Verpackung hier notwendig wird, von den Absendern an Ajustirungsgebühren Ein halb Procent durch Postvorschuß einzuziehen und davon die Kosten der durch fremde Hülfe zu beschaffenden cassemäßigen Einrichtung der Geldtuten, Paquete oderbeutel zu bestreiten, außerdem aber jeden Vernachlässigungsfall dem Collegio, Befußs der zu erkennenden und einzuziehenden Ordnungsstrafe, anzuzeigen.

Hiernach hat sich von nun an jeder Einsender von Geldern zu achten.

Merseburg, den 12. Januar 1818.

Königlich Preussische Regierung.

In Gemäßheit nachstehender Verfügung des Königl. Consistoriums zu Magdeburg:

„Das Königl. Ministerium der Geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten verlangt eine Uebersicht dessen, was in den verschiedenen Provinzen des Preussischen Staats in Ansehung der Confessions-Vereinigung unter dem gemeinschaftlichen Brodbrechen beim heiligen Abendmal bisher und namentlich am Reformationsfeste geschehen, und eine Nachricht, bei welchen Gemeinden der Ritus des Brodbrechens ununterbrochen fortgesetzt worden, und veranlassen wir daher sämtliche Herren Superintendenten, in möglichst kurzer Frist anzuzeigen, was in der gedachten Hinsicht in ihrer Diöces bisher geschehen sei.

Magdeburg, den 23. December 1817.

Königl. Preuß. Consistorium der Provinz Sachsen.

Nr. 27.
Ajustirung
u. Verpackung
der einzu-
sendenden Gel-
der.

Nr. 28.
Confessions-
Vereinigung
betreffende
Anzeigen.

Bemerken wir, daß wir die über die Confessions-Vereinigung von den Herrn Superintendenten zu erstattenden Berichte binnen 8 Tagen unfehlbar erwarten.

Merseburg, den 13. Januar 1818.

Königl. Kirchen- und Schul-Commission.

Nr. 29.
Einfendung
der Beschei-
nungen des
Westphälisch.
Staatschazes
über gestellte
Caution.

Mit Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 8. August 1817 (Amtesblatt 33. Stck. pag. 404. Nr. 328.) werden die vormals Westphälischen Beamten, welche in der Stelle der von ihnen zur Caution eingelegten Westphälischen Kelsch-Obligationen, welche aus einer ursprünglich Preussischen Schuld herrühren, sogenannte definitive Bescheinigungen des Westphälischen Staatschazes erhalten haben, hierdurch aufgefordert: diese Bescheinigungen sofort und spätestens bis Ende künftigen Monats bei der Regierung einzureichen, damit sie zur Umschreibung in Preussische Staatschuldscheine bei dem Königl. hohen Ministerio eingesandt werden können. Da die diesfälligen Register Ende Februar hier geschlossen werden, so haben die Eumigen den durch Vernachlässigung für sie erwachsenden Nachtheil sich selbst zuzuschreiben.

Es sollen jedoch, wie höchsten Orts ausdrücklich verordnet worden ist, diese definitiven Bescheinigungen nur von dem Cautionsbesteller oder dessen gehörig legitimirten Erben zur Umschreibung angenommen werden können, sonst aber durchaus zurück gemiesen werden, auch findet, wie zur Vermeidung jedes Mißverständnisses hierdurch bemerkt wird, die Umschreibung der definitiven Bescheinigungen über zur Caution eingelegtes baares Geld zur Zeit noch nicht statt.

Merseburg, den 14. Januar 1818.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.

Verordnungen des Königlichen Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Nr. 4.
Anzeige der
Todesfälle erst-
mister Verstor-
nen.

In der Instruction zu Anwendung der Vorschriften der Stempelgesetze vom 5. September 1811 §. 53. ist den Untergerichten zur Pflicht gemacht, die in ihren Gerichtsprengeln erfolgenden Todesfälle Eximierter oder solcher Personen, die ihren Gerichtsstand bei dem Ober-Landesgericht der Provinz gehabt haben, demselben unverzüglich bei 2 Thlr. Strafe für jeden Contraventionsfall, anzuzeigen.

Dieser Pflicht können die ebengedachten Behörden aber nur dann gütigen, wenn sie durch die Beistlichkeit von solchen Todesfällen in Kenntniß gesetzt werden, daher dieser eine diesfällige sofortige Anzeige an die Untergerichte in unserm Publicando vom 12. Juli pr. litt. c. aufgegeben worden.

Es beklagen sich mehrere Untergerichte, daß die Herren Beistlichen der erwähnten Anweisung nicht nachkommen, weshalb wir Veranlassung nehmen, dieselben nochmals auf jene Bestimmung bei Vermeidung einer mit der im §. 28. der Instruction vom 5. September 1811 für die Unterlassung der Einreichung der Todtenlisten bestimmten gleichen Strafe zu verweisen. Naumburg, den 20. Januar 1818.

Königl. Ober-Landes-Gericht

Verordnungen des Königl. Preuß. Ober-Bergamts zu Halle.

Nach einer Bestimmung des Königl. hohen Finanz-Ministerii können die für Nr. 1.
eigentliche Beamte gegebenen Stempelbestimmungen, in Hinsicht ihrer Befoldungs- Stempelbestimmungen
Quittungen, auf die Lohnquittungen der Schichtmeister, Steiger, Kohlenmesser, St.
Maschinenwärter, Grubenboten, auch Salinenarbeiter, Nachtwächter, und andere
dergleichen Aufseher und Arbeiter, so im Wochenlohn stehen, keine Anwendung finden.

Es wird daher solches den sämtlichen zum Ressort des unterzeichneten Ober-Bergamts gehörigen Cassen- und Rechnungsbeamten zu ihrer Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht. Halle, am 10. Januar 1818.

Königl. Preuß. Niedersächsl. Thüringisches Ober-Bergamt.

Die von den Berg-, Hütten- und Salzwerks-Beamten zur Vermittlung ein- Nr. 2.
gereichten Diäten- und Reisekosten-Liquidationen sind häufig den hierüber ergange- Diäten- und
nen gesetzlichen Vorschriften so wenig gemäß eingerichtet gewesen, daß sie einer ganz- Reisekosten-Li-
lichen Umdänderung bedurft haben. Das unterzeichnete Ober-Bergamt sieht sich hier- quidationen
durch veranlaßt, bei Anfertigung dergleichen Liquidationen nochmals eine genauere
und möglichst sorgfältige Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften hierdurch einzuführen, da außerdem fernere dergleichen vorschriftswidrige Liquidationen ohne weiteres werden remittirt werden. Halle, am 10. Januar 1818.

Königl. Preuß. Niedersächsl. Thüringisches Ober-Bergamt.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Um die schädlichen Schnecken, welche sich in kurzer Zeit sehr vermehren, zu vertilgen, giebt es kein sichrerres und zugleich wohlfeileres Mittel, als ungelöschten an der Luft zu einem feinen Pulver zerfallenen Kalk.

Man säet diesen des Abends um 9 oder 10 Uhr in einer windstille, nicht zu kalten Nacht, und zwar in einer solchen Richtung, daß die Luft den feinen Staub ganz über das befallene Stück treibt. Alle Schnecken, welche darn aus der Erde sind, werden auf der Stelle vernichtet. — Geschieht dies Kalkstreuen aber bei Tage, so hilft es nichts, weil dann die Schnecken in der Erde sitzen. — Statt des Kalks kann man sich auch der Holzasche bedienen.

Merseburg, den 8. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Am 30. December v. J. wurde der bei dem Königl. Inquisitoriate zu Naumburg inhaftirt gewesene von dort aber entsprungene Mörder, der Landwehrmann Johann Christian Müller, als derselbe sich des Abends um 6 Uhr auf das dieselbe Saalufer bei Roßbach übersehen lassen wollte, von dem dortigen Jährmann Johann Samuel Kaiser arreirt und nach Naumburg eingeliefert.

Der arretirte Müller hat sich bei diesen Umständen dem Mord an dem

sährlichen Müller mit soviel Umsicht, Klugheit und Entschlossenheit bekommen, daß ihm in jedem Betracht ein öffentliches Auerkenntniß dieserhalb mit Recht gebühret.
Merseburg, den 9. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Wir können nicht umhin, die Landwirthe auf eine neue in Europa eingeführte Getreideart aufmerksam zu machen, den Egyptischen Roggen, von welchem die Königl. Regierung zu Aachen, in Folge der darüber angestellten Versuche, folgende Vorzüge rühmt:

- 1) er braucht nur dünn gesäet zu werden;
- 2) er gedethet in drei Monaten zur Reife, und kann daher selbst noch im Monat Junius gesäet werden;
- 3) er eignet sich für jede Gattung des Bodens, auch ohne Düngung;
- 4) die Masse scheint ihm nicht zu schaden;
- 5) er hat auf ungedüngtem Lande einen Ertrag von 28½ Korn gegeben;

Das daraus gebackene Brod ist dem gewöhnlichen gleich, jedoch zum weißen Bäckerbrod ist das Mehl nicht geeignet. Auch kommt das Stroh nur dem Gerstenstroh gleich. Beides kann jedoch die vorstehenden Vortheile nicht aufwiegen.

Um Saamen von dieser Getreideart zu bekommen, kann man sich an den Arzt und Landwirth Herrn Thomas zu Gosselies im Zemappes-Departement, oder an die Herren Gebrüder Lempereur, Landwirthe zu Fresnes, wenden.

Merseburg, den 10. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Ein Candidat der Rechte, welcher der von der Kreisbehörde an ihn ergangenen Vorladung zuwider, sich vor der Kreis-Erbschafts-Commission nicht gestellt hat, ist wegen seines dadurch bewiesenen Ungehorsams von uns in eine Strafe von 10 Thalern genommen worden, welches hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Merseburg, den 12. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Dienstanstellungen und Beförderungen.

Der examirte Feldmesser, August Große aus Rathmannsdorf, ist als Regierungs-Conducteur angestellt worden.
Merseburg, den 4. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nach einem uns von dem Herrn Justiz-Minister zugegangenen Rescripte vom 6. — 25. d. M. sind der Hofgerichtsrath Dr. Pfotenbauer und der Stadt-Justizrath Organder zu ordentlichen Beisitzern des Schöppenstuhls zu Halle ernannt worden. Dies wird hierdurch bekannt gemacht.
Naumburg, den 30. December 1817.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

5. Stück.

Merseburg, den 31. Januar 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Da neuerlich häufig wahrgenommen worden, daß die Specialcassen bei Ein- sendung von vorschristsmäßigen Terminalsachen, Vacat-Anzeigen, liquidationen u. den diesfälligen Eingaben zum Theil besondere Anzeigen und Anfragen oder andere fremdartige Gegenstände mit eingemischt haben; dieses aber, theils um das Ueber- sehen solcher besonderer Anbringen und Anträge, theils auch um Unordnungen bei unserm Registraturwesen zu verhüten, von uns ferner schlechterdings nicht zugelassen werden kann; so weisen wir sämtliche zu unserm Geschäftskreise gehörende Special- cassen und Steuerbeamte hierdurch wiederholt ausdrücklich an, ihren terminlichen und allen andern, namentlich das Cassen- und Rechnungswerk betreffenden, vorschrists- mäßigen Eingaben fernerhin besondere Anzeigen, Anfragen oder Anträge, worauf sie Bescheid von uns erwarten können, schlechterdings nicht weiter einzuverleiben, sondern vielmehr alle specielle Anbringen der Art künftig jederzeit in einer besondern Eingabe vorzutragen.

Merseburg, den 16. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Durch das, von dem Königl. Ministerio des Innern unterm 2. d. M. an uns ergangene Rescript, ist bestimmt: daß, da die zu den Krieger- und ähnlichen Mi- litair-Schulen gezogenen Militairs aller Grade, dahin förmlich commandirt wer- den, wegen ihres bestimmten längern Aufenthalts aber, die Grundsätze für Com- mandirte (Abschnitt VIII., §. 50. des allgem. Servis-Regulativs vom 17. März 1810.) auf sie nicht Anwendung finden können, und namentlich ihnen nicht Servis am alten und Naturalquartier am neuen Garnisonorte bewilligt werden kann, der- gleichen Militairs aller Grade an den Orten der Militairschulen, als zur Garnison gehörig zu behandeln sind, und dagegen alles Servis- und Einquartirungs-Verhält- niß an dem alten Garnisonorte wegfällt.

Nr. 30.
Einmischung
fremdartiger
Anzeigen oder
Anfragen bei
Einsendung
vorschristsmä-
ßiger Termin-
sachen, ist ver-
boten.

Nr. 31.
Servis der zu
den Kriegs- u.
Militairschulen
gezogenen
Militairs.

Hiernach haben sich die Magistrate und Servis-Deputationen unsres Regierungsbezirks bei Gemäßung und liquidirung des Servises auf das genaueste zu richten.

Merseburg, den 20. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 32.
Die neuen
Wahlmahlen.

Wegen der den städtischen Verfassungen wahrscheinlich bevorstehenden und in Ansehung der Justizpflege zum Theil schon eingetretenen Veränderungen werden sämtliche Stadt-Magistrate des hiesigen Regierungsbezirks hiermit angewiesen, von Bekanntmachung dieses an die in ihrem Mittel eintretenden oder schon eingetretenen Vacanzen bis auf weitere Verordnung unbesetzt zu lassen, oder wenn die Wiederbesetzung besonderer Umstände halber nicht zu umgehen wäre, solches unter Angabe dieser Umstände, ehe sie zur Wahl eines neuen Mitgliedes vorschreiten, durch das betreffende landrätthliche Officium zu unserer Kenntniß zu bringen, und weitem Bescheid zu erwarten.

Merseburg, den 20. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 33.
Einrechnung
der Pensions-
Quittungen
pro 1817.

Auf die geschehene Anzeige der hiesigen Regierungs-Hauptcasse, daß ihr bis jezt noch ein großer Theil der Pensionsquittungen für das verfloßene Jahr von den mit Auszahlung der Pensionen etc. beauftragten Unterassen nicht zugerechnet worden sei, werden letztere hierdurch angewiesen:

- 1) Angesichts dieses der Regierungs-Hauptcasse die schon bezahlten und eingelöseten Pensions- und Wartegelber-Quittungen entweder mit in Rechnung zu bringen oder zu noch mehrerer Beschleunigung zur Vergütung durch baares Geld mittelst gehöriger Nachweisung zu übersenden.
- 2) Wegen der noch nicht abgehobenen Pensionen etc. die Empfänger sofort zur Abgabe der Quittungen und Empfangnahme des Geldes anzumahnen und ihnen bekannt zu machen, daß wenn sie sich hierunter nachlässig bewiesen und nicht augenblicklich nach geschehener Aufforderung die Pensionen bei der betreffenden Unterasse abholen würden, sie von der letztern für das verfloßene Jahr keine Zahlung erhalten würden und sich alsdann bei der Hauptcasse selbst zu melden hätten. Zu dieser nachträglichen Zahlung wird jeder Unterasse ein Zeitraum von 14 Tagen verstatet, nach dessen Ablauf sie die eingelöseten Quittungen gleichfalls an die Regierungs-Hauptcasse und zwar zur Vergütung durch Baarzahlung einzufenden haben. Die später ihnen präsentiert werdenden Quittungen haben sie sodann zurück, und die Empfänger damit an die Regierungs-Hauptcasse zu verweisen, jedoch auf der Quittung die nicht geschehene Zahlung und den Grund der Verweigerung zu bemerken.

Merseburg, den 27. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Verordnungen des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Im §. 15. der Instruction vom 5. September 1811 ist verordnet:

daß auf jeder Ausfertigung eines Documents, so wie auf jeder beglaubten Abschrift bei Vermeidung einer Geldbuße von 16 Gr. ausdrücklich bemerkt werden soll, mit welchem Stempel das Original versehen sei.

Es bestimmt ferner der Art. 4. des Stempelgesetzes vom 30. November 1810

daß, wenn bei Contracten der erforderliche Stempel nicht sofort zu haben ist, derselbe binnen 8 Tagen nachgebracht werden könne, jedoch dann ihn eine Gerichtsperson cassiren und zugleich pflichtmäßig darauf bezeugen müsse, daß solches 8 Tage nach Schließung des Contracts geschehen sei;

und endlich besagt der §. 30. der gedachten Instruction und die Ministerial-Verfügung vom 25. Aug. 1814 (Pochhammers Erläuterungen der Stempelgesetze Heft II. pag. 19. 20.)

daß die Lösung des Erbschaftsstempels in der Regel gleich nach geschehener Inventur erfolgen solle, und nicht von Beendigung der Erbtheilung, Abschließung des Necesses, Verkauf eines Grundstücks, Einziehung ausstehender Forderungen, oder Verfilberung des Mobiliars abhängig gemacht werden dürfe, weil das Gesetz in der Regel alle Stempel-Suspension untersagt und die Erstattung der etwa indebiten gebrauchten Stempel ohne Schwierigkeit zu erlangen ist.

Bei der durch den Stempel-Fiscal Herrn Kriegsrath Naumann neuerlich gehaltenen Revision mehrerer Untergerichts-Registraturen haben sich Verstöße gegen diese Bestimmungen ergeben, und wir nehmen daraus Veranlassung, die Untergerichte des uns anvertrauten Departements zur Beobachtung der diesfälligen Vorschriften hierdurch ausdrücklich anzuweisen.

Raumburg, den 13. Januar 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Es ist uns der Todtenschein des angeblich aus Halle gebürtigen, den 24. April 1815 daselbst sich freiwillig zum Militairdienst gestellten und am 29. Septemb. 1817 im Lazareth zu Luxemburg verstorbenen Trainsoldaten Gottfried Becker von der Magdeburger Ponton-Train-Colonne der mobilen Armee, nebst der von demselben besessenen Kriegs-Denk Münze 2ter Classe, zur weitem Aushändigung an die etwaigen Angehörigen des Verstorbenen übersendet worden.

Da jedoch nach eingezogener Erkundigung keine Angehörigen des 1c. Becker zu Halle aufzufinden sind, derselbe auch gar nicht aus Halle gebürtig ist, so werden

Nr. 5.
Das Stempelgesetz der
treffende Bestimmungen
werden in Er-
innerung ge-
bracht.

die erdmöglichen Angehörigen auffordert, sich zu Empfangnahme des gedachten Loh-
tenscheins desselben und der Kriegs-Denk Münze bei uns zu melden.

Merseburg, am 17. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Mehrere Justizämter unseres Departements haben die vorgeschriebenen Anzeigen
von den zu berechnenden Urtheilsgebühren entweder noch gar nicht oder doch noch nicht
bis zum Schlusse des Jahres 1817 eingereicht.

Dieselben werden daher hierdurch angewiesen, die rückständigen Anzeigen bin-
nen längstens 4 Wochen, von heute an gerechnet, hierher einzureichen.

Raumburg, den 16. Januar 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

V e r z e i c h n i s s

aufgegriffener, mittelst Marschroute und Transports aus den Königl. Preuß. Staaten.
verwiesener Vagabonden.

1) Aus dem Merseburger Kreise.

a) Wegen Landstreicherei.

Johann Hieck, ein Landstreicher, aus Neweckowig in Böhmen gebürtig und wohnhaft daselbst, ist 29 Jahr alt, 5 Fuß groß, hat krause schwarzbraune Haare, bedeckte Stirn, schwarz-
braune Augenbraunen, himmelblaue Augen, mittelmäßige Nase, kleinen aufgeworfenen Mund,
braunen Bart, rundes Kinn, ovales und bräunliches Gesicht, ist von mittelmäßiger Gestalt; nach
Münchengräß über Leipzig, Dresden und Peterswalde durch Transport.

b) Wegen Mangel an richtiger Legitimation.

Francois Dejean, angeblich französischer Artillerie-Capitain, gebürtig aus Toulouse und
wohnhaft daselbst, ist 27 Jahr alt, 5 Fuß 2 Zoll groß, hat schwarzbraune Haare, bedeckte Stirn,
schwarzbraune Augenbraunen, braune Augen, gewöhnliche Nase, proportionirten Mund, schwarz-
braunen Bart, rundes Kinn, ovales Gesicht, ist von mittler Statur und hat eine Schmarre an
der Stirne, trägt einen Schnurrbart und Ordensbänder; nach Reg über Erfurt, Frankfurt a. M.
und Saarbrück durch Transport.

c) Wegen Herumtreibens und verbotener Rädelfehr.

Johanna Christiana Effnerin, eine herrenlose Dienstmagd, gebürtig aus Zeulenrode und
wohnhaft daselbst, ist 24 Jahr alt, 4 Fuß 10 Zoll groß, hat blonde Haare, bedeckte Stirn,
blonde Augenbraunen, blaßblaue Augen, kleine Nase, aufgeworfenen Mund, langes Gesicht,
ist von derber Statur; nach Zeulenrode über Weissenfels, Zeig und Gr. a durch Transport.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

6. Stück.

Merseburg, Den 7. Februar 1818.

P u b l i c a n d u m.

Da die bisherigen Zins-Coupons von den ehemaligen Königl. Sächsischen Centralsteuer-Obligationen, welche sämmtlich gemäß der unterm 23. Juli d. J. von den beiderseitigen Friedens-Vollziehungs-Commissionen in Dresden abgeschlossenen Convention Königl. Preussischer-Seits übernommen worden, mit dem bevorstehenden Ofter-Termine ablaufen, so hat das unterzeichnete Ministerium die Ausfertigung und Vollziehung neuer Zins-Coupons wiederum für einen dreijährigen Zeitraum dem Regierungs-Chef-Präsidenten von Schönberg, dem Regierungs-Vice-Präsidenten Heyer und dem Regierungs-Director Geheimen Rath Krüger zu Merseburg übertragen, und es werden die neuen Zins-Coupons in der künftigen leipziger Oftermesse bei Gelegenheit der alsdann eintretenden Zinsenzahlung durch das Handlungshaus Reichenbach et Comp. in Leipzig, welches daselbst die Zinsenzahlung zur gehörigen Zeit besorgen wird, den Präsentanten der letzten abgelautenen Zins-Coupons und der alten Zins-Leisten ausgeliefert werden.

Dieses wird hierdurch in Verfolg der unterm 14. October v. J. von Seiten des Königl. Finanz-Ministerii erlassenen Bekanntmachung zur allgemeinen Kenntniß gebracht. Berlin, den 21. Januar 1818.

Ministerium des Schatzes und für das Staats-Credit-Wesen.

gez. Fries.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nachstehendes Rescript des Königl. hohen Ministeriums des Innern Erster Abtheilung vom 25. November vorigen Jahres:

„Verschiedene Anfragen,

ob die in dem letzten Kriege gedienten Freiwilligen nur noch zum 2ten Aufgebote der Landwehr verpflichtet seien und sie hiezu auch erst beim Eintritt ihres 25ten Lebensjahres in Anspruch genommen werden dürfen?

haben dem unterzeichneten Ministerio Veranlassung zur nähern Communication mit

Nr. 54.

Militär-
dienstpflichtige
seit gedienter
Freiwilliger.

dem Königl. Kriegs-Ministerio gegeben und es wird der Königl. Regierung als Resultat zur Nachricht und Achtung eröffnet: daß in vorkommenden Fällen nicht angenommen werden kann: daß der in den letzten Feldzügen geleistete freiwillige Dienst die Verpflichtung zum stehenden Heere dergestalt verrete, daß alle militairische Dienstleistung und Einseilung wegfällt, bis mit Ueberschreitung des 25ten Lebensjahres die Verbindlichkeit zum Eintritt in die Landwehr 1sten Aufgebots in Kraft kommt, sondern daß die Verpflichtung zur Landwehr 1sten Aufgebots immer gleich nach erloschener Verpflichtung zum Dienst im stehenden Heere und in dessen Reserviren vorhanden ist. Eine Ausnahme findet nur nach ausdrücklicher Allerhöchster Bestimmung für die Königl. Officianten statt, welche die Feldzüge freiwillig mitgemacht haben, und darauf nur zum 2ten Aufgebot der Landwehr gezogen werden können.

Hinsichts derjenigen aber, welche nach geleistetem freiwilligen Dienst in den letzten Feldzügen der Landwehr des 1sten Aufgebots zugetheilt worden sind, soll, bis sie das 25ste Lebensjahr erreicht haben, die Begünstigung statt finden, daß sie nicht zu den gewöhnlichen Landwehr-Uebungen zugezogen und einberufen, wiewohl deshalb nicht von der Zuteilung zu der Landwehr des 1sten Aufgebots befreit werden.

Berlin, den 25. November 1817.

Ministerium des Innern. Erste Abtheilung.

An die Königl. Regierung
zu Merseburg.

wird hiermit zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht.

Merseburg, den 18. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 55.
Aufsorderung
an Schulkam-
mer-Candidaten.

Die Zahl derjenigen, welche in die sich von Zeit zu Zeit erledigenden Lehrstellen der Landeschulmeister, Catecheten und Kinderlehrer eingesetzt werden können, vermindert sich in dem hiesigen Regierungsbezirke für den gegenwärtigen Augenblick dadurch, daß die Jünglinge, welche sich auf den Seminarien oder sonst zu dergleichen Schulantern vorbereitet haben, jetzt sich beeifern, der Bürgerpflicht Gnüge zu leisten, welche innerhalb gesetzlich bestimmter Jahre die Erlernung des Waffendienstes von ihnen fordert.

Um den Verlegenheiten vorzubeugen, welche hieraus bei der Wiederbesetzung vacanter Stellen entstehen könnten, fordert die unterzeichnete Regierung alle diejenigen Candidaten des Schulkamers, welche an einer Volksschule angestellt zu werden wünschen und ihrer Militairpflichtigkeit genügt haben, oder sich über ihre Untauglichkeit zum Waffendienste hinlänglich legitimiren können, oder auch bereits in die Classe der Landwehrpflichtigen gehören, hierdurch auf, ihre Namen, ihr Alter, ihren Wohnort, ihr jetziges Geschäft, die nöthige Nachweisung über ihren Waffendienst, Zeugnisse über ihre Kenntnisse und ihr Verhalten, auch nach Befinden eine nähere Angabe ihrer Wünsche bei künftiger Anstellung, baldigst alhier einzureichen.

Merseburg, den 27. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Zur Beförderung des richtigen Verständnisses der pharmacopoea borussica ist unter hoher Genehmigung bei dem Verleger derselben für die, welche derselben bedürfen, auch eine richtige deutsche Uebersetzung davon veranstaltet. Es steht je dem Apotheker in den Preussischen Landen frei, sich diese anzuschaffen, doch muß zugleich in einer jeden Apotheke ein Exemplar der neuesten lateinischen Originalausgabe vorhanden sein und danach gearbeitet werden, da diese als gesetzliche Vorschrift anzusehen und zum Unterricht für die pharmaceutischen Lehrlinge unentbehrlich ist. Indem wir dies zur Kenntniß der Kreis-Physici und der Apothekenbesitzer bringen, verweisen wir letztere noch besonders auf Befolgung des §. 15. des ersten Titels der revidirten Ordnung für die Apotheker vom 11. October 1801 mit der Verwarnung, daß diejenigen, welche gegen die in diesem Paragraph enthaltenen Vorschriften und ähnliche verstoßen, eine Strafe von 2 Thalern und im Wiederholungsfalle eine Strafe von 5 Thalern unvermeidlich verwirken.

Merseburg, den 30. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Verordnungen des Königlichen Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Bei der durch den Stempel-Fiscal, Herrn Kriegsrath Naumann, kürzlich gehaltenen Revision verschiedener Untergerichts-Registraturen hat sich ergeben, daß einige Gerichte selbst den Erbschaftsstempel zu den Acten cassirt haben. Wegen dieser Irregularität werden sämtliche Untergerichte in dem uns anvertrauten Departement, mit Beziehung auf den §. 43. der Instruction vom 5. September 1811 und das Ministerial-Rescript vom 18. März 1812, angewiesen, die zur Lösung des Erbschaftsstempels verpflichteten Erbinteressenten anzuweisen, den erforderlichen Stempel auf den Grund des ihnen zu ertheilenden Attestes bei dem Orts-Accise-Amte zu lösen und von dieser Behörde darauf unter Unterschrift und Amtssiegel attestiren zu lassen, wann die Lösung geschehen ist, demnächst aber den folchergestalt beschriebenen Stempel zu den Gerichtsacten einzureichen.

Naumburg, den 20. Januar 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Sämmtliche Patrimonial-Gerichte im Departement des unterzeichneten Königl. Ober-Landes-Gerichts werden hierdurch angewiesen, bei Abstattung der Berichte an dasselbe, jedesmal und ohne Unterschied des Gegenstandes, den Amtsbezirk, zu welchem die Jurisdiction gehört, zu bemerken. Es wird diesernach die Befolgung dieser Anordnung pünktlich erwartet.

Naumburg, den 23. Januar 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Nr. 36.

Uebersetzung
der Pharma-
copoea bo-
russica.

Nr. 6.

Erbschafts-
Stempel.

Nr. 7.

Angabe des
Amtsbezirks
bei Berichten
der Patrimo-
nial Gerichte.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Da die in der Fabrik des *ic. Mathusius zu Hundsburg im Magdeburgschen* verfertigten Geräthe und Maschinen allerlei Art für Landwirthschaft und Gewerbe, der Aufnahme werth sind; so machen wir hierdurch bekannt, daß dieselben in den Saalkreis und die Grafschaft Mannsfeld, so wie auch in das platte Land des Herzogthums Sachsen ganz accisefrei eingeführt werden können. Sollte Jemand dergleichen auch in einer Stadt des zu unserm Bezirke gehörigen Theiles des Herzogthums einzuführen wünschen, so werden wir auf desfalligen besondern Antrag, uns sehr gern wegen ebenfalls zu gestattender Accisefreiheit verwenden.

Merseburg, den 25. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Dem blinden Johann Gottlob Krüger aus Braunschwig bei Cottbus ist eine auf drei Jahr gültige General-Concession erteilt worden, sich mit seiner in der Musik erworbenen Kunstfertigkeit in den Städten der gesammten Monarchie für Geld hören zu lassen.

Die Gerichtsobrigkeiten und Polizeibehörden werden daher hierdurch angewiesen, den *ic. Krüger* in Ausübung seines Kunst während der festgesetzten Zeit nicht zu hindern.

Merseburg, den 27. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Bei Auflösung des vormaligen General-Gouvernements des Herzogthums Sachsen, sind gewisse, in Sachen der Dorothee Henriette vermittelten Henning, gebornen Laue zu Toba, wider Friedrich Christoph Ludwig, jetzt dessen Erben daselbst, ergangene Acten, an 7 Voluminibus, aller Wahrscheinlichkeit nach einer andern, als der betreffenden Justizbehörde, übersendet worden. Da die letztere jetzt dieser Acten dringend bedürftig ist, so wird das Judicium, welchem dieselben zugegangen sind, hiermit aufgefordert, solche auf das schleunigste an das unterzeichnete Königl. Ober-Landes-Gericht gelangen zu lassen.

Raumburg, den 20. Januar 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

7. Stück.

Merseburg, den 14. Februar 1818.

Allgemeine Gesessammlung.

Das 1ste Stück der Gesessammlung pro 1818 enthält:

- Nro. 456. Erklärung wegen Ausdehnung der seit 1812 zwischen der Königl. Preuß. Regierung und der Schweizerischen Eidgenossenschaft bestehenden Freizügigkeits-Uebereinkunft, auf sämtliche jetzige Königl. Preussische und zur Schweizerischen Eidgenossenschaft gehörigen Lande. De dato den 25. October 1817.
- Nro. 457. Cartel-Convention zwischen Preußen und Appen-Deimold. Vom 31. October 1817.
- Nro. 458. Erklärung wegen der zwischen der Königl. Preussischen und Königl. Württembergischen Regierung verabredeten Freizügigkeit, in Betreff der zum deutschen Bunde nicht gehörigen Preussischen Provinzen. De dato den 8. December 1817.
- Nro. 459. Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 22. December 1817, daß auch das Gehalt der mobilen Militär-Beamten keinen Abzug erleiden soll.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Ein darüber erhobener Zweifel:

Ob die Vorschrift des Stempelgesetzes für die ganze Monarchie vom 20. November 1810. Art. 7. Nr. 4. und der Declaration vom 27. Juli 1811. §. 11: nach welcher der von Descendenten und adoptirten Kindern bei Erbschaften über 500 Rthlr. zu lösende Werthstempel ein Viertel Thaler vom Hundert beträgt, Nr. 57.
Den Deben-
stempel
betreffend.

auch auf die in die Einkindschaft gebrachten Kinder (per unionem rationis)

hat die Königl. Höhen Ministerien der Justiz- und Finanzen veranlaßt, unterm 31. v. M. und X. zu bestimmen:

daß die durch rechtsgültigen Vertrag in die Einkindschaft versetzten Kinder in Betreff des von ihnen, vorkommenden Falls, zu entrichtenden Descendents- Stempels, den leiblichen und adoptirten Kindern völlig gleich zu achten sind.

Es wird daher diese Bestimmung hierdurch zur Kenntniß der Gerichte und des Publicums gebracht.

Merseburg, den 29. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 38.
Versteuerung
der Getränke
u. des Mehls.

Das Königl. Finanz-Ministerium hat unter dem 17. v. M. anzuordnen geru-
het, daß die in den Königl. Preuß. Provinzen zwischen der Weser und Elbe, in
denen für jetzt noch die Westphälische Consumtionssteuer-Versäufung besteht, fabri-
cirten Getränke, so wie das ebendasselbst gefertigte Mehl, bei der Versteuerung im
Herzogthume Sachsen ebenfalls nach den in der Bekanntmachung vom 29. Septem-
ber v. J. (S. 580. des vorjährigen Amtsblatts) ausgesprochenen Grundsätzen be-
handelt werden sollen.

Wenn daher Brandwein, Bier, Essig oder Mehl aus gedachten Provinzen ohne
Passirzettel in das Herzogthum Sachsen einzieht, so sind sie nach den vollen aus-
ländischen Sätzen, als wären sie fremden Ursprungs, zur Versteuerung zu ziehen.
Gehen sie hingegen mit richtigen Passirzetteln der Consumtionssteuer-Ämter, in
welchen der Betrag der davon bereits entrichteten Gefälle genau und vollständig an-
gegeben sein muß, ein, so finden die Vorschriften unter a) a. und b. der Bekannt-
machung vom 29. September v. J. in der Art Anwendung, daß bei der Berech-
nung die auf dergleichen auf dem platten Lande des Herzogthums Sachsen gefertig-
ten Gegenständen liegenden Abgaben zum Grunde gelegt werden und daß folglich:

- 1) sämtlicher auf das platte Land außerhalb der Viertelmeile und in die Städte,
in denen die General-Consumtionsaccise nicht eingeführt ist, eingehender Brand-
wein, so wie Bier und Essig;
- 2) das auf das platte Land und in nur gedachte Städte zur Consumtion eingehende
Mehl von allen Consumtionsabgaben frei bleiben, weil diese Gegenstände be-
reits höhere Abgaben getragen haben;
- 3) von demjenigen Mehl, mit welchem Handel getrieben wird, zwar die Han-
delsaccise an 6 Pf. vom Thaler, jedoch in der Art zu erheben ist, daß da-
von die nach den Passirzetteln bereits entrichtete Consumtionssteuer dem Händ-
ler zu gute gerechnet und nur das an der Handelsaccise Ermangelnde als Er-
gänzung noch erhoben wird;
- 4) der in die accissbaren Städte und in die Dörfer innerhalb der Viertelmeile

- 5) vom Brandwein und vom Mehl, wenn sie in accisbare Städte und in die Dörfer innerhalb der Viertelmeile eingehen, das an dem Tariffasse von dergleichen in den Dörfern des Herzogthums Sachsen außerhalb der Viertelmeile gefertigten Gegenständen Ermangelnde als Ergänzung nach zu erheben;
- 6) bei dem Biere aber, wenn es in accisbare Städte und in die Dörfer innerhalb der Viertelmeile eingeführt wird, zu den Säßen der Eingangsaccise vom inländischen Dorfbiere an resp. 2 Thlr. 12 Gr., 1 Thlr. 10 Gr. und 1 Thlr. 8 Gr. noch der Betrag der Tranksteuer an resp. 1 Thlr. 8 Gr. und 1 Thlr. 12 Gr. vom Dresdner Fasse zu rechnen und das an beiden Abgaben Ermangelnde als Ergänzung nach zu erheben, auch mit dem producirten Passirzettel belegt, unter dem gewöhnlichen Rechnungstitel in Einnahme zu stellen ist.

Da hiernächst in den Provinzen zwischen der Weser und Elbe das Berliner Maaf gebräuchlich ist, so ist

- 7) eine Berliner Tonne zu $1\frac{1}{2}$ Dresdner Tonne und ein Berliner Maaf oder Quart zu $1\frac{1}{2}$ Dresdner Kanne zu berechnen.

Bei dieser Ermäßigung der Abgaben kann bei der Ausfuhr der Getränke aus den gedachten Provinzen in und durch das Herzogthum Sachsen die durch das Decret vom 15. Januar 1812 festgesetzte Ausfuhr-Vergütung nicht weiter stattfinden und kommt daher für diesen Fall in Wegfall.

Wegen ähnlicher Festsetzungen für den Eingang des Oels, der Mühlenfabrikate und der Fleischwaaren in das Herzogthum Sachsen, so wie für den Eingang der in diesem gefertigten Getränke, werden die näheren Bestimmungen vorbehalten.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß durch diese nur die Abgaben betreffenden Festsetzungen an den im Herzogthum Sachsen in Ansehung der Getränke bestehenden Bann- und Zwangsrechten für jetzt nichts geändert wird.

Die Beamten der indirecten Steuern werden angewiesen, sich nach diesen Vorschriften genau zu achten.

Merseburg, am 31. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Die Anfertigung der Etats für die Kammereien, wie sie auf das Jahr 1817 durch die Verordnung vom 15. November 1816 vorgeschrieben worden, hat sich als so nützlich bewährt, daß die Königl. Regierung eine gleiche Anfertigung auch für das Jahr 1818 anzuordnen sich bewogen findet.

Nr. 39.
Anfertigung
der Etats für
die Kammereien
pro 1818.

Es gelten, was die hierbei zu beobachtende Mobilität anlangt, ganz die in der Verordnung vom 15. November 1816. §. 1 — 4. enthaltenen Bestimmungen.

Was jedoch die Concurrenz der Herren Landräthe, so wie die der Königl. Regierung anlangt, so macht der fortwährende Andrang der Geschäfte sowohl hier, als in den Kreis-Bureau's. solchende Modificationen für diesesmal nothwendig.

- 1) Die Magisträte haben an einem dazu zu bestimmenden Tage, mit den Commun-Repäsentanten, die Einnahmen und Ausgaben, wie sie für das laufende Jahr zu erwarten sind, nach den vorgeschriebenen Grundsätzen zu berechnen und festzustellen, und in Gemäßheit dieser Verabredungen den Etat selbst auszuarbeiten. Dieser Etat, vom Magistrat und den Commun-Repäsentanten vollzogen, ist dann dem Landrathe zu überreichen.

Ist ein Einverständnis zwischen dem Magistrat und den Commun-Repäsentanten nicht zu treffen gewesen, so ist dem Landrathe unter Auseinandersetzung der Gründe und Gegengründe über die Bewandniß Anzeige zu erstatten.

- 2) Was die Etats derjenigen Städte anlangt, welche von der Königl. Regierung im vorigen Jahre im Allgemeinen, wenn auch mit einzelnen Modificationen, genehmigt worden sind, so bedarf es in der Regel, in diesem Jahre der Einsetzung derselben nicht.

Den Herren Landräthen liegt vielmehr die Bestätigung für das laufende Jahr ob und es haben dieselben, falls ein Einverständnis nicht zu treffen gewesen, oder die Entscheidung über die statt findenden Differenzen ohne weitere Erörterung nicht zu ertheilen wäre, dann noch in loco das Nöthige auszumitteln, eine Vereinigung zu versuchen, oder sonst die Sache festzustellen.

Wos in dem Falle, wenn

- a) die Herren Landräthe bei entstehender Vereinigung zu entscheiden sich nicht berechtigt glauben, oder
- b) wenn Besoldungserhöhungen oder andere Vermehrung permanenter Ausgaben auf den Etat gebracht werden sollten, ist die Entscheidung der Königl. Regierung einzuholen.
- 3) Da aber im vorigen Jahre den Etats vieler Städte, wegen ganz unzumuthiger Bearbeitung die Bestätigung hat versagt und deren Umarbeitung anbefohlen werden müssen, so ist es erforderlich, daß diejenigen Etats, bei welchen dieser Fall eintritt, der Königl. Regierung auf das laufende Jahr zur Genehmigung eingereicht werden.

Zu dieser Einreichung wird hiermit der 1ste April als Termin angesetzt. Bis die Genehmigung eingeht, ist in der vorhin angeordneten Maasse nach demjenigen, was entweder vorher von den höhern Behörden vorgeschrieben oder durch Observanz begründet ist, sich zu achten.

Mersburg, den 4. Februar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

die allgemeine Sicherheit, nach wie vor und eigentlich jetzt mehr wie sonst, daß alle Reisende einer unausgesetzten genauen Controлле unterworfen werden, um, mittelst dieser, den Unverdächtigen Schutz zu gewähren, die Verdächtigen aber zu entdecken und unschädlich zu machen.

Wie gegen die, in Beziehung auf die Paß-Policei verdächtigen, Personen zu verfahren, ist Tit. 8. §. 38 bis 44. der General-Instruction für die Paß-Policei vom 12. Juli v. J., welche den Polizeibehörden unsers Departements mit der Befugung vom 7. August c. zugegangen, vorgeschrieben; doch können sich auch nicht selten Fälle ereignen, wo Personen, entweder durch den Mangel an Aufsicht einzelner Behörden in den Besitz von Pässen gekommen, die ihnen bei größerer Achtsamkeit hätten verweigert werden müssen, oder wo sie dergleichen zu erschleichen gewußt, oder sich auch, nach dem Empfang eines Passes, erst verdächtig gemacht haben, oder endlich, wo die Umstände so angethan gewesen, daß der Paß nicht geradezu verweigert werden können, das damit versehene Individuum aber dennoch nicht ganz verdachtslos ist und einer genauen Controळे bedarf. Für den letztern Fall ist es nun zwar eine besondere Pflicht der ausstellenden Behörde, die des Bestimmungsorts des Reisenden von den obwaltenden Verdachtsgründen genau zu unterrichten und ihr darnach das Verfahren gegen jenen zu überlassen, doch wird eine genaue Beobachtung der nachfolgenden allgemeinen Vorschriften, welche zum Theil auch früher schon einzeln bestanden haben, und hier nur zusammengestellt und ergänzt worden sind; den dabei beachtigten, und bereits oben ausgesprochenen Zweck am sichersten erreichen helfen. Es werden daher sämmtliche, mit der Polizeiverwaltung beauftragte Behörden unsers Departements gemeinlich angewiesen, sich solche zu ihrer Direction dienen zu lassen, und das weiter Erforderliche in ihren resp. Wirkungskreisen danach einzuleiten.

Es ist dabei zunächst von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß die Polizeibehörden sich der Gast- und Herbergswirthe, auf dem Lande aber der Krüger, bei diesem Theil ihrer Verwaltung mit bedienen müssen.

§. 1. Jeder Gast- und Herbergswirth ist verpflichtet, die bei ihm am Tage eintreffenden Fremden vor 8 Uhr Abends, die später oder bei Nacht eintreffenden aber den andern Morgen vor 8 Uhr entweder dem Chef der Policei oder dessen dazu designirten Unter-Officianten, und wo besondere Polizeibehörden sind, am zweckmäßigsten den Revier-Policei-Commissariaten, schriftlich auf dem vorgeschriebenen, gestempelten Formular zu melden.

§. 2. Dieser Meldung muß, wenn der Reisende ein Ausländer ist, oder sich länger als 24 Stunden im Orte aufhält und einen Paß besitzt, solcher, gegen Bescheinigung des Empfangs, von Seiten des die Meldung annehmenden Officianten, beigelegt, und derselbe sodann, bis zur Abreise des Fremden, im Policei-Paß-Bureau des Orts sicher aufbewahrt werden.

§. 3. Führt der Reisende keinen Paß oder keine legitimations-Karte bei sich, so muß der Gastwirth solches bei der schriftlichen Meldung bemerken, und zugleich mit anzeigen, ob ihm jener persönlich und als unverdächtig bekannt sei, oder wodurch er sich sonst etwa legitimirt habe. Im dem letzten Falle ist es bekannt, welche bei An-

licei-Officianten, dem die Meldung zukommen, den ausländischen Fremden, so wie denjenigen, der länger als 24 Stunden im Orte bleiben will, im Fall der nicht vorliegenden Unverdächtigkeit, selbst zur Beweisführung über die Identität seiner Person aufzufordern, und treten alsdann die Vorschriften der General-Pass-Instruction §. 38 u. f. ein.

§. 4. Auch durchreisende Fremde, die blos abtreten und nicht über Nacht bleiben, sind, so wie die im Absteige-Quartier in den Gasthöfen sich aufhaltenden Personen, von der Meldung nicht ausgeschlossen, und muß bei Ersteren, von ihrer gegen den Gastwirth geführten legitimisation, ganz das nämliche der Policeibehörde von diesem angezeigt werden.

§. 5. Fremde von vorzüglich hohem Range sind, sogleich nach ihrer Ankunft, dem Commandanten und dem Chef der Policei besonders zu melden, so wie angekommene active Officiers fremder Mächte erinnert werden müssen, sich bei der Commandantur zu melden, wohin ihre Ankunft gleichzeitig von dem Gastwirth zu anzeigen ist.

§. 6. Auch von dem erfolgten Abgange der Fremden, sei es:

- a) durch Verwechselung mit einem andern Gasthose oder Privat-Quartier, oder
- b) durch die Abreise,

muß der Policei innerhalb der nächsten 24 Stunden schriftliche Anzeige geschehen.

§. 8. Jeder Gast- und Herbergswirth ist verpflichtet, von den bei ihm logirenden Fremden ein Journal nach folgenden Rubriken zu führen:

- a) Nro. des Fremdenbuchs,
- b) Nro. des Zimmers,
- c) Name des Fremden,
- d) Stand oder Character,
- e) Woher er kommt,
- f) Wo er anständig ist,
- g) Gefolge.
- h) Angekommen mit der Post oder sonst,
- i) Mit oder ohne Paß,
- k) Der Ankunft, Tag, Stunde,
- l) In welchen Geschäften,
- m) Verbleibt hier,
- n) Tag und Stunde der Abreise des Fremden.

Dieses Journal muß zum öftern, und wenigstens alle Woche einmal, von den, durch den Chef der Policei und den Bürgermeister damit beauftragten Officianten und Magistrats-Subalternen, in großen Städten von dem Polizei-Commissarius und namentlich auch von dem Policei-Inspector revidirt, mit den Meldungen des Gastwirths verglichen, und daß, und an welchen Tagen solches geschehen, in den Büchern von den betreffenden Officianten attestirt werden. Bemerkte Unregelmäßigkeiten hiebei haben die Officianten ihrem Vorgesetzten zur Auae anzuzeigen.

§. 9. Wer weder einen Paß noch eine legitimations-Karte besitzt, noch dem Gastwirth persönlich bekannt ist, oder sich sonst glaubhaft legitimiren kann, darf ohne besondere Erlaubniß der Policei-Behörde, eigentlich nicht beherbergt werden. Verlangt ein solcher Reisender Quartier; so muß der Gastwirth sofort, und ohne die gewöhnliche Meldungszeit abzuwarten, dem Policei-Commissair des Reviers oder sonst mit diesem Gegenstande beauftragten Policei- und Magistrats-Officianten davon Anzeige machen, damit dieser eine nähere Recherche anstellen könne. Einstweilen kann jedoch der Fremde aufgenommen werden.

§. 10. Wenn den Gastwirth die Signalements verfolgte oder verdächtige Personen von der Policeibehörde mitgetheilt worden, oder ihnen davon sonst, z. B. durch die öffentlichen Blätter, Kenntniß zukommt; so müssen sie sich dies wohl merken, solches auch, nach Umständen, ihren Hausgenossen, besonders aber den, in den Gasthöfen servirenden, Lohnbedienten mittheilen, und die, bei ihnen einkehrenden, Fremden behufsam und ohne daß solches auffallen könne, damit vergleichen. Entdecken sie eine Ähnlichkeit mit einem verfolgten Individuo, so haben sie, auch wenn der Name nicht übereinstimmen oder der Paß des Fremden richtig scheinen sollte, der Policeibehörde davon Anzeige zu machen.

§. 11. Auch sind die Gastwirth verpflichtet, den Reisenden, welche besondere Aufwartung verlangen, nur wirklich policeilich authorisirte und mit Gewerbscheinen versehene Lohnbediente, an Orten wo letztere vorhanden sind, zu empfehlen.

§. 12. Auch, ohne in einzelnen Fällen besonders dazu aufgefordert zu seyn, sind die Gastwirth verbunden, der Policeibehörde davon Anzeige zu machen, wenn ein Fremder, entweder durch seinen Umgang und Verkehr mit verdächtigen Einwohnern des Ortes, durch scheinbare gänzliche Geschäftslosigkeit, oder durch Ausschweifungen, Spiel u. s. w., Verdacht gegen sich erregen sollte, damit jene ihre Maaßregeln gegen ein solches Subject ergreifen könne. Gast- und Schenkwirth haben übrigens, bei Gewärtigung der gesetzlichen Bestrafung, keine Hazardspiele in ihren Wohnungen zu dulden.

§. 13. Auch ist es den Gastwirth streng untersagt, sich, mit unzeitiger Neugierde oder aus übertriebenem Dienstfeiser, von den Angelegenheiten und Geschäften der Fremden, bevor solche nicht einen bestimmten Verdacht gegen sich erregt haben, oder eine Aufforderung von der Policei dazu erfolgt ist, Kenntniß verschaffen zu wollen.

§. 14. Um Reisende gegen Uebervorteilung zu schützen, sind die Gastwirth verpflichtet, sich selbst für jedes Quartal des Calendrierjahres eine Taxe zu machen und, von der Ortspolizei zu unterzeichnende Exemplare davon in allen Gastzimmern anzuhängen, auch ein von ihnen unterzeichnetes Exemplar bei der Policeibehörde niederzulegen. Nach dieser Taxe, unter welcher jedesmal zu vermerken, bei wem die Gäste sich wegen Ueberschreitung derselben beschweren können, hat der Gastwirth, bei Gewärtigung einer nachdrücklichen Policeistrafe, die Fremden genau zu behandeln, nicht weniger aber auch auf Reinlichkeit und Ordnung in den Zimmern und Ställen zu halten, und besonders auf die, bei ihm unterzubringenden, Pferde ein genaues

nehmen, vielmehr der Polizeibehörde unverzüglich von dessen Ankunft Anzeige zu machen, auch das, durch frühere Bestimmungen schon angeordnete, wöchentliche Auswaschen der Rippen, Rausen, Thüren und Wasserinnen in ihren Ställen mit scharfer lauche, bei Strafe von 5 Thlr. nicht zu unterlassen.

§. 15. Daß die, in den bevorstehenden §§ gegebenen, Vorschriften sich zunächst zwar auf die Städte beziehen, folgt aus der Sache; doch werden auch die ländlichen Polizeibehörden Gelegenheit finden, selbige, so weit es thunlich ist, für das platte Land anpassend zu machen, und sind besonders die Schenkwirthe in den Dörfern zur mündlichen Meldung der bei ihnen übernachtenden Fremden, an den Schulzen zu verpflichten, letztere aber anzuweisen, die Pässe der Reisenden zu revidiren, und wenn sie Unregelmäßigkeiten dabei entdecken sollten, das betreffende Individuum entweder an die nächste Amts-, Kreis- oder städtische Polizeibehörde zur weitern Verfügung abzuliefern.

§. 16. Die Gensd'armie ist verpflichtet, die Dorfschulzen fleißig zu visitiren und sich zu überzeugen, daß die Wirthe und Schulzen ihren Obliegenheiten nachgekommen sind.

§. 17. Für die unterlassene An- oder Abmeldung eines Fremden, auch wenn derselbe völlig legitimirt gewesen, zählt der Gastwirth im ersten Falle 5 Rthlr. und bei Wiederholungen 10 Rthlr. Strafe; ergiebt sich aber, daß ein unlegitimirt oder gar verdächtiger Mensch ohne Meldung beherbergt worden; so hat der dabei verschuldete Gastwirth, nach Umständen, die Vorenthaltung des Gewerbescheins und Einleitung einer Criminal-Untersuchung zu gewärtigen.

§. 18. Wegen der übrigen rechtlichen Verhältnisse und Pflichten der Gastwirthe, bleibt es bei den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts Th. II. Tit. 8. §. 444 seq. Nach dem §. 444. sind die Gastwirthe schuldig, für alles zu haften, was die von ihnen, oder ihren dazu bestellten Leuten, aufgenommene Reisende, in das Gasthaus gebracht haben.

Wenn mehrere eine Gastwirthschaft gemeinschaftlich treiben, haften sie dem Reisenden, nach §. 445., Einer für Alle und Alle für Einen.

Diejenigen Personen, deren sich der Gastwirth zur Anweisung des Platzes für die Reisenden, ihre Wagen und Sachen bedient, sind für solche zu achten, die er zu deren Aufnahme bestellt hat, wie solches der §. 446. vorschreibt.

Nach dem §. 447. ist der Gastwirth von der Vertretung eines, an den aufgenommenen Sachen entstandenen Verlustes oder Schadens nur alsdann frei, wenn ausgemittelt werden kann, daß dieser Schaden durch eigenes grobes oder mäßiges Verschulden der Reisenden oder durch äußere Gewalt und Zufälle, die der Wirth bei der sorgfältigsten Aufmerksamkeit weder vorhersehen noch verhüten können, entstanden ist.

Erklärt der Gastwirth sogleich bei der Aufnahme, daß er für die eingebrachten Sachen nicht stehen will, so haftet er, nach §. 448, nur für einen solchen Verlust, welcher von ihm selbst oder von seinen Leuten, aus groben oder mäßigem Verschulden, verursacht worden.

Unter die Personen, für welche der Wirth haften muß, gehören nach §. 449 auch die dem Reisenden von ihm empfohlenen Lohnkutscher und Lohnbediente.

Dadurch daß der Wirth dem Reisenden ein zum Verschließen eingerichtetes Behältniß für seine Sachen anweist und ihm die Schlüssel dazu einhändig, wird er, nach §. 450, von der Vertretung nicht frei.

Ist aber der Reisende bei dem Verschließen nachlässig, oder in Aufbewahrung der Schlüssel unvorsichtig gewesen, so muß er, nach §. 451, einen Schaden, der nicht erweislich durch den Wirth oder seine Leute entstanden ist, selbst tragen.

Hat der Reisende dem Wirth die in verschlossenen Koffern, Kisten oder andern Behältnissen, enthaltenen Sachen, nicht namentlich angezeigt; so muß er, dem §. 452. zu Folge, bei angeblich erlittenem Verluste, die Beschaffenheit und den Werth der weggenommenen Sachen nachweisen.

Ist jedoch der Reisende eine unverdächtige Person, die nach ihrem Stande und Gewerbe dergleichen Sachen, als ihr vorgeblich weggenommen sind, bei sich zu führen pflegt; so muß dieselbe, in Gemäßheit des §. 453, in Ermangelung anderer Beweismittel, zur eidlischen Bestärkung ihrer Angabe über die Beschaffenheit und den Werth der weggenommenen Sachen gelassen werden.

Hat der Reisende dem Gastwirth etwas von den eingebrachten Sachen zu delfellen eigner unmittelbarer Verwahrung anvertraut, so hat der Gastwirth, nach §. 451, dabei alle Pflichten und Vertretungen eines Verwahrers.

Im übrigen gebühren dem Gastwirth, wegen seiner Bezahlung für Quartier und Bewirthung, auf die eingebrachten Sachen, nach §. 455, eben die Rechte, wie einem Vermietter wegen des zu fordern habenden Mietzgelbes.

§. 19. Schlüssellich sind nicht blos die Gastwirth, sondern überhaupt alle Einwohner eines Ortes, bei gleicher Strafe, verpflichtet, die bei ihnen logirenden Fremden, der Polizei schriftlich zu melden, damit diese eine vollständige Kenntniß und Uebersicht aller im Orte befindlichen Fremden und deren Legitimation erhalte.

Die sämmtlichen, mit der Polizei-Verwaltung beauftragten Behörden des hiesigen Regierungs-Departements werden für die genaue Befolgung der in diesem Reglement enthaltenen Vorschriften verantwortllich gemacht.

Merseburg, den 6. Februar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Der Weißgerbermeister Carl Immanuel Fischer zu Halle, welcher schon mehrere Male mit Lebensgefahr und Uneigennützigkeit Menschen vom Ertrinken gerettet und deshalb das allgemeine Ehrenzeichen erhalten hat, zeichnete sich am 18. vor. Monats abermals aus, indem er mit seinem 10jährigen Sohne, Carl Fischer, einen von der Kuttelbrücke zu Halle in die Saale gefallenen 5jährigen Knaben, Namens Vary, während eines orcanähnlichen Sturmes, mit der größten Anstrengung und höchsten

Gefahr für sein und seines Sohnes Leben in einem Kahne zu Hülfe eilte, und, ihn dicht vor dem Mühlenzeriune noch vor dem gänzlichen Untersinken erreichend, das Leben rettete. Da Meister Fischer auch diesmal auf die gefesliche Prämie verzichtet hat, so wünschen wir, daß er in dieser öffentlichen Anerkennung seines Verdienstes eine Belohnung finden und sein Sohn, der so zeitig seine Gefahren theilt, ihm einst an Menschenliebe, Muth und Uneigennützigkeit gleichen möge.

Merseburg, den 4. Februar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

S t e c k b r i e f e .

Nachbenannter Grenadier, Friedrich Condy, von der 5. Compagnie des 2. Garde-Regiments, aus Hokerstadt gebürtig, ist seit heute vermißt und wahrscheinlich entwichen. Die Gensd'armie wird hiermit angewiesen, auf ihn strenge zu vigiliren, im Betretungsfalle sicher nach Berlin transportiren und an die Königl. Commandantur abliefern zu lassen. Der Kreis-Brigadier in dessen Bezirke derselbe verhaftet ist, hat mir sofort davon Anzeige zu machen.

Berlin, den 28. Januar 1818.

Königl. Preuß. Chef der Gensd'armie,

v. Brauchitsch.

Signalement. Alter: 25 Jahr 5 Monat; Größe: 7 Zoll; Stirn: hohe; Augenbrauen: schwarzblonde; Augen: grau; Nase: große gebogene; Mund: kleinen spizen; Bart: wenig; Kinn: spizig; Gesicht: längliches; Gesichtsfarbe: blasse; Statur: schlank; Sprache: hochdeutsch; Bekleidung: eine blaue Montur, ein Paar graue Hosen, kurze Stiefeln und eine Mütze mit wachseleinem Ueberzug und mit lackirtem Schirme.

Nachbenannter Grenadier, Ernst Nagke, von der 5. Comp. des 2. Garde-Regiments, aus Modersdorf gebürtig, ist aus der hiesigen Garnison, den 25. d. M. entwichen. Die Gensd'armie wird hiermit angewiesen, auf ihn strenge zu vigiliren, im Betretungsfalle sicher nach Berlin transportiren, und an die Königl. Commandantur abliefern zu lassen. Der Kreis-Brigadier, in dessen Bezirke derselbe verhaftet ist, hat mir sofort davon Anzeige zu machen.

Berlin, den 24. Januar 1818.

Königl. Preuß. Chef der Gensd'armie,

v. Brauchitsch.

Signalement. Alter: 25 Jahr 7 Monat; Größe: 7 Zoll; Haar: blond; Stirn: hohe; Augenbrauen: blond; Augen: grau; Nase: spiz; Mund: klein; Bart: keinen; Kinn: spiz und lang; Gesicht: lang und bager; Gesichtsfarbe: blaß; Statur: schwächlich; Sprache: routh; Bekleidung: eine graue Tuchjacke, dergleichen Hosen, ein Paar Stiefeln, eine pappne Mütze mit Schirm und wachseleinem Ueberzug.

Verzeichniß

aufgegriffener, mittelst Marschroute und Transports aus den Königl. Preuß. Staaten
verwiesener Vagabonden.

1) Aus dem Liebenwerdaer Kreise.

Wegen begangenen Falß, hinsichtlich seines Dienstherrnes.

Paul Moriz Schlipalius, ein Bedienter, aus Halebach bei Freyberg gebürtig und in Dres-
den wohnhaft; Alter: 16 Jahr; Größe: 4 Fuß und 8 Zoll; Haare: braune; Stirn: bedeckt;
Augenbraunen: braun; Augen: braun; Nase: dick; Mund: gewöhnlich; Kinn: rund; Ge-
sichtsbildung: gut; besondere Kennzeichen: keine; Ort wohin derselbe transportirt worden: nach
Dresden.

2) Aus dem Stadtkreise Naumburg.

a) Weil er wegen dem Verdacht eines Diebstahls in Untersuchung gewesen.

Johann Jacob Ludwig, ein Handelsmann aus Steinfurth bei Mainz; Alter: 32 Jahr;
Größe: 5 Fuß 5 Zoll; Haare: schwarz; Stirn: hohe; Augen: grau; Augenbraunen: schwarz;
Nase: proportionirlich; Mund: gekniffen; Bart: schwarz; Kinn: breit; Gesicht: länglich; Ge-
sichtsfarbe: braun; besondere Kennzeichen: keine; über Camburg, Jena, u. nach Steinfurth.

b) Wegen ermangelnder Legitimation.

Johann Heinrich Schweibach, ein Handarbeiter aus Loßchen bei Blankenhayn; Alter: 24
Jahr; Größe: 5 Fuß 1 Zoll; Haare: dunkelgrau; Stirn: frei; Augenbraunen: braun; Au-
gen: braun; Nase und Mund: gewöhnlich; Bart: braun; Kinn: rund; Gesicht: oval; Ge-
sichtsfarbe: gesund; besondere Kennzeichen: keine; über Camburg, Jena, nach Loßchen bei
Blankenhayn.

c) Wegen ermangelnder Legitimation.

Johann Andreas Schweibach, ein Handarbeiter aus Loßchen bei Blankenhayn; Alter: 24
Jahr; Größe: 5 Fuß 2 Zoll; Haare: dunkelbraun; Stirn: schmal; Augenbraunen und Augen:
braun; Nase: länglich; Mund: klein; Bart: braun; Kinn: rund; Gesicht: lang; Gesichts-
farbe: gesund; b. sondere Kennzeichen: keine; über Camburg, Jena, nach Loßchen bei Blau-
kenhayn.

3) Aus dem Weissenfeller Kreise.

a) Wegen Vagabondiren.

Georg Dertel, ein Tagelöhner aus Lehma im Altenburgischen; Alter: 54 Jahr; Größe:
69 Zoll, Stäts; Haare: schwarzbraun; Stirn: bedeckt; Augenbraunen: schwarzbraun; Augen:
hellgrau; Nase: stark; Mund: gewöhnlich; Bart: schwarz; Kinn: rund; Gesicht: rund; Ge-
stalt und Gesichtsfarbe: stark untersezt und gesund; besondere Kennzeichen: ein Stern auf der
Stirn des linken Auges; über Zeig in seinen Wohnort.

b) Wegen Vagabondiren.

Ettlob Voigt, ein Tagelöhner aus Ronneburg, Alter: 28 Jahr; Haare: schwarzbraun;
Augen: grünlich; Nase: breit; Bart: braun; Kinn: breit; Gesicht: stark; Gestalt und Ge-
sichtsfarbe: stark untersezt und gesund; besondere Kennzeichen: keine; über Zeig in seinen Wohnort.

c) Wegen Vagabondiren.

Johann Andreas Wurzbacher, ein Maurergefell aus Frotschgrün; Alter: 51 Jahr; Größe:
71 Zoll; Haare: blond; Augenbraunen: blond; Augen: grünlich; Bart: weißlich; Kinn: rund;
Gesicht: stark; Gestalt und Gesichtsfarbe: stark und gesund; besondere Kennzeichen: keine; über
Zeig in seinen Wohnort.

d) Wegen Vagabondiren.

Johann Gottlieb Naumann, ein Maurer aus Hohenbach; Alter: 32 Jahr; Größe: 70 Zoll; Haare: schwarzbraun; Stirn: hohe; Augenbraunen: schwarzbraun; Augen: grünlicht; Nase: stumpf und klein; Mund: groß und aufgeworfen; Bart: schwarz; Kinn: rund; Gesicht: länglich; Gestalt und Gesichtsfarbe: blaß und mager; besondere Kennzeichen: keine; über Pegau in seinem Wohnort.

e) Wegen Vagabondiren.

Julius Lehrens, ein Zimmergeselle, gebürtig aus Helmstädt im Braunschweigischen, 33 Jahr alt, 5 Fuß 1 Zoll groß, braune Haare, bedeckte Stirn, weißliche Augenbraunen, hells blaue Augen, kleine und spizige Nase, aufgeworfenen Mund, weißlichen Bart, rundes Kinn und starkes Gesicht, gesund, untersezt kleiner Statur, ohne besondere Kennzeichen; über Merseburg.

f) Wegen Bettelnarben.

Johann Heinrich Bergner, ein Tagelöhner, gebürtig aus Münchenbernsdorf, 54 Jahr alt, 6 Fuß groß, blonde Haare, runde Stirn, blonde Augenbraunen, blaue Augen, spizige Nase, kleinen Mund, starken Bart, spiziges Kinn, längliches Gesicht, gesund, stark und unterseztger Statur, ohne besondere Kennzeichen; nach Eisenberg.

g) Wegen Bettelnarben.

Johann Christian Gottlieb Peter, ein Zimmergeselle aus Reichenbach, 53 Jahr alt, 70 Zoll Sächf. groß, schwarze Haare, breite Stirn, schwarze Augenbraunen, blaue Augen, gebogene Nase, gewöhnlichen Mund, schwarzen Bart, rundes Kinn, und rundes Gesicht mit eingefallenen Waden, gesunder und langer Statur, ohne besondere Kennzeichen; nach Eisenberg.

h) Wegen Vagabondiren.

Johann Brauer, ein Kutscher, gebürtig aus Kork im Hildburghausischen, 55 Jahre alt, 5 Fuß 6 Zoll groß, hat schwarzbraune Haare, bedeckte Stirn, schwarzbraune Augenbraunen, blaue Augen, spizige Nase, gewöhnlichen Mund; schwarzen Bart, rundes Kinn, gewöhnliches Gesicht, ist langer Statur und ohne besondere Kennzeichen; über Naumburg.

i) Wegen Bettelangehen.

Johann Michael Schillbach, ein Maurergeselle, gebürtig aus Fraunischwalde, 46 Jahr alt, 74 Zoll Sächf. groß, hat schwarzbraune Haare, hohe Stirn, schwarzbraune Augenbraunen, blaue Augen, gewöhnliche Nase, aufgeworfenen Mund, schwarzen Bart, rundes Kinn und langes Gesicht, ist langer blasser Statur und ohne besondere Kennzeichen; über Zeitz.

k) Wegen Bettelangehen.

Michael Schreier, Maurergeselle aus Fraunischwalde, 41 Jahr alt, 74 Zoll Sächf. groß, hat schwarzbraune Haare, breite Stirn, schwarzbraune Augenbraunen, bläuliche Augen, gewöhnliche Nase; aufgeworfenen Mund, weißen Bart, rundes Kinn, und langes Gesicht, ist langer gesunder Statur und ohne besondere Kennzeichen; über Zeitz.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

8. Stück.

Merseburg, den 21. Februar 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Auf Verfügung des Königl. hohen Finanz-Ministerii sollen künfftig bei den Holzverkäufen aller Art, welche im Wege der Licitation geschehen, alle Gebühren der Geheimen Finanz-Ministerial- und Regierungs-Canzlei wegfallen, und die Stempelgebühren von den, durch die Gebote aufkommenden, zu den betreffenden Forst-Cassen fließenden Holzgeldern entnommen werden.

Bei dergleichen Holzverkäufen aber, über welche förmliche Contracte abzuschließen sind, soll die Bezahlung des Stempels den Käufern zur Contractsbedingung gemacht werden.

Die Herren Bezirks-Oberförster haben daher darauf zu halten, daß bei den Holzversteigerungen, nach erfolgtem Zuschlage, von den durch die Gebote aufkommenden Holzgeldern der Stempelbetrag für die zum Belag der Rechnung auszufertigende Assignation mit 8 Gr., nebst dem Postgelde für die portofreie Einsendung desselben, in Abzug gebracht, und solche dem von dem Ausfall der Licitation zu erstattenden Berichte beigefügt werden.

Merseburg, den 24. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Mitteltst einer an die Königl. Regierung zu Stettin erlassenen Verfügung des Königl. Finanz-Ministerii vom 12. März 1817 ist bestimmt:

- 1) daß in einem gerichtlichen Prioritäts-Verfahren über nach und nach eingehende Pensionsabzüge nicht der gewöhnliche, sondern nach Art. 7. Nr. 1. des Stempelgesetzes vom 20. Novbr. 1810, der Proceß-Werthstempel zu lösen sei, und zwar letzterer in der Art, daß zu dem Prioritäts-Urtheil selbst der nach den bestehenden Vorschriften zu berechnende Proceß-Werthstempel nach Verhältnis der bereits zur Vertheilung vorrätigen Masse verwandt, bei jeder der folgenden Vertheilungen aber der Betrag des zu Vertheilenden der Summe des früherhin schon vertheilten hinzugerechnet, nach dem sich hieraus ergebenden Gesamtbetrag der Werthstempel bestimmt und bestritten wird.

Nr. 41.
Ministerial- u.
Regier. Canzlei-Gebühren
bei Holzver-
käufen.

Nr. 42.
Anwendung
des Stempels
gesetzt vom
20. Nov. 1810.

- Art berichtigt werde, daß zu dem bereits zu dem Prioritäts-Urtheil genommenen Stempel das nach der letzten Berechnung noch Fehlende ergänzt wird.
- 2) Daß die den Wasserbau bei Mühlen, die Verschaffung der Vorfluth betreffenden, durch das Geseß vom 15. Novbr. 1810 vorgeschriebenen Verhandlungen, wegen des dabei mit obwaltenden Gemeinrechts und landespolizeilichen Interesse, eben so stempelfrei belassen werden sollen, als dies in Betreff der Dienstablösungs-Verhandlungen ausgesprochen worden ist, und
 - 3) daß bei einem durch schiedsrichterlichen Ausspruch (laudum) entschiedenen Rechtsstreite nicht der Werthstempel, sondern zu den schiedsrichterlichen Verhandlungen nach Art. 6. Nr. 2. lit. b. des Stempelgesetzes vom 20. Novbr. 1810 nur der gewöhnliche Stempel erforderlich sei.

Dies wird den betreffenden Behörden und dem Publicum zur Achtung und Nachricht hiermit bekannt gemacht.

Merseburg, den 30. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 43.
Berichte der
Kreisphysici
an die Regie-
rung.

Bereits unterm 3. April vor. J. sind die näheren Bestimmungen des Hohen Ministerii des Innern an uns erlassen, nach welchen die Vierteljährigen und Jahres-Medicinal-Polizei-Berichte, von den Kreisärzten an uns, und die besondern Beiträge dazu von den besoldeten und unbesoldeten Medicinal-Personen, an diese eingereicht werden sollen. Wir bringen dieselbe nunmehr, nachdem die meisten Kreise hiesigen Regierungsbezirks ihre Physici erhalten haben, zur allgemeinen Kenntniß der Königl. Beamten und der Medicinal-Personen, welche dieselbe zunächst angehen.

Die Kreisphysici senden wie bisher ein

- 1) Vierteljährig ihre medicinisch-polizeilichen Berichte, worin sie Nachricht zu geben haben:
 - a) über die Witterungsbeschaffenheit,
 - b) über den allgemeinen Gesundheitszustand unter Menschen und Vieh,
 - c) über die Epidemien und Epizootien, so wie über wichtige einzelne Krankheitszufälle und medicinisch-polizeiliche und gerichtliche Ereignisse, und
 - d) über Pfluchereien und ihre Bestrafung;
- und zwar, gemäß der Verordnung vom 6. April 1816. Amtsbl. des 9. J. St. 5. Nr. 17. und der ihnen erteilten Instruction; außerdem
- e) über die Mortalität, so wie andere allgemein wichtige Angelegenheiten über den ersten Gegenstand, jedoch nur im leßtern Quartalbericht des Jahres;
 - f) über die Curen mittelst des thierischen Magnetismus nach Verordnung vom 25. Mai 1812 und 3. März d. J. Amtsbl. St. 12. Nr. 106.
- 2) Halbjährig die Vaccinationslisten nach den Verordnungen vom 25. April 1816. Amtsbl. St. 7. Nr. 54. vom 25. Mai 1816 Amtsbl. St. 15. Nr.

68., vom 19. Juni 1816 Amtsbl. St. 18. Nr. 115., und 15. Juli 1817 Amtsbl. St. 50. Nr. 215.

5) Jährlich die Medicinalpersonen-Tabellen.

Damit die Kreisphysici die erforderlichen Materialien zu ihren Quartalberichten erhalten, haben die städtischen Polizeiarzte oder bisherigen Stadtphysici, die practischen Aerzte, die practischen Wundärzte, die Geburtshelfer, Thierärzte und Hebammen, mit Ausnahme der bei öffentlichen Polizei- und Unterrichts-Anstalten angestellten Aerzte, welche ihre Berichte an uns unmittelbar einreichen, folgender Gestalt vierteljährig dazu beizutragen.

I. Die Städtischen Polizeiarzte berichten über Witterung und ihren Einfluß, den allgemeinen Krankheitszustand, wichtige Vorfälle, öffentliche Krankenpflege, und die Mortalitäts-Verhältnisse, gewöhnlich von diesen nur im letzten Quartal, und zwar in Bezug auf die Bevölkerung, den Gesundheitszustand und den nachtheiligen Einflüssen auf denselben, sie liegen nun in der Lage des Orts, oder in öffentlichen Einrichtungen, ferner über besondere Krankheits- und Unglücksfälle u. d.

II. Die practischen Aerzte liefern

- 1) eine Uebersicht der Kranken der Zahl nach und zwar
 - a) der Geheilten,
 - b) der in der Cur Befindlichen,
 - c) der Gestorbenen mit Bemerkung derer, welche sie vom Anfange der Krankheit behandelt haben, und derer, welche in den letzten 24 Stunden erst ihren Beistand suchten, wobei also die Angabe der Namen der Kranken in der Regel nicht verlangt wird.
- 2) eine summarische Uebersicht der Krankheiten, insofern sie epidemisch, endemisch oder ansteckend, chronischen oder acuten Verlaufs waren.
- 3) Angabe der chirurgischen Operationen und ihres Erfolgs.
- 4) summarische Angabe der Geburten, wobei sie Beistand leisteten,
- 5) Bemerkungen über Witterung, Nahrungsmittel und andere Einflüsse, in so fern der Gang der Krankheiten davon abhing,
- 6) Anzeige neuer zweckmäßiger Curmethoden und des besondern Erfolgs der schon bekannten altern,
- 7) Anzeige wichtiger medicinisch-polizeilicher Bemerkungen, z. B. über Bade-Anstalten ic.

III. Die practischen Wundärzte geben mit den practischen Aerzten

- 1) gleiche Uebersicht der behandelten Kranken, nach a, b, c.
- 2) eine solche von den Krankheiten, wo sie
 - a) die ursprünglich örtlichen Uebel,
 - b) die von innern Krankheitszuständen abhängigen aufzuführen.
- 3) Angabe der wichtigen Operationen, nebst Bemerkung der Operation: methode und ihres Erfolgs;
- 4) Anzeige wichtiger Vorfälle, aus dem Feld der Chirurgie.

- 1) die Art der unter ihrer Leitung und ihrem Beistand verlaufenen Entbindungen, und zeichnen dabei aus:
 - a) Fehlgeburten,
 - b) frühzeitige,
 - c) vollkommene;
- 2) das Verhältniß der leichten und schweren Geburten, wobei sie sich über die örtlichen eigenthümlichen Hindernisse bei dem leichten Geburtsgeschäft, und bei dem schweren über die Verfahrensart und ihre Möglichkeit zu äußern haben;
- 3) die Zufälle und Krankheiten, so mit der Geburt in Verbindung standen und wichtig erscheinen, theils an sich, theils in Rücksicht der Zahl und ihres Verhältnisses.

V. Die Hebammen geben, doch diese nur am Jahreschluß, an:

- 1) die Zahl der Geburten und dabei besonders:
 - a) die Fehlgeburten,
 - b) die frühzeitigen Geburten und
 - c) die vollkommen ausgetragenen;
- 2) die leichten und schweren Geburten, die todt geboren, die scheintodt geboren und die Früchte, wo schon vor der Entbindung ein Zustand der Verwesung eingetreten war.

VI. Die Thierärzte legen ihre Bemerkungen vor, und zwar wie Nr. I. — IV. am Schlusse jedes Jahresviertels:

- 1) über den Einfluß der Witterung, des Futters, der Weide und andrer Dinge auf die Gesundheit des Ruchviehs;
- 2) über die Krankheiten des Ruchviehs, die Zahl der behandelten kranken Thiere, der Geheilten, der noch in der Cur befindlichen, und der im Verfolg der Krankheiten gefallenen Thiere, wo sie herrschende Viehübel sorgfältig zu beschreiben, auch die Behandlungsart und ihren Erfolg anzugeben haben.

Wir fordern hiermit die genannten Medicinalpersonen sämmtlich auf, unweigerlich den Kreisphysicus die nöthigen Notizen nach der vorstehenden Anweisung bei dem Vierteljahreschluß schriftlich, oder wo dies, wie bei einigen Hebammen, Schwierigkeiten finden dürfte, mündlich mitzutheilen.

Vornehmlich empfehlen wir dabei den Polizei-Aerzten und practischen Aerzten das Studium der örtlichen Verhältnisse ihres Wirkungskreises, damit sie den Kreis-Aerzten brauchbare Beiträge zu einer medicinischen Beschreibung des Regierungsbezirks liefern, deren Abfassung nach Verlauf von einigen Jahren höhern Orts erwartet wird. Die besonders besoldeten Geburtshelfer und Armen-Aerzte haben ebenfalls ihre bisher an uns eingesandten Berichte den Kreis-Physicus einzuschicken. Letztere sind noch überdies gehalten, über die Krankheiten unter der ärmern Volksklasse, und ihren Urfprung, Beobachtungen und gutachtliche Äußerungen vorzulegen. Der Fleiß und die Gewissenhaftigkeit, welche die verschiedenen Medicinalpersonen bei den vorgezeichneten periodischen Berichten zeigen, werden vorzüglich bei Dienst-

turen sorgfältig aufzubewahren, damit sie jederzeit uns zur nähern Beurtheilung vorgelegt werden können.

Was die Vaccinations - Listen betreffe, so bemerken wir, daß in keinem Fall, wo die Impfungen nicht vorschristsmäßig bescheiniget sind, auf Prämien von uns bei dem hohen Ministerio angetragen werden kann.

Was die Medicinalpersonen - Tabelle betrifft, so liegt uns sehr daran, daß wir dadurch von der Qualification eines Jeden, der sich mit dem Heilgeschäfte befaßt, in wissenschaftlicher und moralischer Hinsicht, keinen Zweifel übrig behalten. Die Kreis - Aerzte haben daher genau, besonders bei den Badern und Hebammen, die Approbations - Urkunden durchzusehn, um über die Ausbildung und die Prüfung einer jeden Medicinalperson, wo sich nur irgend Bedenken ergeben, vollständig unterrichtet zu werden, zumal da gegen den Willen der vorgesetzten Behörden oft das Mandat vom 15. Septbr. 1768 in dem Herzogl. Sachs. Theil unsers Regierungsbezirks unbefolgt geblieben ist. Auch in Hinsicht der Augen - und Zahn - Aerzte, welche sich in dem Regierungsbezirk als solche produciren und aufhalten, ist anzugeben, ob sie geprüft und approbirt sind. Es gehören überdies in die Medicinalpersonen - Tabelle alle ehemalige und nicht weiter angestellte Militair - Aerzte und Militair - Wundärzte. Da zugleich der Gewissenhaftigkeit der Medicinalpersonen zur Ausübung ihres Berufs sehr viel anvertraut und überlassen werden muß, so kommt alles darauf an, daß sie sich immer auf der gehörigen Stufe wissenschaftlicher Bildung nicht nur erhalten, sondern daß sie auch, rüchichtlich ihrer sittlichen Aufführung und Besinnung, der allgemeinen Achtung und des in ihre Gewissenhaftigkeit gesetzten Vertrauens, sich würdig bezeigen.

In Erwägung, wie verderblich Medicinalpersonen werden können, welche gewissenloser Handlungen im Amte und Berufe bei der sehr schweren und oft ganz unmöglichen Controлле derselben für fähig und verdächtig zu achten sind, so wird, nach dem Rescripte, welches unterm 31. Juli 1810 an sämtliche Königl. Regierungen erlassen ist, den Kreis - Aerzten alle Aufmerksamkeit auf den Ruf des Medicinal - Personals in ihrem Bezirke und auf alles, was von ihnen und über sie in amtlichen Verhandlungen zum Vorschein kommt, oder bei Justiz - und Polizeibehörden deshalb verhandelt wird, zur besondern Pflicht gemacht, dergestalt, daß sie ein bestimmtes beifälliges oder mißfälliges Urtheil über sie mit specieller Characteristik in der Medicinalpersonen - Tabelle abzulegen im Stande sind. Wenn solchergestalt sorgliche Obacht angewandt wird, das Publicum bei Ausübung der Arzneikunst durch das angestellte Medicinalpersonal nicht zu gefährden, so darf zugleich nicht zugelassen werden, daß Jemand durch dazu nicht berechnete und unwissende Personen Gesundheit und Leben einbüße. Die Kreis - Aerzte haben daher in einem besondern Anhange zu der Medicinalpersonen - Tabelle noch die Medicinal - Contravenienten ihres Kreises aufzuführen, und dasjenige anzumerken, was zur Steuerung ihres Unwesens geschehen ist und wie sie dormalen bestraft sind.

Merseburg, den 8. Februar 1818.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 44.
Eerdis-Be-
rechtigung der
Neuverheira-
theten bei den
Landwehrstä-
ben.

Damit die Familien der Neuverheiratheten im stehenden Heere gegen die bei den Landwehrstäben bestehenden Neuverheiratheten nicht eine Zurücksetzung erleiden, so ist die von uns unter dem 13. September 1816 durch das Regierungs- Amtsblatt (St. 35. Nr. 251.) bekannt gemachte Bestimmung des Königl. Ministeriums des Innern vom 3. September 1816, vermöge deren den Frauen und Kindern der bei den Stäben stehenden Landwehrmänner, ohne einen Unterschied aus der frühern oder spätern Verheirathung zu folgern, der regulativmäßige Eerdis verabreicht werden soll, von dem nur gedachten hohen Ministerium im Einverständniß mit dem Königl. Kriegs- Ministerium dahin declarirt worden, daß dieselbe nur auf die erste Formation der Landwehrstäbe und die erste Einstellung der dabei erforderlichen Mannschaft sich beziehe, und die derselben zugestandene Verehrigung auf die nach ihrer Einstellung etwa geschlossenen Heirathen und auf die Mannschaften, welche bei entstehendem Abgange aus der ersten Classe der Neuverheiratheten eingezogen worden, nicht ausgedehnt werden könne.

Diese hohe Bestimmung wird sämtlichen Magistraten und Eerdis zahlenden Behörden unsers Verwaltungsbezirks hierdurch zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht. Merseburg, den 9. Februar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 45.
Dismembra-
tionsgesuche.

Da zeitlich die Dismembrations- Gesuche sehr verworren und mit bloßer Hinweisung auf die öfters eben so verworrenen Acten angezeigt worden sind, so werden die vergleichenden Gesuche einbringenden Behörden des hiesigen Regierungsbezirks hierdurch angewiesen, den Dismembrations- Anzeigen, außer den gehörig zu haltenden Acten, auch besondere Abgabenvertheilungs- Entwürfe beizufügen, in welchen

- a) die sämtlichen auf dem ungetrennten Grundstück haftenden Staats-, Domini- cial-, Parochial- und Communal- Lasten und Abgaben aller Art,
- b) die auf das oder die Trennstücke zu legenden Lasten und Abgaben,
- c) die auf dem Hauptgute oder Hauptstücke verbleibenden Lasten und Abgaben, unter deutlicher Angabe der Trennstücke genau verzeichnet sind. Anzeigen, denen diese Abgabenvertheilungs- Entwürfe gar nicht, oder doch nicht in der hier vorgeschriebenen Maße beiliegen, werden, vom 8ten Tage nach dem Datum gegenwärtigen Stücks des Amtsblatts an gerechnet, auf Kosten der Einsender portopflichtig zurückgeschickt. Merseburg, den 11. Februar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 46.
Untersuchung
der Körper-
Constitution
Militäirpäch-
tiger.

Nach einem an uns ergangenen hohen Rescripte des Königl. Geheimen Staats- Ministeriums vom 7. v. M. haben des Königs Majestät mittelst Allerhöchster Cabinetsorder vom 20. November 1817 zu befehlen geruht, daß bei der Auswahl und Aushebung des Ersatzes für das stehende Heer kein Individuum, welches sich selbst als gesund und zum Militäirdienst fähig angiebt, visitirt werden soll; es wäre denn, daß dessen Körperconstitution angenscheinlich einen Fehler verriethe, der, zur Ueber-

Bei den Königl. Garden soll dagegen das bisherige Verfahren ferner beobachtet werden.

Indem wir diesen Allerhöchsten Befehl hierdurch zur allgemeinen Kenntniß bringen, veranlassen wir die Civil-Mitglieder der Kreis-Ersatz-Commissionen, ihrerseits auf die gehörige Befolgung dieser Allerhöchsten Bestimmung genau mit zu achten. Merseburg, den 15. Februar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Von dem Magistrate zu Berlin ist uns für den angeblich hier sich aufhaltenden ehemaligen Feldwebel in der 5ten Compagnie des 2ten Neumärkischen Landwehr-Infanterie-Regiments, Friedrich Fuchs, aus einem hier nicht bekannten Orte Lübbingen, welcher in dem Feldzuge 1815 invalide geworden, eine demselben aus dem Waterloo-fond bestimmte Unterstützung von 40 Thlr. zur weitem Beförderung übersendet worden.

Da nun der gegenwärtige Aufenthaltsort des Feldwebel Fuchs nicht hat ausgemittelt werden können, so wird derselbe hierdurch aufgefordert, sich zu Empfangnahme obiger Summe bei uns zu melden. Merseburg, den 7. Februar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Se. Majestät haben geruht, dem Bezirks-Oberförster Herrn Proke zu Wippra und dem Förster Herrn Hennig zu Reichenhagen, auf unsern Antrag, bei Gelegenheit der von ihnen glücklich und ehrenvoll erreichten funfzigjährigen Dienstzeit, das allgemeine Ehrenzeichen 1ster Classe zu ertheilen. Wir machen mit Vergnügen diese verdiente Auszeichnung hierdurch bekannt. Merseburg, den 7. Februar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Bekanntmachung

Der im Bureau des General-Commando's bisher angestellt gewesene Registrator Grühner ist in Gemäßheit einer Bestimmung des Königl. Kriegs-Ministerii vom 1. v. M. von seiner Stelle entlassen worden. Merseburg, den 8. Februar 1818.

Königl. Preuß. General-Commando in der Provinz Sachsen.

B e r z e i c h n i s s

aufgegriffener, mittelst Marschroute und Transports aus den Königl. Preuß. Staaten verwiesener Vagabonden.

1) Aus dem Merseburger Kreise.

a) Wegen Vagabondiren.

Christian Pergold, ein Dienstknecht, gebürtig aus Lautenburg im Wainmarischen und wohnhaft dajelbst, ist 40 Jahr alt, 5 Fuß 2 Zoll groß, hat braune Haare, hohe Stirn, braune Augenbraunen, blaue Augen, dicke Nase, mittlen Mund, brannen Bart, rundes Kinn, ovales Gesicht und ist von unterrißter Statur; in seinen Geburtsort Lautenburg mittelst Anweisung in seinem Passe ohne Transport.

M a r k t w e c h e n g
ber, in dem Monat Januar 1818, in den nachbenannten zum hiesigen Regierungs-Bezirk gehörigen Städten, befanden
Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensmittel, ingleichen des Hauges-Feuers.

Benennung der Gegenstände	Halle.		Eisenbahn.		Hamburg.		Mittelsberg.		Delfisch.		Münsterberg.		Zettl.	
	Getr. Eckl.	Getr. Eckl.	Getr. Eckl.	Getr. Eckl.	Getr. Eckl.	Getr. Eckl.	Getr. Eckl.	Getr. Eckl.	Getr. Eckl.	Getr. Eckl.	Getr. Eckl.	Getr. Eckl.	Getr. Eckl.	Getr. Eckl.
1. Weizen	5 7	6 9	5 3	5 21	5 2	5 25	4 5	9 10	6 14	6 3	11 7	6 13	5 10	1 6 15
2. Roggen	5 5	5 19	6 2	18	5 7	10 5	3 1	5 21	5 2 21	5 3 14	6 3	4 6	2 19	5 5 10 7
3. Gerste	2 2	4	10	2	3 21	2 1	3 20	11 2	7 6	4 11	6 2	6 9	4 10	1 1 3 6 5 20
4. Hafer	1 12	2 31	9 1	11 6	2 20	9 1	9	2 15	11 2	7 2	2 12	4 1 20	5 5 11	1 1 2 7 2 17 1 1 8
5. Hirse	10	19	9	16 8	5 1 15	6 10	15	20	16	7 12	8 14	16 8	10	3 16 7 10 19 9 3 25 25 11 8 10 5 16
7. Erbsen	3 8	6 11	4 8	8 9	6 5	14 9	7	4 9	5 8	12 3	14 9	7	5 2	4 4 7
7. Linfen	4 8	8 9	6 4	18	9 4	10 5	14 9	7	4 9	5 8	12 3	14 9	7	5 2 4 6
8. Kresselein	1	2 22	6 1	8	2 14	1	1 22	6	1	1 22	6	1	1	5 2
9. Rapskohl	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
9. Korn & Ein.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
30. Erbsen	7	1	6 19	6	4 14	1	4 14	1	4 14	1	4 14	1	4 14	1
30. Erbsen	7	1	6 19	6	4 14	1	4 14	1	4 14	1	4 14	1	4 14	1

Preisung, am 10. Februar 1818.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abteilung.

(Deute wird sein Einsender angeschlossen.)

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

9. Stück.

Merseburg, den 28. Februar 1818.

B e k a n n t m a c h u n g.

Von der Königl. Preuss. Hochlöbl. Commission zur Ausgleichung mit dem Königreiche Sachsen zu Dresden sind wir veranlaßt worden, hiermit bekannt zu machen, daß, nach Uebereinkunft mit der Königl. Sächs. Friedens-Entschädigungs-Commission, vom 16. d. M. an wieder ein neuer halbjähriger Zins-Coupon zu den Kammer-Credit-Cassenscheinen auf den bevorstehenden Ostertersin in derselben Maaße, wie am Michaelistermin v. J., gegen Production der Zinsnoten, ausgegeben wird.

Merseburg, den 24. Februar 1818.

Das Präsidium der Königlichen Regierung.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Mit Bezug auf die in dem vorjährigen Amtsblatte erlassenen Verordnungen vom resp. den 4. April pag. 237 und den 4. Juni pag. 321, die Aufforderungen und Strafbestimmungen wegen Arretirung der Deserteurs und Warnung vor Durchhelfung und Ausantwortung deren Vermögens betreffend, wird nachstehendes anderweites Verzeichniß der aus hiesigem Regierungsbezirke gebürtigen Cantonisten, Recruten und Militairs, sämtlichen betreffenden Behörden und den Einwohnern unsers Regierungsbezirks zur Nachricht und Achtung bekannt gemacht.

Merseburg, den 25. Januar 1818.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

N a c h w e i s u n g

der aus dem hiesigen Regierungsbezirke gebürtigen ausgetretenen Cantonisten, Recruten und Militairs vom 1ten Juni 1817 bis ult. December 1817.

No.	Eharge	Vor- und Zunamen der Ausgetretenen.	Waterland		Benennung des Regiments von dem sie ausgetreten sind.	Datum der Desertion.
			Geurtsort.	Kreis.		
1	Gemeiner	Wolffried Anton	Al. Modelwitz	Merseburger	Erstes Ober- löbl. Pandur.	6. Jun. 1816

Nr. 47.
Die Arretirung der Deserteurs, und Warnung vor Durchhelfung und Ausantwortung deren Vermögens.

No.	Eharge	Vor- und Zunamen der Ausgetretenen	Waterland		Benennung des Regiments von dem sie ausgetreten sind.	Datum der Desertion.
			Geburtsort.	Kreis.		
2	Gefreiter	Christian Theile	Weißensefeld	Weißensefelder	2. Thüring. Landw. Infant. Regim.	5. Juni 1817
3	Gemeiner	August Richter	Naumburg	Naumburger	31. Infant. Regim.	8. Juni 1817
4	Füßler	Gottfried Hartmann	Polatschdt bei Arnim	Sangerhäuser	dasselbe Regim. nt.	5. Juni 1817
5	Recrut	Friedrich Kluge	Mühlberg	Liebenwerdaer	Bei Beschäftigung	der Ersatzmak- pro 1817.
6	Gemeiner	Gottlob Klages	Krbeln	derselbe	Garnis. Bat. No. 31. in Torgau.	12. Juni 1817
7	Füßler	Gottfried Herrmann	Domnig bei Weitz	Saalkreis	19. Infant. Regim.	9. Juni 1817
8	Füßler	August Feldmann	Halle	Hallescher	31. Infant. Regim.	9. Juni 1817
9	Gemeiner	Gottfried Ellmann	Wiedersdorf	Delitzscher	5. Abthau-Regim.	12. Juli 1817
10	—	Gottlob Franz	Unter-Messa	Weißensefelder	Garnis. Bat. No. 31.	13. Juli 1817
11	—	Gottlob Böhne	Leuchera	desgl.	desgl.	eodem
12	—	Gottlob Berndt	Mühlberg	Liebenwerdaer	Infant. Regt. No. 31.	24. Juli 1817
13	—	Gottlieb Döpel	Stedten, und in Obhausen wohnb.	Quersfurter	Artillerie-Brigade	—
14	—	Martin Schulz	Wettikrode	Sangerhäuser	Infant. Regt. No. 31.	25. Aug. 1817
15	—	Gottfried Schleichner	Mühlitz	Merseburger	7. Artillerie-Brigade	—
16	—	Andreas Stahmann	Köthenburg a. d. Saale	Saalkreis	Infant. Reg. No. 19.	4. Sept. 1817
17	—	Carl August Pletsch	Eilenburg	Delitzscher	desgl.	18. Juli 1817
18	Überjäger	Carl Fricke	Kreppschdt	Wittenberger	Jäger-Bataill. No. 2.	6. Nov. 1817

In Gemäßheit Hoher Ministerialbestimmung vom 51. December 1817 soll das zum Umtausche oder Umarbeiten aus dem Herzogthum Sachsen in die ältern Provinzen der Monarchie eingehende alte Kupfer, beim vortigen Eingange, weder Zoll noch andere Abgaben zahlen; wogegen aber, das ausländische daraus bereitete, oder statt desselben gegebene Fabricat, auch wenn es vom Absendungsorte aus, mit Passierzetteln versehen wäre, bei dem Eingange hieselbst gewöhnlichermassen mit 2 Procent zur Versteuerung zu ziehen ist; als wovon hiedurch sowohl das hiebei theilgehende Publicum als auch der betreffende Beamtenstand zur Nachricht und Achtung in Kenntniß gesetzt wird.

Mr. 48.
Eintausch
neuer Kupfer,
waaren neuen
alten Kupfer.

Merseburg, den 11. Februar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Der Glashütte Bernheim bei Petershagen, im Fürstenthum Minden, ist es gelungen, Glas zu fertigen, das dem Englischen weder in Ansehung der Kleinheit, noch des Klanges, der Klarheit und des Farbenspieles, nachsteht. Die Fabricate dieser Glashütte sollen, vermöge Beschlusses des Königl. Hohen Finanz-Ministerii vom 29. September v. J., sofern sie, mit Passierscheinen des Consumtions-Steueramtes zu Petershagen, welche die inländische Fabrication bekunden, direct vom Fabricationsorte, und in verbleierten Collis, in die Provinzen rechts der Weser eingeführt werden, hier von allen Abgaben ohne Ausnahme befreiet bleiben; welche Hohe Ministerialbestimmung hiermit dem Publico zur Nachricht, den betreffenden Steuer-Beamten aber zur genauesten Nachachtung, bekannt gemacht wird.

Mr. 49.
Freier Ein-
gang der Glas-
fabricate in
Bernheim.

Merseburg, den 11. Februar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Es sind bei uns Anzeigen eingegangen, welchen zufolge an einigen Orten des hiesigen Regierungsbezirks Hazardspiele gespielt, die desfalligen gesetzlichen Vorschriften also gänzlich außer Acht gelassen werden.

Mr. 50.
Vorschriften
wegen des un-
erlaubten Ha-
zardspielens.

Dies veranlaßt uns, die im allgemeinen Landrechte Theil II. Tit. 20. §. 1298 bis 1307. enthaltenen desfalligen Vorschriften hiedurch besonders zu Jedermanns Kenntniß zu bringen:

§. 1298.

„Hazardspiele sind unerlaubt, sobald aus der Beschaffenheit der spielenden Personen, des Einsatzes und der übrigen Umstände, erhellet, daß selbige aus Gewinn-
sucht gespielt werden.“

§. 1299.

„Unter den Hazardspielen wird besonders Bassette, Lansquenet, Faraon, Cinq et Neuf, Quinze, Passe à dix, Lotto, Trischaken, Würfeln und ähnliche Spiele verstanden.“

§. 1300.

„Wer bei dergleichen Spielen die Bank macht, hat, nach Beschaffenheit des

Spiele, der Höhe des Einsatzes, und der Größe des gesuchten unerlaubten Gewinns, fiscalische Strafe von 100 bis 1000 Ducaten verwirkt."

§. 1301.

"Jeder Mitspieler, sowohl bei dem Faraon, als allen übrigen Hazardspielen, wie solche Namen haben mögen, soll, nach gleichem Verhältniß, um 50 bis 500 Ducaten fiscalisch bestraft werden."

§. 1302.

"Das Wetten oder sogenannte Pariren ist, wenn es auch bei erlaubten Spielen geschieht, dennoch dem Hazardspiele gleich zu achten."

§. 1303.

"Leute, die vom Spielen Gewerbe machen, und zu solchem Ende Brunnen, Bäder, und andere öffentliche Dörter und Versammlungen besuchen, sollen über die Gränze geschafft; wenn sie aber dennoch zu Treibung ihres verbotenen Gewerbes zurückkehren, auf ein Jahr zur Festung abgeliefert werden."

§. 1304.

"Gast- und Caffee-Wirths und überhaupt alle Unternehmer öffentlicher Zusammenkünfte, welche verbotene Spiele bei sich dulden, sollen 500 Thaler Strafe entrichten."

§. 1305.

"Haben sie zu solchen Spielen verschlossene Zimmer hergegeben, oder sonst zu deren Verheimlichung mitgewirkt; so wird die Strafe verdoppelt."

§. 1306.

"Werden sie zum zweiten Mal wegen einer solchen Uebertretung zur Verantwortung gezogen, und schuldig befunden, so sollen sie, außer der Geldbuße, mit dem Verluste ihres Gewerbes bestraft werden."

§. 1307.

"Officanten, welche vom Hazardspielen ein Gewerbe machen, sollen ihres Amtes entsetzt werden."

Sämmtliche Polizeibehörden des hiesigen Regierungsbezirks haben, durch nachsichtige Aufsicht, und nach besten Kräften, auf die Befolgung dieser Vorschriften zu halten, und so zu verhindern, daß durch unbedachtsames Betragen Einzelner, nicht ganze Familien dem Verderben Preis gegeben werden.

Merseburg, den 12. Februar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 51.

Verifikation
Westphälischer
Oligationen.

v. J.

Um im Verfolg des Publicandi des Königl. Finanz-Ministerii vom 16. März
betreffend die Umschreibung der ehemaligen Königl. Westphälischen Obligationen in Staatsschuldscheine,
höhern Orts einen Beschluß fassen zu können, welche weitere Behandlung in Rück-

sicht derjenigen Papiere eintreten könne und müsse, deren unter Nr. 9. jenes Publicandi gedacht ist, namentlich der unter den Namen: Vorderaaur, zinslose Scheine, Cassen-Quittungen, circulirender schriftlicher Bescheinigungen über ehemalige Westphälische landeschulden, dergleichen der vor der Westphälischen Regierungszeit in jetzt wieder Preussischen Provinzen ausgefertigten zur Umschreibung in Westphälische Reichs-Obligationen nicht präsentirten landes-Obligationen; ist deren vorgängige übersichtliche Zusammenstellung und Verification nothwendig erachtet worden. Dergleichen Papiere werden, soweit sie den Provinzen Halberstadt mit Wernigerode und Hohenstein, den Holz-, Saal- und Mansfeldischen Kreisen des Herzogthums Magdeburg, unter den Buchstaben E. G. I. und M. angezogen, oder die alte mit dem Buchstaben N. bezeichnete Altmärkische Schuld betreffen, bei der unterzeichneten Commission, welche dazu von dem Königl. Ministerium des Schatzes und Staats-Creditwesens beauftragt ist, zur Verification eingereicht.

Diese Einreichung muß sofort und spätestens vor dem 1. August 1818 geschehen, indem von da an durchaus keins derselben mehr angenommen und auch sonst weiter keine Rücksicht mehr darauf genommen werden wird. Uebrigens können die Interessenten bei der unterzeichneten Verifications-Behörde selbst eine nähere gedruckte Anweisung dessen erhalten, was ihrerseits bei diesem Verfahren zu beobachten ist.

Indem das theilhabende Publicum hiervon auf ausdrücklichen Befehl des hohen Ministeriums des Schatzes und für das Staats-Creditwesen in Kenntniß gesetzt wird, wird nur noch bemerkt, daß die Einreichung der zu verificirenden Papiere jetzt und in den nächsten drei Monaten Januar bis März an jedem Montage, Mittwoch und Sonnabend, Vormittags von 9 Uhr an, im April und Mai an jedem Montage und Mittwoch von 8 Uhr an, und im Julius wiederum an den erstgedachten drei Wochentagen von 8 Uhr an, in der Regierungsstraße Nr. 5. hieselbst geschehen kann, wegen des Monats Junius aber die weitere Bekanntmachung, nach Maßgabe des Laufs dieses Geschäftes, noch vorbehalten bleibt.

Magdeburg, den 18. December 1817.

Die zur Verification der zur ältern Westphälischen Schuld gehörenden Papiere verordnete Commission.

G. C. Rdtger.

Daß die Bestimmungen wegen des zur nähern Verification, der, in vorstehender Bekanntmachung erwähnten Papiere von den Interessenten zu beobachtenden Verfahrens auch in den ehemals Westphälischen Kreisen unsers Verwaltungsbezirks um so leichter zur Kenntniß des Publicums gelangen können, hat der Herr Probst Rdtger sich bereit finden lassen, uns eine Anzahl Exemplare der in jener Bekanntmachung erwähnten gedruckten Anweisung zur weiteren Vertheilung an die Herren Landräthe und Kreisbeamten, so wie an die Magistrate der Städte genannter Kreise zuzufenden, und ist antern heutigen Datum diese Vertheilung erfolgt, welches dem dabei interessirten Publico hierdurch zur Kenntniß gebracht wird.

Merseburg, den 15. Februar 1818.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 52.
Gebrauch der
Aufenthalts-
karten.

Nach einer Circular-Verordnung des Königl. Hohen Polizei-Ministeriums vom 10. Januar d. J. sollen alle diejenigen Personen, welche in hiesiger Provinz einen festen Wohnsitz haben, bei Reisen in diejenigen Städte unsers Departements, in welchen die Einrichtung der Aufenthaltskarten besteht, eine solche Karte ferner nicht zu lösen gehalten sein, wenn sie den resp. Orts-Polizeibehörden bekannt sind oder sich sonst gehörig auszuweisen vermögen.

Wir machen dieses den betreffenden Orts-Polizeibehörden mit der Anweisung bekannt, nach diesem Grundsatz in vorkommenden Fällen zu verfahren.

Merseburg, den 17. Februar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 53.
Kosten bei den
gewöhnlichen
Apotheker-Re-
visionen.

Da die Visitation der Apotheken ein landespoliceilicher Gegenstand ist, so ist die Erhebung der dabei vorkommenden Kosten in der Art, wie sie das Medicinaledict vom 27. Februar 1725 und die revidirte Apothekerordnung vom 11. October 1801 vorschreiben, schon 1812 aufgehoben und die Verichtigung derselben auf den Diäten-Fond der Regierungen angewiesen worden. Was die Reisen selbst betrifft, so erhält jeder Arzt, er mag Mitglied einer Regierung oder eines Medicinal-Collegii oder Physicus sein, außer den Reisekosten täglich zwei Thaler Diäten und 8 Gr. Wagenmiete und der dabei adhibirte Apotheker 1 Thlr. 8 Gr. Diäten und ebenfalls 8 Gr. Wagenmiete, wenn nämlich, wie es zuweilen der Fall ist, beide Commissarien nicht zusammen reisen können. In den Fällen, wo bei der gesetzlich vorgeschriebenen alle drei Jahr vorzunehmenden Visitation einer Apotheke sich bedeutende Mängel finden, die eine nach 6 Wochen bis 3 Monaten anzustellende Nachrevision nothwendig machen, oder wo der angezeigte schlechte Zustand einer Apotheke eine außerordentliche Visitation derselben erfordert, müssen die Kosten jener Nachrevision, so wie dieser außerordentlichen Revision nach den angegebenen Sätzen jedesmal von dem Besitzer der pharmaceutischen Officin entrichtet werden. Indem wir vorstehende gesetzliche Bestimmungen zur Kenntniß der Kreisphysici und Apotheker bringen, verweisen wir sie zugleich in Hinsicht der übrigen Fuhrkosten auf das Regulativ wegen Vergütung der Diäten vom 28. Februar 1816 (Gesetzsammlung Nr. 514.) und in Hinsicht der Einrichtung der Liquidationen, welche sie jederzeit der Regierung zur Festsetzung einzureichen haben, auf die Verordnung vom 27. December 1817 im Sect. 2. des diesjährigen Amtsblatts Nr. 11., denn die Apotheker haben, wenn sie allein zu reisen genöthigt sind, bei dem Fuhrlohn sich nach den den Physicis bestimmten Sätzen zu richten. Was die nächste gewöhnliche Apotheken-Revision betrifft, so wird den einzelnen Kreisphysicis der Termin dazu besonders voraus bekannt gemacht werden.

Merseburg, den 18. Februar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

In Folge der von des Herrn Oberstallmeisters von Jagow Excellenz getroffenen Anordnung, sollen in dem laufenden Jahre auf den zum landgestützte Gradiß gehörigen Landbeschäl-Stationen im hiesigen Regierungsbezirke, und zwar

1)	auf der Station Gradiß	3 Landbeschäler,
2)	— — — Döhlen	5 — —
3)	— — — Nepitz	3 — —
4)	— — — Nitze. Dröschkau	2 — —
5)	— — — Elöden	3 — —
6)	— — — Schweinitz	5 — —
7)	— — — Seyda	2 — —
8)	— — — Schlieben	2 — —
9)	— — — Gröden	4 — —
10)	— — — Cosßdorf	3 — —
11)	— — — Alt-Blesern	2 — —

Die diesjährige Aufstellung der Landbeschäler.

auf der neuerrichteten Station Ratitz bei Wittenberg 2 Beschäler aufgestellt werden, wo hingegen die bisherigen Stationen Preßsch und Lichtenburg, wegen des, im vorigen Jahre davon gemachten nur ganz unbedeutenden Verbrauchs, in diesem Jahre nicht mit Beschälern besetzt werden sollen.

Indem wir dieses hierdurch öffentlich bekannt machen, bemerken wir zugleich, daß die für die nur angegebenen Stationen bestimmten Beschäler den 1sten künftigen Monats dorthin abgehen werden.

Merseburg, den 18. Februar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

In Gemäßheit einer von Sr. Majestät dem Könige unterm 3. September v. J. erlassenen Allerhöchsten Cabinetsordre, sind wir von den hohen Ministerien der Finanzen und des Innern angewiesen worden, öffentlich bekannt zu machen:

Nr. 55.
Grundung der Retardat-Zinsen der Offizianten, welche der Wittwen-Versicherungskasse beitreten, u. die Unterstützung der von der Anstalt excludirt. Offizianten, welche ihrer Wiederannahme.

a) daß denjenigen Beamten, welche ihre Association bei der Allgemeinen Wittwenkasse versäumt haben, und sich wegen ihrer beschränkten Lage außer Stande befinden, die Retardatjinsen zu bezahlen, solche unter der Bedingung, daß sie sich noch in den Terminen April und October dieses Jahres aufnehmen lassen, die Retardatjinsen gegen zinsbare Wechsel auf 5 Jahre unter der Bedingung der successfulen Abführung — und zwar in 10 gleichen mit den currenten Beiträgen zahlbaren Theilbeträgen — gestundet werden sollen;

b) daß auch denjenigen Civil-Offizianten, welche ihre Frauen zwar bei der Wittwen-Versicherungskasse eingekauft haben, jedoch während der unglücklichen Zeitumstände ihre Beiträge nicht entrichten konnten, und deshalb excludirt sind, im Fall dringenden Bedürfnisses, zur Bezahlung ihrer Rückstände eine Beihilfe aus Staatscassen gewährt werden solle;

c) daß die Wiederaufnahme auf die erleichternden Bedingungen des Publicandi vom 20. September 1814 auf Grundlage der Bestimmungen des Ministerii des Innern

nur noch in den vorgedachten beiden Terminen, und auch die zu h gedachte Unterstützung nur denjenigen zu Theil werden kann, welche sich wegen ihrer Wiederaufnahme bis dahin melden, und vorschriftsmäßig qualificiren werden;

- d) diejenigen Beamten unsers Bezirks, welche auf die zu und b gedachten Erleichterungen der Wiederaufnahme Anspruch machen, sich deshalb an die hiesige Königl. Regierung zu wenden haben.

Indem wir dies hiermit zu jedermanns Wissenschaft bringen, und der Anmeldung derer, welche von den Erleichterungen ad a et b Gebrauch machen wollen, entgegensehen, machen wir zugleich bekannt, daß die Bedingungen des Publicandi vom 20. September 1814 unter welchen den excludirten Interessenten der Wiedereintritt gestattet werden soll, folgende sind:

- 1) sie zahlen sogleich baar sämtliche rückständige Beiträge und Wechselzinsen, auch ein Viertel des Belaufs der ersten als eine Conventionalstrafe, desgleichen die fernern Beiträge, welche jedoch nach Maßgabe der jetzigen Altersverhältnisse bestimmt werden.
- 2) sie bringen neue vorschriftsmäßige Gesundheitscheine bei, und geben ihre alten Receptionscheine zurück;
- 3) die verfallnen Antrittsgelder, so wie die fünf Probejahre, werden ihnen erlassen, und erstere ohne Erhöhung bei der neuen Aufnahme angerechnet.

Sollten jedoch die Altersverhältnisse eines excludirten Interessenten gegenwärtig von der Art sein, daß er nach §. 3 und 4 des Reglements vom 28. Decem. 1775 überhaupt bei der Societät nicht mehr receptionsfähig ist, so kann auch seine Wiederaufnahme nicht statt finden.

Merseburg, den 20. Februar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Verordnungen des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Nr. 8.
Abschrift von
Protocollen,
welche über
den Gemüths-
zustand eines
Menschen auf-
genommen wer-
den. ist dem
Medic. Colleg.
zu übersenden.

Nach einer Verfügung des Herrn Justizministers vom 31. v. M. sollen in allen den Fällen, in welchen der Gemüthszustand eines Menschen ärztlich untersucht wird, die aufgenommenen Protocolle und von denen Physicis und Aerzten erstatteten Gutachten dem Medicinalcollegium der Provinz abschriftlich übersendet werden.

Dies wird hierdurch den Untergerichten unsres Departements zur Befolgung in vorkommenden Fällen bekannt gemacht.

Naumburg, den 15. Februar 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

P u b l i c a n d u m.

Die General-Ordens-Commission hat bereits unterm 11. April 1815, den 24. Februar und 6. Juli 1816 bekannt gemacht, daß nur die in Ausübung des Königl. Dienstes verloren gehenden Kriegs- Denkmünzen den Inhabern ersetzt werden können, und daß die Anträge auf den Ersatz, so wie auf Ausbändigung rückständiger Kriegs- Denkmünzen, bei den betreffenden Militair- und Civil- Behörden einzureichen und von diesen vierteljährlich mit den erforderlichen Bescheinigungen an die General-Ordens-Commission abzugeben sind. Da dessen ungeachtet noch häufig zum Theil ganz unbescheinigte Gesuche um die Verabfolgung rückständiger oder den Ersatz verlornener einzelner Kriegs- Denkmünzen unmittelbar bei derselben eingehen: so wird die obige Bekanntmachung hierdurch nochmals in Erinnerung und zugleich zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß nur die von den betreffenden Behörden eingereichten Anträge dieser Art berücksichtigt werden können; alle andere einzelne Gesuche aber den Supplicanten ohne weitere Resolution werden zurückgesandt werden.

Berlin, den 4. Februar 1818.

Königl. Preuß. General-Ordens-Commission.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Von dem Königl. Hohen Ministerio der geistlichen Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten ist unter dem 8. December v. J. entschieden worden, daß der früherhin in einigen Gegenden der Provinz Sachsen bestandene Pfarrzwang der Geistlichen über nicht zu ihrer Religionspartei sich bekennende Einwohner, gegenwärtig nicht mehr statt findet, da dieser Pfarrzwang unter der Westphälischen Regierung aufgehoben und nach der Wiedereroberung nicht hergestellt vielmehr in dem Befehlsergreifungspatente, jedem der Fortgenuß seiner Rechte nach Maaßgabe des damaligen Zustandes zugesichert worden ist.

Diese Entscheidung des gedachten Hohen Ministerii wird hierdurch besonders in Rücksicht auf die früher dem Königreich Westphalen einverleibt gewesenen Kreise zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 11. Februar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

In den meisten der ehemals Sächsischen Städte unsers Regierungsbezirks findet noch die ganz zweckwidrige Einrichtung statt, daß neben der Kämmererei noch eine besondere Commun-Casse besteht, welche gleich jener zu Bestreitung von Ausgaben für die öffentliche Verwaltung bestimmt ist, so daß oft Geistliche, Magistratsbeamte und andere Officianten zum Theil aus dieser, zum Theil aus jener Casse besoldet und andere Ausgaben z. B. für öffentliche Banten eben so bestritten werden.

Diese Einrichtung, welche bei doppelter Rechnungsführung doppelte Regiekosten und oft doppelte Verwirrung herbeiführt, und die Uebersicht des städtischen Gesamtvermögens stört, hat außerdem häufig die äußerst schädliche Folge gehabt, daß Stadtrath und Commun über die Fonds beider Cassen, die darauf zu wendenden Ausgaben, besonders über die zur Kammerei oder Commun gehörigen Grundstücke nicht nur in ärgerliche, das notwendige gegenseitige Vertrauen störende Differenzen, sondern sogar oft in vieljährige kostspielige Processe gerathen sind, um festzustellen, ob das, was der Natur der Sache nach beiden gemeinschaftlich zustehen muß, der einen oder der andern Casse ausschließlich angehöre.

Da die Preussische Städteordnung der Bürgerschaft durch ihre Repräsentanten die eingreifendste Theilnahme an der städtischen Verwaltung sichert, und die Königl. Regierung um die Einführung, wenn nicht der Städteordnung von 1808, doch einer Städteverfassung, welcher jene Theilnahme nicht fremd seyn wird, vorzubereiten, schon jetzt den Grundsatß befolgt, neue Ausgaben auf die Stadtcassen nicht anders als nach Vernehmung mit den Commun- Repräsentanten zu bewilligen, so fällt schon jetzt bereits der einzige Grund weg, welcher jener Trennung vorhin einen Anschein von Zweckmäßigkeit geben konnte, der nämlich, daß die Stadträthe, an vielen Orten wenigstens, ohne Zuziehung der Commun über das Cämmereivermögen disponirten.

Es wird daher allen Herren Landrathen sowohl, als den Stadt- Magistraten und den Commun- Repräsentanten hiermit angelegentlich empfohlen, zu Vermeidung obiger Nachtheile, auf eine Vereinigung beider Cassen durch gütliche Ueberkunft zwischen Magistrat und Bürgerschaft hinzuwirken, und dem Beispiele zu folgen, welches von mehreren Städten und neuerlich noch unter der Leitung des Herrn Landraths von Zschau von der Stadt Jessen gegeben worden ist.

Es ist dort nämlich im völligen Einverständnisse zwischen dem Stadtrathe und den Commun- Repräsentanten die Vereinigung beider Cassen erfolgt, und dabei die Einrichtung getroffen, daß die Bürgerschaft durch einen ihrer Repräsentanten, welcher nebst dem Bürgermeister alle Belege signirt, in beständiger Uebersicht der städtischen Verwaltung bleibe.

Wir wünschen, daß dies von gegenseitigem Vertrauen der Commun und des Stadtraths und von beiderseitigem richtigen Erkenntniß des wahren Verhältnisses zugehende lobenswürdige Beispiel Nachahmung finden möge.

Merseburg, den 15. Februar 1818.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

In Nummer 9 des diesjährigen öffentlichen Anzeigers ist bereits die Ankündigung der bei dem Buchhändler Kummel in Halle erscheinenden Generalcharte der Preussischen Monarchie durch die Verlagehandlung bewirkt worden.

So wie nun dies gemeinnützige Unternehmen von den höhern Behörden bereits durch Mittheilung derjenigen Nachrichten unterstützt worden ist, welche erforderlich

waren, um dem Werke die möglichste Brauchbarkeit und Vollkommenheit zu geben, also muß auch gewünscht werden, daß es bei dem Publicum die verdiente Aufnahme und Unterstützung finde.

Wir machen daher hiermit noch besonders darauf aufmerksam, und bemerken, daß die ausführliche Ankündigung des Werks von denjenigen unserer Behörden, welche sie nicht früher durch eine Buchhandlung erlangen können, bei unserer Canzlei und namentlich bei dem Canzlei-Inspector Schubert erlangt werden kann.

Merseburg, den 17. Februar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

E r n e n n u n g e n .

Des Königs Majestät haben den Oberamtmann Bartels zu Siebichenstein, und den Amtsinpector Krug zu Elsdöben, zu Amtsräthen zu ernennen, und die für sie ausgefertigten Patente Allerhöchst selbst zu vollziehen geruht.

Merseburg, den 15. Februar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

B e k a n n t m a c h u n g .

Im ersten Stücke des diesjährigen Regierungs-Amtesblatts ist eine Kirchen- und Hauscollekte ausgeschrieben. Da nun bis jetzt erst von einigen Gemeinden des Saalkreises die desfalls colligirten Gelder bei mir eingegangen sind, so werden die Schulzen der übrigen Gemeinden meines Kreises hierdurch aufgefordert, die durch die gehaltene Hauscollekte einkommenden Gelder binnen 14 Tagen und spätestens bis zum 4. März d. J. an mich, mittelst Anzeile, einzusenden. Nach Ablauf dieser Zeit werde ich von den rückständigen Gemeinden annehmen, daß darin nichts gesammelt ist, und die eingegangenen Gelder an die Königl. Haupt-Institutencaße übersenden.

Pöplitz, den 15. Februar 1818.

Königl. Preuß. Landrath im Saalkreise,

v. Krosigk.

P a t e n t - B e k a n n t m a c h u n g .

Von Einem Königl. Ministerio der Finanzen und des Handels ist mir unterm 12. Aug. v. J. ein Patent auf selbstwebende Maschinen für die Provinzen der Monarchie hñlich der Eibe auf 5 Jahre erteilt worden, welches ich den bestehenden Vorschriften gemäß hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringe.

Zugleich benachrichtige ich hiermit diejenigen, welche an diesem Patent Theil nehmen wollen und Modelle zu besigen wünschen, sich hiersehalb brieflich an mich zu wenden.

Berlin, den 7. Februar 1818.

Louis Abeking,

Königsstr. No. 20.

E t e b r i e f e .

Nachbenannter Gefreiter, Johann Schröder, von der 11ten Escadron des 7ten Ulanen-Regiments (1sten Rheinischen), welcher bei dem hiesigen Königl. Reit-institute commandirt gewesen, ist am 5. Februar c. von hier desertirt. Die Gensd'armirie wird hiermit angewiesen, auf ihn strenge zu vigiliren, im Vernehmungsfalle sogleich nach Berlin transportiren, und an die hiesige Königl. Commandantur abliefern zu lassen. Der Kreis-Brigadier, in dessen Bezirke derselbe verhaftet ist, hat mir sofort davon Anzeige zu machen.

Berlin, den 6. Februar 1818.

Königl. Preuss. Chef der Gensd'armirie,

v. Brauchitsch.

Signalement. Alter: 24 Jahr 7 Monat; Größe: 4 Fuß 5 Zoll; Haar: blond; Augenbraunen: dunkelbraun; Augen: grau; Nase: lang und spiz; Mund: mittelmäßig; Bart: blond; Kinn: spiz; Gesicht: mager; Gesichtsfarbe: gelb; Statur: mager. Bekleidung: eine blaue Kittensack; eine Stalljacke: grau; Reithosen: grau; Stiefeln: kurz; Stallmüze. **Wesondere Umstände:** derselbe trug die Ordensmünze von 1813.

Der zur Kriegs-Reserve entlassene, des Bagabondirens wegen inhaftirte Soldat, Gottlieb Zimmer, geboren und wohnhaft zu Ziegelrode, und der vom Train aus Weiden früher desertirte Knecht, Carl Rechner, geboren zu Weytha und wohnhaft zu Hergisdorf, sind mittelst Durchbruches, aus dem Civil-Gefängnisse zu Hettstädt, in vergangener Nacht entsprungen. Alle Civil- und Militär-Behörden werden hierdurch dienstgeraden ersucht, auf diese gefährlichen Bagabonden, von denen letzterer sich nun schon zum zweitemmale aus dem Gefängnisse losgemacht hat, genau zu vigiliren und selbige im Vernehmungsfalle anhero abliefern zu lassen.

Oberwiederstedt, am 16. Februar 1818.

Der Landrath des Mannsfelder Gebirgskreises,

v. Hardenberg.

Signalement. Gottlieb Zimmer, Alter, 22 Jahr; Größe, 5 Fuß 2 Zoll; Haare, braun; Stirn, bedekt; Augenbraunen, schwarz; Augen, blau; Nase und Mund, gewöhnlich; Bart, blond; Zähne, gesund; Kinn, rund; Gesichtsbildung, oval; Gesichtsfarbe, gesund; Gestalt, klein und stark; Sprache, deutsch. Kleidung: eine blaue Jacke mit weißen Schnüren, eine blaue Tuchweste, eine weiße Tuchhose, ein Paar Stiefeln, eine blaue Tuchmüze roth besetzt, ein blau und weiß bunt leinwandnes Halstuch, ein neues Hemde.

Signalement. Carl Rechner, Alter, 55 Jahr; Größe, 5 Fuß 5 Zoll; Haare, blond; Stirn, bedekt; Augenbraunen, blond; Augen, blau; Nase, dick; Mund, gewöhnlich; Bart, blond; Zähne, gesund; Kinn, rund; Gesichtsbildung, oval; Gesichtsfarbe, gesund; Gestalt, untersezt; Sprache, deutsch; Religion, lutherisch. Kleidung: ein grauer Tuchmantel, eine blaue Tuchjacke mit rothem Kragen, eine rothe cattuneue Weste, eine leinene Hose, worunter er eine lederne trägt, ein Paar Stiefeln, eine blaue Tuchmüze mit roth besetzt, ein schwarzseidnes Halstuch, ein flächsen leinwandhemde.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

10. Stück.

Merseburg, den 7. März 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Bei dem mit dem 1sten Januar 1818 eingetretenen Ablaufe der gewöhnlichen Steuerbewilligungszeit, haben Se. Königl. Majestät an die Stände des Herzogthums Sachsen folgende Allerhöchste Cabinettsordre zu erlassen geruhet: Nr. 56.
Steuerhebung
pro 1818.

„Es ist Mir angezeigt worden, daß die Steuern im Herzogthum Sachsen bisher noch auf den Grund der ständischen Bewilligung erhoben worden, und daß die Dauer dieser Bewilligung in dem zum Herzogthum Sachsen gehörenden Fürstenthum Querfurt bereits abgelaufen sei, auch in den übrigen Theilen des Herzogthums Sachsen, nämlich in den sogenannten erbländischen Kreisen, in den Erbserrn Merseburg und Naumburg-Zeitz, und in der gefürsteten Grafschaft Henneberg mit dem Schluß dieses Jahres ablaufe. Da die Beratungen Meines Staats-Raths über die Organisation der Provinzial-Stände noch nicht so weit gediehen sind, daß ein Zusammentritt der Stände des Herzogthums Sachsen in der Maasse, wie solche nach Meiner Verordnung vom 22. Mai 1815 statt finden soll, erfolgen kann, so muß die Erhebung der bewilligten Steuern in derselben Art, wie sie bisher statt gefunden, so lange fortgesetzt werden, bis das dem Staatsrath zur Berathung vorliegende Steuersystem berichtigt sein wird, welches unfehlbar bald geschehen wird. Die Stände des Herzogthums Sachsen werden Meiner landesväterlichen Vorseege vertrauen, daß die Zusicherungen, die Ich ihnen sowohl im Besizersgreifungs-Patent vom 22. Mai 1815, als in der Verordnung von demselben Tage wegen der zu bildenden Repräsentation erteilt habe, in Erfüllung gehen werden, sobald die Einleitungen, die diesfahalb bereits getroffen worden, vollendet sind. So bald dieses geschehen, wird die weitere Bestimmung auch in Rücksicht des Steuerwesens der Provinz, den gesetzlichen Grundsätzen gemäß ausgeführt werden.“

Potsdam, den 8. December 1817.

(gez.)

Friedrich Wilhelm.“

Wir bringen diesen Allerhöchsten Befehl hiermit zu Jedermanns Nachachtung zur allgemeinen Kenntniß. Merseburg, den 9. Januar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 57.
Die Liquidation nieder-
geschlagener
Stempel betr.

Nach §. 30. der Allerhöchsten Instruction zur Anwendung der Stempelgesetze vom 5. September 1811 müssen die Gerichte, welche den zu lösenden Erbschafts-
stempel höher bestimmt haben; als das Gesetz erfordert, die Lantime an 2½ vom
Hundert, welche von den zur Ungebühr verbrauchten Stempel-Materialien (an den
Stempel-Distributeur und den Director) gezahlt ist, tragen und den Interessenten
aus eignen Mitteln erstatten.

Sämmtliche Gerichte werden daher hierdurch angewiesen, in den nach dem For-
mular S. 45g. des Amtsblatts vom Jahre 1816 einzureichenden Liquidationen nie-
dergeschlagener Stempel zwar den vollen Gelbbetrag der letzteren in die Rubrik: Ver-
trag des Stempels, aufzunehmen, unter der Hauptsumme jedoch die in Aufsehung
der darunter befindlichen Erbschaftsstempel von ihnen selbst zu tragende Lantime
von 2½ vom Hundert aufzuführen und sie von ersterer in Abzug zu bringen.

Uebrigens bemerken wir, daß in die Liquidation verdorbener Stempel nur die-
jenigen gehören, die durch Schreibefehler oder einen andern ähnlichen Zufall ver-
dorben und noch nicht Theile der Acten geworden sind, und daß dieselben den Li-
quidationen stets als Beilage beigelegt werden müssen.

Solche Stempel hingegen, die schon Theile der Acten geworden und wegen Ar-
muth der Partheien oder aus rechtlichen Gründen niedergeschlagen worden sind, wo-
hin sämtliche niedergeschlagene Erbschaftsstempel gehören, sind stets in die Li-
quidation der niedergeschlagenen Stempel zu bringen.

Dieser Liquidation aber sind weder die Stempel selbst, noch die Acten beige-
legen, sondern es ist das auf dem oben erwähnten Formular ersichtliche Attest zu de-
ren Justification hinreichend.

Merseburg, den 17. Februar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 58.
Bestimmung
der fremden
Kupfermün-
zen.

Zufolge einer Bestimmung des Königlichen Hohen Finanz-Ministerii vom 16.
Januar 1818, soll von der, zum Umschmelzen oder anderem Verhuf, eingehenden
fremden Kupfermünze, eine Verbrauchs-Abgabe von sechs Thaler vom Centner,
erhoben werden; welches hierdurch zur Nachricht und Achtung des hiebei theilhaftigen
Publicums sowohl, als auch der betreffenden Steuer-Beamten bekannt zu machen
gewesen ist. Merseburg, den 18. Februar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 59.
Die Zulassung
zum ersten Ge-
raute des heil.
Abendmahls.

Es finden sich bei dem jährlichen Unterrichte der Katechumenen leider noch immer
in den meisten Gemeinden einzelne Schulkinder, welche nicht einmal richtig und fer-
tig lesen gelernt, und von dem christlichen Religionsunterrichte nicht mehr, als höch-
stens die Hauptstücke des kleinen lutherischen Catechismus als Gedächtnißwerk, sich
zu eigen gemacht haben. Wir wiederholen daher an die Herren Prediger in Städten
und auf dem Lande die Verordnung, solche ganz unwissend gebliebene Schulkinder,
bei eigner Verantwortlichkeit, unter keinerlei Entschuldigung oder Vorwande zur Con-
firmation zuzulassen. Zugleich machen wir es den Herrschaften, Handwerkemeistern,
oder sonst Gewerbe treibenden Personen zur strengsten Pflicht, diejenigen, welchen

bel übrigen geselligem Alter, aus obigen Gründen, die Zulassung zum Genuße des heil. Abendmahles verweigert werden müssen, nur unter der Bedingung in Lehre oder Dienst zu nehmen, daß sie den ihnen noch fehlenden Unterricht so lange als nöthig erhalten, und die erforderlichen Zeugnisse darüber bei ihrer nachherigen Confirmation, welche nach Umständen und auf außer zu machende Anzeige auch außer der gewöhnlichen Zeit Statt finden mag, aufweisen können. Contravenienten werden, so wie diejenigen, welche unconfirmirt zu dem Tische des Herrn zu treten sich erdreisten sollten, nach Verinden zu strenger Strafe gezogen werden. Dies zu vermeiden, werden die Herren Prediger erinnert, keinen, ihnen noch unbekannten, Consistenten zum Genuße des heil. Abendmahls zuzulassen, wenn derselbe nicht zuvor seinen Beichtschein vorgezeigt hat. Merseburg, den 24. Februar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Verordnungen des Königlichen Consistoriums der Provinz Sachsen.

Nach der Dienst-Instruction für die Provinzial-Consistorien vom 25. October 1817. §. 2—12. liegt dem unterzeichneten Consistorio die Censur der, das Kirchen-
Nr. 1. Die Censur der theologischen Schriften.
wichtigen (sollig sämtlicher theologischen) Schriften, aller pädagogischen und Schulschriften und der religiösen Volksschriften ob. Da nun seit der Erlaßung jenes Gesetzes dergleichen Schriften nicht zur Censur eingegangen sind, so werden die Verleger und Buchdrucker hierauf aufmerksam gemacht, und an ihre Verpflichtung in dieser Hinsicht erinnert. Magdeburg, den 5. Februar 1818.

Königl. Preuß. Consistorium der Provinz Sachsen.

Verordnungen des Königlichen Ober- und Landes-Gerichts zu Naumburg.

Nach einem Rescripte des Herrn Justizministers vom 7. dieses Monats will derselbe auf unsere desfalligen Berichte und auf die von mehreren Seiten eingegangenen Beschwerden über die zu große Verringerung des Einkommens der Woten durch die von uns unter dem 6. December vorigen Jahres öffentlich bekannt gemachten Verordnungen vom 14. October und 4. November vorigen Jahres, es nachgeben, daß die Woten, welche früherhin angestellt sind, im Genuße der Meilengelder und Executionsgebühren, in sofern sie ihnen bei ihrer Anstellung zugesichert sind, bleiben und nur künftighin die Anstellung der Woten nach jenen Verordnungen modificirt werden soll.

Nr. 9. Befolgung der Woten.

Es sind diese also bei den Vorschlägen zur Besetzung vacanter Wotenstellen zu beobachten; und ist dabei also auch jedesmal anzuzeigen, wie viel die Meilengelder und Executionsgebühren dieser Stelle bisher getragen haben.

Dieses wird den Land- und Stadtgerichten unseres Departements hierdurch zur Nachricht und Befolgung bekannt gemacht.

Naumburg, den 20. Februar 1818.

Königl. Preuß. Ober- und Landes-Gericht.

Nr. 10.
Die Verzeich-
nisse der zur
Untersuchung
gekommenen
Verbrechen.

Nach einer, uns von der Königl. Regierung zu Merseburg zugekommenen, Be-
nachrichtigung hat ein großer Theil der in dem Mansfelder Seekreise belegenen Ge-
richte, der landrätthlichen Beförde das durch unsere Bekanntmachung vom 21. März
1817 (Amtsbl. 1817. S. 207) vorgeschriebene Verzeichniß der zur Untersuchung
gekommenen Verbrechen für das letzte Quartal v. J. nicht mitgetheilt. Die sämmt-
lichen Gerichte werden daher hierdurch angewiesen, die Mittheilung dieser rückstän-
digen Verzeichnisse binnen 8 Tagen bei 5 Uhr. Strafe nachzuholen, auch künftighin
bei gleicher Strafe unsere Anweisung vom 21. März v. J. pünktlich zu befolgen.
Naumburg, den 20. Februar 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Daß mit Anfang des Monats März d. J. die landbeschälungsstationen Merse-
burg, Düben, Wendelstein und Gorsleben bei Heldrungen, mit Königl. Hengsten
zu Bedeckung der Landstuten, unter den bereits bekannten Bedingungen, wieder
werden besetzt werden, wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 25. Februar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Bei dem Chausséebau zwischen Merseburg und Halle, Schkeuditz und Model-
witz, Schaaffstädt und Querfurt soll Erdbarbeit, Riesansfuhr, auch Steinlieferung
und Anfuhr der Mindestfordernden vergeben werden.

Unternehmungslustige werden daher aufgefordert, sich resp. am 16. d. M. in
dem Gasthose zu Schkopau bei Merseburg, am 18. d. M. in dem Rathskeller zu
Schkeuditz und am 21. d. M. in dem Gasthose zum goldenen Löwen zu Schaaffstädt in
der neunten Stunde des Vormittags einzufinden, und vor dem betreffenden Justiz-
amtmanne und dem Ober-Begeinspector Flachmann ihre Forderungen anzugeben.
Nach beendigtem Termine werden keine Mindergebote angenommen.

Die Bedingungen werden im Termine vorgelegt und so viel wie nöthig örtlich
erläutert werden. Sie können auch vorher bei dem Ober-Begeinspector Flachmann
hieselbst, und, in Verreß des Chausséebaues von hier nach Halle und zwischen
Schaaffstädt und Querfurt, bei dem Chaussée-Inspector Krause hieselbst, in Ver-
treß des Chausséebaues von Schkeuditz nach Modelwitz aber bei dem Chaussée-In-
specteur Weinhold zu Halle eingesehen werden.

Merseburg, den 1. März 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

11. Stüd.

Merseburg, den 14. März 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nachstehendes Ministerial-Rescript, wörtlich also lautend:

„Auf den Antrag des Justizministers hat der Herr General-Postmeister für die Uebersendung der, bei den land- und Stadtgerichten, eingehenden Hypothekenbeiträge an das Königl. Ober-landesgericht, die Portofreiheit bewilligt. Es muß jedoch von den land- und Stadtgerichten auf dem Begleitungs-Couvert die Bezeichnung Hypothekenbeiträge jederzeit beigefügt werden. Hiernach hat das Königl. Ober-landesgericht das Nöthige zu verfügen.“

Berlin, den 2. August 1817.

Der Justizminister

v. Kirchseisen.“

An das 10. Ober-landesgericht
zu Halberstadt.

wird sämlichen land- und Stadtgerichten des hiesigen Departements zur Nachricht und Achtung bekannt gemacht.

Merseburg, den 21. Februar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Da die Vorschrift des erläuterten Tranksteuer-Ausschreibens vom 16. Januar 1747 §. 10., nach welcher besondere Ladezetteln auf alles verkaufte Bier, es sei solches auf dem Lande oder in der Stadt gebrauet, ausgestellt, und bei Vermeidung einer Strafe von Zwölff Groschen der Tranksteuerbehörde am Orte, wo das Bier eingeschrotet wird, jedesmal ungesäumt vorgezeigt und eingehändigt werden sollen, ungeachtet unserer, bereits durch das Amtsblatt vom Jahr 1816 St. 44. gegebenen Erinnerung daran, neuerlich wieder hier und da in Vergessenheit gekommen zu sein scheint; so wird die genaue Befolgung dieser, auf Erhaltung guter Ordnung beim Tranksteuerwesen abzweckenden, Vorschrift hierdurch allen Bierverkäufern und Abnehmern nochmals ernstlich eingeschärft.

Merseburg, den 24. Februar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 60.

Portofreiheit der Hypothekenbeiträge bei Einfindung derselben von den land- und Stadtgerichten an das Ob-land-Gericht.

Nr. 61.

Bier-Ladezetteln.

Nr. 62.

Die Verbin-
gungen zur Un-
terbringung u.
Gemeinschaft
in die Ir-
renanstalt zu
Halle.

Es ist jetzt sehr häufig der Fall vorgekommen, daß die Anträge auf Reception eines Irren in die vorläufig zur Aufnahme von 30 bis 40 heilbaren Gemüths- kranken eingerichtete Irren-Anstalt zu Halle, ohne die mindeste Nachricht von den Lebensumständen dieser Kranken und der eigentlichen Veranlassung ihrer Krankheit, ingleichen ohne Befügung des Erkenntnisses über die erfolgte Blöds- oder Wahnsinnig- keitserklärung, gemacht worden sind.

Da jedoch nach den Vorschriften des Allg. L. R. ohne richterliches Erkenntniß niemand als wahnsinnig behandelt werden darf, und es in den meisten Fällen dem Arzte der Anstalt unmöglich wird, sich zu Entwerfung eines zweckmäßigen Heilungs- plans, durch die Kranken selbst, über die Veranlassung ihres Gemüthszustandes zu unterrichten, so setzen wir, damit nicht künftig durch ähnliche mangelhafte Anträge die Aufnahme der dazu geeigneten Seelenkranken zu ihrem Nachtheil verzögert, und durch diese Verzögerung nicht zugleich ein größerer Kostenaufwand verursacht wird, als eine notwendige Bedingung der Unterbringung eines Irren in gedachte Anstalt, hiermit fest, daß bei allen dergleichen Anträgen jedesmal eine vollständige Nachricht von den, auf dessen Krankheit, Bezug habenden Lebensumständen und von der näch- sten Veranlassung seiner Gemüthserrüttung, so wie in den Fällen, wo der Kranke schon von einem Arzte behandelt worden, die Krankheitsgeschichte desselben nebst einer Abschrift des über die erfolgte Wahnsinnigkeitserklärung ergangenen Erkenntnisses, hier eingereicht werden muß.

Sämmtliche Behörden des hiesigen Regierungsbezirks, welche in den Fall kom- men auf die Unterbringung eines Irren in die gedachte Anstalt anzutragen, werden hierdurch veranlaßt, sich dabei nach dieser Bestimmung genau zu achten, und in An- sehung des, bei dergleichen Kranken zu beobachtenden gerichtlichen Verfahrens, auf die Vorschriften des Allg. L. R. Thl. 2. Tit. 18. §. 12. und 15. und der Allg. O. O. Thl. 1. Tit. 38. §. 1 — 8. verwiesen.

In Ansehung der Wahl der sachverständigen Aerzte sind übrigens besonders zu Ersparung der Kosten bei armen Kranken die Kreis-Physici in der Nähe zuzuziehen und haben die dabei zugezogenen Sachverständigen in ihrem abzugebenden Gutachten jedesmal mit zu bemerken, ob nach den Regeln der Wahrscheinlichkeit, noch von ei- nem Heilverfahren bei dem Untersuchten, Erfolg zu erwarten sei oder nicht.

Merseburg, den 25. Februar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 63.

Etapen-Orte
für den Ver-
brecher-
Transport.

Um den Transport der Bagabonden und Verbrecher von Halle nach Berlin und in die dortige Gegend und umgekehrt nach Halle, auf einem kürzern Wege zu beför- dern, haben wir die Städte Düben und Schmiedeberg zu Etapen-Orten bestimmt.

Demnach müssen künftig in den vorgedachten Fällen, die Bagabonden-Trans- porte von Halle über Delitzsch, Düben, Schmiedeberg, Wittenberg u. s. w. und umgekehrt nach Halle dirigirt werden.

Merseburg, den 4. März 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Sämmtlichen an die hiesige Regierungs-Hauptcasse abliefernden Specialcassen, Untereinnahmen und einzelnen Zahlungspflichtigen wird hierdurch eröffnet: daß der Regierungs-Hauptcasse allerdings die von einigen Specialcassen bestrittene Befugniß zukommt, in Cassenangelegenheiten, so weit diese den formellen Geschäftsbetrieb betreffen an sie zu verfügen, und daß die Unterassen diesen Verfügungen gehörige Folge zu leisten haben, wogegen ihnen jedoch unbenommen bleibt, ihre etwaige Beschwerden über ihnen anscheinende unrechtmäßige Verfügungen, hinsichtlich des Gegenstandes sowohl als der Fassung, bei der Regierung mittelst Einreichung solcher Verfügungen anzubringen.

Zu dem formellen Geschäftsbetrieb gehört übrigens alles, was auf die Ablieferung der Gelder Bezug hat, mithin die Anfertigung der Lieferscheine, die Justirung und Verpackung der Gelder, die zeitige Einkieferung derselben, die unweigerliche Besorgung der den Unterassen übertragen werdenden Zahlungen aller Art, soweit solche die Kräfte und Einkünfte der Unterasse nicht überschreiten, weil sonst der Hauptcasse sofort Anzeige erstattet werden muß, um anderweit zu disponiren, kurz, alle den Geldverkehr betreffenden Anordnungen.

Merseburg, den 18. Februar 1818.

Königlich Preussische Regierung.

Bekanntmachung.

Nach einer hohen Ministerialbestimmung vom 19. Februar a. c. soll das auf den nächstkünftigen 25. März fallende Fest der Verkündigung Mariä im Herzogthume Sachsen diesmal auf den Sonntag Quasimodogeniti verlegt werden. Wir bringen dieses hiermit zu Jedermanns Wissenschaft, und veranlassen die Herren Prediger, das Nöthige vorher in der gewöhnlichen Art von den Kanzeln abzukündigen, und sich auch, was den Gottesdienst an diesem Tage anlangt, darnach zu richten.

Merseburg, den 8. März 1818.

Königl. Kirchen- und Schul-Commission.

Ernennungen.

Der Supernumerar bei der Districtscontrole zu Halle ist an die Stelle des verstorbenen Schmidt zum Kreisassessor zu Cönnern provisorisch ernannt.

Merseburg, den 23. Februar 1818.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.

Der land- und Stadtgerichts-Assessor Knapp zu Hettstedt ist mittelst Allerhöchst vollzogener Bestallung vom 5. v. Mon. zum Stadt-Justizrath in Halle und an seine Stelle der bisherige Referendarius Martens zum Assessor bei dem land- und Stadtgericht zu Hettstedt, ernannt worden.

Raumburg, den 17. Februar 1818.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht.

ber, in dem Monat Februar 1818, in den nachbenannten zum flieggen Angehörigen Städten, bürkenben
Durchschnitts-Marktpreis des Getreides und anderer Lebensmittel, inländischen des Markts-Guttre.

Benennung der Ergenstände	Halle.		Eisdieken.		Mannburg.		Mittelsberg.		Rettigsh.		Quersfurth.		Zeig.	
	Weil. Eckl.	Drech. Eckl.	Weil. Eckl.	Drech. Eckl.	Weil. Eckl.	Drech. Eckl.	Weil. Eckl.	Drech. Eckl.	Weil. Eckl.	Drech. Eckl.	Weil. Eckl.	Drech. Eckl.		
1 Weizen	3 2	5 25	4 2 25	5	3	5 19	6	3 11 3	6 17	4	5 3 10	6 5	5	3 2 4 6
2 Roggen	2 14	5	3 2 14	5	3	5 13	8	2 30	6 5 12	9	2 15	6 5 5	2	10 10 4 18
3 Gerste	1 21	3 15	2 1 25	3 19	1 2	5 21	2	5 8	4 8	—	2 3	7 4 4	1	22 6 3 18
4 Hafer	1 10	2 17 11	1 11 8	2 21	2 1 6	2 10	2 1 7	9 2 13	7	1 20	11 5 15	1 9	7 2 17	1 6 5 2 1
5 Raps	9	17 10	6 16 8	3 15	6 1 30	19	1 5	7 13	8 14 16	—	8 10	4 16 8	12	9 7 21
7 Erbsen	2 20	5 11	9 4	7 18	3	5 19	6	4 3	1 8	—	5 8	6 6 12	5	2 4 6
7 Binsen	4	7 18	4	7 18	3 14	9	7	4 19	7 9 8	—	5 14	9 7	—	3 2 4 6
8 Gerstelein	1	1 23	6 1 12	2 11	11	1	4 22	6	—	—	18	7 1 12	1	9 2
9 Rindfutter 10 a 100 a 100	1 4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10 Erbsen 11 a 100 a 100	7	—	—	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Marktpreis, am 10. März 1818.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

12. Stück.

Merseburg, den 21. März 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Bei den häufig vorkommenden Untersuchungen über medicinische Puschereien müssen wir darauf aufmerksam machen, daß es nicht genug ist und nicht bloß darauf ankommt, die Thatfache der Puscherei festzustellen; sondern daß auch der durch die Puscherei angerichtete Schaden ein, oft noch viel wichtigerer Gegenstand der Untersuchung ist. Es ist hierbei nach der Vorschrift des Allg. L. R. II. 20. §. 69 nicht bloß auf den aus den unternommenen Handlungen entstandenen directen Nachtheil, sondern auch auf den durch Unterlassungen verursachten Schaden zu sehen, also in wiefern durch zweckmäßige Behandlung das Leben oder Gesundheit zu erhalten gewesen wäre und in wie weit die Unterlassung dieser Behandlung und die anderweitigen Unternehmungen, als Ursache des Verlustes des Lebens und der Gesundheit angesehen werden müssen. Auf die Feststellung des desfallsigen Thatbestandes muß daher vorzügliche Aufmerksamkeit verwendet und dabei keine Zeit verloren werden, damit nicht durch die Veränderungen der Zeit selbst der Thatbestand verdunkelt werde. Es ist in diesem Betrachte daher unumgänglich nöthig, daß die untersuchenden Gerichte und Polizeibehörden, bei der Einleitung solcher Untersuchungen sich mit dem Physicus vernehmen und dessen technisches Gutachten darüber, worauf es bei der Sache ankommt, zu Rathe ziehen. Ein solches vorläufiges Gutachten darf in der Regel nicht schriftlich abgegeben werden, sondern es kommt nur gewöhnlich darauf an, daß es zu Protocoll genommen und von dem Physicus genehmigt und unterzeichnet werde.

Nr. 64.
Die Untersuchungen medicinischer Puschereien betr.

Das Vorstehende gilt nicht bloß bei Puschereien, sondern auch bei Untersuchungen über angeblich ungeschickte und gefährliche Behandlung von angestellten Medicinalpersonen. Die sämtlichen Gerichts- und Polizeibehörden, auch Physiker werden sich darnach gemessenst achten.

Merseburg, den 9. Februar 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 65. Die Kantämter werden hierdurch angewiesen, die zu lichteß d. J. fällig gewordenen Straßenbaudienst-Surrogatgelder schleunig einzuziehen und mittelst Liefer- u. Ablieferungsscheine, deren Duplicate gleichzeitig uns zu übersenden sind, an unsere Hauptcasse, aus welcher die sämtlichen diesjährigen Straßenbaukosten bestritten werden, abzuliefern. Der letzte Lieferschein ist auch als „letzter“ zu bezeichnen.

Einziehung
u. Ablieferung
der diesjährig.
Straßenbau-
dienst-Surro-
gatgelder.

Merseburg, den 5. März 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 66. Einer Bestimmung des Königl. Hohen Finanzministeriums vom 31. December 1817 zu Folge, darf der ausländische Akaun aus dem Herzogthum Sachsen, mit hiesigen Passirzetteln begleitet, in das alte Land eingehen, und der darauf als bereits bezahlt nachzuweisende Gefällebetrag auf die im alten Lande davon zu zahlenden Abgaben angerechnet werden; welches hierdurch bekannt gemacht wird.

Den aus dem
Herz. Sachsen
in andere Pro-
vinzen der Ko-
narchie gehende
den Akaun bet-

Merseburg, den 4. März 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 67. Es ist bemerkt worden, daß in einigen Theilen des hiesigen Regierungsbezirktes unter dem jungen Landvolke noch die alte unschickliche Gewohnheit herrscht, sich zur Weihnachtszeit, beim Pfingstbiere und bei andern festlichen Gelegenheiten, auf abentheuerliche Weise zu verkleiden, und in dieser Verkleidung allerlei unsittlichen und polizeiwidrigen Unfug zu treiben.

Aufschaffung
einer unschick-
lichen Ver-
kleidung.

Wir machen zu dessen Verhütung die Polizeibehörden und insbesondere die Herren Landräthe hierauf aufmerksam.

Merseburg, den 5. März 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 68. Obschon die, in dem Amtsblatt für das Jahr 1816 sub Nr. 1. zur allgemeinen Kenntniß gebrachte Verordnung, ausdrücklich bestimmt, daß die Bezahlung des Amtsblatts, in Viertel- oder halbjährigen Raten voraus geschehen soll; so ist doch der Fall bis jetzt häufig vorgekommen, daß die gesetzlich festgesetzte Zahlung für das Amtsblatt von den Interessenten zur Ungebühr zurückgehalten worden ist. Bei dem, für das Redaktionsgeschäft daraus unvermeidlich entstehenden Nachtheil, kann dieser Saumseligkeit nicht länger nachgesehen werden, und die Interessenten werden daher hierdurch veranlaßt, nicht nur die rückständigen Beiträge für das Amtsblatt und den öffentlichen Anzeiger, ohnfehlbar noch im Laufe dieses Monats abzuführen, sondern auch die Zahlung für das nächstfolgende und mit dem 1. April anfangende Quartal, gleich in den ersten Tagen des neuen Quartals, an die betreffenden Postämter, von welchen jene Blätter bezogen werden, zu entrichten, und künftighin beim Eintritt eines jeden neuen Quartals, in dieser Maasse unabänderlich fortzufahren.

Die prompte
Einführung d.
Geldes für das
Amtsblatt.

Uebrigens werden die Königl. Postämter, welche mit dem Debit des Amtsblatts

und öffentlichen Anzeigers beauftragt sind, aufgefordert, den Interessenten, nach dem Ineritt eines neuen Quartals, nicht über 4 Wochen Nachsicht zu gewähren, vielmehr nach Ablauf dieser Frist, die Säumnigen bei uns anzuzeigen, damit gegen dieselben mit geschärftern Maasregeln verfahren werden kann.

Merseburg, den 12. März 1818.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

Nach einer Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 5. November 1805, dürfen Invaliden, welche 50 Jahre und darüber alt sind, zu Versorgung bei der Abgaben-Verwaltung nicht anders zugelassen werden, als wenn jedesmal ein Attest des Regiments-Chefs und Regiments-Physici dahin beigebracht wird, daß das anzusehlende Subject noch von solcher körperlicher Beschaffenheit sei, um mit der erforderlichen Thätigkeit einer Accisebedienungs vorstehen zu können.

Mr. Gg.
Besondere
Atteste sogdhr.
ziger Invaliden.

Die genaue Beobachtung dieser Vorschrift und die Beifügung dieser Atteste zu der Jahresrechnung, in welcher die Gehalte solcher Angestellten zum erstenmale in Ausgabe vorkommen, ist seitdem unterm 5. August 1812 von neuem vorgeschrieben.

Da indess die Verbeschaffung dieser Atteste in Absicht der Invaliden von aufgelösten Regimentsen schwierig ist, so ist nachgegeben, daß in solchen Fällen diese Atteste auch von den Kreis-Physici ausgestellt werden können.

Es werden daher die Kreis-Physici angewiesen, denjenigen Invaliden, welche nach zurückgelegtem 50 Jahre angestellt werden sollten, nach vorgängiger Untersuchung ihres körperlichen Zustandes, uneigeldliche Atteste obgedachter Art zu erteilen, und haben die Casen, welche einem angestellten Invaliden zum erstenmal Zahlung leisten, der Quittung jedesmal den Invaliden-Schein, und wenn er 50 Jahr alt ist, erwähntes Attest zu Vermeidung künftiger Erinnerungen der Königl. Ober-Rechnungskammer beizufügen.

Merseburg, den 15. März 1818.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.

P u b l i c a n d u m.

Um in Verfolg des Publicandums des Königl. Finanz-Ministeriums vom 16. März 1816,

betreffend die Umschreibung der ehemals Königl. Westphälischen Obligationen in Staatsschuldscheine
höhern Orts einen Beschluß fassen zu können, welche weitere Behandlung in Rücksicht derjenigen Papiere eintreten könne und müsse, deren unter Nr. 9. jenes Publicandums gedacht ist, namentlich der unter dem Namen: Bordereaux, zinstose Scheine, Casen-Quittungen, circulirenden schriftlichen Bescheinigungen über ehemalige Westphälische landbescheidnen, desgleichen der vor der Westphälischen Regierung in 1807 wieder Preussischen Provinzen ausaeuertiaten, zur Umschreibung in

Westphälische Reichs-Obligationen nicht präsentirten Landes-Obligationen, ist deren vorgängige übersichtliche Zusammenstellung und Verifikation nothwendig erachtet worden.

Dergleichen Papiere werden, so weit sie zu den Cathederleien der Westphälischen Schuld, sub Lit. H. und L., das heißt: für die Provinzen Minden und Ravensberg, oder Paderborn und Korvey gehören, bei der Königl. Regierung zu Minden; so weit sie zum Buchstaben F. oder dem Eichsfelde, nebst Nordhausen und Mühlhausen gehören, bei dem unterzeichneten Regirungs-Chef-Präsidenten; so weit sie den Provinzen Halberstadt mit Wernigerode und Hohenstein, und den Holz-, Saal- und Mansfeldschen Kreisen des Herzogthums Magdeburg, unter den Buchstaben E. G. I. und M. angehören, oder die alte mit N. bezeichnete Altmarkische Schuld betreffen, bei dem Herrn Probst Röttger zu Magdeburg — welche dazu von dem Königl. Ministerium des Schatzes und Creditwesens beauftragt sind — zur Verifikation eingereicht.

Diese Einreichung muß sofort, und spätestens vor dem 1. August 1818 geschehen, indem von da an durchaus keins derselben mehr angenommen, und auch sonst weiter keine Rücksicht mehr darauf genommen werden wird. Uebrigens können die Interessenten bei der Verifikations-Behörde selbst eine nähere gedruckte Anweisung dessen erhalten, was ihrerseits bei diesem Verfahren zu beobachten ist.

Erfurt, den 15. Februar 1818.

Der Regirungs-Chef-Präsident

(gez.)

von Mos.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Von dem Königl. Hohen Ministerium des Innern sind wir autorisirt worden, hierdurch bekannt zu machen, daß, außer dem Minister-Residenten und General-Consul zu Washington, bereits mehrere Preussische Consulate in den Nordamerikanischen Freistaaten, als in Boston, Neu-Orleans und Neu-York errichtet sind, deren erstes von dem Consul Ralph Bennet Forbes, das andere von dem Consul J. W. am Ende, und das dritte von dem Consul J. W. Schmidt versehen wird. Wir machen hierbei das Publicum darauf aufmerksam, daß diese Verbindungen in mehreren Beziehungen auch für das landwirthschaftliche Gewerbe, insbesondere zur Anschaffung der in den diesseitigen Staaten mit großem Nutzen anzuwendenden Tabacks- und Holz-Sämereien gebraucht werden können.

Merseburg, den 10. März 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Mit Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 18. v. M. wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß sich die diesjährige Aufstellung der landwirthsch.

ler in der Maaße abgeändert hat, daß in diesem Jahre die Station Schlieben nicht mit Beschälern besetzt wird.

Merseburg, den 11. März 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

V e r p a c h t u n g .

Die dem hiesigen Waisenhause zugehörigen Aecker sollen an die Meist- und Bestbietenden, mit Vorbehalt der Auswahl, anderweit auf 6 Jahre verpachtet werden, und ist ein Termin hierzu auf den

Soßen dieses Monats

Vormittags um 9 Uhr im Sessionszimmer der ersten Abtheilung hiesiger Königl. Regierung angesetzt. Es werden daher diejenigen, welche auf die Pachtung dieser Aecker einzugehen gedenken, hiermit zu diesem Termine eingeladen, und können die nähern desfalligen Pachtbedingungen nicht nur in der Registratur der 1sten Abtheilung hiesiger Königl. Regierung und bei dem Waisenhausverwalter Seybige, sondern auch bei den Ortsgerichten zu Geusau, Denddorff und Corbetta eingesehen werden.

Merseburg, den 14. März 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

B e k a n n t m a c h u n g .

Das alphabetische Register zum Amtsblatt für das Jahr 1817 ist fertig worden, und bei denjenigen Königl. Postämtern, von welchen das Amtsblatt bezogen wird, um den Preis von Vier Groschen zu entnehmen.

Merseburg, den 14. März 1818.

Die Redaction des Amtsblatts.

S t e c k b r i e f .

Nachbenannter Canonier Gottfried Zahn von der 1sten Fußcompagnie der Garde-Artillerie-Brigade aus Lebnorf, Kreis Liebenwerder, im Regierungs-Departement Magdeburg, gehörig, wird aus der hiesigen Garnison seit den 2. März d. J. vermißt. Die Gensd'armirie wird hiermit angewiesen, auf ihn strenge zu vigiliren, im Betretungsfälle sogleich nach Berlin transportiren und an die Königl. Commandantur abliefern zu lassen. Der Kreis-Brigadier, in dessen Bezirke derselbe verhaftet ist, hat mir sofort davon Anzeige zu machen.

Berlin, den 4. März 1818.

Königl. Preuß. Chef der Gensd'armirie,

v. Brauchitsch.

Signalement. Alter, 20 Jahr; Größe, 5 Fuß 7½ Zoll; Haar, braun; Stirn, rund; Scanned by Google
Wandstücken; braun; Haare, schwarz; Nase, schwarz; Mund, groß; Port, blond; Bein.

spitz; Gesicht, rund; Gesichtsfarbe, braun; Statue, groß; Sprache, Magdeburgischen Dialect.
Bekleidung: graue Jacke, graue Hosen, kurze Stiefeln, eine Mütze mit Wachseiswandüberzug.

V e r z e i c h n i s s

aufgegriffener, mittelst Marschrouten und Transports aus den Königl. Preuß. Staaten
verwiesener Vagabonden.

a) Aus dem Weissenfelder Kreise.

a) Wegen falschen Passes und Betrügerei.

Joh. Michael Kochendorfer, gewesener Soldat aus Illshof im Württembergischen, ist 27 Jahre alt, 5 Fuß 7 Zoll groß, hat braune Haare, bedeckte Stirn, braune Augenbraunen, blaue Augen, lange und spitzige Nase, mittelmäßigen Mund, braunen Bart, rundes Kinn, ovales Gesicht, ist von gesunder Gesichtsfarbe und mittlerer Statur; über Oera nach Illshof.

b) Wegen Vagabondiren.

Johann Gottlob Barth, ein Tagelöhner, gebürtig aus Eichenheim im Voigtlande und wohnhaft daselbst, ist 24½ Jahr alt, 72 Zoll Sächsl. groß, hat braune Haare, gewöhnliche Stirn, schwarze Augenbraunen, braune Augen, lange Nase, gewöhnlichen Mund, wenig Bart, spitziges Kinn, längliches Gesicht, ist von gesunder Gesichtsfarbe und langer Gestalt, als besonderes Kennzeichen: er hat ein steifes Bein; nach Zeitz.

c) Wegen Vagabondiren.

Johann Christian Pegold, ein Tagelöhner, gebürtig aus Stendtnitz und wohnhaft daselbst, ist 65 Jahr alt, 5 Fuß 11 Zoll groß, hat braune Haare, hohe Stirn, braune Augenbraunen, blaue Augen, breite Nase, gewöhnlichen Mund, grauen Bart, breites Kinn, längliches Gesicht, ist von bohrter und langer Statur; hat auf der linken Seite der Stirn eine Narbe; nach Traunprießnitz.

d) Wegen Vagabondiren.

Heinrich Ludwig Weber, ein Wäckergerelle, gebürtig von Eßerode und wohnhaft daselbst, ist 17 Jahr alt, 5 Fuß 3 Zoll groß, hat blonde Haare, bedeckte Stirn, braune Augenbraunen, blaue Augen, spitzige Nase, gewöhnlichen Mund, wenig Bart, spitziges Kinn, ovales Gesicht, ist von gesunder Gesichtsfarbe und mittlerer Statur; nach Quedlinburg.

e) Wegen Vagabondiren.

Johann Gottlieb Schmugler, ein Keimwegerelle, gebürtig aus Mühlau in Sachsen und wohnhaft daselbst, ist 55 Jahr alt, 68 Zoll Sächsl. groß, hat lichtbraune Haare, runde Stirn, hellbraune Augenbraunen, blaue Augen, gewöhnliche Nase, aufgeworfenen Mund, hellbraunen Bart, rundes Kinn, rundes Gesicht, ist von gesunder Gesichtsfarbe und kurzer Statur; nach Eisenberg.

2) Aus dem Merseburger Kreise.

a) Wegen verbotenen Hausirens mit Olliden und Viehpulver.

Gottlieb Heinrich Müller, ein Hühnerhändler, gebürtig aus Bockau im Kreisamt Schwarzenberg und wohnhaft daselbst, ist 25 Jahr alt, 5 Fuß 9 Zoll groß, hat blonde Haare, hohe

Stirn, blonde Augenbraunen, blaue Augen, dicke Nase, gewöhnlicher Mund, blonden Bart, breites Kinn, längliches Gesicht und ist von gesunder Gesichtsfarbe; über die Grenze nach Marktsfeld und Zwenkau.

b) Wegen verbotenen Hausirens mit Ollitäten und Viehhulver.

Johann Christian Wegner, ein Ollitätenhändler, gebürtig aus Bodlau im Kreisamte Schwarzenberg und wohnhaft daselbst, ist 37 Jahr alt, 5 Fuß 7 Zoll groß, hat schwarze Haare, hohe Stirn, braune Augenbraunen, braune Augen, spitzige Nase, schiefen und dicken Mund, schwarzen Bart, spitziges Kinn, längliches Gesicht und ist von gesunder Gesichtsfarbe; über die Grenze nach Marktsfeld und Zwenkau.

c) Wegen Bettelzuges.

Johann Gottlieb Bauck, ein Handarbeiter, gebürtig aus Glaucha und wohnhaft daselbst, ist 28 Jahr alt, 5 Fuß 2 Zoll groß, hat braune Haare, bedeckte Stirn, braune Augenbraunen, blaue Augen, gewöhnliche Nase und Mund, braunen Bart, rundes Kinn, volles Gesicht und ist von gesunder Gesichtsfarbe; über die Grenze nach Marktsfeld in seine Heimath.

d) Wegen Vagabondiren.

Christian Friedrich Sella, ein Handarbeiter, gebürtig aus Jeschwitz bei Leipzig und wohnhaft daselbst, ist 42 Jahr alt und von mittler Statur, hat dunkelbraune Haare, kurze Stirn, graue Augenbraunen, blaue Augen, vorsichende Nase, aufgeworfenen Mund, braunen Bart, rundes Kinn, rundes Gesicht und ist von röthlicher Gesichtsfarbe; als besondere Kennzeichen: schiefem Körper und schiefe Beine; an das Kreisamt Leipzig.

e) Wegen mangelnder Legitimation.

Johann Karl Pöhner, ein Dienstknecht, gebürtig aus Kleinschocher bei Leipzig und wohnhaft daselbst, ist 36 Jahr alt, 5 Fuß 1 Zoll groß, hat braune Haare, bedeckte Stirn, braune Augenbraunen, blaue Augen, gewöhnliche Nase und Mund, braunen Bart, rundes Kinn, längliches Gesicht und ist von gesunder Gesichtsfarbe; über die Grenze an die Kleinschocherschen Gerichte.

f) Wegen Bettelzuges.

Karl Gottfried Hopfer, ein Dienstknecht, gebürtig aus Weida und wohnhaft daselbst, ist 19 Jahr alt, 5 Fuß 7 Zoll groß, hat blonde Haare, hohe Stirn, blonde Augenbraunen, braune Augen, kleine Nase, gewöhnlichen Mund, braunen Bart, rundes Kinn, rundes Gesicht und ist von gesunder Gesichtsfarbe; als besondere Kennzeichen: Sommersprossen und schielt; über die Grenze nach Zwenkau.

g) Aus dem Zeiger Kreise.

a) Wegen ermangelnder Legitimation, wiederholten Vagabondirens und Fälschung eines Zeugnisses.

Johanne Justine Schlenzig, eine Dienstmagd, aus Roschütz bei Gera gebürtig und daselbst wohnhaft, ist 19 Jahr alt, kleiner Statur, hat blonde Haare, hohe Stirn, blonde Augenbraunen, blaue Augen, kleine Nase, kleinen Mund, rundes Kinn, ovales Gesicht, rothe Gesichtsfarbe und ist sehr blatternarbig; nach Roschütz bei Gera.

4) Aus dem Wittenberger Kreise.

a) Wegen Diebstahl und Vagabondiren.

Maria Juliane Ziegler, geb. Wegeln, aus König im Schwarzburgschen, ist 45 Jahr alt, 60 Zoll groß, hat schwarzbraune Haare, breite Stirne, braune Augenbraunen, blaue Augen, gewöhnliche Nase, aufgeworfenen Mund, rundes Kinn, rundes Gesicht, rothe Gesichtsfarbe, und ist mittler Statur; über Eisenburg in ihre Heimath nach König.

6) Aus dem Bitterfelder Kreise.

a) Wegen Diebstahl.

Franz Falkenbacher, ein Schneidergeselle, aus Ramburg a. M. gebürtig und hat sich in Dübren aufgehalten, ist 25 Jahr alt, 5 Fuß 5 Zoll groß, hat braune Haare, bedeckte Stirn, braune Augenbraunen, graue Augen, gewöhnliche Nase und Mund, braunen Bart, rundes Kinn, ovales Gesicht, ist mittler Statur und gesunder Gesichtsfarbe; catholischer Religion; hinter Hochosfig über die Grenze.

7) Aus dem Delitzscher Kreise.

a) Wegen Vagabondiren.

Nudolph Weined, genannt Boge, aus Pötnitz bei Dranienbaum gebürtig und daselbst wohnhaft, ist 24 Jahr alt, 5 Fuß 1 Zoll groß, hat lichtbraune verschnittene Haare, freie faltige Stirn, lichtbraune Augenbraunen, graue Augen, breite Nase, mitteln Mund, gute Zähne, braunen Bart (Stugbart), ovales Kinn, längliches Gesicht, schmutzige Gesichtsfarbe, ist mittler Statur; über Delitzsch nach Pödnitz.

b) Wegen Vagabondiren.

Johann Carl Gottlob Richl, ehemal. Diensthunge, aus Beelitz bei Muschke gebürtig und daselbst wohnhaft, ist 18 Jahr alt, 4 Fuß 11½ Zoll groß, hat blonde Haare, runde Stirn, blonde Augenbraunen, blaue Augen, kleine Nase, kleinen Mund, etwas dicke Lippen, hohe weiße Zähne, keinen Bart, rundes Kinn und Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, ist kleiner Statur und hat an dem linken Daumen eine Warze; über die Grenze nach Beelitz.

c) Wegen Vagabondiren und nicht befolgter Weisung.

Johann Carl Christian Jänike, ein Zeugmachergeſelle, aus Ostheim bei Weimar gebürtig und wohnhaft daselbst, ist 41 Jahr alt, 5 Fuß 3 Zoll groß, hat blonde Haare, bedeckte Stirn, blonde Augenbraunen, hellblaue Augen, ordinaire Nase, gewöhnlichen Mund, schwarze und defecte Zähne, blonden Bart, ovales Kinn und Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, ist mittler Statur und hat einen Bruchschaden; über Oordewig nach Ostheim im Weimarischen.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

13. Stück.

Merseburg, den 28. März 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Da die Herren Landräthe nicht im Stande sind, die Feuerpolizei im ganzen Umfange ihrer Kreise vollkommen wahrzunehmen, und es demnächst bei Feuersbrünsten, besonders auf dem platten Lande, fast immer an der zweckmäßigen Direction der Anstalten fehlt, so ist, nach dem Beispiele der schon im Frankfurter Regierungsbezirk stattfindenden Einrichtung, auch in dem hiesigen Regierungs-Departement die Einrichtung getroffen worden, die landrätlichen Kreise in gewisse Districte einzutheilen, deren jedem ein geachteter und erfahrener Einwohner des Kreises als Commissarius vorgesetzt und ein Stellvertreter beigeordnet worden ist. Diese Feuerpolizei-Commissarien, welche übrigens blos aus Liebe für das allgemeine Beste, ohne alle Remuneration, diese Stelle übernommen haben, revidiren unter Leitung der Landräthe von Zeit zu Zeit in den Dörfern ihres Districtes die Feuerlöschgeräthschaften, allenfalls mit Zugiehung eines Sachverständigen, um sich von dem Vorhandensein, dem guten Zustande und der angemessenen Aufbewahrung derselben, oder von dem stattfindenden Mängeln zu unterrichten. Sie haben darauf zu sehen, daß alles geschähe oder beseitigt werde, was zur Verhütung von Feuersbrünsten nothwendig ist, oder selbige veranlassen kann. Die hierbei bemerkten Gebrechen haben sie sofort abzustellen, oder dem Landrathe anzuzeigen, wobei ihnen die Provinzial-Dorf-Feuerordnungen, so wie die im 14. Stück des Amtsblatts von 1817 unter Nr. 122. enthaltene Verordnung vom 24. März 1817 wegen der Neubauten zum Anhalten dienen. Bei entstehenden Feuersbrünsten steht ihnen die Direction der Löschanstalten zur baldigen Tilgung des Feuers, die Anwendung der Maassregeln zur Verhütung des Zugfeuers, so wie zur Vermeidung der Diebstähle, die Treffung der Sicherheits-Anstalten nach dem Feuer, u. s. w. zu. Commissarien und Stellvertreter eilen beide zum Feuer, damit desto gewisser einer zugegen sei. Ein jeder Einwohner des hiesigen Regierungsbezirks wird demnach hierdurch angewiesen, dem Feuerpolizei-Commissarius seines Districtes, sowie dessen Stellvertreter in allen feuerpolizeilichen Angelegenheiten willig Folge zu leisten, indem dadurch allein der beabsichtigte gute Zweck erreicht werden kann. Es haben welchen dem Feuerpolizei-Commissarius anzuzeigen.

Nr. 77.

Die Einrichtung d. Feuerpolizei-Bezirk.

wird nach Maßgabe der Umstände von den Herren Landräthen polizeilich, oder wegen Widerstandes gegen die Obrigkeit oder ihre Abgeordneten nach §. 166. Tit. 20. Th. 2. des Allgemeinen Landrechts im Wege der Criminal-Untersuchung bestraft werden und außerdem für allen Schaden mit seinem Vermögen haften.

Die Districte und die Männer; welche darin die Geschäfte der Commissarien und Stellvertreter übernommen haben und denen wir hiermit dafür öffentlich danken, sind in den verschiedenen Kreisen des hiesigen Regierungsbezirks folgende:

I. L a n d k r e i s e.

1) Der Saal-Kreis ist in folgende 12 Districte getheilt:

1ster District: Großfugel, Gröbers, Schwoißsch, Bennewiß, Bennsdorf, Os-
münde, Gattenz, Dieskau, Zwintschöna, Kleinfugel, Bruckdorf, Canena,
Lochau, Wesenitz, Pritschena.

Commissarius: Herr v. Hofmann auf Dieskau.

Stellvertreter: Herr Amtsrath Hiltenhagen auf Lochau.

2ter District: Burg, Radewell, Osendorf, Döllnitz, Planena, Annendörf,
Beesen, Böhmisch.

Commiss. Hr. Rittergutspächter Wolff in Beesen.

Stellverte. Hr. Förster Holz in Radewell.

3ter District: Schönnewiß, Büschdorf, Crondorf, Reideburg mit Burg und Ca-
pellenende, Freyenseide, Zöberitz, Rabatz, Peißen, Stachelsdorf.

Commiss. Hr. Hauptmann von Thadden in Reideburg.

Stellverte. Hr. Amtmann Vertram in Stachelsdorf.

4ter District: Trotha, Mischlich, Groß- und Klein-Braschwitz, Seeben, Tornau,
Ober- und Untermaschwitz, Plöschitz, Hohenthurm und Rosenfeld.

Commiss. Hr. Cammerherr von Kötling auf Hohenthurm.

Stellverte. Hr. Mühlenpachter Häußler in Trotha.

5ter District: Harasdorf, Pranis, Zimpenden, Oppin-Burg, Brachstädt, Hohen-
Niemberg, Eismannsdorf, Gödewitz, Dammendorf, Scherz, Spickendorf.

Commiss. Hr. Landrath v. Beumann auf Oppin.

Stellverte. Hr. Rittergutsbesitzer Rahmann in Dammendorf.

6ter District: Die Dölauer Heide, Zscherben, Nietleben, Cröllwitz, Lettin, Schiep-
zig, Dölau, Lieskau, Bormerk Granau.

Commiss. Hr. Oberförster Reiche, Fasanerie.

Stellverte. Hr. Papierfabrikant Kesperlein in Cröllwitz.

7ter District: Sennewitz, Gutenberg, Großsch, Rättern, Leicha, Mork, Löß-
nitz, Lehnendorf, Möderau, Dacheritz, Merktwitz, Neglig.

Commiss. Hr. Rittergutsbesitzer Kretschmann.

Stellverte. Der Schulze Hr. Hädicke in Leicha.

8ter District: Brachwitz, Friedrichsschwerz, Döblitz, Gimritz, Weibersee, Kau-
nitz, Gerbitz, Lüttenitz, Mühlen.

Commiss. Hr. Kreisamtmann Rudloff auf Mühlen.

Stellverte. Hr. Oberamtmann Wenzel in Brachwitz.

9ter District. Ehlbiß, Walbiß, Westewiß, Zöbniß, Trebiß, Petersberg, Priester, Krosigt, Naundorf, Merbiß, Kaltenmarkt.

Commiff.

Stellvertr. Hr. Oberförster Fromme in Petersberg.

10ter District. Deuteleben, Neuh, Döfel, Dobis, Domniß, Dorniß, Rothenburg.

Commiff. Hr. Oberamtmann Kamprad in Rothenburg.

Stellvertr. Hr. Amtmann Richter in Domniß.

11ter District. Schlettau, Dalena, Siegliß, Hoch, Mittel- und Kirchhettlau, Kolbiß, Garsena.

Commiff. Hr. Gutsbesitzer Krüger in Garsena.

Stellvertr. Hr. Anspanner Schleuter in Golbiß.

12ter District. Trebniß, Mödewiß, Trebiß, Webiß, Lependorf, Unterpeißn, Cüstrena, Weesebau, Popliß, Weesenlaublingen, Muckrena.

Commiff. Hr. Rittmeister von Rauchhaupt auf Trebniß.

Stellvertr. Hr. Schulze Lehmecke in Unterpeißn.

a) Der Bitterfelder Kreis ist in folgende 8 Bezirke getheilt:

1ster District. Roßiße, Petersroda, Holzweißig, Zöckeriß, Niemeß, Zschern-
dorf, Sandersdorf, Preppin, Torna, Rixendorf.

Commiff. Hr. von Harliß auf Roßiße.

Stellvertr. Hr. Amtmann Schnock auf Petersroda.

2ster District. Pauch, Mühlbeck, Friedersdorf, Schlaß, Gossa, Plebda, Schmerz,
Höhenluben, Schöna, Erna, Rösä, Bräsa.

Commiff. Hr. Hofrath v. Rosiße auf Neupouch.

Stellvertr. Hr. Deconoin Streudel in Schöna.

3ter District. Schwemfat, excl. des Alaunwerks, Torna, Edlischau, Durch-
wehna, Gossa, Auckhausen, Görtschliß.

Commiff. Hr. Amtsinpector Schmidt in Düben.

Stellvertr. Hr. Kirchenvorsteher Arndt daselbst.

4ter District. Jüdenberg, Zschinsewiß, Goltewiß, Gremmin, Mescheide, Zschor-
newiß, Gröbern.

Commiff. Hr. Amtsverwalter Heyner in Etropwalde.

Stellvertr. Hr. Amtsfeureinnehmer Schneider in Gräfenhainichen.

5ter District. Schierau, Priorau, Möß, Altjeßniß, Golpa mit Pöpliß, Groß-
möblau, Müldenstein, Burgkenniß.

Commiff. Hr. Finanzcommissair Unger in Altjeßniß.

Stellvertr. Hr. Amtmann Martini in Priorau.

6ter District. Idberiß, Groß, Rodigkau, Rödgen, Zischepkau, Thalheim, Wol-
fen, Reuden, Salzfurth, Capelle, Pösig, Repau.

Commiff. Hr. Hauptmann von Ludwig auf Zischepkau.

Stellvertr. Hr. Amtmann Lübecke in Salzfurth.

7ter District. Köckern, Beyersdorf, Glebiß, Renneriß, Ramsien, Hendelo, Zöbe-
rik, Mählau, Fannowala, Nauen mit Scherndorf, Dölsdorf, Schören, Brühl, Dorf

Commiff. Hr. Rittergutsbefitzer Dörfling auf Köckern.
 Stellvertr. Hr. Heegerreuter Meinhold in Gledigsh.
 8ter District. Ostrau, Drobiz, Drehtiz, Rütten, Werderthau, Pläß, Cöfßeln,
 Möß, Hinnsdorf, Göttnitz, Löbersdorf, Mößlitz, Werben, Stumsdorf,
 Nieba, Schrenz, Siegeldorf.

Commiff. Hr. Schöffer Krause in Ostrau.
 Stellvertr. Hr. Amtmann Nebelung allda.

5) Der Wittenberger Kreis ist in nachstehende 11 Districte getheilt:

1ster District. Kropstädt, Webdin, Zahmo, Wüstenmark, Rahnsdorf, Berg-
 zahna, Schönefeld, Feldheim, Danna, Eckmannsdorf, Schwabed, Schmö-
 gelsdorf, Marzahna.

Commiff. Hr. Landrath von Leipziger.
 Stellvertr. Hr. Deconomie-Inspector Müller in Kropstädt.

2ter District. Blöhsdorf, Mellnsdorf, Klebiz, Zallmsdorf, Iekä, Bültzig,
 Woltersdorf, Köpnick, Thießen.

Commiff. Hr. Bürgermeister Grimme in Zahna.
 Stellvertr. Hr. Stadtschreiber Friedrich allda.

3ter District. Rasdorf, Giesdorf, Elster, Liestersfelda, Iserbecka, Gallien,
 Dietrichsdorf, Kälso, Absdorf.

Commiff. Hr. Rittmeister von Katte zu Absdorf.
 Stellvertr. Hr. Amtmann Vielau zu Rasdorf.

4ter District. Prühlitz, Hohndorf, Zörnigall, Wietig, Labes, Euper, Trajuhn,
 Leuchel, Reinsdorf, Pfestritz, Apollnsdorf.

Commiff. Hr. Rendant Riemann in Wittenberg.
 Stellvertr. Hr. lieut. Amtsactuar Benedict allda.

5ter District. Braunsdorf, Dobien, Schmilkendorf, Möchau, Grabo, Kergen-
 dorf, Verlau, Straach, Müdersdorf.

Commiff. Hr. Oberforstmeister von Erdmannsdorf.
 Stellvertr. Hr. Deconomie-Inspector Marschner in Müdersdorf.

6ter District. Pratau, Voos, Wachsorf, Eufsch, Pannickau, Klischena, Da-
 brun, Käsch, Wicfern, Segrehna.

Commiff. Hr. Kriegerath von Raschau in Pratau.
 Stellvertr. Hr. Hammer in Voos.

7ter District. Melzig, Wartenburg, Bleddin, Glogitz, Vietegast, Rakitz,
 Laumsdorf.

Commiff. Hr. Major von Schlieben auf Rakitz.
 Stellvertr. Hr. Kreyschmar in Bleddin.

8ter District. Gadiz, Ateritz, Inbazi, Vommilo, Merkwitz, Schnellin, Trebitz,
 Kleinzersdorf, Böjewitz, Dorna.

Commiff. Hr. Major v. Zamorn zu Gadiz.
 Stellvertr. Hr. Accis-Inspector Gros in Remberg.

9ter District. Reinhard, Neuero, Desterich, Dgkahn, Scholis, Großwig, Moschwig, Sachwig.

Commiss. Hr. Baron v. Röder zu Reinhard

Stellvertr. Hr. Accis-Inspector Rüger zu Schmiedeberg.

10ter District. Merschwig, Splau, Bornwerk Preßsch, Korbien, Paßschwisch, Großförgau, Kleinförgau, Leipnisch, Nahlisch, Proschwisch, Wörblisch, Greudnisch, Sachau, Priesch.

Commiss. Hr. Amts-Inspector Schier in Preßsch.

Stellvertr. Hr. Amts-Actuar Hartstein allda.

11ter District. Radis, Urhausen, Onieft, Rotta, Reuden, Schleesen, Naderkan, Selbig, Bergwig.

Commiss. Hr. v. Bodenhausen zu Radis.

Stellvertr. Hr. Deconomie-Inspector Waacke allda.

i) Der Delitzscher Kreis ist in nachstehende 5 Districte getheilt, als:

1ster District. Werben, Beerendorf, Dobernisch, Zschepan, Selben, Brodau, Rattersnaundorf, Peterwitz, Klischmar, Doberkau, Quering, Groß- und Kleinlissa, Groß- und Kleinkohna, Zschornisch, Sättig, Görbenisch, Porisch, Nüßelwitz, Serbig, Zaasch, Rödgen, Kertich, Kleinwolkau, Bemdorf, Paußisch, Gertich, Schenkenberg, Werbelin, Wolterich, Brodcaundorf, Zichortau, Wiesen, Güntherich, Ratwig, Schladiß, Kömmlich, Lößen, Lemsel, Hohenösig, Zischkau, Weuden, Ecken, Creuma.

Commiss. Hr. Hauptmann v. Schnbarth auf Zschepan.

Stellvertr. Hr. Ritterguthspachter Herßch in Schenkenberg.

2ter District. Düringsdorf, Luck, Wolls, Petersdorf, Zschiesdorf, Gollm, Schwag, Pfaffenndorf, Reinsdorf, Iohnsdorf, Siebersdorf, Sießsch, Ennsdorf, Wagerich, Lucis, Wiedersdorf, Kockwitz, Klepzig, Naundorf, Ennenwitz, Dölbau, Zwebendorf, Dreyßig, Reußen, Wiedemar, Kölsa, Grabshüh, Zwodau, Schladiß, Flemndorf, Eitelwitz, Grebeßna, Zrenroda, Gerbisdorf, Radefeld, Hahna, Glesien, Schweidisch, Werlichsch, Rabusch, Wiesenena, Rockwitz.

Commiss. Hr. Kammerherr v. Beust auf Sießsch.

Stellvertr. Hr. Senator Leuscher in Landsberg.

3ter District. Iobnisch, Koßsch, Jora, Tiefensee, Brösa, Schnadisch, Wellauene, Leidenhain, Badrina, Scholis, Wannewitz, Reibisch, Pösdorf, Sausiedisch, Seelhausen, Döbern, laue, Spröda, Brinnis, Hoheneoda, Wochetwitz, Luckowehna, Gollmütz, Noßsch, Naßkau, Erensch, Niekerösig, Groß- und Kleinwolkau.

Commiss. Ritterguthsbesitzer Hr. Nögel in Badrina.

Stellvertr. Hr. Amtsverwalter Baake zu Iobnisch.

4ter District. Wedelmisch, Greisch, Gortha, Cögen, Pöhrtsch, Wöllmen, Gostewisch, Wipern, Döhen, Weltewisch, Jesewisch, Wördewisch, Gallen, Schelmisch, Naundorf, Zischewlin, Hainichen, Althetaa, Cosda, Köbiaen, Steubeln, Kri-

- pehna, Göriß, Hohenleina, Liemehna, Muckelschleha, Großkroßitz, Kleinkroßitz, rehnitz, Priester, Eupfal, Weyda, Wehlitz, Pressen, Preutitz, Pönitz.
 Commiss. Ritterguthspächter Hr. Herßsch in Großitz.
 Stellvertr. Doberßchütz, Collau, Bunitz, Paschwitz, Mölßitz, Battaune, Wöllnau, Prißstäblich, Lausig, Grahna, Mörtitz, Mennsdorf, Rüttschän, Sprotta, Hohenpriesnitz, Ober- und Niederglauchau.
 Commiss. Herr Kammerherr, Graf von Hohenthal, auf Hohenpriesnitz.
 Stellvertr. Ritterguthspächter Hr. Matthäi in Mennsdorf, und Ritterguthspächter Hr. Donath in Prißstäblich.

5). Der Schweinischer Kreis ist in nachstehende 12 Districte getheilt.

- 1ster District. Kurzlippsdorf, Gölsdorf, Seehausen, Depna, Naundorf, Mell-nitz, Morxdorf, Gadegast, Zellendorf.
 Commiss. Hr. Rentbeamter Ruperti in Seegda.
 Stellvertr. Hr. Oberförster Hüttel allda.
- 2ter District. Gentza, Zennitz, Schadowalde, Meltdorf, Lütgensseide, Mü-geln, Pechhütte daselbst mit Glückeburg, Leipa, Arnsdorf, Reßain.
 Commiss. Rittergutsbesitzer Hr. Zischbach in Gentza.
 Stellvertr. Hr. Volkheim allda.
- 3ter District. Rittergut Jessen mit Mühle Mühlberg, Hemsendorf, Ceesdorf, Rußlsdorf, Grabo, Zwiefzigko, Wattien.
 Commiss. Hr. Accis-Inspector Goltz in Jessen.
 Stellvertr.
- 4ter District. Elöden mit Vorwerk Rettig, Kade, Schützberg, Wehmen, Düß-nitz, Kleinröben, Vorwerk Maucken, Schöneiche.
 Commiss. Hr. Amts-Inspector Krug in Elöden.
 Stellvertr.
- 5ter District. Disföda, Lindwerder, Mönchenhöfen, Cloße, Ibben, Walters-dorf, Großforge, Kleinforge, Steinsdorf, Neuselko, Emmitz, Heßdorf, Reiche, Premsendorf.
 Commiss. Hr. Amts-Inspector Engelmann in Schweinitz.
 Stellvertr. Hr. Finanz-Commissar Eckart allda.
- 6ter District. Ahlsdorf, Hartmannsdorf, Hohenkühnsdorf, Imda, Duschlupns-dorf, Neuerstädt, Stolzenhahn, Schmiedsdorf, Horst, Brandis.
 Commiss. Hr. Baron v. Stryffertitz in Ahlsdorf.
 Stellvertr. Der Ritterguthspächter Hr. Berger allda.
- 7ter District. Grauwinkel, Grassau, Freywalde, Wildenau, Werchau.
 Commiss. Hr. Ritter in Freywalde.
 Stellvertr. Hr. Ritterguthspächter Eschke in Wildenau.
- 8ter District. Grochowitz, Frauenhorst, Verden, Arnsneße, Verensdorf, Dubre, Karbör, Mabel, Rabnisdorf, Duckau, Formerswalde.

Commiss.

Stellvertr. Hr. Oberförster Börner in Mahdel.

9ter District. Friedersdorf, Großrößen, Postberger Mühle, Kleinrößen, Gräsendorf, Neudeck, Bahnsdorf, Friedrichsluga, Osteroda, Redlin, Mählischkendorf, Jagfall, Neunaundorf, Altherzberg.

Commiss. Der Rittergutsbesitzer Hr. Seiler in Friedersdorf.

Stellvertr. Der Pächter Hr. Obenaus in Großrößen.

10ter District. Colochau, Polzen, Jesnitz, Berga, Delsig, Krasig, Vorwerk Weissenburg.

Commiss.

Stellvertr. Hr. Meißner jun. in Weissenburg.

11ter District. Etchau, Hillmersdorf, Presmarke, Naundorf, Hohenbucko, Vorwerk Schwarzburg, Frankenhain, Werchluga.

Commiss. Der Rittergutsbesitzer Hr. Heinze in Hillmersdorf.

Stellvertr. Hr. Landrichter Weickardt in Naundorf.

12ter District. Iebusa, Schöna, Cespian, Alt- und Neuforgeseid, Wüstermarke, Langengrafau, Körba, Knippelsdorf, Wiepersdorf, Strieşa.

Commiss. Der Pächter Hr. Lüdersdorf in Iebusa.

Stellvertr. Hr. Administrator Reiche in Strieşa.

6) Der liebenwerdaer Kreis ist in folgende 10 Districte getheilt:

1ster District. Freiwinkel, Stadtwinkel, Weinberge bei liebenwerda, Dobra, Zscheischa, Zobersdorf, Maasdorf, Lausig, Bönig, Thelsa, Thalberg, Prestewitz.

Commiss. Der Rittergutsbesitzer Hr. Stiering zu Prestewitz.

Stellvertr. Der Erb- und lehnrichter Hr. Seligmann in Lausig.

2ter District. Winkel, Rothstein, Domsdorf, Wildgrube, Beutersig, Neumühle, Zinnsdorf, Beyersdorf, Marydorf, Alt- und Neulönnewitz, Rötten.

Commiss. Der Freigutsbesitzer Hr. Bettewitz zu Neumühle.

Stellvertr. Der Amtslandschöppe Hr. Funke in Rothstein.

3ter District. Falkenberg, Schmerkendorf, Kriebitz, Graßau, Wiederau, Langennaundorf, München, Drasdo, Domsdorf, Cölsa.

Commiss. Der Revierförster Hr. Klingenstein in Falkenberg.

Stellvertr. Der Erb- und lehnrichter Hr. Bönig in Langennaundorf.

4ter District. Cospdorf, Lehnendorf, Wengendorf, Blumberg, Mögleng, Padtsch, Adelwitz, Etchla, Lauschwitz, Altbelgern, Kaurdorf, Sarbors.

Commiss. Der Rittergutsbesitzer Hr. Klossch auf Adelwitz.

Stellvertr. Der Amtslandschöppe Hr. Hähnel in Cospdorf.

5ter District. Martinskirchen, Brottemitz, Langenrieth, Burgsdorf, Röttlich, Wendischborschütz, Schweditz, Borschütz, Boraak, Altenau, Fichtenberg nebst Waigschhäusern.

Commiss. Der Kammergutsbesitzer Hr. Amtmann Marschner in Borschütz.

Stellvertr. Der Amtslandschöppe Hr. Naumann in Boraak.

6ter District. Saathayn, Eröbels, Dschätschen, Würdenhayn, Priesche, Cosienzien, Reichenhayn, Haida.

Commiff. Hr. Deconomie-Inspecter Nedig in Saathayn.

Stellvertr. Der Erb- und Lehnrichter Hr. Hedemann in Würdenhayn.

7ter District. Gröben, Proßen, Wainsdorf, Merzdorf, Seiffertsmühl, Stolzenghayn, Kosschka.

Commiff. Der Rittergutsbesitzer Hr. Schmidt in Merzdorf.

Stellvertr. Dessen Sohn, der Deconom Hr. Schmidt in Merzdorf.

8ter District. Hohenleipisch nebst Pechhütte, Kraupa, Dreska, Viehla, Kapla, Pleßa, Döllingen nebst Pechhütte, Gorden, Proßauer Pechhütte, Doppelhainer Pechhütte, Krauschütz.

Commiff. Der Kammerguts pachter Hr. Amtmann Hübler in Krauschütz.

Stellvertr. Hr. Lieut. Engelmann in Hohenleipisch.

9ter District. Großmehlen, Kleinfmehlen, Großstiemig, Frauenwalde, Hirschfeld.

Commiff. Freiherr v. Gregor zu Großmehlen.

Stellvertr. Hr. Justitiar Pierzig in Drrand.

10ter District. Mückenbergh, Bodwisch, Raundorf, Grünwalde, Kleinleipisch, Dorsthaida.

Commiff. Hr. Steuer-Revisor und Justitiar Mesche in Mückenbergh.

Stellvertr. Hr. Oberfactor Trautshold in Raundorf.

7) Der Torgauer Kreis ist in nachstehende 15 Districte getheilt:

1ster District. Mahla, Repisch, Döbern, Mockrich, Drögnisch mit Neuden, Welsau, Zinna, Süptisch, Obernaundorf, Großwig.

Commiff. Hr. Freigutsbesitzer Wenzel auf Mahla.

Stellvertr. Hr. Oberrichter Köppler in Mockrich.

2ter District. Troßin, Drebligar, Polbisch, Elßing, Vogelgesang.

Commiff. Hr. Rittergutsbesitzer Küstner in Troßin.

Stellvertr. Hr. Oberrichter Münch in Polbisch.

3ter District. Roßsch, Falkenberg, Pressel, Weidenhayn.

Commiff. Hr. Amtsverwalter Sommer in Pressel.

Stellvertr. Hr. Oberrichter Rahdemann alda.

4ter District. Wildenhayn, Motreyna, Strelln, Schöna, Wildschütz, Rödensch mit Treben, Probsthayn, Kobershayn.

Commiff. Hr. Hauptmann v. Gontard auf Strelln.

Stellvertr. Hr. Richter Wierzig in Motreyna.

5ter District. Melpisch, Klütschen, Audenhayn, Langenreichenbach, Staupisch, Wankenau, Schilderhayn, Eisenroda.

Commiff. Hr. Kammerjunker von Briesen auf Klütschen.

Stellvertr. Der Landshoppe Hr. Plosse in Audenhayn.

6ter District. G. wig, Kunzwerda, Bennewisch, Weßnitz, Cranichau, Döbeln, Wapitzschen, Laura, Mehderisch, Weßwig.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

14. Stück.

Merseburg, den 4. April 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

(Fortsetzung aus Stück 13.)

- Commiff. Hr. Obriftlieutenant v. Wangenheim auf Bennewiß.
Stellvert. Hr. Landrichter Ironicker in Bodwiz.
- 7ter Diftrict. Ammelgeftewiß, lieberfee, Dröfchkau, Plothä, Neuffen, Pufchwiß.
Commiff. Hr. Rittmeifter v. Heinriß auf Dröfchkau.
Stellvert. Der Pächter Hr. Dehmichen dafelbft.
- 8ter Diftrict. Stariß, Delßchau, Außig, Seidewiß, Olganiß, Wohlaa, Bod-
wiß, Kaifa, Kaufa.
Commiff. Hr. Rittmeifter v. Böhlau auf Delßchau.
Stellvert. Hr. Förfter Kühn in Kaufa.
- 9ter Diftrict. Lösnig, Pausniß, Schirnewiß, Klingenbain, Treptiß, Cavertiß,
Schöna.
Commiff. Hr. Major von Wille auf Lösnig.
Stellvert. Ritterguthsbefitzer Hr. Kreßfchmar jun. auf Cavertiß.
- 10ter Diftrict. Döbrichau, Lößten, Zülßdorf, Beiern, Görnewiß, Keffeld.
Commiff. Der Königl. Betriebsförfter Hr. Heinrich in Zülßdorf.
Stellvert. Der Landfchöppe Hr. Heinrich in Lößten.
- 11ter Diftrict. Zwerchau, Rosenfeld, Döhlen, Kreifchau, Eulenau, Zedwiz,
Bfchadkau, Werbau.
Commiff.
Stellvert. Der Landfchöppe Hr. Müller in Rosenfeld.
- 12ter Diftrict. Triefteiwiß, Braufiß, Richtewiß, Arzberg, Dieffel, Canniß,
Pälswerda, Grabiß, Neuforga.
Commiff. Hr. Hauptmann von Stammer auf Triefteiwiß.
Stellvert. Hr. Ammann Ulißh in Pälswerda.
- 13ter Diftrict. Otterfiß, Korgirfch, Collißfch, Käthewiß, Rauckiß.
Commiff. Der Ritterguthsbefitzer Hr. v. Egidy auf Otterfiß.
Stellvert. Wutsbefitzer Hr. Pöfch in Collißfch.

Nr. 70.
Die Einrich-
tung d. Feuer-
polizei Be-
zirk.

- 14ter District. Dausschen, Grostraben, Lichtenburg, Hintersee, Dethau, Labrun, Hohenborn, Rähnisch, Arient.
 Commiss. Der Königl. Betriebsförster Hr. Höhne bei Dausschen.
 Stellverr. Hr. Landschulze Schäfer in Grostreben.
- 15ter District. Annaburg, Purzien, Lebnien, Naundorf, Ploßig.
 Commiss. Der Königl. Betriebsförster Hr. Reizenstein in Annaburg.
 Stellverr. Hr. Landrichter Griehl in Lebnien.

8) Der Merseburger Kreis ist in nachbenannte 8 Districte getheilt:

- 1ster District. Schkopau, Corbetta, Collenben, Knapendorf, Neuschau, Vorkwerk Werder, Trebnitz, Tragart, Köffen, Köpzig, Wallendorf, Preßsch, Wegewitz, Kriegsdorf, Kößchen, Leuna mit Dörfendorf, Geusau, Agendorf, Zscherben, Bündorf.
 Commiss. Hr. Rittmeister von Trotha auf Schkopau.
 Stellverr. Der Richter Hr. Schladebach in Leuna.
- 2ter District. Naundorf, Kunstädt, Frankleben, Reypisch, Beuna, Köffen, Göhlisch, Daspig, Eröllwitz, Epergau, Kirchsehdorf, Benndorf, Körbisdorf.
 Commiss. Hr. Dr. Schilling in Naundorf.
 Stellverr. Der Holzhändler, Hr. Eckert in Sehdorf.
- 3ter District. Schotteren, Reinsdorf, Raschwitz, Wünschendorf, Clobicau, Niederwünschen, Kriegstädt, Miltzau, Dörstewitz, Neuschau, Wischdorf, Burgstaben, Schadendorf, Kleingräsendorf, Cracau, Kleinlauchstädt, Großgräfendorf mit Etropien.
 Commiss. Der Rittergutsbesitzer Hr. Weidlich auf Kriegstädt.
 Stellverr. Der Richter Hr. Schlegel in Großgräfendorf.
- 4ter District. Delitz am Berge, Rottmannsdorf, Hohenweiden, Neutkirchen, Rockendorf, Weiskendorf, Hollleben, Weichitz, Schleierau.
 Commiss. Der Rittergutsbesitzer Hr. Böhmer auf Neutkirchen.
 Stellverr. Der Richter und Holzaufsesser Hr. Fuß in Hollleben.
- 5ter District. Raschwitz, Köglitz, Wesmar, Oberthau, Ermlitz mit Rübzen, Wehlitz, Maschau, Weichitz, Cursdorf, Ennewitz, Modelwitz, Papitz, Burgliebenau.
 Commiss. Der Mühlengutsbesitzer Hr. Hemme in Wehlitz.
 Stellverr. Der Müller Hr. Fuchs in Raschwitz.
- 6ter District. Zöschen, Dölkau, Zwenmen, Göhren, Horburg, Kleinliebenau, Möhrigitz, Maschau, Zichrenbühl, Köpzig, Güntersdorf, Rodden, Pöthen, Wischersdorf, Schladebach, Altranstädt, Köpzig, Neupitz, Leuna.
 Commiss. Hr. Amtmann Rüdemann auf Kleinliebenau.
 Stellverr. Hr. Amtmann Schmidt in Schladebach.
- 7ter District. Besta, Döblitz, Schleieritz, Deglitz, Delitz an der Saale, Goddula, Vorkfeld, Mühlitz, Köthen, Schweswitz, Etterbach, Ragwitz, Zöllschen, Tollwitz, Raunen, Dörsch, Rappitz, Leuditz, Reuschberg, Walditz, Dürrenberg, Dörsch, Poppitz, Lennowitz, Ostau, Wölkau, Wüsteneuth, Kreyppau.

Commiss. Hr. Cammer-Commissar Hildebrandt in Goddula.

Stellverttr. Der Rittergutsbesitzer Hr. Heun in Teuditz.

8ter District. Groß- und Kleingöhren, Röcken, Ströbisch, Söffen, Gossau, Köllgen, Nobles, Söhesten, Tornau, Caja, Staarsiedel, Nahna, Kleingörtschen, Großgörschen, Sittel, Peußen, Segel, Scheidens, Löben, Thesau, Hohenlohe, Rügen, Eisdorf, Kleinschorlop, Großschorlop, Zitzchen, Schleinbar, Rapiß, Schölen, Thronitz.

Commiss. Der Rittergutsbesitzer Hr. Leuthier in Großgörschen.

Stellverttr. Der Mühlenbesitzer Hr. Heuschkel in Sojzen.

9) Der Zeißer Kreis ist in nachfolgende 15 Districte getheilt:

1ster District. Mannsdorf, Kleinosida, Orana, Schtaubitz, Salsitz.

Commiss. Der Amtlandschöppe Hr. Parschke in Kleinosida.

Stellverttr. Der Amtschöppe Hr. Schröder zu Orana.

2ter District. Hainzburg mit Mödelstein, Saufschen, Neumühle, Rabe, Schlossweh, Breitenbach, Dobersdorf, Catersdorf, Gösra.

Commiss. Der Besitzer der Neumühle Hr. Seidel.

Stellverttr. Der Deconomie-Rendant Hr. Schlauch zu Hainzburg.

3ter District. Clossen, Nöben, Rosenthal, Silbitz, Tauchitz, Nickelsdorf, Außendorf, Cosweda, Dietendorf.

Commiss. Der Mühlenbesitzer Hr. Eifenschmidt in Clossen.

Stellverttr. Der Pächter Hr. Lichtenstein in Nickelsdorf.

4ter District. Lonzig, Ditz, Frauenhain, Droßdorf, Golben, Vergisdorf, Großosida, Nöden, Rippicha, Ruhndorf.

Commiss. Der Amtlandschöppe Hr. Golde zu Golben.

Stellverttr. Der Amtlandschöppe Hr. Zeidler in Droßdorf.

5ter District. Nothgiebel, Heuckwalde, Rußsch, Kleinpörschen, Großpörschen, Dragsdorf, Gasthof zum grauen Wolf.

Commiss. Hr. Hauptmann Freiherr von Herzberg zu Heuckwalde.

Stellverttr. Der Amtschöppe Hr. Genssch zu Großpörschen.

6ter District. Großschellbach, Kleinschellbach, Medissen, Brockau, Görniz, Hohenkirchen, Wernsdorf, Naundorf, Lanne, Kleinbraunschpahn, Weissenborn, Wittgendorf.

Commiss. Der Rittergutsbesitzer Hr. Reinhardt zu Görniz.

Stellverttr. Der Gutsbesitzer Hr. Schellenberg in Naundorf.

7ter District. Rayna, Zettweil, Roda, Mahlen, Lindenberg, Wildenborn, Würchwitz, Blumenau und Nothensfurth-Mühle.

Commiss. Hr. Amtsverwalter Kober zu Wildenborn.

Stellverttr. Der Richter Hr. Kröber in Zettweil.

8ter District. Gutschnitz, Wildensee, Surdorf, Lobas, Podelbus, Bodewitz, Loigsch, Stockhausen.

Commiss. Der Rittergutsbesitzer Hr. Kleeberg auf Gutschnitz.

- 9ter District. Spora, Nissma, Prehlig, Pechtweig, Delsen mit Weillismühle, Sabisa, Brößen, Zipsendorf, Wuis.
Commiss. Der Amtschöppe Hr. Kirmse zu Prehlig.
Stellvertr. Der Schulze Hr. Seidler in Zipsendorf.
- 10ter District. Gleina, Puschenborn, Stöckdorf, Sprossen, Burttschütz, Tschwitz, Rasberg, Hainichen, Cammergut Kloster-Pösa.
Commiss. Der Amtslanzschöppe Hr. Böhner in Gleina.
Stellvertr. Der Gutsbesitzer Hr. Stockmann in Rasberg.
- 11ter District. Nehmsdorf, Rumsdorf, Radischen, Tröglik, Maaßnik, Crimmischschen, Göbik.
Commiss. Der Rittergutsbesitzer Hr. Collegien-Secretair Hennig zu Nehmsdorf.
Stellvertr. Der Amtschöppe Hr. Pretsch zu Radischen.
- 12ter District. Staschwig, Döbischchen, Falkenhain, Langendorf, Traupik, Wadewik, Torna.
Commiss. Hr. Hauptmann von Minkwig zu Staschwig.
Stellvertr. Der Richter Hr. Helm zu Döbischchen.
- 13ter District. Minkwig, Auligk obern Theils, Ostrau, Epoldshain, Könnderik, Werbenhain.
Commiss. Hr. Rittmeister von Lichtenhain auf Ostrau.
Stellvertr. Der Amtschöppe Hr. Friedel zu Minkwig.
- 14ter District. Aue, Ansdorf, Zangenberg, Thiergarten, Vorwerk, Bornik, Draschwig, Crimmlik.
Commiss. Der Amtschöppe Hr. Rümmler in Aue.
Stellvertr. Der Amtschöppe Hr. Radesfeld zu Bornik.
- 15ter District. Reuben, Predel, Prosen, Lügkewik, Weersdorf, Kleinoderwik.
Commiss. Der Rittergutsbesitzer Hr. Bach zu Reuben.
Stellvertr. Der Gutsbesitzer Hr. Schlag zu Lügkewik.
- 10) Der Eckartsberggaer Kreis ist in 14 Districte getheilt.
- 1ster District. Bilhingsleben, Sachsenburg, Vorsleben, Egleben, Cannawurf, Griessstädt, Büchel.
Commiss. Der Rittergutsbesitzer zu Vorsleben, Hr. Gerichts-Director Kirchheim.
Stellvertr. Der Gutsbesitzer Hr. Ieser allda.
- 2ter District. Leubingen, Schillingstädt, Altbeichlingen, Schloßbeichlingen, Dermisdorf.
Commiss. Hr. Gerichts-Adjunct Hertel in Schloßbeichlingen.
Stellvertr. Hr. Friedrich Eidpel, Gutsbesitzer allda.
- 3ter District. Frohndorf, Stöckten, Kölleda, Battgendorf, Burgwenden, Großmendra.
Commiss. Der Kaufmann Hr. Beylich in Kölleda.
Stellvertr. Hr. Friedrich Eidpel, Gutsbesitzer allda.

- 4ter District. Backleben, Kettenstädt, Ostermondra, Bachra, Schafau, Roldisleben.
Commiss. Hr. Major von Tilling auf Backleben.
Stellvertr. Der Rittergutspächter Hr. Mente in Ostermondra.
- 5ter District. Herrengosserstädt, Burgholzhausen, Marienthal, Niederholzhausen, Lindenberg, Eckartsberga.
Commiss. Hr. Major von Seebach auf Marienthal.
Stellvertr. Hr. Bürgermeister Dr. Emsmann in Eckartsberga.
- 6ter District. Auerstädt, Trommsdorf, Thüßdorf, Millingsdorf, Seena.
Commiss. Der Gerichtschöppe Hr. Edler in Trommsdorf.
Stellvertr. Der Gerichtschöppe Hr. Förster in Thüßdorf.
- 7ter District. Hohendorf, Gößnitz, Burgheßler, Burkersroda, Dietrichroda, Pleißmar, Oberhäßler.
Commiss. Hr. Rittmeister von Häfeler auf Häfeler.
Stellvertr. Der Rittergutspächter Hr. Ballhausen in Gößnitz.
- 8ter District. Braunsroda, Frankroda, Lauchardt, Kalbisch, Vorgau, Steinburg, Wischroda.
Commiss. Der Gerichtschöppe Hr. Golze in Braunsroda.
Stellvertr. Hr. Accis-Einnehmer Golze in Frankroda.
- 9ter District. Schimmel, Wallroda, Steinbach, Biebra, Cramwinkel, Hirschroda.
Commiss. Der Amtschulze Hr. König in Biebra.
Stellvertr. Der Dechaneibesitzer Hr. Spindler allda.
- 10ter District. Iosfa, Rothenberga, Bernsdorf, Rahlwinkel, Willroda.
Commiss. Der Gerichtschöppe Hr. Nürnberger in Iosfa.
Stellvertr. Der Gutsbesitzer Hr. Friedrich Zahn daselbst.
- 11ter District. Saubach, Zeißdorf, Bucha, Wollmirstädt, Niemmlieben.
Commiss. Hr. Cammerherr von Hellsdorf auf Wollmirstädt.
Stellvertr. Der Richter Hr. Voigt allda.
- 12ter District. Allerstädt, Wiehe, Gernbach, Langenroda, Hechendorf.
Commiss. Hr. Amtschöpfer Köhler in Wiehe.
Stellvertr. Der Pächter Hr. Schubarth in Hechendorf.
- 13ter District. Donndorf, Kloster-Donndorf, Kleinroda, Naufisch, Reinsdorf, Bretleben.
Commiss. Hr. Hartung in Donndorf.
Stellvertr. Der Gastwirth Hr. Pösch in Naufisch.
- 14ter District. Braunsroda, Hauteroda, Ober-Heldrungen, Harraß, Hemleben, Schloß-Heldrungen.
Commiss. Hr. Landrichter Dankloff in Schloß-Heldrungen.
Stellvertr. Der Gutsbesitzer Hr. Börner daselbst.

11) Der Weiskensfelder Kreis ist in nachstehende 16 Districte getheilt:

- 1ster District. Kriechau, Skortleben, Gniebendorf, Großcorbertha, Leina, Eraslau, Wengelsdorf, Großkaina, Posendorf, Reichartswerben, Tagwerben.



- 2ter District. Stellvert. Der Amtslandschöppe Hr. Langrock in Großcorbertha.
Burgwerben, Markwerben, Uchteritz, Storkau, Obisch, Iobitzsch.
Commiff. Hr. Hauptmann von Breitenbach zu Markwerben.
- 3ter District. Stellvert. Der Amtschöppe Hr. Pollmächer daselbst.
Pohlitz, Bickau, Scheiplitz, Schmerdorf, Prieststädt, Rathewitz,
Stößen, Nöbeditz, Gröbitz, Prititz, Plennschütz.
Commiff. Hr. Bürgermeister Weber in Stößen.
Stellvert. Hr. Rent. Hofmann in Nöbeditz.
- 4ter District. Deuditz an der Wethau, Meyßen, Iobitz, Großgestewitz.
Commiff. Hr. Oberst von Niesemeuschel auf Meyßen.
Stellvert. Hr. Verwalter Voigtmann in Iobitz.
- 5ter District. Preßsch, Corleburg, Schleinitz, Osterfeld, Pauscha, Lützen, Pitschendorf, Haardorf, Goldschau, Waldau.
Commiff. Hr. Hofrath Lauchnitz in Schleinitz.
Stellvert. Hr. Bürgermeister Meckert in Osterfeld.
- 6ter District. Schkölen, Raynsberg, Nautschütz, Zschorgula, Wöhlitz, Pratschütz, Cämmeritz, Launewitz, Willschütz, Rischitz, Großjelmendorf, Linda, Ruedelsdorf, Königshofen.
Commiff. Der Rittergutspächter Hr. Trapp in Schkölen.
Stellvert. Hr. Bürgermeister Kindler allda.
- 7ter District. Kleinhelmsdorf, Roda, Weickelsdorf, Thierbach, Ramsdorf, Stolzenhain, Peterwitz, Kleinpeterwitz, Trebnitz, Pödebus, Wetterzeube, Schlotzweh, Weissenborn, Hasel, Droyßig.
Commiff. Hr. Oberforstmeister von Gorthardt auf Kleinhelmsdorf.
Stellvert. Hr. Amtmann Rudolph in Thierbach.
- 8ter District. Kraschwitz, Nüßern, Großschön, Döschwitz, Kirchsteig, Quesenitz, Hollsteig, Gladitz, Reußen, Baumitz.
Commiff. Hr. Rittergutspächter Quehl in Quesenitz.
Stellvert. Hr. Schmalz in Reußen.
- 9ter District. Oberschwöbisch, Trebnitz, Luckenau, Streckau, Weida, Theissen, Bröbisch, Nonnenwitz, Nirditz, Unterschwöbisch, Zangenberg.
Commiff. Der Amtslandschöppe Hr. Ritter in Weida.
Stellvert. Der Amtslandschöppe Hr. Bach in Bröbisch.
- 10ter District. Meineweh, Priesen, Donau, Schellkau, Lagnitz, Zellischen, Oberfaka, Unterfaka, Kostitz, Reußen, Kosteplatz, Kräuschwitz, Zaschenhof, Kroseln.
Commiff. Der Rittergutspächter Hr. Herßch in Meineweh.
Stellvert. Der Amtschöppe Hr. Bach in Zaschenhof.
- 10ter District. Leuchern, Schortau, Gröben, Kunthal, Ruhndorf, Oberwerschen, Unterwerschen, Kößlun, Wernsdorf, Dippelsdorf, Unter- und Oberneßa.
Commiff. Hr. Major von Heldreich in Oberneßa.
Stellvert. Der Richter Hr. Zischen in Leuchern.

12ter District. Gosterau, Keuttschen, Zemschen, Jaucha, Deuben, Lackau, Nöblich, Wiltschütz, Raundorf, Mutschau.

Commiff. Hr. Rittmeister von Knuth in Raundorf.

Stellvertr. Hr. Schmeißer in Keuttschen.

13ter District. Piefau, Döbris, Schwergau, Draschowitz, Reuden, Predel, Röttichau, Steingrimma, Queisau, Dobergast.

Commiff. Hr. Bach in Reuden.

Stellvertr. Der Erbrichter Hr. Veer in Röttichau.

14ter District. Hohenmölsen, Zepfch, Steckelberg, Wählich, Köpfen, Kößeln, Webau, Gnädich, Großgrinna, Bösau, Grubna, Deumen, Mödenich, Wuschlaub, Domsen, Göthewitz.

Commiff. Hr. von Schrader in Steckelberg.

Stellvertr. Der Pächter Hr. Rüdiger in Göthewitz.

15ter District. Aupitz, Grannschütz, Jaucha, Kreischau, Poserna, Rippach, Pörsen, Neßschütz, Gerstenich, Zörbich, Zorbau, Cleeven, Seclau, Bohrau, Isau.

Commiff. Hr. von Raschau in Poserna.

Stellvertr. Der Richter Hr. Hofmann in Isau.

16ter District. Langendorf, Mutttau, Kößlich, Wiedebach, Unter- und Obergreisau, Mödigen, Reisking, Deudich an der Saale.

Commiff. Hr. Amtsverwalter Wolf in Langendorf.

Stellvertr. Der Richter Hr. Meßner daselbst.

12) Der Quersfurthher Kreis ist in nachstehende 12 Districte getheilt:

1ster District. Ziegelroda, Wendelstein, Bottenborn, Rosleben, Schönwerda und Eßmannsdorf.

Commiff. Hr. Oberamtmann Neißch in Wendelstein.

Stellvertr. Der Deconomeieverwalter Hr. Müller daselbst.

2ster District. Großwangen, Wippach, Altenroda, Wennungen, Wengendorf.

Commiff. Hr. Landrichter Fischer in Nebra.

Stellvertr. Hr. Amtsverwalter Trinius daselbst.

3ter District. Brockstädt, Kleinschäft, Spielberg, Völbiß, Weißenschirmbach, Wigenburg, Grabenmühle, Reinsdorf, Lieberstädt mit Krautdorf, Pretitz, Kleinwangen, Jings, Kleinzings.

Commiff. Hr. Graf von der Schulenburg, genannt Hefler, auf Wigenburg.

Stellvertr. Der Deconomeieverw Hr. Penke in Weißenschirmbach.

4ter District. Oberschmon, Niederschmon, Leimbach, Iobersleben, Gatterstädt und Thalborn, nebst den unter Amtsgerichtsbarkeit gelegenen Mühlen.

Commiff. Hr. Kreispolizei-Aufseher Liebold in Quersfurth.

Stellvertr. Der Ritterguthesbesitzer Hr. Lüttrich auf Leimbach.

5ter District. Obersarnstädt, Untersarnstädt, Döcklich, Ruckenburg, Eitrichenbach, Großosterhausen, Kleinosterhausen, Rothenschirmbach.

- Commiff. Hr. Major v. Gensau auf Jarnftädt.
Stellverttr. Hr. Antmann Koch allda.
- 6ter District. Barnftädt, Göhrig, Göhrendorf, Nemsdorf, Obhaufen, Ober-
eichftädt, Niedereichftädt, Oberwünfch, Dechliß, Schmirna und Weidenbach.
Commiff. Hr. Amtsverwalter Tob in Obhaufen.
Stellverttr. Hr. Amtsverwalter Hilbrand in Weidenbach.
- 7ter District. Steigra, Kalzendorf, Jüdenorf, Schnellroda, Albersroda, Bau-
mersroda, Ebersroda, Schleberoda, Branderoda, Münchenroda, Oleina
und Zscheplitz.
Commiff. Der Pächter Hr. Regel in Baumersroda.
Stellverttr. Der Förfter Hr. Wallhaufen in Schleberoda.
- 8ter District. Burgfcheidungen, Tröbsdorf, Kirchfcheidungen, Carsdorf und
Thalwinkel.
Commiff. Hr. Decon. Inspector Kühlemann in Burgfcheidungen.
Stellverttr. Der Gerichtfchöppe Schönburg in Tröbsdorf.
- 9ter District. Weifchütz, Plöbnitz, Golzen und Dorndorf.
Commiff. Der Kaufmann Hr. Guthsmuths in Laucha.
Stellverttr. Hr. Stadtfchreiber Pabst allda.
- 10ter District. Balgftädt, Nifmütz, Städtten, Gröbnitz, Kaufendorf, Groß-
und Kleinmilsdorf.
Commiff. Hr. v. Sperling auf Balgftädt.
Stellverttr. Der Förfter Hr. Krebs daselbst.
- 11ter District. Goseck, Eulau, Marktröblich, Dobichau, Pödelitz, Zeuchfeld
und Petzftädt.
Commiff. Hr. Secrétaire Zwiernmann.
Stellverttr. Der Gerichtfchöppe Hr. Schlag in Eulau.
- 12ter District. Neumark, Rittersdorf, Pefkendorf, Schortau, Bedra, Brauns-
dorf, Kleinfapna, Iunfädt, Nahlendorf, Leiba, Almsdorf, Gröft, Werns-
dorf, Büfchdorf, Gräfendorf, Weifeleröblich, Neumark, Kößbach, Eptin-
gen, Zobigker, Crumpa, Gehöfte, St. Ulrich, St. Mühlen, Lückendorf,
Möckering, Zorbau, Stöbnitz, Wenden.
Commiff. Hr. lieutenant v. Wolfersdorf in Pefkendorf.
Stellverttr. Der Pächter Hr. Dürr in Weifeleröblich.

15) Der Sangerhaufensche Kreis ist in nachstehende 9 Districte abgetheilt:

- 1ster District. Bornftädt, Wolfersoda, Schmalzeroda.
Commiff. Hr. Einnehmer Dienemann in Bornftädt.
Stellverttr. Der Mitpächter des Kammergutes Bornftädt Hr. Bieler.
- 2ter District. Beyerndenburg, Holdenstedt, Liederfeld, Niensftädt und Sotter-
hausen.
Commiff. Hr. Stiffts-Regierungsrath v. Bülow auf Beyerndenburg.
Stellverttr. Der Schulze Hr. Dettler in Beyerndenburg.

- 5ter District. Klosterroda, Blauenhain und Emseloh.
 Commiss. Hr. Hauptmann v. Craushaar auf Emseloh.
 Stellvertr. Hr. Amtsverwalter Baumann in Klosterroda.
- 6ter District. Niestädt, Pölsfeld und Gonna.
 Commiss. Hr. Oberförster Aebker in Pölsfeld.
 Stellvertr. Der Schulze Hr. Jasch in Niestädt.
- 5ter District. Obersdorf, Grillenberg, Lengsfeld und Wettelroda.
 Commiss. Hr. Amtsverwalter Lüdcke in Obersdorf.
 Stellvertr. Der Schulze Hr. Messerschmidt in Lengsfeld.
- 6ter District. Wallhausen, Brücken, Hohlstedt, Agnesdorf.
 Commiss. Hr. Accis-Inspector Schmidt in Brücken.
 Stellvertr. Hr. Justitiar Scherel in Wallhausen.
- 7ter District. Hackpüffel, Rietnordhausen, Martinsrieth, Ebersleben, Ober-
 röblingen.
 Commiss. Hr. Lieutenant v. Selchow auf Hackpüffel.
 Stellvertr. Hr. Landrichter Seebicht in Ebersleben.
- 8ter District. Voigstedt, Schönsfeld, Catharinrieth, Nicolausrieth.
 Commiss. Hr. Amtsverwalter Hildebrand auf Voigstedt.
 Stellvertr. Der Schulze Hr. Thölke in Voigstedt.
- 9ter District. Gehofen und Ritzeburg.
 Commiss. Hr. Cammerherr Freiherr von Eberstein auf Gehofen.
 Stellvertr. Der Schulze Hr. Helm in Ritzeburg.

14) Der Mannsfelder Seekreis ist in 15 Districte abgetheilt, als:

- 1ster District. Dorf Altleben, Zeiß, Volleben, Nelsen, Onölbzig.
 Commiss. Hr. Actuar Reußner in Diesdorf.
 Stellvertr. Der Schulze Hr. Diedicke im Dorfe Altleben.
- 2ter District. Diesdorf, Ihlemisch, Streng-Naundorf, Zellmisch, Strausshoff.
 Commiss. Hr. Amtmann Neumann in Gröbstaedt.
 Stellvertr. Der Verwalter Hr. Kiese allda.
- 3ter District. Zickerisch, Thalborn, Pfeiffhausen, Abendorff, Zabenstedt.
 Commiss. Hr. Amtsverwalter Barth in Zabenstedt.
 Stellvertr. Der Schulze Hr. Eulenberg in Elben.
- 4ter District. Friedeburg, Brucke, Kumpin, Börmisch, Reidemisch, Elben, Zabitz,
 Deste, Treust, Königswiek, Aeschmisch, Trebisch, Zschmisch, Pfützthal.
 Commiss. Hr. Oberamtmann Bartels in Friedeburg.
 Stellvertr. Hr. Amtsverwalter Lücke in Friedeburg.
- 5ter District. Zienstädt, Gadewisch, Quitschine, Krümpe, Wils, Schochwisch,
 Goresleben, Räther, Naundorf.
 Commiss. Hr. Amtmann Ziemarn in Schochwisch.

- 6ter District. Seeburg, Aseleben, Höhnstädt, Kollsdorf, Schwittersdorf, Deesensstädt.
 Commiss. Hr. Amtmann Bartels jun. zu Seeburg.
 Stellvertr. Hr. Amtmann Koch in Höhnstädt.
- 7ter District. Oeberrisdorf, Hedersleben, Volkmaritz, Elbitz, Neuhäusen, Döberstedt.
 Commiss. Hr. Amtmann Morgenstern in Hedersleben.
 Stellvertr.
- 8ter District. Albersstädt, Schaaffsee, Oberesperstädt, Unteresperstädt, Asendorf, Dornstädt.
 Commiss. Hr. Justizamtmann Weimann in Schraplau.
 Stellvertr. Der Schulze Hr. Walter in Asendorf.
- 9ter District. Oeberröblingen, Unterröblingen, Stedten, Steuden, Ekdorf, Wansleben, Amsdorf.
 Commiss. Hr. Hüpeden in Allerstädt.
 Stellvertr.
- 10ter District. Helsta, Bischofroda, Wolferode, Wimmelburg, Unterrisdorf.
 Commiss. Hr. Amtesrath Uebel in Helsta.
 Stellvertr.
- 11ter District. Erdborn, Hornburg, Holzzelle, Lüttchendorf, Wormsleben.
 Commiss. Hr. Kreisamtmann Salsfeld in Erdborn.
 Stellvertr. Hr. Amtmann Koloff allda.
- 12ter District. Helbra, Benndorf, Volkstedt, Volleben, Augsdorf, Hübitz.
 Commiss. Hr. Graf Hensel in Volkstedt.
 Stellvertr. Hr. Amtmann Dammann in Helbra.
- 13ter District. Burgsdorf, Kottelsdorf, Bösenburg, Helmsdorf, Heiligenthal, Lochwitz.
 Commiss. Hr. Kreisamtmann Sinnhold in Helmsdorf.
 Stellvertr.
- 14ter District. Bennstedt, Rixenburg, Teutschenthal, Köchstedt, Eisdorf.
 Commiss. Hr. Rittmeister Koch in Bennstedt.
 Stellvertr. Hr. Amtmann Manny in Teutschenthal.
- 15ter District. Langenbogen, Cöllma, Denkendorf, Zappendorf, Möllerdorf, Salzgründe.
 Commiss. Hr. Amtmann Hirsch in Cöllma.
 Stellvertr. Der Schulze Hr. Wächter allda.

4) Der Mannsfelder Gebirgskreis ist in nachstehende 5 Districte getheilt, als:

- 1ster District. Mannsfeld, Batterode, Wimmelroda, Gräfenstuhl, Gorenzen, Ahlsdorf, Ziegelroda, Anneroda, Siebigeroda, Piscabörn, Hergisdorf, Blumhausen.

Commiss. Hr. Oberamtmann und Kreisamtmann Rosentreter in
Kloster-Mannsfeld.

Stellvertr. Hr. Hauptmann von Pfußlstein in Gräfenstuhl.

2ter District. Wippra, Steinbrücken, Königeroda, Viesenroda, Friesdorf, Abte-
roda, Dankeroda, Hermeroda, Rißgeroda, Braunschwende, Großleinungen,
Möhrungen, Kotha, Horla.

Commiss. Hr. Justizamtmann Heimbach in Rammelburg.

Stellvertr. Hr. Amtmann Sturm in Wippra.

3ter District. Endorf, Alteroda, Arnstedt, Bräunroda, Greifenhagen, Harde-
roda, Quenstedt, Eylba, Stangeroda, Ulzgeroda, Welbsleben.

Commiss. Hr. Amtmann Dammann in Pfersdorf.

Stellvertr. Hr. Amtmann Regel zu Endorf.

4ter District. Ermsleben, Siesleben, Meisdorf, Molmerschwenda, Pansfelde,
Neuplatendorf, Wieseroda..

Commiss. Hr. Gutsbesitzer Hartroth in Ermsleben.

Stellvertr. Hr. Oberförster Wackermann in Pansfelde.

5ter District. Hettstädt, Wallbeck, Ritterroda, Meisberg, Oberwiederstädt, Kup-
ferberg, Burgörma, Siersleben, Thondorf.

Commiss. Hr. Amtsverwalter Claudi in Ritterroda.

Stellvertr. Hr. Amtmann Bede in Burgörner.

II. Stadtkreise.

1) Der Halle'sche Stadtkreis ist in 5 Districte abgetheilt, als:

1ster District. Giebichenstein.

Commiss. Hr. Oberamtmann Bartels zu Giebichenstein.

Stellvertr. Hr. Polizei-Inspector Heller in Halle.

2ter District. Diemitz.

Commiss. Hr. Polizei-Inspector Heller in Halle.

Stellvertr. Der Schulze Hr. Weber in Diemitz.

3ter District. Passendorf und Angersdorf.

Commiss. Der Rittergutsbesitzer Hr. Franz zu Passendorf.

Stellvertr. Hr. Polizei-Inspector Heller in Halle.

4ter District. Böllberg.

Commiss. Hr. Polizei-Inspector Heller.

Stellvertr. Der Förster, Hr. Krahmer.

5ter District. Vorwerk Gimmritz.

Commiss. Hr. Amtmann Alter allda.

Stellvertr. Hr. Polizei-Inspector Heller in Halle.

6) Der Naumburger Stadtkreis ist in nachstehende 6 Districte getheilt:

1ster District. Naumburg, Altenburg, Alt- und Neuflemmingen, Wetzau, Großjena, Schellsig, Grochlig.

Commiff. Hr. Landrath Lepsius.

Stellvertr. Hr. Kreis-Secretair Stockmann.

2ter District. Spielberg, Zeckwar, Bennsdorf, Litzdorf, Poppel, Gernstädt, Laugwitz, Ruheshausen, Hassenhausen, Stennsdorf, Lengefeld.

Commiff. Hr. Hauptmann von Zeilisch auf Stennsdorf.

Stellvertr. Der Richter Hr. Heimbold in Spielberg.

3ter District. Kleinheeringen, Saalitz, Kösen, Ruckulau, Pforta, Abtöbniß, Mollschütz, Ködigen, Kreipitzsch.

Commiff. Hr. Amtshauptmann von Schönberg auf Kreipitzsch.

Stellvertr. Der Pächter Hr. Knorr in Ruckulau.

4ter District. Rosbach, Kleinjena, Niedermöllern, Pomniß, Obermöllern, Saalhäuser, Frankenu, Punschrau.

Commiff. Der Pächter Hr. Kabe in Frankenu.

Stellvertr. Der Richter Hr. Kühlemann in Niedermöllern.

5ter District. Görschen, Droißen, Mertendorf, Pankewitz, Wetterscheid, Wetteburg.

Commiff. Hr. Obrist von Niesemeuschel auf Maissen.

Stellvertr. Der Amtslandschöppe Hr. Handrick in Wetteburg.

6ter District. Plothza, Posenhayn, Schönburg, Deblitzmühle, Neumühle, Kröppenmühle.

Commiff. Hr. Kammerer Zätsch auf Plothza.

Stellvertr. Der Pächter Hr. Weißenborn allda.

Die hier noch fehlenden Commissarien und Stellvertreter sollen nachträglich bekannt gemacht werden.

Merseburg, den 7. März 1818.

Rönlgl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 71.

Die Oligiten-
träger erhal-
ten keine
Durchgangs-
Pässe.

Sowohl nach frühern Verordnungen und besonders noch nach dem Publicandum vom 21. Mai 1805 und der Verordnung vom 28. März 1816 (Amtsblatt S. 18.) ist das Hausiren und Handeln mit fremden Medicamenten verboten. Ganz vorzüglich trifft dieses Publicandum die fremden Oligitenkrämer, Wasser- und Balsamträger, denn die bekannten Arzeneien, welche sie führen, sind, wie mehrere Untersuchungen gezeigt haben, schlecht zubereitet, und es hat sich bei Zubereitung einiger, eine solche Fahrlässigkeit ergeben, daß man selbst vor Vermischung höchst schädlicher und giftiger Substanzen nicht gesichert ist. Es kann demnach keinem Zweifel unterliegen; daß auf genannte Arzneiträger der 16. §. der Generalinstruction für die Verwaltung

wendung findet. Da aber mehrere Behörden denselben Durchgangspässe im Regierungsbezirk erteilt haben, so werden alle Polizeibehörden und Zollofficianten hierdurch noch besonders angewiesen, gedachten Oligatenkrämern und Hausirern den Durchgang mit ihren Arzneiwaaren nicht weiter zu gestatten, sondern sie durch die Gensd'armirie zurückweisen zu lassen, mit der Bedeutung, daß, wenn sie dessen ungeachtet im Lande betroffen würden, sie, außer Confiscation ihrer Waaren, auch noch, ohne Rücksicht auf den Vorwand des bloßen Durchgangs, werden bestraft werden.

Merseburg, den 12. März 1818.

Die Königl. Regierung.

In Folge höherer Genehmigung ist mit Anfang des laufenden Jahres das hiesige zum Weissenfer Kreise des Verwaltungsbezirks der Königl. Regierung zu Erfurth gehörig gewesene, von dem diesseitigen Eckartsbergaer Kreise enclavirte Dorf Großmonra zum hiesigen Regierungsdepartement und namentlich zu dem Eckartsbergaer Kreise übergegangen und wegen der Ueberweisung dieses Orts von den Herren Landrathen des Weissenfer und Eckartsbergaer Kreises in Folge des Jñnen von der Königl. Regierung zu Erfurth und uns erteilten Auftrags bereits das Erforderliche der Gemeinde bekannt gemacht worden.

Die Localpolizeibehörde und die Einwohner von Großmonra werden daher mit Bezugnahme auf die von der Königl. Regierung zu Erfurth mittelt des Amtsblatts sub No. 450 erlassene Bekanntmachung vom 14. Decbr. v. J. hierdurch angewiesen, sich mit ihren Eingaben in allen Verwaltungsangelegenheiten an das landrathliche Officium des Eckartsbergaer Kreises zu wenden, und dessen Verordnungen und Bescheiden Folge zu leisten.

Nicht minder hören von dem gedachten Zeitpuncte ab alle Einzahlungen öffentlicher Gefälle an die Cassen der Erfurth'schen Regierung auf, und es wird wegen deren fernerer Ablieferung das Erforderliche von uns besonders verfügt werden.

Was hingegen die Verwaltung und Erhebung der Revenüen des dortigen Domainengutes anbelangt, so verbleibt solche, wegen der diesfalls stattfindenden besonderen Verhältnisse bis auf Weiteres noch der Königl. Regierung zu Erfurth, jedoch steht der Domainenpächter in allen polizeilichen Angelegenheiten unter der Kreisbehörde des Eckartsbergaer Kreises.

Merseburg, den 15. März 1817.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

Da mehrere Herren Landräthe, Geleits- und Accis-Commissarien, Districts-Steuer-Controllours, Kreis- und Bezirks-Steuer-Einnehmer die in Gemäßheit der Aufforderung vom 8. December v. J. (Amtsbl. St. 1. 1818) anzufertigende Nachweisung über sämtliche Offiziere und Militairbeamte, welche seit dem 1. Januar 1816 eine fixirte Civilanstellung erhalten, und vorher entweder den ordnungsmäßi-

Nr. 72.
Ueberweisung
des Dorfes
Großmonra
zum Eckarts-
bergaer Kreise.

Nr. 73.
Nachweisung
den der seit
1816 im Civil
angestellten
Officiere und
Militairbeam-

d'armee, den Garnison- Bataillonen 2c. bezogen haben, oder während der Civil- anstellung noch einem Regimente angehört und dort Militairgehalt empfangen, noch nicht eingereicht haben, so wird denselben hierdurch aufgegeben, solches nunmehr ohnfehlbar binnen acht Tagen bei Fünf Thaler Ordnungsstrafe in der vorgeschriebenen Art zu bewirken, und in Ermangelung dergleichen Militairs eine Vacat- Anzeige einzureichen.

Merseburg, den 13. März 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 74.
Kirchen- und
Haus-Collecte
für das Dorf
Obhausen.

Die Königl. Ministerien des Innern und der geistlichen Angelegenheiten haben auf unsern Antrag, zur Unterstützung des am 1. December v. J. fast gänzlich in Asche verwandelten Dorfes Obhausen im Quersfürther Kreise, eine Kirchen- und Haus-Collecte zu bewilligen geruhet.

Indem wir solches sämmtlichen Einwohnern unsers Regierungs-Departements hierdurch bekannt machen, und dieselben zur miltthätigen Unterstützung der Verunglückten auffordern, bemerken wir zugleich, daß die Hauscollecte in den Städten von einer Raths- Deputation und einigen angesehenen Bürgern, in den Dörfern aber von dem Richter oder Schulzen und Schöppen zu veranstalten ist.

Die auf diese Art gesammelten Gelder sind in den Städten von den Magisträten unmittelbar zur hiesigen Haupt- Instituten- und Communalcasse mittelst Lieferscheins einzusenden, die aus den Dörfern gesammelten Beiträge aber von den Ortsvorstehern an die vorgesezten Obrigkeiten abzugeben, und von diesen an die Herren Landräthe des Kreises einzuliefern, welche sie sodann aus dem ganzen Kreise an die gedachte Cassé mittelst Lieferscheins einzusenden, und ein Duplicat des Lieferscheins gleich den Stadträthen an uns einzuliefern haben.

Im Betreff der Kirchencollecte werden sämmtliche Herren Prediger unsers Departements angewiesen, an einem der nächsten hierzu passenden Sonntage, nach vorheriger Bekanntmachung an die Gemeinden über den Zweck der Collecte, die Sammlung zu veranlassen, und die gesammelten Gelder an die Herren Superintendenten einzuschicken, welche dieselben mittelst specieller Verzeichnisse und doppelter Lieferscheine, wovon der eine hieher zu adressiren ist, mit Angabe des Zwecks der Collecte ebenfalls an die hiesige Haupt- Instituten- Cassé einsenden werden.

Merseburg, den 17. März 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 75.
Einreichung
der das Forst-
wesen betref-
fenden

Unter'm 4. December v. J. sind sämmtliche Herren Oberförster und Forstcassen- Verwalter des hiesigen Regierungsbezirks angewiesen worden, die Monats- Extracte vom 1. Januar 1818 an nach Maassgabe der neuen Forstinstructionen pünktlich einzu- reichten; gleichwohl sind, obschon der Monat März bald verflissen ist, noch mehrere

Sie werden daher hierdurch nochmals erinnert, die instructionsmäßigen Extracte und Nachweisungen, in sofern hierüber nicht von uns besondere Vorschriften gegeben sind, in den bestimmten Fristen die diesfalligen Rückstände aber sofort einzureichen, widrigenfalls aber gewärtig zu seyn, daß bei den längern Ausbleiben der Extracte und Rechnungssachen die festgesetzte Strafe ohne weiteres durch Positivschuß von den in Rückstand bleibenden Herren Beamten werden eingezogen werden.

Merseburg, den 20. März 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Verordnungen des Königl. Preuß. Ober-Bergamts zu Halle.

Da Behufs der Berichtigung des Besitztittels des Bergwerks-Eigenthums für Bergbeamte darüber Bedenken entstanden sind:

Nr. 9.
Die Berichtigung des Besitztittels des Bergwerks-Eigenthums für Bergbeamte.

- 1) von welchem dato die Gültigkeit der Königl. Verordnungen vom 20. Januar 1806 und 27. November 1808 wegen der, den Bergbeamten, deren Ehefrauen und unter väterlicher Gewalt stehenden Kinder, zu untersagenden Erwerbung von Bergwerksanteilen zu berechnen sei;
- 2) ob für einen Berg- oder Salinenbeamten, der durch Intestat-Erbfolge Antheile dieser Art erwirbt, der Besitztittel berichtigt werden kann, oder
- 3) ihm eine angemessene Frist zum Verkauf zu bestimmen sei?

so ist durch eine Vereinigung der Königl. Höhen Ministerien der Justiz und des Innern die Festsetzung dahin erfolgt, daß

- ad 1. die Gültigkeit der erwähnten Königl. Verordnung von dem Tage der Publication der hierauf gegründeten Verfügung des Königl. Justiz-Ministerii vom 5. April v. J. zu berechnen,
- ad 2. u. 3. aber, die Berichtigung des Besitztittels der, nach deren Publication durch Intestat-Erbfolge erworbenen Antheile für die Berg- und Salinenbeamten unzulässig, diesen daher eine Frist zu bestimmen sei, binnen welcher sie zum Verkauf solcher Antheile für schuldig zu achten, und diese Frist nach Analogie der Cabinets-Ordre vom 20. Januar 1806 auf ein Jahr zu bestimmen sei.

Es wird daher diese nähere Festsetzung hiermit zur Nachachtung bekannt gemacht. Halle, den 26. März 1818.

Königl. Preuß. Niedersächs. Thüringisches Ober-Bergamt.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Da nunmehr die neue reguläre Straße zwischen Merseburg und Weiskensels vollendet und durchaus eröffnet, dagegen aber der Flächenraum der zwischen beiden

noch verwandelt werden soll: so wird die fernere Betretung und Befahrung dieser vormaligen Straße als eine Eigenthumsverletzung angesehen und bestraft werden, welches dem Publico hierdurch zur Warnung bekannt gemacht wird.

Merseburg, den 21. März 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Dienstanstellungen und Beförderungen.

Der bisherige hiesige Ober-Landesgerichtsrath, Herr Dr. Christian August Günther, ist von des Königs Majestät zum Geheimen Ober-Tribunalsrathe zu Berlin ernannt worden, welches hierdurch bekannt gemacht wird.

Naumburg, den 27. März 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

(Heute wird kein Anzeiger ausgegeben.)

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

15. Stück.

Merseburg, den 11. April 1818.

Allgemeine Gesessammlung.

Das 2te Stück der Gesessammlung pro 1818 enthält:
 Nro. 460. Gränz-Vertrag zwischen Preußen und Rußland, abgeschlossen am
 11. November
 30. October 1817.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Die Königl. Ministerien der Geistlichen-, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten und des Innern haben zum Behuf des Wiederaufbaues der Kirche zu Wensdorf im 2ten Jericho'schen Kreise des Magdeburger Regierungs-Departements eine evangelische Haus- und Kirchencollecte in dem Ober-Präsidial-Bezirk der Provinz Sachsen zu bewilligen geruhet. Nr. 76.

Solches wird hierdurch den sämtlichen Einwohnern unsers Regierungs-Bezirks bekannt gemacht und dieselben zur Mithätigkeit aufgefordert und haben die Herren Prediger einen der nächsten hierzu schicklichen Sonntage zum Einsammeln dieser Collecte zu wählen, den Zweck derselben vorher gehörig bekannt zu machen und den Ertrag an die betreffenden Superintendenten einzureichen, welchen dieselben mittelst doppelten Lieferscheins, wovon der eine hieher zu adressiren ist, an die hiesige Haupt-Instituten- und Communalcasse einsenden werden.

Die Hauscollecte ist in den Städten von dem Magistrat und auf den Dörfern durch die Gerichtspersonen in der gewöhnlichen Maaße zu veranstalten und die eingegangenen Beiträge von dem Ersten unmittelbar zur genannten Casse, von den Dorfschaften aber an die betreffenden Herren Landräthe abzugeben, von denen dieselben ebenfalls mittelst doppelten Lieferscheins anher einzusenden sind.

Merseburg, den 13. März 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Im Verfolg unsrer Verordnung vom 31. Januar d. J. No. 38. wird hierdurch in Gemäßheit der vom Königl. Finanz-Ministerium deshalb erlassenen Anord- Nr. 77. Google

ung der Mühlenfabricate und Fleischaaren.

nung festgesetzt, daß die darin ausgesprochenen Grundsätze auch auf andre Mühlenfabricate, außer dem Mehl, namentlich auf Stärke, Puder, Nudeln, Gries, Graupen und Brüste, desgleichen auf die Fleischwaaren, wenn sie aus den Königl. Preuß. Provinzen zwischen der Weser und Elbe, in denen noch die Westphälische Consumtions-Steuerverfassung besteht, in das Herzogthum Sachsen eingehen, zur Anwendung gebracht werden sollen.

Wenn daher dergleichen Gegenstände ohne Passirzettel eingehen, so sind sie nach den vollen ausländischen Sätzen, als wären sie fremden Ursprungs bei der Fleischsteuer- General- und Landaccise zur vollen Besteuerung zu ziehen. Gehen sie hingegen mit richtigen Passirzetteln der Consumtions-Steuerämter, in welchen der Betrag der bereits entrichteten Gefälle genau und vollständig angegeben sein muß, ein, und kommt der nachgewiesene Besteuerungssatz, der vollen im Herzogthume Sachsen üblichen Consumtionsabgabe von inländischen Gegenständen dieser Art gleich oder übersteigt er solche noch, so werden diese Gegenstände als inländische versteuerte angesehen und unterliegen, wie die in den Verordnungen vom 29. Septbr. v. J. und 31. Januar d. J. benannten Gegenstände, nur noch der gewöhnlichen Land- und Nachschußaccise in den dazu geeigneten Fällen; erreicht aber der nachgewiesene Besteuerungssatz des Absendungsortes die Abgaben des Herzogl. Sächs. Bestimmungsortes mit Einschluß der Fleischsteuer nicht, so ist, außer obiger Nachschuß- und resp. Landaccise, auch noch das hierunter an dem dasigen Tarifsaß Ermangelnde als Ergänzung nachzuerheben und mit dem producirten Passirzettel belegt, unter dem gewöhnlichen Rechnungstitel in Einnahme zu stellen. Merseburg, am 18. März 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 78.
Die Untersuchung der Fleischsteuer-Contraventionen.

Da die Justizämter in den zum Herzogthum Sachsen gehörigen Theile unsers Regierungsbezirks von den Administrations-Geschäften im Allgemeinen entbunden, und nur in Gemäßheit der allerhöchsten Verordnung wegen verbesserter Einrichtung der Provinzial-, Polizei- und Finanzbehörden vom 26. December 1808 §. 50. gehalten sind, die ihnen von uns in Sachen unsers Ressorts unmittelbar erteilten befondern Aufträge auszuführen, so haben wir beschloffen, die Untersuchung der Vergehen wider die Fleischsteuer-Gesetze, so weit solche früher den Justizämtern obgelegen hat, den Accis-Commissarien und Accis-Inspectoren zu übertragen.

Die Fleischsteuer-Einnehmer, Accis-Visitatoren und wer sonst vorgefallene Fleischsteuer-Contraventionen zur Anzeige bringen will, haben daher solche von nun an dem Accis-Inspector desjenigen Inspectionsbezirks, in welchem die Contravention vorgefallen ist, anzuzeigen, die Accis-Inspectoren aber haben sie nach Vorschrift der Fleischsteuer-Gesetze zu untersuchen, und nach Analogie der in der Instruction, das Generalaccis-Wesen betreffend, vom 12. März 1785 Tit. VI. festgesetzten Competenz-Summe, entweder allein, oder gemeinschaftlich mit den Accis-Commissarien zu entscheiden, in den Fällen hingegen, wo die gesetzliche Strafe auch die den letztern in Accisfachen zugestandene Competenz-Summe übersteigt, die Accis mittelst gutachtlichen gemeinschaftlich mit den Accis-Commissarien zu erstatten- den Berichtes, zu unserer Entscheidung an uns einzufenden.

Den Patrimonialgerichten verbleibe die Untersuchung der Fleischsteuern-Contraventionen in denjenigen Fällen, wo ihnen solche, nach Vorschrift der Generalien vom 30. März 1716 und vom 21. Juni 1734 bisher zugestanden hat, und es sind daher die diesfälligen Anzeigen ferner bei ihnen anzubringen und an sie zu verweisen.
Mersburg, den 21. März 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Von Einem Königl. hohen Finanz-Ministerium ist festgesetzt worden, daß die Gränz- und Landaccise vom ausländischen Getreide und Schlachtvieh bei den andern Königl. Provinzen in das Herzogthum Sachsen eingehenden Gegenständen dieser Art nur dann nicht erhoben werden soll, wenn der inländische Ursprung dieser Artikel durch die sie begleitende Bezeichnung ganz außer Zweifel gesetzt ist.

Wenn daher Getreide und Schlachtvieh nicht in andern Preussischen Provinzen selbst erzeugt und durch die dasselbe begleitende Bezeichnung als inländisches legitimirt, sondern nur aus dem Auslande durch dieselben durchgeführt worden ist, so unterliegt dasselbe den durch die Verfügung des vormaligen hiesigen General-Commerces vom 11. November 1815, mit Ausnahme des unterm 14. November 1769 angeordneten Impostes, wieder eingeführten Gränz- und Landaccise-Abgaben eben so, wie das aus dem Auslande eingehende Getreide und Schlachtvieh.

Es ist jedoch dabei zu beachten, daß das Getreide, da es nach den frühern gesetzlichen Bestimmungen nicht damit belegt gewesen, von der Grenzaccise nicht betroffen wird, daß folglich die Grenzaccise nur das Schlachtvieh angeht, und daß die für das nur durchgehende fremde Vieh durch das Generale vom 11. November 1788 festgesetzte Durchgangs-Accise alsdann wegfällt, wenn solche

a) nach andern Preussischen Provinzen zum Verbrauch, oder auch

b) durch diese Provinzen wieder ins Ausland geht,

indem nach der Verordnung vom 18. April 1816 S. 46. des Amtsblattes vom Jahre 1816 in diesen beiden Fällen keine Durchgangsabgaben zu erheben sind.

Dies wird zur Erläuterung der Bekanntmachung vom 1. Septbr. v. J. S. 541. des Amtsblattes vom Jahre 1817 hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht und es haben sich die Accise-Beamten hiernach genau zu achten.

Mersburg, den 26. März 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Es ist bemerkt worden, daß verschiedene Herren Superintendentes zu den Protocollen über die Auseinandersetzung eines neuen Predigers mit seinem Vorgänger, oder mit dessen Erben, kein Stempelpapier adhibirt haben. Da aber zu einem solchen Protocoll, der durch die Verordnung des Stempelgesetzes Art. 6. sub 2. a. vorgeschriebene Stempel von 8 Gr. genommen werden muß, so werden dieselben hierdurch aufgefordert, diese Vorschrift in künftig vorkommenden Fällen, bei Vermählung der gesetzlichen Stempelfraße, zu beobachten.
Mersburg, den 27. März 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Mr. 79.
Die Behandlung des aus andern Preuss. Provinzen in das Herzogth. Sachsen eingehenden Getreides und Schlachtviehes.

Mr. 80.
Stempelrechtlichkeit der Protocolle über die Auseinandersetzung eines neuen Predigers.

Verordnungen des königlichen Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Nr. 11.
Die Nachwei-
sungen, die
Entschädig-
schemdberelli-
cher Beamten
betr., werden
bei Strafe er-
fordert.

Die königlichen Land- und Stadtgerichte der ehemaligen Westphälischen Theile unsers Departements, ingleichen die Stadtgerichte des Fürstenthums Erfurt, werden hierdurch angewiesen, unverzüglich die Nachweisung, die Entschädigungen der fremd-herlichen Beamten betreffend, welche durch das Publicandum vom 2. Novbr. 1817 erfordert worden, einzufenden, oder anzuzeigen, daß dergleichen Reclamationen bei den gedachten Gerichtsbehörden nicht eingegangen sind. Wenn das eine oder das andere binnen 14 Tagen nicht eingeht, so werden die Säumnigen in 2 Thlr. Strafe genommen werden. Naumburg, den 31. März 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Daß die bisher zu Schaafsee im Mansfelder Gebirgskreise bestandene Zolleinnahme nach Erdborn verlegt und dem Steuer-Einnehmer Siering am letztern Orte übertragen worden ist, wird hierdurch mit der Verwarnung bekannt gemacht, daß die aus den Mansfelder Kreisen in das Herzogthum Sachsen ausgehenden zollpflichtigen Transporte, bei Vermeidung der gesetzlichen Strafen, in der dasigen Zoll-Einnahme gehörig zu melden sind und daß daselbst resp. der Zoll- und Ausgangs-Import zu entrichten ist. Merseburg, den 25. März 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

S t e c k b r i e f.

Der unten näher bezeichnete vormalige französische Soldat Johann Vogel, welcher wegen Diebstahls Verdachts in Berlin verhaftet und in Untersuchung gewesen und von dort nach Magdeburg transportirt worden, daselbst aber am 21. März weiter nach Erfurt an die dasige Polizeidirection auf Transport gegeben, ist am 23. d. M. beim Vorwerke Piersdorf seinem Transporteur entsprungen und noch nicht wieder zu erlangen gewesen. Alle Wohlbl. Polizeibehörden werden daher hierdurch ersucht, diesen Menschen, sobald er sich irgendwo betreten lassen sollte, anzuhalten und an den Herrn Polizei-Director Lark in Erfurt, welchem die übrigen Data bereits übersandt worden, zur weiteren Verfügung zu übersenden. Ober-Wiederstadt, am 26. März 1818.

Der Landrath des Mansfelder Gebirgskreises,
v. Hardenberg.

Signalement. Johann Vogel; Geburts- und Aufenthaltsort, Mühlheim in Elßig; Religion, katholisch; Alter, 25 Jahr; Größe, 5 Fuß 5 Zoll; Haare, braun; Stirn, rund; Augenbraunen, braun; Augen, grau; Nase und Mund, gewöhnlich; Bart, braun; Zähne, gesund; Sinn, rund; Gesichtsbildung, stark und voll; Gesichtsfarbe, gesund; Gestalt, kräftig; Sprache, gewöhnlich; besondere Kennzeichen, pothenarbig. Kleidung: einen blauen Tuchüberrock, ein weißes Halstuch, eine rothe Weste mit gelben Knöpfen, graue lange Beinleider, Stiefeln und runden Hüt.

Extra-Blatt

zum

Amtsblatt der Königl. Regierung.

Merseburg,

1. Stück.

18. April 1818.

I n s t r u c t i o n

für das Geschäft der Ersatzaushebung zur jährlichen Ergänzung des stehenden Heeres; für das Jahr 1817 in Anwendung zu bringen.

Da es nothwendig ist, daß bei den jährlichen Aushebungen für das stehende Heer, in Gemäßheit der Vorschriften, welche das Geseß vom 5. September 1814 für dieses Geschäft gegeben hat, nach übereinstimmenden Grundsätzen verfahren werde, so wird hier, auf den Grund der bei dem vorjährigen Ersatzgeschäft gesammelten Erfahrungen, für sämtliche mit diesem Geschäft in Berührung tretende Behörden, die folgende, nach den gegenwärtigen Verhältnissen entworfene Anweisung ertheilt, wodurch alle bisher ergangene einzelne Verfügungen, so weit sie mit den hierin festgesetzten Bestimmungen nicht zu vereinigen stehen, als aufgehoben anzusehen sind.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 1. Das bei der Ersatzaushebung zum Grunde dienende Geseß vom 5. September 1814 macht von der allgemeinen Verpflichtung zum Kriegsdienst keine Ausnahme. Es versteht sich indessen von selbst, und ohne daß es eines gesetzlichen Ausspruchs bedarf, daß nach der Natur des Kriegsdienstes von der Theilnahme an demselben ausgeschlossen sind:

- a) Ausländer, welche keinen bleibenden Wohnsitz im Staate aufgeschlagen haben und daher als wirkliche Fremde anzusehen sind, in so fern sie sich nicht freiwillig zum Kriegsdienst entschließen und dazu melden;
- b) körperlich und geistig zum Kriegsdienst unfähige Individuen, und
- c) Personen, welche sich eines entehrenden Verbrechens oder solcher Handlungen schuldig gemacht haben, wodurch sie der Ehre, für das Vaterland die Waffen zu führen, unwürdig werden, indem zu dessen Vertheidigung gesetzlich nur Eingeborne berufen sind, der Kriegsdienst den ungehemmten Gebrauch des Körpers und Geistes wesentlich bedingt, und der Beruf zur Vertheidigung des Vaterlandes durch Verlosung nicht entzogen werden darf.

§. 2. Jeder Staatsunterthan ist da militärpflichtig, wo er seinen eignen Wohnsitz aufgeschlagen hat, oder wo, wenn er noch nicht selbstständig ist, seine Eltern, Herrschaft, oder Angehörigen den Wohnsitz haben.

§. 3. Das stehende Heer ist in Armeecorps abgetheilt, wovon ein jedes aus bestimmten Regimentern besteht.

Jedes Armeecorps hat seinen eignen Ergänzungsbezirk, welcher aus bestimmten Regierungsdepartements, oder einzelnen Ergänzungsbezirken der Landwehrregimenter zusammengesetzt ist.

In der Regel dient jeder Unterthan bei demjenigen Armeecorps, dem die Provinz zugewiesen ist, zu der er gehört. Wenn etwa einer oder der andere Ergänzungsbezirk nicht die zum Ersatz erforderliche Zahl von weiffenfähiger Mannschaft hätte, so helfen die übrigen Ergänzungsbezirke aus, wozu die Veranstaltung jedoch nur von den Ministerien des Innern und des Krieges getroffen werden kann, welche dabei immer von der Voraussetzung ausgehen, und sich überzeugen werden, daß das Verfahren der Behörden vollkommen vorschriftsmäßig und pflichtmäßig in Ausführung gebracht worden ist, indem sehr sorgfältig darauf gehalten werden muß, daß nicht eine Provinz der andern einen Theil ihrer Verbindlichkeit aufzumäßen sucht.

Auf frühere, während der Feldzüge statt gefundene Aushebungen und Gestellungen kann nicht Rücksicht genommen und eine Ausgleichung daraus nicht hergeleitet werden, da das Verhältniß der Ergänzungsbezirke für die verschiedenen Armeecorps dadurch gestört werden würde, welches den wesentlichen Zweck hat, Einwohner derselben Provinz zu einem und demselben Armeecorps zu verpflichten.

§. 4. Das Garde- und Grenadiercorps erhält seinen Ersatz aus sämtlichen Ergänzungsbezirken.

Das Pioniercorps hat ein Vorzugsrecht auf die zur Knappschaft gehörigen Berg- und Hüttenleute der ganzen Monarchie, in so weit die Zahl der einstellungsfähigen Bergleute nicht den Ersatzbedarf des Pioniercorps übersteigt. Ingleichen werden die Schiffer vorzugsweise diesem Korps zugewiesen.

Zur Completirung der Jägerbataillone dienen die Söhne der Forstbedienten und die gelerntten Jäger.

Die Artillerie erhält in der Regel die in der weiffenfähigen Mannschaft der Provinz enthaltenen, beim Artilleriewesen brauchbaren Handwerker.

Zur Reiterei überhaupt werden nur solche Leute genommen, welche reiten können und mit Pferden umzugehen wissen.

§. 5. Da die active Dienstzeit im stehenden Heere gesetzlich auf drei Jahre bestimmt ist, so wird jährlich, außer dem durch unvorhergesehene Fälle entstehenden Abgang, in der Regel der dritte Theil der sich nicht freiwillig zum längern Dienst erklärenden Soldaten von den Regimentern zur Kriegsreserve entlassen, und auf eben so hoch ist, neben dem Ersatz des außerordentlichen Abgangs, die Zahl der jährlich zum activen Dienst neu Eintretenden anzunehmen.

§. 6. Die Gesamtzahl der erforderlichen Ersatzmannschaft wird, mit Berücksichtigung der angeordneten Ergänzungsbezirke für die verschiedenen Armeecorps, von Seiten des Ministerii des Innern auf die sämtlichen Regierungsdepartements

summarisch theilt, und davon den resp. Oberpräsidenten und Regierungen Nachrich-
gegeben.

Die ganze Vertheilung wird dem Kriegsministerio mitgetheilt, welches die Generalcommando's in Kenntniß davon setzt. Die letztern zeigen den Oberpräsidenten die Eintheilung an den Truppen an, und beide Behörden vereinigen sich darüber.

Indem die Oberpräsidenten den Regierungen bekannt machen, zu welchen Regimentern die Departements den Ersatz zu stellen haben, erhalten die Landwehr-Inspecteure eine gleiche Benachrichtigung durch die Generalcommandos.

In den Kreisen selbst aber darf eine weitere Vertheilung auf die sämtlichen Ortschaften nach der Seelenzahl, oder nach einem andern Vertheilungsgrundsatz, in der Regel nicht statt finden; sondern die Masse aller einstellungspflichtigen Individuen bildet die Gesamtzahl, aus welcher der Ersatz gewählt wird.

§. 7. Diejenigen Städte, welche keinen eigenen Kreis bilden, sind in Hinsicht des Ersatz- und Aushebungsgeschäfts, von dem Kreise, zu dem sie gehören, nicht zu trennen, und werden von Seiten der ausführenden Behörden, gleichmäßig wie die übrigen Communen behandelt. Die Magisträte und Polizeibehörden sind verpflichtet, auf alle Weise dabei behülflich zu sein.

§. 8. Die in der vorschristsmäßigen Art auf drei Jahre zum activen Militärdienst eingetretenen Freiwilligen, wenn sie bei einem Truppentheile innerhalb des Ergänzungsbereiches der Provinz ihres Wohnortes dienen, kommen auf die Gesamtzahl des zu stellenden Ersatzes, da, wo sie dienen, in Anrechnung; Freiwillige, die nur zu einjährigem Dienste eintreten, hingegen nicht.

§. 9. Aushebung und Bestellung geschieht in Einem Termin, der für sämtliche Provinzen der Monarchie auf den October des laufenden Jahres festgesetzt ist.

Wo die Verhältnisse es erlauben, sind die denkwürdigen Tage vom 16. bis 19. October besonders zur Aushebung oder doch wenigstens zur Vereidigung zu wählen.

In allen Fällen bleibt es sehr wünschenerwerth, nach Möglichkeit zu bewirken, daß spätestens am 1. November die Ersatzmannschaften bei den Regimentern in der Provinz eintreffen.

§. 10. Die Grundlage des Ersatz- und Aushebungsgeschäfts sind die in der ganzen Monarchie mit der größten Genauigkeit aufzunehmenden Stammrollen, um dadurch eine zuverlässige Uebersicht von der Gesamtzahl der weisensfähigen Mannschaften zu erhalten, und darnach die Aushebung des Ersatzes gleichmäßig vertheilen zu können.

§. 11. Der ganze Umfang der Ersatzangelegenheit wird unter der obersten Aufsicht der Ministerien des Innern und des Krieges, theils gemeinschaftlich, theils von jedem nach seinem Geschäftskreise geleitet.

In den Ergänzungsbezirken stehen die Generalcommandos und Oberpräsidenten, ferner die Regierungen und Landwehr-Inspecteure der Ausführung vor.

Zur Bestellung, Prüfung und Auswahl der Ersatzmannschaften tritt in jedem Kreise eine Kreis-Ersatzcommission alljährlich zusammen, und jeder dieser beiderlei Commissionen wird ein Militär- oder in dessen Ermangelung ein Civilarzt zugeordnet.

Ueber diese sämtlichen allgemeinen Grundsätze finden sich nun die speciellen Bestimmungen im Folgenden:

Aufnahme der Stammrollen.

§. 12. Die Stammrollen werden in den Städten durch die Magistrate, und auf den Dörfern, Gütern und Vorwerken durch die Vorsteher der Gemeinden, durch Eigenthümer oder deren Stellvertreter dergestalt angefertigt, daß jede Stadt, jedes Dorf, jedes Gut oder Vorwerk seine eigene Stammrolle erhält.

In Städten, welche in Unterbezirke abgetheilt sind, wird in jedem Bezirke eine Stammrolle angefertigt. Einzelne Grundstücke, Ansiedlungen, oder Amtswohnungen werden in die Stammrolle derjenigen Gemeinde aufgenommen, zu der sie in pollzeitlicher Hinsicht für jetzt gehören.

Damit die Stammrollen sowohl mit Sicherheit, als auch überhaupt mit der nöthigen Controlle angefertigt werden können, muß auf die Geburtslisten zurückgegangen werden. Die Regierungen haben daher vor allen Dingen zu veranlassen, daß in jedem Kreise von den Predigern in den Städten und auf dem platten Lande vollständige Verzeichnisse der in ihren Kirchsprengeln gebornen Individuen männlichen Geschlechts, wenigstens vom Jahre 1793 ab, damit auch die 25jährigen mit einbezogen werden, angefertigt und fortlaufend geführt, auch dabei die nöthigen Bemerkungen der davon schon Gestorbenen hinzugefügt werden.

Diese Verzeichnisse dienen bei Aufnahme der Stammrollen zur Grundlage.

§. 13. In den Stammrollen wird nach den Nummern des Grundstücks aufgeführt:

- a) jeder Eigenthümer mit seinen Söhnen,
- b) die bei den Eigenthümern im Dienst befindlichen männlichen Personen,
- c) die auf den Grundstücken wohnenden Mieter oder Einlieger männlichen Geschlechts nebst ihren Söhnen,
- d) die bei solchen Mietzern befindlichen männlichen Dienstboten.

Alle männliche Personen, welche nicht anwesend, oder woher wegen Familienverhältnisse, noch aus ihrer Dienstverbindung in die Stammrolle aufgenommen sind, werden in eine besondere Abtheilung da eingetragen, wo sie sich gerade befinden.

Alles männliche Gesinde wird nur bei dem Grundstück seiner Herrschaft aufgeführt, in so fern es in dem Hause wohnt; im entgegengesetzten Falle wird es als selbstständig behandelt und gleichfalls in der Stammrolle ausgezeichnet.

Alle Eingeborne der Gemeinde, wenn sie auch abwesend sind, in der Stammrolle der Gemeinde aufgeführt, damit eine Controlle über sie möglich ist, zu welchem Ende vermerkt werden muß, ob sie sich nur temporell abwesend befinden, und zur bevorstehenden Bestellung einberufen werden müssen, oder ob sie als aus der Gemeinde geschieden anzusehen sind, und wo sie sich befinden, indem dann ihre Bestellung und Einziehung da erfolgt, wo sie sich nach der Angabe bleibend aufhalten. Familien, welche mehr als ein Grundstück besitzen, werden da aufgeführt, wo sie ihren gewöhnlichen Wohnsitz haben, und muß in den Stammrollen für die anderen Grundstücke ver-

merkt werden, daß und wo die Eintragung erfolgt sei, damit solches nöthiger Weise jederzeit recherchirt und verfolgt werden kann.

§. 14. Bei dem Aufenthaltswechsel der Unmündigen sind Eltern und Vormünder zur Anzeige von dem eigentlichen Aufenthalte ihrer Kinder und Pflegebefohlenen verpflichtet. Bis zum zurückgelegten 21sten Jahre folgen die Söhne dem Wohnorte ihres Vaters, wenn letzterer nicht angezeigt hat, daß die Söhne aus der väterlichen Gewalt entlassen sind. Uneheliche Söhne folgen dem Wohnorte ihrer Mutter.

§. 15. Es werden demnach in die Stammrolle einer Gemeinde eingetragen:

- a. alle in derselben Geborne, in so fern sie nicht nach dem vorhergehenden §. einen andern Wohnort haben,
- b. die in der Gemeinde Angesehenen oder Beamteten,
- c. diejenigen, welche sich auf die Dauer der gewöhnlichen Miethsfristen eingemietet, oder sonst einen Wohnsitz in der Gemeinde aufgeschlagen haben,
- d. alle diejenigen, welche zur Zeit in dem Dienste dieser Classen stehen.

§. 16. Die sich zur Aufnahme in die Stammrollen eignenden männlichen Individuen werden darin bis zu ihrem vollendeten 30sten Lebensjahre verzeichnet, die Hausväter selbst aber werden auch noch nach diesem zurückgelegten Alter und für die ganze Zeit ihrer Existenz, darin fortgeführt.

§. 17. Von der Aufzeichnung in den Stammrollen sind ausgenommen:

- a. die Prinzen des Königlichen Hauses,
- b. auswärtige Gesandte,
- c. alle in der Verordnung vom 21. Juni 1815 aufgeführte, vormalß unmittelbare deutsche Reichsstände, deren Besigungen nach Artikel XIV. der deutschen Bundesacte dem Preussischen Staate einverleibt worden sind, als welchen für sich und ihre Familien die Befreiung von aller Militairpflichtigkeit zugesichert ist,
- d. Ausländer, welche keinen bleibenden Wohnsitz im Staate aufgeschlagen haben und als Fremde anzusehen sind.

§. 18. Wo auf dem platten Lande die Gemeindevorsteher des Schreibens nicht gehörig erfahren sind, müssen sie von den Ortsgeistlichen, Schullehrern und sonstigen nächsten Beamten unterstützt werden.

§. 19. Da die höchste Gerechtigkeit bei Vertheilung des Erfasses auf die Zahl der weissenfähigen Mannschafe und die volle Erreichung des Zwecks des Gesetzes vom 3. September 1814 hauptsächlich von den Stammrollen abhängt, so müssen diese mit der größten Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt in jeder Commune geführt, auch möglichst deutlich geschrieben und vorgefallene Irrungen nicht durch Rübren, sondern mittelst eines Durchstrichs dergestalt verbessert werden, daß durch eine Bemerkung der geschehenen Abänderung, aller Verdacht einer Verfälschung entfernt wird.

§. 20. Die Stammrollen sind allgemein nach dem dieser Instruction beigefügten Schema und mit allen darin angegebenen Rubriken anzufertigen, damit überall durch Gleichförmigkeit eine vollständige Uebersicht um so leichter erreicht werde.

§. 21. Officiere und Soldaten werden mit ihren Söhnen in die Stammrolle ihres Standquartiers aufgenommen, und es ist in Hinsicht ihrer Söhne alles das zu beobachten, was das Gesetz für die übrigen Militairpflichtigen vorschreibt.

§. 22. Die Stammrollen werden auf diese Weise alljährlich in jeder Commune aufgenommen, oder berichtigend fortgeführt, und dieses Geschäft muß künftig allemal mit dem ersten August beendigt sein, damit die Rollen zu dem von ihnen zu machenden Gebrauche unfehlbar in Bereitschaft sind, was um so mehr der Fall sein kann, als jeder Commune frei steht, zu einer jeden beliebigen, ihr bequemen Zeit mit der Aufnahme ihrer Stammrolle vorzugehen, indem es für die Folge blos darauf ankommt, daß sie immer zu dem bestimmten Termin in Ordnung sind.

§. 23. Alle Behörden und resp. Personen, welchen nach §. 12. die Aufnahme der Stammrollen obliegt, werden verpflichtet, bei irgend einer eintretenden Gefahr, so wie bei Feuers- oder Wassersnoth, die aufgenommenen Stammrollen zu retten und solche in Sicherheit zu bringen, da sie dieselben immer in ihrem Beschlusse aufzubewahren haben.

§. 24. Die Verpflichtung der Angabe zu den Stammrollen ruht hauptsächlich auf Obrigkeiten und Hausvätern; außerdem ist jeder Staatsbürger verpflichtet, diejenigen, welche sich der Vertheidigung des Vaterlandes zu entziehen suchen, auf erhaltene Wissenschaft, der Obrigkeit anzuzeigen.

§. 25. Bei der großen Wichtigkeit, von welcher die richtige Führung der Stammrollen ist, darf nicht befürchtet werden, daß bei deren Aufnahme sich vorsätzliche Parteilichkeit und Begünstigung einschleichen werden, denn selbst jede bedeutende Fahrlässigkeit oder Unrichtigkeit würde Untersuchung und Rüge zur Folge haben. Ja, es kann selbst nach dem Grade der Verschuldung und bei deren Wiederholung, eine Commune für einige Zeit das Recht verlieren, ihre Stammrolle selbst anzufertigen oder zu berichtigen und fortzuführen, und in diesem Falle wird, nach Entscheidung der betreffenden Ministerien, das Stammrollengeschäft durch eine besondere Commission auf Kosten einer solchen Commune ausgeführt.

§. 26. Sobald eine Commune mit der Anfertigung oder Berichtigung ihrer Stammrolle fertig ist, übersendet sie solche dem Landrath des Kreises, und sind alle Communalrollen bei diesem eingegangen, so laßt derselbe den Bataillonscommandeur der Landwehr ein, sich vor dem eigentlichen Zusammentritt der Kreiscommission, mit ihm zur Anfertigung der Kreisrolle in dupli- zusammen zu thun, und zu dem Ende die nöthigen Arbeiter in das Bureau des Landraths zu senden. Das eine Exemplar der Kreisrolle bleibe dann im Beschluß des Bataillonscommandeurs, und das andere in dem des Landraths; die speciellen Communalrollen aber werden sofort nach gemachtem Gebrauch im Original an jede Commune zur Aufbewahrung zurückgesandt.

Ausmittelung des Ersatzbedarfs,
und was von den Truppscheilen selbst dabei zu beobachten ist.

§. 27. Bei der Aushebung der Ersatzmannschaften wird der von den Regiments- cheuten, nach Maassgabe der bestehenden Vorschriften, angegebene Bedarf zum Grunde gelegt.

Dieser besteht in der Regel, nach Abzug der Unterofficiere und der 30 ältesten, sich zum weitem Fortdienen entschließenden Soldaten und sonstigen Freiwilligen, in

dem dritten Theil jeder Compagnie oder Escadron, welcher wegen vollendeter 33jähriger activen Dienstzeit in die Kriegsreserve zu entlassen ist.

Für den außerordentlichen Abgang sind noch außerdem im Durchschnitt per Compagnie 5 Mann, und per Escadron und Artilleriecompagnie 3 Mann zum Ersatz anzunehmen.

§. 28. Damit nun in Zeiten bestimmt übersehen werden kann, wie viel Ersatz Mannschaften überhaupt erfordert werden, so ist jeder Truppentheil verpflichtet, spätestens bis zum 15. Juli jeden Jahres dem Generalcommando der Provinz, oder demjenigen, aus dessen Bereich der Ersatz zu leisten ist, den Betrag des wirklichen Bedarfs summarisch anzuzeigen.

Im Anfange des Augusts senden die Generalcommandos eine für ihren ganzen Bereich zusammengetragene Generalbedarfsliste an das Kriegsministerium, welches daraus eine Hauptbedarfsliste für alle Truppentheile der Monarchie bildet, und sie, sobald als möglich, dem Ministerio des Innern mittheilt.

§. 29. Das Ministerio des Innern vertheilt darauf nach §. 6. den Gesamtbedarf auf alle Regierungsdepartements, und theilt die Uebersicht davon dem Kriegsministerium mit. Das letztere setzt die Generalcommandos, und das erstere die Oberpräsidenten davon gleichzeitig in Kenntniß.

§. 30. Von den Generalcommandos wird sodann die Vertheilung den Landwehrintendanten, und von diesen den Commandeuren der Landwehrbataillone, von den Oberpräsidenten aber den Regierungen und durch diese den Landräthen bekannt gemacht. Es versteht sich von selbst, daß alle diese Mittheilungen ohne den mindesten Aufenthalt geschehen müssen, damit die Ersatzcommissionen beim Zusammentritt schon überall davon in Kenntniß sein können.

§. 31. Mit der Anzeige des Ersatzbedarfs senden die Truppentheile zugleich ein namentliches Verzeichniß der aus ihrem Ergänzungsbezirk herstammenden, bei ihnen im freiwilligen Dienst auf drei Jahre befindlichen Individuen, so wie derer, welche sich noch etwa zum künftigen dergleichen Eintritt gemeldet haben, unter Angabe eines vollständigen Nationalen an das betreffende Generalcommando, und das letztere setzt die respectiven Bataillonscommandeure der Landwehr davon in Kenntniß, welche sie in ihren Listen anmerken, wodurch eine Uebersicht von diesen zur Anrechnung auf den Ersatz kommenden Freiwilligen gewonnen wird. — Von den aus fremden Ergänzungsbezirken herrührenden Freiwilligen auf 3 Jahre, sendet jeder Truppenteil gleichzeitig eine besondere Nationalliste bei demjenigen Generalcommando ein, welchem er seinen Ersatz anzugeben hat. Von diesen Leuten machen die Generalcommandos sich sodann untereinander Mittheilung, damit überall eine Controлле von diesen Freiwilligen entsteht.

§. 32. Von dem Zeitpunkt ab, wo die Truppentheile die Anzeige ihres Ersatzbedarfs für das laufende Jahr, nebst dem Verzeichniß der Freiwilligen und der dazu sich gemeldeten eingeleihen haben, bis so lange das Aushebungs-geschäft alljährlich währt, mithin in der Regel vom 15. Juli bis letzten October jeden Jahres, dürfen die Truppentheile keine neuen Freiwilligen auf drei Jahre, auch keine Wahlen zu

vergleichem Eintritt annehmen, damit die Ersascommissionen nicht im Laufe ihres Geschäftes durch fortwährende Abänderungen gestört werden.

§. 33. Wenn wider Verhoffen die Anzeige eines Truppentheils über seinen Ersasbedarf sich verspäten sollte, so wird, um den Gang des Geschäftes danach nicht aufzuhalten, von dem Generalcommando, in dessen dem Kriegsministerium zu übergebenden Bedarfsliste, ein solcher Truppentheil einstweilen mit der im §. 27. erwähnten Durchschnitzzahl angenommen, und solches nachrichtlich dabei bemerkt.

Eine nachträgliche Berichtigung kann dann, erforderlichen Falls, noch immer bis zum Zusammentritt der Kreis-Commissionen erfolgen.

Organisation und Dauer der Ersas-Commissionen.

§. 34. Die zur Bestellung, Prüfung und Auswahl des Ersases bestimmten Commissionen, nämlich die Departements-Ersas-Commissionen für jedes Regierungs-Departement, und die Kreis-Ersas-Commission für jeden Kreis, sind gemischt und bestehen aus Militair- und Civil-Mitgliedern.

§. 35. Die Departements-Ersas-Commission besteht aus folgenden Gliedern:

- | vom Militair | vom Civil |
|--|--|
| 1) aus dem Landwehr-Inspecteur, | 1) aus dem Militair-Departementsrath der Regierung, |
| 2) aus einem Officier der Garde- und Grenadier-Landwehr, | 2) aus einem, von sämtlichen Kreisen der Provinz gewählten gemeinschaftlichen Vorstand des platten Landes, |
| 3) aus einem Officier der Infanterie, | 3) aus einem von sämtlichen Städten der Provinz gewählten Vorstand der Städte. |
| 4) aus einem Officier der Cavallerie, | |
| 5) aus einem Officier der Artillerie, | |
| 6) aus einem Officier des Pionier-Corps. | |

Außerdem wird ein Staats- oder Regiments-Chirurgus dieser Commission zugeordnet.

§. 36. Die Kreis-Commission besteht aus folgenden Mitgliedern:

- | vom Militair | vom Civil |
|--|---|
| 1) aus dem Commandeur des Landwehr-Bataillons im Kreise, | 1) aus dem Landrath des Kreises, |
| 2) aus einem Officier der Infanterie, | 2) { aus zwei ländlichen Gutsbesitzern, |
| 3) aus einem Officier der Cavallerie. | 3) { von denen Einer der Besitzer eines bäuerlichen Grundstücks sein muß, |
| | 4) { aus zwei städtischen Grundbesitzern. |
| | 5) { |

Außerdem wird dieser Commission ein Militair-Arzt, oder in dessen Ermangelung ein Civil-Arzt zugeordnet.

§. 37. In den größern Städten, welche einen eignen Kreis bilden, ist das Polizey-Directorium schon mit den Functionen des Landraths vereinigt, und zu den übrigen 4 Civil-Mitgliedern werden 4 städtische Grundbesitzer aus den verschiedenen Bezirken gewählt.

§. 38. Von den erwähnten Mitgliedern der beiderlei Commissionen sind folgende, nach ihrer Dienstseigenschaft, fortdauernd:

- a) der Landwehr-Inspector,
- b) der Militair-Departementsrath der Regierung,
- c) der Landwehr-Bataillons-Commandeur und
- d) der Landrath des Kreises.

Bei diesen Personen ist das Ersatzgeschäft mit ihrer übrigen Dienstführung verbunden und als ein Zweig der letztern anzusehen.

Alle übrige Mitglieder, außer den 4 obigen, werden, in der Regel, auf drei nach einander folgende Jahre zu diesem Geschäft gewählt und beauftragt.

§. 39. Die Militair-Mitglieder von beiderlei Commissionen, welche nicht, nach dem vorhergehenden §., vermöge ihrer Dienst Eigenschaft bleibend sind, werden gleich im Anfange des Monats August von den General-Commandos bestimmt und den Landwehr-Inspecteuren bekannt gemacht.

Sie bleiben in diesem Geschäfts-Verhältnisse drei Jahre lang, in so fern sie nicht binnen dieser Zeit in andern Militair-Beziehungen abgerufen werden; in welchem Fall die General-Commandos andere Mitglieder der Commission ernennen.

§. 40. Die Civil-Mitglieder der Commissionen, welche nicht bleibend sind, werden, nach einer von dem Ministerio des Innern zu treffenden Veranstaltung, für die Departements-Ersatz-Commission auf 3 Jahre, gleichfalls im Anfange des Augusts, gewählt, und von den Regierungen bestätigt.

Für die Kreis-Ersatz-Commissionen werden die Civil-Mitglieder an einem in den letzten Tagen des Juli, oder in den ersten Tagen des Monats August anzuberaumenden Kreistage gewählt, wozu das Ministerium des Innern ebenfalls die nöthigen Anordnungen trifft. An diesem Kreistage, zu welchem jedenfalls die Städte zugezogen werden müssen, werden vier ländliche Grundbesitzer, von welchen zwei Besitzer von bäuerlichen Grundstücken sein müssen, und vier städtische Bürger gewählt und der Regierung vorgeschlagen, welche darauf zwei von jeder Classe zur Kreis-Ersatz-Commission bestätigt.

Nur erhebliche, von den Regierungen anzuerkennende Gründe können zur Ausschlagung der Wahl angenommen werden, in welchem Fall zu einer andern Wahl geschritten wird.

§. 41. Nach Ablauf der dreijährigen Function bei der Ersatz-Commission wird eine neue Wahl der Civil-Mitglieder veranstaltet, doch bleiben die vorherigen Mitglieder von der Wahl nicht ausgeschlossen, sondern sie können, zum Theil oder sämmtlich, für die folgenden drei Jahre gewählt werden, wiewohl ihre Gründe zur Ablehnung mit Billigkeit zu berücksichtigen sind.

Eben so kann, nach Ablauf der dreijährigen Function, das General-Commando die bisherigen Militair-Mitglieder zur anderweiten Geschäftsführung bei den Ersatz-Commissionen commandiren, oder nach Gutbefinden neue Militair-Mitglieder ernennen.

§. 42. Die Civil-Mitglieder bei den Commissionen, welche das Geschäft nicht als einen Zweig ihrer eigentlichen Dienst Eigenschaft anzusehen haben, erhalten dennoch aus öffentlichen Fonds keine Remuneration dafür, sondern es bleibt, in Ansehung dieser Mitglieder, bei den Departements-Commissionen, der Gesamtheit resp.

der Kreise und Städte überlassen, sich mit ihren gewählten Vorständen wegen einer etwaigen Entschädigung zu einigen; in Absicht der Mitglieder bei den Kreis-Commissionen aber wird es dem Beschlusse der Interessenten auf dem Kreistage vorbehalten, eine Uebereinkunft zu treffen, ob und welche Entschädigung ihnen gewährt werden soll, deren Genehmigung jedoch von der Regierung erfolgen muß, und die dann von der Gesamtheit des Kreises aufzubringen ist.

Die Militair-Mitglieder, zu deren Dienstzeigenschaft die commissarischen Geschäfte nicht gehören, erhalten die Feldzulage aus den Militair-Fonds.

Es versteht sich von selbst, daß für beiderlei Mitglieder die Entschädigung nur für den Zeitraum statt finden kann, in welchem die Commissionen zu ihrem Geschäfte zusammengetreten sind.

§. 43. Die effectiven baaren Auslagen an Schreib- und Fuhrkosten werden resp. bei den Regierungen und den General-Commandos zur liquidation gebracht, und durch die Ministerien des Innern und des Krieges auf öffentliche Fonds angewiesen. Worspann darf zu dem Transporte nicht benützt werden.

§. 42. Das nöthige Personale zu den Schreibgeschäften nehmen resp. der Landwehr-Inspector und der Departementsrath der Regierung, so wie der Bataillons-Commandeur der Landwehr und der Landrath des Kreises, aus ihrem Dienstverhältniß mit sich.

Von Seiten des Militairs werden dazu die Feldwebel in den Kreisen und die Unterofficiere der Landwehr benützt.

§. 45. Der, einer jeden Departements-Commission zuzuordnende Staats- oder Regiments-Chirurgus wird eben so, wie der jeder Kreis-Commission beizugebende Militair-Arzt, wozu hauptsächlich die Landwehr-Chirurgen zu benützen sind, alljährlich zur rechten Zeit von dem betreffenden General-Commando zu dem Geschäft commandirt. Ihre Reisekosten werden aus den Militair-Fonds bestritten.

Sollte es dennoch hin und wieder an Militairärzten für die Kreis-Commissionen fehlen, so werden, auf Veranordnung des General-Commando's, von Seiten der Regierung Stadt- und Kreis-Chirurgen oder sonstige Civil-Aerzte beauftragt, welche dann zu diesem Geschäft besonders verpflichtet werden, und bei Untersuchung der körperlichen Diensttauglichkeit der gestellten Mannschaften, die von dem General-Staabschirurgus der Armee dazu gegebenen Vorschriften, welche auch den Militair-Aerzten zur Richtschnur dienen, befolgen müssen.

§. 46. Mit dem 15. September jeden Jahres treten die Departements-Ersatz-Commissionen zusammen. Nach der Größe des Departements werden mehrere Drie gewählt, wohin sich die Commission, zur Abnahme der Ersatzmannschaften, begiebt, damit die letztern nicht so weit herumgeführt werden dürfen. Der Landwehr-Inspector und Militair-Departementsrath der Regierung vereinigen sich hierüber, und geben den übrigen Militair- und Civil-Mitgliedern resp. davon Nachricht.

§. 47. Mit dem 1. September jeden Jahres vereinigen sich die Kreis-Commissionen zu ihrem Geschäft, also 14 Tage früher wie die Departements-Commissionen. Der Bataillons-Commandeur der Landwehr und der Landrath berufen resp. die ihnen bekannt gemachten Militair- und Civil-Mitglieder dazu.

Nach Verhältniß der Größe des Kreises werden mehrere Orte — hauptsächlich nach landwehrl. Compagnie-Bezirken — und Termine bestimmt, in welchen sich die Ersatzmannschaften zu stellen haben, und wohin sich die Commission begiebt; doch ist die Entfernung für die sich stellende Leute möglichst nur auf zwei, und niemals über drei Meilen anzunehmen, und die Ortsbestimmung danach zu treffen, damit, wo es irgend thunlich ist, die Mannschaft an demselben Tage abgefertigt werden, und noch vor später Nachtzeit die Heimath wieder erreichen kann.

§. 48. So bald das Ersatzgeschäft für das laufende Jahr vollständig beendigt ist, können die Commissionen bis zum Zusammentritt im folgenden Jahre auseinandergehen, falls nicht besondere Umstände es in der Zwischenzeit nöthig machen, sie aussergewöhnlich zusammen zu berufen und in Wirksamkeit zu setzen.

§. 49. Die Kreis-Ersatz-Commissionen arbeiten den Departements-Commissionen vor, und die erstern sind, in Behördenbeziehung, als den letztern untergeordnet anzusehen.

Die Kreis-Commissionen müssen daher die Anordnungen der Departements-Commissionen befolgen, ihre Zweifel bei denselben zur Entscheidung bringen und die letztere annehmen.

Die Departements-Commissionen ihrer Seits stehen eben so unter der Leitung resp. der General-Commandos und Regierungen, welche in Fällen von Differenzen mit einander concertiren, und wenn keine Vereinigung statt findet, die Sache an die Ministerien des Innern und des Krieges zur Entscheidung gelangen lassen.

§. 50. Die Mitglieder einer jeden der beiderlei Commissionen stehen zu einander in einem reincollegialischen Verhältnisse, sowohl was die Militair- und Civil-Mitglieder in jeder Classe betrifft, als auch in Ansehung einer der Classen gegen die andere. Alle Gegenstände, welche auf das Ersatzgeschäft Bezug haben, interessiren daher die sämtlichen Mitglieder gemeinschaftlich, ohne Ausschließung irgend eines Gegenstandes von der Beurtheilung der einen oder der andern Classe. Jedes Mitglied ist mithin befugt, überall seine Meinung ohne Rückhalt abzugeben.

§. 51. Bei der Departements-Commission führen der landwehrl. Inspecteur und der Militair-Departementsrath der Regierung gemeinschaftlich den Vorsitz.

Eben so bei den Kreis-Commissionen der Commandeur des landwehrl. Bataillons und der Landrath des Kreises.

§. 52. Wenn in zweifelhaften Fällen die Meinungen in einer der Commissionen getheilt sind, so wird gestimmt, und nach der Mehrheit der Stimmen beschloffen.

Glaubt die überstimmte Anzahl sich zur weitem Ausführung an die höhern Behörden wenden zu müssen, so bleibt ihr dieses unbenommen.

Ist von einer Sache die Rede, welche keinen Aufschub für den Augenblick leidet, so wird die Entscheidung einstweilen bei den Kreis-Ersatz-Commissionen nach der Meinung des Landraths des Kreises, und bei den Departements-Ersatz-Commissionen nach der Meinung des landwehrl. Inspecteurs, jedoch auf ihre besondere Verantwortlichkeit angenommen und danach verfahren, ohne daß weder dem einen noch dem andern, so wenig als auch dem landwehrl. Inspecteur und Bataillons-Commandeurs der landwehrl. im Allgemeinen ein votum decisivum zuerkannt wird.

§. 53. Der, der Commission beigeordnete Arzt, er sei vom Militair oder Civil, ist nicht als Mitglied anzusehen, und hat daher auch bei Abstimmungen kein votum. Ihm bleibe jedoch die Beurtheilung der körperlichen Beschaffenheit der zur Auswahl gestellten Mannschaften, auf seine Verantwortlichkeit, überlassen, wobei er indessen verpflichtet ist, wenn es nöthig erachtet wird, ein mit hinlänglichen Gründen unterstütztes Attest schriftlich abzugeben.

§. 54. Da den Kreis-Ersatz-Commissionen durch die ohne ihre Hülfe geschehene Aufnahme der Stammrollen, hier wesentlich vorgearbeitet ist, daher sie ihre Zeit vorzüglich auf die so wichtige Prüfung und Auswahl der Vorgestellten verwenden können, so läßt sich mit Gewißheit erwarten, daß sie dieses Geschäft mit der äußersten Sorgfalt und Genauigkeit ausführen, und dennoch nicht länger als 14 Tage dazu brauchen werden.

Um so besser vorbereitet, gelangt dann das Ersatzgeschäft an die Departementes-Commissionen, und auch diese werden dann mit der vollsten Ueberzeugung und Bestimmtheit die letzte Hand an das Werk zu legen vermögen, und damit süglich so zu Stande kommen, daß die Ersatzmannschaften wenigstens größtentheils mit dem 1. November in der Garnison der Truppentheile angelangt sein werden, auch überhaupt keine weitere Beschwerden über die Ausführung des Geschäftes statt finden.

Die Geschäftswirkung der beiderlei Commissionen in ihrem resp. Umfange geht specieller aus dem nächstfolgenden Abschnitt hervor.

Gestellung, Prüfung und Auswahl der Ersatzmannschaften, welche Grundsätze dabei zu beobachten sind, und wie die Absendung zu den Truppen bewirkt wird.

§. 55. Die Kreis-Commissionen finden nun ihrem Geschäft, durch die, nach §. 26. schon zuvor geschehene Entwerfung der Kreisstammrolle, dergestalt vorgearbeitet, daß sie gleich mit der Vorstellung der Individuen und mit Prüfung aller ihrer Verhältnisse beginnen, und dabei um so mehr Genauigkeit werden beobachten können.

Damit die Kreisstammrollen allen erforderlichen Nutzen in dieser Hinsicht gewähren, ist es nöthig, daß gleich bei Aufertigung derselben, statt mancher wegzulassenden Rubriken der Communal-Rollen, folgende drei noch aufgenommen werden:

- a) Berücksichtigungsgründe, um derentwillen ein Individuum von der Aushebung im bevorstehenden Termin einstweilen zurück zu lassen ist.
- b) Von der Commission aus den beigelegten Gründen, zu allem Militairdienst untauglich erkannt.
- c) Wegen zu kleinen Maaßes und sonstiger körperlicher Beschaffenheit, nicht zur Einstellung bei den Truppen brauchbar, und nur bei der Handwerks- und Laboratorien-Colonne, oder als Trainsoldat einzustellen.

§. 56. Außer denjenigen Individuen, welche ihre Militair-Verpflichtung zum hehenden Heere, sowohl durch den activen Dienst als auch bei der Kriegs-Reserve bereits erfüllt haben, müssen sich alle übrige noch in dem gesetzlichen Alter befindende Leute, in so fern sie nicht zur Zeit schon beim stehenden Heere dienen, persönlich vor

der Kreis-Commission gestellen, wozu sie von derselben nach einem bestimmten Orte und auf einen angesehenen Tag, in Gemäßheit des §. 47. im Voraus beschieden sind.

§. 57. Von dieser persönlichen Bestellung kann Niemand entbunden werden, der seine Abwesenheit nicht durch Gründe zu rechtfertigen vermag, welche der Commission genügen.

Dennoch kann eine solche Abwesenheit, wenn das Individuum sich sonst zur Einstellung qualifiziert, dessen Zurücklassung von dem bevorstehenden Ersaz nicht bewirken, sondern dessen Einberufung muß sogleich erfolgen, in so fern nicht das erwiesene Darniederliegen an einer lebensgefährlichen oder langwierigen Krankheit solche dergleichen unmöglich macht, oder gehörig ausgemittelte Berücksichtigungsgründe vorhanden sind, welche die Commission zur Zurücklassung bis zum Ersaz des folgenden Jahres für hinreichend erachtet.

§. 58. Wer zufällig, auf eine zu erweisende Art, für den Augenblick an der persönlichen Bestellung vor der Commission an dem für ihn bestimmten Orte verhindert worden ist, hat die Verpflichtung, sich selbst an einem der andern Revisionsorte im Kreise nachträglich zu stellen, ohne Rücksicht, daß er nun eine weitere Reise dahin zu machen hat, als im §. 47. zur allgemeinen Vorschrift darüber bestimmt worden ist.

Wer sich aber auf die an ihn ergangene Aufforderung zur Bestellung vor der Commission, bei gehörig beschleunigter Bekanntmachung der Vorladung, nicht einfindet, und auch sein Ausbleiben nicht zeitig und zulänglich entschuldiget, oder sich hinterher nicht nachträglich an einem andern Revisionsorte selbst stellt, wird als ein solcher angesehen, der sich seiner Militärverpflichtung absichtlich zu entziehen sucht; und in so fern er sich bei der angestellten Untersuchung auch denmächst nicht über sein Ausbleiben gehörig auszuweisen vermag, treten die mit der Dienstentziehung verbundenen gesetzlichen Folgen gegen ihn ein. Vorzugeweise werden dergleichen Individuen, zu welcher Zeit sie sich einfinden, in so fern sie sich wegen des gegründeten Verdachts nicht vollständig ausweisen können, sogleich zu den betreffenden Truppentheilen abgeliefert, welche dagegen gekante Individuen zur Kriegesreserve entlassen.

§. 59. Wenn ein in dem gesetzlichen Alter befindliches Individuum zufällig bei Aufnahme der Stammrollen übergangen, oder aus Versehen zur Zeit der Ersazausmittlung von der Kreis-Commission nicht vorgeladen wäre, so ist dasselbe verpflichtet, sich bei seiner nächsten vorgesetzten Behörde zu melden, welche der betreffenden Kreis-Commission davon Anzeige macht.

Wer die Anmeldung unterläßt, gegen den tritt die Vermuthung ein, daß er sich seiner Dienstverpflichtung absichtlich habe entziehen wollen, wovon er sich die gesetzlichen Folgen hiernächst selbst beizumessen hat.

§. 60. Bei der persönlichen Bestellung wird dann zunächst von denjenigen im dienstpflichtigen Alter befindlichen Individuen Kenntniß genommen, von welchen entweder in den Stammrollen bemerkt ist, oder sonst bei der Commission zur Sprache kommt, daß sie bereits, es sei im In- oder Auslande, eine die bürgerliche Ehre verletzende Bestrafung erlitten, oder sich eines entgehenden Verbrechens schuldig gemacht haben.

Da diese nach §. 1. schon an sich selbst von der Auszeichnung ausgeschlossen bleiben, in die Reihe der Vaterlands-Verteidiger einzutreten, so werden sie mit dem erforderlichen Vermerk in der Kreisrolle gestrichen, eine besondere Anzeige über sie aber an die Departements-Commission gemacht, welche solche resp. den Regierungen und den General-Commandos mittheilt, damit eine bleibende Kenntniß von diesen Leuten für den Fall vorhanden sei, daß in der Folge eine gesetzliche Bestimmung über andere von ihnen zu fordernde Dienste, außer dem Militair-Verhältniß, erfolgen sollte.

§. 61. Mit allen übrigen persönlich gestellten Mannschaften wird sodann, neben der Annahme jeder auf das Geschäft Einfluß habenden Notiz, zur Untersuchung der körperlichen Dienstsähigkeit, und in wie weit nicht etwa geistige Mängel vorhanden sind, hauptsächlich unter Zuziehung des der Commission beigeordneten Arztes, geschritten, und das Resultat in der Rolle vermerkt.

§. 62. Ueber diejenigen Individuen, welche zum Kriegsdienst unbedingt untauglich befunden worden, stellt der Arzt ein mit hinlänglichen Gründen unterstütztes Attest aus, woraus mit Ueberzeugung hervorgehet, daß und warum sie unfähig sind.

Unter diesem Attest fertigt die Kreis-Commission die gänzliche Entlassung eines solchen Individui aus der Militairpflichtigkeit aus, und reicht diese Erklärung der Departements-Commission zur Bestätigung ein, wonächst, wenn der Staats- oder Regiments-Chirurgus nichts dagegen einzuwenden findet, und die Bestätigung erfolgt ist, der Entlassungsschein dem Landrath, zur Aushändigung an das betreffende Individuum, zugefertigt wird.

In dem Entlassungsschein ist zugleich die Erklärung enthalten, daß das Subject bei den künftigen Revisionen sich nicht weiter zu stellen braucht.

§. 63. Alle diejenigen, welche nur zur Zeit zum Militairdienst körperlich untauglich sind, werden zwar bei der damaligen Aushebung zurückgelassen, für die nächste Ersatzgestellung jedoch aufgezeichnet, und müssen sich zu derselben wieder persönlich stellen.

§. 64. Mit eben der Aufmerksamkeit, mit welcher darauf zu sehen ist, daß nicht körperliche oder geistige Gebrechen fälschlich vorgeschützt werden, ist auch darauf zu halten, daß nicht eben dergleichen Fehler, welche zum Dienst unfähig machen, verheimlicht oder übersehen werden.

§. 65. Verstellung, vorsätzliche Verletzung und Verstümmelung, um sich der Einstellung zu entziehen und dazu untauglich zu werden, ziehen die gesetzlichen Strafen nach sich.

§. 66. Die körperlichen Untersuchungen erfolgen, unter Beobachtung des erforderlichen Anstandes, durch Militair-Aerzte, oder in deren Ermangelung durch die bei der Commission beauftragten Civil-Aerzte nach §. 45.

§. 67. Vorübergehende Krankheiten können zwar nicht die Zurücklassung eines Individui von der damaligen Ersatzgestellung bewirken, allein mit der Einstellung eines solchen, übrigens dazu geeigneten, und durch die Auswahl dazu berufenen Mannes, ist in so weit möglichst vorsichtig zu Werke zu gehen, daß insbesondere Nie-

mand, der mit Krätze oder ähnlichen ansteckenden Uebeln behaftet ist, wirklich eher zum Dienst eingestellt werde, als bis er ganz wieder hergestellt worden.

Dergleichen Individuen befördert die Kreis-Commission in der Regel, Befußs der Heilung, in das nächste Militairlazareth mit der nöthigen Anzeige, und giebt der Departements-Commission davon ausführliche Nachricht, damit selbstige einen solchen Mann mit theilen und bei Ueberlieferung der Ersatzmannschaften dem betreffenden Regimente Wissenschaft geben kann, wo der Recrut sich befindet.

Die Sache des Regiments ist es dann, sich mit dem Truppentheile, in dessen Lazareth sich der Kranke befindet, in Rücksprache zu setzen, sich ihn nach erfolgter Genesung zusenden zu lassen, die Verpflegungskosten zu erstatten, und solche hiernächst, zur außergewöhnlichen Vergütung aus dem Kriegsfonds, zur liquidation zu bringen.

Für besondere Fälle, wo ein dergleichen Kranker oder seine Angehörigen dringend wünschen sollten, daß derselbe zur Kur und Pflege in seinem Wohnsitz belassen werden möge, werden die Commissionen hierdurch zu Ausnahmen ermächtigt, wenn sie solche durch die Verhältnisse, durch die schon angetretene Cur, und sonstige in Betracht zu ziehende Umstände hinlänglich gerechtfertigt finden.

Von dieser Maßregel wird die Departements-Commission benachrichtigt, welche den Mann vertheilt, und das Regiment, dem er zugewiesen wird, in Kenntniß setzt. Zugleich erhält der Feldwebel des Compagnie-Bezirks den Auftrag, dafür zu sorgen, daß gleich nach erfolgter Genesung der zurückgelassene Mann, für dessen Eintritt die Commune verantwortlich bleibt, zu seinem Regimente befördert werde.

§. 68. Nachdem von den gestellten Individuen diejenigen, welche wegen ihrer besetzten bürgerlichen Ehre von dem Eintritt ausgeschlossen worden, und die körperlich oder geistig unrichtigen geschieden sind, so bleiben nur lauter solche Individuen übrig, welche, nach Maßgabe des Lebensalters und der körperlichen Beschaffenheit, zur Einstellung sich eignen, mit Ausnahme derjenigen Individuen, welche, wenn sie gleich noch im dienstpflichtigen Alter sind, ihrer Militairpflichtigkeit nach bestehender Vorschrift doch schon genügt haben.

Da es vorauszusehen ist, daß ihre Anzahl die Zahl des Bedarfs übersteigen wird, so kommt es sodann darauf an, daß die Kreis-Commission aus den vorhandenen Leuten auf die zweckmäßigste Art so viele zur Einstellung auswählt, als zur Completirung erfordert werden.

Obgleich es bei der Verschiedenheit der Provinzen unmöglich ist, ganz genau bestimmte Vorschriften für alle und jede Fälle zu geben, und es sonach immer den Kreis-Commissionen vorbehalten bleiben muß, nach ihrem Gewissen und ihrer besten Einsicht denjenigen Individuen eine bedingte Zurücklassung von der Einziehung zu gewähren, welche, nach den besondern örtlichen Verhältnissen, derselben wahrhaft bedürfen, so sollen hier doch einige leitende Grundsätze den Commissionen angegeben werden, durch deren gewissenhafte Anwendung es möglich sein wird, auch den gewählten Individuen die etwanige Besorgniß einer vorwaltenden bloßen Willkühr und persönlichen Begünstigung zu benehmen.

Eigentliche und gänzliche Befreiungen von der Militairpflichtigkeit, sie möchten directe ausgesprochen oder indirecte in dem Erfolge erreicht werden, dürfen, nach

dem Gesetze vom 3. September 1814, nicht statt finden. Alles daher, worauf es bei der Auswahl hauptsächlich ankommen kann, beruhet allein darin, daß ein Individuum aus erheblichen Gründen, in der Regel nur von der nächst bevorstehenden Einstellung einstweilen und bis zum Erfasse des nächsten Jahres zurückgelassen werde.

Es giebt unläugbar manche unauweichtliche, durch die Individuen nicht unmittelbar herbeigeführte bürgerliche Verhältnisse, welche ein solches einstweiliges Zurücklassen, wegen der Gefahr, die Erhaltung von Familien zu zerrütten, oder wenigstens solche der höchsten Verlegenheit auszusetzen, so nothwendig bedingen, daß sie in den gewöhnlichen Staats-Verhältnissen eine billige Beachtung erheischen können.

Die bei der Auswahl leitenden Grundsätze müssen daher theils nur aus den erwähnten Berücksichtigungs-Umständen, und theils aus dem Gesetze selbst entnommen werden, welches nicht den Reichern vor den Aemern, und den Höhern vor den Niedrigern zu begünstigen die Absicht hat, sondern durch die unparteiische und gleichmäßige Behandlung aller dieser Classen, und durch deren völlige Gleichstellung vor dem Gesetze, den erhabenen Zweck einer vollständig begründeten Vaterlandsverteidigung, mit billiger Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse erreichen will.

§. 69. Dem Obigen zufolge werden hiermit folgende Berücksichtigungen angebeutet, wonach unter Umständen von der nächst bevorstehenden Einstellung die nachbezeichneten Individuen zurückgelassen werden können:

- 1) diejenigen, welche nach pflichtmäßigen obrigkeitlichen Attesten die einzigen Ernährer solcher hilflosen Familien sind, die durch ihre Entfernung der Noth und dem Elende Preis gegeben sein würden.
- 2) Der einzelne erwachsene Sohn einer Wittwe, die mit ihm die nämliche Feuerstelle bewohnt, und deren Ernährung kein anderes Glied der Familie übernehmen kann, die aber sich selbst zu ernähren außer Stande ist.
- 3) Alle in geistlichen und Schulantern, so wie im Königl. Dienst stehende, verpflichtete und active Officianten, welche sich noch im dienstpflichtigen Alter befinden, und ihrer Militär-Verpflichtung noch nicht genügt haben, und von denen die vorgesetzte Behörde pflichtmäßig attestirt, daß sie, ohne besondern Nachtheil für den Dienst, nicht entbehrt oder durch andere Personen darin vertreten werden können.

Dieser Berücksichtigungs-Grund ist für die Folge nur noch auf diejenigen Beamten anzuwenden, welche, ohne ihre Militairpflichtigkeit erfüllt zu haben, schon im Jahre 1817 angestellt waren. Nach einigen Jahren hört dieser Grund von selbst ganz auf, da künftig Niemand, der nicht seiner Militairpflicht schon genügt hat, auf eine Art im Dienst angestellt werden darf, die ihn hiernächst als unentbehrlich im Amte bezeichnet. Der Genügung der Militairpflichtigkeit in dieser Hinsicht wird die nicht erfolgte Auswahl bei stattgefundener Eintragung in die Stammliste und personlicher Vesteellung gleich geachtet, wenn im nächsten Jahre ein solches Individuum, welches nicht zur Einstellung ausgewählt ist, ein Amt erhalten hat, in welchem es demnächst als unentbehrlich

wird. Indessen ist diese Mobilisation nur im gewöhnlichen Friedens-Verhältnisse als gültig anzusehen.

- 4) Diese nämliche Bestimmung findet auch um so mehr in ihrem ganzen Umfange bei allen besoldeten und verpflichteten Communal-Beamten statt, welche, ohne ihrer Militairpflicht genügt zu haben, zu einem Amte gelangt sind, und sich noch in dem gesetzlichen Lebensalter befinden.

Ihre Berücksichtigung, in so fern ihre Unentbehrlichkeit von der vorgesetzten Behörde pflichtmäßig attestirt wird, ist ebenfalls nur für diejenigen, in der Folge noch gültig, welche im Jahre 1817 schon angestellt waren, und eben so fällt auch dieser Grund in einigen Jahren ganz weg.

- 5) Eigenthümer von ländlichen Grundstücken, die ihnen, ohne ihr Zuthun, seit der letzten Ersazgestellung zugefallen, und die nicht verpachtet sind, zu deren Verpachtung oder einstweiligen Administration und Bewirthschaftung durch fremde Hülfe aber, wegen Kürze der Zeit oder wegen der Culturverhältnisse, ohne bedeutenden Verlust keine Veranstaltung hat getroffen werden können.

Der Werth des Grundstücks kann hiebei nicht entscheiden, am wenigsten der Eigenthümer eines bedeutenden Grundstücks mehr als der einer geringern Besitzung berücksichtigt werden, indem dem erstern mehr Hilfsmittel zu einstweiligen Anordnungen zu Gebote stehen, als dem letztern, der etwaig Verlust aber für beide Theile im gleichen Verhältniß steht.

Die einzige dabei in Rücksicht kommende Bedingung besteht darin, daß ein solches ländliches Grundstück wenigstens von dem Werth seyn muß, daß es dem Eigenthümer den verhältnismäßigen Lebensunterhalt, an und für sich, gewährt; analogisch nach Artikel 4. a. der Declaration vom 29. Mai 1816 zu dem Edict vom 14. September 1811, wegen Regulirung der gutherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse.

Der Ankauf, oder die sonst willkührliche Acquisition eines ländlichen Grundstücks, schließt die obige Berücksichtigung ganz aus, da es eines jeden Staatsbürgers Sache ist, vor Ableistung seiner Militairverpflichtung keine Schritte zu thun, die ihn mit seiner Vaterlandspflicht in Widerspruch und in Verlegenheit setzen.

- 6) Pächter von Königl. Domainen oder ländlichen Privatgütern, denen durch den Tod ihres Vaters oder Anverwandten, oder durch sonstige Umstände, seit der letztern Ersazgestellung die Fortsetzung der Pacht auf die noch dauernden Pachtjahre zugefallen ist, und die im Laufe dieser Zeit ohne Nachtheil keine Anstalt zur Vertretung in der Wirthschaft haben machen können.

Auch hier ist der Werth der Pachtung nicht in Betrachtung zu ziehen, und es kommt, wie bei dem vorhergehenden Berücksichtigungsgrunde, nur darauf an, daß die Pacht hinreicht, um allein den verhältnismäßigen Lebensunterhalt des Pächters zu gewähren.

Eben so fällt auch die Berücksichtigung da ganz weg, wo vor abgeleisteter Dienstpflicht eine Pachtung willkührlich übernommen ist, da das Gesetz die Verlegenheit nicht zu vertreten hat, die Jemand sich muthwillig zuzieht.

- 7) Solche Eigenthümer von Fabriken und Manufacturen, welche mehrere Arbeiter beschäftigen, falls der Betrieb ihnen erst seit der letzten Ersatz-Epoche eigenthümlich anheimgefallen ist und ihnen keine Zeit geblieben ist, um für eine zweckmäßige einstweilige Aufsicht und Führung des Geschäftes zu sorgen.
- 8) Solche Individuen, welche gerade in der Erlernung eines Gewerbes begriffen sind, das ohne bedeutenden Nachtheil nicht unterbrochen werden kann; in so fern sich keine Vermuthung begründet, daß bei Ergreifung dieser Gewerbe eine Abneigung vorhanden gewesen sei, sich der Militärdienstpflicht zu entziehen.

Ihr Eintritt in den Militärdienst, wenn sie sonst dazu qualificirt sind, muß jedoch höchstens nur bis zum Anfang ihres 25ten Lebensjahres ausgesetzt bleiben, und sie müssen sich dann oder noch früher, wenn sie eher ausgelernt haben, zu ihrem Eintritt selbst wieder melden.

§. 70. Besondere Gewerbe und Fabrikanstalten mit den von ihnen angelernten Sachverständigen und Arbeitern können nicht in solchen allgemeinen Ausnahmen, sondern nur auf die Art berücksichtigt werden, wie in dem letzten Abschnitt dieser Instruction wegen der Freiwilligen, und besonders im §. 99. erwähnt ist.

In Ansehung der Schiffer wird hiermit bestimmt, daß, in so fern sie zu längern Reisen mit Erlaubnißpässen der Regierungen versehen sind, ihre Abwesenheit zu dem einen oder dem andern Ersatz-Termin dadurch als gerechtfertigt erscheinen, und die Verschiebung ihres Eintritts begründet werden soll; nur darf solches nicht länger als bis zum Anfang des 25ten Lebensjahres verzögert werden.

Sowohl hierauf, als auch auf die Ueberzeugung, daß es in der betroffenen Provinz nicht an einstellungsfähigen Leuten fehle, haben die Regierungen bei solchen Pässbewilligungen zu sehen.

§. 71. Von den im §. 69. angedeuteten Berücksichtigungsgründen können die ad 1. und 2. in Friedenszeiten, für mehrere Ersatz-Termine in Kraft bleiben, wenn die Verhältnisse, worauf sie gestützt sind, sich unmittelbar gar nicht abändern lassen. Um so wesentlicher ist es, daß die Kreis-Ersatz-Commissionen solche sowohl das erste Mal, als auch in den folgenden Terminen mit der größten Genauigkeit und Ueberzeugung prüfen, und so bald sich ergibt, daß das zum Grunde gelegte Verhältniß auf irgend eine Weise beseitigt ist, oder doch werden könnte, hört auch die fernere Berücksichtigung auf. Die zu 3 und 4 erwähnten Berücksichtigungen fallen in einem, oder in einigen Jahren von selbst ganz aus, und es kann inzwischen nur der Fall eintreten, daß ein von der Behörde für unentbehrlich erklärter Beamter, als durch die Umstände nur entbehrlich geworden angezeigt würde, wenn er sich noch in dem dienstpflichtigen Alter befände, wo er dann, in so fern er tauglich ist, eingestellt wird, falls er nicht freiwillig eintritt. Die zu 5, 6 und 7 angegebenen Berücksichtigungsgründe bewirken die Zurücklassung bestimmt nur auf Ein Jahr, nämlich von dem demaligen Ersatz-Termin bis zum nächstfolgenden. Die Schonung hört dann von selbst für die berücksichtigten Individuen auf, indem mit Recht vorausgesehen ist, daß sie bei gutem Willen und ohne tadelnswürdige Nebenabsicht, in der ihnen gelassenen Frist eines Jahres, ogle

sich mit ihren Verhältnissen genügend haben einrichten können; und wenn es nicht geschehen wäre, sie es nur sich selbst beizumessen haben würden.

Sie sind daher verpflichtet, sich bei der nächstfolgenden Ersatzgestellung selbst zu melden.

Sollten ja hin und wieder einzelne wenige, kaum denkbare Fälle vorkommen, wo eine solche Berücksichtigung ausnahmsweise noch für den folgenden Termin des Ersatzes in Antrag gebracht würde, so müssen die Kreis-Commissionen sich aller Entscheidung darüber enthalten, und solche, unter den gehörigen Anführungen und Bescheinigungen, der Departements-Commission zur eigenen oder zu bewirkenden höhern Entscheidung anheimstellen, inzwischen aber das betreffende Individuum zur Einstellung aufführen.

Uebrigens bleibt es in allen den Fällen, welche aus einer früheren Zeit, ehe das Gesetz und die gegenwärtige Anweisung erschienen sind, herrühren, den Commissionen überlassen, hierauf besonders die nöthige und billige Rücksicht zu nehmen, die ihnen überhaupt schon im §. 68. empfohlen worden ist.

Der zu 8. angegebene Berücksichtigungsgrund begränzt sich schon von selbst auf eine bestimmte Zeit, nämlich bis zum Antritt des 25ten Lebensjahres der Individuen.

§. 72. Die aufgestellten 8 Berücksichtigungsgründe, von denen in der Folge nach den §§. 69. und 71. nur 6 stehen bleiben, sind dergestalt als classificirt anzusehen, daß in der Reihenfolge ihrer geschehenen Anführung die letztere immer der vorhergehenden untergeordnet ist.

§. 73. Die Kreis-Commissionen prüfen sorgfältig und gewissenhaft, welche von den übrigen nach ihrem Lebensalter und ihrer körperlichen Beschaffenheit einstellungsfähigen Individuen zu der einen oder der andern Classe gehören, und fertigen sodann davon besondere classificirte Nachweisungen an, auf deren Grund sie in ihren Listen die erforderlichen Vermerke machen.

Jedes Individuum ist schuldig, sich mit den nöthigen Beweismitteln über die zur Berücksichtigung geeigneten Verhältnisse, bei Gestellung vor der Commission zu versehen, indem auf Verheißung eines nachträglich zu führenden Beweises keine Rücksicht genommen wird.

Die diesfälligen Atteste können nur von wirklich fungirenden, verpflichteten obrigkeitlichen Personen angenommen werden, für deren Richtigkeit die Aussteller persönlich verantwortlich bleiben.

§. 74. Damit Jedermann die Ueberzeugung erhalte, daß die, wegen für sie sprechender Berücksichtigungsgründe von der dormaligen Einstellung zurückgelassenen Individuen, nicht aus Willführ oder Begünstigung für dieses Mal zurückbleiben, sondern solches nur nach einer vorschriftsmäßigen Prüfung geschehe, so ist dieses von Seiten der Regierungen durch öffentliche namentliche Anschlagzettel, oder durch die Aufnahme in die Amtsblätter zur allgemeinen Kunde zu bringen.

§. 75. Ist solchergestalt auch die Nachweisung der zu berücksichtigenden Individuen angefertigt, so ergeben sich nun von selbst diejenigen Männer, welche zur Einstellung bereit bleiben. Da in der Regel deren Zahl immer größer sein wird, als die zum Ersatz erforderliche Zahl, so bleibt, da nicht alle Leute eingestellt werden können,

die Auswahl der dazu gelangenden nicht der bloßen Willkür der Kreis-Commissionen überlassen, sondern es tritt dann folgende Classification nach der Zahl der Lebensjahre ein:

1ste Classe Männer von 20 Jahr alt.	
2te — — — — — 21 — —	
3te — — — — — 22 — —	
4te — — — — — 23 — —	
5te — — — — — 24 — —	

Hienach erfolge die Auswahl unter den zur Wahl gebliebenen Männern in der Art, daß immer die Classe der jüngern Leute vorgehet, also zunächst die der 1sten Classe, sodann die der 2ten Classe, dann die der 3ten Classe und so weiter zur Einstellung genommen werden, bis die Bedarfeszahl erfüllt ist.

Hierbei werden diejenigen Individuen, welche in dem Termin des vergangenen Jahres ausgeblieben, oder wegen (nun aufhörender) Berücksichtigung einstweilen zurückgelassen waren, in die Classe der 20jährigen eingestellt.

Wird in einer der Classen geschlossen, von der nur ein Theil erforderlich ist, so wird in dieser Classe die Auswahl nach dem speciellen Datum des Lebensjahres, und zwar dergestalt getroffen, daß dann die ältern Leute vor den jüngern genommen werden.

Werden dabei Leute von ganz gleichem Alter berufen, so werden die von ihnen vorgezogen, welche körperlich kräftiger und zu dem Soldatenstande, oder zu einer oder der andern Waffe mehr geeignet sind.

Wenn wider Vermuthen hin und wieder der Fall einträte, daß die Zahl des Bedarfs größer wäre, als die der zur Wahl gebliebenen Mannschaften, so wird dann das, was an Leuten noch fehlt, aus den Classen der Berücksichtigten genommen, und zwar nach der im §. 72. angegebenen Ordnung der Classen.

§. 76. Außer jener Auswahl nach Classen, haben die Kreis-Commissionen auch besonders ihre Aufmerksamkeit noch darauf zu richten, zu welcher Waffenart die Individuen sich mit Berücksichtigung ihrer bisherigen Lebensweise vorzüglich eignen, und solches gutachtlich bei jedem Mann zu vermerken. Wenn auch die Departements-Commissionen an diese Beurtheilung nicht gebunden sind, um die Vertheilung danach zu machen, so wird diese ihnen dadurch doch erleichtert, und mit um so größerer Ueberzeugung bewerkstelligt werden können.

§. 77. Wer zur Zeit des beginnenden Ersatzgeschäftes der Kreis-Commissionen, also am 1. September, das 25ste Lebensjahr bereits vollendet hat, ist in Friedenszeiten zu dem Anspruch berechtigt, von der gesetzlichen Einstellung beim stehenden Heer dispensirt zu bleiben, mit Ausnahme derjenigen, die durch ihre Abwesenheit oder sonstige Verbindung erst später in die Classe der Einstellungsfähigen gesetzt werden, da für diese die im Gesetz vom 5. September 1814 vorgeschriebene dreijährige active Dienstzeit, und der zweijährige Aufenthalt in der Kriegs-Reserve ohne Rücksicht auf das Lebensalter erst dann eintritt, wann sie zur Einstellung herangezogen werden.

§. 78. Die Kreis-Commissionen, so bald sie in der vorgeschriebenen Art die erforderliche Anzahl von Ersatzmannschaften, mit Inbegriff von 1 Mann zur Reserve auf jede 10 Mann, um den unvorherzusehenden Abgang zu decken, ausgewählt haben,

übersenden nun das vollständige Verzeichniß derselben mit dem Nationale an die Departements-Commission, wobei die zu dieser oder jener Waffengattung besonders geeigneten Individuen in dem Verzeichniß bemerkt sein müssen.

§. 79. Die Departements-Commissionen bestimmen nach §. 56. mehrere Orte in dem Regiments-Departement, wo ihnen in den angeordneten Terminen die ausgewählten Ersahmannschaften persönlich vorgestellt werden, um hiernächst den zur Empfangnahme der Recruten eben dahin beschiedenen Officieren und Unterofficieren der verschiedenen Truppentheile übergeben zu werden. Bei dieser persönlichen Musterung stellt die Departements-Commission nochmals, wo es erforderlich scheint, eine sorgfältige Prüfung an, schickt diejenigen Individuen, welche etwa nicht tauglich befunden werden sollten, zurück, und deckt den Ausfall durch Reserve-Mannschaft, so weit sie dazu ausreicht.

Die etwa noch fehlenden Leute aber werden sogleich von der Kreis-Commission nachgefordert, welche von den nach der Kreisstammrolle sich ergebenden noch vorhandenen disponiblen Mannschaften, in Gemäßheit der vorgeschriebenen Auswahlbestimmungen, unverzüglich den Ersatz leistet.

Die Gründe der Verwerfung sind jedoch von der Departements-Commission der Kreis-Commission mitzutheilen, welche sich darüber zu rechtfertigen hat.

§. 80. Von der Departements-Commission wird hierauf die definitive Vertheilung für die verschiedenen Truppentheile vorgenommen, wobei das nach §. 4. einigen Waffengattungen bewilligte Vorzugsrecht auf einzelne Classen von Staatsbürgern zu beachten bleibt.

Außerdem ist bei dieser Vertheilung die für jede Waffe besonders erforderliche Körper-Qualification und das sonstige Verhältniß, so wie die Größe zu berücksichtigen; nicht minder auch die Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß die unter den Ersahmannschaften befindlichen Handwerker, in so weit sie nicht blos für eine einzelne Waffenart brauchbar, sondern im Allgemeinen für jede Truppe nützlich sind, wozin besonders Schuhmacher und Schneider gehören, möglichst gleichmäßig unter alle Truppen vertheilt werden.

§. 81. Im Betreff der körperlichen Eigenschaft und sonstigen Verhältnisse für die verschiedenen Waffenarten wird außer der vorgeschriebenen Größe, worüber im nächstfolgenden §. besondere Bestimmungen erfolgen, hiermit Folgendes als allgemeine Richtschnur vorgezeichnet.

Zum Ersatz für die Garde ist erforderlich:

kräftiger Bau und gutes äußeres Ansehen, dabei ein tadelloser moralischer Lebenswandel. Ob die Individuen verheirathet sind, zu den Vermögenden gehören, und Grundstücke besitzen oder nicht, darauf kommt es bei der Kürze der Dienstzeit nicht weiter an.

Zum Ersatz für die Infanterie:

gesunde Brust, gesunde Füße und Zähne, nebst der nöthigen Kraft, um die Verschwerden der Märsche, mit dem Feldgepäck belastet, ertragen zu können.

Zum Ersatz für die Cavallerie:

Bekannschaft mit dem Reiten und der Behandlung der Pferde, nebst der

erforderlichen Körperkraft, um das Seltengewehr mit Nachdruck führen zu können.

Zum Ersatz für die Kürassiere:

noch außerdem ein hinlänglich kräftiger Körperbau, um den Kürass tragen zu können.

Zum Ersatz für die Artillerie:

die körperliche Fähigkeit und Stärke, das Geschütz zu heben, und wo möglich Bekanntheit mit solchen Handwerken, welcher die Artillerie zu Instandhaltung der Geschütze, Fahrzeuge und Anspannung bedarf. Für die 12pfündigen Batterien werden besonders diejenigen Individuen ausgewählt, welche nach ihren Beschäftigungen und Gewerben sich durch vorzügliche Körperkraft auszeichnen.

Zum Ersatz für die Pioniere:

werden vorzugeweise die Vergütetenleute und Schiffer nach §. 4. bestimmt und deren Professionistenverhältniß berücksichtigt.

§. 82. Was das Körpermaaß betrifft, so kann dasselbe bei der gesetzlich ausgesprochenen Tendenz: die junge Mannschaft der Nation durchgängig im stehenden Heere militärisch auszubilden, zwar jetzt nicht mehr ein vorzüglich entscheidendes Motiv zur Auswahl abgeben, indessen bezeichnet sich von selbst durch die Ausübung der verschiedenen Waffen, ein Minimum des Maaßes, unter welchem ein Individuum für dieselbe nicht mehr dienstfähig erachtet werden kann.

Als allgemeine Norm dienen hiezu folgende Bestimmungen:

für die Garden ist das kleinste Maaß von 5 Fuß 5 Zoll, doch so, daß nur der vierte Theil des Ersatzbedarfs von diesem geringen Maaß sein darf, noch ein vierter Theil wenigstens von 6 Zoll und darüber, und die Hälfte wenigstens von 7 Zoll und darüber sein muß. Die für dieses Corps ausgewählten 5 und 6 zolligen Leute müssen dagegen aber gewandt und von einem vorzüglich guten Außern sein.

Für die Infanterie ist das kleinste Maaß in der Regel von 5 Fuß 2 Zoll; doch können für dieselbe auch Leute unter diesem Maaße, und gerade nur von 5 Fuß Höhe, indessen nur dann angenommen werden, wenn sie von einem vorzüglich kräftigen Körperbau sind, um das schwere Feldgepäck tragen zu können.

Für die Cavallerie wird das kleinste Maaß, ohne weitem Vorbehalt, auf 5 Fuß 2 Zoll bestimmt.

Für die Kürassiere besonders aber auf 5 Fuß 4 Zoll, weil sonst der Kürass nicht getragen werden kann.

Für die Artillerie zu Fuß ist das kleinste Maaß 5 Fuß 2 Zoll, bei den 12pfündigen Batterien 4 Zoll, zu Pferde 3 Zoll.

Für die Jäger-Bataillone und das Pioniercorps bedarf es keiner Beschränkung des Maaßes, da bei ihnen Leute von jeder Größe angenommen werden können, wenn sie sonst gehörig geeignet sind.

Indessen wird es zweckmäßig sein, dahin zu sehen, daß dem Pioniercorps wenigstens einige Leute von 2 Zoll und darüber zugetheilt werden.

Alle diese Größen sind nach dem Duodecimal oder sogenannten Rheinländischen Maas bestimmt, und die Kreis-Commissionen erhalten in Zeiten richtige Maasse von den Departements-Commissionen zugefertigt, um die Messung der Ersazmannschaften danach auf das zuverlässigste zu berechnen, damit die Departements-Commissionen sich nicht veranlaßt finden können, Individuen wegen zu kleinen Maasses zurückzuschicken.

Die besondern Ortsverhältnisse bestimmen die Rücksichten, welche bei der Auswahl in Hinsicht des vorgeschriebenen Maasses zu nehmen sind, und jedes Individuum, welches unter demselben ist, wird einsteilen, falls die Regimenter solche nicht als Freiwillige annehmen wollen, in die Classe der zum activen Militärdienst weniger geeigneten in einer besondern Rubrik übergetragen, um bei den Train-, den Laboratorien- und Handwerks-Colonnen, oder als Trainсолдаты eingestellt zu werden.

§. 83. Die richtige Auswahl zu den verschiedenen Waffengattungen ist eine der wichtigsten Pflichten der Departements-Commissionen, und ganz besonders der Militair-Mitglieder derselben.

Wird diese, wie zu erwarten steht, ohne Nebensichten und mit genauer Berücksichtigung der Eigenthümlichkeit jeder Waffe beobachtet, so wird dadurch die fortwährend zweckmäßige Ausbildung des Heeres bedeutend erleichtert.

§. 84. So bald die Departements-Commission die Vertheilung der Ersazmannschaften vollständig bewerkstelligt hat, überweist sie dieselben an die zum Empfang commandirten Officiere der Truppentheile, und die weitere Disposition über die Mannschaften ist dann reine Militairangelegenheit.

§. 85. Was den Marsch der Ersazmannschaften zu ihren Truppentheilen betrifft, so müssen die Veranstaltungen dazu bei Zeiten und vor Ueberweisung der Leute an die Truppen-Commandos getroffen sein, damit dabei kein unnöthiger Aufenthalt entsteht.

Die General-Commandos und Ober-Präsidien sind schon früh von der Zahl des in jedem Regierungs-Departement auszuhebenden Ersazes unterrichtet, und da es bei dem Marsch auf einige Leute mehr oder weniger nicht ankommen kann, so entwerfen die General-Commandos (welchen, um die nöthige Einheit in der ganzen Anordnung zu erreichen, dieses Geschäft ausnahmsweise überlassen wird,) frühzeitig die Marschrouten für die zu ihrer Bestimmung abzusenbenden Leute, welche an Versammlungspunkte vereinigt werden, über welche die General-Commandos mit Ober-Präsidien Abrede zu nehmen, und davon die Departements-Commissionen in Kenntniß zu setzen haben. Die entworfenen Marschrouten werden von den General-Commandos möglichst früh den Ober-Präsidien Befehls der von ihnen zu treffenden pünktlichen Anordnungen mitgetheilt, und die letztern einigen sich mit den erstern ohne Zeitverlust über die etwa nöthigen Abänderungen, wonächst die Marschrouten von den General-Commandos an die Landwehr-Jaspsecteure gesandt werden, die sie den Truppen-Commandos bei Uebersendung der Leute übergeben.

Die Mannschaften werden sodann durch Unterofficiere nach den Versammlungspunkten geführt, und so bald das ganze Detachement versammelt ist, in Marsch gesetzt, worüber die General-Commandos das Nöthige anordnen.

Von den Ober-Präsidien werden die Marschrouten den Regierungen mitgetheilt, Digitized by Google

und letztere treffen ihrer Seits auf der Tour alle erforderliche Veranstaltung, so wie sie auch unter sich in die nöthige Rücksprache treten.

§. 86. Jedes zum Ersatz ausgewählte und eingestellte Individuum muß wenigstens mit Jacke und Beinkleidern versehen sein, und ein zweites Hemde bei sich führen.

Die respectiven Behörden, und namentlich der Landrath auf dem platten Lande, so wie die Magisträte in den Städten, sind verpflichtet dafür zu sorgen, daß diese nothwendigen Bekleidungsstücke nicht fehlen, und die Departements-Commission hat bei der Uebergabe der Leute an die Truppen-Commandos darauf zu sehen, daß dem allen vollständig genügt sei.

§. 87. An den Versammlungspunkten bis zum Tage der Ueberweisung an die Commandos der Truppentheile, erhalten die Ersatzmannschaften zwar Naturalquartier, müssen sich aber selbst beköstigen. Von der administrierenden Behörde muß unter möglichster Benützung öffentlicher Lokale dafür gesorgt werden, daß das zu gewöhnliche Naturalquartier der Commune so wenig als möglich belästigt werde.

Vergütigung kann dafür nicht liquidirt werden.

Bei der Benützung öffentlicher Gebäude liefert die Commune das Lagerstroh. Vom Tage der Ueberweisung an, und auf dem Marsch bis zu ihrem Truppentheile, erhalten die Mannschaften neben dem Naturalquartier auch Naturalverpflegung.

§. 88. Mit der Ueberweisung der Ersatzmannschaften an die resp. Truppen-Commandos schließen die Departements-Commissionen das Geschäft der Ersatzstellung für das laufende Jahr ab.

Ihre Listen gewähren das vollständige Resultat des ganzen Geschäfts.

Dieses Resultat bringen hierauf die Departements-Commissionen in ein zur generellen Uebersicht dienendes Tableau, welches wenigstens folgende Rubriken enthalten muß:

- 1) Zahl der in der Provinz befindlichen Männer von 20 bis 25 Jahren.
- 2) Zahl derer unter ihnen, welche nachgewiesen, daß sie ihrer Dienstpflicht beim stehenden Heere sonst genügt haben.
- 3) Zahl derer, welche sich dormalen im activen Dienst des Heeres oder bei der Kriegs-Reserve befinden.
- 4) Zahl derjenigen, welche sich im freiwilligen Dienst befinden oder dazu gemeldet haben, und zwar:
 - a. zum 5jährigen Dienst
 - α. bei einem Truppentheile, der aus dem Departement ergänzt wird,
 - β. bei einem Truppentheile außerhalb des Departements,
 - b. zum 1jährigen Dienst.
- 5) Zahl derjenigen, welche wegen unbedingter körperlicher oder geistiger Unfähigkeit Entlassungscheine erhalten haben.
- 6) Zahl derjenigen, welche wegen ihrer verletzten bürgerlichen Ehre, von der Auszeichnung im Militair zu dienen, ausgeschlossen bleiben.
- 7) Zahl derer, welche nur wegen zeitiger körperlicher oder geistiger Unfähigkeit, mithin auch wegen zu kleinen Maaßes haben übergangen werden müssen.

- 8) Zahl derer, welche wegen der nachgegebenen Berücksichtigungsgründe einstweilen von der Einstellung zurückgelassen sind,
 - a. bis zum nächsten Ersatz-Termin,
 - b. bis zu ihrem 25sten Lebensjahre.
- 9) Zahl des Ersatzbedarfs, nach Abrechnung der auf 5 Jahre eingetretenen Freiwilligen.
- 10) Zahl der aufgehobenen Mannschaften.
- 11) Zahl der aus jedem Kreise dazu gelieferten.
- 12) Bemerkung, zu welchem Truppentheile die Einstellung erfolgt ist.
- 13) Angabe etwaniger Differenzen zwischen der Zahl des Bedarfs und der erfolgten Einstellung.
- 14) Zahl derer, welche überhaupt von dem laufenden Jahrgang für den folgenden Ersatz-Termin disponibel geblieben sind.
- 15) Erläuternde Bemerkungen.

Dieses Tableau wird möglichst bald nach Ueberweisung der Mannschaften an die Truppen-Commandos, von dem Landwehr-Inspecteur an das General-Commando und durch dieses bei dem Kriegsministerium, von dem Militair-Departements-Rath aber an die Regierung, von dieser an das Ober-Präsidium und von dem letztern an das Ministerium des Innern eingereicht.

Besondere Bestimmungen in Ansehung der Ersatzmannschaften, nachdem sie von den Departements-Ersatz-Commissionen den Truppen-Commandos überwiesen sind.

§. 89. So bald die Ersatzmannschaften von der Departements-Commission an die zum Empfang beordneten Commandos der resp. Truppentheile überwiesen worden sind, werden die Recruten mit der nöthigen Feierlichkeit und Würde in Eid und Pflicht genommen, um dadurch sowohl ihre Verpflichtung zum Dienst beim stehenden Heere überhaupt, als auch besonders bei einem bestimmten Truppentheile, zu bekräftigen.

§. 90. Von dem Augenblick der Vereidigung an, wird jedes Individuum der eingestellten Ersatzmannschaften als Soldat behandelt, und es kommen die Militair-Gesetze gegen dasselbe in Anwendung, welche den Leuten daher bei ihrer Vereidigung deutlich bekannt zu machen sind. Wer sich von nun ab eines Vergehens schuldig macht, oder gar vom Transport desertirt, wird nach Militair-Gesetzen gerichtet und bestraft.

Die Stelle eines vom Marsch bis zum Eintreffen beim Regiment desertirenden Recruten wird sogleich aus der nämlichen Commune ersetzt, aus welcher er herstammt. Bei einer Desertion nach dem Eintreffen beim Regiment kann nicht mehr auf die Commune recurriert werden.

§. 91. Die Sold-Zahlung nach dem Verpflegungs-Etat der Waffe tritt in der Regel erst mit dem Tage der Ankunft bei dem bestimmten Truppentheile ein.

Bis dahin erhält der Recrut, der Instruction wegen Verpflegung der Truppen auf dem Marsche gemäß, täglich Drei gGr., wovon er für zwei Pfund Brod und die volle Naturalverpflegung außer dem Getränke, dem Wirthe täglich Zwei gGr. bezahlt, und Einen gGr. für sich behält, von dem er sich sein Getränke und übrige kleine Be-

dürfnisse selbst beschafft. Recruten, welche nicht im Bereich des General-Commandos bleiben, und einen weiten Marsch zu machen haben, werden in eben der Art wie im vorigen Jahr bekleidet.

Wo es nöthig ist, erhalten die zur Empfangnahme der Recruten commandirten Officiere den erforderlichen Vorschuß zu der Verpflegung mit, und die Truppen liquidiren hiernächst die wirkliche Ausgabe zur außergewöhnlichen Vergütung.

§. 92. Wenn die Ersatzmannschaften bei ihrem Truppentheile ankommen und nochmals untersucht sind, wider alles Verhoffen aber sich ja noch Leute darunter befinden sollten, welche überhaupt, oder nach Maassgabe der Waffe, nicht diensttauglich befunden werden, wird den Truppen das Recht vorbehalten, gegen die Einstellung zu protestiren.

Sie machen von solchen Fällen unter Beifügung eines vollständigen Attestes des Regimentschirurgus, und den Gründen der Verwerfung, sogleich dem Brigadeführer und dieser dem Landwehr-Inspector Anzeige, welcher von Seiten der Departements-Commission nöthigen Falls die Einforderung des Berichtes der Kreis-Commission veranlaßt.

Je nachdem die Umstände sich ergeben, wird von der Departements-Commission entweder sogleich die unverzügliche Bestellung und Absendung eines andern Mannes angeordnet, bei dessen Anfunft der Ausgestoßene zurückgesandt wird, ohne die Sache resp. bei dem General-Commando und der Regierung, von diesen aber, nach dem Ergebnisse bei den Ministerien des Innern und des Krieges zur Entscheidung gebracht. Eigenmächtige und unmittelbare Zurücksendungen der zur Austoßung für geeignet gehaltenen Leute, dürfen im Frieden nicht statt finden.

Entlassung der Mannschaften von den Truppen zur Kriegs-Reserve in die Stelle des erhaltenen Ersatzes.

§. 93. Nach Anfunft des Ersatzes bei den Truppentheilen erfolgt die Entlassung einer gleichmäßigen Anzahl der bisher im Dienst gestandenen Soldaten zur Kriegs-Reserve.

§. 94. Zu dieser Entlassung werden nach der Vorschrift des Gesetzes vom 5ten September 1814, hauptsächlich diejenigen Leute bestimmt, welche 3 Jahre gedient haben, und nicht etwa freiwillig länger dienen wollen; demnachst diejenigen, welche in Berücksichtigung besonderer bürgerlichen Verhältnisse von den Regierungen zur wirklich nothwendigen Entlassung in die Kriegs-Reserve designirt werden.

Die Liste der letztern wird den Truppentheilen künftig spätestens im Laufe des Monats August von den Regierungen zugesandt, und diese Leute gehen bei der Entlassung in der Regel denjenigen vor, welche bloß wegen dreijähriger Dienstzeit zur Entlassung in die Kriegs-Reserve geeignet sind.

§. 95. Von denjenigen, wegen ihrer bürgerlichen Verhältnisse nothwendig zu entlassenden Leuten, welche noch nicht drei Jahre im activen Dienste gestanden haben, sind die Regierungen verpflichtet, den Regimentern und Truppenabtheilungen die Gründe der nothwendigen Entlassung in die Kriegs-Reserve mitzutheilen; in Ansehung derjenigen als zu Hause unentbehrlich dargestellten Individuen aber, welche ohnehin schon ihre dreijährige active Dienstzeit erfüllt haben, ist solches nicht nöthig.

Zur Entlassung vor zurückgelegter dreijähriger Dienstzeit kann nur berechtigten, wenn durch den Tod des Vaters oder eines Verwandten, dem noch im Militärdienst befindlichen Individuum, ein Grundstück, eine Handlung oder eine Fabrik, in welcher mehrere Arbeiter beschäftigt werden, zufällt, und seine persönliche Verwaltung nothwendig erheischt wird.

§. 96. Den Commandeuren der Truppentheile wird hiermit zur Pflicht gemacht, von den in die Kriegs-Reserve zu entlassenden Mannschaften durchaus diejenigen nicht unmittelbar abgehen zu lassen, welche mit der Kräfte etc. — behaftet sind. Dergleichen Leute müssen vielmehr noch so lange in den Militärlazarethen zurück behalten werden, bis ihre Genesung in so weit erfolgt ist, daß sie ohne eigene Gefahr abgehen können, und auch alle Besorgniß einer zu verbreitenden Ansteckung verschwunden ist.

Während der Zurückbehaltung dieser Mannschaften wird ihre Verpflegung von den Truppen, zur Vergütigung aus dem Kriegsfonds, außergewöhnlich liquidirt.

§. 97. Von sämmtlichen zur Kriegs-Reserve entlassenen Mannschaften übermahlen die Truppentheile den Landwehr-Inspecteuren, in deren Bezirk sie zu Hause gehören, ein namentliches Verzeichniß mit specieller Angabe des Wohnorts eines Jeden.

Der Landwehr-Inspecteur überweist diese Leute dann der Kriegs-Reserve und zeichnet dagegen die aus der letztern zur Landwehr des ersten Aufgebots übergehenden Mannschaften, welche derselbe der betreffenden Regierung in einer namentlichen Liste mittheilt.

Besondere Bestimmungen wegen der Freiwilligen.

§. 98. Wegen der auf ein Jahr bei dem stehenden Heere zum Dienste eintretenden Freiwilligen, bleibt es ganz bei den bisherigen Bestimmungen.

Sie können bei gehörig früher Meldung ihren Eintritt bis vor dem Ende ihres 23jährigen Lebensalters verschieben, und da sie bei dem gesetzlich auszuhebenden Erfasse auf keine Weise in Anrechnung kommen, so steht ihnen in der Regel der Eintritt zu jeder Zeit im Jahre frei, worüber sie sich mit dem Truppentheile, den sie wählen, zu einigen haben.

Nur bei den Garden findet die Ausnahme Statt, daß blos in den bestimmten Terminen jährlich Freiwillige bei denselben angenommen werden, nemlich am 1sten April, 1sten August und 1sten October.

§. 99. Eigentlich ist zwar die einjährige freiwillige Dienstzeit nur für die Individuen von wissenschaftlicher und künstlerischer Bildung bestimmt, doch wird hiermit unter Vorbehalt der Allerhöchsten Königlichen Genehmigung, nachgegeben, daß diese Begünstigung auch auf diejenigen einzelnen kunstgerechten Arbeiter ausgedehnt werden könne, welche sich durch ein örtliches Gewerbsverhältniß zu einer besondern Berücksichtigung eignen, und wo es bei einzelnen Individuen ohne den größten Nachtheil für die zweckmäßige Erhaltung des Geschäftsbetriebs nicht möglich ist, die Stelle solcher Arbeiter durch andre zu ersetzen.

Da indessen die Annahme solcher Freiwilligen auf ein Jahr, immer nur als eine Ausnahme von der Regel anzusehen ist, und um Mißbrauch und zu weite Ausdehnung zu verhüten, bei jedem einzelnen Falle eine sehr genaue Prüfung erheischt, so wird hiermit festgesetzt, daß die Meldungen zu dergleichen freiwilligem Eintritte alle-

mal bei den Kreis-Ersatz-Commissionen geschehen müssen, diese zur sorgfältigsten Untersuchung der Verhältnisse verpflichtet, und nach Befund der Umstände ermächtigt sein sollen, die Ausnahme zu bewilligen, auf eine andre Weise aber die ungewöhnliche Annahme solcher Leute zum einjährigen Dienst schlechterdings nicht Statt finden dürfe, damit nicht die zu dem dreijährigen activen Dienst in gewöhnlicher Art verpflichteten Individuen sich auf diese Weise durch einjährigen Dienst von ihrer ursprünglichen Pflichtigkeit, zum Nachtheil derer, welche sie bei der Ersatzstellung übertragen müssen, losmachen.

§. 100. So wie bei allen zum einjährigen Dienst eintretenden Freiwilligen bleibt auch in Hinsicht der im vorhergehenden §. gegebenen Ausdehnung die Bestimmung anfrecht, daß der Freiwillige seine vollständige eigene Equipirung entweder in natura oder durch eine zu diesem Behuf baar zu zahlende Summe, nach den schon früher bekannt gemachten Festsetzungen, bestreiten müsse.

Wo daher ein Individuum unfähig ist, aus eigenen Mitteln die Equipirung zu bestreiten, bleibt es die Sache der Anstalten und Fabriken, demselben dazu behülflich zu sein, um sich durch die kürzere Dienstentbehrung eines solchen Mannes vortheilhaft vorzusehen.

Bei den Jäger- und Schützen-Bataillonen können aber dergleichen zur Ausnahme gehörige Freiwillige nicht eintreten.

§. 101. Was die auf dreijährige Dienstzeit eintretenden Freiwilligen betrifft, so können sie, da sie auf den gesetzlich auszuhebenden Ersatz zur Abrechnung kommen, nicht zu allen Zeiten im Jahre eintreten, oder sich dazu melden, sondern nur vom 1sten November eines Jahres bis zum 1sten Juli des folgenden, damit nicht nach der Bemerkung des §. 52. die während des Zeitraums vom 1. August bis letzten October jeden Jahres im Werke begriffene Ausmittlung des Bedarfs und des erforderlichen Ersatzes, gestört werde.

Außer jenem Zwischenraum können dergleichen Freiwillige zu jeder Zeit eintreten, wenigstens sich dazu melden, und mit den betreffenden Truppentheilen einigen, ohne Rücksicht, ob sie bei Truppen außer- oder innerhalb ihres Ersatzbezirks ihren Eintritt zu nehmen entschlossen sind.

§. 102. Ein jedes Individuum, welches inner- oder außerhalb seines Ergänzungsbezirks freiwillig zu dreijähriger Dienstzeit bei einem Truppentheile eintritt, oder sich dazu meldet, ist verpflichtet, dem Landrath seines Kreises eine nachrichtliche Anzeige davon zu machen, ohne dessen, überdies nicht zu verweigernde Genehmigung dazu, zu bedürfen, da sowohl den Departements- als den Kreis-Commissionen von allen sowohl in dem Heere vorhandenen, als auch sich dazu gemeldeten auf 3 Jahre eintretenden Freiwilligen hiernächst nach §. 51., alle erforderliche Notiz zugeht, auch eben so gut die General-Commandes und Regierungen davon unterrichtet sind.

§. 103. In der Regel muß die Anmeldung eines Freiwilligen zur dreijährigen Dienstzeit bei dem stehenden Heere, vor dem 20sten Lebensjahre erfolgen und nur die einzigen Individuen, welche nach Erreichung des 20sten Lebensjahres gesetzlich noch nicht gestellt worden sind, ohne daß sie selbst sich ihre Uebergehung beizumessen haben, können sich noch nach diesem Alter als Freiwillige auf 3 Jahre melden.

§. 104. Während der Funktionen der Departements- und Kreis-Ersatz-Commissionen und bei diesen Commissionen selbst, findet durchaus keine Anmeldung und Annahme von Freiwilligen anders Statt, als allein in den Fällen des nachgeordneten ausnahmsweisen Eintritts zum einjährigen Dienst, in der Art, wie solches im §. 99. festgestellt ist. Außerdem muß jedes Individuum des gesetzlichen Alters, welches sich von den Kreis-Commissionen nicht schon über den zuvor abgemachten freiwilligen Eintritt auszuweisen vermag, ohne Weiteres zu der Zahl derjenigen Individuen gerechnet werden, über welche zur gewöhnlichen gesetzlichen Einstellung unbedenklich verfügt werden kann.

Die allgemeine Wichtigkeit, welche die in dieser Anweisung gegebenen Vorschriften für jeden Preussischen Staatsbürger haben, verbunden mit der entschiedenen Gewißheit, daß nur durch Unparteilichkeit und Ordnung von jeder Seite, die hierin bezeichnete Ausführung des Gesetzes vom 5. September 1814 vollständig und wünschenswerth erreicht werden kann, geben den unterzeichneten Ministerien die feste Ueberzeugung, daß alle mit dem Ersatzgeschäft in Berührung tretende Behörden sich mit dem kräftigsten Willen, dem regsten Eifer und der alles Guten allein fördernden Einigkeit, der Anwendung dieser Bestimmung unterziehen werden, und mit diesem vollen Vertrauen wird ihnen die gegenwärtige Anweisung zur Beachtung übergeben. Die hierin gegebenen Festsetzungen müssen zwar für die Ersatzstellung des jezt laufenden Jahres in Wirksamkeit treten, da indessen, wegen der einzusammeln gewesenen Erfahrungen, die Bekanntmachung nicht so früh vorher hat erfolgen können, als gewünscht worden, so läßt sich von selbst absehen, daß für dieses Jahr wenigstens von den vorgeschriebenen Zeitbestimmungen einige nicht ganz pünktlich dürfen inne gehalten werden können. Besonders wird dies der Fall sein, mit den Daten wegen Eingabe des Ersatzbedarfs zum 15. Juli, und dessen allgemeiner Vertheilung auf die Provinzen, mit der Aufnahme der Stammrollen und deren Beendigung zum 1. August, und mit der auf den Anfang des Augusts vorzunehmenden Wahl der ländlichen und städtischen Vorstände, als Mitglieder bei den Departements- und Kreis-Commissionen.

Es wird sonach in diesem Jahre darauf ankommen, daß mit vorzüglicher Regsamkeit und dem raschesten Betrieb alle jene Vorbereitungen so bewerkstelligt werden, daß sich dadurch dem bestimmten Termin wenigstens nach aller Möglichkeit annähert, und jede unnötige Zögerung vermieden werde. Dies besonders wird sämtlichen Behörden auf das dringendste empfohlen, mit dem Beifügen, daß alle sonstige Bestimmungen der Instruction schon bei dem Ersatz für dieses Jahr zur vollständigen Ausführung zu bringen sind, auch künftig die obigen Termine immer pünktlich inne gehalten werden müssen.

In Ansehung der Stammrollen wird die Anfertigung in derjenigen Commune sehr erleichtert sein, wo schon im vorigen Jahre richtige Aufnahmen geschehen sind, und jetzt nur etwaige Berichtigungen und Zusätze nöthig sein werden.

Berlin, den 30. Juni. 1817.

Ministerium des Innern.
v. Schuckmann.

Ministerium des Krieges.
v. Boyen.

Stammrolle der

Num: mer des Grund stücks.	Fert. lau: fende Num: mer.	Vor- und Zuname männlicher Kinder, Gesinde und Angehörige.	Stand, Gewerbe, oder ob Eige: thümer, Pächter, Miether.	Angabe 'des Alters.		Geburtsort.	Ob ver: heirat: et.	Ob, wo und in welcher Eigenschaft schon im Militair gedient worden.
				Datum und Jahr der Geburt.	Sum: maria: sches Alter.			
3.	1.	Christ. Joach. Krä: ger.	Bauer.	d. 2. Jan. 1762	55	Steglig.	—	—
		Söhne:						
	2.	Karl Ludwig.	Knecht.	d. 5. Juli 1797	20	Steglig.	nein.	nein.
	3.	Georg Christian.	Knecht.	d. 2. Aug. 1799	18	Steglig.	—	—
4.		Vetter:						
	4.	Caspar Hecht.	—	d. 1. Mai 1802	15	Seefeld.	—	—
6.	5.	Samuel Die.	Schulze.	d. 1. Juli 1769	48	Steglig.	ja.	—
		Sohn:						
		Benjamin.	Schreiber bei der Buch: herrschaft.	d. 16. Aug. 1794	23	Steglig.	nein.	als Freiwilliger beim Brandenburgischem Kürassierregiment.
		Knecht:						
15.	6.	Gottlieb Schner.	—	d. 2. Sept. 1794	25	Steglig.	—	nein.
	7.	August Basse.	Hirte.	d. 1. Febr. 1767	50	Schönberg.	ja.	—
		Söhne:						
	8.	Friedrich.	Knecht.	d. 15. Juli 1795	22	Wilmersdorf.	nein.	—
	9.	Johann August.	Knecht.	d. 2. Sept. 1797	20	Steglig.	nein.	—

III a.

im

Kreise.

Dient zur Zeit noch im Militair, wo und wie?	Ob zur Kriegsdienste geübt, oder zur Landwehr, und zu welchem Aufgebot.	Ob Jemand schon früher wegen eines Verrücktheits, und aus welchem, einstweilen von der Einstellung zurückgelassen worden.	Ob er einziger Sohn einer Wittwe.	Notorische Gebrüchlichkeit, oder körperliche oder geistige Mängel.	Ob ein Individuum schon wegen eines entehrenden Verbrechens zur Untersuchung und Strafe gezogen worden.	Ob Jemand im Königl. oder Communal-Dienst als Dilettant steht, und in welcher Eigenschaft.	Erläuternde Anmerkungen.
—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	dient bei seinem Vater.
—	—	—	—	—	—	—	dient in Wilmersdorf.
—	—	—	—	—	—	—	wird vom Feuer-Kücher erzeugt, der ihn als Kind zu sich genommen.
—	—	—	—	—	—	—	
nein.	zur Landwehr des 1. Armee-Korps gehört.	nein.	—	—	—	—	
nein.	nein.	nein.	nein.	—	hat wegen Vergehen nach § 6 des in Genuß gefallen.	—	
—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	dient beim Bauer Sale in Steglitz.
—	—	—	—	auf einem Fuße sehr lahme.	—	—	

Vorstehende Instruction nebst dazu gehörigem Schema wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, mit der Bemerkung, daß nach einem uns jetzt zugegangenen Rescripte des Königl. hohen Ministerii des Innern, die Vorschriften der von des Königs Majestät ihrem ganzen Inhalt nach genehmigten Instruction, auch für die folgende Aushebung gültig sein, und so lange in Kraft bleiben sollen, bis etwa dieserhalb allerhöchsten Orts anderweite Bestimmungen ergehen werden.

Merseburg, den 4. April 1818.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

16. Stück.

Merseburg, den 18. April 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Da es wiederum nöthig wird, eine vollständige Uebersicht aller im künftigen Jahre nöthig werdenden Neubauten und Reparaturen an Kirchen und andern geistlichen Gebäuden, zu deren theilweisen Uebertragung Fiscus rechtlich verbunden ist, zu erlangen, so werden diejenigen Behörden, denen die Aufsicht über solche Gebäude zusteht, angewiesen, bei dem betreffenden Bau-Inspector die Nothwendigkeit der im künftigen Jahre vorzunehmenden Neubauten und Reparaturen anzuzeigen. Unter diesen Bauten sind auch diejenigen begriffen, von denen der Königl. Regierung bereits Anzeige gemacht und dahin angetragen ist, sie im Laufe des gegenwärtigen Jahres herstellen zu lassen, in so fern nicht der Bau schon wirklich seinen Anfang genommen hat. Die Herren Bau-Inspectoren haben demnächst die eingehenden Anzeigen zusammenzustellen und diese Uebersicht mit der Bemerkung des erforderlichen obgefährten Kostenbetrags und des davon auf fiscalische Cassen fallenden Antheils versehen, spätestens bis zum 1. Juli d. J. an uns einzufenden.

Die bis zu diesem Zeitpunkte bei uns nicht angezeigten Baulichkeiten können nur unter der Bedingung berücksichtigt werden, wenn die Nothwendigkeit derselben jetzt noch nicht existirt hat, und haben die, über die bezeichneten Gebäude, Aufsicht führenden Behörden und Personen es sich selbst zuzuschreiben; wenn die Baulichkeiten von denen nicht zur gehörigen Zeit Anzeige gemacht ist, bis zum Jahre 1820 ausgelegt bleiben.

Merseburg, den 2. April 1818.

Königl. Preuss. Regierung, Erste Abtheilung.

Die Königl. Ministerien der Geistlichen-Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten und des Innern haben zum Reetablisement der Kirchen und Schulgebäude in dem, von der Alodeade von Wesel in den Jahren 1813 und 1814 vom Feinde zerstörten Städtchen Buderich am Rheine; und zwar der reformirten Kirche, Pfarr- und Schulgebäude eine allgemeine evangelische Kirchen- und Hauscollekte, und der catho-

Nr. 81.

Nachweisung
der Neubauten
und Reparaturen
pro 1818.

Nr. 82.

Kirchen- und
Hauscollekte.

lischen Kirche, Pfarr- und Schulgebäude eine allgemeine catholische Kirchen- und Hauscolleete bewilligt.

Indem wir solches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringen, fordern wir sämtliche Einwohner unsers Bezirks mit dem Bemerken zur Mildthätigkeit auf, daß die evangelische Hauscolleete in den Städten von einer Deputation des Rathes und einigen angesehenen Bürgern zu veranstalten ist, und die gesammelten Gelder von dieselben unmittelbar zur hiesigen Haupt- und Communal-Casse einzusenden sind. Auf den Dörfern aber ist die evangelische Hauscolleete unter Aufsicht der Ortsgerichte von dem Richter oder Schulzen und den Schöppen zu veranstalten, die gesammelten Beiträge sind an die vorgesezte Obrigkeit abzugeben, und von dieser an die Herren Landräthe der Kreise einzuliefern, welche dieselben sodann aus dem ganzen Kreise mittelst Lieferscheins an oben gedachte Casse einsenden und ein Duplicat des Lieferscheins gleich den Stadträthen anher einreichen werden.

Die evangelische Kirchencolleete haben die Herren Präbiger unsers Departements an einem der nächsten hierzu passenden Sonntage zu veranlassen, den Gemeinden den Zweck der Collecte gehörig bekannt zu machen, und die gesammelten Gelder an die Herren Superintendenden einzuschicken, welche dieselben mittelst specieller Verzeichnisse und doppelter Lieferscheine, wovon das eine Exemplar hieher zu adressiren ist, mit Angabe des Zwecks der Collecte ebenfalls an hiesige Haupt-Institutionen und Communal-Casse einsenden werden.

In Ansehung der catholischen Kirchen- und Hauscolleete werden alle in dem hiesigen Regierungs-Departement befindlichen catholischen Geistlichen hiermit aufgefodert, die angeordnete Collecte an einem hierzu schicklichen Tage in ihren Kirchen und Gemeinden zu veranstalten, und den gesammelten Ertrag unmittelbar zur mehrerwähnten Casse in der den Herren Superintendenden vorgeschriebenen Maße einzuliefern. Die einzeln wohnenden catholischen Glaubensgenossen haben ihre Beiträge an den ihnen zunächst wohnenden catholischen oder evangelischen Geistlichen abzugeben, welche dafür, daß die gegenwärtige Verfügung zur Kenntniß der betreffenden Personen gelange, zu sorgen, und den Betrag entweder selbst oder durch die Episcopen, unter welchen sie stehen, bald möglichst anher einzusenden und dabei ausdrücklich zu bemerken haben, daß die Summen von catholischen Glaubensgenossen herrühren.

Merseburg, den 4. April 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.*

Nr. 85.
Das Verhältniß der Militär-Ärzte u. Chirurgen zur bürgerlichen Praxis.

Nach einem Rescripte des Königl. Hohen Ministerii der Geistlichen-Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten vom 8. Februar d. J., ist wegen des Verhältnisses der Militär-Ärzte und Chirurgen zur bürgerlichen Praxis folgendes festgesetzt:

1) Sämtliche besoldete active und pensionirte Militär-Ärzte, welche Civilpraxis übernehmen und als Erwerbsmittel betreiben wollen, treten dadurch und in Bezug auf diese, ganz in die Kategorie der bürgerliche Lasten tragende Civil-Ärzte, und müssen sich in Hinsicht ihrer Qualifications-Documente über die von ihnen bestandenen Staatsprüfungen durch die ihnen vorgesezte Divisions-General-Chirurgen,

welche davon genaue Kenntniß haben, bei den betreffenden Regierungen zu der ihnen erstatteten freien Ausübung der innern und äußern Heilkunde, so wie der Geburts-hülfe etc. legitimiren, auch sind sie allen Verfügungen der obern Medicinal-Behörde wegen ihrer Civilpraxis Genüge zu leisten verpflichtet, wobei es als bekannt voraus-gesetzt wird, daß es bei ihnen nur auf die Qualifications-Documente und nicht auf das Doctordiplom ankommt, indem dieses Diplom nach den frühern und noch beste-henden Vorschriften kein wesentliches Erforderniß zur Ertheilung der Erlaubniß zur Praxis an Militair-Aerzte ist.

2) Den untern, nicht zu einer selbstständigen Ausübung der Heilkunde befugten, so wie allen nicht mit Qualifications-Documenten versehenen obern Militair-Medi-cinal-Personen steht kein Recht auf die freie Ausübung derselben im Civile zu; es darf ihnen an Orten, wo keine approbirte Medicinal-Personen gegenwärtig oder zu erlangen sind, nur gestattet werden, unter Aufsicht und Verantwortung einer zur Ausübung der Praxis befugten Medicinal-Person vom Civile oder Militair bürgerliche Kranke und deren Pflege zu besorgen, wo dann von ihnen auch nur die in der Medicinal-Taxe bestimmten Sätze für Gehülfsen nach beigebrachtem Zeugnisse und der Mitunterschrift der Aufsichtspersonen gesetzmäßig liquidirt, und ihnen demnächst zu-gebilligt werden können.

Hierbei kann es jedoch den zur Civilpraxis berechtigten Militair-Medicinal-Personen nicht verwehrt werden, bei vorzunehmenden wichtigen Operationen und den dazu tretenden Zufällen bei Civil-Personen sich die nöthigen Gehülfsen gegen Bezahlung, nach Convenienz entweder vom Militair oder Civile selbst zu wählen.

3) Behufs der vollständigen Zusammenstellung der Vierteljahrs- und Jahrs-Medicinal-Polizeiberichte (Amtsblatt St. 8. Nr. 43. d. J.) hat der Chef des Mi-litair-Medicinal-Wesens, um den Inconvenienzen und Unregelmäßigkeiten vorzu-beugen, welche wegen der jetzt häufiger vorkommenden Veränderungen der Standquar-tiere des Militairs entstehen, unterm 29. December v. J. die Herren Divisions-General-Chirurgen angewiesen, jeder, der in ihrem Geschäftsbereiche befindlichen Königl. Regierungen, den sie interessirenden Extract aus der Uebersicht der von den obern Militair-Aerzten in ihrem Inspections-Bezirk behandelten Civil-Kranken alle drei Monate regelmäßig zugehen zu lassen, daher den Kreis-Physici's nur die Uebersichten, wie sie in der Verordnung vom 8. Febr. d. J. in eben erwähntem Stück des Amtsblatts vorgeschrieben sind, von den Civil-Aerzten des Kreises zugehn.

4) Haben Civil-Aerzte über gegründete Beeinträchtigungen hinsichtlich ihrer Berechtigung etwa Beschwerden anzubringen, so sind sie in erster Instanz den betref-fenden Regimentsgerichten, in der zweiten und letzten dem General-Auditoriate in Berlin zu übergeben.

Wir bringen dies hiermit zur nähern Kenntniß der dabei interessirten Behörden und practicirenden Aerzte.

Merseburg, den 9. April 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Verordnungen des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Nr. 12. In Gemäßheit einer an uns von dem Königl. Justizministerium im Einverständ-
niss mit dem Königl. Finanzministerium erlassenen Verfügung vom 15. d. M. wird
den sämtlichen Gerichtsbehörden des uns anvertrauten Departements zur Nachricht
und Achtung bekannt gemacht, daß die Vorschrift wegen Adhibirung des Stempels
in Subhastationsfachen, in welchen bei Ermangelung eines Kaufstügens kein Zu-
schlag erfolgt, nur mit der Maassgabe anzuwenden ist, daß dadurch der halbe nach
dem Tarwerthe zu bestimmende Subhastationsstempel nicht überschritten werde.

Naumburg, den 28. März 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Nr. 13. Unser am 26. April 1818 erlassenes und am 25. Februar 1817 in Erinnerung
gebrachtes Publicandum, wornach die Untergerichte, Sachwalter und betreffende
Parteien angewiesen sind, bei Kosteneinsendungen an unsere Salariencasse, außer
der möglichst speciellen Bezugnahme auf die, die Zahlungsanweisung enthaltende
Verfügung, die auf den letztern stehenden Expeditions-Nummer und das Vol.-und
sol. der Cassen-Conto-Bücher, in so fern sie angegeben worden, zu allegiren, auch
wenn mehrere Kosten auf einmal eingeschickt werden, in dem beizufügenden speciellen
Verzeichniß bei jeder Post diese Notizen zu bemerken, wird noch vielfach unbeachtet
gelassen. Da nun hieraus Störungen im Geschäftsgange entstehen, so bringen wir
jene frühere Anweisungen in Erinnerung, mit dem Beifügen, daß diejenigen, welche
gegen diese Bestimmungen fehlen, die etwa nöthig werdende Einziehung der erman-
gelnden Notizen auf ihre Kosten zu erwarten haben.

Naumburg, den 31. März 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

V e r z e i c h n i s s

aufgegriffener, mittelst Marschroute und Transports aus den Königl. Preuß. Staaten
verwiesener Vagabonden.

1) Aus dem Delitzscher Kreise.

a) Wegen Vagabondiren.

Karl Gottlob Bartel, Tagelöhner aus Grimma, 28 Jahr alt, 68 Zoll Sächf. groß, blonde
Haare, niedrige Stirn, blonde Augenbraunen, blaue Augen, gewöhnliche Nase und Mund, blonden
Bart, ovales Kinn, längliches Gesicht, kleiner untersehter Statur, über Eilenburg nach Grimma.

2) Aus dem Weiskelfer Kreise.

a) Wegen Plündererei und Curiren.

Johann Heinrich Siese, Refrakt aus Mosbach, 28 Jahr alt, 72 Zoll Sächf. groß, blonde
Haare, niedrige Stirn, braune Augenbraunen, blaue Augen, spitze Nase, runden Mund, brau-
nen Bart, rundes Kinn, rundes Gesicht, langer Statur, von gesunder Gesichtsfarbe; über Ei-
senberg nach Mosbach.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

17. Stück.

Merseburg, den 25. April. 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Es ist hin und wieder darüber Zweifel entstanden, ob die Kammerguts- und sonstige Königl. Unterthanen, welche unter der vormals Königl. Sächs. Regierung verpflichtet gewesen sind, auf desfallsige Patente und Ausschreiben den Königl. Commissarien und Beamten bei ihren Dienstreisen innerhalb eines gewissen Bezirks Vorspannung oder sogenannte Kutschfahren zu leisten, diese Dienste ferner zu leisten verpflichtet seien, oder die Verbindlichkeit dazu aufgehört habe.

Das Königl. Hohe Finanz-Ministerium hat auf unsere desfallsige Anfrage ent-
schieden, daß, da eine allgemeine Aufhebung der Vorspannleistung im Herzogthum Sachsen nicht erfolgt sei, und das für die alten Provinzen darüber unterm 28. Febr. 1810 ergangene Edict auf die Provinzen links der Elbe gar nicht Anwendung finde, auch eine Ausdehnung der im Jahre 1816 wegen des Militair-Vorspanns nach Analogie jenes Edicts gegebenen Verordnungen auf den Civil-Vorspann unstatthaft sei, und solche eben so wenig durch das Edict vom 28. Februar 1816 wegen der Diäten- und Reisekosten der Civil-Beamten gerechtfertigt werden könne, indem sich von selbst verstehe, daß, wo die Unterthanen die reelle Verpflichtung zur Vorspannleistung haben, solche durch jene für den entgegengesetzten Fall im Allgemeinen ertheilte Bestimmungen, über die Führen der Commissarien nicht verändert werde, am allerwenigsten aber die specielle Verpflichtungen der Domainen-Einsassen zu den sogenannten Kutschfahren aufgehoben worden seien, die Verpflichtung den Königl. öffentlichen Beamten in Geschäftsangelegenheiten innerhalb eines gewissen Bezirks Führen zu leisten, wo sie den Domainen-Unterthanen im Herzogthum Sachsen, bisher ungezweifelt ob-
gelegen habe, bis zur besondern Lösung dieser Verbindlichkeit fortbestehen müsse, und davon ferner verfassungsmäßig Gebrauch zu machen sei.

Wir machen dieses zur Nachricht für die Königl. Provinzial- und sonstigen Beamten, welche sich bei ihren Dienstreisen des Vorspanns zu bedienen, früherhin be-
rechtigt gewesen sind, so wie zur Nachachtung für die Königl. Amts- und Kammerguts-
auch sonstige vorspannpflichtige Unterthanen hiermit bekannt.

Merseburg, den 4. April 1818.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 84.

Die Vorspann-
pflichtigkeit d.
Unterthanen
zu den Locals-
Expeditionen
der Beamten.

Nr. 85.
Calender-
Handl.

Echon unterm 29. Nov. 1816 Seite 465 u. 466 des Amtsblatts für 1816 haben wir den Calenderhandel in den ehemals Sächsischen Drucksachen des hiesigen Departements für ein ausschließliches Vorrecht der Buchhändler, Buchdrucker und Buchbinder erklärt, und solchen nach dem Generale vom 50. Oct. 1775 den Hausirern und Krämerh bei 5 Zhlr. Geldstrafe oder einer nach Befinden festzusetzenden Gefängnißstrafe untersagt.

Da nach Anzeige der Königl. Calender-Deputation jetzt in dem hiesigen Regierungsbezirke ein sehr häufiger Hausirhandel mit fremden und inländischen Privat-Calendern getrieben werden soll, so finden wir uns veranlaßt, obgedachtes Verbot hierdurch in Erinnerung zu bringen, mit dem Bemerken, daß, wenn bei Hausirern ungestempelte Calender vorgefunden werden sollten, die Besitzer außer der obgedachten Polizeistraf, auch nach der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 50. August 1816 mit Confiscation der Calender und dem vierfachen Betrage der defraudirten Stempelsteuer werden bestraft werden.

Sämmtliche Zoll-, Geleits- und Accise-Officianten fordern wir auf, die genaueste Aufsicht auf den Calenderhandel zu führen und die zu entdeckenden Contraventionen zur Anzeige zu bringen, wegen dem Denuncianten die Hälfte der festzusetzenden Geldstrafe zugebilligt werden wird. Merseburg, den 7. April 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 86.
Einsendungen
d. Quittungen
der Zahlungs-
berechtigten
an die Königl.
Haupt-Casse.

Es ist zu verschiedenenmalen beschwerende Anzeige bei der Regierung darüber geschehen, daß die Regierungs-Hauptcasse untermassen habe, auf sie angewiesene Zahlungen prompt zu leisten. Bei der Untersuchung hat es sich dann ergeben, daß die Verschuldung allein auf die Empfänger wegen nicht präsentirter Quittung zurück fällt. Neue Empfänger stehen in der irrigen Meinung, daß die Regierungs-Hauptcasse die Verpflichtung auf sich habe, nach erhaltener Zahlungs-Anweisung die Gelder zuvörderst an die Empfänger gelangen zu lassen und dann deren Quittung abzuwarten.

Dies streitet gegen die Grundsätze einer regelmäßigen Casseverwaltung; nach diesen darf keine Casse, sie habe einen Namen und Bedeutung, welche es sei, irgend eine Zahlung eher leisten und in Ausgabe verschreiben, bevor sie nicht mit alle demjenigen versehen ist, was zur Justification der Ausgabe, zur rechnungsmäßigen Belegung derselben, erforderlich ist, und zu diesen wesentlichen, unerläßlichen Erfordernissen gehört, eine vorchriftsmäßig abgefaßte Quittung des Empfängers. Eine solche Quittung muß der zahlenden Casse, wenn der Empfänger eine Privat-Person ist, von demselben in eigener Person oder durch einen gesetzlich Bevollmächtigten präsentirt werden, da es die Geschäfte der Casse auf eine unzulässige Art vermehrt, für Privat-Personen die Gelder mit der Post abzuschicken, solches auch den Aufwand der Bureaux und Kanzlei bedürfnisse vermehrt. Ist der Empfänger ein Staatsbeamter oder eine öffentliche Behörde und betrifft die Zahlung den Königlichen Allerhöchsten Dienst, so wird die Quittung mit der Post oder auf andern sichern Wegen zur Casse befördert, welche dann verpflichtet ist, die Zahlung mit der Post an den Empfänger baar oder durch eine sofort zahlbare Anweisung auf eine dem Empfänger nahe liegende Untercasse zu übersenden.

Die Präsentation oder Einsendung der Quittung muß von dem Empfänger un-

verzüglich nach Empfang der Benachrichtigung, daß die Cassé mit Anweisung zur Zahlung versehen worden sei, geschehen, denn es ist der Königl. Allerhöchste Wille, daß alle Zahlungen in der möglichst kürzesten Frist berichtigt werden, daher denn auch, wie hier beiläufig bemerkt wird, nicht gebuldet werden kann, daß Salaristen und Pensionaire oder andere durch den Etat zur monatlichen oder vierteljährigen Zahlung Berechtigte mit Erhebung ihrer Gebührenisse zurückbleiben und ihre Quittungen nicht gehörig zur Verfallzeit der Zahlung bei den Cassen einreichen.

Findet nun die Cassé bei der ihr präsentirten oder an sie eingesandten Quittung nichts zu erinnern, so wird sie, nach der ihr obliegenden, und ihr noch besonders eingeschärften Pflicht, die Zahlungsberechtigten ohne Anstand befriedigen oder bei unannehmlichen Quittungen ihnen das Erforderliche eröffnen. Sollte jedoch binnen Verzeihen Tagen nach eingesandter Quittung von der Cassé keine Zahlung oder Benachrichtigung an den Einsender erfolgt seyn, so ist der Regierung davon Anzeige zu machen und der Tag der Quittungsabsendung zu bemerken.

In solchen Fällen, wo die Absendung der Gelder an die betreffende Behörde vor Eingang deren Quittung von der Cassé bewirkt werden soll, wird letztere ausdrücklich von der Regierung dazu autorisirt und angewiesen werden. Eine solche Anweisung setzt aber jedesmal ganz besondere dringende Umstände voraus und wird daher nur selten eintreten; sie entbindet jedoch die empfangende Behörde nicht von der Verbindlichkeit, ihre Quittung sogleich nach erhaltener Benachrichtigung von der verfügbaren Zahlungsanweisung an die Cassé einzusenden, ohne den Eingang der Gelder erst abwarten zu wollen.

Hiernach hat nun ein jeder Zahlungsberechtigter sich zu achten.

Merseburg, den 10. April 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Um allen Ungewissheiten darüber vorzubeugen, welche Entschädigungen die zu Untersuchung der Bewirthschaftung, zur Abschätzung oder Veräußerung von Communal- und Institutswaldungen, auf Anordnung der ersten Abtheilung der unterzeichneten Regierung, zugezogenen Königl. Forstbeamten für ihre diesfällige Mühwaltung, zu fordern berechtigt sind, wird auf Veranlassung eines von den Höhen Ministrien des Innern und der Finanzen ergangenen Rescripts Folgendes hiermit festgesetzt:

Nr. 87.
Diäten und
Reiseloosten der
bei Communal-
und Institutswaldungen zugezogenen Königl. Forstbeamten.

- 1) An Diäten erhält täglich, für jeden Tag, welchen die Verrichtung erfordert,
 ein Königl. Oberförster 1 Thlr. 12 gr. —
 — — — Revier-Förster 1 — — —
 — — — Unterförster — 12 — —

- 2) Da die Regierung zu derartigen Expeditionen, wenn nicht ganz besondere Fälle eine Ausnahme nothwendig machen, sich immer der den Untersuchungsorten nächst benachbarten Ober- oder Revier-Förster bedienen wird, so werden sich dieselben hierzu nicht der Post, sondern nur ihrer eigenen Pferde bedienen können.

Es wird daher festgesetzt, daß den Ober- und Revier-Förstern neben den obigen Diäten für einen ganzen Tag

1 Thlr. 10 gr. —

für einen halben Tag aber

an Reise- und Transportkosten vergütet werden sollen, ohne genauere Berechnung der Entfernung.

- 5) Diese Diäten und Reisekosten können von den Kammerei- und Communal-Cassen ohne weitere Anfrage gegen gehörige, in Hinsicht der Dauer des Geschäfts von dem Chef der Ortsbehörde attestirte Belege ausgezahlt werden.

Was die Institute anlangt, so bemerkt es, in so weit bisher bei dergleichen Ausgaben an die Regierung besonderer Bericht, wegen passirlicher Verschreibung, erstattet werden oder nicht, bei der zeitigeren Einrichtung.

- 4) Außer obigen Sätzen kann in der Regel den Forstbedienten für diese Besorgung nichts vergütet werden.

Dasern jedoch in Folge der local-Expeditionen, die Anfertigung weitläufiger schriftlicher Aufssätze, Anschläge re. oder auch die Entwerfung von Aussen und Charten erforderlich werden sollte, so behält sich die Königl. Regierung die Bestimmung vor, ob und welche Vergütung despalb noch besonders aus den Kammerei-Communal- und Instituts-Cassen zu zahlen sei.

Es ist deshalb von den Behörden unter Einreichung der gefertigten Arbeiten und der Liquidation, nicht minder unter Anzeige der in Ansehung gebrachten Diäten und Reisekosten besonderer Bericht zu erstatten.

- 5) Obige Vorschriften beziehen sich nur auf die Fälle, wo ein Forstbedienter zu einem einzelnen Geschäft von der Regierung beauftragt wird, oder auch auf Requisition der Kreisbehörde sich einer forstwissenschaftlichen Untersuchung unterzieht.

Wenn hingegen eine Commune oder die Administration eines Instituts wünscht, einem Königl. Forstbeamten fortwährend die Aufsicht über ihre Waldungen zu übertragen, und sich, ohne Ab- und Nachrechnungen im Einzelnen, dafür mit ihm über ein Fixum zu vereinigen: so ist deshalb an die Königl. Regierung besonders zu berichten, von welcher dann weiter bestimmt werden wird, ob ein solches fortwährendes Geschäft mit den Dienstverrichtungen des ausgewählten Beamten verträglich, auch das Fixum zu genehmigen sei.

Merseburg, den 13. April 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 88.
Die Verbindlichkeit zur
Aufnahme u.
Unterstützung
heimathloser
Armen.

Um die zeither in den zum Herzogthum Sachsen gehörigen Kreisen des hiesigen Regierungsbezirks über die Verbindlichkeit zur Aufnahme heimathloser Armen häufig vorgekommenen Zweifel möglichst zu beseitigen und diesfalligen oft sehr weitläufigen Differenzen vorzubeugen, wird hiermit auf den Grund der über diesen Gegenstand vorhandenen Provinzial-Gesetze und zeitherigen Observanzen folgendes zu Jedermanns Wissenschaft und Nachachtung bekannt gemacht:

- 1) Zur Aufnahme solcher heimathlosen Armen, die sich selbst kein Unterkommen verschaffen können und keine Verwandten haben, die der diesfalligen gesetzlichen Verbindlichkeit zu genügen im Stande sind, ist subsidiarisch verbunden:
a) Der Ort, wo der Heimathlose zuletzt ansässig gewesen ist, ohne Rücksicht, wie

lange die Ansässigkeit gebauert hat. In Ermangelung einer vormaligen Ansässigkeit

- b) der Ort, wo sich der Heimathlose wenigstens zwei Jahre lang wesentlich aufgehalten und daselbst sein Domicilium oder bleibenden Wohnort gehabt hat, wobei bemerkt wird, daß Gemeinde- oder Herrendienst und Zeitpacht, obschon ein eigener Heerd damit verbunden ist, doch in diesem Sinn kein Domicilium begründen. Endlich in Ermangelung eines solchen zweijährigen wesentlichen Aufenthaltes
- c) der Ort, wo der heimathlose Arme geboren ist, jedoch mit der Einschränkung, daß der Heimathlose, wenn derselbe bei der Durchreise oder Besuch seiner Mutter an einem Orte geboren wäre, oder aber dessen Aeltern erst nach seiner Geburt einen festen Wohnsitz erlangt, oder den zur Zeit seiner Geburt gehaltenen festen Wohnsitz nachher verändert hätten, nicht an seinem Geburtsorte, sondern an demjenigen Orte, wo seine Aeltern, während er noch in der väterlichen Gewalt war, zuletzt domicilirten, für einheimisch zu achten, und folglich daselbst als an seinem wirklichen Herkunftsorte aufzunehmen ist.
- 2) Dagegen gehören solche heimathlose Arme, deren Aeltern entweder gar keinen festen Wohnsitz gehabt haben, oder die zwar außer ihrem Geburtsorte, aber von andern Personen als ihren Aeltern, erzogen worden sind, nicht an dem Erziehungsorte, sondern an dem Geburts- oder demjenigen Orte, wo ihre Aeltern zuletzt, während sie selbst noch in väterlicher Gewalt waren, einheimisch gewesen sind, so daß mithin die sich in Erziehung fremder Kinder äußern, mütterliche Menschenliebe in dieser Bestimmung kein Hinderniß finden wird. Bei Kindern von Zeitpächtern und in Herren- oder Gemeindeebenen stehenden Personen kann hiernach nicht auf den Geburts- oder Herkunftsort der Aeltern zurückgegangen werden.
- 5) Die Aufnahme solcher Personen, welche nach vorstehenden Grundsätzen auf Rittergütern oder in den auf Rittergutsgrund und Boden stehenden, nicht zur Gemeinde gehörigen Häusern für einheimisch zu achten sind, liegt im Fall ihrer Verarmung den Rittergütern und nur dann zugleich den Gemeinden ob, wenn die Rittergüter und die Einwohner der auf Rittergutsgrund und Boden erbauten Häuser oder auch erstere für die letztern, mit ausdrücklicher Einwilligung der Gemeinden in der Absicht eines gemeinschaftlichen Armenwesens zur Ortsarmencasse beizutragen haben.
- 4) Wenn sich ein Hauselgenthümer für seinen Miethmann verbürgt, oder, nach der diesfalls gewöhnlichen Formel verbindlich gemacht hat, in allen bürgerlichen Sachen dergestalt für ihn zu haften, daß er der Gemeinde mit Armenkasse nicht zur Last fallen solle, so versteht es sich von selbst, daß er im Fall der Verarmung zu des Miethmanns und dessen Familie Unterbringung verbunden ist, auf die Unterbringung der mehr als 14-jährigen Kinder des Miethmanns kann jedoch eine solche Verbürgung nicht ausgedehnt werden.
- 5) Die hier zusammengestellten Grundsätze gelten auch von dem nothdürftigen Unterhalte armer und preßhafter Personen. Solche Individuen aber, welche diese Unterstützung, bei vorhandenen Kräften, durch Müßiggang und Bosheit er-

troßen wollen, sollen durch Zwangsmittel zur Arbeit und eigenem Broderwerb angehalten, und so bald die Corrections- und Beschäftigungsanstalten, deren Einrichtung jezt vorbereitet wird, im Gange sind, darin eingesperrt werden. Dagegen sollen aber auch

- 6) gesunde und arbeitsfähige Leute, die das Zeugniß guter Aufführung für sich haben, und nachweisen können, wie sie sich ernähren wollen, wenn sie eine Miethwohnung gefunden haben, von den Communen an deren Beziehung nicht willkürlich gehindert und keine Bürgschaft für sie verlangt werden.
- 7) Den Communen und Individuen, welche heimatlose Arme durch Unterkommen oder Unterhalt unterstützen, bleibt jeden Falls der Regreß an die nach dem Allg. Preuß. Landrecht Th. II. Tit. 5. §. 14 seq. zu dieser Unterstützung verpflichteten Verwandten derselben.

Da es jedoch unmöglich ist, alle einzelne Verhältnisse, welche bei der Unterstützung heimatloser Armen vorkommen, in voraus zu bestimmen und zu entscheiden, so haben sich die Unterbehörden, so wie in unmittelbaren Amtsorten Gemeinden und Unterthanen, in zweifelhaften Fällen zunächst an das landrätliche Officium ihres Kreises zu wenden, welches dann, nach Befinden, sofort selbst entscheiden, oder an uns berichten wird. Merseburg, den 14. April 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Von dem Königl. Justizministerium ist mittelst Rescripts vom 15. vorigen Monats die Anweisung erfolgt, daß wegen sämtlicher im hiesigen Departement gelegener und vorhin bei der Fürstl. Schwarzburgischen Lehnscurie relevirter Lehne, in Rücksicht deren von den Fürstl. Häusern Schwarzburg-Rudolstadt und Sondershausen in den am 19. und 15. Juni 1816 geschlossenen Staatsverträgen zu Gunsten Sr. Majestät des Königs von Preußen auf alle lehnherrliche Rechte Verzicht geleistet worden, wegen dieses in manu dominante eingetretenen Veränderungsfalles, eine Aufforderung zur Lehnbesorgung ergehen solle. Indem nun solches hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird; werden zugleich sämtliche dergleichen Lehnbesitzer, so wie die daran in der gesamten Hand stehenden Mitbelehnten aufgefordert, binnen einer Frist von einem Jahre, sechs Wochen und drei Tagen, von dem untergesetzten Datum an gerechnet, sich hier gehörig anzumelden, und nach erfolgter Ableistung der Erbhuldigungs- und Lehnspflicht die Bekennung der Lehn- und gesamten Hand zu erwarten, widrigenfalls sie sich die Folgen der Lehnversäumniß selbst zuzuschreiben haben. In Ansehung derjenigen Lehne hingegen, welche in der Provinz Erfurt gelegen sind, ist sich binnen gleicher Frist und unter derselben Warnung bei der Königl. Kreis-Justiz-Commission zu Erfurt zu melden.

Naumburg, den 5. April 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

V e r p a c h t u n g.

Nach dem Beschluß des Königl. Finanz-Ministeriums soll der in der hiesigen Vorstadt Altenburg gelegene, dormalen noch 6 Morgen 25 Quadratruthen Fläche enthaltende und theils mit Weinstöcken, theils mit Obstbäumen beplanzte sogenannte Klosterberg mit dem darauf stehenden Pavillon und den dabei befindlichen Inventariensücken in Erbpacht ausgehan und das dem Berge gegenüber gelegene Winzerhaus nebst dazu gehörigen Kuhställe und Schweinekoben, dessen Grundwerth auf 291 Thlr. gewürdet worden ist und worauf an Grund-Abgaben

- 6 gangbare Steuerschock,
- 1 Gr. einfacher Quatemberbeitrag,
- 6 Gr. Erbzins,
- 10 Gr. 6 Pf. sogenanntes Jagdgeld und
- 12 Gr. Lehngeld auf den Unterfall

haften, an den Meistbietenden verkauft werden, und es ist dazu der

16te Mai d. J.

zum Bietungstermine angesetzt worden. Die licitation wird an dem bestimmten Tage Vormittags um 12 Uhr in dem Geschäftslocale der zweiten Abtheilung der Königl. Regierung abgehalten, wo sich dann diejenigen Personen, welche den Klosterberg in Erbpacht zu nehmen und das Winzerhaus zu erstehen Lust haben, mit der nöthigen Nachweisung ihrer Zahlungsfähigkeit versehen, einfinden wollen. Die nähern Bedingungen, unter welchen die Vererbpachtung des Klosterbergs und die Veräußerung des Winzerhauses erfolgen soll, sind von jetzt an in der Domainen-Registratur der zweiten Abtheilung der Königl. Regierung, sowohl Vormittags von 9 bis 1 Uhr, als Nachmittags von 3 bis 6 Uhr einzusehen, und werden auch im Bietungs-Termine nochmals, zur Anerkennung und Festhaltung, vorgelegt werden.

Merseburg, den 11. April. 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

S t e c k b r i e f.

Am 29. März d. J. hat der Grenadier Gottfried Wäcker vom Kaiser Franz Grenadier-Regimente unter dem Vorwande häuslicher Angelegenheiten Urlaub in seine Heimath nach Ostrau genommen und sich unter dem Vorgeben, verabschiedet zu sein, von dort entfernt. Sämmtliche betreffende Kreis- und Local-Polizei-Behörden des hiesigen Regierungsbezirks werden daher hiers durch angewiesen, auf den n. Wäcker, welcher 20 Jahr alt, 7 Zoll 1 Strich groß und aus Ostrau im Delitzscher Kreise gebohr ist, genau zu vigiliren, um ihn im Vetretrungsfalle sofort zu arrestiren und entweder an das hiesige Königl. General-Commando oder an das Königl. General-Commando des Garde- und Grenadier-Cörps in Berlin sicher abzuliefern.

Merseburg, den 14. April 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

N a t u r e i s t u n g

ber, in dem Monat März 1818, in den nachstehenden zum höchsten Abgabungs-Bezüge gehörigen Städten, bestanden
 Durchschnitts-Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse, inländischen und ausländischen des Markts-Standes.

Benennung der Gegenstände	Halle.		Eisleben.		Mannsb.urg.		Mittenberg.		Oelzig.		Muechsauf.		Zeitz.	
	Wert. Eckl.	Stroh. Eckl.	Wert. Eckl.	Stroh. Eckl.	Wert. Eckl.	Stroh. Eckl.	Wert. Eckl.	Stroh. Eckl.	Wert. Eckl.	Stroh. Eckl.	Wert. Eckl.	Stroh. Eckl.	Wert. Eckl.	Stroh. Eckl.
1. Weizen	3 5	6 5	2 2 21	5 13	8 2 21	8 5 15	3 8 6	6 12	5 5	5 6	6	2 21	8 5 15	2 22
2. Roggen	2 9	4 14	5 2 8	5 4 12	11 2 7	3 1 11	2 15	11 5	2 15	11 5	—	2 4 8	4 6	2 11
3. Gerste	1 17	3 7	5 1 22	3 17	2 1 20	6 3 14	2 6	9 4 10	1 21	5 3 16	—	1 19	10 3 15	1 18
4. Hafer	1 10	2 17	11 1 12	5 2 22	4 1 8	2 14	1 6	9 2 11	1 19	4 5 12	1 8	6 2 13	1 6	2 21
5. Hirse	9	17 10	6 16	8 5 15	6 6 23	3 15 12	7 15	8 14 16	8 10	4 16	8	10 7 1 20	—	8 6
6. Erbsen	2 20	5 11	9 4	7 18	—	3 2 4	6	—	5 3	10 6	5	3 2 4	6	5
7. Bohnen	4	7 18	—	7 18	—	3 2 4	6	—	4 19	7 9	8	—	5 2 1 6	5
8. Kartoffeln	1	1 22	6 1 12	2 21	9 21	4 1 18	—	—	18	7 1 12	1	—	2	15 6
9. Landwirth- liche u. and.	1 4	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	16
10. Erbsen	7	—	—	7	—	4 21	—	—	5 14	—	—	—	—	—

Mannsb.urg, am 10. April 1818.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

18. Stück.

Merseburg, den 2. Mai 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Den sämmtlichen Militair-Chirurgen, welche durch die bestandenen Staatsprüfungen zur Ausübung der Praxis im Civile berechtigt sind, und solche entweder schon ausüben, oder ausüben wollen, ist von dem Herrn General-Staabs-Chirurgus Böcke aufgegeben worden, dazu einen Gewerbschein zu lösen.

Nr. 89.
Gewerbscheine
der Militair-
Chirurgen.

Wir bringen diese Verfügung hiermit zur Kenntniß der Gewerbe-Stener-Aufsichts-Behörden, um darauf zu wachen, daß derselben nachgekommen werde.

Merseburg, den 17. April 1818.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.

Die unterzeichnete General-Direction hat bei oftmaliger Anwesenheit bei Feuersbrünsten die Bemerkung gemacht:

Nr. 90.
Feuers-Vollz.

daß die Wasserrwagen keine Tubben zum Ablassen des Wassers aus den Fässern bei sich haben, und daß der Mangel dieser Gefäße, die nur mit großer Schwierigkeit an den Orten, wo Feuer ist, anzuschaffen sind, die thätige Hülfe vermindert und die Spritzen nicht so viel wirken, als es außerdem möglich wäre.

Die General-Direction macht die Mitglieder der Societät hierauf aufmerksam, und veranlaßt sie, auf den Wasserrwagen, außer den schon verordneten Wasser-Schäupen, noch jedesmal einen Tubben mitzunehmen; die Herren Kreis-Feuer-Societäts-Directoren aber werden ersucht, auf Befolgung dieser zum allgemeinen Besten abzweckenden Verfügung zu halten und in ihren Berichten über entstandene Feuersbrünste zu bemerken, ob die Wasserrwagen mit Gefäßen zum Ablassen des Wassers versehen gewesen sind.

Magdeburg, den 24. März 1818.

General-Direction der Magdeburger Land-Feuer-Societät.
Schulenburg.

Vorstehende Aufforderung wird hierdurch den Magdeburgischen Land-, Feuer-, Societäts-, Verwandten- zur Nachachtung bekannt gemacht.

Merseburg, den 22. April 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 91.
Bestimmung
der Mählmeße
und deren Ver-
gütung.

Da gegenwärtig wieder ein mittlerer Stand der Getreidepreise eingetreten ist, und daher der Grund, aus welchem in der Verordnung vom 13. November 1816 (Amtsblatt Nr. 46. §. 6.) festgesetzt wurde:

daß es in dem freien Belieben des Mählgastes stehen solle, ob er die Meße in Natur oder dafür den Geldwerth nach dem niedrigsten Preise der nächst-
sten Marktstadt entrichten wolle,

nicht mehr statt findet, so wird diese Disposition hiermit wieder aufgehoben, und hat es in Hinsicht des Müllerlohns lediglich bei den resp. durch die örtlichen Gewohnheiten, Contracte und die bestehenden Gesetze bestimmten Verhältnissen sein zu bleiben.

Uebrigens versteht es sich von selbst, daß alle übrigen in der angezogenen Verordnung enthaltenen polizeilichen Vorschriften nach wie vor bei Kraft bleiben.

Merseburg, den 22. April 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Das lithographische Institut des Herrn Arny und Comp. zu Düsseldorf macht sich um die Aufstellung zweckmäßiger und wohlfeiler Hilfsmittel für den Unterricht in der Geographie und Naturgeschichte verdient.

Es sind nämlich von gedachtem Institut in Steindruck herausgegeben worden:

- a) Ein Schulatlas in klein Querfolio, bestehend aus 19 Karten, welcher mit dem dazu gehörigen kleinen Lehr- und Hilfsbuche 18 Gr. kostet.

Auf diesen Karten sind die Orte nach ihrer Lage zwar angegeben, aber nicht namentlich; sie sind daher vorzüglich für den Schulunterricht zu empfehlen.

- b) Drei große geographische Karten, nämlich die beiden Hemisphären und Europa, wovon die beiden ersten jede in 12 Blättern circa 5 Fuß und letzte in 20 Blättern 6 Fuß im Vierten groß sind, und welche zusammen 5 Thlr. 12 gr. Conrcent kosten. Diese 3 Karten sind mit großer Genauigkeit und so überflüssig und gut gearbeitet, daß sie, in den Schulzimmern aufgehängt, sehr gute Dienste leisten werden, und sich daher für jede Stadtschule, oder wo sonst einer größern Kinderzahl geographischer Unterricht erteilt wird, vorzüglich eignen.

- c) Eine Special-Karte des nordwestlichen Deutschlands, welche sämtliche Preuß. Provinzen zwischen der Weser und Maas enthält; sie ist 5 Fuß hoch und 2 1/2 Fuß breit, in 4 Blättern, und für 1 Thlr. zu haben.

- 4) Naturhistorische Abbildungen mit angedruckter kurzer Erläuterung, welche heftweise zu 6 und 6 Tafeln in Quersolio erscheinen, und wovon bereits mindestens sieben Hefte erschienen sind. Diese empfehlen sich durch getreue Darstellung in Zeichnung und Farbengebung, wie durch Wohlfeilheit des Preises, indem 1 Hest in schwarz 7 Gr. und illuminirt 14 Gr. kostet.

Indem wir die Schulpvorkteher und Schullehrer unsers Bezirks hierauf aufmerksam machen, und ihnen die Einführung und Verbreitung dieser Hülfsmittel beim Unterrichte empfehlen, bemerken wir zugleich für diejenigen, welche dieselben anzukaufen geneigt sind, daß sie sich deshalb, mit Einsendung des Kostenbetrages, an den hiesigen Registrator Herrn Burkhart wenden, auch die an die Königl. Regierung eingereichten Probe-Exemplare hieselbst in Augenschein nehmen können.

Wir werden dafür sorgen, daß die Lieferung des zu Bestellenden franco Merseburg erfolge.

Merseburg, den 1. April 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Es ist bemerkt worden, daß noch immer viele Feuersbrünste durch das Aufstiegen von beim Braten entzündeten und des Löschens wegen mit Wasser begossenen Speck veranlaßt worden. Dies zu vermeiden, wird hierdurch Jedermann gewarnt, den beim Braten angebrannten Speck nicht mit Wasser zu begießen, weil er dann zur Feuersesse hinausfliegt und, wenn er auf ein Stroh- oder Schindeldach fällt, zündet. Vielmehr muß in Brand gerathener Speck gleich vom Feuer weggenommen und zugedeckt, oder in Ermangelung einer Decke, mit Asche bestreut werden.

Merseburg, den 14. April 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Der Obristleutenant und Commandeur des 15ten Linien-Infanterie-Regiments, Herr von Wittich zu Münster, hat uns benachrichtigt, daß eine nicht unbedeutende Anzahl von Kriegsdenkmünzen 2ter Classe sich in seiner Verwahrung befände, welche für die Freiwilligen bestimmt wären, die im Feldzuge 1815 in dem Jäger-Detachement des 15ten Infanterie-Regiments Prinz Friedrich der Niederlande gestanden hätten, deren gegenwärtiger Aufenthalt aber bei dem Regimente nicht bekannt wäre.

Es werden daher alle diejenigen von jenen Freiwilligen, welchen Ansprüche auf die, für Nichtcombattanten gestiftete, eiserne Kriegsdenkmünze zustehen, hierdurch öffentlich aufgefordert, sich binnen vier Wochen zu deren Empfangnahme entweder durch die ihnen zunächst vorgesetzten Verwaltungsbehörden, oder in portofreien Briefen unmittelbar bei dem Herrn Obristleutenant von Wittich zu Münster, zu melden.

Merseburg, den 18. April 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Die Königl. Regierung hat das Publicum in der Bekanntmachung vom 1. Februar 1817 ausführlich von den Einrichtungen unterrichtet, welche der in Halle, zu Beschaffung wohlfeilern Brodes, zusammengetretene bürgerliche Verein zu Verfolgung seines Zwecks getroffen hatte.

Gegenwärtig hat der Verein über die erfreulichen Resultate seiner Wirksamkeit dem Publicum der Stadt Halle öffentlich Rechnung abgelegt, deren weitere Bekanntmachung der Königl. Regierung eben so nützlich erscheint, als sie jede weitere Beifallsbezeugung überflüssig macht.

Der Verein hat in dem Winter 1814 nach den in dem Publicando vom 1. Febr. bekannt gemachten Grundsätzen im Ganzen

523,440 Pfund Brod

zu elf Pfennigen das Pfund in bester Beschaffenheit an die ärmern Einwohner verkauft, während nach den Durchschnittspreisen das Pfund um fünf bis sieben Pfennige theurer war.

Rechnet man den Durchschnitt gerade zu sechs Pfennigen, so ergibt sich, daß der Verein durch diese Ersparniß an dem gesammten Brode der Armuth eine wirkliche Unterstützung von ungefähr

10,900 Thaler

gewährt hat.

Demungeachtet hat sich bei diesem Geschäft keine Einbuße, sondern ein baarer, ungefähr zur Hälfte durch Geschenke erlangter Ueberschuß von

2292 Thlr. 16 gr. 2 pf.

ergeben, wie die nachstehende summarische Berechnung ausweist.

Einnahme:

A. An baaren Geschenken bei Rückzahlung der Capitalien	1128 Thlr. 16 gr. — pf.
B. An Agio-Gewinn beim Ankauf der Papiere zu Bezahlung des Getreides	92 — 3 — 3 —
C. Für 1 Wispel Roggen und 1 Wispel Gerste, welche von dem angekauften Getreide ins Erzgebirge gesandt sind	134 — — —
D. Für 523,440 Pfund verkauftes Brod à 12 Pfennige	19,992 — 12 — —
E. Für verkaufte Kleie und Getreidesäcke	725 — 8 — 6 —
F. Für 8 Scheffel verkauften Roggen an unbemittelte Einwohner, à 3 Thlr. 12 gr.	24 — 16 — —
G. An vergütigtem Maßgelde	60 — 12 — —

Summa aller Einnahme 22,157 — 19 gr. 9 pf.

Ausgabe:

a. Für 150 Wispel 6 Scheffel Roggen nach den abgeschlossenen Contracten	11,157 Thlr. 4 gr. — pf.
---	--------------------------

b. Für 98 Wispel 12 Scheffel 15 Meßen Gerste . . .	5,536 Thlr. 2 gr. 6 pf.
c. Für Mahl- und Meßgeld . . .	1,401 — 25 — 3 —
d. Für Backgeld von 525,440 Pfund Brod . . .	890 — 20 — —
e. Für an das Erwerbshaus geschenkten Roggen und Brod . . .	142 — 2 — —
f. Für Zwisch und Dreß zu den Mehlsäcken . . .	224 — 10 — 3 —
g. Für Druckkosten und Papier . . .	23 — 1 — —
h. Für die Aufseher, Arbeitslohn, Anschaffung von Geräthschaften, Trinkgelber und verschiedene Ausgaben . . .	465 — 8 — 7 —
i. An Verlust bei Verbackung von 10 Wispel Roggen, welcher später übernommen war . . .	44 — 4 — —
Summa aller Ausgabe	19,865 Thlr. 3 gr. 7 pf.

B i l a n c e .

Die sämtliche Einnahme beträgt	22,157 Thlr. 19 gr. 9 pf.
— — Ausgabe —	19,865 — 5 — 7 —

Reibe Ueberschuß 2,292 Thlr. 16 gr. 2 pf.

Die Rechnung haben die Mitglieder des Vereins allen denen, welche an der Geschäftsbeforgung Antheil genommen haben, speciell abgelegt, und sie sodann an den Magistrat abgegeben. Sie liegt jetzt für jeden, der sie einzusehen lust hat, auf dem Rathhause bereit.

Die vorrätthige Ueberschuß-Summe soll nach der Bestimmung sämtlicher Teilnehmer zum Besten der Armen, jedoch auf eine solche Weise verwendet werden, daß das Capital selbst unangetastet bleibe.

Merseburg, den 20. April 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Nachdem die Freiherrn von Werthern auf Wiehe, Lossa, Bachra und Allerstädt diese verschiedenen Gerichtsstellen in ein Patrimonial-Kreisgericht vereinigt und dazu die Genehmigung des Königl. Justiz-Ministerii erlangt haben; so wird nunmehr dieses Patrimonial-Kreisgericht, dessen Gerichtspersonal aus dem Patrimonial-Kreisrichter Köhler, dem Kreisgerichts-Actuar Buchholz und den beiden Gerichtsboten Hoffmann und Dietrich besteht, dessen Sitz die Stadt Wiehe ist, und dessen Gerichtsbezirk sich auf die Stadt Wiehe und die Dörfer Donndorf, Garndach, Kleinroda, Allerstädt zur Hälfte, Zeisdorf zur Hälfte, Bernsdorf, Lossa, Rothenberga und Bachra erstreckt, hiermit als vollständig organisiert erklärt. Indem dieses nach-

ahnenswerthe Beispiel einer, den allgemeinen Zwecken der Justizpflege so sehr entsprechenden, Vereinigung verschiedener Patrimonial-Gerichte zur Kenntniß des Publicums gebracht wird, werden insonderheit die Gerichts-Insaßen der benannten Districtschaften in ihren Rechtsangelegenheiten an das Patrimonial-Kreisgericht zu Wiehe verwiesen.

Naumburg, den 1. April 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

In unserm Publicando vom 1. Juni 1816, wegen der portofreien Rubriken, ist auch der Rubrik:

Herrschaftliche Justiz-Cassen-Sache,

gedacht; wir machen jedoch den Untergerichten in dem uns anvertrauten Departement, zur Vermeidung von Ausstellungen und Weiterungen, bekannt, daß nach einer unmittelst mit dem Königl. General-Postamte gepflogenen Communication jener Bezeichnung die Portofreiheit nicht gestattet wird.

Naumburg, den 17. April 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Wir haben sowohl aus dem Depositorium des ehemaligen Protonotariats der Universität zu Wittenberg folgende verschlossene Testamente:

- 1) der Anne Bresdorfin, des Pastor Greuens zu Appelsdorf Hausfrau, deponirt am 27. März 1654;
 - 2) der Sibylle Magdalene Dertel geb. Kortmann, deponirt am 13. März 1709, und
 - 3) der Richterschen Eheleute, deponirt am 26. Januar 1711,
- als auch aus dem Depositorium der ehemaligen Stifts-Regierung zu Merseburg:
- 4) das verschlossene Testament der Euphrosine verehel. Primin, mit dem außenbesindlichen Datum Kriegsfeldt den 27. Juli 1759,

zu unserm Depositorium erhalten. Da nun seit der geschehenen Niederlegung dieser Testamente mehr als 56 Jahre verlossen und keine Nachrichten vorhanden sind, daß während dieser Zeit die Publication von Jemanden nachgesucht, noch dem Richter sonst von dem Leben oder dem Tode des Testators etwas Zuverlässiges bekannt geworden ist, so wird solches nach Vorschrift des Allg. Landrechts Th. I. Tit. 12. §. 218. andurch öffentlich bekannt gemacht, und es werden die Interessenten zur Nachsuchung der Publication andurch aufgefordert, mit dem Bemerken, daß nach Verlauf von sechs Monaten damit weiter den Vesehen gemäß verfahren werden wird.

Naumburg, den 18. April 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Dienstankstellungen und Beförderungen.

Bei dem Königl. Justizamte Weiskensels hat der bisherige Amts-Vice-Actuar Johann Wilhelm Imnisch die von ihm nachgesuchte Entlassung erhalten, und ist an dessen Stelle der bisherige zweite Registrator Moritz Magnus Mühle zum Amts-Vice-Actuar ernannt worden.

Raumburg, den 8. April 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

S t e f f b r i e f e .

Nachbenannter Uslane, Melchior Legion, vom Garde-Uslanen-Regiment, aus Marwitz bei Münster gebürtig, seit einem Monat Preuß. Soldat, und früherhin in russischen Diensten, ist aus der hiesigen Garnison in der Nacht vom 10. zum 11. d. M. entwichen. Die Gensd'armee wird hiermit angewiesen, auf ihn strenge zu vigiliren, im Betretungsfalle sogleich nach Berlin transportiren und an die hiesige Commandantur abliefern zu lassen. Der Kreis-Brigadier, in dessen Bezirke derselbe verhaftet ist, hat mir sofort davon Anzeige zu machen.

Berlin, den 12. April 1818.

Königl. Preuß. Chef der Gensd'armee,

v. Brauchitsch.

Signalement. Alter, 21 Jahr; Größe, 5 Fuß 6 Zoll; Haare, blond, kurz verschnitten; Mund, kleinen; Sprache, rheinischer Dialect. Bekleidung: Blau tuchene Lineweste mit rothen Kragen, grau tuchene Reithosen mit Lederbesetzung, Stiefeln mit Sporn, Cartusche, Edel, Lärche mit Ueberzug. Besondere Umstände: Der Deserteur hat über dem linken Auge eine kleine Narbe von einem Hiebe, wodurch dies Auge beim Aufblick um etwas kleiner ist, als das andere. Bei seinem Weggehen hat derselbe seinem Cameraden entwendet: einen dunkelgrauen Ueberrock, dergl. Hosen mit doppelten rothen Streifen, 5 Uhren, worunter eine engl. zweigehäusige, eine deutsche zweigehäusige und eine franz. eingehäusige, an welcher sich eine lange um den Hals gehende silberne Kette befand; ein Paar geblederne Handschuhe.

Nachbenannter Grenadier, Johann Siebert, vom Kaiser Alexander Grenadier-Regiment, aus Annaburg bei Wittenberg gebürtig, ist den 15. April c. aus der Caserne in der Münzstraße desertirt. Die Gensd'armee wird hiermit angewiesen, auf ihn strenge zu vigiliren, im Betretungsfalle sogleich nach Berlin transportiren, und an die Königl. Commandantur abliefern zu lassen. Der Kreis-Brigadier, in dessen Bezirke derselbe verhaftet ist, hat mir sofort davon Anzeige zu machen. Berlin, den 14. April 1818.

Königl. Preussischer Chef der Gensd'armee,

v. Brauchitsch.

Signalement. Alter, 22 Jahr; Größe, 5 Fuß 7 Zoll 5 Enich; Haar, blond; Stirn, flach; Augenbraunen, blond; Augen, schwarz; Nase, kurz; Mund, gewöhnlich;

Wart, feinen; Kinn, eingebogen; Gesicht, länglich; Gesichtsfarbe, blaß; Statur, mittlere; Sprache; deutsch, schäffischer Dialect. Bekleidung: dunkelblaue Jacke, grautuchene Weste; weißleinene Hosen, Communiß-Schuhe, neue Dienst-Mütze.

V e r z e i c h n i s s

aufgegriffener, mittelst Marschroute und Transports aus den Königl. Preuss. Staaten verwiesener Vagabonden.

a) Aus dem Weissenfelder Kreise.

a) Wegen Vagabondiren.

Johann Gottfried Böhme, Schneider aus Dresden, 22 Jahr alt, 68 Zoll Schf. groß; schwarzbraune Haare, hohe Stirn, braune Augenbraunen, blaue Augen, spitzige Nase, kleiner Mund, schwärzlicher Bart, rundes Kinn, gewöhnliches Gesicht, mittlere Statur, gesunde Gesichtsfarbe; über Leipzig nach Dresden.

b) Wegen Vagabondiren.

Carl Gottlob Fichtner, Tagelöhner aus Auerbach im Voigtlande, 29 Jahr alt, 69 Zoll Schf. groß; blonde Haare, hohe Stirn, blonde Augenbraunen, gräuliche Augen, spitzige Nase, aufgeworfenen Mund, braunen Bart, rundes Kinn, rundes Gesicht, mittlere Statur, blassere Gesichtsfarbe; besonderes Kennzeichen: hat erfrorene Füße; über Zeig.

a) Wegen Vagabondiren.

Johann Gottlieb Schneider, Weber aus Neyschlaw, 33 Jahr alt, 69 Zoll Schf. groß; blonder Haare, hohe Stirn, blonde Augenbraunen, blaue Augen, längliche Nase, runder Mund, blonde Bart, rundes Kinn, starkes Gesicht, mittlere Statur, ungesunde Gesichtsfarbe; über Zeig.

2) Aus der Stadt Merseburg.

a) Wegen Vagabondiren.

Gerson Mendel, Israelit, 48 Jahr alt, 4 Fuß 8 Zoll groß, schwarze Haare, hohe Stirn, schwarze Augenbraunen, braune Augen, proportionirte Nase, etwas aufgeworfener Mund, schwarzer Bart, rundes Kinn mit einer Zelle behaart, ovales Gesicht, blassere Gesichtsfarbe, kleine Statur; besonderes Kennzeichen: ein Backenbart unterm Kinn zusammenlaufend; mit Frau Aaron Marie Mendel und 12jährigen Sohn über Erfurt nach Weidenstadt.

b) Wegen Verdacht eines Diebstahls.

Johann Heinrich Friedrich Schreiber, Schneidergeselle aus Sondershausen, 22 Jahr alt, 5 Fuß 5 Zoll groß, hat hellbraune Haare, hohe Stirn, hellbraune Augenbraunen, große braune Augen, mittelmäßige Nase, aufgeworfenen Mund, hellbraunen Bart, rundes Kinn, langes Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, lange Statur; besonderes Kennzeichen: rüthlicher Backenbart; nach Sondershausen.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

19. Stück.

Merseburg, den 9. Mai 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nach einer von dem zweiten Departement des Königl. hohen Kriegs-Ministeriums uns geschehenen Eröffnung werden die trigonometrischen und topographischen Vermessungen im hiesigen Regierungsbezirke im Laufe dieses Jahres fortgesetzt werden, und bei der nunmehr wieder günstig werdenden Witterung in Kurzem ihren Anfang nehmen.

Indem wir mit Beziehung auf unsere Verfügung vom 21. Mai v. J. (Amtsblatt Stck. 22. Nr. 177.) dieses hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringen, bemerken wir, daß für dieses Jahr

- a) für die trigonometrische Aufnahme der Capitain Herr von Desfeld als Dirigent, und der Capitain Herr von Gelbke, der Herr lieutenant Asmann und der Herr Ingenieur Geograph Berghauss, als dessen Gehülfen,
- b) für die topographische Aufnahme der Herr Capitain von Nau als Dirigent, und der Herr Capitain von Westin, die Herren Premier-Lieutenants von Goldbeck, von Bisthum, von Kleist und von Lillienström, die Herren Lieutenants von Lindemann, von Camin, von Peltowski, von Röse, von Steppan, von Schmach, von Schuerwasser, von Triebel und die Herren Ingenieur-Geographen Empfänger und Christmann,

nach dem Herzogthume Sachsen beordert sind.

Die Dirigenten dieser Parttheien sind wie im vorigen Jahre mit offenen Ordres für diese ihre Geschäfte, von des Herrn Staatskanzlers Fürsten von Hardenberg Durchlaucht ausgefertigt, versehen und den Gehülfen derselben sind in Bezug auf jene offenen Ordres Seitens des zweiten Departements des Königl. hohen Kriegs-Ministeriums besondere legitimationen ausgefertigt worden. Indem wir in Hinsicht derjenigen Prästationen und Hilfsleistungen, welche die benannten Herren Offiziers bei diesem Geschäfte zu fordern berechtigt sind, auf die Bekanntmachung vom 21. Mai v. J. uns beziehen, veranlassen wir die sämtlichen Herren Landräthe, Magistrate,

Nr. 92.

Die trigonometrischen Vermessungen im hiesigen Regierungsbezirke.

Orts-Obrigkeiten und Schulzen, die in den offenen Ordres enthaltenen Vorschriften genau zu befolgen und die sonst nach Lage der Umstände etwa nöthigen Hülfsleistungen zu gewähren, und fordern wir sämtliche Eingeseffenen, insonders die Herren Prediger auf, zu Unterstützung dieses so gemeinnützigen Unternehmens möglichst beizuwirken.

Merseburg, den 27. April 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 93.
Einrichtung
der Arznei-
Rechnungen,
Bedarf der er-
forderlichen
Besorgung.

Sollen Arznei-Rechnungen, mögen die Arzneien für Privat-Personen oder öffentliche Institute geliefert sein, festgesetzt werden, so müssen sie mit den vollständigen und vorschriftsmäßig eingerichteten Belägen versehen sein. Werden Copien der Recepte beigefügt, so muß sie der Physicus oder der Arzt, welcher sie verschrieben hat, als richtig attestiren. Werden die Arzneien in den Rechnungen specificirt, so muß ebenfalls ein solches Attest die Gleichförmigkeit mit den Recepten nachweisen. Kommen Reiteraturen vor, so müssen sie nach der Verordnung vom 22. September 1805 von dem Arzte bescheinigt sein, widrigenfalls sie gestrichen werden müssen. Uebersteigt die Summe der Arznei-Liquidation fünfzig Thaler, so muß sie auf dem vorgeschriebenen Rechnungsstempel angefertigt werden.

Wir bringen dies hiermit zur Kenntniß der Rechnungs-Revisoren und der Apotheker, um sich genau darnach zu achten.

Merseburg, den 28. April 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 94.
Transport der
Verbrecher u.
Bagabonden
in das König-
reich Polen.

Zu Folge Rescripts des Hohen Polizei-Ministerii vom 1. d. M. sollen die aus den Königl. Preussischen Staaten nach dem Königreich Polen zu schaffenden Verbrecher und Bagabonden, nicht eher auf den Transport dorthin gegeben werden, als bis zuvor die Königl. Regierungen mit der nächsten Woiwodschafts-Commission wegen eines Ablieferungsorts übereingekommen sind.

Demnach werden sämmtliche Polizei-Behörden des hiesigen Regierungsbezirks hiermit angewiesen, in dem Falle, wo es auf den Transport eines Verbrechers oder Bagabonden nach dem Königreich Polen ankommt, zuvörderst darüber mit Einsendung der Acten, an die Königl. Regierung Bericht zu erstatten.

Nach empfangener Verordnung zum Transport, muß sodann in dem Transportzettel ausdrücklich bemerkt werden, daß mit der betreffenden Woiwodschafts-Commission wegen des Ablieferungsorts des Transportanten, die erforderliche Uebereinkunft getroffen worden sei, und ihm das in dem §. 21. ad 3. der General-Transport-Instruction angeordnete Schreiben an die Behörde des Ablieferungsorts beigefügt werden.

Inbesondere werden die, mit dem Auslande grenzenden Etappen-Behörden, mit

Hinweisung auf die in dem §. VIII. zu §. 15. der Erläuterung der General-Transport-Instruction enthaltenen, die Annahme der im Auslande auf den Transport gegebenen, an einheimische Behörden zum Weitertransport abgelieferter Verbrecher und Wagonbonden betreffenden Bestimmung, zur Vermeidung der dem Fiscus durch einen vergeblichen Transport erwachsenen Kosten, hiermit angewiesen: solche Individuen, welche zum Transport durch die diesseitigen Staaten nach Polen an einheimische Behörden abgeliefert werden sollen, nur unter der Bedingung anzunehmen, wenn wegen des Ablieferungsorts, zwischen der absendenden auswärtigen und der betreffenden Königl. Polnischen Behörde, die erforderliche Uebereinkunft getroffen worden ist.

Kruseburg, den 29. April 1818.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

Verordnung des Königlichen Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Nachstehendes Rescript des Herrn Justiz-Ministers vom 11/16. d. M.

„Es ist die Frage zur Sprache gekommen:

ob die Geistlichen zur Kategorie derjenigen Beamten zu rechnen sind, welche nach Vorschrift des Allgemeinen Preuss. Landrechts Zhl. II. Tit. XVIII. §. 161. bei der Uebernahme von Vormundschaften der Genehmigung ihrer vorgesetzten Behörde bedürfen?

Im Einverständniß mit dem Königl. Ministerium des Cultus hat sich der Chef der Justiz für die bejahende Verantwortung jener Frage entschieden.

Denn es leidet zuvörderst kein Bedenken, daß die Geistlichen als wirkliche Staatsdiener betrachtet werden müssen, indem sie nicht nur nach ihrem individuellen Wirkungskreise zur Classe der letzteren gehören, sondern auch von dem Gesetze selbst mit dieser Benennung bezeichnet werden, und in solcher Qualität alle Prærogative der Staatsdiener in ihrem gesammten — zu Gunsten der Geistlichkeit oft noch weiter ausgedehnten — Umfange genießen. (Allgem. Landrecht Zhl. II. Tit. XI. §. 96.)

Es unterliegt ferner keinem Zweifel, daß die Geistlichen, im Gegensatz vom Militair, nur unter die Rubrik der Civil-Beamten gebracht werden können, da das allgemeine Preuss. Landrecht sich Zhl. II. Tit. X. §. 1. seq. blos auf diese Classification hinsichtlich der Diener des Staats beschränkt hat.

Nach obiger Auseinandersetzung muß daher die Vorschrift des Allgem. Landrechts Zhl. I. Tit. XVIII. §. 161. auf sie ihre volle Anwendung finden.

Es tritt hinzu, daß der Grund des Gesetzes, welcher aus der notwendigen Controlle der Staatsdiener, hinsichtlich aller sie zerstreunden und von ihrem amtlichen Berufe abziehenden Nebenbeschäftigungen, entspringt, bei den Geistlichen,

Ar. 14.

Die Geistlichen bedürfen bei Uebernahme von Vormundschaften der Genehmigung ihrer vorgesetzten Behörde.

nach dem Maassstabe ihres Geschäftskreises und individuellen Berufs, so gut als bei allen übrigen Civil- Bedienten in Erwägung gezogen zu werden verdient."

wird hierdurch den sämmtlichen Untergerichten unseres Departements mit der Anweisung bekannt gemacht, dem gemäß in allen den Fällen, wo von einem Geistlichen eine Vermundtschaft übernommen wird, die gesetzlich vorgeschriebene Genehmigung des Provinzial- Consistoriums einzufordern.

Raumburg, den 21. April 1818.

Königl. Preuss. Ober- Landes- Gericht.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Im vergangenen Jahre sind, besonders in den Gegenden des Regierungs-Bezirks, welche Ueberschneemungen ausgefetzt sind, durch die sogenannte Schaafpöle mehrere Heerden sehr mitgenommen. Wir finden es daher zweckmäßig, nachstehende Belehrung über diese Krankheit aus Nr. 10. des Amtsblatts der Königl. Regierung zu Posen d. 3. wegen ihrer guten Vorschriften, nach ihrem wesentlichen Inhalt auch in unser Amtsblatt aufzunehmen.

§. 1.

Die Pöle, gewöhnlich das Pölschwerden genannt, wird richtiger mit dem Namen Bleichsucht oder Wassersucht bezeichnet. Sie ist eine dem Schaafpöle eigenthümliche Krankheit, und herrscht in der Regel seuchenartig in den ganzen Heerden zugleich, die davon ergriffen werden. Es giebt zwar zuweilen bei dem Windvieh einen ähnlichen Krankheitszustand, der jedoch Hinsichts seines Characters von der Bleichsucht der Schaafse verschieden ist, und nie seuchenartig vorkommt.

§. 2.

Die Zeichen, unter welchen diese Krankheit hervortritt, und durch welche sie erkannt wird, sind folgende: die Windhäute, die Blindhäute, auch Vogelhäute genannt, welche in gesundem Zustande weißröthlich aussehen, werden bleich. Dies nennen die Schäfer das Bettange. Die Augenlider schwellen an, und werden gleichfalls blässer. Wenn so verlieren die Lippen, das Zahnfleisch, der Gaumen, ihre natürliche Röthe, und der hintere Theil der Zunge schwillt auf. Das kranke Thier wird traurig und bläsig. Die Haut verliert ihre natürliche Festigkeit, welche in gesunden Tagen, besonders an dem Bauche und den inwendigen Lenden, bemerkt wird, wird bleich, die Wolle trocken und löset sich bei der Verührung leicht ab. Anfanglich ist die Freßlust nicht bedeutend verringert, mehr das Wiederkäuen. Das kranke Thier läßt oft, jedoch wenig Harn auf einmal, der ganz hellroth aussieht. Der Leib ist oft verstopft; dieser Zustand geht aber in der Regel in einen Durchfall über.

§. 3.

Beim weiteren Fortschreiten des Uebels tritt Geschwulst des Kopfes am hintern Theile der untern Kinnbacken ein, welche von manchen Schäfern die Flasche genannt wird. Diese Geschwulst ist weich, kalt, ohne Schmerzen, nimmt bei der

Bewegung des Thiers und den Tag über zu, dagegen bei Nacht wieder ab, verbreitet sich gegen den 6ten und 7ten Tag bis nach den Wangen, Augen und Nyrn, und verliert sich dann selten ganz wieder. Gegen diese Zeit schwellen die oben bemerkten, blaß gewordenen Theile, das Zahnfleisch, der Gaumen, die Zunge mehr an, wegen der übrige Körper abmagert. Die Fresslust, besonders nach trockenem und frischem Futter, nimmt ab, dagegen der Durst zu. Der Abgang des Urins ist sparsam, und steht, da sich mehrere Feuchtigkeit in das Zellgewebe absetzt, in keinem Verhältnisse mit dem vielen Trinken. Zuletzt stellt sich ein schleimiger Ausfluß aus der Nase ein; die Augen fangen an zu thränen, und es gesellt sich ein Durchfall dazu, bei welchem die Körperkräfte immer mehr schwinden. Zuletzt mindert sich gewöhnlich die Geschwulst am Kopfe fast gänzlich, wornach das Thier nach Verlauf von einigen Tagen freipirt.

§. 4.

Dies ist das Bild der Krankheit im Ganzen. Nicht immer sind bei den einzelnen kranken Häuptern sämtliche oben angegebenen Zeichen anzutreffen, wiewohl die Abweichungen nur gering sind. Bei den Eröffnungen der Schaafleichen wird in allen Höhlen des Körpers, in der Bauchhöhle, der Brust und selbst im Kopfe ausgetretenes Wasser in Menge angetroffen. Alle Eingeweide sind weiß, bleich und von der wäsrigten scharfen Feuchtigkeit angegriffen; namentlich ist dies bei den Lungen der Fall, welche überdieß meistens voller Knoten und Verhärtungen sind. In den Blutgefäßen ist nur wenig dünnes und wäsriges Blut. Selbst die Sehnen, Bänder und Knochen geben zuweilen zu erkennen, daß die fehlerhaft abgesonderten Säfte nachtheilig auf ihre Textur einwirkten. Die Leichen geben einen höchst widerigen Geruch von sich.

§. 5.

Die an sich schlaffe Textur des Zellgewebes bei dem Schaafvieh ist als Anlage zum Zäuswerden schon zu betrachten; es bedarf daher nur des Hinzutretens äußerlicher Ursachen, um das Uebel zum Ausbruch zu bringen. Diese Ursachen sind einzig und allein in den Schaafweiden und Hütungen zu suchen, welche entweder an und für sich durch einen überwiegenden Antheil von Wäsrigkeit, oder durch Einwirkung von Regen, Thau, Reif, Schnee und dergleichen schädlich werden, oder öfters Ueberschwemmungen ausgesetzt sind. Am Meisten begünstigt am meisten die Entstehung der Krankheit, indem theils durch den Genuß der nassen Kräuter und Gewächse zu viel Wäsrigkeit in den Körper gebracht, theils die Welle von der Nässe durchdrungen, und dadurch die Haut erschlafft wird. Bei anhaltendem Regenwetter entsteht daher das Uebel schnell, verbreitet sich über ganze Schaafherden und erreicht in kurzer Zeit den höchsten Grad seiner Wsartigkeit. Weniger schnell und weniger allgemein verbreitet, tritt dagegen dasselbe hervor nach dem Weiden auf stark behauten oder bereisten Feldern, indem theils an und für sich der Antheil von Feuchtigkeit nicht so bedeutend ist, theils dieselbe im Verlauf des Tages verschwindet.

§. 6.

Ein vorsichtiger Schaafherdenbesitzer wird seine Aufmerksamkeit hauptsächlich

darauf richten, den Ausbruch der Fäule in seinen Heerden zu verhindern, und dies wird möglich sein, wenn darauf Bedacht genommen wird, die oben angegebenen Gelegenheitsursachen entweder zu vermeiden, oder wenigstens unschädlich zu machen. Wiesen auf einem nassen Moor, oder Torfboden eignen sich an und für sich nicht zur Schaafhaltung, theils vermöge der beständigen Nässe, theils vermöge der auf denselben wachsenden Kräuter, deren Genuß die Anlage zur Entstehung der Krankheit unterhält. Bei anhaltendem, oft mehrere Wochen dauerndem Regenwetter ist es rathsam, die Schaafe so viel als möglich im Stalle zu halten; so wie bei Thau, Reif, Schnee und dergleichen, sie nur dann auszutreiben, wenn die Weideplätze im Verlaufe des Tages trocken zu werden anfangen. Nicht immer ist es jedoch möglich, Schaafheerden Wochen lang im Stalle zu halten, noch weniger ist dies bei solchen Heerden rathsam, welche an freie und offene Hütung gewöhnt sind. In diesen Fällen ist es nothwendig, die Stunden wahrzunehmen, wo es zu regnen aufhört, die Sonne den Thau und Reif schwinden macht, nur hohe Hütungsplätze zu wählen, und das Vieh nur kurze Zeit und immer nur im Gehen weiden zu lassen, beim Zurückkehren nach der Schäferei aber demselben sogleich trocknes Futter, Garben u. dgl. zu reichen. Ein vorsichtiger Landwirth wird daher dafür sorgen, immer einen Vorrath von gutem trocknen Futter, selbst für die Sommerzeit zu haben, damit er nicht in die Verlegenheit gesetzt werde, nachtheiligen äußern Ereignissen seine Heerden Preis geben zu müssen. Ein Landwirth rettete bei den vorjährigen Ueberschwemmungen durch Benutzung desselben einen großen Theil seiner erkrankten Heerde.

Bei diesen Vorsichtsmaaßregeln, welche die Erfahrung überall bestätigt, wird es möglich sein, den Ausbruch der Krankheit abzuhalten und die Heerden vor Verlust sicher zu stellen.

§. 7.

Ist nun die Krankheit wirklich in einer Heerde schon ausgebrochen: so kommt alles darauf an, daß sie zeitig erkannt und ihr theils durch gute Nahrung, theils durch zweckmäßige Mittel entgegengearbeitet werde, um das weitere Fortschreiten zu verhindern. Das sicherste Kennzeichen, wie oben §. 2. bemerkt worden, ist das Bleichen werden der Binde- und sogenannten Vogelthaut in den Augen. Dies zu entdecken, ist leicht, wenn man dem verdächtigen Thiere die Augenlider auseinander hält und das Auge so drehen läßt, daß die genannte Haut zum Vorschein kommt. In diesem Falle darf man nicht säumen, sofort ein zweckmäßiges Verfahren einzuleiten. Zu dem Ende behalte man die ganze Heerde auf der Schäferei, nähre das Vieh mit gutem trocknen Futter, besonders aber reiche man demselben gute vollkörnige Getreidegarben, oder gebe in deren Ermangelung einem jeden Stück ein Achtel Berliner Meße Körner, die Getreideart mag sein, welche sie wolle. Eine Garbe ist hinlänglich für 8 bis 10 Stück Schaafe, auch thut man wohl, das Kornfutter gleich am Morgen jedes Tages zu geben. Das übrige trockene Futter besuchte man mit folgender Mischung: man nehme 4 Pfund oder 2 Berliner Quart reines Wasser, thue in dasselbe ein Pfund Rüchen- oder Steinsalz, mische es gut durcheinander und besprenge damit

das Futter, welches, wenn es durch und durch befeuchtet worden, einige Stunden auf einem Haufen liegen bleibt, um es völlig durchweichen zu lassen.

Zum Trinken bereite man nachstehendes Wasser: man nehme gutes reines Wasser, lege in dasselbe mehrere Stücke recht rostig gewordenes, aber von allem Schmutze befreites Eisen, lasse dieses so lange liegen, bis das Wasser eine röthliche Farbe angenommen hat, thue ein Glas voll guten Essigs und $\frac{1}{2}$ Pfund Salz, auf einen Stalleimer gerechnet, hinzu, mische alles gut durcheinander, und lasse davon nach Gefallen trinken.

Werden diese Vorschriften gehörig befolgt: so kann man mit Zuversicht darauf rechnen, daß dem Fortschreiten des Uebels in Kurzem begegnet wird. Sollte indessen die Krankheit schon in den zweiten Grad übergegangen, der Zungenrund angeschwollen sein, das Zahnfleisch seine natürliche Röthe verloren haben u. s. w. (§. 2.), so ziehe man bei dem oben angegebenen Verfahren noch folgende Mittel in Gebrauch:

Man nehme Blätter von Salbei, Spise und Wermuth (fol. salviae lavendulae et absinthii) von jedem ein Hand voll, Wachholderbeere 4 Loth, gepulverten Mann 4 Loth, Asche von hartem nicht im Wasser gewesenem Holze $\frac{1}{4}$ Pfund. Alles dies thue man zusammen in ein Gefäß, gieße 3 Berliner Quart kochendes Wasser darauf, mische 8 Loth Küchenalz hinzu, bedecke das Gefäß, und lasse so das Ganze bis zum andern Morgen weichen, gieße die Flüssigkeit durch ein Tuch, und gebe dann früh nüchtern einem jeden ausgewachsenen Thiere den vollen Theil eines Quarts. Für die Jährlinge ist die Hälfte und für die Lämmer noch weniger hinreichend.

Mit dem Gebrauch des oben angegebenen Tranks fahre man so lange fort, bis die Zunge kein Anschwellen mehr zeigt, und das Zahnfleisch seine natürliche Röthe wieder bekommen hat, welches sehr oft schon am 4ten oder 5ten Tage geschieht, wornach bis zur völligen Wiederherstellung blos das zuerst angegebene mehr diätetische Verfahren in Gebrauch gezogen wird.

Sollte bei einigen Hauptern sich die Krankheit dem höchsten Grade ihrer Bösartigkeit nähern, der Kopf anschwellen u. s. w. (§. 3.), so verdient folgendes Mittel gebraucht zu werden:

Man nehme kleines Tausendgüldenkraut, Enzianwurzel, Weiden- und Eichenrinde getrocknet, von jedem 5 Loth (herba centaurii minoris, radix gentianae et cort. salicis et quereus), Eisenvitriol (vitriolum martis) 2 Loth. Dies alles thue man, nachdem die Wurzel und Rinden gröblich zerstoßen sind, in ein Gefäß, lasse dasselbe wohl zugedeckt bis zum folgenden Morgen stehen, drücke die Flüssigkeit durch ein Tuch und thue dann zu derselben Salmiak 2 Loth, Kampher 4 Loth, welcher letztere jedoch zuvor in 6 Loth starken Brantwein aufgelöst werden muß, wornach alles gut durch einander geschüttelt wird.

Von dieser Mischung, welche auf 12 Stück Schaafse von vollkommener Größe

berechnet ist, gebe man jedem Kranken früh nüchtern den 12ten Theil, wobei es sich von selbst versteht, daß alles das, was oben Hinsichts der Fütterung und des Getränks, so wie der übrigen Pflege und Wartung angegeben worden, gehörig beobachtet werden muß.

Es ist bekannt, daß durch diese fürchterliche Krankheit, wenn sie ihre größte Höhe erreicht, oft ganze Schaafheerden vernichtet werden. Wir können daher den Schäferserei-Besitzern das von uns Angegebene nicht dringend genug empfehlen, um so mehr, als dasselbe die Erfahrung für sich hat.

Merseburg, den 11. April 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

V e r z e i c h n i s

aufgegriffener, mittelst Marschroute und Transports aus den Königl. Preuß. Staaten verwiesener Tagabonden.

1) Aus dem Merseburger Kreise.

a) Wegen ermangelnder Legitimation.

Johann Christian Müller, Diensthote aus Strachhausen, 55 Jahr alt, 72½ Zoll Sächs. groß, blonde Haare, bedeckte Stirn, blonde Augenbraunen, blaue Augen, lange Nase, gewöhnlichen Mund, blonden Bart, spitzes Kinn, rundes Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, über Leipzig nach Strachhausen.

b) Wegen ermangelnder Legitimation.

Gottlob Barthel, Diensthote aus Grimma, 28 Jahr alt, 68 Zoll Sächs. groß, blonde Haare, bedeckte Stirn, blonde Augenbraunen, blaue Augen, spitze Nase, aufgeworfenen Mund, blonden Bart, gespaltenes Kinn, breites Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, über Leipzig nach Grimma.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

20. Stück.

Merseburg, den 16. Mai 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Da uns angezeigt worden ist, daß bisher öfters der Fall eingetreten sei, daß Landwehrmänner, Kriegs-Reserve-Mannschaften, und auch noch ungediente Militair-Pflichtige, und zwar besonders solche, welche sich in Herrendiensten befinden, sich nicht bei den landrätlichen Aemtern angemeldet, und die Ortschulzen sich damit entschuldigt haben, daß ihnen der Aufenthalt dieser Leute im Orte unbekannt geblieben sei; so werden sämtliche Dienstherrschaften, damit die Militair-Pflichtigen jeder Art zur Kenntniß der betreffenden Kreisbehörde kommen, hierdurch angewiesen, das an- und abziehende Gefinde oder die angenommenen oder abgelohnten Tagelöhner, unter Production ihrer Atteste und etwaigen Kriegs-Reserve-Scheine oder Landwehrpässe, bei Vermeidung von Zwei Thaler Strafe, bei der Orts-Polizeibehörde jedesmal sofort nach erfolgter Annahme oder Ablohnung zu melden.

Hierauf werden sämtliche Stadträthe, ingleichen die local-Polizeibehörden auf dem platten Lande und die Ortschulzen aufgefordert, die An- und Abziehenden jeder Art dem betreffenden landrätlichen Officium, unter genauer Angabe, ob sie ungediente Landwehr- oder Kriegs-Reserve-Mannschaften sind, bei Vermeidung einer ebenmäßigen, und im Fall einer absichtlichen Verschweigung noch zu verschärfenden Strafe, vierteljährlich 8 Tage nach beendigter Ziehzeit anzuzeigen, auch jeden Landwehr- und Kriegs-Reserve-Mann, bei Veränderung des Aufenthaltes, an die persönliche Anmeldung bei dem landrätlichen Officium und dem Bezirke-Feldwebel zu erinnern; im Fall sie aber wahrnehmen sollten, daß die Meldung desselben ungeachtet unterbliebe, auch außer der Quartalanzeige dem betreffenden Herrn Landrath sofort Nachricht davon zu geben.

Merseburg, den 27. April 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Das Königl. Hohe Polizei-Ministerium zu Berlin hat mittelst Rescripts vom 17. April 1818, an den v. Mon. festgesetzt, daß die Inhaber der General-Concessionen gehalten sein sollen:

Nr. 95.
Anzeige über
an- und abzie-
hendes Gefinde
de zu Ausweis-
teilung der Mi-
litairpflichti-
gen.

7. C. 2. 13

Nr. 96.
General-Con-
cessionen betr.

vor Ausübung ihres Gewerbes in dem Bezirke einer jeden Königl. Regierung bei dieser sich zu melden, und deren Entscheidung darüber zu erwarten, wenn, wie lange und in welchen Orten des Regierungs-Bezirks das Gewerbe betrieben werden kann.

Indem wir dies allen Orts-Obrigkeiten und Polizei-Behörden hiermit bekannt machen, werden dieselben zugleich angewiesen, keinen Inhaber einer General-Concession die Ausübung seiner Berechtigung zu gestatten, wenn derselbe nicht nachzuweisen im Stande ist, daß er der obigen Vorschrift Genüge geleistet hat.

Merseburg, den 30. April 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Sämmtliche Rentämter in den vorhin sächsischen Landestheilen des hiesigen Regierungs-Bezirks werden hierdurch angewiesen, beglaubigte Abschriften von den Heberegistern der Straßenbaudienst-, Surrogat- und Aequivalentgelder, welche in dem laufenden Jahre zur Einnahme kommen, binnen 14 Tagen unfehlbar einzusenden.

Merseburg, den 2. Mai 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Dienstanstellungen und Beförderungen beim Kirchen- und Schulwesen.

a) Als Prediger wurden confirmirt:

Der Candidat des Predigamts, Friedrich Ernst Reil, als Pastor Substitut zu Geußnitz und Loisch, Diöces Zeitz. — M. Gustav Heinrich Heidenreich, bisheriger Candidat des Predigamts, als Pfarrer zu Rehmsdorf und Kumborf, Diöces Zeitz. — Der zeitherige Cantor zu Wurzen und Candid. minist. Friedrich Wilhelm Köser, als Pfarrer zu Kobersbann, Ephorie Torgau. — Der bisherige Collaborator an der Landtschule Pforta, M. Johann Friedrich Heege, als Pfarrer zu Köglitz, Ephorie Merseburg. — Christian August Wecke, zeitheriger Candidat des Predigamts, als Pastor zu Skortleben und Deglitzsch, Diöces Weißenfels. — Der bisherige Pastor Subst. zu Ziegelroda, Friedrich Wilhelm Franke, als Pfarrer zu Holleben und Beulich, Diöces Merseburg. — Der Pfarrer Gottfried Wilhelm Hertling zu Dypin, als Pastor zu Kreipau mit Trebnitz und Wüstenentzsch, Diöces Merseburg. — Der bisherige Prediger zu Kropstädt, M. Daniel August Hofmeier, als Pastor zu Oberhelbrungen, Diöces Hildrungen.

b) Als Schullehrer sind angestellt und confirmirt worden:

Johann Ernst Juckuss, zeitheriger Schulmeister zu Burkroda, als Schulmeister zu Klein-Kayna, Inspr. Weißenfels. — Der bisherige Catechet zu Cossa, Johann Gottlieb Karnagel, als Schulmeister zu Cossa, Diöces Witterfeld. — Der vorm. Seminarist und Hauslehrer, Christian Fuchtegott Nagel zu Groß-Schirma,

als Küster und Mädchenlehrer in Zahna. — Der bisherige Kinderlehrer zu Bernsdorf, Johann Euphrian Eder, als Schulmeister zu Jündendorf, Insp. Freiburg. — Friedrich Heinrich Kilian, vorheriger Seminarist und Hauslehrer zu Lauchstädt, als Organist und Mädchenlehrer daselbst. — Der bisherige Cand. minist. und Hauslehrer zu Hefsta, Friedrich Wilhelm Carl Richter, als Cantor an der St. Andreas-Kirche und Quartus am Gymnasio zu Eisleben. — Der bisherige Kinderlehrer, Christian Gottlob Stope zu Roßsch, als Catechet zu Cossa, Ephorie Eilenburg. — Georg Heinrich Schache, zeitigerer Seminarist zu Altenburg, als Cantor und Schullehrer zu Erossen, Diöces Zeitz. — Der zeitigerer Schullehrer zu Neuh, Christian Friedrich Gottlieb Werner, als erster Mädchenschullehrer und Organist zu Wartin, 2te Insp. des Saalkreises. — Der bisherige Schullehrer zu Dubeleben, Johann Gottfried Arzt, als Schullehrer zu Neuh, 2te Insp. des Saalkreises. — Johann Gottfried Reinecke, bisheriger Schul-Candidat zu Schmiede, als Schul-Catechet-Substitut daselbst, Diöces Eloden. — Der zeitigerer interimistische Schullehrer zu Purzien, Johann Friedrich Traugott Große aus Labrum, als Catechet zu Purzien, Insp. Jessen. — Friedrich Christianlieb Scheibe, bisheriger Kinderlehrer zu Obermöllern, als Schulmeister zu Buckerroda, Insp. Eckartsberga. — Der vormalige Kinderlehrer, Heinrich Andreas Haun zu Kößleben, als Cantor zu Wiehe, Diöces Sangerhausen. — Der bisherige Kinderlehrer zu Wasewitz und Kanitz, Joh. Gottfried Rieß, als dritter Schullehrer und Küster zu Schildau, Insp. Torgau. — Der zeitigerer Schulmeister-Substitut, Gottfried Blas zu Möderling, als wirklicher Schulmeister daselbst, Diöces Freiburg. — Friedrich August Sauppe, zeitigerer Schulmeister-Substitut zu Groß-Bischellbach, als wirklicher Schulmeister daselbst, Diöces Zeitz. — Christian Friedrich Pöiz, bisheriger Schulm. Subst. zu Frohdorf, als wirklicher Schulmeister daselbst, Ephorie Sangerhausen. — Der zeitigerer Schulmeister zu Grillenberg, Gottfried Prägel, als Schulmeister zu Lengefeld, Insp. Sangerhausen. — Der bisherige Seminarist, Gottfried Daniel Damm zu Sangerhausen, als Cantor und Schullehrer zu Horta, Diöces Eisleben. — Johann August Carl Cartheuser, bisheriger Candidat des Predigtamts und Hauslehrer zu Schlottheim, als Rector zu Wiehe, Diöces Sangerhausen. — Der zeitigerer Kinderlehrer zu Werderthau, Christian Friedrich Berger, als Schulmeister-Subst. zu Polleben, Ephorie Mannusfeld.

V e r z e i c h n i s s

aufgegriffener, mittelst Marschroute und Transports aus den Königl. Preuß. Staaten verwiesener Vagabonden.

Aus dem Liebenwerdaer Kreise.

Wegen Vagabondiren.

Johann Gottlob Heinrich, Dienstknecht aus Großwig bei Dessau, 18 Jahr alt, 5 Fuß 5 Zoll groß, hat braune Haare, erhabene Stirn, braune Augenbraunen, blaue Augen, spitzige Nase, gewöhnlichen Mund, dünnen Bart, spitziges Kinn, längliches Gesicht, schlanke Gestalt; nach Großwig.

ber, in dem Monat April 1818, in den nochbenannten zum bürgerlichen Bürgerstande gehörenden Ewigen, bürgerlichen
Durchschnitts-Preis der Getreide und anderer Lebensbedürfnisse, in den Jahren des Reichs der Franzosen.

Benennung der Gegenstände	Pölle.		Eisenstein.		Saumburg.		Mittelsberg.		Religsh.		Quersdorf.		Reich.																											
	Perl. Eckl.	Direkt. Eckl.	Perl. Eckl.	Direkt. Eckl.	Perl. Eckl.	Direkt. Eckl.	Perl. Eckl.	Direkt. Eckl.	Perl. Eckl.	Direkt. Eckl.	Perl. Eckl.	Direkt. Eckl.																												
1. Weizen	3	2	5	23	5	2	18	9	5	9	3	5	18	2	20	3	5	12	4	21	5	6	11	5																
2. Roggen	2	2	4	—	11	2	1	6	3	23	2	1	1	18	4	2	11	4	4	19	2	10	10	4	18	2	1	7	4	—	2	8	4	14	4					
3. Gerste	1	15	—	3	5	7	1	20	5	3	14	—	1	19	—	5	11	4	2	5	8	4	8	—	1	17	5	3	8	—	1	17	5	3	9	9				
4. Hafer	1	12	—	2	21	9	1	12	9	2	25	3	1	5	—	2	8	2	1	7	5	2	12	6	—	1	15	5	5	4	—	1	7	—	2	12	—			
5. Raps	9	—	—	17	10	6	14	12	—	28	2	3	10	10	8	20	5	8	7	13	8	14	16	—	8	10	5	16	8	—	11	8	—	12	8	—				
6. Erbsen	2	20	—	5	11	9	5	20	—	7	10	3	2	20	—	5	11	9	3	18	10	7	8	—	3	2	4	6	—	5	2	4	6	—	2	20	11	5	13	—
7. Bohnen	4	—	—	7	18	—	5	20	—	7	10	3	3	4	6	—	4	19	7	9	8	—	3	19	7	7	—	5	2	4	6	—	3	20	11	5	13	—		
8. Kartoffeln	1	—	—	1	22	6	1	8	—	2	14	—	1	—	—	1	22	6	—	—	—	—	—	—	—	10	7	1	12	—	1	—	9	2	—	12	5	2	—	
9. Haubutter	1	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
10. Eier	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
11. Wein	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
12. Obst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		

Wien, am 10. Mai 1818.

Königl. Preuss. Regierung. E. K. Oberleitung.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

21. Stück.

Merseburg, den 25. Mai 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Da wir Kenntniß davon erhalten haben, daß, bei schon vorhandenen gesetzlichen Strafbestimmungen entgegen, noch häufige Beschädigungen der an den Chaussees, Landstraßen, Wegen und Brücken, so wie auf sonstigen öffentlichen Plätzen gepflanzten Bäume vorkommen, dadurch aber das Fortkommen dieser gemeinnützigen Anstalten hauptsächlich behindert wird, so wird eine geschärfte Strafbestimmung für dergleichen gesetzwidrigen Frevel nothwendig. Es wird demnach eine Strafe von 10 Thlr. oder im Fall des Unvermögens eine vierzehntägige Gefängnißstrafe auf jede absichtliche oder muthwillige Beschädigung eines an den Chaussees, Landstraßen, Wegen, Brücken und auf sonstigen öffentlichen Plätzen stehenden Baumes hiermit festgesetzt, mit welcher ein jeder, der sich dergleichen Beschädigungen erweislich hat zu Schulden kommen lassen, belegt, der Betrag der Geldstrafe aber dem Angeber unverkürzt als Prämie überlassen werden soll.

Zugleich werden alle Polizeibeamte unsers Regierungs-Bezirks zur Wachsamkeit über die strengste Anwendung dieser Strafbestimmung aufgefordert, und die Dorf-richter angewiesen, gegenwärtige Verordnung jährlich zweimal und zwar am Sonntage nach dem ersten April und am Sonntage nach dem ersten October vor versammelter Gemeinde, zu welcher auch das Dienstgesinde und alle diejenigen, die noch keinen besondern Hausstand gebildet haben, zuzuziehen sind, Nachmittags 1½ vollendetem Gottesdienste vorzulesen. Uebrigens erwarten wir von jedem gutgesinneten Einwohner, daß er zur Beförderung des wahren öffentlichen Bestens einen jeden getroffenen Baumbeschädiger bei der nächsten Polizeibehörde zur Bestrafung anzeigen werde.

Merseburg, den 30. April 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nach einer uns gewordenen Benachrichtigung des Königl. Ober-Präsidenten der Provinz Sachsen, haben des Königs Majestät erläuternd festzusetzen geruht, daß unter denjenigen großen Kirchenfesten, welche im ganzen Lande am Vorabende einge-

Nr. 97.

Strafe
absichtlicher u.
muthwilliger
Baumbeschä-
diger.

H. C. 2
18.

Nr. 98.

Einkennung
der Luftbarkeit
an den

Vorabend heiliger Tage. läutet werden, und an deren Vorabende Bälle und ähnliche Lustbarkeiten unterbleiben sollen, nur die drei großen Feste, Weihnachten, Ostern und Pfingsten, der Charfreitag, der allgemeine Vortag und der dem Andenken der Verstorbenen gewidmete Jahrestag zu verstehen sind.

Mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 12. Januar d. J. (Amtsbl. St. 4. Nr. 26.) machen wir dieses sämmtlichen betreffenden Behörden unsers Regierungsbezirks zu genauen Nachachtung und Befolgung hiermit bekannt, und weisen zugleich die Herren Superintendenten und Prediger hierdurch an, das Einläuten der oben benannten Festtage am Vorabende überall, wo selbiges nicht schon statt findet, anzuordnen.

Merseburg, den 4. Mai 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 99.
Die Aus-
gangsabgaben
vom Flach,
Hanf x. und
Leinengarn.

Nachdem des Königs Majestät mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 21. Januar d. J. die Aufhebung der in den ausländischen Provinzen rechts der Elbe bestandenen Flach- und Garn-Ausfuhrverbote befohlen haben, ist von den Königlich-Hohen Ministerien des Handels und der Finanzen für die östlichen Provinzen der Monarchie, mit Ausnahme des Herzogthums Sachsen und Neuvoorpommern, woselbst es bei der bisherigen Verfassung in Bezug auf die Abgaben sein Bewenden hat, Folgendes bestimmt worden:

Alle Beschränkungen des Verkehrs im Innern mit Flach, Hanf, Werrig, Hebe und Leinengarn, hören, wo sie bisher bestanden haben, auf. Von dem Verkehr mit diesen Gegenständen sollen bei der Ein- und Ausfuhr folgende Abgaben erhoben werden:

	Eingang.	Consumtions- Steuer.	Ausgang.
Flach, Hanf, Werrig, Hebe, vom Centner	frei	frei	— 16 gr. —
seewärts ausgehend . . .	frei	frei	— 6 gr. —
Leinengarn, vom Centner			
a) rohes	frei	frei	2 Thlr. — —
seewärts ausgehend . . .	frei	frei	— 4 gr. —
b) gebleichtes	1 Thlr. — —	frei	1 Thlr. — —
c) gefärbtes und Zwirn . .	1 Thlr. — —	frei	1 Thlr. — —

Der Durchgang wird wie der Ausgang, und bei dem gebleichten Garn wie der Ein- und Ausgang zusammengekommen, besteuert.

In dem Steuer-Districte Halle, wo noch die Westphälische Steuer- und Zollverfassung besteht, sind diese Abgaben, denen auch der Verkehr mit dem Herzogthume Sachsen so lange unterliegt, als daselbst eine besondere Abgabenverfassung besteht, von den Zollämtern sofort zu erheben. Dagegen kommt der bisher in nur gedachtem Districte auf dem Flachse und dem leinenen Garne gelegene Ausgangs-Impost, so wie der Erfaßzoll von dem letztern in Wegfall, während der bisherige Ausgangs-Impost vom wollenen Garne ferner zu erheben ist. Obige Abgaben sind demnach

in den Ausgangs-Impost-Registern zu berechnen, und es sind die dafür nöthigen Kuoriten so lange, bis neue Formulare dieser Register herausgegeben werden können, mit der Feder anzulegen.

Merseburg, den 9. Mai 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Es hat bei den Civil-Pensions-Bewilligungen bisher die Einrichtung bestanden, Nr. 100. daß solche von dem Königl. Hohen Finanz-Ministerio vorläufig festgesetzt und als Unter-
stützungen auf einen Dispositions-Fonds angewiesen wurden, bis die Königl. Al-
terhöchste Genehmigung erfolgen konnte. Diese vorläufige Pensions-Anweisungen
sollen, wie der Regierung von dem Hohen Finanz-Ministerio eröffnet worden ist,
vom 1. April d. J. nicht mehr statt finden, dagegen soll die Königl. Allerhöchste
Genehmigung, deren Einholung bisher in der Regel nur einmal im Jahre geschah,
vom Monat April ab, am Schlusse eines jeden Vierteljahres, auf den Grund der
von den Regierungen einzureichenden Quartal-Pensions-Nachweisungen nachgesucht
und nach erfolgter Allerhöchster Genehmigung die bewilligten Pensionen definitiv auf
den Pensions-Fonds übernommen und angewiesen werden. Zu den von den Regie-
rungen einzureichenden Nachweisungen sind, je nachdem die Pensions-Vorschläge die
in den Ruhestand zu versetzenden Officianten selbst oder die Wittwen und Kinder ver-
storbenen Officianten betreffen, besondere Schemata vorgeschrieben worden, von wel-
chen nachstehend ein Abdruck erfolgt. Die Behörden, von welchen über die Verhält-
nisse der um Pension ansuchenden Personen Auskunft erfordert wird, oder welche von
Amtswegen auf Pensionirung der ihnen untergebenen Officianten, so wie deren Witt-
wen und Kinder Antrag zu machen haben, werden hierdurch angewiesen, in ihren
Eingaben sich genau nach den hier abgedruckten Schemata's zu richten, und nicht allein
die vorgeschriebene Form zu beobachten, sondern auch die in dem Schema verlangten
Notizen vollständig zu liefern. Da die Regierung die Quartal-Nachweisungen so
zeitig von hier absenden muß, daß sie spätestens am 15ten Tage der Monate Juni,
September, December und März jeden Jahres in Berlin eintreffen, so müssen die
Berichte und Anträge von den betreffenden Behörden im Laufe der Monate Mai, Au-
gust, November und Februar hier eingehen. In Ansehung der zu pensionirenden Of-
ficianten in der Forst- und indirecten Steuer-Partie hat das Hohe Finanz-Ministe-
rium nachgelassen, daß die Pensions-Vorschläge für diese Classe der Officianten für
jeden einzelnen Fall eingereicht werden können, damit zur Prüfung dieser in größerer
Zahl vorkommenden Anträge Zeit gewonnen wird, und wenn besonders dringende
Umstände eintreten, angemessene Vorkehrungen getroffen werden können. In Ge-
mäßheit dessen, werden die Verwaltungsbehörden der Forsten und indirecten Steuern
fortfahren, in jedem speciellen Falle, jedoch mit Beobachtung der durch die jetzt vor-
liegenden Schemata vorgeschriebenen Formen, ihre Pensions- und Unterstützungs-
anträge bei der Regierung einzureichen.

Merseburg, den 10. Mai 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nachweisung

Finanz-Ministerii gehörigen Officianten
ment der Regierung

N. N.

Quartal 18...

Familien-Ver- hältniß ob er verheirathet ist Kinder, versorgte, unversorgte.	Vermögens- Ver- hältnisse.	Physische und moralische Gründe zur Pensionirung.	Censur über das bisherige Dienstbe- nehmen.	Höhe des im Antrag zu bringenden Pensions.	Bemerkungen.

B. Schema zur
der Pensions- und Unterstützungs-Vorschläge für die zum Ressort des Königlichen Finanz-
N. schen Regierungs- Departement

No.	Der Wittwen				Namen der hinterbliebenen Kinder	Deren Alter			Von den Kin- dern befinden sich.
	Vor- und Zu- namen.	Ehemann war	Bohnort.	Alter		Tag der Geburt	Jahr	längst beilegen- dem Alter	
				Jahre				No.	
1	Albrecht, Sophie geb. Frei.	Regier. Cancellist.	N.		1 Jeanette	13. Mai	1798	1	als Lehrin- bei der Leis- und Erzieh- ungsanstalt * in N.
					2 Heinrich August	3. August	1802	2	
					3 Wilhelm	1. Septb.	1805	3	in mütterli- cher Pflege.
2	Brand, Louise geb. Schulz.	Regier. Rath.	N.		1 Karl	10. Jan.	1784		als Rentm. im 1. Ostpr. Inf. Regim.
					2 Heinrich	7. Februar	1790		als Lehrer im Cadetten- hause zu N.
					3 Julius	3. Jan.	1805		. . .
					4 Theodor	9. Mai	1807		3
					5 Louise	1. Dec.	1809		in mütterl. Pflege.
3	Conradi, Marie geb. Lalande. u. f. w. nach dem Al- phabet.	Regier. Secretair.	N.		1 Gustav	3. April	1807		. . .
					2 Augusta	1. Nov.	1809		3
					3 Fr. Wilh.	3. August	1811	5	in mütterl. Pflege.

Nachweisung

Ministerii gehörenden Wittwen Königlich Officianten 2c. und deren Kinder, im pro 1884 Quartal 18

Die Mutter bezieht aus der Wittwen-Casse in Gold.	Des Ehemanns Dienst-			Betrag der in Vorschlag gebrachten		Auf wie lange.	Gründe für die Bewilligung.
	Zeit.	Einkommen jährlich.	Führung.	Pension.	Unterstützung.		
1884	Jahr.	1884		1884	1884		
			tadellos und verwurfsfrei, hat auch den Feldzug 1806 und 1807 als Soldat mitgemacht.	1884		bis zu ihrer etwaigen Wiederverheirathung.	Diese Wittve ist im traurigen Alter, ohne Vermögen zurückgelassen, und wegen Kindlosigkeit außer Stande, sich und ihre Kinder zu ernähren, hat auch keine Unterstützung v. Seiten ihrer Verwandten
			hat sich durch unermüdete Thätigkeit und vorzügliche Geschäftlichkeit vortheilhaft ausgezeichnet.	1884		wie vor.	Ohne Vermögen und sonstige Unterstützung.
.	.	.	.	1884	.	bis zum zurückgelegten Lebensjahre.	
.	.	.	.	1884		auf 3 Jahre.	Die Wittve hat zwar von Seiten ihres Vaters, des vormaligen Pächters N. zu N., eine Unterstützung d. r. e. i. n. f. zu erwarten; für jetzt aber nicht, weil über das väterliche Vermögen ein weit ansehender Proceß schwebt, der Vater und Tochter zur Zeit gleich hilflos macht. Nach dem abläufigen, anliegenden Schreiben des Oberlandesr. zu N. vom 18. steht die Beendigung dieses Proceßes in d. nächsten 4-5 Jahren nicht zu erwarten
			Summa				

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Sämmtliche Wittwen und Waisen der im hiesigen Regierungs-Bezirk verstorbenen Geistlichen, welche aus der Augustinischen Stiftung Provisionen zu beziehen berechtigt sind, fordern wir hierdurch auf, ihre Quittungen auf den Termin Martini 1817 an diejenigen Herren Superintendenten, in deren Ephorie die Geistlichen verstorben, zu Empfangnahme der Gelder einzusenden, wobei wir noch bemerken, daß diese Quittungen auf die hiesige Insulten- und Communal-Haupt-Casse lauten und mit dem bekannten Lebens-Atteste versehen sein müssen.

Merseburg, den 1. Mai 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Es sind die in dem Publicat vom 16. März 1817 vorgeschriebenen Nachweisungen über die bei den Königl. Justizämtern eingegangenen Urtheilgebühren, ehenachtet einer unterm 16. Januar des jetzt laufenden Jahres erfolgten öffentlichen Erinnerung, von den Aemtern Annaburg, Döben, Eilenburg, Heldrungen, Sachsenburg, Sangerhausen, Schleibitz, Schlieben und Weißenfels auf den Zeitraum Juli 1816 bis December 1817 noch gar nicht eingegangen, von den Aemtern Delitzsch, Torgau, Wittenberg und Zeitz mit Hainzburg aber auf das Jahr 1817 noch in Rückstand verblieben, wodurch die von dem Königl. Justiz-Ministerio beschlossene und den Amts-offizianten in Empfang gedachter Bekanntmachung bereits zugesicherte Verwendung dieser Fonds zur Ungebühr verzögert wird.

Nennante Aemter werden daher aufgefordert, die ermangelnden Nachweisungen binnen 14 Tagen bei Fünf Thaler Strafe allhier einzureichen.

Naumburg, den 8. Mai 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Bekanntmachung der Königl. Regierung zu Erfurt.

Bewegende Gründe haben uns veranlaßt, die Jahrmärkte zu Weißensee in der Art zu verlegen, daß

- 1) der sogenannte Margarethen-Markt von nun an früher, und zwar den Dienstag nach Veit, und wenn Veit den Dienstag fällt, an demselben Tage;
- 2) der Walli-Markt aber vorwärts den Dienstag nach Egidi, oder wenn Egidi den Dienstag fällt, an demselben Tage abgehalten werden soll.

Dem Handelstreibenden Publicum wird diese Abänderung zu seiner Nachricht bekannt gemacht. Erfurt, den 8. Mai 1818.

Königl. Preussische Regierung.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

22. Stück.

Merseburg, den 30. Mai 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Das Königl. Finanz-Ministerium hat in Betreff der Gehülsen der Hausfrier unter andern festgesetzt: Nr. 101.
Die Gehülfsen
der Hausfrier.

daß der Gehülfe des Hausfriers jederzeit in dem Gewerbscheine des Hauptes oder Meisters als Begleiter desselben genannt werde, und keinen besondern Gewerbschein erhalten soll, so wie, daß der Gehülfe stets das Haupt begleiten muß und nicht auf eigene Hand hausfrier darf, ohne die Erlaubniß zum Hausfrier sowohl für sich, als für den Prinzipal zu verwirken.

Die Vorschrift wird daher zur Nachricht und Warnung für die Hausfrier bekannt gemacht, die Polizei- und Steuerbeamten aber werden angewiesen, auf die Befolgung derselben pflichtmäßig Aufsicht zu führen, und vorkommende Contraventionen zur Anzeige zu bringen.

Uebrigens findet gegenwärtige Verordnung nur in den Halleschen, Saal- und Mansfeldischen Kreisen, wo die Gewerbesteuer eingeführt ist, Anwendung.

Merseburg, den 5. Mai 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Die Eingefessenen des hiesigen Regierungs-Bezirks werden hiermit angewiesen, ihre, in Dismembrations-Angelegenheiten zu machenden, Anträge nicht unmittelbar bei der Königl. Regierung, sondern bei den landrätlichen Behörden ihres Kreises einzureichen, welche demnächst nach Maassgabe der Verfügung vom 31. Aug. 1816 §. 18. (Amtsblatt von 1816 Seite 329) zu verfahren, unter Einreichung der Verhandlungen gutachtlich, und in sofern das Steuer-Interesse dabei in Frage kommt, gemeinschaftlich mit den Steuerbehörden in den vormals Sächsischen Landestheilen, aber nach vorheriger, durch das Generale vom 4. Mai 1789 vorgeschriebener Local-Expedition zu berichten haben. Nr. 102.
Dismembra-
tions-Angele-
genheiten sind
bei den land-
räthl. Behörd.
einzureichen.

Merseburg, den 18. Mai 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 105.

Die nächste
Petri Pauli
Messe zu
Raumburg
betr.

Mit Genehmigung Eines Königl. Höhen Ministerii des Handels wird hiermit, in Beziehung auf die bevorstehende Petri Pauli Messe zu Raumburg an der Saale Folgendes zur Kenntniß des Handel treibenden Publicums gebracht:

- 1) Die Messe zu Raumburg wird ganz in der vorjährigen Art gehalten, und es wird rücksichtlich des Abgabewesens keine Veränderung Statt finden.
- 2) Die von der Raumburger Messe aus, durch die alten Preussischen Staaten nach dem Oesterreichischen, nach Polen und Rußland gehenden Waaren, sollen nur einer Abgabe von Einem Taler Ersatzzoll vom Centner Brutto unterworfen werden.
- 3) Sollen die siegelungsfähigen Fabricate, welche in dem Königl. Preussischen Herzogthum Sachsen, so wie in den übrigen Preussischen Provinzen gefertigt worden und zur Versendung in die übrigen Preussischen Länder bestimmt sind, mit einem hierzu besonders gefertigten Siegel und schwarzem Lack besiegelt, sodann aber auch in unverbleieten Collis gegen Ursprungs - Certificate in die übrigen Königl. Staaten zugelassen, und dort nur der im Patent vom 6. November 1815 bestimmten Verbrauchsabgabe unterworfen werden.

Diejenigen, die auf der diesjährigen Raumburger Messe solche Versendungen zu machen gedenken, werden hiermit aufgefordert, sich nach unserer diesfälligen Bekanntmachung vom 30. April 1816 (Amtsblatt 1816 St. 9. S. 67.) genau zu achten.

Bei nicht siegelungsfähigen Fabricaten sollen zur Erreichung des eben erwähnten Zweckes, nach erlangter Uebergewährung von ihrem inländischen Ursprunge, die Collis plombirt, und über die Fabricate Ursprungs - Atteste und Messabfertigungen erteilt werden.

Zur Beforgung des Geschäfts der Versiegelung und bei nicht siegelungsfähigen Fabricaten der Verbleiung, so wie zur Ausstellung der Certificate werden wir, wie im vorigen Jahre, eine Commission von hier nach Raumburg zur Messe absenden, an welche die Fabricanten, die Versendungen in die übrige Monarchie zu machen gedenken, sich wenden können.

Schließlich wird dem Handelsstande eröffnet, daß des Königs Majestät geruht haben, der Stadt Raumburg an der Saale eine zweite oder Winter - Messe zu bewilligen.

Es wird jedesmal am 1. December, und wenn dieser auf einen Sonntag fällt, am folgenden Montag eingeläutet werden, und überhaupt drei Wochen dauern. Die näheren Bestimmungen sollen zu seiner Zeit öffentlich bekannt gemacht werden.

Merseburg, den 22. Mai 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königlichen Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Wir haben zu bemerken Gelegenheit gehabt, daß unsere Bekanntmachung vom 25. Juli 1816 (Seite 298 des Mesf. Amtsblatts) noch nicht überall beobachtet wird,

namentlich nicht, wegen des vor der Confirmation der Contracte über Dismembration von Erbzinsgrundstücken zu erfordernden grundherrlichen Consenses.

Wir finden uns daher veranlaßt, die Vorschriften jener Bekanntmachung sämmtlichen Verichten und Justiz-Commissarien unsers Departements hierdurch wieder zu Erinnerung zu bringen.

Raumburg, den 21. April 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Dienstanstellungen und Beförderungen.

Auf den Antrag des General-Pächters des Königl. Domainen-Amtes Wettin, Amtsraths Stöcklein, ist der zeitliche Amtmann Meyer als Mitpächter dieses Amtes aufgenommen und ihm der Titel eines Königl. Oberamtmanns beigelegt worden.

Merseburg, den 8. Mai 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

V e r z e i c h n i s s

aufgegriffener, mittelst Marschroute und Transports aus den Königl. Preuß. Staaten verwiesener Vagabonden.

1) Aus dem Weißenfeller Kreise.

a) Wegen Prellerei und Unfug.

Johann George Werner, Dienstknecht, gebürtig aus Trünzig, 26 Jahr alt, 67 Zoll Sächs. groß, hat dunkelblonde Haare, bedeckte Stirn, braune Augenbraunen, grünlüche Augen, stumpfe Nase, gewöhnlichen Mund, blonden Bart, spitziges Kinn, rundes Gesicht, ist gesund und von mittler Gestalt; über Zeig.

b) Wegen Vagabondiren.

Johann Gottlieb Steinbach, Bürger und Tuchmacher, gebürtig aus Kirchberg, ist 46 Jahr alt, 69 Zoll Sächs. groß, hat blonde Haare, runde Stirn, blonde Augenbraunen, blaue Augen, gewöhnliche Nase und Mund, blonden Bart, rundes Kinn, ovales Gesicht, braune Gesichtsfarbe und ist von mittler Gestalt; über Zeig.

Gottlob Heyne, Bürger und Tuchmacher, gebürtig aus Kirchberg, ist 40 Jahr alt, 69 Zoll Sächs. groß, hat schwärzliche Haare, niedrige Stirn, schwarzbraune Augenbraunen, blaue Augen, kleine Nase und Mund, weißlichen Bart, rundes Kinn, längliches Gesicht, blosse Gesichtsfarbe, ist hager; über Zeig.

Gottfried Greke, Zimmergeselle, gebürtig aus Ronneburg, ist 29 Jahr alt, 74 Zoll Sächs. groß, hat schwärzliche Haare, bedeckte Stirn, schwarze Augenbraunen, graue Augen, gewöhnliche Nase, runden Mund, schwarzen Bart, spitziges Kinn, starkes Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, ist von langer Statur; über Zeig nach Ronneburg.

Johann Gottlieb Reigke, Schuhmachergefell, gebürtig aus Somersdorf bei Freiberg, ist 19 Jahr alt, 63 Zoll Sächs. groß, hat braune Haare, hohe bedeckte Stirn, braune Augenbraunen, graublaue Augen, breite Nase, aufgeworfenen Mund, schwarzen Bart, rundes Kinn und Gesicht, bräunliche Gesichtsfarbe, ist von kleiner Statur; in seine Heimath gewiesen.

Georg Ludwig Schilffel, Bäckergefelle, gebürtig aus Schmalkalden, ist 68 Jahr alt, 67 Zoll Sächf. groß, hat graue Haare, runde Stirn, graue Augenbraunen, blaue Augen, starke Nase, gewöhnlichen Mund, grauen Bart, spitziges Kinn, langes Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, ist von kleiner Statur; besonderes Kennzeichen: eine Narbe an der rechten Seite der Oberlippe; in seine Heimath gewiesen.

2) Aus dem Naumburger Stadtkreise.

a) Wegen ermangelnder Legitimation.

Christian Friedrich Bernhardt, Handarbeiter, gebürtig aus Merzdorf bei Richtenwalde, ist 36 Jahr alt, 5 Fuß 4 Zoll groß, hat schwarze Haare, bedeckte Stirn, schwarze Augenbraunen, grünlüche Augen, lange Nase, proportionirten Mund, schwarzen Bart, ovales Kinn, längliches Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe und ist mittler Statur; über Altenburg nach Merzdorf.

b) Wegen Passverfälschung und Arbeitslosigkeit.

Cornelius August Büchner, Kürschnergefell, gebürtig aus Frankenhäusen, ist 49 Jahr alt, 5 Fuß 3 Zoll groß, hat weißgraue Haare, freie Stirn, graubraune Augenbraunen, graue Augen, stumpfe Nase, gewöhnlichen Mund, grauen Bart, gespaltenes Kinn, ovales Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe und ist mittler Statur; über Eckartsberga nach Frankenhäusen.

c) Wegen ermangelnder Legitimation und Vagabondiren.

Christiane Friederike Frommhold, ledige Weibsperson, gebürtig aus Lunzenau bei Penitz, ist 21 Jahr alt, 5 Fuß groß, hat braune Haare, freie Stirn, braune Augenbraunen, blaue Augen, kleine Nase und Mund, rundes Kinn, ovales Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe und ist mittler Statur; besonderes Kennzeichen: hat einen finstern Blick; über Zeitz nach Lunzenau.

5) Aus dem Eckartsbergaer Kreise.

Wegen mangelnder Legitimation.

Johann Ludwig Daniel Nordhof, Lackirer und Porzellanmaler, gebürtig aus Braunschweig, ist 5 Fuß 2 1/2 Zoll groß, hat schwarzbraune Haare, blaue Augen, stumpfe Nase, braunen Bart, längliches Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe und ist mittler Statur; besondere Kennzeichen: einige Narben; nach Braunschweig.

4) Aus dem Delitzscher Kreise.

a) Wegen Vagabondiren.

Christian Gottlieb Welschmidt, Handarbeiter, gebürtig aus Friedrighsgrün, ist 24 Jahr alt, 5 Fuß 1 Zoll groß, hat braune Haare, flache Stirn, dunkle Augenbraunen, blaue Augen, mäflige Nase, kleinen Mund, wenig Bart, rundes Kinn, rundes Gesicht, gelbliche Gesichtsfarbe und ist von kleiner Statur; über Leipzig.

b) Wegen Führung eines falschen Wanderbuchs.

Johann Heinrich Cramann, Müllergefelle, gebürtig aus Siegelbach, ist 19 Jahr alt, 5 Fuß 2 1/2 Zoll groß, hat schwarzbraune Haare, bedeckte Stirn, braune Augenbraunen, blaue Augen, starke Nase, großen Mund, keinen Bart, längliches Kinn, volles Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe und ist von mittler Statur; besondere Kennzeichen: an der linken Hand steife Finger; über Leipzig.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

25. Stück.

Merseburg, den 6. Junius 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Von dem Königl. Finanz-Ministerio ist unterm 8. März d. J. ausgesprochen, **Nr. 101.**
 daß die Accise-Aemter als Special-Stempel-Depots zum Verkauf der Stempel-
 Materialien nur in ihren gewöhnlichen Dienststunden verpflichtet sind, die Rentanten Verkauf der
 aber stets einige Spiels-Charten so wie auch einige Bogen Stempelpapier zu 2 gr. Conten und
 und zu 8 gr. in ihren Wohnungen sich halten sollen, damit erforderlichen Falls das des Stempel-
 Publicum auch in den Abendstunden solche ankaufen kann. papier.

Es wird diese Festsetzung daher den Stempel-Rentanten hiesigen Bezirks zur
 Nachricht bekannt gemacht, mit der Anweisung für diejenigen, welche keine beson-
 dere Amtsstuben besitzen, sondern die Accise in ihren Wohnungen erheben, daß sie,
 wenn sie ausgehen, ihren Hausgenossen für den Zweck erwarteter Nachfrage stets ei-
 nige Spiels-Charten und einige Bogen gedachter Sorten Stempelpapiers zum Debit
 zurückzulassen haben. Merseburg, den 18. Mai 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Ungeachtet in dem Publicando vom 5. Januar 1817 (Amtsbl. St. 2.) deutlich **Nr. 105.**
 vorgeschrieben ist, daß die in Frankreich zu producirenden Actenstücke von der Unter-
 behörde, welche sie ausgestellt und beglaubigt hat, an die Königl. Regierung einge-
 sendet werden sollen, damit selbige deren Identität bezeuge, um hierdurch die Königl.
 Gesandtschaft zur Legalisation dieser Actenstücke in den Stand zu setzen: so ist doch
 die Einsendung an die Regierung zumweilen unterblieben, und es sind dadurch den In-
 teressenten zugleich vergebliche Kosten und Zeitaufwand verursacht worden. Die Legalisa-
 tion der in
 Frankreich zu
 producirenden
 Actenstücke.

Es wird daher jenes Publicandum hiermit in Erinnerung gebracht, mit der An-
 weisung an die Unterbehörden, dergleichen von ihnen ausgestellte Actenstücke jedesmal
 zur Beglaubigung an die Regierung einzusenden, indem sie im Unterlassungsfall für
 die den Interessenten daraus erwachsenden Nachtheile ausdrücklich verantwortlich ge-
 macht werden. Merseburg, den 27. Mai 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Bekanntmachung der Land-Feuer-Societät zu Magdeburg.

Die Interessenten der Magdeburger Land-Feuer-Societät werden darauf aufmerksam gemacht, daß mit dem 1. Januar 1819 ein neues Triennium angeht und zu diesem Zeitpunkte beliebige Veränderungen in den Asscuranz-Summen vorgenommen werden können. Das dabei zu beobachtende Verfahren ist in nachfolgendem Publicando vom 7. October 1814 enthalten, worauf die Interessenten verwiesen werden.

Magdeburg, den 4. Mai 1818.

General-Direction der Magdeburger Land-Feuer-Societät.

P u b l i c a n d u m.

Da gegen die in dem Feuer-Societäts-Reglement vom 26. September 1789, dessen Anhang vom 28. Mai 1804 und Nachtrage vom 6. November 1808 enthaltenen Vorschriften wegen Anfertigung und Einreichung der Cataster oft noch gefehlt wird, und da mit dem 1. Juni 1815 ein neues Triennium anfängt, so werden sie den Interessenten nachstehend zur genauen Beobachtung in Erinnerung gebracht:

§. 1.

§. 13. No. 1 bis
b. d. R.

Jedes Gebäude, welches versichert werden soll, muß einzeln mit Bemerkung seiner Länge und Breite nach rheinländischem Maaße, und mit Angabe des Namens des Eigenthümers und der Hausnummer in das Cataster eingetragen und die Einschassungen dabei gesetzt werden.

§. 2.

§. 3. d. R. und
§. 14. d. R.

Jagdhäuser — worunter doch die Försterwohnungen nicht mit zu verstehen — Schmelz- und Glashütten, Salzkoten, Pulvermühlen, Brennösen auf den Ziegeln und überhaupt alle dergleichen Gebäude, welche der Feuergefahr vor andern ausgesetzt sind, werden von der Societät nicht asscurirt. Dorfschmieden und Gemeindegasthäuser können zwar in die Cataster aufgenommen werden, sie müssen aber feuerfest und mit Brandmauern eingeschlossen sein.

§. 3.

§. 1. d. R.

Die Versicherungssumme eines jeden Gebäudes muß mit dem wahren Werthe desselben zur Zeit der Eintragung im Verhältniß stehen, jedoch solchen nicht ganz erreichen, nie aber ihn übersteigen. Die Kreis-Directionen sind ermächtigt, mit Zustimmung der Ortsobrigkeit, unverhältnißmäßige Taxen festzusetzen; wird dabei eine Abschätzung durch Sachverständige nothwendig, so geschieht sie auf Kosten des Eigenthümers.

§. 1. d. R.

§. 46. d. R. u.

§. 4. d. R.

§. 4.

§. 1. d. R.

An Orten, wo die Gutsheerrschaften den Unterthanen zu ihren Gebäuden das erforderliche Bauholz frei geben müssen, ist den Unterthanen nicht erlaubt, solche Gebäude, in Ansehung welcher sie diese Wohlthat genießen, nach ihrem ganzen Werthe asscuriren zu lassen, sondern die Einsätze für dieselben dürfen nur auf den nach Abzug des Holzwerths verbleibenden Werth geschehen, wogegen die Gutsheerrschaften den Werth des von ihnen zu den Unterthanen-Gebäuden zu verabreichenden Bauholzes, gegen Leistung des Beitrages davon, neben der Versicherungssumme der Unterthanen

selbst assureiren lassen können. Dabei ist aber der Grundsatz zu beobachten, daß die zwei Versicherungssummen eines jeden Gebäudes zusammen genommen den wahren Werth desselben zur Zeit der Eintragung nicht ganz erreichen dürfen, auch muß die Taxation solcher Gebäude mit Zuziehung der Kreis-Direction geschehen. Es brauchen indeß nicht zwei separate Cataster von den Unterthanen-Gebäuden gemacht zu werden, sondern am Ende des Catasters wird, zur Nachricht der Interessenten, das Verhältniß, in welchem die Einsätze von der Gutsheerrschaft und die von den Unterthanen geschehen und nach welchem also die Beiträge von ihnen zu leisten sind, angegeben.

§. 5.

Die geringste Affecuranz-Summe ist 25 Rthlr., die folgenden sind 50, 75, §. 13. No. 4. 100, 125 Rthlr. u. s. w. d. R.

§. 6.

Ein und dasselbe Gebäude darf niemals und unter keinerlei Vorwande doppelt §. 13. No. 3. assureirt werden. d. R.

§. 7.

Die Interessenten müssen die Anfertigung der Cataster selbst besorgen und die §. 76. No. 1. desfalligen Kosten übernehmen. Die Ortsobrigkeit oder der Ortsvorsteher macht d. R. u. §. 19. das Cataster und reicht es bei der Kreis-Direction ein. No. 1, d. R.

§. 8.

In der Regel ist von jedem Orte nur ein Cataster zu machen, worin alle Ge- §. 63. No. 2. bäude, welche an dem Orte versichert werden, einzutragen, ohne Unterschied, ob es d. R. Ritterguts-, geistliche oder Unterthanengebäude sind.

§. 9.

Wenn in einem Cataster die Gebäude der Ermirten und die der Unterthanen zu- §. 64. No. 3. sammen eingeschrieben, jedoch die Einsätze jeder Classe besonders summirt sind, oder d. R. wenn die Summe der vorhergehenden Seite auf der folgenden nicht übertragen worden, so sind am Ende die Summen zu recapituliren, und zwar nicht blos die Hauptsummen der letzten Colonne, sondern auch die Specialsummen von Wohnhäusern, Scheunen, Stallung und Nebenhäusern.

§. 10.

Jedes Cataster wird dreifach gemacht, und unterschrieben und besiegelt bei der §. 68. No. 4. Kreis-Direction drei Monat vor Anfange des neuen Societäts-Jahres übergeben. d. R. Später eingehende Cataster werden für das nächstfolgende Jahr nicht angenommen, sondern der Kreis-Direction sofort zurückgegeben.

§. 11.

Wenn bei einem in dem Lagerbuche eingetragenen Cataster durch Erhöhung oder §. 68. No. 5. Heruntersetzung der Einsätze, oder durch den Beitritt neuer Interessenten, oder den Austritt freiwilliger Mitglieder aus der Societät, Veränderungen entstehen, so müssen solche der Kreis-Direction drei Monat vor Anfange des neuen Societäts-Jahres speciell angezeigt und dabei zugleich nachgewiesen werden, in wiefern durch die Veränderungen die bisherige Totalsumme des Catasters erhöht oder vermindert wird. Geschehen ein oder zwei Veränderungen: so werden solche hinter dem Cata-

ster bemerkt und dieses der Kreis-Direction mit zugesandt. Sind aber mehr als zwei Veränderungen, so muß das Cataster umgeschrieben und dieses umgeschriebene Cataster in Triplo der Anzeige an die Kreis-Direction beigelegt werden.

§. 12.

§. 6. u. 11. d. N. Während eines Triennii können so wenig freiwillige Mitglieder aus der Societät scheiden, als sind Veränderungen in den Catastern durch Erhöhung oder Heruntersetzung der Einsassummen oder durch den Austritt mit einzelnen Gebäuden zulässig, sondern es müssen die einmal übergebenen und in dem Lagerbuche eingetragenen Cataster bis Ende des Triennii unverändert bleiben.

§. 13.

§. 7. d. N. Jedoch werden in folgenden zwei Fällen Veränderungen in den Catastern, als Ausnahme von der Regel, gestattet, nämlich wenn während des Triennii

- 1) ein Gebäude eingerissen, und
- 2) statt eines alten ein neues Gebäude aufgeführt werden.

Im erstern Fall wird auf Anzeige des Eigenthümers, welche drei Monat vor Anfange des neuen Societäts-Jahres bei der Kreis-Direction geschehen muß, das eingerissene Gebäude im Cataster gelöscht und der Beitrag dafür hört vom Anfange des neuen Societäts-Jahres an, auf.

Im zweiten Fall steht dem Eigenthümer frei, ein solches neu aufgeführtes Gebäude mit einer verhältnißmäßigen höhern Summe versichern zu lassen, es muß aber davon ein Nachtrag zum Cataster gemacht und solcher drei Monat vor Ende des laufenden Societäts-Jahres bei der Kreis-Direction eingereicht, auch darin blos das erhöhte Einsassquantum oder der Zusatz gesetzt werden, damit das Haupt-Cataster unverändert bleibt.

§. 14.

§. 8. d. N. Außer vorgedachten beiden Fällen werden alle Veränderungen in den Catastern während des Triennii von der Hand gewiesen, und die sich deshalb etwa meldenden Interessenten damit bis zum Anfange des neuen Triennii verwiesen, da sie denn drei Monat zuvor solche bei der Kreis-Direction anzuzeigen und die umgeschriebenen Cataster einzureichen haben.

§. 15.

§. 9. 10. 2. 11. d. N. Dagegen können mit dem Anfange eines Triennii freiwillige Mitglieder aus der Societät scheiden, auch die Einsassummen erhöht und heruntergesetzt werden, und überhaupt ist alsdann jede Veränderung in den Catastern zulässig.

§. 16.

§. 5. d. N. Alle Jahr steht es einem jeden frei, der Societät beizutreten, welches auch den alten Interessenten in Ansehung solcher Gebäude, die noch nicht assicurirt sind, nachgelassen wird, es müssen aber die Cataster und resp. Nachträge drei Monat vor Anfange des neuen Societäts-Jahres bei der Kreis-Direction eingegeben werden. Verschließt es später, so werden sie für dasmal nicht angenommen.

Magdeburg, den 7. October 1814.

General-Direction der Magdeburger Land- u. Feuer-Societät.

Graf von der Schulenburg, Emden.

Bekanntmachung des Königl. Ober-Appellations-Gerichts des Großherzogthums Posen.

Se. Königl. Majestät von Preußen, unser allergnädigster Herr, haben es für nöthig geachtet, in den, mit Allerhöchst Ihren Staaten wieder vereinigten Districten des vermaligen Herzogthums Warschau, nämlich dem jetzigen Großherzogthume Posen, und dem, zu Westpreußen gelegten Culm- und Michelauschen Kreise, nebst der Stadt Thorn, das Hypotheken-Wesen wieder einrichten zu lassen, wie es in Allerhöchst derselben übrigen Ländern regulirt ist, um dadurch Gewißheit und Sicherheit des Eigenthums und der Realrechte auf unbewegliche Güter, so wie den Realcredit der Grundbesitzer wieder herzustellen.

Zu diesem Zwecke ist unterm 4. April d. J. ein besonderes Patent ergangen, welches die nähern Vorschriften und Bestimmungen hierüber zum Gegenstande hat.

Nach diesem werden alle, von Seiten der ehemaligen West- und Südpreussischen Hypotheken-Behörden bis zu ihrer, im Jahre 1806 oder später erfolgten Auflösung in den, vorschrittmäßig angelegten Hypotheken-Büchern, bewirkte Eintragungen und Löschungen der Hypotheken-Rechte, und alle darüber ertheilte Hypotheken-Scheine als vollkommen rechtsbeständig und gültig angesehen, so daß es wegen aller hier, nach schon eingetragenen Realrechte keiner neuen Anmeldung und Eintragung bedarf.

Dagegen müssen die, nach Auflösung der Preussischen Behörden, von den Gerichten oder Hypotheken-Conservatoren des Herzogthums Warschau vorgenommenen Verichtigungen der Besitztitel erneuert, und die eingetragenen Ansprüche zur Erhaltung ihres Realrechts von neuem angemeldet, und in die Hypotheken-Bücher eingetragen werden. Sind aber Forderungen, deren Eintragung in die Hypotheken-Bücher vor dem gedachten Zeitpunkte geschehen, wieder gelöscht worden, so ist nachzuweisen, daß dabei die gesetzlichen Vorschriften beobachtet sind.

Da, wo ein, nach den Vorschriften der Hypotheken-Ordnung eingerichtetes Hypotheken-Buch noch gar nicht vorhanden ist, soll die Einrichtung desselben nachgeholt werden.

Die Wiedereinrichtung des Hypotheken-Wesens erfolgt im Großherzogthume Posen in Absicht der vormalis erimirten Grundstücke (der adelichen Güter) durch zwei besondere Commissionen, von denen die eine zu Posen, für den Posener Regierungs-Bezirk, nämlich für die Kreise Posen, Buk, Samter, Dornik, Schroda, Schrim, Krotoschin, Pleschen, Adelnau, Ostrezjew, Trautstadt, Kröden, Kosten, Meseritz, Birnbaum, Boms und Pysern Preussischen Theils, und die andere zu Bromberg, für den Bromberger Regierungs-Bezirk, nämlich für die Kreise Wirsis, Chodziesen, Czarnikau, Bromberg, Inowracław, Schubin, Osen, Wągrowiec und Mogilno, eingerichtet wird. — Bei den, nicht adelichen, ländlichen Immobilien und städtischen Grundstücken, soll die Wiederherstellung oder erste Einrichtung des Hypotheken-Wesens von den Landgerichten, in deren Bezirke sie belegen sind, bewirkt werden, und zwar von dem Landgerichte zu Posen, in den Kreisen Posen, Buk, Samter, Dornik, Schroda und Schrim, von dem Landgerichte zu Krotoschin, in den Kreisen Krotoschin, Pleschen, Adelnau und Ostrezjew, von dem

Landgerichte zu Fraustadt, in den Kreisen Fraustadt, Kosten und Kröben, von dem Landgerichte zu Meseritz, in den Kreisen Meseritz, Birnbaum und Bomst, von dem Landgerichte zu Schneidemühl in den Kreisen Wirsis, Ehdziesen und Czarnikau, von dem Landgerichte zu Bromberg, in den Kreisen Bromberg, Inowracław und Schubin und von dem Landgerichte zu Gnesen, in den Kreisen Gnesen, Wągrowiec, Mogilno und Pleszn Preussischen Antheils.

Die Regulirung des Hypotheken-Wesens von der Stadt Schermelsel, nebst den Vorwerken Brückenhoff und Niederhoff, und von dem adelichen Gute Grochow, so wie von den, in denselben befindlichen einzelnen Besitzungen, die sonst zum Meseritzer Kreise des Posener Departements gehörten, jetzt aber mit dem Sternbergischen Kreise der Neumark vereinigt sind, geschieht von dem Ober-Landesgerichte zu Frankfurt a. d. O. und resp. von dem Land- und Stadtgerichte zu Zülzig, je nachdem sie jetzt der Gerichtsbarkeit des einen oder des andern unterworfen sind.

In den, zu Westpreußen geschlagenen Districten, dem Culm- und Michelauischen Kreise und der Stadt Thorn erfolgt die Wiedereinführung des Hypotheken-Wesens von erimirten Grundstücken bei dem Ober-Landesgerichte zu Marienwerder, von allen übrigen aber bei den competenten Land- und Stadtgerichten.

Alle und jede Besitzer eines unbeweglichen Eigenthums oder einer, zur Eintragung in das Hypotheken-Buch sich eignenden Gerechtigkeit, die für sich selbst besteht, und ohne den Besitz eines Grundstücks ausgeübt werden kann, so wie alle diejenigen, welche an ein Grundstück, oder an eine, zur Eintragung ins Hypotheken-Buch sich eignende Gerechtigkeit im Großherzogthume Posen, dem Kreise Culm und Michelau, und in der Stadt Thorn einen Realanspruch behaupten, sind, in so fern ihr Eigenthum oder ihr Realrecht bis zur Auflösung der Preussischen Behörden im Hypotheken-Buche nicht bereits eingetragen war, in dem erwähnten Patente aufgeföhrt, ihre Rechte und Ansprüche den vorgenannten Behörden anzuzeigen und nachzuweisen. Dies muß spätestens bis zum 1. Juni 1819, sei es mündlich, schriftlich oder durch einen Bevollmächtigten, geschehen.

Die Realansprüche, welche in der bestimmten Frist gebührend angemeldet und nachgewiesen worden, werden nach der Zeitfolge ihrer Anmeldung in die Hypotheken-Bücher eingetragen.

Wer sich bis zum 1. Juni 1819 nicht meldet, verliert zwar nicht sein ganzes Recht, er muß sich aber alles gefallen lassen, was späterhin, und bis zu seiner Anmeldung bei dem Hypotheken-Buche verhandelt worden, und kann namentlich gegen einen dritten Besitzer des Grundstücks kein dingliches Recht ausüben.

Dies wird für jeden, der bei dieser Einrichtung ein Interesse hat, zur allgemeinen Kenntniß gebracht. Dabei wird auf den vollständigen Inhalt des Patents selbst, welches durch die Gesetzsammlung für die Preussischen Staaten und durch die Berliner und hiesigen Zeitungen und Intelligenz-Blätter bekannt gemacht wird, verwiesen.

Posen, am 12. Mai 1818.

Königl. Ober-Appellations-Gericht des Großherzogthums Posen.

Bekanntmachung des Königl. Preuß. Ober-Bergamts zu Halle.

Die Königl. Hochlöbl. Ober-Rechnungskammer hat darauf angetragen, die Invaliden-Versorgungsscheine, der mit solchen in Civildienste angestellt werdenden Militaires, selbst wenn letztere in den vollzogenen Etats namentlich aufgeführt stehen, als Justificatorien denjenigen Rechnungen beifügen zu lassen, in welchen diese Personen zum erstenmale vorkommen. Die, dem unterzeichneten Ober-Bergamte untergeordnete, Behörden werden daher hierdurch angewiesen, darauf zu sehen, daß die Rendanten in vorkommenden Fällen obigem Verlangen pflichtmäßig Genüge leisten.

Halle, den 27. Mai 1818.

Königl. Preuß. Niedersächs. Thüringisches Ober-Bergamt.

P u b l i c a n d u m.

Die uns übertragenen Unterhandlungen mit der Königl. Sächs. Friedensvollziehungs- und Auseinandersehungs-Commission wegen des Herzogthums Sachsen, sind zu einem solchen Standpunkte gebracht, daß unsere Anwesenheit hier nicht weiter erforderlich ist, und die noch nöthige Abschließung der Hauptverträge, nach der, zwischen beiden Höfen erfolgten Uebereinkunft, in Berlin wird bewirkt werden.

Diesem gemäß ist unsere Zurückberufung verfügt worden, und indem wir diejenigen, welche bei der Auseinandersehung zwischen Preußen und Sachsen irgend theilhaftig sind, hiervon in Kenntniß setzen, eröffnen wir denselben zugleich, daß sie sich von nun an in allen hierauf Bezug habenden Angelegenheiten an den Königl. Regierung-Chef-Präsidenten, Herrn von Schönberg, in Merseburg zu wenden, und von diesem weitere Bescheidung zu gewärtigen haben.

Dresden, den 15. Mai 1818.

Königl. Preuß. Commission zur Ausgleichung mit dem Königreich Sachsen.

Dienstanstellungen und Beförderungen.

Außer den im 36ten Stück des vorjährigen Amtsblatts erwähnten Doctoren sind noch zu Kreis-Physicis ernannt worden, den 26. Juli v. J. für den Delitzscher Kreis der Dr. Christian Friedrich Benedict Etmüller (verreidet den 7. October v. J.), für den Liebenwerder Kreis der Dr. Althasar Ferdinand Segnis (verreidet den 24. October v. J.), für den Torgauer Kreis der Dr. Gottlob Autenrieth (verreidet den 10. October v. J.); den 3. Februar d. J. für den Mansfelder Seekreis, der Dr. Franz Friedrich Gottlob Eggert (verreidet den 6. Mai), für den Schweiniger Kreis der Dr. Friedrich August Wagner (verreidet den 4. Mai).

Merseburg, den 28. Mai 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

St e c k b r i e f e .

Am 10. d. M. ist der Husar, Gottlieb Blume, des Gardes-Husaren-Regiments mit sämtlichen Montirungsstücken von dem Regimente entwichen. Sämmtliche betreffende Kreis- und Local-Polizei-Belehrten des hiesigen Regierungs-Bezirks werden daher hierdurch angewiesen, auf den Blume, welcher 23 Jahr alt, 7 Zoll 1 Strich groß und aus Merseburg gebürtig ist, genau zu vigiliren, ihn im Vetreteungsfalle sofort zu arretiren, und entweder an das hiesige Königl. General-Commando oder an das Königl. General-Commando des Gardes- und Grenadier-Corps in Berlin, sicher abzuliefern. Merseburg, den 28. Mai 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nachbenannter Kanonier Grünscheidt von der 1sten Fuß-Compagnie der Gardes-Artillerie-Brigade hat sich den 22. Mai c. des Morgens um 6 Uhr aus seinem Quartier entfernt; er ist aus Werden im Kreise Essen des Regierungs-Bezirks Düsseldorf gebürtig, und hielt sich vor seiner Anstellung ins Militair zu Hosterhausen auf. Die Gensd'armerie wird hiermit angewiesen, auf ihn streng zu vigiliren, im Vetreteungsfalle sicher nach Berlin transportiren, und an die hiesige Commandantur abliefern zu lassen. Der Kreis-Brigadier, in dessen Bezirke derselbe verpaßt ist, hat mir sofort davon Anzeige zu machen. Berlin, den 24. Mai 1818.

Königl. Preuß. Chef der Gensd'armerie,

v. Brauchitsch.

Signalement. Alter, 20 Jahr 4 Monate; Größe, 5 Fuß 8½ Zoll; Haare, blond; Stirn, hoch; Augenbraunen, blond; Augen, blau; Nase, klein und breit; Mund, groß; Kinn, lang; Gesichtsfarbe, blaß; Statur, mittelmäßig; Sprache, Düsseldorfer Dialect. Bekleidung: eine Fußgarde-Artillerie-Uniform, grautuchne Jacke, ein Paar grautuchne und ein Paar leinene Hosen, eine blautuchne Mütze. Besondere Umstände: derselbe hat durch das Exerciren mit dem Gewehr eine ganz kleine Verwundung in der rechten Hand erhalten.

V e r z e i c h n i s s

aufgegriffener, mittelst Marschreute und Transports aus den Königl. Preuß. Staaten verwiesener Vagabonden.

1) Aus dem Stadtkreise Halle.

Wegen schlechten Betragens und Attentat zur Gewaltthätigkeit.

Christian Gottlob Lämmel, Handarbeiter, gebürtig aus Neumark bei Zwickau, ist 50 Jahr alt, 5 Fuß 5 Zoll groß, hat schwarzbraune Haare, breite Stirn, schwarzbraune Augenbraunen, blaue Augen, mittelmäßige Nase, gewöhnlichen Mund, bräunlichen Bart, rundes Kinn, ovales Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe und ist von mittler Statur; über Leipzig.

2) Aus dem Bitterfelder Kreise.

Wegen Arbeitslosigkeit und nächtlichen Herumtreibens.

David Dittmar, Zimmergeselle, gebürtig aus Leipzig, 55 Jahr alt, 5 Fuß 4 Zoll groß, hat schwarzbraune Haare; niedrige Stirn, blonde Augenbraunen, braune Augen, etwas spitzige Nase, gewöhnlichen Mund, braunen Bart, kurzes Kinn, starkes Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe und ist von mittelmäßiger Statur; besonderes Kennzeichen: der Goldfinger an der rechten Hand fehlt; über Leipzig.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

24. Stück.

Merseburg, den 13. Juni 1818.

P u b l i c a n d u m.

Da der Mißbrauch wiederum sehr überhand nimmt, daß gegen die so oft und deutlich ausgesprochenen Königl. Verordnungen bei Vorstellungen und Gesuchen, die zunächst vorgesezten Behörden und die höheren Instanzen vorbeigegangen werden; so mache ich jedermann auf jene Verordnungen aufs Neue aufmerksam, mit dem Bemerken, daß die erhaltenen Bescheide den Eingaben beigelegt werden müssen, und daß die Wiltenden, welche jene Verordnungen nicht beobachten, es sich allein zuzuschreiben haben werden, wenn ihre Vorstellungen unbeantwortet bleiben.

Berlin, den 29. Mai 1818.

Der Staats-Kanzler Fürst von Hardenberg.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Die Eingefessenen des hiesigen Regierungs-Bezirks sind bereits angewiesen worden, alle Gesuche in Dismembrations-Angelegenheiten bei dem landrätlichen Nr. 106.
Anzeige
der Dismem-
brationen. brationen städtischer Grundstücke zunächst der örtlichen Polizei-Obrigkeit angezeigt werden müssen. Um nun aber der durch ungebührliche Verzögerung dieser Anzeige entstehenden Ungewißheit des Eigenthums vorzubeugen, haben wir uns bewogen gefunden, hierdurch zu verordnen, daß jede Dismembration binnen den nächsten vier Wochen nach getroffener Uebereinkunft von den Interessenten bei obigen Behörden anzuzeigen ist, widrigenfalls dieselben eine Geldstrafe von Fünf und nach Befinden Zehn bis Zwanzig Thälern zu gewärtigen haben.

Merseburg, den 21. Mai 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Verordnungen des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Nr. 15.
Anzeigen
der erimierten
Todesfälle.

Es wird von den Untergerichten unsers Departements noch häufig Beschwerde geführt, daß die Herren Geistlichen die ihnen in unserm Publicandum vom 10. Januar c. zur Pflicht gemachte Anzeige der erimierten Todesfälle unbeachtet lassen, und ihnen dadurch die Erfüllung ihrer Amtspflichten erschweren. Wir wiederholen daher die in dem vorgebadhten Publicandum enthaltene Anweisung, mit dem Andeuten, daß die darin bestimmte Strafe in vorkommenden Fällen von den Säumigen ohnfehlbar einge- zogen werden wird.

Zugleich werden die Herren Geistlichen noch angewiesen, das Ableben solcher Personen, welche unmündige, abwesende oder sonst zu bevormundende Erben hinterlassen haben, dem competenten Gerichte jedesmal besonders anzuzeigen.

Naumburg, den 15. Mai 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Der Kunsthändler Johann Baptist Weiß in Berlin hat den Ertrag einer Anzahl Kupferstiche zur Unterstützung von Invaliden aus den drei letzten Selbstzügen bestimmt, und dem Königl. Departement für die Invaliden den Debit dieser Kupferstiche so wie die Verwendung des Ertrags überlassen.

Da uns nun zur Beförderung des beabsichtigten wohlthätigen Zweckes die nachstehend verzeichneten Kupferstiche zum Verkauf übersendet worden sind, so wird solches, und daß der Registrator Klanert mit Besorgung des Verkaufs dieser Kupferstiche beauftragt worden, zur allgemeinen Kenntniß gebracht und das Publicum zur Unterstützung der so löblichen Absicht des 1c. Weiß hierdurch aufgefordert.

Merseburg, den 4. Junius 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Verzeichniß							
Exempl.	der Kupferstiche mit Bemerkung des Preises.					Zthr.	gr.
1	Königl. Familie, Folio	.	.	.	à 6 Zthr.	— gr.	6 —
2	Einzug in Paris, dito	.	.	.	— 7 —	— —	7 —
2	Blücher bei Ligny, .	.	.	.	— 2 —	— —	2 —
1	Schlacht an der Kappach, .	.	.	.	— 1 —	12 —	1 12
1	Isjareth in Cölln, .	.	.	.	— 1 —	12 —	1 12
1	Isjareth in Baugen, .	.	.	.	— 1 —	12 —	1 12
2	Wellington, in Brustbild, .	.	.	.	— 1 —	12 —	5 —
2	Prinz Regent, dito	.	.	.	— 1 —	12 —	5 —
2	General v. Dietriche, dito	.	.	.	— 1 —	— —	2 —

Verzeichniß							Thlr.	gr.
Exempl.	der Kupferstiche mit Bemerkung des Preises.							
2	General v. Hirschfeld,	.	.	.	.	à 2 Thlr. — gr.	2	—
2	Fürst von Hardenberg,	.	.	.	.	— 18 —	1	12
2	General von Bülow,	.	.	.	.	— 18 —	1	12
2	— Moreau,	.	.	.	.	— 18 —	1	12
2	— von Bismark,	.	.	.	.	— 18 —	1	12
2	— von Oppen,	.	.	.	.	— 18 —	1	12
2	— von Wrede,	.	.	.	.	— 18 —	1	12
2	— von Bennigsen,	.	.	.	.	— 18 —	1	12
2	— Moreau sterbend,	.	.	.	.	— 1 —	2	—
2	Fürst Blücher von Wahlstadt,	.	.	.	.	— 12 —	1	—
2	Se. Maj. der König von Preußen,	.	.	.	.	— 12 —	1	—
2	Prinz Louis Ferdinand,	.	.	.	.	— 12 —	1	—
2	— Heinrich,	.	.	.	.	— 12 —	1	—
4	General von Wittgenstein,	.	.	.	.	— 12 —	2	—
4	— von Tettenborn,	.	.	.	.	— 12 —	2	—
30	— von Scharnhorst,	.	.	.	.	— 1 —	30	—

76 | Exemplare.

B e k a n n t m a c h u n g.

Die Direction der Königl. Preuß. Officier - Wittwen - Cassé macht hierdurch bekannt, daß die Officier - Wittwen - Cassé in ihrem locale, Mollenmarkt Nr. 3., vom 6. Julius dieses Jahres an, nachstehende Zahlungen leisten wird:

- 1) Die den 1. Julius 1818 pränumerando fällig werdenden halbjährigen Pensionen an sämtliche Wittwen.
- 2) Die am 1. Julius 1813 fällig gewordenen noch rückständigen halbjährigen Pensionen an sämtliche betreffende Wittwen und resp. deren gehörig legitimierte Erben gegen die gehörig ausgestellten und gerichtlich beglaubigten Quittungen.
- 3) Die Antrittsgelder an sämtliche dazu nach den §§. 21 u. 24. des Reglements vom 3. März 1792 berechnete Interessenten, welche bis zum 1. Julius 1818 incl. ausgeschieden (nicht aber excludirt worden) sind, gegen Zurückgabe der von den gehörig legitimierten Empfängern gerichtlich quittirten Original-Receptions - Scheine.

Die Quittungen über die currenten Pensionen dürfen nicht früher, als am 1. Julius 1818 und zwar auf dem gesetzlichen Stempelbogen ausgestellt werden, und muß darunter ausdrücklich von einer öffentlichen Behörde oder von einer Gerichtsperson attestirt sein, daß die Wittve die Quittung unterschrieben hat und am 1. Julius 1818

noch am Leben, auch unverheirathet gewesen ist; so wie auch die über dem Quittungs-Formulare befindliche Nummer der Quittung jedesmal beigelegt werden muß. Uebrigens werden die Zahlungen vom 6. Julius dieses Jahres an, in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr, bis zum 1. August geleistet. Von da an muß die Cassé, ihrer anderweitigen Geschäfte wegen, bis zum 1. Januar 1819 geschlossen bleiben, und kann in der Zwischenzeit durchaus keine weitere Zahlung erfolgen.

Mit Absendung der Pensionen durch die Post wird bei den der doppelten Zahlung wegen ansehnlich vermehrten Geschäften vor dem 23. Julius dieses Jahres nicht angefangen werden können; weshalb diejenigen auswärtigen Wittwen, welche ihre Pensionen zeitig zu erhalten wünschen, wohl thun werden, solche durch einen hiesigen Mandatarius von der Wittwen-Cassé erheben zu lassen, und wird hierzu denen, welchen es an Bekanntschaft mangeln sollte, der Herr Hofrath Beprendt, Ober-Wallstraße Nr. 5. wohnhaft, in Vorschlag gebracht.

Berlin, den 1. Junius 1818.

Direction der Königl. Preuß. Officier-Wittwen-Cassé.

Stechbriefe.

Am 8. v. M. ist der Cürassier, Gottfried Albrecht, des 4ten (Magdeburger) Cürassier-Regiments von gedachtem Regimente entwichen. Sämmtliche betreffende Kreis- und Local-Polizeibehörden des hiesigen Regierungs-Bezirks werden daher hierdurch angewiesen, auf genannten Albrecht, welcher 23 Jahr alt, 6 Zoll groß und aus Uffungen in der Grafschaft Stollberge Kosia gebürtig ist, genau zu vigiliren, ihn im Betretungsfalle sofort zu arretilren, und an das 4te Cürassier-Regiment zu Halberstadt sicher abzuliefern.

Merseburg, den 5. Junius 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Am 15. v. M. ist der Füsiliér, Gottlieb Zeidler, des 35ten Regiments, mit allen Montirungsstücken von dem Regimente entwichen. Sämmtliche betreffende Kreis- und Local-Polizeibehörden des hiesigen Regierungs-Bezirks werden daher hierdurch angewiesen, auf genannten Zeidler, welcher 21 Jahr 6 Monate alt, 1 Zoll 2 Strich groß und aus Koschitz im Liebenwerdaer Kreise gebürtig ist, sorgfältig zu vigiliren, ihn im Betretungsfalle sofort zu arretilren und an das 35ste Infanterie-Regiment zu Breslau sicher abzuliefern.

Merseburg, den 5. Junius 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

25. Stück.

Merseburg, den 20. Junius 1818.

P u b l i c a n d u m.

Da sich bei der bisherigen Untersuchung des Elstz Naumburg-Zeitzischen Kriegsschuldenwesens Umstände ergeben haben, welche eine gerichtliche Erörterung nöthig machen; so sind der bereits im Jahre 1816 ernannten Commission, welche aus dem Landrath von Zeitz und dem Commissionsrath Hütter in Zeitz, dem Amtsverwalter Thranhart in Naumburg und dem Amtsverwalter Kober in Zeitz besteht, noch zwei richterliche Commissarien in der Person des Criminal- Director Schulz in Naumburg und des Criminalrichter Merkel in Zeitz zugeordnet worden.

Indem wir solches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringen, werden alle bei der Sache theilhaftige Behörden, Corporationen und Individuen angewiesen, den Verfügungen der von uns gemeinschaftlich angeordneten Commission Folge zu leisten, sich an selbige in den geeigneten Fällen zu wenden und die ihr aufgetragenen Erörterungen durch alle erforderliche Nachrichten und Mittheilungen zu unterstützen.

Merseburg und Naumburg, den 15. Mai 1818.

Königl. Preuß. Regierung.

Königl. Preuß. Ober-Landegericht.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nach einer von dem Königl. Hohen Ministerium des Schatzes und für das Staats-Creditwesen mittelst Rescripts vom 15. v. M. uns geschehenen Eröffnung haben des Königs Majestät mittelst Allerhöchster Cabinetsordre vom 7. Mai d. J., wegen der Anerkennnisse über die ausgemittelten Gehaltsrückstände der vormaligen sächsischen und neupreußischen 2c. Beamten allergnädigst zu beschließen geruht:

Nr. 207.

Die Umschreibung der noch nicht eingelöseten Gehaltsrückstands-Anerkennnisse.

- 1) daß die noch nicht eingelöseten Gehaltsrückstands-Anerkennnisse in der Regel in Staatschuldscheine umgeschrieben werden sollen, damit die Interessenten, deren anderweite Befriedigung die Staatskräfte dormalen nicht gestatten, an die Stelle der ersten ein zweites und nütliches Staatsansehen erhalten und

künftig an den Vortheilen der nach einem Hauptplane einzuleitenden successiven Amortisirung der Staatsschuldscheine Theil nehmen mögen, und

- 2) daß die Verzinsung der umgeschriebenen Auerkenntnisse durchgehends vom 1. Julius 1818 ihren Anfang nehmen soll.

Da nun mit dieser Umschreibung sogleich vorgeschritten werden wird, so werden die in dem hiesigen Regierungsbezirke wohnenden Inhaber gedachter Auerkenntnisse von diesen Allerhöchsten Bestimmungen hierdurch unterrichtet und zugleich aufgefordert, die in ihren Händen befindlichen Auerkenntnisse sofort an uns einzusenden, wobei noch Folgendes festgesetzt wird:

- a) Den Inhabern solcher Auerkenntnisse kann nicht gestattet werden, solche Be-
hufs der Umschreibung unmittelbar bei dem Königl. Hohen Ministerium des Schatzes und für das Staats-Creditwesen einzureichen, vielmehr müssen sie sich zu diesem Zweck lediglich hierher wenden.
- b) In so fern die kleineren Auerkenntnisse bis zum Werth von 100 Thlr. — — — einschließlichsich noch in erster Hand befinden, und die Inhaber dürftige Beamten oder Erben solcher Beamten sind, so haben die letztern bei Einreichung der Auerkenntnisse ein Attest der Ortsbehörde über ihre Hilfsbedürftigkeit beizubringen.
- c) Bei Auerkenntnissen, welche sich nicht mehr in erster Hand befinden, muß besonders auf die Vollständigkeit der Cession des ursprünglichen Besitzers gesehen werden. Diese kann nur dann als vollständig betrachtet werden, wenn sie den Namen des Cessionarils, das Auerkenntniß der erhaltenen Valuta und die Unterschrift des Cedenten, als ersten Inhabers des Gehaltsanerkennnisses enthält. Wenn der erste Inhaber blos in blanco girirt hat, so muß der Präsentant oder letzte Besitzer dafür sorgen, daß jene Erfordernisse nachgeholt werden.

Merseburg, den 8. Junius 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 208.
Wagabonden-
Transporte.

Da die Etapen-Behörden die Wagabonden-Transporte noch immer unnöthiger-
weise vervielfachen; so wird, in Bezug auf die in der Erläuterung der General-
Transport-Instruction vom 8. August v. J. (Amtsblatt St. 34.) enthaltenen §. II.
zu §. 1. und §. V. zu §. 11. hierdurch in Erinnerung gebracht:

- 1) daß denjenigen Individuen, welchen nur leichte polizeiliche Vergehen, z. B. einmaliges Betteln oder unerhebliche, keinen Verdacht begründende Mängel im Passe zur Last fallen, ein Paß in ihre Heimath zu erteilen, jedoch eine ganz specielle Reiseroute darin vorzuschreiben ist;
- 2) daß fernerhin bei dem Transport eines Individuums, welches kein besonderer Verdacht eines Verbrechens trifft, die Vergütung für zwei Transporteure nicht erfolgen kann, indem bei dergleichen Transportanten nach den zu beurtheilenden nähern Verhältnissen ein tüchtiger und mit den vorschristsmäßigen Vertheidigungsmitteln versehener Begleiter hinreichend ist.

Merseburg, den 8. Junius 1818.

Verordnungen des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Nachstehendes Rescript des Königl. Geheimen Staats-Ministerli:

Nr. 16.

„Des Königs Majestät haben mittelst höchster Cabinets-Ordre vom 3. d. M. auf den Antrag des unterzeichneten Staats-Ministerli zu genehmigen geruhet, daß gegen die aus den ehemaligen Sächsischen landestheilen vor dem 5. Juni 1815, als dem Tage der Preussischen Besitznahme, ausgetretenen Sächsischen Soldaten und militairpflichtigen Personen, in so fern sie ihrem Alter nach nicht noch zum Dienst im stehenden Heere verpflichtet sind, kein Confiscations-Verfahren angestellt werden soll; welches hierdurch dem Königl. Ober-Landesgericht zur Nachricht und Achtung vorkommenden Falls bekannt gemacht wird.“

Confiscations-Verfahren gegen ausgetretene ehemals sächsische Soldaten.

Berlin, den 17. Mai 1818.

Königl. Geheimen Staats-Ministerium.

Altenstein. v. Beyme. Kirchheim. v. Bülow. Schuckmann.

W. F. v. Witzgenstein. v. Doyen. Kiewitz. Friesse.”

An das Königl. Ober-Landesgericht
zu Naumburg.

wird hiermit allen Untergerichten und Gerichtseingesessenen unsers Departements zur Nachachtung bekannt gemacht. Naumburg, den 2. Junius 1818.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht.

„Die Vorschrift des §. 558. der Criminal-Ordnung, wegen vorläufiger Ablieferung der Verbrecher zur Strafanstalt, kann auf beurlaubte Landwehrmänner und zur Krieges-Reserve entlassene Soldaten, in Folge einer Vereinigung zwischen den Ministerien der Justiz und des Krieges, nur in so fern angewendet werden, als es außer Zweifel ist, daß gegen den Angeschuldigten nach den militairischen Strafgesetzen von dem Militairgericht auf Ausstoßung aus dem Soldatenstande erkannt werden wird. Ist diese Ausstoßung aus dem Soldatenstande als Folge der verwirkten Strafe irgend zweifelhaft; so muß der Inculpat bis zur rechtskräftigen, alsdann möglichst zu beschleunigenden Entscheidung in Arrest behalten werden. Hiernach ist in den vorkommenden Fällen zu verfahren.“

Nr. 17.

Ablieferung beurl. Landwehrmänner zur Strafanstalt.

Berlin, den 22. Mai 1818.

Dem Justiz-Minister. Kirchheim.”

Obige Verordnung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Naumburg, den 2. Junius 1818.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Dem Zimmermeister zu Burg, Leopold leiderich, ist ein vom 21. April d. J. ab auf acht nach einander folgende Jahre...

Patent zur ausschließlichen Verfertigung einer verbesserten Wasserhebungsmaschine, welche derselbe Wasser schleuder nennt, erteilt worden, und die sich von den gewöhnlichen Paternosterwerken oder Scheibenkünsten

- 1) dadurch unterscheidet, daß die zylinderförmige Steigerröhre; in welcher sich die an der Kelle ohne Ende befestigten Scheiben aufwärts bewegen, unten auf eine Höhe, welche dem Abstände zweier Scheiben gleich ist, verengt wird, so, daß die Scheiben genau an diese verengte Röhre anschließen, wogegen der übrige — obere — Theil der Steigerröhre so viel erweitert ist, daß sich die Scheiben frei bewegen können, und
- 2) die Eigenthümlichkeit besitzet, daß die abwärtsgehenden Scheiben sich in einer besondern Leitröhre bewegen.

Die Gerichtsobrigkeiten und Polizeibehörden werden daher hierdurch angewiesen, den 10. leiderlich, während der festgesetzten Zeit, bei diesem Patent zu schützen.
Merseburg, den 8. Mai 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Das Königl. Hohe Finanz-Ministerium hat mittelst Rescripts vom 15. v. M. zu bestimmen geruht, daß der Verkauf der Huz- und Schierhölzer in den Königl. Forsten gegen termäßige Bezahlung ferner Statt finden soll, damit es den Eingesessenen nicht an Gelegenheit fehle, dergleichen Hölzer ohne Schwierigkeit in den benachbarten Forsten anzukaufen. Wir bringen diese den Unterthanen unsers Bezirks so vortheilhafte Bestimmung hierdurch zur allgemeinen Kenntniß.

Merseburg, den 21. Mai 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

St e c k b r i e f e .

Nachbenannter Bombardier von der 6ten Fuß-Compagnie der Garde-Artillerie-Brigade, Friedrich Hübner, aus Brandenburg in der Mark gebürtig, seiner Profession ein Tuchmacher, welcher seit dem 14. Mai 1818 hierselbst zum Exerciren der Landwehr commandirt war, ist seit dem 27. Mai c. vermisst worden. Die Gensd'armee wird hiermit angewiesen, auf ihn strenge zu vigiliren, im Veretretungsfalle sicher nach Berlin transportiren, und an die Königl. Commandantur abliefern zu lassen. Der Kreis-Brigadier, in dessen Bezirke derselbe verhaftet ist, hat mir sofort davon Anzeige zu machen.

Berlin, den 3. Junius 1818.

Königl. Preuß. Chef der Gensd'armee,

v. Brauchitsch.

Signalement. Alter, 27 Jahr; Größe, 5 Fuß 5 Zoll; Haar, braun; Stirn, gewöhnlich; Augenbraunen, braun; Augen, blau; Nase, sehr große gebogene; Mund, groß; Bart, keinen; Rinn, gewöhnlich; Gesicht, länglicht; Gesichtsfarbe, blaß; Statur, mittel; Sprache, deutsch, etwas schnell und stößt zuweilen an. Bekleidung: Garde-Artillerie-Uniform, graue Hosen, Stiefeln, Dienstmütze, Mantel und Säbel.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

26. Stück.

Merseburg, den 27. Junius 1818.

Allgemeine Gesessammlung.

Das 4te Stück der Gesessammlung pro 1818 enthält:

- Nro. 465. Erklärung wegen der zwischen der Königlich Preussischen und der Fürstlich Schwarzburg-Rudolstädtschen Regierung verabredeten Freizügigkeit, im Betreff der zum deutschen Bunde nicht gehörigen Preussischen Provinzen.
- Nro. 466. Bekanntmachung vom 31. März 1818, in Beziehung auf die extractweise publicirt werdende, unterm 11. Februar d. J. mit der Großherz. Hessen-Darmstädtischen Regierung abgeschlossene Cartel-Convention.
- Nro. 467. Verordnung wegen der zu leistenden Entschädigungen für die bei der Brand- Societät des Herzogthums Westphalen versicherten brandgefährlichen Gebäude.

Das 5te Stück der Gesessammlung pro 1818 enthält:

- Nro. 468. Declaration der, die Verschuldung der Lehen und Fideicomisse, betrefsenden Verordnung vom 1. August 1817. De dato den 21. April 1818.
- Nro. 469. Cartel-Convention zwischen der Königl. Preuß. und der Großherz. Mecklenburg-Schwerinschen Regierung. Vom 5. Mai 1818.
- Nro. 470. Cartel-Convention zwischen der Königl. Preuß. Regierung und dem Senate der freien Hansestadt Hamburg. Vom 5. Mai 1818.
- Nro. 471. Bekanntmachung über die zwischen Preußen und den Hansestädten Hamburg, Lübeck und Bremen abgeschlossenen Cartel-Conventionen. Vom 19. Mai 1818.
- Nro. 472. Bekanntmachung über die Cartel-Convention zwischen Preußen und Schaumburg-Lippe. Vom 4. Mai 1818.
- Nro. 473. Verordnung über die Verschuldung der Lehen und Fideicomisse bei Auseinandersetzung der Guts Herren mit den Bauern. Vom 9. Mai 1818.

Feuer-Societäts-Ausschreiben

auf die Termine

Michaelis 1817 und Ostern 1818.

Die unterzeichnete Deputation sieht sich zwar zu Wiederherstellung der vorigen durch den Krieg und die landestheilige unterbrochenen Ordnung noch einmal genöthigt, zwei Termine, nämlich die Termine Michaelis 1817 und Ostern 1818, zusammen auszuschreiben; es gereicht ihr aber dabei zum besondern Vergnügen, den Societäts-Genossen, der in diese beiden Termine fallenden häufigen und zum Theil beträchtlichen Brandschäden ungeachtet, doch nicht mehr als 4 Groschen von Hundert Thalern Subscription, also eigentlich nur 2 Groschen auf jeden Termin, anstatten zu müssen. Dies ist vorzüglich dadurch möglich geworden, daß man von den hier vorräthigen, wegen unterbliebenen Aufbaues noch nicht zur Auszahlung gebrachten Brandschaden-Vergütungs-Geldern 25,000 Thlr. vorschußweise entnommen und für jetzt, wie das Ausschreiben selbst mit Mehrerem ausweist, so viel weniger repartirt hat. Dieser Vorschuß wird sich, da die rückständigen Termine nunmehr nachgeholt sind und von Michaelis d. J. nur ein Termin ausgeschrieben wird, durch, nach Umständen, einmalige oder theilweise Mehrausschreibung, auf eine für die Societäts-Genossen nicht lästige Weise decken lassen. Durch eine ähnliche Operation ist es auch möglich gewesen, die Brandschaden-Vergütungs-Certificate für beide jetzt ausgeschriebene Termine schon seit mehreren Wochen vor Erlaß dieses Ausschreibens auszugeben und die Calamitäten dadurch nicht nur des Nachtheils der, wie gedacht, in den Ereignissen der verfloffenen Jahre begründeten Verzögerung des im gegenwärtigen Ausschreiben mit begriffenen Termins Michaelis 1817 zu überheben, sondern auch den in der Frist Ostern 1818 Verunglückten ihre Entschädigung zeitiger, als solches jemals geschehen, zu gewähren. Wenn die unterzeichnete Deputation hiernach hoffen darf, daß die Societäts-Genossen diese Fürsorge nicht verkennen werden, so wünscht sie zugleich, daß dieselben nunmehr auch ihren eigenen Vortheil erkennen und sich, nach nunmehr beseitigter Gefahr hoher Beiträge, durch angemessene Erhöhung ihrer zum großen Theil so äußerst geringen unverhältnismäßigen Asscuranz-Sätze die dem Zwecke des Instituts gemäße Sicherheit verschaffen mögen, wodurch denn zugleich das Interesse des Ganzen gefördert und der halbjährige Vergütungsbedarf, durch dessen Vertheilung auf ein größeres Total-Asscuranz-Quantum, erleichtert werden wird.

Von der im Königl. Preuß. Herzogthume Sachsen bestehenden Feuer-Societät ist den durch Immobilien-Brandschäden verunglückten und von den Verlichtsobrigkeiten, während des Zeitraums vom 1. April 1817 bis mit 31. März 1818 gehörig angezeigten Interessenten, nachstehender Erfaß zu leisten, als:

No.	A. Termin Michaelis 1817.	Thaler	Gr.	Wf.
1	der unter das Justizamt Kelbra gehörigen Vorstadt Alten-			
	dorf, Nr. 1, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12,			
	13, 14, 15, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31 . . .	2425		0000

No.	Transp.	Thaler.	Gr.	W.
	dem Amte Stollberg Kofla und der Commune Breitung- gen, wegen Feuergeräthschäden-Vergütung . . .	14	4	—
2	der unter die Stadt Kelbra gehörigen Vorstadt Altendorf, Nr. 140 . . .	225	—	—
	der Stadt Kelbra an Feuergeräthschäden-Vergütung . . .	13	—	—
5	dem Dorfe Altpouch, unter das Rittergut gleiches Namens gehörig, Nr. 33 und 34 . . .	250	—	—
	der Gemeinde und mehreren Einwohnern zu Altpouch, wegen Feuergeräthschäden-Vergütung . . .	10	4	—
4	dem Dorfe Babben, unter die Herrschaft Dreßna gehörig, Nr. 16 . . .	125	—	—
5	dem Dorfe Bohnau, unter die Herrschaft Sorau gehörig, Nr. 110 . . .	100	—	—
6	dem Langensalzaer Amtsdorfe Blankenburg, Nr. 64, 65 und 66 . . .	120	18	—
7	dem Merseburger Amtsdorfe Burgliebenau, Nr. 8 . . . der Commune Neumarkt vor Merseburg, und der Ge- meinde Burgliebenau, wegen verlorenen und beschä- digten Feuergeräths . . .	350	—	—
		26	16	—
8	dem Dorfe Erienitz, unter das Rittergut Beesdo gehörig, Nr. 14 . . .	75	—	—
9	der Stadt Delitzsch, Nr. 442, war Ostern 1811 bereits repartirt, ist aber Ostern 1815 wieder in Einnahme gestellt worden, daher jetzt, wo der Aufbau erfolgt, wieder mit auszuscheiden . . .	50	—	—
10	dem Dorfe Döllingen, unter das Rittergut gleiches Na- mens gehörig, Nr. 32 . . .	200	—	—
11	dem unter das Rittergut Ermlich gehörigen Dorfe Ennewitz, Nr. 18 . . .	50	—	—
12	dem Dorfe Frankroda, unter das Rittergut Burgholz- hausen gehörig, Nr. 5 . . .	25	—	—
13	Dem Dorfe Frankroda, unter das Rittergut Herrngöf- ferstedt gehörig, Nr. 10 und 11 . . .	125	—	—
14	dem Dobrilugker Amtsdorfe Fischwasser, Nr. 17 . . .	100	—	—
15	dem Dorfe Göllnitz, unter dasige Kammergut gehörig, Nr. 45 ^d . . .	50	—	—
16	dem Belyger Amtsdorfe Großmarzahn, Nr. 3 . . .	275	—	—
17	dem Dorfe Hackpüffel, unter das Rittergut gleiches Na- mens gehörig, Nr. 55 des Anh. . .	50	—	—

No.	Transp.	Falt	Gr.	Fl.
18	dem Dorfe Jocksdorf, unter die Herrschaft Forst und Pforten gehörig, Nr. 12	4659	18	—
19	dem Luckauer Rathsdorfe Kleintadden, Nr. 7	50	—	—
20	dem Dorfe Kleppig, unter das Rittergut Duris gehörig, Nr. 47	300	—	—
21	der Mühle bei Lausisch, unter das Stift Neuenzelle gehörig, Nr. 11	50	—	—
22	dem Dorfe Lichterfeld, zum Amte Züterbog gehörig, Nr. 6	750	—	—
23	der Herrschaft Liebetose, Nr. 1	44	10	8
24	dem Dorfe Losa, unter dasige Rittergut gehörig, Nr. 44, 45, 46 und 125 des Anhangs	750	—	—
25	dem Dorfe Lugau, zum Amte Dobrilugt gehörig, Nr. 30, 31 und 32	412	19	—
26	dem Dorfe Möglenz, liebenwerdaer Amtsanteils, Nr. 1, 2, 5, 4 und 5	550	—	—
	der Commune und einigen Einwohnern zu Maasdorf, der Commune Liebenwerda und der Commune, wie auch einigen Einwohnern zu Lausich, wegen verlorenen und beschädigten Feuergeräthes	2500	—	—
27	dem Dorfe Möglenz, Mühlberger Amtsanteils, Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 36 und 37	151	11	—
	dem Justizamte Liebenwerda und der Commune Möglenz, wie auch einigen Einwohnern daselbst, wegen Feuergeräthschaden	10655	16	—
28	dem Dorfe Noßdorf, zur Herrschaft Forst und Pforten gehörig, Nr. 24, 25, 26 und 29	289	—	—
29	dem Rittergute Otzenhausen, Nr. 1 ^b	650	—	—
	der Gemeinde und einigen Einwohnern zu Otzenhausen, wegen beschädigt- und verlorenen Feuergeräthes	1850	—	—
30	dem Dorfe Paschwitz, unter die Fürstlich-Rheinischen Dingekuhlsgerichte zu Collau und Paschwitz gehörig, Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 20, 21, 22 und 23	4	4	6
31	dem Zeißer Amtsdorfe Predel, Nr. 34, 35, 36, 37 u. 38	7000	—	—
32	demselben, Nr. 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 29, 40 und 48	1218	18	—
33	dem Dorfe Reddern, unter das Rittergut gleiches Namens gehörig, Nr. 18 und 20	2925	—	—
		400	—	—

No.	Transp.	Thaler.	Gr.	Wl.
34	dem Dorfe Schlegzig, unter das Justizamt Lützen gehö- rig, Nr. 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31 u. 32	12150	—	—
35	dem Dobrilugker Amtsdorfe Schönborn, Nr. 7, 20 u. 21	725	—	—
36	dem Zeizer Amtsdorfe Spora, Nr. 5, 6, 7, 10 und 11	2312	—	—
37	dem Dorfe Strega, unter dasiges Rittergut gehörig, Nr. 27	73	—	—
38	der Stadt Thamsbrücken, Nr. 28	25	—	—
39	dem Dorfe Wols, unter das Rittergut Reinsdorf gehörig, Nr. 2, 10 und 11	225	—	—
	den Communen Reischchen und Niemberg, wegen Feuer- geräthschäden	13	16	—
40	dem Rittergute Wolfshagen, Nr. 2	50	—	—
41	dem Dorfe Zaunröden, unter das Rittergut gleiches Na- mens gehörig, Nr. 19 und 20	213	8	—
42	dem Delitzscher Amtsdorfe Zwöschau, Nr. 6 und 7	500	—	—
	den Communen Wiedemar, Kölsa, Queis, Schladiß, Kattersnaundorf und Glesien, wegen verlorren und beschädigten Feuergeräthes	41	6	—
43	der Oberlausitzer Brandversicherungs-Deputation für die vom 1. April bis ult. September 1817 liquidirten Brandschäden überhaupt	10126	12	—
	Hierzu die Administrationskosten auf das halbe Jahr vom 1. April bis mit 30. September 1817 laut des von Sr. Majestät dem Könige genehmigten Etats	1500	—	—

mithin überhaupt die Summe von . . . 62965 12 2

No. B Termin Oßtern 1818.

No.	Thaler.	Gr.	Wl.
1	dem Dorfe Bönitz, unter das Justizamt Liebenwerda ge- hörig, Nr. 2 und 5	1500	—
	dem Justizamte Liebenwerda, der Gemeinde und meh- rern Einwohnern zu Bönitz, den Gemeinden Sargdorf und Schmiedendorf, wegen Feuergeräthschäden	157	17
2	dem Mühlverger Amtsdorfe Bursdorf, Nr. 8	557	12
3	dem Rittergute Cosä, Nr. 10	50	—
4	der Stadt Delitzsch, Nr. 62 und 65	202	12

Latus 2287 17 —

No.	Transp.	Zähler. Gr. Fl.		
		2287	17	—
	der Stadt Dellisch und einigen Einwohnern daselbst, wegen verlornen und beschädigten Feuergeräths	31	18	—
5	der unter das Justizamt Seyda gehörigen Mark Friedersdorf, Nr. 1 des Anhangs	600	—	—
	der Stadt Seyda, wegen Beschädigung des Feuergeräths	7	—	—
6	dem Langensalzaer Amtsdorfe Großengottern, Nr. 56 ^a , 56 ^b , 57, 58, 59, 60, 61, 503, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312 313, 314	4978	18	—
	der Gemeinde zu Großengottern, wegen verlornen und beschädigter Feuergeräthschaften	77	—	6
7	der Stadt Kemberg, Nr. 100 und 101	147	12	—
	einigen Einwohnern zu Kemberg für verlornes Feuergeräth	2	16	—
8	der im Weißenseer Amtsdorfe Kugleben gelegenen Königl. Domaine, das Ordensvorwerk genannt, Nr. 72	1125	—	—
	den Gemeinden Kugleben und Hausfömmern, wegen verlornen und beschädigter Feuergeräthschaften	117	4	—
9	dem Mühlberger Amtsdorfe Lehdorf, Nr. 6	1800	—	—
10	demselben, Nr. 4 und 5	1200	—	—
11	dem Dorfe Marzahn, unter das Kreisamt Wittenberg diesseits der Elbe gehörig, Nr. 8	712	12	—
	der Stadt Niemegk, den Communen Gorrey und Kropstädt, wegen verlornen und beschädigten Feuergeräths	45	12	—
12	der Stadt Naumburg, Nr. 507 und 508	450	—	—
	der Stadt Naumburg, dem Dom-Capitel, den Freiheitschen Gerichten und mehrern Handwerks-Innungen daselbst, wegen Feuergeräthschäden	246	20	—
13	der Vorstadt Neumarkt vor Jüterbogk, unter das Justizamt Jüterbogk gehörig, Nr. 90 des Anhangs	500	—	—
14	dem Quersfurter Amtsdorfe Obhausen St. Petri, Nr. 9, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 17, 18, 19, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 34, 36, 37, 38, 39, 40, 42, 43, 44, 45 und 77	8504	4	—
	dem Rittergute Obhausen St. Johannis, der Commune Obermündsch und den drei Amtsgemeinden Obhausen, wegen verlornen und beschädigter Feuergeräthschaften	33	3	—
15	dem Dorfe Obhausen St. Petri, unter das Rittergut gleiches Namens gehörig, Nr. 1 ^b , 2, 3, 11, 12, 13, 14	800	—	—

No.	Transp.	Thaler.	Gr.	St.
		2367 1	16	6
16	dem Dorfe Ottenhausen, unter dasiges Rittergut gehörig, Nr. 34 und 36	566	16	—
	der Gemeinde und einigen Einwohnern zu Ottenhausen, wegen Feuergeräthschäden	17	16	8
	den Communen Weißensee und Ottenhausen, wegen der bei Gelegenheit eines brennenden Getreidehaufens zu Ottenhausen am 10. October 1817 verlorenen Feuergeräthschaften	6	20	—
	den Communen Straußfurth und Naußissen, wegen der bei mehreren Feuersbrünsten zu Ottenhausen an ihren Feuersprizen erlittenen Schäden	105	—	—
17	dem Dorfe Ottenhausen, unter dasiges Rittergut gehörig, Nr. 21 und 22	185	8	—
	dem Rentamte Eilenburg, wegen erlittener Feuergeräthschäden bei dem am 22. August 1817 zu Pöschwitz stattgefundenen Brande	4	22	6
18	dem Dorfe Pöschwitz, unter die Probstei Elbden gehörig, Nr. 22, 23, 24 und 25	425	—	—
	der Gemeinde und mehrern Einwohnern zu Pöschwitz, wegen verlornen und verbrannter Feuergeräthschaften	15	14	—
19	dem Dorfe Röbden, unter das Rittergut Schenkenberg gehörig, Nr. 28	215	—	—
	der Commune Roßsch, dem Rittergute und der Pfarre zu Schenkenberg, wegen Feuergeräthschaften - Einbuße	22	18	19
20	demselben, Nr. 27	221	21	—
21	dem Weißenfeller Amtsdorfe Schwerzau, Nr. 12	150	—	—
22	dem Torgauer Amtsdorfe Eichenroda, Nr. 38	25	—	—
23	dem Rittergute Steinitz, Wiedebackschen Antheils, Nr. 22	25	—	—
24	dem Quersfurter Amtsdorfe Thalldorf, Nr. 26, 27, 28 und 29	300	—	—
25	dem Dorfe Trebbinchen, zum Rittergut Bornsdorf gehörig, Nr. 4, 5 und 6	966	16	—
26	dem Zeitzer Amtsdorfe Tröglitz, Nr. 1, 2, 3, 18, 19, 20 und 21	8500	—	—
27	der Vorstadt St. Ulrich vor Lauchstädt, unter Lauchstädter Amts - Jurisdiction, Nr. 125	100	—	—
	der Gemeinde Schottterey, wegen Feuergeräthschäden	4	15	—

No.	Transp.	Thaler.	Gr.	W.
28	dem Dorfe Wickeroda, zur Grafschaft Stollberg Köpfl. gehörig, Nr. 26	55325	16	5
29	dem Wendelsteiner Amtsdorfe Zeisdorf, Nr. 1 der Commune Wollmirstadt, wegen beschädigter und verloren gegangener Feuergeräthschaften	200 157	— 12	—
30	der Oberlausiger Brandversicherungs-Deputation für die vom 1. October 1817 bis ultimo März 1818 liqui- dirtten Brandschäden überhaupt	10 5826	12 12	—
	Hierzu die Administrationskosten auf das halbe Jahr vom 1. October 1817 bis mit 31. März 1818, laut des von Sr. Majestät dem Könige genehmigten Etats	1500	—	—
	mithin überhaupt die Summe von	43000	4	3
	für den Termin Ostern 1818, hierzu die für den Termin Michaelis 1817 auszuschreibende Summe mit	62965	12	2
	Ist also für die beiden Termine Michaelis 1817 und Ostern 1818 überhaupt die Summe von erforderlich.	105965	16	5

Von nur erwähntem Quanto der
geht jedoch nach Ausweis der beiliegenden Berechnung
sub C der verbliebene Bestand von

ab, und bleibt daher noch auszuschreiben

Da jedoch die Aufbringung des ganzen Ersatz-Quantum den Interessenten beschwer-
lich fallen würde, so soll aus den baaren Beständen des alten bis mit ultimo März
1816 bestandenen Brandversicherungs-Instituts ein Vorschuß von
25,600 Thälern

entnommen und erst beim nächsten halbjährigen Termin Michaelis 1818, nach Be-
finden der Umstände, mit repartirt werden.

Nach Abzug des nur erwähnten Vorschusses würde daher das auszuschreibende
Quantum noch

79,240 Thlr. 3 gr. 4 1/2 pf.

betragen, und auf jede in der 49,548,603 1/2 ausmachenden Total-Subscriptionssumme
sämmlicher Brandversicherungs-Catastrorum enthaltenen 25 Thlr., 11 pf. und ein
Druchpfennig Beitrag kommen.

Da jedoch Bruchpfennige nach Vorschrift des Mandats vom 10. November 1784 Zir. I. §. 29. zum Besten des Instituts für voll gerechnet werden sollen, so sind:

- a) vom Herzogthume Sachsen, excl. des Königl. Preuß. Antheils der Oberlausitz, nach 45,244,045½ Subscription 12 pf. pro 25 Thlr., mithin . . . 72,073 Thlr. 9 gr. 9 pf.
- b) von dem Königl. Preuß. Antheil der Oberlausitz von 6,104,560 Thlr. Subscription nach 12 pf. pro 25 Thlr. eigentlich 10,174 Thlr. 6 gr. 5 pf., da jedoch derselbe zu den 5000 Thlr. betragenden Administrationskosten keinen Beitrag zu geben hat, nur 9,805 — 3 — 10 —

überhaupt also // 81,876 Thlr. 15 gr. 7 pf. beizutragen, und wird der verbleibende Ueberschuß beim nächsten Ausschreiben, wie jetzt geschehen, berechnet werden. —

Merseburg, den 1. April 1818.

Königl. Preuß. Feuer-Societäts-Directorial-Deputation
des Herzogthums Sachsen.

B e r e c h n u n g

über Einnahme und Ausgabe bei der Feuer-Societäts-Casse für die beiden zusammen
ausgeschriebenen Termine, Michaelis 1816 und Ostern 1817.

E i n n a h m e.	Cassen-Zustand.		
	Thaler.	Gr.	Pf.
Nach Ausweis des unterm 1. October 1817 erlassenen Feuer-Societäts-Ausschreibens für die beiden Termine Michaelis 1816 und Ostern 1817 haben einkommen sollen // 98580 Thlr. 21 gr. 10½ pf.			
Diese werden folgendermaassen berechnet, als:			
baar eingegangen	88446	10	10
zugerechnete Einnahmergebühren	891	15	2½
abgeschriebene inexistible Kasse	3	20	6
an Botenlöhnen	—	16	—
an noch außenstehenden Resten	9258	7	4½
// 98580 Thlr. 21 gr. 10½ pf.			

E i n n a h m e.				Cassen-Zustand.		
				Thaler.	Gr.	Pf.
Außerdem sind einkommen:				88426	10	10
Transp.						
a) an Beiträgen von in der Ein-						
gangs gedachten Intimation						
nicht mit aufgenommen gewese-						
nen Subscriptions-Summen						
// 49 Thlr. 11 gr. 6 pf. als:						
baar	48	—	23	48	23	2
zugerechnete Einnehmergebühren	—	—	12			4
b) an eingezogenen Strafgeldern	6	—	1	6	1	—
Summa der Einnahme	//	98656	Thlr. 10 gr. 4½ pf.	88501	11	—

A u s g a b e.

Diese 98656 Thlr. 10 gr. 4½ pf. werden in Ausgabe fol-						
gendermaßen berechnet, als:						
bereits bezahlte Brandschäden-						
Vergütungen	46284	Thlr.	16 gr. 6 pf.	46284	16	6
bereits bezahlte Feuergeräths-						
schäden-Vergütungen	771	—	7 — 6 —	771	7	6
Administrations- und Einrich-						
tungskosten	5669	—	12 — 10 —	5669	12	10
noch zu bezahlende Brand- und						
Feuergeräths-schäden-Vergü-						
tungen	45288	—	16 — 6 —			
Die in der Einnahme mit aufge-						
führten						
1) zugerechnete Einnehmerge-						
bühren	891	—	15 — 2½ —			
2) abgeschriebene inexistible Reste	5	—	20 — 6 —			
3) Wotensöhne	—	—	16 — — —			
4) noch zugerechnete Einnehmer-						
gebühren	—	—	12 — 4 —			
Summa der Ausgabe	//	96910	Thlr. 21 gr. 4½ pf.	50725	12	10

B a l a n c e.

Cassen, Zustand.

Thaler. | Gr. | Pf.

Die ganze Einnahme beträgt . . .	98656 Thlr. 10 gr. 4 1/2 pf.	88501	11	—
Die Ausgabe dagegen . . .	96910 — 21 — 4 1/2 —	50725	12	10
Bleibt Bestand . . .	1725 Thlr. 15 gr. 4 pf.	57775	22	2
Rechner man zu dem Cassenbestand an	57775 — 22 — 2 —			
die noch außenstehenden Reste mit	9258 — 7 — 4 1/2 —			
so wächst derselbe auf . . .	47014 Thlr. 5 gr. 6 1/2 —	47014	5	6 1/2
an.				
Hievon die noch zu bezahlenden				
Brand- und Feuergeräths-				
Vergütungen mit . . .	45288 — 16 — 6 —	45288	16	6
Bleibt gleichfalls Bestand . . .	1725 Thlr. 15 gr. 4 —	1725	15	4

welcher beim vorstehenden Ausschreiben der Cassen zu Gute gerechnet worden ist.

Die Rechnung über Einnahme und Ausgabe bei dem vorigen mit dem Königl. reich Sachsen gemeinschaftlich bis zum 31. März 1816 bestandenen Brandversicherungs-Institute kann erst dann abgelegt werden, wenn die diesfallige Auseinandersetzung mit Sachsen erfolgt sein wird.

Ertrahirt Merseburg, den 1. April 1818.

Königl. Preuß. Feuer-, Societäts-, Buchhalterei.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Da wir an die Stelle des Dorfes Kropstädt die Stadt Zahna zum Grenz-Etapenort bestimmt haben, so sind vom 1. Julius d. J. ab, die Wagonborden-Transporte von Wittenberg nach Berlin und in die dortige Gegend, oder umgekehrt nach Wittenberg über gedachte Stadt zu dirigiren.

Merseburg, den 15. Junius 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Da nach einem Rescript des Königl. Polizei-Ministerii vom 4. v. M. die wegen der nach dem Königreich Polen zu schaffenden Verbrecher und Wagonborden im 19ten Stück des diesjährigen Amtsblatts enthaltene und unterm 29. April d. J. erlassene Verordnung auch auf die nach Rußland zu transportirenden Verbrecher und Wagonborden in jeder Beziehung anzuwenden ist; so machen wir solches sämmtlichen Polizeibehörden des hiesigen Regierungs-Bezirks, insbesondere aber den mit dem Auslande grenzenden Etapen-Behörden zur Nachachtung hierdurch bekannt.

Merseburg, den 15. Junius 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

27. Stück.

Merseburg, den 4. Julius 1818.

Allgemeine Gesefsammlung.

Das 6te Stück der Gesefsammlung pro 1818 enthält:

Nro. 474. Die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 7. Mai d. J., daß die in den Festungen befindlichen Baugesangenen mit doppelfarbiger Kleidung versehen werden sollen; und unter

Nro. 475. Die Verordnung wegen Einführung des allgemeinen Landrechts und der allgemeinen Gerichtsordnung in den, mit den Preussischen Staaten vereinigten, zwischen den ältern Provinzen belegenen Districten und Ortschaften, und wegen Einrichtung des Hypothekenwesens in denselben. Vom 25. Mai d. J.

In einem Anhang zur Gesefsammlung sind folgende Tractate mit auswärtigen Höfen in Druck erschienen, als:

- 1) mit Sardinien vom 20. Mai 1815,
- 2) mit Hannover vom 29. Mai 1815,
- 3) mit den Niederlanden vom 31. Mai 1815,
- 4) mit Nassau vom 31. Mai 1815,
- 5) mit Dänemark vom 4. Junius 1815,
- 6) mit Schweden und Norwegen vom 7. Junius 1815,
- 7) mit dem Großherzogthume Hessen vom 10. Junius 1815,
- 8) mit dem Großherzogthume Sachsen-Weimar vom 1. Junius 1815,
- 9) desgleichen mit dem Großherzogthume Sachsen-Weimar vom 22. Sept. 1815,
- 10) mit dem Königreiche Hannover vom 25. September 1815, und
- 11) mit dem Churfürstenthume Hessen vom 16. October 1815.

P u b l i c a n d u m.

Nach einer Verfügung des Königl. Ministerii des Schazes und für das Staats-Creditwesen, sollen zur Berichtigung der rückständigen Forderungen für Lieferungen zur Militair-Versorgung aus der Periode vom 1. Mai bis Ende December 1815

die benötigten Summen so bald als möglich ganz oder theilweise, jedoch spätestens im Laufe dieses Jahres überwiesen werden. Den Interessenten wird daher diese wegen ihrer Befriedigung getroffene Maaßregel zu ihrer Veruhigung, und mit dem Bemerken hierdurch bekannt gemacht, daß sie von der erfolgten Anweisung der besaglichen Gelder durch die betreffenden Behörden sofort in Kenntniß gesetzt werden sollen.

Magdeburg, den 8. Junius 1818.

Königl. Geheimen Staatsrath und Ober-Präsident der Provinz Sachsen.

B ü l o w.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nr. 209.
Verbot
der Waaren-
Abiegung auf
dem platten
Lande.

Obgleich die Accise-Gesetze die Abiegung von Waaren auf dem platten Lande zu weiteren Verwendungs oder Abholung, bei Confiscation der abgelegten Waare, so wie bei strenger Ahndung gegen diejenigen, die dergleichen Waaren in ihre Verwahrung nehmen und wider alle sonstigen Theilnehmer an dergleichen Niederlagen, durchaus verbieten, so sind doch seit einiger Zeit häufig dergleichen Niederlagen entdeckt worden. Es hat sich sogar gefunden, daß fremde Kaufleute ihre Waaren, offenbar zum Einschleif in die nahe dabei gelegenen Städte und Ortschaften, wohin sie eigentlich bestimmt sind, unmittelbar an Gastwirthe und andere Einwohner der Dörfer mit der Anweisung adressiren, daß sie bei ihnen abgeholt werden sollen. Dies veranlaßt uns, folgende Vorschrift der landaccise-Ordnung vom 1. Novbr. 1788 Abschn. II. §. 6.:

„Nachdem auch zeitweiser die Defraudationen durch die heimlichen Niederlagen auf dem Lande sehr befördert und vermehrt worden, so befinden wir der Nothdurft angemessen, solche hiermit ausdrücklich zu untersagen und zu Jedermanns Warnung bekannt zu machen, daß bei deren Entdeckung nicht nur mit der Confiscation der heimlich niedergelegten Waaren ohne Anstand verfahren, sondern auch derjenige, der solche in seiner Wohnung, oder einem andern in Besiß habenden Gebäude, Garten oder andern Plage gestattet, mit nochmaliger Erlegung des Werths nach einer pflichtmäßigen Taxe, oder wenn er dazu kein hinlängliches Vermögen besitzt, mit rückföhrlichem, von unserm Geheimen Finanz-Collegio zu ermächtigendem Gefängniß bestraft, auch alle Theilnehmung anderer Personen hieran, mit Geld- oder Gefängnißstrafe geahndet werden soll.

Dasferne aber ein ohngesähr sich ereignender Zufall auf der Straße oder sonst die Niederlegung gewisser Waaren auf Dörfern nothwendig machen sollte; so darf solche jedoch nicht anders geschehen, als wenn es zuvor sowohl dem Dorf-Richter, oder einer andern Gerichtsperson, als den General- und landaccise-Einnehmern des Orts gemeldet worden; widrigenfalls die Niederlegung der Waaren für heimlich angesehen und auf obbestimmte Weise bestraft werden soll.

Es haben aber auch die Dorf-Gerichten und Einnehmer nicht zu gestatten, daß die Niederlegung solcher Waaren in abgelegenen, schwer zu beobachtenden Häusern geschehe, vielmehr darauf zu sehen, daß hierzu wo möglich ein öffentliches

Wirthshaus, oder die Wohnung eines Einnehmers, oder doch ein an der Straße oder sonst mitten im Dorfe gelegenes Haus gewählt werde.

Nicht minder muß von den niedergelegten Waaren ein, sowohl durch den Fuhrmann, als durch den Besizer des Hauses, der die Waare aufnimmt, vollzogenes, die Anzahl und äußere Beschaffenheit der Colli und Packete enthaltendes Verzeichniß gefertigt werden, und dieses so lange in den Händen des General- oder landaccise-Einnehmers verbleiben, bis die Waare wieder fortgeschafft wird, als welches letztere jedesmal im Beisein eines Einnehmers geschehen muß.

So lange aber die niedergelegten Waaren ganz oder zum Theil auf dem Dorfe verbleiben, haben die Einnehmer durch Visitation und sonst fleißige Obacht zu führen, daß davon nicht etwas heimlich ausgepackt oder fortgeschafft werde, wie denn auch derjenige, der die Waaren bei sich aufgenommen, dafür bei selbst eigener Vertretung zu stehen hat."

in Erinnerung zu bringen.

Wir machen dabei noch besonders darauf aufmerksam, daß die Dorf-Einnehmer, da das Gesetz die Ablegung von Waaren auf dem platten Lande nur ausnahmsweise in dem einzigen Falle unter gehöriger Beobachtung der vorgeschriebenen Formalitäten erlaubt, wenn sie durch einen besondern, erweislich eingetretenen Nothfall, z. B. durch einen den weitem Transport gänzlich verhindernden Unglücksfall an Wagen und Pferden, nothwendig wird, nicht befugt sind, außer einem solchen Nothfalle die Ablegung von Waaren zu gestatten, daß sie vielmehr, wenn sie es thun, selbst eine Pflichtwidrigkeit begehen und dadurch zu strafbaren Theilnehmern der gesetzlich verbotenen Waarenablegung werden, und daß solche folglich auch durch die Zuziehung der Dorf-Einnehmer und deren Verleitung zu einer pflichtwidrigen Theilnahme an derselben auf keine Weise gerechtfertigt wird.

Merseburg, den 15. Juni 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung:

Mehrere Anzeigen über entstandene Waldbrände geben uns die Veranlassung, die Königl. Herren Landräthe und Bezirks-Oberförster, in Beziehung auf die gesetzlichen Vorschriften (Th. II. Tit. 20. §§. 1521. 1550. 1555. 1557. 1568. des allgemeinen Landrechts) aufzufordern: durch Bekanntmachungen und strenge polizeiliche Aufsicht durch ihre Untergebenen hiergegen thätigst zu wirken.

Merseburg, den 15. Juni 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Da in den eingereichten Bagabonden - Transport - Kosten - liquidationen die Heizung der Gefängnisse noch im Monat April in Ansaß gebracht wird, mehrere Etappenbeförden auch darüber, wie lange solche berechnet werden können, in Ungewißheit gewesen sind; so wird sämmtlichen Polizei- und Etappen-Behörden des hiesigen Regierungs-Bezirks hierdurch zur Nachachtung bekannt gemacht, daß die Heizung der

Nr. 210.
Verhängung
der Wald-
brände.

Nr. 212.
Die Heizung
der Gefängnisse
für Trans-
portanden

Gefängnisse nur in den sechs Wintermonaten vom 1. October bis Ende März zu berechnen ist. Merseburg, am 15. Juni 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 212.

Polizeiliche
Verordnungen
beim Baden.

Um in dem gegenwärtigen Sommer den so häufig sich ereignenden Unglücksfällen beim Baden möglichst vorzubeugen, erinnern wir die sämmtlichen Polizeibehörden an die Befolgung der diesfalls unterm 6. August 1817 im Amtsblatt St. 53 publicirten Verordnung.

Die Herren Landräthe werden hiermit besonders verpflichtet, darauf zu halten, daß dieser Verordnung nachgegangen werde, und in den Fällen, da Unglücksfälle beim Baden zu ihrer Kenntniß kommen sollten; gehörig zu untersuchen, ob von den Ortsbehörden das Nöthige vorgekehrt worden sei. Ueber den Erfolg dieser Untersuchung haben sie der Königl. Regierung in den monatlichen Berichten über die Unglücksfälle Anzeige zu erstatten, damit wir nach Befinden wegen Bestrafung der nachlässigen Behörden Entschließung fassen können.

Merseburg, den 19. Juni 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 213.

Die Weidrin-
gung eines Ar-
ztes bei den
Besuchen des
Herren Predi-
ger.

Wir haben wiederholt in Erfahrung gebracht, daß viele der Herren Prediger unsers Regierungs-Bezirks durch eine eifrige Sorgfalt für die ihrer nächsten Aufsicht übergebenen Schulen nicht nur, sondern auch durch vielfache Mitwirkung zur Verbesserung des Schulwesens überhaupt sich auf eine würdige Weise auszeichnen.

Indem wir diesen verdienstlichen Eifer hiermit öffentlich dankbar anerkennen und jenen von uns verehrten Männern die Versicherung ertheilen, daß wir auf ihre Beförderung und die Verbesserung ihrer äußerlichen Verhältnisse besonders bedacht sein werden, verordnen wir zugleich: daß jeder der Herren Prediger, der um Beförderung in ein einträglicheres Amt und um Beförderung in eine höhere geistliche Stelle bei uns nachsucht, von jezt an bei dem ersten Besuche ein Attest seines nächsten Vorgesetzten darüber, daß und wie er sich der Ortschule oder des Schulwesens überhaupt thätig angenommen habe, beizubringen, und bei wiederholten Eingaben sich darauf zu beziehen hat, widrigenfalls seine Wünsche unberücksichtigt bleiben werden. Die Herren Superintenden ten werden mit gewissenhafter Treue und möglichster Vollständigkeit diese Zeugnisse fertigen und, eine pflichtmäßige Strenge in Ertheilung derselben beachtend, unsere gute Absicht zu fördern bemüht sein.

Merseburg, den 21. Juni 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

**Verordnungen des Königlichen Ober-Landes-Gerichts
zu Naumburg.**

Nr. 18.

Die Einkünfte
dingung dergleichen.

Mit Bezugnahme auf unsere Verordnung vom 15. Februar c. machen wir den Untergerichten unsers Departements hierdurch zur Nachricht und Beachtung bekannt:

daß nach einer Verfügung des Herrn Justiz-Ministers vom 5. d. M. die über die Untersuchung des Gemüthszustandes eines Menschen aufgenommenen Protocolle und von den Physikern und Aerzten erstatteten Gutachten nicht dem Medicinal-Collegium der Provinz, sondern gleich den Sections-Protocollen und Gutachten, der Königl. Regierung des Bezirks abschriftlich mitgetheilt werden sollen.

Naumburg, den 16. Juni 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Auf die Anfrage unseres Pupillen-Collegii: ob bei Emancipationen ein Gnadenstempel statt finde? ist das nachstehende Rescript des Königl. Justiz-Ministeriums vom 10. d. M.

„Dem Königl. Pupillen-Collegio zu Naumburg wird auf die Anfrage vom 1. d. M. wegen Anwendung des Gnadenstempels bei eintretenden Emancipationen, in Uebereinstimmung mit dem Herrn Finanz-Minister, eröffnet, daß, da dieser Stempel überhaupt nur da eintritt, wo von Seiten des Staats ein begünstigender Beschluß gefaßt wird, nicht aber, wo es nur auf Ausübung eines im Besetze ohnehin schon begründeten Rechtes ankommt, bei der Emancipation von Anwendung des Gnadenstempels die Rede nicht sein kann.“

Berlin, den 10. Juni 1818.

Der Justiz-Minister.

Rircheisen.“

erfolgt, welches hierdurch sämmtlichen Untergerichten unsers Departements zur Nachricht und Achtung bekannt gemacht wird.

Naumburg, den 19. Juni 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Nach einer Verfügung des Hrn. Justiz-Ministers vom 3. d. M. sollen bei allen von uns von jetzt zu formirenden speciellen Pensions-Anträgen diejenigen Data angezeigt werden, welche durch die Rubriken der uns mitgetheilten, hieneben abgedruckten, beiden Schemata

a) für die in den Ruhestand zu versetzenden, zum Ressort des Königl. Justiz-Ministeriums gehörigen Individuen,

b) für die Wittwen und Kinder verstorbenen Königl. Officianten vorgeschrieben werden.

Sämmtliche Untergerichte unsers Departements werden demnach hierdurch angewiesen, bei allen uns einzureichenden Pensions-Vorschlägen der einen oder andern Art jene Vorschreift genau zu befolgen, und zwar nicht blos die Form zu beobachten, sondern auch die nach dem Schema verlangten Nachrichten vollständig und pflichtmäßig mitzutheilen.

Naumburg, den 16. Juni 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Gutachten des
Gemüths-
zustandes an die
Königl.
Regierung.

Mr. 19.
Anwendung
des Gnaden-
stempels bei
eintretenden
Emancipatio-
nen.

Mr. 20.
Die Form-
runn der Pen-
sions-Atteste
etc.

[illegible]

m a.

Vermögens- Verhältnisse.	Physische und moralische Gründe zur Pensionirung.	C e n s u r über das bisherige Dienst- verhalten.	Betrag der zu bewilligen- den jährl. Pension.	Bemerkungen.

b. The

[illegible]

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Nach einer, von dem Gouvernement der Bundesfestung Luxemburg uns gemachten Mittheilung, ist dem früher bei dem 2ten Bataillon des 4ten Elb-Landwehr-Infanterie-Regiments gestandenen Invaliden, Gottfried Lebrecht, angeblich aus Kriessfeld bei Mansfeld, eine Gratification aus dem Fond zu Unterstützung der bei langw. invalide gewordenen Militärs, bestimmt worden.

Da nun der Aufenthalt des ic. Lebrecht bis jetzt nicht hat ausgemittelt werden können, so wird derselbe hierdurch öffentlich aufgefordert, sich wegen Empfangnahme der ihm bewilligten Unterstützungssumme entweder durch den betreffenden Herrn Kreislandrath oder unmittelbar bei uns zu melden.

Merseburg, den 25. Juni 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Des Königs von Spanien Majestät hat die Häfen Alicante, Corunna, Cadix und St. Ander für Frei- und Deposito-Häfen erklärt, und in dem deshalb erlassenen Decrete versprochen, wenn diese Maßregel den Erwartungen entspreche, mit der Zeit auch alle andere Häfen der Halbinsel an jenen Privilegien Theil nehmen zu lassen.

Nach der deshalb erlassenen Verordnung können alle Gegenstände des erlaubten Handels in diese Häfen frei von allen Einfuhrzöllen und nur gegen eine Abgabe von zwei proCent des Werths, wovon ein proCent bei dem Eingange und eins beim Ausgange entrichtet wird, ein- und nach dem Auslande ausgeführt und ein Jahr lang niedergelegt werden.

V e r p a c h t u n g .

Nach der Bestimmung des Königl. Hohen Finanz-Ministerii sollen die beiden Königlich zum Amte Schkeuditz gehörigen und unterhalb des Dorfes Köglitz gelegenen Weinberge, der Mönchs- oder Kelterberg und der Langeberg genannt, von zusammen 24 Acker Flächeninhalt, mit Einschluß der darin gelegenen Grasstücke und Obstpflanzungen, mit den darauf stehenden Gebäuden an

Einem Keltergebäude, 55½ Elle lang, mit der darin befindlichen Weinpresse und Zubehör,

Zwei als Flügel angebauten Wohngebäuden, à 29 Ellen lang, mit 12 Stuben, 6 Kammern, 2 Küchen, 3 Dachstuben, 3 Dachkammern und 3 Kellern,

Einem Pferdestall, 50 Ellen lang,

Einem Kuhstall und Schuppen, 21 Ellen lang,

Zwei Schweineställen, 8½ Ellen lang,

Einem Feuergeräths-hause, 7 Ellen lang,

Zwei massiven Wackhäusern in den Bergen,

Einem Brunnen, und

Einem geräumigen Hofe mit Garten, auch mit den darum befindlichen Vermächtigungen an 16½ Ruthen Steinmauer, 60½ — Lehmwand, und 456 — lebendiger Hecken; desgleichen mit den am

Fuße des Kelterbergs gelegenen

Zwei Stücken Feld von ungefähr 4 Acker Flächengehalt, und Einem mit 150 tragbaren Obstbäumen bestandenen Stück Grasland, und endlich mit Fünf Acker Wiesen, und dem sämmtlichen beweglichen Inventario, so wie überdies mit dem an die Kirche zu Köglitz angebauten Verstäubchen (Emporkirche), an den Meistbietenden veräußert oder vererbpachtet werden. Die Licitation wird in dem locale der Zweiten Abtheilung der Königl. Regierung zu Merseburg von dem Departements-Rath abgehalten werden. Die Grund- und Nutzungsanschläge, so wie die Kaufs- und Erbpachtsbedingungen sind von heute an in der Domainen-Registratur der benannten Regierungs-Abtheilung einzusehen.

Zum Licitations-Termin ist

der 29. August d. J.

anberaumt worden, an welchem Tage sich die Kauf- oder Erbpachtlustigen bei dem Regierungs- und Departements-Rath Michaelis anzumelden, zugleich aber ihre Zahlungsfähigkeit vollständig nachzuweisen haben.

Nur wer sich deshalb genügend ausweist, kann im Bietungstermine zugelassen werden, und es muß jeden Falles die Auswahl unter den Licitanten, so wie die Genehmigung des Hohen Finanz-Ministerii vorbehalten bleiben.

Merseburg, den 22. Juni 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

V e r z e i c h n i s s

haußgegriffener, mittelst Marschroute und Transports aus den Königl. Preuß. Staaten verwiesener Vagabonden.

1) Aus dem Raumburger Stadtkreise.

a) Wegen Verfälschung seines Wanderbuchs.

Philipp Mahler, ein Bierbrauer und Böttcher, gebürtig aus Königshefen im Würzburg., 28 Jahr alt, 5 Schuh 5 Zoll groß, braune Haare, bedeckte Stirn, braune Augenbraunen, graue Augen, spitze Nase, proportionirten Mund, braunen Bart, rundes Kinn, längliches Gesicht, braune Gesichtsfarbe, langer Statur; über Eamburg.

b) Wegen Theilnahme eines Getreide-Diebstahls.

Christian Gottlob Heinecke, Dienstknecht, gebürtig aus Münchensgosserskadt im Altenburg., 28 Jahr alt, 5 Fuß 1 Zoll groß, braune Haare, hohe Stirn, braune Augen und Augenbraunen, proportionirte Nase und Mund, braunen Bart, rundes Kinn, ovales Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, mittler Statur; über Eamburg.

c) Wegen ermangelnder Legitimation.

Johann Christoph Horn, Strumpfwürkergehilfe, gebürtig aus Apolda, 29 Jahr alt, 5 Fuß

groß, dunkelblonde Haare, hohe Stirn, dunkelbunte Augenbraunen, blaue Augen, proportionirte Nase und Mund, blonden Bart, rundes Kinn, ovales Gesicht, gelbe Gesichtsfarbe, mittler Statur; über Eckartsberga.

a) Wegen Theilnahme an einer Salientwendung.

Johann Gottfried Günther, Schuhlärmner, gebürtig aus Langenberg bei Oera, 28 Jahr alt, 5 Fuß 7 Zoll groß, braune Haare, bedeckte Stirn, braune Augenbraunen, blaue Augen, kolbige Nase, gewölbten Mund, braunen Bart, rundes Kinn, längliches Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, langer Statur; über Kbstzig.

a) Wegen Theilnahme an einem Getreide-Diebstahle.

Johann Heinrich Knopf, Dienstknecht, gebürtig aus Zadesdorf bei Triptis, 20 Jahr alt, 5 Fuß 5 Zoll groß, dunkelbraune Haare, bedeckte Stirn, dunkelbraune Augenbraunen, braune Augen, spizig gebogene Nase, kleinen Mund, langes Kinn, ovales Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, mittler Statur; über Eisenberg.

2) Aus dem Torgauer Kreise.

a) Wegen Vagabondiren.

Carl Friedrich Herbst, Schneidergeselle, gebürtig aus Waldheim, 66 Jahr alt, 5 Fuß 3 Zoll groß, graue Haare, flache Stirn, graue Augenbraunen, bläuliche Augen, große Nase, gewöhnlichen Mund, braunen Bart, rundes Kinn, ovales Gesicht, braune Gesichtsfarbe; nach Waldheim.

b) Wegen mangelnder Legitimation.

Johanne Christiane Trigsche, Dienstmagd, gebürtig aus Wurzen, 46 Jahr alt, 4 Fuß 11 Zoll groß, braune Haare, freie Stirn, braune Augenbraunen, graue Augen, spizige Nase, gewöhnlichen Mund, rundes Kinn, ovales Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe; nach Wurzen.

3) Aus dem Delitzscher Kreise.

a) Wegen Bettelrei.

Carl Gottfried Siebdrath, Schuhmacher, gebürtig aus Döbeln, 22 Jahr alt, 69 Zoll Sächß. groß, blonde Haare, runde Stirn, braune Augenbraunen, graue Augen, breite Nase, gewöhnlichen Mund, braunen Bart, rundes Kinn und Gesicht, blasse Gesichtsfarbe; nach Leipzig.

b) Wegen Vagabondiren.

Christiane Dorothea Zahn mit 2 Kindern, gebürtig aus Döbeln, 58 Jahr alt, 68 Zoll Sächß. groß, braune Haare, runde Stirn, blonde Augenbraunen, graue Augen, gewöhnliche Nase und Mund, breites Kinn, längliches Gesicht, braune Gesichtsfarbe; nach Döbeln.

4) Aus dem Liebenwerdaer Kreise.

Wegen Vagabondiren.

Magdalena Trabert, Dienstmagd, gebürtig aus Aufstadt in Baiern, 25 Jahr alt, 5 Fuß 2 Zoll groß, braune Haare, gewölbte Stirn, braune Augenbraunen, blaue Augen, lange und spize Nase, großen Mund, rundes Kinn, längliches Gesicht, kleiner und hagerer Gestalt; nach Aufstadt.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

28. Stück.

Merseburg, den 11. Julius 1818.

P u b l i c a n d u m.

Bei dem Königl. Finanz-Ministerio gehen noch häufig Besuche und Eingaben in folgenden, nicht mehr zu dessen Ressort gehörigen, Angelegenheiten ein:

- 1) in Rekrutementensachen von Ost- und Westpreußen und Litthauen, und bei den Festungen;
- 2) wegen Gehaltsrückstände sächsischer und anderer Officianten;
- 3) wegen Civil- und Militair-Pensions-Rückstände;
- 4) wegen des Staats- und Provinzial-Schuldenwesens;
- 5) wegen Realisation von Staatspapieren;
- 6) wegen Ausfertigung u. von Ueberscheinen;
- 7) wegen Forderungen des Preussischen Staats und Preussischer Unterthanen an auswärtige Mächte; und
- 8) wegen der Militair-Verpflegung aus der Vorzeit bis zum Schluss des Jahres 1815.

Die unterzeichneten Ministerien finden sich hierdurch veranlaßt, das Publicum darauf aufmerksam zu machen, daß in Gemäßheit der Allerhöchsten Verordnung vom 3. November v. J. diese Gegenstände, in so weit die

zu 1. nicht zum Ressort des Königl. Ministeriums des Innern, und die

zu 7. nicht zum Ressort des Königl. Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten gehören, zum Wirkungskreise des Königl. Ministerii des Schatzes und für das Staats-Creditwesen verwiesen sind, und daß daher die diesfälligen Besuche und Eingaben an letztgedachtes Ministerium zu richten sind, woselbst sie von dem Präsi-
denten und Staats-Secretair Frieße eröffnet werden.

Berlin, den 8. Juni 1818.

Finanz-Ministerium.

ges. von Klewisch.

Ministerium des Schatzes und für das Staats-
Creditwesen.

ges. Frieße. Rother.

Digitized by Google

Bei dem unterzeichneten Staats- und Finanz-Minister von Kiewitz gehen noch häufig Eingaben und Gesuche wegen Realisation von Bank-Obligationen ein. Da aber nach der Allerhöchsten Verordnung vom 9. December v. J. das Präsidium der Hauptbank von ihm auf den unterzeichneten Präsidenten und Staats-Secretaire Griefe übergegangen ist; so wird das Publicum ersucht, dergleichen Angelegenheiten stets an den Präsidenten Griefe, als Chef des Haupt-Bank-Instituts, zu richten.

Berlin, den 8. Juni 1818.

(824.)

von Kiewitz. Griefe.

Verordnung der Königl. Preuß. Feuer-Societäts-Deputation.

Mr. 1:
Die bei Aus-
zahlung der
Immobiliar-
Brandschäden
Verhältnissen
zu beobachten
de Modalität.

Bei der Feuer-Societät für das Herzogthum Sachsen hat bisher die Einrichtung bestanden, daß die Abgebrannten ihre Immobilien-Brandschädenvergütung in Dritttheilen ausgezahlt erhielten, nämlich das erste Dritttheil nach Anschaffung der Baumaterialien, das zweite Dritttheil nach Wiederherstellung der abgebrannten Gebäude bis zum Ausbau, und das letzte Dritttheil nach völliger Vollenbung des Baues und gänzlicher Verwendung des Vergütungs-Quantii.

Da diese Einrichtung die Abgebrannten in so fern belästigte, als die Entschädigung dadurch zu sehr vereinzelt und verzögert wurde, so haben wir schon seit der Separation des Immobilien-Brandversicherung-Instituts für das Herzogthum Sachsen mit dem Termin Michael 1816 die Immobilien-Brandschädenvergütungen nicht mehr in Dritttheilen, sondern in Hälften, und zwar die erste Hälfte nach Anschaffung der Baumaterialien und die zweite Hälfte nach Vollenbung des Baues und Verwendung des Vergütungs-Quantii, angewiesen. Um jenen Mängeln, so viel es ohne Zurücksetzung der neben dem unmittelbaren Vortheile der Abgebrannten, auch zugleich die Conservation des Landes und das Interesse der Realgläubiger umfassenden Zwecke des Instituts möglich ist, noch weiter abzuheben und demnach auch die von der bisherigen Modalität unzertrennliche Aufhäufung der Entschädigungsgelder bei hiesiger Casse zu vermeiden, hat das Königl. Hohe Ministerium des Innern jetzt die Abänderung der obigen Zahlungsweise in der Maasse genehmiget, daß die Bezahlung der zweiten Hälfte der Vergütungen von jetzt an nicht mehr an die Vollenbung des Aufbaues und die Verwendung des ganzen Vergütungs-Quantii gebunden sein, sondern schon dann erfolgen soll, wenn die Verwendung der ersten Hälfte des Vergütungs-Quantii glaubwürdig nachgewiesen ist, wobei jedoch die Kosten der Baumaterialien, welche vor Erlangung der ersten Hälfte anzuschaffen waren, nur dann wieder in Anrechnung kommen sollen, wenn der Betrag sämmtlicher bis dahin verwendeter Baukosten die volle Summe des ganzen Vergütungs-Quantii erreicht. Indem wir diese Abänderung der zeitherigen Einrichtung dem dabei interessirten Publicum hiermit bekannt machen, fordern wir die Behörden, denen die Besorgung der Feuer-Societäts-Angelegenheiten des Herzogthums Sachsen obliegt, hiermit auf, die Acten auf den Certificaten über die zweite Hälfte, oder, wenn Vergütungen aus dem vorigen Institute zu bezahlet sind, die Acten auf den Certificaten über das zweite und letzte Dritt-

theil bergestalt einzurichten, daß darin nur die wirkliche Verwendung der ersten Hälfte der Vergütung auf den Bau bescheinigt wird. Es ist aber, nach dem Sinne der vorbemerkten Ministerial-Bestimmung, bei Berechnung der Verwendung der ersten Hälfte der Vergütung, der Betrag der, vor Empfang der ersten Hälfte oder des ersten Dritttheils anzuschaffen gewesen Baumaterialien und zwar bei vorsehenden Zweifeln nach vorgängiger Erörterung durch Sachverständige in Abrechnung zu bringen.

Merseburg, am 25. Juni 1818.

Königl. Preuß. Feuer-Societäts-Directorial-Deputation für das
Herzogthum Sachsen.

v. Schönberg.

Verordnungen der Königl. Regierung.

In Betreff der bisher darüber entstandenen Zweifel, ob die nach Inhalt unserer Bekanntmachung vom 26. Juni 1816 (Amtsblatt St. 19. Nr. 129.) von des Königs Majestät, den hilfsbedürftigen Eltern von 7 Söhnen allerhöchste verheißene Unterstützung zur Erziehung derselben, auch dann gewährt werden könne, wenn sich die vorgeschriebene Zahl der Söhne durch Tod oder Auscheiden aus der älterlichen Pflege vermindert habe, ist nunmehr von des Königs Majestät durch eine Allerhöchste Cabinetsordre vom 15. Februar d. J. dahin entschieden worden:

Nr. 214.
Die Unterstüt-
zung für Ael-
tern von sieben
Söhnen.

daß die Unterstützung der lebenden Söhne, in so fern und so lange sie nach den persönlichen Verhältnissen der Aeltern deren Pflege noch bedürfen, auch dann eintreten soll, wenn nicht alle 7 Söhne mehr am Leben sind, oder sich nicht mehr in der älterlichen Pflege befinden, so daß hiernach für jeden einzelnen Sohn der Verpflegungsbetrag festgestellt, und demnächst, wenn der Sohn stirbt oder der älterlichen Pflege nicht mehr bedarf, wegfallen, übrigens aber die Dauer der Unterstützung nach den persönlichen Verhältnissen der Aeltern, in jedem einzelnen Falle von der Regierung ermessen werden soll.

Indem wir diese Allerhöchste Bestimmung hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringen, wiederholen wir zugleich unsere Anweisung in dem Publicando vom 28. Januar 1817 (Amtsblatt St. 6. Nr. 58.), daß diejenigen Aeltern und Individuen, welche hierauf Ansprüche zu machen berechtigt sind, ihre Gesuche durch die betreffenden Herren Landräthe allhier anzubringen haben.

Merseburg, den 15. Juni 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Bei der allgemeinen Revision der Apotheken im Regierungs-Bezirk hat es sich ergeben: Nr. 215.

- 1) daß mehrere Apotheker bei Aufbewahrung des Phosphors nicht die Sorgfalt beobachten, welche nöthig ist, wenn nicht durch Selbstentzündung desselben Feuergefahr entstehen soll;

Die Aufbe-
wahrung des
Phosphors in
Apotheken.

- 2) daß sie nicht überall die Mohnsaftpräparate nach Vorschrift der pharmacopoea borussica, welche sie als gesetzliche Norm anzusehen haben, zubereiten; wor- durch weder Aerzte noch Kranke in Hinsicht der einzelnen Arzneigaben sichergestellt sind.

Die Apotheker haben künftig den Phosphor nicht blos in Gläsern aufzubewahren, sondern diese noch in eine Kapsel von Blech zwischen Sand einzuschließen, so daß bei zufälliger Zerberstung der Gläser eine Selbstentzündung dieses entzündlichen Materials während einer erhöhten Lufttemperatur nicht weiter gefährlich werden kann. Bei Bereitung der Mohnsaftpräparate haben sie genau die Vorschrift des preussischen Apothekerbuchs zu befolgen, damit wegen der eingemischten Menge Mohnsafts in einer verordneten Gabe derselben keine Verschiedenheit Statt findet.

Merseburg, den 25. Juni 1818.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

Verordnungen des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Nr. 21. Wenn Untergerichte bei Ausrichtung der ihnen gemachten Aufträge Kosten liqui-
Verfahren der diren, und solche nicht zur unmittelbaren Erhebung von der betreffenden Partei an-
Untergerichte gewiesen werden, so erfolgt deren Eintragung in das Commissions-Gebührenbuch des
bei Kosten: li- unterzeichneten Ober-Landesgerichts. Aus diesem werden monatliche Extracte gefe-
quidationen. rligt, worauf die Salarien-Casse, welche jene Commissions-Gebühren mit den hie-
sigen Kosten zur gemeinsamen liquidation stellt, die Anweisung erhält, sie nach er-
folgtem Eingang dem Untergericht, welchem sie gebühren, auszusahlen. Da diese
Zahlung aber in sehr vielen Fällen, namentlich bei aufgetragenen Einziehungen hiesi-
ger Kosten, durch Verrechnung zwischen dem Untergericht und der Ober-Landesge-
richts-Salarien-Casse geschehen kann, so ist es nothwendig befunden, jenes sofort
bei Erlassung der Verfügung auf den Commissions-Gebühren-Extract von der ob-
waltenden Verbindung mit der Salarien-Casse in Kenntniß zu setzen, und dieses ge-
schieht durch einen bloßen, in der Kürze ohne weitere Verfügung dem Untergericht zu-
gehenden, seine Kosten betreffenden Auszug aus dem Commissions-Gebühren-Extract.
Sobald also solche Auszüge bei den Untergerichten eingehe, haben diese mit der hiesi-
gen Ober-Landesgerichts-Salarien-Casse das Weitere in obiger Hinsicht einzuleiten,
Raumburg, den 26. Juni 1818.

Königl. Preuss. Ober-Landes-Gericht.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Nach einer von dem Herrn General-Major von Lobenthal zu Magdeburg un-
geschehen Mittheilung, hat derselbe im Monat März v. J. von verschiedenen Garni-
son-Bataillons für mehrere Soldaten, welche früher in Königl. Sächs. Diensten
gestanden haben und gegenwärtig theils zur Kriegesreserve theils zur Landwehr entlas-

sen oder auch in das stehende Heer vertheilt worden sind, die ihnen noch gebührenden Soldrückstände aus Königl. Sächs. Dienstzeit zur weitem Beförderung zugesendet erhalten.

Es hat jedoch bis jetzt der Aufenthalt mehrerer von diesen Individuen nicht ausgemittelt und ihnen daher die ihnen noch gebührenden Soldrückstände nicht zugesendet werden können.

Unter diesen Mannschaften befinden sich einige, welche angeblich aus dem hiesigen Regierungs-Bezirk gebürtig und in der unten Seite 256 befindlichen namentlichen Liste aufgeführt sind.

Es werden daher diese Mannschaften hierdurch aufgefordert, sich zu Empfangnahme der ihnen noch zuständigen Gebühren bei den betreffenden landrätlichen Officien zu melden, welche die von den Interessenten auszustellenden Quittungen an den Herrn General-Major von Iobenthal zu Magdeburg unmittelbar unter Bitte um Uebersendung des Geldebetrags zu übersenden, und den letztern demnächst den Interessenten einzuhandigen haben.

Merseburg, den 19. Juni 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Es haben in den Jahren 1813 bis 1815 mehrere ausländische Fuhrleute in dem Salz-Licent-Beieinnahmen Passendorf und Schkeuditz durch Niederlegung einiger Thaler, Sicherheit dafür geleistet, daß sie das in Halle für eigene Rechnung geladene Salz nicht innerhalb des Königreichs Sachsen abladen, sondern sich über dessen Wiederausfuhr durch gehörige Grenzbescheinigungen ausweisen wollten.

Wenn nun gleich diese Pfänder eigentlich längst verfallen sind, weil die Inhaber der darüber erteilten Depositions-Scheine unterlassen haben, solche, nach dem wörtlichen Inhalt derselben, binnen zwei Monaten vom Tage der Ausstellung an mit den erforderlichen Grenzbescheinigungen zurückzubringen und das darauf erlegte Geld zurückzufordern, so hat jedoch das Königl. Hohe Finanz-Ministerium nachgelassen, daß diese Gelder den Eigentümern noch jetzt zurückgegeben werden sollen, wenn sie sich binnen zwei Monaten und längstens vor dem 1. October 1818 bei der Accise-Einnahme oder dem Zollamt in Schkeuditz mit Vorbringung des erhaltenen Depositions-Scheins und der Grenz-Ausgangsbesecheinigung melden wollen, wozu sie daher hierdurch aufgefordert werden, mit der ausdrücklichen Warnung, daß nach dem 1. October d. J. diese ohnedem bereits verfallenen Anforderungen sodann, als völlig erloschen werden angesehen werden.

Merseburg, den 22. Juni 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nach einer Eröffnung des Königl. Brigade-Commando's zu Magdeburg hat der ehemals Sächsische, später vom Garnison-Bataillon Nr. 8. in seine Heimath entlassene Soldat, Gottfried Becker, angeblich aus Ietschhoff bei Sangerhausen, noch 14 Thaler an Soldrückständen aus Königl. Sächs. Dienstzeit zu fordern.

Da der Aufenthalt des 1c. Becker bis jetzt nicht hat ausgemittelt werden können, so wird derselbe hierdurch aufgefordert, sich wegen Empfangnahme der gedachten Summe bei uns binnen 4 Wochen zu melden.

Merseburg, den 26. Juni 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Von dem Königl. Obersten, Herrn von Klär, Commandeur des Grenadier-Regiments Kaiser Franz, sind uns für mehrere von der Königl. Sächs. Armee zu diesem Regiment versetzte und von dem letztern wieder zur Kriegs-Reserve entlassene Mannschaften, die ihnen aus ihren frühern Verhältnissen noch zustehenden rückständigen Gebühren, und unter andern auch für

- 1) Heinrich Voigt aus Eckartsberga,
- 2) Christian Trommler, angeblich aus Ponndorf bei Raumburg,
- 3) Martin Brachmann, angeblich aus Winterhaus bei Herring,
- 4) Heinrich Kartsch, angeblich aus Kelbra,
- 5) Christian Daniel, angeblich aus Wiefbach,
- 6) Andreas Walter, angeblich aus Koleschshaus bei Colleben, und
- 7) Gottfried Seyffert, angeblich aus Weda,

übersendet worden.

Da diese Mannschaften bis jetzt noch nicht haben ausgemittelt werden können, so werden dieselben hierdurch öffentlich aufgefordert, sich zu Empfangnahme ihrer Gebühren durch die betreffenden Herren Landräthe bei uns binnen sechs Wochen zu melden. Merseburg, den 30. Juni 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Mit Genehmigung der Hohen Ministerien des Innern und der Polizei ist die zeither in Halle noch bestandene Westphäl. Mairie aufgehoben, und an deren Stelle ein nach Analogie der Städte-Ordnung organisirtes Magistrats-Collegium eingefügt worden, welches aus dem jedesmaligen Landrathe, als Oberbürgermeister, einem besoldeten Stadtrathe mit dem Prädicate als Bürgermeister, einem besoldeten Stadtrathe als Syndicus, einem verglichen als Rämmerer, außerdem aber noch aus drei besoldeten und sechs unbesoldeten Stadträthen besteht.

Hierbei sind nach den Vorschlägen der Commun-Repräsentanten ernannt worden:

der zeitliche Rathmann Mellin,	als erster Stadtrath und Bürgermeister,
der Syndicus D. Geisler als Stadtrath und Syndicus,	
der Rämmerer D. Willweber als Stadtrath und Rämmerer,	
der Rathmann Heydrich	} als Stadträthe,
der Kreisamtmann Vertram	
der Rathmann Meyer	

ferner als unbesoldete Stadträthe:
der Kaufmann Lehmann,

der Fabricant Bucherer,
der Fabricant Schmidt.

Wegen der zwei übrigen Stellen unbeförderter Stadträthe wird weitere Entscheidung erfolgen.

Die Einführung und Verpflichtung des neuen Magistrats ist am 27. Juni d. J. erfolgt. Merseburg, den 3. Juli 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königlichen Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Nachdem in Gemäßheit des Allerhöchsten Patents vom 15. November 1816 und in Erwägung der besondern örtlichen Verhältnisse der Grafschaft Henneberg mit Genehmigung Sr. Excellenz, des Herrn Justizministers die Einrichtung getroffen worden ist, daß in der gedachten Grafschaft die Criminaljustiz noch ferner von den Königl. Justizämtern Schleusingen, Euhl und Kühndorf mit Wernshausen ausgeübt werden und denselben zugleich die den Patrimonialgerichten bisher zugestandene Criminal-Jurisdiction übertragen sein soll; so wird solches, und daß demnach das Justizamt Schleusingen nunmehr auch in dem Civilgerichtsbezirk des dasigen Stadtraths, so wie das Amt Kühndorf in dem Flecken Schwarzja die Criminal-Jurisdiction auszuüben hat, hierdurch den betreffenden Gerichtsbehörden und Gerichtseingesessenen zur Nachricht und Beachtung bekannt gemacht.

Naumburg, den 19. Juni 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

S t e c k b r i e f.

Nachbenannter Hautboist, Friedrich August Wilhelm Kildner, von der 1ten Fußgarde, Artillerie-Compagnie, aus Mirowitz bei Freiburg in Sachsen gebürtig, wird seit gestern vermißt. Die Gensd'armrie wird hiermit angewiesen, auf ihn strenge zu vigiliren, im Betretungsfalle sogleich nach Berlin transportiren, und an die Königl. Commandantur abliefern zu lassen. Der Kreis-Brigadier, in dessen Bezirke derselbe verhaftet ist, hat mir sofort davon Anzeige zu machen. Berlin, den 28. Junius 1818.

Königl. Preuß. Chef der Gensd'armrie,

v. Drauschisch.

Signalement. Alter, 17 Jahr; Größe, 5 Fuß; Haare, braun; Stirn, bedeckt; Augenbraunen, braun; Augen, schwarz; Nase, klein; Mund, gewöhnlich; Bart, keinen; Kinn, gewöhnlich; Gesicht, rund; Gesichtsfarbe, blaß; Statur, klein; Sprache, sächsischer Dialect. Bekleidung: ein dunkelblauer Ueberrock, braungestreifte Weste, Dienstmütze.

Essential Life

berinnigen Zirkulation, merkte aus ihrer Abnigl. Endf. Dingsfist noch ruckfahbige Adh. 2. gezeirungen haben und im Jahr 1815 die Strigebereyren oder Kenderf von Adgaburg aus in ihre Gernialf entlassen worden find, und deren Belkannthf, die die Aufenbalt ausgemermt worden if, bei der Abgabe in Adgaburg berpint fign.

No.	Esßgac.	Nos. und Nummern.	Maßesfanb.	Artid.	Erzeigniß, Materialien, Companie, in welcher solche in Gebrauch Diensten stehen.	Stellen an welchen dieselben Zur. an. st.	Ort wo der Verbrauch erfolgt.	Vermerkung.
1.	Unterf. der	Deutsche Dampfen.	Deutlich in Mecklenburg.	Erzeugn. gen.	1845-46, 47, 48, 49 u. 50.	11	Stoll.	Stellen, welche ordnungsgemäß den Dampfen zu Stellen Nr. 2.
2.	Dampfer	Deutsche Dampfer.	Deutlich in Mecklenburg.	Erzeugn. gen.	1845-46, 47, 48, 49 u. 50.	2	Stoll.	Stellen, welche ordnungsgemäß den Dampfen zu Stellen Nr. 2.
3.	Dampfer	—	Deutlich in Mecklenburg.	Erzeugn. gen.	1845-46, 47, 48, 49 u. 50.	3	Stoll.	Stellen, welche ordnungsgemäß den Dampfen zu Stellen Nr. 2.
4.	Unterf. der	—	Deutlich in Mecklenburg.	Erzeugn. gen.	1845-46, 47, 48, 49 u. 50.	4	Stoll.	Stellen, welche ordnungsgemäß den Dampfen zu Stellen Nr. 2.
5.	—	Deutsche Dampfen.	Deutlich in Mecklenburg.	Erzeugn. gen.	1845-46, 47, 48, 49 u. 50.	5	Stoll.	Stellen, welche ordnungsgemäß den Dampfen zu Stellen Nr. 2.
6.	—	Deutsche Dampfen.	Deutlich in Mecklenburg.	Erzeugn. gen.	1845-46, 47, 48, 49 u. 50.	6	Stoll.	Stellen, welche ordnungsgemäß den Dampfen zu Stellen Nr. 2.
7.	—	Deutsche Dampfen.	Deutlich in Mecklenburg.	Erzeugn. gen.	1845-46, 47, 48, 49 u. 50.	7	Stoll.	Stellen, welche ordnungsgemäß den Dampfen zu Stellen Nr. 2.
8.	Dampfer	Deutsche Dampfer.	Deutlich in Mecklenburg.	Erzeugn. gen.	1845-46, 47, 48, 49 u. 50.	8	Stoll.	Stellen, welche ordnungsgemäß den Dampfen zu Stellen Nr. 2.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

29. Stück.

Merseburg, den 18. Julius 1818.

Allgemeine Gesessammlung.

Das 7te Stück der Gesessammlung pro 1818 enthält:

Nro. 476. Bekanntmachung über die Cartel-Convention zwischen Preußen und
Ehur. Hessen. Vom 25. Juni 1818.

Nro. 577. Bekanntmachung über die Cartel-Convention zwischen Preußen und
Mecklenburg-Strelitz. Vom 25. Juni 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nach einem Hohen Ministerial-Rescripte vom 4. Juni d. J. sollen die Invali-
den-Versorgungsscheine der in Civil-Diensten angestellt werdenenden Militairs, selbst
wenn letztere in den vollzogenen Etats namentlich aufgeführt stehen, denjenigen Rech-
nungen der Cassen als Justificatorien beigelegt werden, in welchen diese Personen zum
erstenmale vorkommen. Nr. 216.
Invaliden-
Versorgungs-
scheine.

Sämmtliche rechnungslegende Behörden und Cassenbeamte, denen solches an-
geht, haben diese höchste Bestimmung zu beachten und zu befolgen.

Merseburg, den 2. Juli 1818.

Königl. Preussische Regierung.

Es ist bisher häufig der Fall gewesen, daß Neuanbauer, welche um Pässe zum
abgabefreien Transport ihrer benötigten Baumaterialien bei uns nachgesucht haben,
weder immer die derartigen Gegenstände nach Längen- und Körpermaaß genau im Ein-
zelnen aufgeführt, noch auch ein Attest des Königl. Bezirks-Baubeamten über deren
Verhältnißmäßigkeit zu ihrem wahren Baubedarf dabei gleichzeitig mit eingereicht
haben. Nr. 217.
Die Erlau-
gung der Frei-
pässe auf die
abgabefreie
Anfuhr von
Baumaterialien.

Da nun aber diese beiden Erfordernisse zur Auswirkung eines solchen Freipasses
durchaus unerlässlich sind, und deren Vernachlässigung nur Rückfragen und Zeitver-

saumniß veranlaßt, so machen wir Jedermann, der hierbei theilhaftig ist, auf die Wahrnehmung dieser zweifachen Bedingung Behufs baldiger Erlangung des gewünschten Freipasses hierdurch ausdrücklich aufmerksam.

Merseburg, den 6. Juli 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 218.

Wiederholte
Warnung vor
einer gefährli-
chen Kräpcur.

Ob wir gleich unterm 31. October v. J. (Nr. 270. im 45. Stück des Amtsbl.) das Publicum durch Mittheilung eines Beispiels, wo die Gewohnheit, Kräpfranke, nachdem sie mit einer Salbe eingeschnitten sind, in einen warmen Backofen kriechen zu lassen, unmittelbar einem derselben den Tod zugezogen hat, in den Gegenden des Regierungs-Bezirks, wo sie herrscht, von derselben abzuschrecken gesucht haben, so hat sich doch ganz neuerlich ein gleicher trauriger Fall dieser unsinnigen Kräpcur ereignet.

In Gräfendorf bei Herzberg steckte kurz nach genossenem Mittagsbrod, den 24. Januar d. J., eine Mutter ihre zwei mit der Krähe behafteten Söhne, einen siebenjährigen und einen neunjährigen, vorher wohl mit Schwefelsalbe eingesalbt, in einen noch warmen Backofen. Der neunjährige Knabe ward bald darauf todt herausgezogen, und die angeordnete Leichensnuffung hat gezeigt, daß eine Anhäufung von Blut im Gehirn, ein sogenannter Schlagfluß, ihm verderblich geworden ist. Indem wir uns verpflichtet halten, auch diesen abschreckenden Erfolg der in manchen Gegenden herkömmlichen Kräpcur durch das Amtsblatt bekannt zu machen, verbinden wir zugleich die Schulzen der Gemeinden, in der Absicht, die Kenntniß von ihrer Gefährlichkeit noch allgemeiner als bisher zu verbreiten, daß sie den Inhalt dieser nochmaligen Warnung möglichst zur allgemeinen Kunde derselben bringen, damit sich keiner mit der Unwissenheit entschuldigen könne, wenn, wie schon in dem jetzigen Fall geschehen ist, eine Untersuchung gegen diejenigen verfügt werden muß, die noch wider Verhoffen von einer so lebensgefährlichen Cur Gebrauch zu machen, für erlaubt halten sollten.

Merseburg, den 6. Juli 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 219.

Evangelische
Kirchen. Col-
lecte für das
Dorf Clett-
sätz.

Das Königl. Ministerium der geistlichen Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten hat zur Reparatur der Kirche in Clettsätz im Kreise Langensalza eine evangelische Kirchencollecte in der Provinz Sachsen zu bewilligen geruht.

Solches wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht und die Herren Prediger unsers Departements hierdurch aufgefodert, an einem der nächsten hiezu passenden Sonntage die Collecte zu veranlassen, den Gemeinden den Zweck derselben gehörig bekannt zu machen, und die gesammelten Gelder an die Herren Superintendenten einzusenden, welche dieselben mittelst spezieller Verzeichnisse und doppelter Liefserscheine, wovon das eine Exemplar hierher zu adressiren ist, mit Angabe des Zwecks der Collecte an die hiesige Haupt-Instituten- und Communal-Casse einsenden werden.

Merseburg, den 8. Juli 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Es sind darüber Zweifel erhoben worden, ob die in dem 51. Stück des Amts-
blatts pro 1817 enthaltene, die Verminderung des unthätigen Herumtreibens ar-
beitsloser Handwerksbursche und des damit verbundenen Bettelns, betreffende Ver-
ordnung vom 28. Juli v. J., Nos den auswärtigen Handwerksburschen bei der Wi-
sierung der Pässe von der ersten inländischen Grenzbehörde, bei Vermeidung einer
Geldstrafe von 5 Thalern, bekannt gemacht worden, und daß solches geschehen, aus-
drücklich bei der Wisa zu bemerken, oder ob diese gesetzliche Bestimmung im Allge-
meinen auf die inländischen sowohl als auswärtigen Handwerksbursche anzuwenden sei.

Das unthätige
Herumtreiben
arbeitloser
Handwerksgesellen.

Um Zerungen zu vermeiden, wird daher hiermit festgesetzt, daß die Einfüh-
rung vorgedachter Anordnung, nicht nur den auswärtigen Handwerksburschen bei
ihrem Eintritte in die diesseitigen Staaten, sondern auch den inländischen Handwerks-
burschen bei Ertheilung der Erlaubniß zur Wanderschaft bekannt zu machen, und daß
solches geschehen, ausdrücklich in die Wanderpässe, bei Vermeidung einer Strafe
von 5 Thalern, zu bemerken sei. Da jedoch durch die Verordnung vom 28. Juli
v. J. das unthätige Herumtreiben arbeitsloser Handwerksbursche und das damit in
Verbindung stehende Betteln, nicht in dem Maße, als wir es erwarteten, vermin-
dert worden ist; so verschärfen wir unsere vorerwähnte Verfügung dahin, daß die
Handwerksbursche von nun an gehalten sein sollen, und zwar die auswärtigen vom
Tage des Eintritts in die diesseitigen Staaten und die inländischen vom Tage des
Empfangs der Wanderpässe, sich von den Polizeibehörden der Orte, wo sie durchkom-
men, attestiren zu lassen, daß sie Arbeit gesucht aber keine erhalten haben.

Es werden daher sämtliche Polizeibehörden des hiesigen Regierungs-Bezirks
hierdurch angewiesen: sich nicht nur der vorgedachten Attestirung mit aller Genauig-
keit zu unterziehen, sondern, damit es auch den Handwerksburschen unmöglich gemacht
werde, durch lügenhafte Angaben sich die besagten Atteste zu verschaffen, den Ober-
meistern der Handwerke aufzugeben: die Handwerksburschen nach vorhergegangener
Meldung zur Arbeit, und in so fern solche für dieselben nicht vorhanden ist, mittelst
Einkündigung eines der Polizeibehörde bekannten Zeichens, z. B. einer Eharte mit
dem Gewerbesiegel und dem Namen des Obermeisters versehen, an dieselbe, Behufs
der Attestirung der Wanderpässe zu weisen, und nur erst nach Vollziehung desselben,
ihnen das gewöhnliche Zehrgeld zu verabreichen. Handwerksburschen, in deren Wan-
derpässen sich der Nachweis: „an allen Orten, wo sie durchgekommen sind, sich um
Arbeit bemüht zu haben,“ nicht vorfindet, müssen, wenn der vorgedachte Nachweis
nicht länger als seit 8 Tagen mangelt, ernstlich ermahnt werden, sich für die Folge
mit demselben zu versehen, und demnächst die dem Handwerksburschen ertheilte War-
nung in dem Wanderpasse desselben bemerkt werden.

Handwerksburschen, welche länger als 8 Tage, ohne Arbeit gesucht zu haben,
sich im Lande herumgetrieben, müssen hingegen nach den Vorschriften der Verordnung
vom 28. Juli v. J. behandelt werden.

Weil jedoch öfter der Fall eintritt, daß Handwerksburschen nach großen Städ-
ten zu wandern die Absicht haben, und deshalb nicht geneigt sind, an allen Orten,
wo sie durchkommen, Arbeit zu nehmen. so wird in dieser Beziehung hiermit verord-

net: daß zwar den Willen der Handwerksburschen hierin kein Hinderniß in den Weg gelegt werden soll, jedoch diese an den Orten, wo sie keine Arbeit nehmen wollen, das Recht, ein Zehrgeld zu verlangen, verlieren.

Damit aber das Vorgeben der Handwerksburschen, an einem großen Orte Arbeit suchen zu wollen, nicht zum Vorwande dienen möge, das unthätige Herumtreiben der Handwerksburschen zu beschönigen, so sollen diese gehalten sein, den Ort, wo sie Arbeit zu nehmen gedenken, namhaft zu machen, und an jedem, auf der geraden Tour dahin gelegenen Orte, welchen sie passiren, sich von der Polizeibehörde auf den Grund eines Zeugnißes des betreffenden Obermeisters attestiren zu lassen, daß sie keine Arbeit gesucht und deshalb kein Zehrgeld erhalten hätten.

Die Polizeibehörden werden angewiesen, sich in vorkommenden zweifelhaften Fällen aller unrichtigen Deutungen dieser Verordnung und der darauf sich gründenden unnötigen harten Behandlung der unverdächtigen Handwerksburschen zu enthalten, vielmehr nach liberalen Grundsätzen bei solchen Gelegenheiten zu verfahren, und ihre bei dem einen oder dem andern Verfahren geübten Motive, durch deren Anführung in den Wanderpässen, den Polizeibehörden zu Vermeidung aller den Handwerksgefellnen zum Nachtheil gereichender Irrthümer zur Kenntniß zu bringen.

Uebrigens werden den Polizeibehörden die Bestimmungen des §. 14. der Paß-Instruction, nach welchen die inländischen Handwerksburschen ferner nicht mehr mit Wanderbüchern sondern mit förmlichen Pässen zur Wanderschaft versehen sein sollen, zur genauesten Befolgung in Erinnerung gebracht; so wie auch die Grenzbehörden darauf aufmerksam gemacht werden, daß ausländische Handwerksbursche bei ihrem Eintritte in die diesseitigen Staaten, auf den Grund einer vollgültigen legitimisation, einen Regierungs-Eingangspass erhalten müssen, zu welchem Ende die fremden Handwerksbursche nach dem §. 38. der Paß-Instruction zu behandeln sind.

Merseburg, den 9. Juli 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 221.
Feuergeräths-
schäden: Ver-
gütungen.

Bei Vergütung der Feuergeräthschäden haben sich seither große Mißbräuche gezeigt, zu deren möglichster Abstellung wir hiermit Folgendes, als unerläßliche Bestimmung dieser Vergütungen, festsetzen:

- 1) Die in dem 26. §. des Mandats vom 10. November 1784 und im 45. §. der General-Verordnung für die Niederlausitz vom 28. October 1814 vorgeschriebene eidliche Angabe der Feuergeräthschäden durch die Privat-Eigenthümer oder Commun.-Vorsteher kann nur dann unterbleiben, wenn der Feuergeräthschaden, statt der eidlichen Bestätigung, von der Kreisbehörde auf den vorschriftsmäßigen Anschlägen der Kunstverständigen oder Handwerksgequittungen bescheinigt wird.
- 2) Die eidliche Bestätigung, oder, statt derselben, die Bescheinigung der Kreis-

behörden, welche die Wahrheit des Schadens bezeugen, ist mit auf den Haupt-

zu richten, daß der Feuergeräthschade wirklich beim Löschen des nach Tag und Ort genau zu bestimmenden Brandes entstanden ist.

- 3) Wegen Ausstellung dieser Bescheinigungen haben sich die Privat-Eigenthümer des ruinirten oder beschädigten Feuergeräths, ingleichen die Commun-Vorsteher, alsbald nach Entstehung des Schadens, bei dem Landrathe ihres Kreises zu melden, welcher dann, gemäß der unterm heutigen Dato an sämtliche Herren Landräthe der bei hiesiger Feuer-Societät theiligten Kreise ergehenden Aufforderung, das Attest nach Umständen aus eigener Wissenschaft, oder auf den Grund der bei dem Brande zugegen gewesenen Feuer-Polizei-Commissarien, Stellvertretern oder Gensd'armen eingelegenen Erkundigung, erteilen, oder, wenn er keine zuverlässige Kenntniß von dem Schaden erlangen kann, die Interessenten zur eidlichen Bestärkung verweisen wird. Die solchergestalt bescheinigten Anschläge oder Handwerks-Quittungen sind alsdann längstens binnen 4 Wochen nach Entstehung des Brandes bei der Ortsobrigkeit, oder der nach den jetzigen Verhältnissen mit Besorgung der Feuer-Societäts-Angelegenheiten beauftragten Behörde, einzureichen.
- 4) Die Feuer-Polizei-Commissarien, Stellvertreter und Gensd'armen haben daher bei Bränden vorzüglich auf die Beschädigungen der zum Feuer gebrachten Feuergeräthschaften Acht zu geben.
- 5) Die eidliche Bestärkung des Feuergeräthschadens tritt erst dann ein, wenn die Kreisbehörde die Bescheinigung nicht erteilen kann.
- 6) Anzeigen von Feuergeräthschäden, welche älter als 4 Wochen sind, dürfen von den Behörden, welche selbige anher einzuberichten haben, nicht mehr angenommen werden; diese Behörden aber haben selbige binnen anderer 4 Wochen von Zeit der Anzeige der Interessenten, bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 5 Thalern, anher einzuberichten.
- 7) Der von der einberichtenden Behörde beim Empfange der Feuergeräthschaden-Vergütungen ferner wie bisher auszustellenden Hauptquittungen sind, in so fern solches nicht gleich bei der Anzeige geschehen, entweder die quittirten Handwerksbelege, oder kurze Bescheinigungen der wirklich erfolgten Wiederanschaffung beizufügen.
- 8) Als folgende wirkliche Feuergeräthsstücke sind vergütungsfähig, a) Fahr- und Handspritzen; b) Wasserwagen oder sogenannte Sturmfässer; c) lederne oder hanfene Feuerreimer; d) wirkliche Feuerleitern; e) Feuerhaken. Andere geringere Feuergeräthschaften, oder an deren Statt zum Löschen gebrauchte Hausgeräthschaften, werden nicht vergütet.
- 9) Bei Wiederanschaffung oder Herstellung der beim Feuer beschädigten oder ruinirten Feuergeräthschaften haben die Privat-Eigenthümer und Commun-Vorsteher sorgfältig dahin zu sehen, daß die Künstler und Handwerker die Reparaturen nicht unnöthiger Weise vergrößern, oder ihre Forderung überspannen. Solchen Falls haben sie jederzeit andere Gewerken zuzuziehen, widrigenfalls aber zu gewarten, daß die Forderung von hier aus untersucht und die betrügerische

Ueberspannung derselben, nach Befinden, an denen, die sie gemacht und die sie begünstigt haben, streng geahndet werden wird.

Merseburg, am 4. Juli 1818.

Königl. Preuß. Feuer-Societäts-Directorial-Deputation für das Herzogthum Sachsen.

Verordnungen des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Da die Vorschrift des Allgemeinen Land-Rechts §. 463. Tit. 11. Th. II.:

Nr. 22.
Die Leichen-
pässe betr.

„In allen Fällen, wo eine Leiche durch einen andern Gerichtsbezirk geführt
„werden soll, muß bei dem Obergerichte der Provinz ein Leichenpaß gesucht
„werden;“

welche ein von der frühern Verfassung abweichendes Ressort-Verhältniß bestimmt, noch nicht zur allgemeinen Kenntniß gelangt zu sein scheint, indem die Gesuche wegen Ausfertigung von Leichenpässen gemeinlich bei der Königl. Regierung angebracht worden sind, so wird der Inhalt jener Vorschrift hierdurch in Erinnerung gebracht, und deren Beobachtung den Gerichtseingesessenen empfohlen.

Naumburg, den 30. Juni 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Von Seiten des Königl. 11ten Infanterie-Regiments (1ten Schlesiſchen) sind uns für den ehemaligen Soldaten, Johann Kaus, angeblich aus Dörlau bei Halle, 10 Thaler Waterlooer Unterstützungsgelder übersendet worden. Da nun der Aufenthaltsort des 11. Kaus bis jetzt nicht hat ausgemittelt werden können, so wird derselbe hierdurch aufgefordert, sich durch den betreffenden Herrn Landrath zu Empfangnahme der angegebenen Summe binnen vier Wochen bei uns zu melden.

Merseburg, den 27. Juni 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Dienstanstellungen und Beförderungen.

Herr Christian Wilhelm Heuschkel aus Weißenfels ist zum Regierungs-Consulent ernannt.

Merseburg, den 27. Juni 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

G e t t b r i e f .

Nachbenannter Hornist, Franz Oskus, von Kaiser Alexander Grenadier-Regiment, ist dem 19. v. M. von Potsdam aus, wohin er auf zwei Tage beurlaubt war, desertirt. Er ist aus Münstcr gebürtig, erst seit 7 Monaten Soldat, und seiner Profession ein Goldarbeiter. Die Gend'armerie wird hiermit angewiesen, auf ihn strenge zu vigiliren; im Betretungsfalle siche nach Berlin transponiren, und an die Königl. Commandantur abliefern zu lassen. Der Kreis-Brigadier, in dessen Bezirke derselbe verhaftet ist, hat mir sofort davon Anzeige zu machen. Berlin, den 1. Juli 1818.

Königl. Preuß. Chef der Gend'armerie,

v. Brauchitsch.

Signalement. Alter, 22 Jahr 2 Monat; Größe, 5 Fuß 4 Zoll 3 Strich; Haare, blond; Stirn, hoch; Augenbraunen, blond; Augen, blau; Nase, kurz; Mund, gewöhnlich; Bart, kleinen; Kinn, eingebogen; Gesicht, rund; Gesichtsfarbe, roth; Statur, mittel; Sprache, westphäl. Dialect; Religion, catholisch. Bekleidung: ein schwarzer Leibrock; gelbe Weste; ein Paar hellgraue tuchene Hosen ohne Schnippen, nur über Stiefeln zu tragen; extra Schuhe und weiße Strümpfe; runden Hut mit Wachseleinwandüberzug.

V e r z e i c h n i s s

ausgegriffener, mittelst Marschroute und Transporte aus dem Königl. Preuß. Staaten verwiesener Vagabonden.

Aus dem Sangerhäuser Kreise.

Wegen Vagabondiren.

Heinrich Ganzenberg, Wanduhrmacher, 46 Jahr alt, kleiner Statur, braune Haare, flache Stirn, graue Augenbraunen, graue Augen, spitzige Nase, kleinen Mund, schwarzen Bart, rundes Kinn, langes Gesicht, braune Gesichtsfarbe; nebst Frau und fünfjähriger Tochter.

Aus dem Delitzscher Kreise.

Wegen Vagabondiren.

Johann Friedrich Eisch, Schweinefleischhändler, gebürtig aus Wurzen, 51 Jahr alt, 5 Fuß 2 Zoll groß, braune lange Haare, braune Augenbraunen, graue Augen, breite und gebogene Nase, kleinen Mund, blonden schwachen Bart; besondere Kennzeichen: hat ein Herz auf dem rechten und eins mit 2 Pfizen und die Buchstaben J. F. L. auf dem linken Arme; nach Wurzen.

B e r i c h t i g u n g .

In einer Anzahl Exemplare des vorigen 28sten Stückes ist in der Bekanntmachung vom 5. d. M., das Magistrats-Collegium in Halle betreffend, aus Versehen der zum unbefehlten Stadtrathe ernannte Justiz-Commissar D. Scheufelhut nicht mit aufgeführt worden, dessen Ernennung daher nachträglich hiermit bekannt gemacht wird. Merseburg, den 11. Juli 1818.

Der a d t o e i f u n g
ber, in dem Monat Junius 1818, in den nachstehenden zum höchsten Regierungs-Ärgste gehörigen Städten, befestigten
Durchschnittspreise des Getreides und anderer Lebensmittel, inländischen des Auslandes.

Brennung ber Brennflöhe	Palle.				Eiseln.				Raumburg.				Mittelsberg.				Desslsh.				Querfurt.				Zeitz.			
	Best. Eckl.	Durch. Eckl.	Best. Eckl.	Durch. Eckl.	Best. Eckl.	Durch. Eckl.	Best. Eckl.	Durch. Eckl.	Best. Eckl.	Durch. Eckl.	Best. Eckl.	Durch. Eckl.	Best. Eckl.	Durch. Eckl.	Best. Eckl.	Durch. Eckl.	Best. Eckl.	Durch. Eckl.	Best. Eckl.	Durch. Eckl.	Best. Eckl.	Durch. Eckl.	Best. Eckl.	Durch. Eckl.				
1. Meises	3. 4	6 3	3 3	5 3	—	5 19	6 2	20 2	5 11	9 3	7 10	6 10	4 3	2 4	6 6	—	2 20	8 3	5 13	—	3 2	4 6	—	3 2	4 6			
2. Rosgen	2 9	4 14	5 2	9 9	4 15	16 2	9 2	9 14	5 3	14 5	2 10	6 4	17 4	2 14	8 5	1 6	8 4	2 4	5 5	—	2 15	6 5	5 3	4 6	—			
3. Orff.	1 16	3 5	6 1	21 5	3 16	—	1 14	3 1	8 2	2 11	4 2	8 1	19 7	3 12	6 1	13 2	5 1	1 18	7 3	10 3	—	1 18	7 3	10 3	—			
4. Salzer	1 15	3 5	7 1	16 2	5 10	1 12	2 21	9 1	7 9	2 13	6 1	20 2	3 13	6 1	9 7	2 17	1 10	2 1	18 1	—	1 10	2 1	18 1	—	—			
5. Hilt	9 —	17 10	6 14	—	20 12	1 11	—	11 7	6 6	21 2	13 8	8 10	10 16	8 11	8 6	22 1	7 17	9 15	—	7 17	9 15	—	7 17	9 15	—			
6. Zeiften	2 12	4 20	3 3	16 7	2 6	3 3	—	5 19	6 4	5 1	6 5	—	5 2	4 6	—	5 2	4 6	—	5 2	4 6	—	5 2	4 6	—	—			
7. Eulien	3 —	5 19	6 4	—	7 18	3 2	4 6	—	4 19	7 9	8 3	14 9	7 1	—	3 2	4 6	—	5 2	4 6	—	5 2	4 6	—	5 2	4 6			
8. Reiteftein	— 20	1 22	6 15	6 1	—	1 1	—	2 5	—	—	—	—	—	—	1 17	7 1	10 1	—	1 17	7 1	10 1	—	1 17	7 1	—			
9. Karschhütten	1 8	—	—	1 4	—	1 1	—	—	—	—	—	—	—	—	1 6	—	1 10	—	1 6	—	1 10	—	1 6	—	—			
10. Eulien A	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—			
11. Eulien B	7 —	—	—	9 —	—	5 —	—	—	—	—	—	—	—	—	5 6	—	—	—	5 6	—	—	—	5 6	—	—			

Verföhrung, am 10. Julius 1818.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

30. Stück.

Merseburg, den 25. Julius 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nach einer Bestimmung des Königl. Hohen Ministeriums des Schatzes und für das Staats-Creditwesen vom 22. Juni d. J., wird mit Bezug auf die in den Berliner Zeitungen und in dem Berliner Intelligenzblatte enthaltene Bekanntmachung von demselben Tage,

„die Zahlung der Zinsen auf die mit Ende Juni d. J. fällig werdenden siebenten Coupons der Staatsschuldscheine für das halbe Jahr vom 1. Januar bis letzten Juni 1818, so wie der noch nicht präsentirten frühern Coupons, in den beiden Monaten Juli und August d. J. betreffend,“

hierdurch bekannt gemacht, daß von sämtlichen Cassen unseres Regierungs-Bezirks

- 1) die jetzt fällig und unerhoben gebliebenen Zins-Coupons von den Staatsschuldscheinen nicht allein auf die zu entrichtenden Abgaben in Zahlung angenommen, sondern auch solche
- 2) während des Zahlungstermins vom 1. Juli bis 31. August d. J. unweigerlich baar realisirt werden sollen.

Hiernach hat sich nicht nur jedermann, den solches angeht, zu achten, sondern es werden auch sämtliche Special-Cassen zugleich angewiesen, dem gemäß zu verfahren und die eingelösten Zins-Coupons an die Regierungs-Hauptcasse sofort abzuliefern und statt baaren Geldes in Anrechnung zu bringen.

Merseburg, den 7. Juli 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Die in der Verordnung vom 12. September v. J. (Amtsblatt 1817. St. 59. Seite 558) erwähnten Aelteste, Geleits- und Zollämter werden hiermit angewiesen, die bisher am Ende jedes Quartals eingereichten Nachweisungen über das aus dem Auslande ein- und dahin ausgeführte Getreide nur alljährlich einzufenden. Uebri- gens bleibt bei diesen jährlichen Nachweisungen, die hier spätestens bis zum 8. Ja- nuar jeden Jahres eingehen müssen, das festgesetzte Schema unverändert, und es be-

Nr. 222.
Zinszahlung
auf die sieben-
ten Coupons
des Staats-
schuldscheins.

Nr. 223.
Nachweisun-
gen über den
Getreidever-
kehr.

darf nur einer Warat-Anzeige in den Fällen, wo kein Getreideverkehr Statt gefunden hätte. Merseburg, den 7. Juli 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 224. Die erlebten langwierigen Kriegerunruhen haben leider auch die Heiligung des Sabbaths bei Manchen außer Gewohnheit gebracht. Von jedem gebildeten, eine richtige Erkenntniß der Religionsvorschriften besitzenden Menschen ist zwar ohnein zu erwarten, daß derselbe, auch ohne gesetzliche Erinnerung und Anordnung, um seines eignen Besten willen, sich verpflichtet halten werde, die dem öffentlichen Gottesdienste gewidmeten Tage so zweckmäßig als möglich zu benutzen, folglich an Sonn-, Fest- und Bußtagen die Predigten und den Gottesdienst fleißig zu besuchen. Damit aber auch der Köhere und leichtsinnigere durch sein böses Beispiel nicht Andere abhalte, oder in ihrer Andacht störe, werden hierdurch in Gemäßheit der Königl. Cabinetsordre vom 25sten, so wie der darauf ergangenen Verordnung vom 30. Januar 1810 und des Königl. Sächs. Generale's vom 24. Juli 1812 die gesetzlichen Vorschriften in Beziehung auf die Heiligung der gottesdienstlichen Tage in Erinnerung gebracht und die Geistlichen, die Obrigkeiten und die landeseinwohner zu deren Beobachtung wiederholentlich angewiesen.

- 1) Jeder Hausvater hat die Kinder, welche von der Uebung des öffentlichen Gottesdienstes Vortheil zu ziehen vermögen, und die sonst zu seinem Hauswesen gehörigen Personen zu fleißiger Besuchung des öffentlichen Gottesdienstes anzuhäufen und sie dazu auf schickliche und zweckmäßige Art zu ermuntern. Insbesondere müssen Herrschaften dem Gesinde die nöthige Zeit zur Abwartung des öffentlichen Gottesdienstes lassen und dasselbe dazu fleißig anhalten.
- 2) Die Fröhne und Dienste leistenden Landleute dürfen an Sonn-, Fest- und Bußtagen zu deren Leistung, mit Ausnahme der Knechtsehren, bei Vermeidung willkürlicher Strafe, nicht geboten werden. Es versteht sich von selbst, daß dieses auf den von den Staatsbehörden ausgeschriebenen Vorspann keine Anwendung finden kann.
- 3) An den Sonn-, Fest- und Bußtagen sollen gerichtliche Verhandlungen von den Beamten und Obrigkeiten in- und außerhalb den Amts- und Gerichtsstellen nicht vorgenommen werden. Der dringende Nothfall allein kann einzelne Ausnahmen hiervon verstaten.
- 4) Die sonntäglichen Uebungen der Landwehr sollen nach §. 57 der Landwehrordnung entweder des Morgens früh vor Anfang des Gottesdienstes oder des Nachmittags nach beendigtem Gottesdienste vorgenommen werden.
- 5) Handwerks-Zusammenkünfte sollen an Bußtagen gar nicht, an Sonn- und Festtagen nicht eher, als nach Beendigung des letzten Gottesdienstes gehalten werden.
- 6) Gesellschaftliche Zusammenkünfte und Vergnügungen an öffentlichen Orten müssen eben so, wie die geräuschvollen Belustigungen in Privatwohnungen und Privatgärten, an Sonn-, Fest- und Bußtagen während des Gottesdienstes unterbleiben. Das Rußhalten und Tanzen an Bußtagen ist ganz verboten.

- 7) Während der Stunden des öffentlichen Gottesdienstes, sowohl Vormittags als Nachmittags, ist ferner aller öffentliche bürgerliche Verkehr strenge untersagt, namentlich das Ausrufen und Verkaufen von Waaren auf den Straßen, in den Buden und Häusern. Alle Läden und Gewölbe der Kaufleute, Italiener, Zucker- und Kuchenbäcker, Höker, Juden &c. und die Boutiken der Obsthändler und Eröbler müssen daher geschlossen sein. Nur allein die Apotheker dürfen während des öffentlichen Gottesdienstes Arzneien verabfolgen lassen.
- 8) Eben so müssen während derselben Zeit alle Kaffeehäuser, Wein-, Bier- und Brantweinstuben geschlossen sein und keine Gäste gesetzt, noch, mit alleiniger Ausnahme des Bedürfnisses der Reisenden oder Kranken, Getränke ausgeschenkt werden. Auch
- 9) sollen alle mit Geräusch verbundene oder sonst auffallende Arbeiten der Handwerker in ihren Werkstätten oder an andern Orten, z. B. von Schmieden, Zimmerleuten, Maurern, Lünchern, Steinsehnern &c. unterbleiben, so wie das Fahren der Bier- und Mählwagen.
- 10) Wo in den Städten die Unordnung Statt findet, daß während der Predigt durch das Eintreten in die Kirche und durch das Hinweggehen aus derselben die Andacht der Versammlung gestört wird, da können nach dem Ermessen des Magistrats und des Superintendenten mit dem letzten Verse des Liedes, welches unmittelbar vor der Predigt gesungen wird, die Thüren der Kirchen geschlossen und nur erst mit dem Anfange des nach der Predigt zu singenden Liedes wieder geöffnet werden, so daß während der Predigt Niemandem weder der Eintritt in die Kirche, noch der Ausgang aus derselben gestattet wird, außer in Krankheits- und andern dringenden Nothfällen, für welche in jeder Kirche an Einer Kirchthüre ein Thürhüter zu bestellen ist, welcher das Öffnen und Verschließen der Thüre mit möglichster Vermeidung alles Geräusches zu besorgen hat. Dazu muß in jeder Kirche diejenige Thür gewählt werden, welche am wenigsten im Angesichte der versammelten Gemeinde und dem Altare und der Sacristei am nächsten liegt, damit durch dieselbe auch die Kinder, welche zur Taufe gebracht werden, und die Brautpaare, welche zur Copulation kommen, wenn solches während der Predigt geschieht, unbemerkt eintreten können. In denjenigen Kirchen aber, wo die Sacristei einen besondern Ausgang nach der Straße zu hat, soll der Eintritt der zuletzt erwähnten Personen nur durch diesen geschehen.
- 11) Im Innern der Kirchen müssen die Kirchen-Officianten, Küster, Kirchendiener u. s. w. mit aller Achtsamkeit auf Ruhe und Ordnung halten, während des letzten Liedes vor der Predigt die unbesezt gebliebenen Logen und Stühle öffnen, damit die in den Gängen stehenden Zuhörer ordentlich Platz nehmen können, auch, wenn sie bemerken, daß Personen während des Gesanges oder der Predigt in der Kirche umhergehen, um die Gemählde, Grabmäler und dergl. zu besehen, solche mit Bescheidenheit erinnern, und nur wenn diese Erinnerung fruchtlos bleibt, polizeilichen Beistand suchen. Damit dieser nöthigenfalls erfolgen könne, muß in jeder Kirche bei dem öffentlichen Gottesdienste in den Städten wenigstens ein Polizei-Officiant zugegen sein, der jedoch nicht früher, als bis er von dem Kirchen-

diener dazu aufgefordert wird, seinen Dienst auszuüben hat, es sei denn, daß auffallende Störungen von ihm selbst früher als von dem Kirchendiener bemerkt würden, denen er sodann unverzüglich abzuwehren hätte. An denjenigen Tagen, wo die Kirchen ungewöhnlich zahlreich besucht werden, an den hohen Festen, bei Prediger-Einführungen, Leichenpredigten und ähnlichen Feierlichkeiten, muß die Mitwirkung der Polizei zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung beim Gottesdienste vorzüglich eintreten.

- 12) Auf den Kirchhöfen und an den Kirchthüren sind in den Städten außerhalb ebenfalls Polizei-Officianten anzustellen, welche darauf sehen, daß während des Gottesdienstes in der Nähe der Kirche keine Versammlungen und Spiele, oder Geschrei von Burschen und Kindern, oder sonst ein störendes Geräusch Statt finde, daß kein Schlitten- oder Schellengeläute oder Geflatsche, kein Bier- oder Mehlwagen in der Nähe der Kirche vorüberfahre, daß die Wagen, welche die in der Kirche Anwesenden abholen, oder zu tausende Kinder oder zu copulirende Brautpaare zur Kirche bringen, nicht dicht an die Kirche und in der Nähe derselben überhaupt nur langsam und mit möglichst wenigem Geräusch fahren, in einiger Entfernung halten, auch kleinen aufsichtslosen Kindern, so wie allen denjenigen, welche in trunkenem Zustande, in anstößiger und ärgerlicher Kleidung, oder überhaupt in einem solchen Zustande sich in die Kirche begeben wollen, in welchem sie ihren Mitgenossen oder der Gemeinde zum offenbaren Anstoß und groben Aerger- niß gereichen, ist der Eingang in die Kirche nicht zu gestatten.
- 13) Wer den öffentlichen Gottesdienst muthwillig stört, hat die im Allgem. landrechte II. 20. §. 215—219. verordneten Criminalstrafen zu gewärtigen. Aber auch die Uebetretung irgend einer der vorstehenden Polizei-Anordnungen soll un- nachsichtlich mit einer Polizeistrafe von 5 Thlrn., und wenn es ein Gast- oder Schenkwirth ist, von 10 Thlrn., oder im Unvermögen mit verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe geahndet werden. Alle solchergestalt eingezogenen Geldstrafen fließen zur Schulkasse des Orts.
- 14) Die Pfarrer des Orts sind verpflichtet, alle zu ihrer Kenntniß kommenden Uebertretungen dieser Vorschriften der weltlichen Obrigkeit ohne Ansehen der Person anzuzeigen, wenn aber diese hierauf die Gebühr zu verfügen unterlassen sollte, so haben sie dergleichen Vorgänge zur Kenntniß der ihnen vorgesetzten geistlichen Behörden zur weitem Verfügung zu bringen.
- 15) Damit auch Niemand Ungewißheit über die Dauer des öffentlichen Gottesdienstes vorschützen möge, so werden alle Orts-Polizeibehörden hierdurch angewiesen, alsbald, jedoch nach vorgängiger Vernehmung mit der Kircheninspection, zu bestimmen, zu welcher Zeit der Gottesdienst angehe und beendigt sei, und solches öffentlich bekannt zu machen.

Merseburg, den 10. Juli 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Durch die im 8ten Stück Nr. 44. des Amtsblatts enthaltene Verordnung vom 9. Februar d. J., wurde die declaratorische Bestimmung des Königl. Höhen Ministeriums des Innern vom 16. Januar d. J. bekannt gemacht: wie es in Ansehung der Servis-Zahlungen an die bei den Landwehrstäben eingestellten Mannschaften gehalten werden solle.

Unterm 19. v. M. ist uns indeß, in Folge des eben gedachten Rescripts, von dem Königl. Höhen Ministerio des Innern zur Nachricht eröffnet worden:

wie auf den Antrag des Herrn Kriegsministers Excellenz beschlossen worden, daß den bei den Landwehrstäben vor der declaratorischen Verfügung vom 16. Januar d. J. eingestellten verheiratheten Mannschaften, der Servis für ihre Frauen und Kinder, ohne einen Unterschied aus der frühern oder spätern Verheirathung zu folgern, verabreicht werden soll.

Wir machen diese Bestimmung sämmtlichen Servis-Behörden unsers Bezirks hiermit zur Nachricht und Beachtung bekannt, und autorisiren sie gleichzeitig, Falls der frühern Bestimmung gemäß irgend Zahlungen sistirt worden, solche nunmehr nachträglich zu leisten in der Servis-liquidation des 1ten Quartals d. J., die desfalligen Zahlungen mit aufzunehmen, zu verrechnen und belegt nachzuweisen.

Merseburg, den 14. Juli 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Mit Bezugnahme auf das unterm 25. Januar 1768 ergangene Generale (Cod. Nr. 226. August. Band III. Seite 954) werden alle Stadträthe, Justiz-Ämter und Patrimonial-Gerichtsbarkeiten in dem vormals Sächs. Antheil des hiesigen Regierungs-Bezirks, hiermit aufgefordert, beim Schlusse jeden Jahres, die in jenem Mandate früher angeordneten Tabellen über die in ihrem Gerichtsprengel befindlichen Fabrikanten, Künstler und Handwerker mit möglichster Sorgfalt anzufertigen, gehörig zu vollziehen, und unter der Rubrik „Herrschaftl. Gewerbesache“ unmittelbar an uns einzusenden.

Merseburg, den 14. Juli 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Bei unserer Hauptcasse werden noch mehrere, verschiedenen Beamten zu Bauten und deren Vorarbeiten in den Jahren 1815 und 1816 geleistete Vorschüsse geführt, über welche wir noch keine Rechnungen erhalten haben.

Die Beamten, welche dies betrifft, werden daher hierdurch gemessenst angewiesen, zum 15. August d. J. entweder diese rückständigen Rechnungen einzusenden, oder, bei Vorstellung unumstößlicher Verzögerungsgründe, den Tag anzuzeigen, bis zu welchem jene Rechnungen eingesendet sein können und werden.

Diejenigen Beamten, deren Eingaben oder qualifisirte Anzeigen hiernach am 15. August d. J. noch nicht hier sind, werden einen neuen besondern Befehl erhalten

Nr. 225. Servis. Zahlungen an die bei den Landwehrl. eingestellten verheiratheten Mannschaften.

Nr. 226. Tabellen der existirenden Fabrikanten, Künstler und Handwerker.

Nr. 227. Bauten. Vorschüsse, so Beamten geleistet werden, betr.

auch zugleich zur Strafe an die Postbehörde: 2 Thlr.; welche unsere Strafkasse von derselben eingezogen haben wird, bezahlen.
Mersburg, den 20. Juli 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Verordnungen des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Nr. 25.
Notarien können die Stelle verpflichteter Richter nicht vertreten.

Zur Kenntniß des Königl. Ober-Landesgerichts zu Raumburg sind sehr oft Fälle gekommen, in welchen Notarien zu Verpflichtungen neuer Justitiarien und zu andern Verhandlungen, zu deren gesetzmäßiger Vollaufziehung nur solche Justiz-Officianten, welche den Richtereid abgelegt haben und als wirkliche Richter angestellt worden, legitimirt sind, requirirt worden sind. Um den hieraus entspringenden Illegalitäten und sonstigen Rechtsansprüchen vorzubeugen, macht das Königl. Ober-Landesgericht alle Interessenten und insbesondere die Untergerichte seines Departements aufmerksam darauf, daß Notarien niemals und in keinem einzigen Falle die Stellen verpflichteter Richter vertreten können, und überhaupt die Legitimation der Notarien zu Vollaufziehung gerichtlicher Verhandlungen nur auf die in der Gerichtsordnung vorgeschriebenen Fälle beschränkt ist. (Thl. 1. Tit. 7. §. 17. Th. 1. Tit. 10. §. 220. Th. 2. Tit. 1. §. 10. Th. 2. Tit. 5. §. 20. Th. 3. Tit. 7. §. 1 u. folg.)
Raumburg, den 15. Juli 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Des Königs Majestät haben durch eine Allerhöchste Cabinets-Ordnung vom 22. Mai v. J. die Errichtung von 4 neuen Freistellen in dem Königl. Blinden-Institute zu Berlin zu genehmigen geruhet, bei deren Besetzung vorzüglich auf Blinde aus dem Herzogthume Sachsen Rücksicht genommen werden wird. Nun sind zwar diese Freistellen bereits auf die nächste Zeit mit jungen Blinden dieses Landes theils besetzt, da es aber dem Publicum interessant sein wird, von dem Berliner Blinden-Institute, in welches außer den eigentlichen Königl. Zöglingen oder Inhabern der Königl. Freistellen, auch Königl. Freischüler, die blos freien Unterricht genießen, und Privat-Pensionairs aufgenommen werden, Kenntniß zu erhalten; so lassen wir hier nachstehenden, in dem Potsdamer Regierungs-Amtsblatt vom Jahre 1814 enthaltenen Auszug aus dem Reglement für die Berliner Blinden-Anstalt, abdrucken, und bemerken dabei blos, daß die Anstalt seit jener Zeit, außer der oben gedachten Vermehrung der Freistellen, in ihrem Innern keine weitem hier in Betrachtung kommenden Veränderungen erfahren hat; jedoch sind die Anmeldungen zu den Königl. Freistellen nicht, wie in dem 6. §. des Reglements angegeben ist, bei der Königl. Kurmärkischen, sondern bei der hiesigen Regierung einzugeben, und werden dann

durch uns dem Königl. Consistorio der Provinz Brandenburg zu Berlin mitgetheilt, zu dessen Ressort jetzt diese Anstalt gehört.

Merseburg, den 9. Juli 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Blinden-Institut in Berlin.

Die Königl. Blindenanstalt zu Berlin ist unter dem 29. Julius 1815 mit einem besondern Reglement versehen worden. Was aus demselben zur Kenntniß des Publicums gehört, beschränkt sich im Wesentlichen auf Nachstehendes:

- 1) Die Blinden-Anstalt zählt drei Arten von Zöglingen, nämlich Königl. Zöglinge; Königl. Freischolaren und Privat-Pensionaire. Die Zahl der erstern ist jetzt auf sechs festgesetzt, die der andern kann bis auf funfzehn steigen; außerdem ist dem Director der Anstalt, Herrn Zeune, gestattet, eine gewisse Anzahl Privat-Pensionaire anzunehmen.
- 2) Zu den Bedingungen der Aufnahme für sämtliche vorhin genannte Arten von Zöglingen gehört:
 - a) daß sie entweder des Tageslichts völlig beraubt sind, oder doch in dem Maße an den Augen leiden, daß ihnen der benöthigte Unterricht nicht auf die in den Schulen für Sehende übliche Weise erteilt werden kann;
 - b) daß sie die Jahre der leichtern Bildsamkeit noch nicht zurückgelegt, auch
 - c) nicht von Natur dumm und für Bildung unempfänglich sind. Sie müssen auch
 - d) an keiner unheilbaren oder ansteckenden Krankheit leiden, vielmehr zur Zeit ihrer Aufnahme gesund sein, und
 - e) die natürlichen oder die Schutzplatten gehabt haben; endlich
 - f) wird auch erfordert, daß die Königl. Zöglinge und Königl. Freischolaren Eingeborne oder solche sind, deren Eltern jetzt wenigstens in den Königl. Preuß. Staaten wohnen, in jedem Falle wird ihnen der Vorzug vor Ausländern gegeben. — Der Unterschied der Confession oder des Geschlechtes wird dagegen gar nicht in Betrachtung gezogen.
- 3) Die beste Zeit der Aufnahme Blindgeborener und solcher Subjecte, welche bereits in den frühesten Jahren ihres Lebens des Gesichts beraubt worden sind, liegt zwischen deren neunten und zwölften Jahre, wogegen solche Knaben und Mädchen, welche erst späterhin blind geworden, und daher noch, im Besitze ehemaliger, durch das Gesicht erhaltener Begriffe, oder überhaupt zum Unterrichte nicht unvorbereitet sind, auch nach zurückgelegtem zwölften und bis zu ihrem siebzehnten Lebensjahre aufgenommen werden können.

Nur unter besondern, Seitens des Directors der Königl. Kurmärkischen Regierung vorzulegenden, Umständen und nach erfolgter Genehmigung kann auch solchen Personen, welche in den nächstfolgenden Lebensjahren stehen, die Aufnahme in die Anstalt gestattet werden.

4) Die Dauer des zur angemessenen Ausbildung eines blinden Zöglinge erforderlichen Aufenthalts in der Anstalt wird allerdings und vorzüglich durch dessen Fähigkeiten und Fleiß, wie auch dadurch bestimmt, ob er als Blindgeborener betrachtet werden müsse oder nicht; sie kann indessen im Allgemeinen für diejenigen Zöglinge, welche zu den gewöhnlichsten Geschäften des bürgerlichen Lebens, sofern sie zu deren Vollführung überhaupt geeignet sind, übergehen wollen, auf fünf Jahre, so wie für diejenigen, welche nach einer vollständigen und höhern Ausbildung streben, auf sieben Jahre anberaunt werden.

5) Eltern und Angehörige, welche ihre Kinder oder Pflegebefohlene unter die Königl. Freischüler, d. h. unter diejenigen Zöglinge der Blinden-Anstalt aufgenommen zu sehen wünschen, denen die Wohlthat eines ganz unentgeltlichen Unterrichts zu Theil wird, melden sich deshalb, unter Vorbringung des Taufscheins und eines, von einem Arzte über den Gesundheitszustand der Aufzunehmenden ausgestellten Attestes, in welchem auch bezeugt sein muß, daß dieselben die natürlichen oder die Schulblattern gehabt, unmittelbar bei dem genannten Director, Herrn Zeune, im Blinden-Institut auf dem Georgenkirchhofe Nr. 19. wohnhaft.

Kindes dieser sie, nachdem er dieselben entweder selbst geprüft, oder im Falle ihrer Abwesenheit durch einen zuverlässigen Mann hat prüfen lassen, zur Aufnahme tüchtig, so nimmt er sie, sofern eine Stelle in der Anstalt erledigt ist, sofort an.

6) Solche Ältern und Angehörige dagegen, welche die Aufnahme ihrer blinden Kinder oder Pflegelinge unter die Zahl der eigentlichen Königl. Zöglinge, d. h. derjenigen nachsuchen wollen, welche in der Blinden-Anstalt nicht nur frei unterrichtet, sondern auch unentgeltlich verpflegt werden, wenden sich mit ihrem desfallsigen Gesuch, dem aber gleichfalls die vorhin erwähnten Atteste beigelegt sein müssen, unmittelbar an die Königl. Kurmärkische Regierung, die dann, wenn die Angemeldeten in Berlin oder in der Nähe dieser Stadt anwesend sind, ihre Aufnahmefähigkeit durch den Director der Anstalt, oder bei entferntern Abwesenden, durch einen andern zuverlässigen Beurtheiler untersuchen lassen wird. Ist der Fall einer Vacanz da, und sind keine Expectanten vorhanden, so können die Angemeldeten, vorausgesetzt, daß sie zur Aufnahme tüchtig befunden worden, sofort eintreten.

7) In dem Falle, daß zur Zeit der Anmeldung eines blinden Kindes zur Aufnahme unter die Königl. Freischüler keine solche Stelle offen ist, so wird dasselbe, unter Bemerkung des Tages der Anmeldung, von dem Director in die Expectanten-Liste eingetragen. Eben dies wird Seitens der Königl. Kurmärkischen Regierung in Betreff solcher blinden Subjecte angeordnet, die sich zu einer Zeit um die Aufnahme unter die Königl. Zöglinge melden, wo alle dergleichen Stellen schon besetzt sind. Weiderlei Arten von Expectanten bleiben auf der Expectanten-Liste, bis die Reihenfolge der Aufnahme an sie kommt, es wäre denn, daß dieser Zeitpunkt so lange ausbleibt, daß sie mittlerweile das siebenzehnte Jahr zurückgelegt haben, indem sie eben hierdurch, Falls nicht besondere Umstände in Ansehung ihrer obwalteten sollten, ihre Ansprüche auf die Reception verlieren.

- 3) Die Königl. Zöglinge erhalten, wie schon im Allgemeinen gedacht worden, außer freiem Unterrichts auch ganz freie Beköstigung, Wohnung und Heizung. Ein vollständiges Bett aber brüsst jeder mit, so wie auch die nöthige Wäsche, für deren Reinigung inzwischen nichts gezahlt wird. Auch müssen sie nicht minder für ihre Bekleidung selbst sorgen, und es kann nur bei sehr dringenden Fällen, und wenn die Umstände der Casse des Instituts es gestatten, in beregter Rücksicht auf eine Beihilfe gerechnet werden.
- 9) Diejenigen Kellern und Angehörige, deren Kinder oder Pfleglinge, sei es unter die Zahl der Freischolaren oder die der Königl. Zöglinge, aufgenommen werden, müssen sich durch einen, bei dem Director der Blinden-Anstalt niederzulegenden, Kegerz dahin verpflichten, daß sie dieselben den Gesetzen des Instituts unterwerfen, sie, wenn sie den erforderlichen Grad von Ausbildung erhalten, wiederum zu sich nehmen, auch, wozu der genannten Anstalt keine Verpflichtung obliegt, wohin sie aber möglichst mitzuwirken suchen wird, für deren weiteres Fortkommen sorgen wollen. Gleiche Verpflichtung liegt den Armen- und andern Instituten ob, deren Pfleglinge in die Blinden-Anstalt aufgenommen werden sollen.
- 10) Für die Gesundheit der Zöglinge überhaupt und für die Behandlung der Kranken insonderheit, ist durch die Anstellung eines besondern Arztes gesorgt. Die Kranken werden auch, Falls die Vermögensumstände ihrer Kellern oder Angehörigen hierzu schlechterdings unzureichend sind, mit den benötigten Arzneimitteln unentgeltlich versehen.
- 11) Den Kellern oder Angehörigen der in der Anstalt aufgenommenen blinden Kinder, mögen dieselben zur Classe der Königl. Freischolaren oder zu der der Königl. Zöglinge gehören, liegt insonderheit auch ob, dafür zu sorgen, daß dieselben jederzeit reinlich gekleidet im Institut erscheinen können. Freischüler, welche unreinlich in die Anstalt kommen, ist der Director, Falls die den Kellern oder Angehörigen derselben zu machenden Erinnerungen erfolglos bleiben, nach vorgängiger Anzeige zurückzuweisen berechtigt. Bei Zöglingen, welche aus Armenanstalten, Waisenhäusern u. s. w. nach der Blinden-Anstalt gesendet werden, liegt jene Sorge diesen Anstalten selbst ob.
- 12) Die in der Blinden-Anstalt befindlichen Zöglinge werden im Allgemeinen theils in religiös-sittlicher und intellectueller Hinsicht gebildet, theils in solchen Handarbeiten und Künsten unterwiesen, durch deren Betrieb und Ausübung sie sich in der Folge ihren Unterhalt erwerben können. Dieser im Wesentlichen bei allen zu erstrebende Zweck leidet inzwischen, was wissenschaftliche Ausbildung und den Unterricht in Künsten betrifft, erhebliche Abänderungen, je nachdem die Zöglinge mehr oder minder fähig sind, und längere oder kürzere Zeit in der Anstalt bleiben können, oder je nachdem sie von ihren Angehörigen eine verschiedenartige Bestimmung erhalten.
- 13) Den wissenschaftlichen Unterricht erteilt der Director; außerdem sind zwei Leh-

rer der Tonkunst angestellt. Die Unterweisung in weiblichen Handarbeiten liegt der Gattin des Directors ob, und für den Unterricht in andern mechanischen Handarbeiten werden nach den Umständen von Zeit zu Zeit besondere Lehrer angenommen werden. Diejenigen Königl. Zöglinge, welche in ihren religiösen Erkenntnissen angemessene Fortschritte gemacht, auch das gehörige Alter erreicht haben, werden zum Behuf des, der Aufnahme in den Schooß der Gemeinde vorangehenden, besondern, vorbereitenden Unterrichts eines Predigers ihrer Confession angehalten.

14) Ist ein Königl. Freischüler so weit vorgeschritten, daß er, nach Maaßgabe seiner Anlagen und Hinsichts seiner mutmaßlichen Bestimmung, als hinlänglich ausgebildet angesehen werden kann, oder hegt der Director die Ueberzeugung, daß derselbe bei verlängertem Aufenthalt doch nicht werde weiter gebracht werden können, so kann er ihn, nachdem er die Aeltern oder Angehörigen desselben hiervon vier Wochen vorher benachrichtigt, entlassen. Von der Entlassung der Königl. Zöglinge wird den Aeltern oder Angehörigen derselben drei Monate vorher Nachricht gegeben. Das Verzeichniß von Kleidungsstücken, Wäsche u. s. w., welches jeder Königl. Zögling bei seinem Eintritt in die Anstalt dem Director übergeben muß, und welches demnächst durch Ausstreichung des Abgangs und Hinzufügung der neu hinzugekommenen Stücke fortgeführt wird, erhalten die Aeltern oder Angehörigen desselben bei seinem Austritte aus der Anstalt zurück.

Bekanntmachung des Königl. Consistoriums der Provinz Sachsen.

Es hat sich an einigen Orten die Nachricht verbreitet, daß von einer Verlegung der landesschule Pforta nach Zeitz die Rede sei. Dieser Nachricht sind wir ermächtigt, öffentlich zu widersprechen. Wir erklären dieselbe für ein durchaus ungegründetes Gerücht, indem wir auf das Bestimmteste versichern, daß an eine Verlegung jener Lehr- und Erziehungsanstalt, deren Erhaltung und fortdauernde Blüthe dem Staate am Herzen liegt, aus ihrem Wohnsitz; dessen sie sich seit der Epoche ihrer wohlthätigen Stiftung erfreut, auch nicht der entfernteste Gedanke jemals vorhanden gewesen ist.

Magdeburg, den 23. Juni 1818.

Königl. Preuß. Consistorium der Provinz Sachsen.

V e l o b u n g .

Das Städtchen Brücken in dem Sangerhäuser Kreise zeichnet sich, nach den von dem Herrn landrathe Krug von Nidda uns vorgelegten Resultaten, in Hinsicht der dortigen Administration vor vielen größeren und kleinen Städten so vorthellhaft aus, daß wir dies hiermit öffentlich anerkennen uns bewogen finden.

Unter der Leitung des Justiciars Schmidt sind, sofort nach beendigtem Kriege, die Schulden regulirt und auf 5237 Thlr. — — festgesetzt worden.

Ungeachtet das kaum sieben Hundert Menschen enthaltende Städtchen wenig Commun-Vermögen hat, sind doch im Laufe zweier Jahre von obiger Summe, größtentheils durch Anlagen, bereits 2029 Thlr. abgezahlt worden, auch würde der Ueberschuß von 1208 Thalern wahrscheinlich bereits gedeckt sein, wenn nicht die Gemeinde, nebst den dortigen Rittergütern, mit lobenswerther Bereitwilligkeit auf den Bau zweier Schulgebäude gegen zwei Tausend Thaler verwendet und durch Anlagen aufgebracht hätte.

Den Einwohnern von Brücken gebührt für den hierdurch bewährten Sinn öffentlicher Beifall. Wie wir aber im Allgemeinen zur großen Ehre der Einwohner unsers Bezirks die erfreuliche Erfahrung machen, daß da, wo wackere und thätige Obrigkeiten die Verwaltung führen, das Publicum ihnen überall mit Bereitwilligkeit entgegenkommt, und sie in der Vollbringung des Guten auch durch Opfer unterstützt, und nur da, wo auch wir zur Unzufriedenheit mit den Obrigkeiten Veranlassung finden, Mangel an Gemeinsinn in den Einwohnern bemerkt wird; so hat sich auch hier diese Erfahrung bestätigt. Der Gerichts-Director und Accis-Inspecteur Schmidt, welcher uns als ein sehr erfahrener, rechtlicher und eben so humaner Mann geschildert, und welchem die in Brücken herrschende Einigkeit und das gegenseitige Vertrauen unter den verschiedenen Rittergutsbesitzern, der Gemeinde und den Gerichten vorzüglich zugeschrieben wird, verdient daher hauptsächlich den Dank und den Beifall der Königlichcn Regierung, welcher ihm hiermit zu erkennen gegeben wird.

Das Verdienst des Accis-Inspecteurs Schmidt erhöht sich besonders durch den Contrast, welchen wir zwischen der Verwaltung in Brücken und einer andern kleinen Stadt bemerken, indem in letzterer durch die ärgerlichsten Streitigkeiten zwischen Obrigkeit und Unterthanen alles Gute gehemmt, und namentlich mit Regulirung des Schuldenwesens auch noch nicht der geringste Anfang gemacht worden ist.

Möge das erste Beispiel allen Obrigkeiten und Unterthanen zur Aufmunterung, das letztere aber, dessen weitere Ausführung so wie der namentlichen Bezeichnung wir uns zur Zeit noch enthalten, zur Warnung dienen.

Merseburg, den 7. Juli 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Dienstanstellungen und Beförderungen.

Der Bau-Conducteur Franke zu Mannsfeld ist daselbst als land-Bau-Inspecteur angestellt worden.

Merseburg, den 2. Juli 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

V e r z e i c h n i s s

ausgegriffener, mittelst Nachschoute und Transports aus den Königl. Preuss. Staaten
verwiesener Vagabonden.

1) Aus dem Halleschen Stadt-Kreise.

Aus dem Zuchthause zu Magdeburg entlassen.

Peter Reig, Handarbeiter, gebürtig aus Alheim bei Oppenheim, 28 Jahr alt, 5 Fuß 5 Zoll groß, braune Haare, bedeckte Stirn, braune Augenbraunen, blaue Augen, spizige Nase, mittlern Mund, braunen Bart, rundes Kinn, ovales Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe und untersehter Statur; besondere Kennzeichen: mangelhafte Zähne; nach Alheim.

2) Aus dem Weiskensfelder Kreise.

Wegen Bettelrei.

Johann Christoph Schens, Tagelöhner, gebürtig aus Hassel bei Rudolstadt, 40½ Jahr alt, 70 Zoll Sächs. groß, braune Haare, hohe Stirn, braune Augenbraunen, blaue Augen, spizige Nase, gewöhnlichen Mund, braunen Bart, rundes Kinn, starkes Gesicht, schwarzbraune Gesichtsfarbe und mittler Statur; über Naumburg.

3) Aus dem Zeitzer Kreise.

Wegen Mangel an Legitimation, Fälschung und Betrug.

Johann Friedrich Gotilob Steinbrück, Handarbeiter, gebürtig aus Niedersberg bei Eisenberg, 22 Jahr alt, 5 Fuß 5 Zoll groß, braune Haare, niedere Stirn, braune Augenbraunen, blaue Augen, kleine und breite Nase, kleinen Mund, braunen Bart, ovales Kinn, rundes Gesicht, braune Gesichtsfarbe und untersehter Statur; nach Niedersberg.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

31. Stück.

Merseburg, den 1. August 1818.

P u b l i c a n d u m.

Da die Empfangnahme der mit dem Termin Ostern d. J. fällig gewordenen Zinsen der Central-Steuer-Obligationen, eben so wie die Ablieferung der alten und Einwechselung der neuen Zinsleihen, nur langsam von statten gegangen, und dadurch, elne, auf das Rechnungswesen nachtheilig einwirkende Verzögerung des Zahlungs- und Auswechselungsgeschäfts verursacht worden ist; so werden alle diejenigen, welche Central-Steuerleihen besitzen, und bis jetzt weder die gedachten Zinsen noch die neuen Zinsleihen in Empfang genommen haben, hiedurch aufgefordert, die abgelassenen Zins-Coupons mit möglichster Beschleunigung an das Handlungshaus Reichensbach und Comp. zu Leipzig abzuliefern, und dagegen bei demselben sowohl die neuen Coupons als den Betrag der fällig gewordenen Zinsen in Empfang zu nehmen.

Merseburg, den 16. Juli 1818.

Der Regierungs-Chef, Präsident.

v. Schönberg.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Wenn gleich die Capitains der Infanterie, nach der im 17ten Stück des vorjährigen Amtsblatts enthaltenen Verordnung Nr. 145. vom 10. April, im Fall sie sich ein Pferd halten, auf eine Ration, auf den Stallservis aber keinen Anspruch machen können, so ist doch für diejenigen Fälle, wo, wie bei den Mandvres außerhalb der Garnison, die Capitains im Dienste zu Pferde erscheinen müssen, und für die Unterbringung ihrer Pferde selbst zu sorgen außer Stande sind, unterm 19. Juni d. J. von dem Königl. hohen Ministerio des Innern, auf den Antrag des Herrn Kriegsministers Excellenz, bestimmt worden:

daß bei den Mandvres und den Uebungen außerhalb der Garnison für die zum unentgeltlichen Rations-Empfang geeigneten Pferde der Capitains, auch die Stallung unentgeltlich angewiesen werde.

Nr. 228.

Anspruch auf unentgeltliche Stallung für die Pferde der Capitains.

Wir bringen diese nachträgliche Bestimmung hierdurch zur Kenntniß sämtlicher mit der Bequartierung beauftragten Behörden, um sich bei im hiesigen Regierunge-Bezirk vorkommenden Fällen genau darnach zu richten.

Merseburg, den 11. Juli 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 229.
Die Beglaubigung der Gesinde-scheine.

Nach dem 171. §. der im 5ten Stück des vorjährigen Amtsblatts publicirten Verordnung vom 8. November 1810 ist die Herrschaft dem abziehenden Gesinde einen schriftlichen Abschied und ein der Wahrheit gemäßes Zeugniß über die geleisteten Dienste zu ertheilen schuldig. Da nun seit Kurzem mehrere Fälle vorgekommen sind, wo sich Diensthoten dergleichen Zeugnisse selbst verfertigt, dazu die vorhandenen gedruckten Formulare gemißbraucht und die Herrschaften durch falsche Gesindescheine hintergangen haben; so wird hierdurch verordnet: daß jeder Gesindeschein der Richtigkeit wegen und zwar auf dem Lande durch Unterschrift des Dorfschulzen und Beidruckung des Gemeindefiegels, in den Städten aber, jedoch nur in so fern das Gesinde außerhalb der Stadt und Vorstädte zieht, durch Unterschrift der die Polizei besorgenden Magistratsperson und Beidruckung des Stadtfiegels beglaubigt werden muß.

Ist dem Schulzen oder der Magistratsperson die Richtigkeit der Unterschrift des Ausstellers zweifelhaft, dann müssen sich dieselben zuvor durch dessen Befragung davon überzeugen. Herrschaften, welche sich mit unbeglaubigten Gesindescheinen begnügen, werden eben so angesehen, als wenn sie das Gesinde ohne Zeugniß angenommen hätten.

Merseburg, den 16. Juli 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 250.
Evangelische Kirchen, Col-
lecte für das
Dorf Brös.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 6. v. M. zur Vollendung des Baues der abgebrannten evangelischen Kirche zu Brös im Merseburger Kreise im Großherzogthum Posen eine allgemeine Kirchen-Collecte in der Provinz Sachsen zu bewilligen geruht.

Es werden daher die sämmtlichen Herren Prediger unsers Regierungs-Departements hierdurch aufgefordert, an einem der nächsten hierzu schicklichen Sonntage diese Collecte, nach vorgängiger gehöriger Bekanntmachung des Zwecks derselben und Auforderung zur Mithätigkeit, einzusammeln, den eingegangenen Betrag aber an die betreffenden Herren Superintendenten einzureichen, welche diese sämmtlichen in ihrer Ephorie gesammelten Beiträge mittelst doppelten Lieferscheins, worauf der Zweck der Collecte anzugeben, und wovon das eine Exemplar hierher zu adressiren ist, an die hiesige Haupt-Instituten-Casse einfinden werden.

Merseburg, den 17. Juli 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Es ist zu unserer Kenntniß gekommen, daß in den Königl. Waldungen Holz-
pflanzen entwendet und verkauft werden.

Wir finden uns daher veranlaßt, die Vorschriften des Allgemeinen Landrechts
für die Preuß. Staaten Th. 2. Tit. 20. §. 1231 u. folgende, nach welchen

Nr. 231.
Verbot gegen
den Ankauf
von Holzflan-
zen aus Kön.
Waldungen.

Ein jeder, dem von Verdächtigen oder Unbekannten, welche nicht mit dem Ver-
kaufe solcher Sachen ein öffentliches Gewerbe treiben, Sachen zum Kaufe ange-
tragen werden, schuldig ist, zu prüfen, ob der Antragende wahrscheinlich über
die angebotenen Sachen zu verfügen berechtigter sei.

Mit Leuten, welche Sachen zum Verkauf anbieten, die von der Beschaffen-
heit sind, daß Leute von dem Stande und Gewerbe des Antragenden dergleichen
nicht zu haben pflegen, soll sich Niemand darüber einlassen.

Hat Jemand wissentlich gestohlene Sachen gekauft, so soll er, wenn er auch
an dem Diebstahle keinen Theil genommen hat, dennoch als ein gemeiner Dieb
bestraft werden.

Hat Jemand gestohlene Sachen zwar nicht wissentlich aber doch mit Verab-
säumung der gefehlichen Vorsicht gekauft oder angenommen, so soll er, nach
Verhältniß der begangenen Nachlässigkeit, willkührliche, doch nachdrückliche Geld-
oder Gefängnißstrafe leiden.

Diese Strafe wird verdoppelt, wenn er sich ein solches Vergehen nach vor-
gängiger Bestrafung zum zweitenmal schuldig macht.

hierdurch in Erinnerung zu bringen.

Mersburg, den 23. Juli 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nachstehende Bekanntmachung des Königl. Hohen Ministeriums des Schatzes
und für das Staats-Creditwesen vom 3. Juli d. J.:

Nr. 232.
Die Annahme
und Umtau-
schung der un-
gestempelten
Sächs. Cassen-
Billets Lit. A.

„Obwohl die nach der Verordnung vom 15. Februar 1816 anberaumte
Frist zur Bezeichnung der von Preußen übernommenen Sächs. Cassen-Billets
Lit. A. mit dem hiesigen trocknen Wechselstempel, durch die öffentliche Bekannt-
machung vom 11. October desselben Jahres bis zum letzten December 1816 ver-
längert, auch diese Stempelung selbst im Laufe des Jahres 1817 noch fortgesetzt
worden ist, so kommen doch immer noch dergleichen ungestempelte Cassen-Billets
zum Vorschein, und es ist daher beschloffen, zur Annahme und Umtauschung
derselben annoch eine Frist von 3 Monaten dergestalt anzuordnen, daß dieselbe
mit dem 15. October d. J. abläuft.

Jeder, welcher ungestempelte Cassen-Billets vom Buchstaben A. besitzt,
kann sie also während dieser Zeit bei den öffentlichen Abgaben in Zahlung ange-
ben, oder sie bei einer von den Königl. Regierungen, zu deren Departement
Theile des Herzogthums Sachsen gehören, gegen gestempelte Cassen-Billets
oder Tresor-Scheine umwechseln. Sobald sie als ächt befunden worden. Nach

Ablauf der gedachten Frist findet aber unter keinen Umständen eine Annahme oder Umwandelung von dergleichen Cassen-Billets weiter Statt.

Berlin, den 3. Juli 1818.

Ministerium des Schatzes und für das Staats-Creditwesen.
Griese. Kothex."

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, und die Königl. Cassen werden angewiesen, darnach zu verfahren.

Die Special- und Unterasssen haben die auf Abgaben eingenommenen derartigen Billets, mittelst besonderer Designation und getrennt von den übrigen gestempelten Cassen-Billets oder Tresor-Scheinen, an die Regieruugs-Hauptcasse einzusenden, und sich mit der letzten Ablieferung davon so einzurichten, daß solche ohne Fehlbar mit der nächsten nach dem 15. October abgehenden Post bewirkt wird, da die resp. Abgabe und Annahme der Cassen-Billets verordnetermaßen nur bis mit dem 15. October zulässig ist.

Merseburg, den 24. Juli 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

B e k a n n t m a c h u n g.

Das Regieruugs-Departement Merseburg hatte bei der in diesem Jahre erfolgten Completirung der Landwehr ersten Aufgebots, welche wegen der seitdem eingetretenen neuen Organisation seit dem Jahre 1815 nicht ergänzt werden konnte, eine nicht unbeträchtliche Mannschaftezah! zu stellen, indessen sind doch nur einige Kreise, zum Theil wahrscheinlich wegen abweichender Ansichten ihrer Behörden, bedeutend in Rest geblieben, am meisten der Weißenfels, während die übrigen ihre Contingente meist ganz vollständig gestellt haben.

Indem ich den Behörden der letztern für den dabei bewiesenen Eifer verbindlichst danke, muß ich besonders den Querfurter Kreis auszeichnen, welcher seine Verpflichtungen vollständig, genau zur bestimmten Zeit und in der größten Ordnung erfüllt hat.

Zugleich kann ich nicht umhin, den guten Willen der neuereingestellten Mannschaften, von welchem ich mich bei Besichtigung der Landwehr selbst überzeugt, öffentlich anzuerkennen. Es macht mir Vergnügen, die Berichte der Herren Bataillons-Commandeurs im Lobe desselben und des ausgezeichnet guten Benehmens der Leute einstimmig zu finden, und es ist mir eine angenehme Pflicht, den Eifer und das angemessene Verahren der meisten Behörden eben so wie die Willigkeit der Unterthanen zur Kenntniß Sr. Majestät des Königs zu bringen.

Merseburg, den 18. Juli 1818.

Königl. Preuß. commandirender General in der Provinz Sachsen,

Kleist von Nollendorf.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

52. Stück.

Merseburg, den 8. August 1818.

P u b l i c a n d u m.

Wegen der auf die Pariser Friedensschlüsse vom 30. Mai 1814 und 20. November 1815, besonders auf die dem letztern beigelegte besondere Convention sich gründenden Forderungen von Individuen, Communen oder Privatanstalten in den Königl. Preussischen Landen, an die Französische Regierung, ist, in Folge der Statt gefundenen Unterhandlungen, unter dem 25. April d. J. eine neue Uebereinkunft mit der Französischen Regierung zu Stande gekommen, nach welcher die Königl. Preussische Regierung es übernommen hat, gegen eine in bestimmten Terminen innerhalb Jahresfrist von Frankreich zu zahlende Pauschsumme, die aus der Convention vom 20. November 1815 entspringenden Verbindlichkeiten Frankreichs, gegen die Königl. Preussischen Unterthanen, zu erfüllen.

Um nun den diesseitigen Unterthanen zu einer möglichst baldigen und sicheren Befriedigung ihrer Forderungen, welche bei dem Abschlusse des Vergleichs vom 25. April d. J. ganz vorzüglich beabsichtigt worden ist, zu verhelfen, werden hierdurch, in Gemäßheit einer Verfügung des Königl. Ministerii der auswärtigen Angelegenheiten folgende Bestimmungen, bekannt gemacht:

- 1) Für die schließliche Justification aller vor dem 28ten Februar 1817, als dem in Gemäßheit des 16ten Artikels der Convention vom 20ten November 1815 bestimmten Präclusions-Termin, bei dem Königl. liquidations-Commissair zu Paris nur allgemein angemeldeten Reclamationen, ist bei Vermeidung der Präclusion als letzter und endlicher Termin der 1ste November 1818 festgesetzt worden, an welchem Tage alle auf jene Reclamationen sich beziehenden und die Forderung selbst begründenden Papiere bei dem gedachten liquidations-Commissair zu Paris eingegangen sein müssen.
- 2) Der in Paris anwesende liquidations-Commissair ist autorisirt, nach Ablauf dieses Termins alle zweifelhaften Reclamationen, so wie sie vorliegen, zur Entscheidung der angeordneten schiedsrichterlichen Commission zu bringen,

und die Reclamanten haben es sich demnächst selbst zuzuschreiben, wenn ihre Forderungen wegen mangelhafter Justification verworfen werden.

- 3) Die bei dem unterzeichneten Ober-Präsidenten der Provinz Sachsen angemeldeten Reclamationen an Frankreich sind bei weitem zum größten Theil entweder schon justificirt oder es ist über deren Ungültigkeit bereits entschieden. In Betreff der wenigen Forderungen, welche noch vollständiger zu begründen sind, müssen aber sämmtliche noch erforderliche Beweismittel schleunigst beigebracht und so zeitig abgesendet werden, daß sie spätestens bis zum 1. October d. J. bei dem unterzeichneten Ober-Präsidio eingehen; widrigenfalls sie für präcludirt geachtet und die Justificatorien an die Reclamanten zurückgesendet werden sollen.
- 4) Die Reclamanten und die mit der Anmeldung der Reclamationen beauftragten Behörden haben diese Fristen auf das genaueste inne zu halten, wenn sie nicht ihre Forderungen verlieren oder den Gemeinden, Anstalten, Minderjährigen und andern Curanden, deren Vermögen sie verwalten, für den Verlust derselben verantwortlich werden wollen.
- 5) Als abgemacht und in dem Maaße verworfen, daß darauf nicht weiter zurückgekommen werden kann, werden geachtet:
 - a) alle diejenigen Forderungen, welche der allgemeinen Déchéance der bekannten Decrete vom 25. Februar 1808 und 15. December 1809 unterworfen, oder sonst durch Acte des Französischen Gouvernements als ungegründet erklärt worden sind;
 - b) alle diejenigen Forderungen, welche bereits früher in den von der bisherigen liquidations-Commission zu Paris aufgestellten Nachweisungen zurückgewiesen worden: endlich
 - c) diejenigen Forderungen, welche nach dem 28. Februar 1817 bei dem liquidations-Commissair zu Paris angemeldet, mit Einschluß derjenigen, welche vor jenem Termine durch besondere Bevollmächtigte, oder durch die Reclamanten selbst, bei den Französischen Ministerien, Administrationen oder sonstigen Behörden angemeldet oder betrieben können, ohne daß sie zur rechten Zeit bei dem liquidations-Commissair zu Paris angemeldet worden.

Im übrigen werden die Interessenten auf die durch die Berliner Zeitungen publicirte Bekanntmachung Sr. Durchlaucht des Herrn Staats-Canzlers Fürsten von Hardenberg vom 1. dieses Monats verwiesen, aus welcher sie ersehen können, wie es mit der Anerkennung und Zahlbarmachung der reclamirten Forderungen gehalten werden wird.

Erfurt, den 27. Juli 1818.

Königl. Preuß. Geheimer Staatsrath und Ober-Präsident
der Provinz Sachsen,

Verordnungen der Königl. Regierung.

Durch die Verordnung vom 24. März 1817 No. 122. im 14ten Stück des Amtsblatts vom Jahre 1817 ist verfügt worden, daß in den Städten und Vorstädten neue Dächer unter keinem Vorwande mit Schindeln oder Stroh gedeckt werden sollen. Selbst wenn ein Dach vorher mit Schindeln belegt gewesen, soll möglichst dahin gewirkt werden, daß es statt dessen mit Ziegeln oder Schiefer gedeckt werde, und die Baubeamten sollen die, zu dem Ende am Dachstuhl anzubringenden Veränderungen unentgeltlich angeben. Vom platten Lande ist in dieser Verfügung nicht die Rede; da indessen die Dachdeckung mit Ziegeln schon in den frühern Provinzial-Verordnungen, namentlich in der Dorf-Feuerordnung vom 18. Februar 1775 §. 1. No. 3. auf dem platten Lande, wo es nur möglich zu machen, anbefohlen ist, diese Möglichkeit aber gegenwärtig, im hiesigen Regierungs-Bezirk, dessen sämtliche Theile sich der Theilnahme an einer Brand-Assecuranz erfreuen, in so fern die Einwohner nur ihre Gebäude gehörig versichern, niemals fehlen kann; so hoffen wir, daß die Bedachung der Gebäude mit Stroh- und Holzschindeln künftig auch auf dem platten Lande unterbleiben wird. Den Bewohnern des platten Landes aber, welche die Mittel zur Ziegelbedachung durchaus nicht aufzubringen vermögen, empfehlen wir hierdurch den Gebrauch von Lehm- oder Leinwandenschindeln, die, obschon minder feuerabhaltend wie Ziegel, doch weit weniger feuergefährlich sind, als Stroh und Holz. Zu diesem Behuf lassen wir nachstehende Anleitung zur Verfertigung der Lehm- oder Leinwandenschindeln hier abdrucken, und fügen derselben auch die Figuren, auf welche sich diese Beschreibung bezieht, in Stein- oder Kupferdruck. Die Kreis-Bau-Inspectoren werden, auf Requisition der Herren Landräthe, in den ersten Fällen, wo Lehm- oder Leinwandenschindeln Dächer angebracht werden, gern die etwa noch erforderliche Nachweisung geben. In Städten und Vorstädten ist jedoch die Lehm- oder Leinwandenschindel-Bdachung nicht anzuwenden.

Merseburg, den 8. Juli 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Auszug aus Willy's Beschreibung der feuerabhaltenden Lehm- oder Leinwandenschindel-Dächer.

§. 1.

Die Arbeiter machen sich einen Tisch von 4 eingegrabenen Füßen mit einem aufgelegten Tischblatt, das von etlichen Brettern zusammengeschlagen wird. Auf diesen Tisch wird eine Querleiste von etwa 6 Zoll hoch angeschlagen, und zwar in einer Entfernung von der Kante, die nach der Länge des Strohs bestimmt wird; zu beiden Seiten werden auch schräge Bretter und Seitenstücke 2½ höchstens 3 Fuß von einander befestiget; denn breiter dürfen die Lehm- oder Leinwandenschindeln nicht werden. Diese 3 Seiten formiren also einen von 3 Seiten eingeschlossenen Raum a, b, c, d, Fig. I. Die Beschaffenheit dieses Tisches ist aus dem Profil Fig. II. und aus dem perspectivischen Aufriß noch deutlicher zu erkennen; a c und d b sind nämlich die beiden nach der Dichtung des Tisches abgeschragten Seitenbretter.

Mr. 253.

Die Anwen-
dung d. Lehm-
schindeln zum
Dachdecken
auf dem plat-
ten Lande.

§. 2.

Ist der Tisch fertig, so breitet man auf demselben etwas zusammengebrücktes Stroh 3 Zoll hoch dergestalt aus, daß die untern oder Wurzelenden des Strohs an die Leiste ab, die Aehrenenden aber über den Rand c e l des Tisches und $\frac{1}{4}$ der Länge des Strohs überragen; und nachdem das Stroh gut geebnet, legt man mit einer Schippe oder Schaufel so viel von dem erweichten guten fetten Lehm, den man zuvor von kleinen Steinen, Holzspähnen und dergl. gereinigt hat, darauf (Fig. II. u. III.), daß die Hälfte des Strohs bis e f, etwa 1 Zoll hoch damit übertragen, und mit dem Streichholz oder Schlicht Fig. IV. ausgeglichen werden kann.

In so fern die Breite der Lehmshindeln auf 2 $\frac{1}{2}$ Fuß festgesetzt würde, müssen vor ihrer Anfertigung noch Stöcke von 3 Fuß lang, die auf jeder Seite 3 Zoll durch die Schindeln durchreichen und etwa 1 Zoll dick sind, von gespaltenem Kiebnholz oder von geraden Haseln, vorräthig angeschafft werden. Von diesen Stöcken nimmt der Arbeiter einen g h, legt ihn nach Fig. III. in der Gegend der Ecke c d Fig. I. quer über das Stroh. Zwei Arbeiter nehmen jedann einen andern Stock i k, fassen damit unter die herabhängenden Aehrenenden des Strohs und schlagen es mit dem Stock i k über den zuerst gelegten g h über, wie aus Fig. V. zu ersehen, und streichen noch einen Zoll dicken Lehm über das übergeschlagene Stroh, um das Zurückspringen desselben zu verhindern. Solchergestalt verbindet es sich mit der zuerst auf e l aufgetragenen Lehmfläche, worauf die obere Seite des Strohs ganz mit einer solchen Lehmfläche von einem Zoll dick übertragen wird, wie A Fig. VI. zeigt. Der Stock g h, welcher in der nun fertigen Lehmshindel stecken bleibt, wird am Ende ungefähr $\frac{1}{4}$ Zoll dick mit Strohhalmen umwunden; jedoch geschieht solches innerhalb der Schindel, und dies ist folglich nicht in der Figur zu sehen. Den zum Umschlagen des Strohs gebrauchten Stock i k schiebt ein Arbeiter unten ungefähr bis in die Mitte der Lehmshindel; faßt mit jeder Hand an die Enden h und k der beiden Stöcke, ein anderer Arbeiter aber eben so an die Enden g und i Fig. VI., und so tragen sie die Lehmshindel an den zum Trocknen bestimmten Ort und legen sie auf die vorher mit etwas Stroh bedeckte Erde. Auf diese Schindel können noch 14 andere gelegt werden, um dadurch zugleich das Ueberjäten zu erleichtern; die obersten Schindeln müssen mit etwas Stroh bedeckt werden, weil sie sonst aufreißen oder von der Sonnenhitze abblättern würden. Um dieses Abblättern überhaupt zu verhindern, muß, wie bereits erinnert worden, der Lehm nicht zu mager oder mit zu vielem Sande vermischt und von kleinen Steinen gereinigt sein. In einem Tage können 2 Arbeiter 1 bis 1 $\frac{1}{2}$ Schock dergleichen Lehmshindeln verfertigen.

Außer diesen jetzt beschriebenen Schindeln müssen noch andere oder sogenannte Strohuppen angefertigt werden, wovon ungefähr 4 Stück auf eine der vorgedachten 2 $\frac{1}{2}$ Fuß breiten Schindeln gehen. Der Gebrauch der letztern wird unter §. 4. gezeigt werden.

Von diesen Strohuppen oder Strohbündel Fig. VII., welche 3 Fuß lang und unten am Sturz oder dicksten Ende 8 Zoll halten müssen, werden auf eben so einen

Stock, wie zu vorherbeschriebenen Lehmshindeln genommen worden, so viel Puppen dicht aneinander aufgeschoben, bis diese aufgereihten Lehmpuppen 1m F g. VII. die Breite einer Lehmshindel ausmachen; dann werden sie mit Strohhändern zusammen verbunden, und auf der untern Seite n o Fig. IX., welche auf die Latten zu liegen kommt, ebenfalls einen Zoll dick mit Lehm überstrichen. Wenn nun die Lehmshindel und diese Strohpuppen ziemlich trocken geworden, so wird zur Aufdeckung derselben auf das Dach geschritten.

§. 3.

Nachdem die von Mitte zu Mitte vier Fuß auseinander stehenden Sparren nach gewöhnlicher Art einen Fuß weit mit geschnittenen oder geklobten gewöhnlichen Latten belattet, auch auf die Aufschieblinge p Fig. X. eine Diele q mit zweizölliger Ausladung vor dem Balkenkopf aufgenagelt worden, so reicht ein Handlanger dem andern auf dem Dache eine vorhin beschriebene Shindel von Strohpuppen, welche er mit dem durchstreckenden Stocke zweimal, oder an jedem Ende mit Weiden r r an die dritte Latte befestigt. Wenn nun die drei untersten und das Bret mit Strohpuppen bedeckt worden, so wird eine dünne Lage Stroh recht gleich einb eben, ungefähr einen bis einen und einen halben Zoll dick darüber gelegt, und die einzelnen unordentlich hervorragenden Strohhalme vermittelt eines Beiles, das man unterhält, und mit einem abgerundeten Knüttel, Fig. XI., abgeschlagen, damit die Borde gerade und eben werde.

Die weitere Bedeckung mit Lehmshindeln geschieht hierauf folgendermaßen.

§. 4.

Es wird nämlich die nach §. 2. angefertigte Lehmshindel auf die 4te Latte mit 2 Weiden, s s Fig. X., befestigt, und zwar so, daß die mit Lehm beschriebene Seite, welche auf dem Tisch die obere war, jetzt die untere wird, oder auf die Balken zu liegen kommt; und diese erste Reihe Shindeln muß mit den zuerst aufgelegten Strohpuppen unter t q Fig. XI. eine gleiche Kante ausmachen, damit das Regenwasser, ohne bis an das Trausbret q w zu gelangen, schon bei t abtropfeln kann. Diese Shindeln in der ersten Reihe müssen daher einen halben Fuß länger als die andern angefertigt werden, und wenn die 4te Latte ganz mit Lehmshindeln behangen ist, so wird auf den folgenden in eben der Art fortgefahren, wobei noch besonders anzu merken ist: -

§. 5.

daß die Lehmshindeln an den Seiten scharf zusammengezogen werden müssen, so, daß sie sich in etwas überdecken, wie solches aus dem Durchschnitt Fig. XIII., nach einer Linie p q im untenstehenden Profil, von oben anzu sehen, durch die in Fig. XII. mit u u u bezeichneten Stellen zu ersehen ist.

Die 3 Zoll zu jeder Seite der Lehmshindel herausstehenden Stöcke (um die Lehmshindeln auf das Dach zu bringen, liest der Handlanger einen Stock quer durch etliche Lehmshindeln Fig. XIV., und trägt sie auf dem Rücken die Dachleiter hinauf,) werden so neben einander verbunden, daß, wenn von der Shindel B das eine Ende des

Stoß v unterwärts über die Schindel C überlegt, das andere Ende w des Stoßs aus der Schindel c oberwärts oder nach der Außenseite des Dachs über die Schindel B liegt, und man so immer den Stoß der einen Schindel über den Stoß der zweiten Schindel überbindet.

§. 6.

Die letzten Reihen der Lehmschindeln von beiden Seiten des Dachs lassen oben an der Forst einen Zwischenraum x Fig. XI. u. XV. übrig, welche Oeffnung mit Stroh und Lehm ausgeglichen, über selbige aber eine Deck- oder Sattelschindel übergelegt wird. (Anstatt dieser Lehmschindel auf den Forsten kann man auch seine Kastenstücke nehmen.)

§. 7.

Die Forstschindeln werden, nachdem die Lehren vom Stroh abgeschnitten worden, so groß als der Tisch ist, zwei Zoll dick mit Lehm tüchtig überstrichen, damit das Stroh sich recht gut verbinde. Wenn zuvor die beiden letzten Reihen Schindeln, so weit die Forstschindeln auf selbige überreichen, mit Lehm bestrichen sind, werden die Forstschindeln mit der gelehmten Seite unten aufgelegt und tüchtig angebrückt, selbige auch noch außerhalb mit Lehm bestrichen. Diesen obern Lehm spült der Regen zwar wieder ab, allein das hindert nichts, denn dieser Lehm wird nur in der Absicht aufgetragen, um die Forstschindeln zuerst herunter zu drücken. Die Forstschindeln werden zwei bis drei Zoll an den Enden übereinander gebracht, so wie die Hohlziegel auf den Ziegeldächern.

§. 8.

Die Stroh- und Rohrdächer werden gewöhnlich an den Giebelseiten mit einem Bret verkleidet, bei den Lehmschindeldächern geschieht dieses aber mit Strohpuppen. Vorausgesetzt, daß die Latten 12 Zoll über die Giebelspalten hervorragen, und daß 9 Zoll davon schon mit Lehmschindeln bedeckt sind, so werden die übrigen 3 Zoll von der Länge der Latten mit 2 hakenförmigen Stöcken Fig. X. z u. z von einer, und a u. a von der andern Seite der Latten beflochten, dann steckt man Strohpuppen von etwa einem Fuß lang und 5 Zoll dick, 6 Zoll auseinander, eine über die andere, und bindet sie mit Weiden an die Latten und an die vorgedachten Stöcke, wie solches aus Fig. XV. zu ersehen. Diese Strohpuppen Fig. XVI. werden folgendermaßen gemacht. Es wird so viel genommen, daß selbiges doppelt zusammengenommen und mit der Hand gehalten, eine Dicke von 5 Zoll ausmacht. Hierauf werden die Lehrenden so weit abgehauen, daß die Puppe oder der Strohwickel einen Fuß lang ist, nachdem das Stroh vorher oben an der Biegung zusammengebunden worden. Die äußere Seite der Latten wird hierauf tüchtig mit Lehm verstrichen, wodurch alles vollkommen dicht und fest wird.

Neuere Bestimmungen,
wie die Verpflegung der Truppen auf Märschen bewirkt und der Vor-
spann vergütet werden soll.

Nr. 254.

A. Waterländische Truppen.

§. 1.

Der bisherige Unterschied, welcher zwischen den Märschen auf regulirten Militair-
Straßen und außerhalb derselben gemacht worden, hört auf, und es wird wegen der
Truppenmärsche innerhalb der ganzen Monarchie nach gleichen Grundsätzen verfahren.
Zu diesen Truppenmärschen gehören beispielsweise die Communication mit dem in
Frankreich stehenden Corps, Zusammenziehung der Truppen, so weit sie nicht die
Natur dauernder Cantonnements annehmen; Garnison-Veränderung und sonstige De-
tachirungen, so wie Reconvalescenten-, Kriegs-Reserven- oder zurückgehende Beur-
laubten- auch Recruten- und andere bedeutende Transporte, so weit sie zur Verpfle-
gung berechtigt sind, welches letztere, in Betreff aller marschirenden Truppentheile,
Detachements und Transporte, in jeder Marschrouten stets bestimmt und ausdrücklich
zu bemerken ist.

§. 2.

Wegen Bestimmung der Directionslinie, welche der marschirende Truppentheil zu
nehmen hat, und wegen Ausfertigung der speciellen Marschrouten, verbleibt es bei der
Verfügung vom 10. April 1817 und bei demjenigen, was wegen der Märsche durch
die fremden Gebiete links der Elbe besonders angeordnet worden. Insbesondere müs-
sen die Directionslinien und Marschrouten für die links der Elbe marschirenden Trup-
pen mit den durch fremde Gebiete regulirten Straßenzügen genau zusammentreffen.

§. 3.

Der marschirende Soldat vom Feldwebel und Wachmeister abwärts, wird in der
Regel durch den Wirth beköstigt. Nur da findet eine Ausnahme Statt, wo die Quar-
tiergeber die Beköstigung des, in bedeutenden Abtheilungen marschirenden Militairs
nicht zu übernehmen vermögen, und deshalb zur Verpflegung des Soldaten besondere,
mit Beköstigungsmitteln versehene Magazine angelegt sind. Da, wo der Quartierge-
ber die Verpflegung bestreiten kann, und dessen ungeachtet dergleichen Magazine vor-
handen sind, wird die Verpflegung am Tage des Eintreffens von dem Wirth gegen
die normalmäßige Vergütung gegeben; am zweiten Tage geschieht solche jedoch aus
den Magazinen.

§. 4.

Dagegen wird die Jourage durchgehends aus Magazinen gewährt, und nur die-
jenigen Ausnahmen finden Statt, welche die Verfügung vom 4. December 1818
näher vorschreibt.

§. 5.

Der marschirende Soldat muß mit dem Tische seines Wirths zufrieden sein.
Um jedoch schlechter Beköstigung von Seiten des Wirths, wie übermäßigen Foda-
rungen von Seiten des Soldaten vorzubeugen, wird Folgendes bestimmt:

Der Unterofficier und Soldat, und jede zum Militair-gehörende Person, die nicht den Rang eines Officiers hat, zur Verpflegung aber berechtigt ist, kann in jedem Nacht- und Ruhequartier

a) zwei Pfund gut ausgebackenes Roggenbrod,

b) ein halb Pfund Fleisch, und

c) Zugemüse incl. Salz, so viel zu einer Mittags- und Abendmahlzeit gehört, verlangen. Des Morgens zum Frühstück gebührt dem Soldaten nichts, so wenig wie er berechtigt ist, von dem Wirth Bier, Brantwein oder gar Caffee zu fordern, moegen die Ortsobrigkeiten dafür sorgen sollen, daß in jedem Orte hinreichender Vorrath von Bier und Brantwein vorhanden ist, und daß der Soldat nicht übertheuert wird.

§. 6.

Der Quartiergeber in großen, kleinen Städten und auf dem platten Lande und überhaupt auf Märschen in den Preussischen Staaten, erhält für die Beköstigung seiner Einquartierten pro Mann und Tag vier gute Groschen in Preussischem Silbergelde und zwar in der Art, daß der Commandeur oder der Rechnungsführer der marschirenden Truppenabtheilung diejenigen zwei guten Groschen, welche der Soldat von seiner Löhnung zu bezahlen hat, dem Vorsteher der bequartierten Communen oder der sonst damit beauftragten Ortsbehörde in volle gegen Quittung bezahlt, und über die bewirkte Beköstigung zugleich eine Bescheinigung mit dem Bemerken ausstellt, daß die Zahlung der zwei Groschen pro Mann und Tag geschehen. Wo der marschirende Truppentheil auf mehrere Ortschaften vertheilt wird, wird jedem Commandoführenden die Verpflegungvergütung von dem Truppen- oder Rechnungsführer gleich mitgegeben, um die Auszahlung an den Ortsvorstand zu bewirken und die Bescheinigung auszustellen.

§. 7.

Die obgedachte erste Hälfte der Vergütung von zwei Groschen fließt aus dem verfassungsmäßigen Abzuge von der Befoldung des Soldaten incl. der Victualienzulage und des Brodgroschens, welche letztere beiden Competenzen während des Marsches erreicht werden, und weswegen die Militair-Behörden besonders instruiert sind. Die andere Hälfte der Vergütung von zwei Groschen trägt der dazu bestimmte Fond. Des Endes schicken die Communen die von den Truppen erhaltenen Verpflegungsbescheinigungen der Kreisbehörde ein, welche darauf ex paratissimis Zahlung leistet, und die quittirten Liquidationen der Regierung, Behufs der von der letzteren beim Finanz-Ministerio quarantaler zu bewirkenden weitem Nachweisung der geleisteten andern Hälfte der Vergütung, einreicht. Damit die zweite Hälfte der Vergütung stets prompt gezahlt werden könne, müssen die Regierungen diejenigen Landräthe, deren Kreise von Märschen betroffen werden, jedesmal mit Vorschüssen versehen, und die Landräthe werden wiederum wohl thun, ihrerseits solche Einleitungen zu treffen, daß der Ortsvorstand den Quartiergebern die ganze Vergütung von vier Groschen auf einmal und ungetheilt leisten könne, weil die Quartiergeber nur dann bei gutem

Muthe und Vertrauen erhalten werden können, wenn sie sogleich auf der Stelle befriedigt werden.

§. 8.

Die Militär-Behörden haben dafür zu sorgen, daß den marschirenden Truppschellen *cc. cc.* das zu der §. 6. vorgeschriebenen Zahlungseistung nötige Geld jedesmal mitgegeben werde. In außerordentlichen, jedoch nach Möglichkeit zu vermeindenden Fällen, wo die Mitgabe des Geldes unterbleibt oder eine unzureichende Summe mitgegeben wird, die marschirenden Truppschenteile sich auch unterwegs durch Erhebung eines Vorschusses bei einer Haupt- oder Special-Casse damit nicht versehen können, wird der Führer der Truppen über die Verpflegung nach Köpfen und Tagen eine Bescheinigung ausstellen, und darin zugleich die Umstände anführen, welche es ihm nicht gestattet haben, sich mit dem erforderlichen Gelde zu versehen. Auf den Grund einer solchen Bescheinigung verfügt die landrätliche oder andere Civil-Behörde die sofortige Befriedigung der Quartiergeber, und zwar sowohl rücksichtlich der ersten als der zweiten Hälfte der Vergütung aus den bereitesten Fonds, und die Abrechnung bringt die eine dem Soldaten zur last fallende Hälfte der Vergütung dem fünften Departement des Kriegs-Ministerii, durch Einsehung der Bescheinigung zur Wiedererstattung aus der General-Militär-Casse in Anrechnung. Der Liquidation über die zweite Hälfte der Vergütung, welche nach §. 7. das Finanz-Ministerium erhält, sind die an das fünfte Departement gehenden Original-Bescheinigungen in beglaubter Abschrift beizufügen.

§. 9.

Die Officiere sorgen selbst für ihre Beköstigung und bezahlen sie da, wo sie ihnen gereicht wird. Im Inlande auf Marschen erhalten sie keine andere Vergütung, als die bereits feststehende Marschzulage, wenn der Marsch über vierzehn Tage dauert. Diese Marschzulage wird nur den Subaltern-Officieren und den Bataillons-Ähirurgen, welche keine Ration beziehen und wirklich zu Fuß 14 Tage und darüber marschiren, ingleichen den Subaltern-Officieren der Fuß- und reitenden Artillerie, wenn sie sich auf einem nicht ihre eigene Bestimmung betreffenden Marsche, sondern zum Transport Königl. Effecten, dergleichen Waffen, Munitions-Vorräthe *cc.* commandirt befinden, gezahlt.

§. 10.

In welcher Art die Verpflegung bei dauernden Cantonnements geschehen soll, wird nach den jedesmaligen Umständen bestimmt werden, in so weit die desfalls anzuwendenden Grundsätze nicht schon feststehen.

§. 11.

In den Fällen, wo das Brod aus Magazinen gegeben wird, zahlt der Truppsch oder Rechnungsführer an die Magazin-Rendanten den pro zwei Pfund feststehenden Brodgrösch, womit der Soldat aus dem Magazin-Fond dotirt ist, und den alsdann verbleibenden Theil der Vergütung mit einem Groschen an die Communal-Behörde nach der Vorschrift des §. 6.

Wie schon §. 1. u. §. 6. festgesetzt ist, ist die Verpflegungsvergütung à vier gute Groschen pro Mann und Tag überall innerhalb der ganzen Monarchie gleich, und die Marschrouuten sind darnach auszustellen. Wo jedoch, bei häufigen Märschen und öfterem Zusammentreffen marschirender Truppentheile, und bei nachgewiesener unverhältnißmäßiger Theuerung der gewöhnlichen Lebensmittel, die Ministerien des Innern und der Finanzen, auf den Antrag der Regierungen, den Quartiergebern temporair noch einen außerordentlichen Zuschuß zu der Gesamtvergütung von vier Groschen zugestehen, wird statt der in der Regel feststehenden andern Hälfte der Vergütung von zwei Groschen der temporair erhöhte Vergütungsbetrag auf die §. 7. bestimmte Art gezahlt, den darüber zu fertigenden liquidationen jedoch jedesmal Abschrift des Genehmigungs-Rescripts beigelegt, woraus die Höhe des außerordentlichen Zuschusses, der Ort, dem sie bewilligt worden, und die Dauer dessen Verabreichung hervorgeht.

§. 13.

Die Vorspannverabreichung richtet sich nach dem Regulativ vom 26. September 1808 und den Erläuterungen vom 15. October 1817. Die Regierungen werden hierdurch autorisirt, solche Einleitungen zu treffen, daß der Vorspann gleich, nachdem er geleistet, zu dem feststehenden Satz aus den bereitesten Fonds Zug um Zug vorschußweise für Rechnung der General-Militair-Casse vergütet, damit die Befriedigung der Unterthanen, durch den langsamen liquidationsweg, nicht verzögert werde. Das deshalb bestehende liquidationsverfahren wird jedoch beibehalten. Diejenigen Summen, welche bei grundsätzlicher Revision der liquidationen bei dem ersten Departement des Kriegs-Ministerii abgesetzt werden, müssen die Regierungen selbst von den Empfängern wieder einlegen, indem aus Militair-Fonds nichts mehr als das Festgesetzte ersetzt wird.

B. Truppen fremder Staaten, welche conventionemäßig durch Preussisches Gebiet marschiren.

§. 14.

Hinsichtlich der Märsche der Truppen deutscher Bundesstaaten durch diesseitiges Gebiet, werden die betreffenden Regierungen auf die ihnen am 25. Juni 1817 zu-gefertigte Anweisung zum Verfahren verwiesen, jedoch gleichzeitig beauftragt, die Vergütungen für Verpflegung und Vorspann 2c. 2c. in Preussischem Silbergelde gleich vorschußweise aus den bereitesten Fonds leisten zu lassen, und eine dem gemäß Anordnung in solchen Orten, welche von fremden Truppenmärschen berührt werden, zu treffen, damit diese Orte gegen die andern, wo die Bezahlung Zug um Zug erfolgt, nicht zurückstehen.

In Betreff der Russischen Communications-Straße werden hier keine speciellen Bestimmungen gegeben, die Regierungen der Bezirke, welche von der Communications-Straße betroffen werden, vielmehr angewiesen, deshalb analoge Vorschläge den Ministerien des Innern und der Finanzen zu machen.

Das gegenwärtige Regulativ tritt mit dem 1. Juli d. J. in Kraft, von wo ab die Verpflegungsbestimmungen vom 14. September 1816 außer Wirksamkeit kommen.
Berlin; den 6. Juni 1818.

Der Minister des Innern, Der Kriegsminister, Der Finanzminister,
v. Schuckmann. v. Boyen. v. Klewiz.

Vorstehende neuere Bestimmungen, wie die Verpflegung der Truppen auf Mär-
schen bewirkt und der Vorspann vergütet werden soll, werden hiermit zur öffentlichen
Kenntniß gebracht, und die Herren Landräthe auf die ihnen besonders ertheilte In-
struction verwiesen.

Merseburg, den 18. Juli 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Von dem Königl. Ministerio der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-
Angelegenheiten sind uns Exemplare von den Veränderungen der neuen Arzneitaxe
vom Jahre 1815 für die Jahre 1818 und 1819 zugegangen. Wir haben solche un-
ter'm heutigen Tage an die Physiker des hiesigen Regierungs-Bezirks zur Verthei-
lung an die Apotheker ihrer Kreise gesendet, und bringen dies hierdurch mit dem
Beifügen zur öffentlichen Kenntniß, daß die Physiker zugleich angewiesen worden
sind; darauf zu sehen, daß diese Veränderung vom Tage der Bekanntmachung ab,
bei Vermeidung der dem Publicando der neuen Arzneitaxe vom 1. October 1815 vor-
gedruckten Strafe, befolgt werde und bei keinem Apotheker die neue Arzneitaxe fehle.

Merseburg, den 24. Juli 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Cabinetsordre vom 7. vo-
rigen Monats zu Wiederherstellung der Neustädtischen evangelischen Kirche zu Thorn
eine allgemeine Kirchen-Collecte zu bewilligen gerufen.

Wir fordern deshalb sämtliche Herren Prediger unsers Departements hierdurch
auf, diese Collecte an einem der nächsten hierzu schicklichen Sonntage, nach vor-
gängiger Bekanntmachung des Zwecks derselben und geschehener Aufforderung zur
Mithätigkeit, zu sammeln, die eingegangenen Beiträge aber, mit Beifügung ei-
nes Sortenzettels, an die betreffenden Herren Superintendenten einzureichen, welche
dieselben aus der ganzen Diöces mittelst doppelten, einmal hierher zu adressiren-
den Lieferscheins und gehöriger Angabe des Zwecks der Collecte, an die hiesige Haupt-
Institutionen-Kasse einzusenden haben.

Merseburg, den 27. Juli 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 255.

Die Änder-
ung der Arz-
neitaxe für die
Jahre 1818 u.
1819.

Nr. 256.

Evangelische
Kirchen- Col-
lecte.

Nr. 237.

Die seitigere
Einsendung
der von dem
Militair an
die Communen
ausgestellten
Genußquittungen.

Von den Königl. Proviant-Kemtern ist beschwerend angezeigt worden, wie sich häufig der Fall ereigne, daß die Herren Landräthe die über die von den Stadt- und Land-Gemeinden an das Militair verabreichte Fourage ausgestellten Consumtions-Quittungen erst nach Verlauf von Vierteljahren zur Auewchselung gegen proviant-amtliche Quittungen einsendeten, auch selbst nahe gelegene Ortschaften den Natural-Ersatz gegen die auszubändigenden Militair-Quittungen öfterer noch weit später verlangten.

Da nun durch ein solches Verfahren den Proviant-Kemtern und Kriegs-Commissariaten die allgemeine und specielle Uebersicht über die von den Truppentheilen erhobenen Verpflegungs-Bedürfnisse zur Angebühr entzogen wird, so werden die Herren Landräthe hierdurch aufgefordert, für die jedesmalige ungesäumte Einziehung der Militair-Genuß-Quittungen von den Communen und unaufhältliche Einsendung derselben an die betreffenden Königl. Proviant-Kemter Sorge zu tragen, die Communen aber angewiesen, den Ersatz der vorgeschossenen Naturalien jedenfalls in dem nämlichen Monate, in welchem die Militair-Quittung ausgestellt worden, bei dem ihnen angewiesenen Magazine zu bewirken.

Merseburg, den 31. Juli 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

33. Stück.

Merseburg, den 15. August 1818.

Allgemeine Gesefsammlung.

Das 8te Stück der Gesefsammlung pro 1818 enthält:

- Nro. 478. Ratifications-Urkunde der zwischen Sr. Majestät dem Könige von Preußen und Sr. Majestät dem Könige von Baiern am 9. Mai 1818 abgeschlossenen Uebereinkunft wegen wechselseitiger Uebernahme der Wagabonden und Ausgewiesenen. De dato den 21. desselben Monats.
- Nro. 479. Erklärung wegen der, zwischen der Königl. Preussischen und Großherzoglich Hessen-Darmstädtischen Regierung verabredeten Freizügigkeit, in Betreff der zum deutschen Bunde nicht gehörigen Preussischen Provinzen. Vom 3. Juni 1818.
- Nro. 480. Bekanntmachung der Cartel-Convention zwischen Preußen und Hannover. Vom 1. Juli 1818.
- Nro. 481. Bekanntmachung über die Cartel-Convention zwischen Preußen und Hessen-Homburg. Vom 20. Juli 1818.

P u b l i c a n d u m.

Nach der Bestimmung der über die Sächsishe Peräquations-Lieferungs-Aequivalent-Gelder- und Central-Steuer-Angelegenheiten zwischen den beiderseitigen Friedens-Vollziehungs-Commissionen unterm 23. Juli 1817 abgeschlossenen Convention S. 29. „nach welcher Preußen sämtliche Central-Steuer-Obligationen im Betrage von drei Millionen zwei Hundert fünf und achtzig Tausend acht Hundert Thalern zur alleinigen Vetreterung übernommen, die Zins- und Capitals-Zahlungen aber binnen Jahresfrist zu ordnen und zu begründen versprochen hat,“ zu genügen, ist durch die an das unterzeichnete Ministerium ergangene Cabinets-Ordre vom 20. d. M. genehmiget,

daß eine Summe von 300,000 Thalern jährlich, zum Zinsen- und Tilgungs-Fond dieser Obligationen bestimmt werde.

Diese Summe soll vorläufig, und bis darüber ein Anderes festgesetzt ist, aus den bereitesten Mitteln des unterzeichneten Ministeriums entnommen und in halbjährigen Raten dergestalt gezahlt werden, daß zuvörderst die Zinsen daraus wie bisher regelmäßig entrichtet, der Ueberrest der Rate aber zur Capitals-Zahlung verwendet werde.

Es wird von Michaelis d. J. an, alle halbe Jahre bei der Königl. Regierung zu Merseburg öffentlich und unter specieller Aufsicht des Regierungs-Präsidenten von Schönberg eine Auslosung der zur Zahlung kommenden, aus sämmtlichen im Cours befindlichen Obligationen, und zwar verhältnißmäßig von allen Classen derselben, Statt finden und die Liste der gezogenen Nummern durch die öffentlichen Blätter so zeitig bekannt gemacht werden, daß eine halbjährige Kündigungsfrist bis zu dem Zahlungstermin frei bleibt, bei Eintritt desselben aber die Zahlung der gezogenen Obligationen, gegen Rückgabe derselben und der davon noch übrigen Zinsen-Coupons so wie der Zinsleihen, nach Maaßgabe der vorgedachten Convention, zu leipzig baar in Conventions-Geld erfolgen.

Von da an hört dann auch, in Absicht derjenigen Inhaber der durch das Loos gezogenen Obligationen, welche sich zur Erhebung nicht melden, alle weitere Zinsenzahlung auf, und nach Verlauf von sechs Wochen, wenn sie sich bis dahin nicht nachträglich melden, werden die Geldbeiträge an Capital und unerhoben gebliebenen letzten Zinsen, auf Kosten und Gefahr der gedachten Inhaber, bei dem Königl. Oberlandesgerichte zu Naumburg ad depositum gegeben, und die Obligation nebst allen Coupons und Zinsleihen für annullirt erklärt werden.

Da hiernach zu Michaelis d. J. die erste Verlosung, und zu Ostern k. J. die erste Capital-Zahlung erfolgt, die durch letztgedachte Zahlung herbeigeführte Verminderung der ferneren Zinsen aber immer der nächsten Capitals-Zahlung zuwächst und diese verhältnißmäßig stößt, so werden nach einer angelegten Berechnung binnen 16 Jahren sämmtliche Central-Steuer-Obligationen neben der regelmäßigen Verzinsung durch baare volle Zahlung eingelöst sein.

Uebrigens ist der Regierungs-Präsident von Schönberg zu Merseburg mit der speciellen Ausführung dieses Amortisations-Plans beauftragt, welcher auch die erforderlichen weitem Bekanntmachungen erlassen wird.

Berlin, den 31. Juli 1818.

Ministerium des Schatzes und für das Staats-Creditwesen.

(Gz.)

Fries.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Um Niemanden, der eines Blöds- oder Wahnsinns beschuldigt wird, oder eines zerrütteten Gemüthszustandes verdächtig ist, ungerechter Weise dem Verlust seiner Freiheit und der Disposition über sein Vermögen auszusetzen, sind in dem 38. Titel des ersten Theils der allgemeinen Gerichtsordnung §. 1 — 8. genaue Vorschriften ertheilt, wonach die Bahn- und Blödsinnigkeitserklärung geschehen soll. Da, indess bemerkt ist, daß mehrertheils in den protocollarischen Verhandlungen, worauf sich das Gutachten der zugezogenen Aerzte und die Gemüthskrankheitserklärung stützen muß, die Art der Untersuchung durch den instruirenden Richter und besonders durch die Aerzte nicht dergestalt genau angegeben ist, daß aus den Fragen, welche an die zur Untersuchung Gefesselten und den darauf erteilten Antworten, so wie aus den etwa außerdem nöthig erachteten Vorkehrungen die Richtigkeit des erstatteten Gutachtens der Techniker von selbst hervorgeht, daß vielmehr oft nur in allgemeinen Ausdrücken, als: „alle Antworten waren ohne den gehörigen Zusammenhang; der Kranke blieb bei seinen vorgestellten Ideen und Meinungen,“ der Gemüthszustand bezeichnet wird; so werden die Untergerichte, Kreisphysici und die Aerzte, welche neben den Kreisphysicis, wovon der Regel nach wenigstens einer zur Untersuchung gezogen werden muß, die Beschaffenheit der Gemüthskrankheit erforschen sollen, hiermit aufgefordert, in den Protocollen, welche bei der Untersuchung über den Gemüthszustand eines Menschen aufgenommen werden, die Art, wie beiderseitig die Untersuchung geschehen ist, mithin einzelne Fragen und Antworten genau anzugeben, so daß sich die Gründe hinreichend übersehen lassen, welche die Blöds- oder Wahnsinnigkeitserklärung unvermeidlich machen.

Nr. 238.
Gutachten
Behufs der
Blöds- und
Wahnsinnig-
keitserklä-
rung.

Naumburg und Merseburg, den 9. Juli 1818.

Königl. Preuss. Ober-Landesgericht.

Königl. Preuss. Regierung.
Erste Abtheilung.

Wir haben bei der Einsicht der von mehreren Städten an uns gelangten Magistrats-Acten, so wie aus sonst zu unserer Kenntniß gekommenen Thatfachen, entnehmen müssen, daß der Geschäftsgang bei mehreren Stadträthen unsers Regierungsbezirks höchst unordentlich und die Geschäftsbetreibung dem Zwecke der collegialischen Einrichtung ganz entgegen, völlig einseitig, ja zum größten Theile, selbst in den bedeutenden Städten, wo mehrere literati im Rathe sind, dem Stadtschreiber oder Syndicus ausschließlich überlassen ist.

Nr. 259.
Geschäftsgang
bei den Städt-
Magistraten.

Namentlich haben wir gesehen, daß die von den Stadtschreibern auszufertigten Conceive weder von dem Bürgermeister noch einem andern Magistratsmitgliede signirt, ja es sind uns Fälle vorgekommen, in welchen von dem Stadtschreiber, ohne Mitwissen des Bürgermeisters und Stadtrathes, allgemeine polizeiliche Anordnungen getroffen und Publicanda erlassen worden sind, welchen der Bürgermeister, dem die Sache unbekannt geblieben war, ganz entgegen entschied.

Dies veranlaßt uns, Folgendes zu verordnen und festzusetzen:

- 1) In allen Städten, in welchen ein literatus Bürgermeister ist, muß derselbe eine bestimmte Geschäftseinteilung entwerfen, und jedem Mitgliede, nach Maßgabe seiner Stellung sowohl als seiner Fähigkeiten, bestimmte Geschäftszweige zutheilen.

Diese Vertheilung ist dem Landrathe vorzulegen, und wenn dessen Genehmigung erfolgt ist, in Vollziehung zu bringen.

- 2) Es sind wöchentlich, nach dem Umfange der Geschäfte, zwei oder mehrere Sessionstage anzuberaumen, in welchen die eingekommenen Sachen, welche der Bürgermeister, der sämtliche Eingaben zu erberechnen hat, dem Mitgliede, für welches sie gehören, ordentlich zuschreiben muß, gehörig vorgetragen, collegialisch beraten und nach Stimmenmehrheit entschieden werden müssen.

Außerdem ist in diesen Sessionstagen von jedem Mitgliede dasjenige zur Berathung vorzutragen, was es, auch ohne Veranlassung einer schriftlichen Eingabe, in Bezug auf die Magistratsgeschäfte zu bemerken gefunden hat.

Den Herren Landräthen ist anzuzeigen, welche Tage zu Sessionen bestimmt sind, und es werden selbige durch öftere und unvermuthete Revisionen sich zu überzeugen suchen, daß die Sitzungen auch ordentlich abgehalten werden, indem wir den Herren Landräthen zur Pflicht machen, zuweilen und so oft es möglich ist, den Sitzungen persönlich beizuwohnen, und zu Einführung und Erhaltung eines ordentlichen collegialischen Geschäftsganges beizuwirken.

- 3) Die in Gemäßheit der gefaßten Beschlüsse gefertigten Ausarbeitungen signirt jedesmal zuvörderst dasjenige Magistratsmitglied, welches die Sache vorgebracht hat, hiernächst der Bürgermeister.
- 4) In Fällen, welche eine solche Beschleunigung erfordern, daß die nächste Magistratsitzung nicht abgewartet oder eine extraordinaire anberaumt werden kann, kann zwar der Bürgermeister auf seine Verantwortlichkeit allein oder mit Zuziehung des Magistratsmitgliedes, in dessen Departement die Sache gehört, das Nöthige anordnen, und ist, wenn periculum in mora ist, dazu verpflichtet.

Er ist aber in der nächsten Sitzung dem Collegio davon Nachricht zu ertheilen verpflichtet.

- 5) Was die Vertretung der gefaßten Entschliessungen anlangt, so finden diesfalls die im Allgemeinen Landrecht Th. II. Tit. 10. §. 127 f. f. enthaltenen Vorschriften Anwendung.
- 6) Die Ausfertigungen an die Unterthanen, an dem Stadtrathe coordinirte und subordinirte Behörden ergehen im Namen des Stadtraths unter der Unterschrift des Bürgermeisters.
- 7) Dagegen sind die Berichte an die Herren Landräthe und an die Königl. Regierung unmittelbar von sämtlichen Magistratsmitgliedern zu unterschreiben.

Was endlich

- 8) Die Stadträthe in den kleinen Städten anlangt, in welchen in der Regel der Stadtschreiber der einzige literatus ist, so bleibt zwar derselbe für die Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsganges, besonders in soweit es hierbei auf Gesehkunde ankommt, hauptsächlich verantwortlich. Es ist aber auch in diesen von den Herren Landräthen dafür zu sorgen, daß eine ordentliche Geschäftsvertheilung und collegialische Berathung Statt finde und den Vorschriften sub 2 — 7 gehörig nachgegangen werde.

In Betreff der Stadt Halle bewendet es bei der dem Stadtmagistrat erteilten Instruction.

Merseburg, den 27. Juli 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

**Verordnungen des Königl. Ober-Landes-Gerichts
zu Naumburg.**

Nachstehendes Ministerial-Rescript:

„Es ist von Seiten der Militair-Behörden darüber geklagt worden, daß die von den Civil-Gerichten verurtheilten und zur Festung abgelieferten beurlaubten Landwehrmänner und zur Krieges-Reserve gehörigen Soldaten, bei ihrer Ablieferung oft nicht mit den erforderlichen Kleidungsstücken versehen wären, und deshalb zu den für sie bestimmten Arbeiten nicht gebraucht werden könnten. Um dieser Klage für die Zukunft abzuhelfen, wird im Einverständniß mit dem Königl. Krieges-Ministerium hierdurch festgesetzt:

Nr. 24.
Nöthige Bekleidung d. zur Festung verurtheilten u. abgelief. Landwehrmänner u. Soldaten.

daß dergleichen zur Festung abzuliefernde Landwehrmänner und zur Krieges-Reserve gehörige Soldaten, bei ihrer Ablieferung mit folgenden Kleidungsstücken versehen sein müssen:

- 1) drei noch guten Hemden,
- 2) einem Paar wollener Strümpfe,
- 3) einem Paar Schuhe oder Stiefeln,
- 4) einem Hut oder einer Mütze,
- 5) einem Paar Weinkleider,
- 6) einer Weste,
- 7) einem Rocke oder einer Jacke.

Die Civil-Gerichte, welchen die Ablieferung obliegt, haben dafür zu sorgen, daß, ehe solche geschicket, die gedachten Kleidungsstücke, Falls der Sträfling nicht solche schon besitzt und mitnehmen kann, aus seinem Vermögen oder in dessen Ermangelung aus dem Criminal-Fonds angeschafft werden. Diejenige Militair-Behörde, an welche die Ablieferung des Sträflings zur Veranlassung des weitem Transports nach der Festung geschicket, ist zufolge der deshalb von dem Königl.

Krieges-Ministerium ergangenen Verfügung verpflichtet, darüber eine Bescheinigung auszustellen, daß der Arrestant mit den vorgeschriebenen Kleidungsstücken versehen gewesen ist. Nach diesen Bestimmungen hat das Königl. Ober-Landesgericht sich nicht allein selbst zu achten, sondern auch die dem Collegio untergeordneten Gerichte zu instruiren.

Berlin, den 1. Juni 1818.

Der Justiz-Minister,
(ge.) von Kirchheim."

wird sämmtlichen Untergerichten unsers Bezirks hierdurch zur Nachachtung bekannt gemacht.

Naumburg, den 31. Juli 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Da die durch Königl. Landgestütshengste erzeugten Fohlen einen höhern Werth haben, als diejenigen, welche von gewöhnlichen Bauer-Beschälern gefallen sind, so ist die Anordnung getroffen, daß die erst gedachten Fohlen, welche im Jahre 1818 geboren sind, mit dem für die Königl. Preuß. Sächs. Landgestütshöfen bestimmten Brand zum Besten der Fohlenbesitzer, versehen werden sollen, in so fern die Eigenthümer dieser Fohlen von dieser Bezeichnung Gebrauch machen wollen: Indem diese Anordnung hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, bemerken wir zugleich, daß die Bezeichnung der Fohlen, welche als Folge der auf den Stationen Grabis, Döhlen und Repiß erfolgter Bedeckung erzeugt sind:

den 14. September d. J. zu Grabis,				den 15. September d. J. zu Dröschkau,			
derer der Station	Dröschkau,	den 15. September d. J.	zu Dröschkau,	derer der Station	Dröschkau,	den 15. September d. J.	zu Dröschkau,
— — —	Cosßdorf, — 16. —	— — —	— — —	— — —	Cosßdorf, — 16. —	— — —	— — —
— — —	Gröden, — 17. —	— — —	— — —	— — —	Gröden, — 17. —	— — —	— — —
— — —	Schlieben, — 30. —	— — —	— — —	— — —	Schlieben, — 30. —	— — —	— — —
— — —	Schweinitz, — 1. October	— — —	— — —	— — —	Schweinitz, — 1. October	— — —	— — —
— — —	Lichtenburg, — 3. —	— — —	— — —	— — —	Lichtenburg, — 3. —	— — —	— — —
— — —	Elbden, — 5. —	— — —	— — —	— — —	Elbden, — 5. —	— — —	— — —
— — —	Seyda, — 6. —	— — —	— — —	— — —	Seyda, — 6. —	— — —	— — —
— — —	Bleesern, — 12. —	— — —	— — —	— — —	Bleesern, — 12. —	— — —	— — —
— — —	Preßsch, — 13. —	— — —	— — —	— — —	Preßsch, — 13. —	— — —	— — —
— — —	Düben, — 14. —	— — —	— — —	— — —	Düben, — 14. —	— — —	— — —
— — —	Merseburg, — 16. —	— — —	— — —	— — —	Merseburg, — 16. —	— — —	— — —
— — —	Wendelstein, — 19. —	— — —	— — —	— — —	Wendelstein, — 19. —	— — —	— — —
— — —	Strausfurth, — 20. —	— — —	— — —	— — —	Strausfurth, — 20. —	— — —	— — —

Statt haben wird, und haben sich daher diejenigen Fohlenbesitzer, welche davon Be- gle

brauch machen wollen, an gedachten Tagen auf den resp. Beschäl-Stationen Vormittags 9 Uhr bei dem dazu beauftragten Rosarzt, unter Vorzeigung des Beschälzettels, zu melden.

Merseburg, den 6. August 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Einer eingegangenen officiellen Nachricht zufolge, ist das Königl. Spanische Decret vom 30. März, wodurch die Häfen von Cadix, Coruña, Alicante und St. Ander für Frei- und Lagerhäfen erklärt waren, suspendirt worden, bis die erforderlichen Einrichtungen getroffen sind, die Königl. Verordnung vom 30. März gleichzeitig in sämmtliche 4 Häfen in Ausübung zu setzen, welches, mit Bezugnahme auf die im Amtsblatt St. 27. Seite 226 bereits ertheilte Benachrichtigung, hiermit ebenfalls zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Bekanntmachung des Königl. Consistoriums der Provinz Sachsen.

Die Bestimmung der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 25. Februar 1802, nach welcher die Taufe neugeborner Kinder nicht über sechs Wochen hinaus verschoben werden darf, wird hiermit in Erinnerung gebracht und deren Befolgung eingeschärft.

Magdeburg, den 7. Juli 1818.

Königl. Preuß. Consistorium der Provinz Sachsen.
(gez.) D. Mellin.

S t e c k b r i e f.

Der Musquetier Friedrich Vogt, vom 56ten Infanterie-Regimente, ist am 22. v. M. aus Luxemburg desertirt, und ich theile denen resp. Willkür- und Eoils-Behörden nachstehend, Behufs der Habhaftwerdung und gefälligen Einlieferung, dessen Signalement mit.

Luxemburg, den 23. Juli 1818.

N i s s c h,

Major und Commandeur.

Signalement. Friedrich Vogt ist 25 Jahr alt, gebürtig aus Reiden im Torgauer Kreise, 5 Fuß 5 Strich groß, evangelischer Confession, hat blonde Haare, inthelmäßigen Mund, kleine Nase, spizig. Kinn, braune Gesichtsfarbe und war mit bauer. Montirung mit rothen Kragen und Aufschlägen, Kornblumenblauen Kapsellappen mit No. 56. und gelben Patten, grautuehnen Diensthosen und einer blauen Mütze mit rothem Besatz bekleidet; er trägt die eiserne Denkmünze von 1815.

bet, in dem Monat Julius 1818, in den nachbenannten zum künftigen Regierungsverlaufe gehörigen Erbieten, beizubieten
Durchschnitts-Verkaufspreise des Oelrübens und anderer Lebensmittelstoffe, inländischen des Brand-Getreides.

Verkaufspreise

Benennung der Eigentümer	Pötte.		Erbieten.		Brandburg.		Mittelsberg.		Religf.		Querfurt.		Zeig.	
	Verl. Erb.	Durch. Erb.	Verl. Erb.	Durch. Erb.	Verl. Erb.	Durch. Erb.	Verl. Erb.	Durch. Erb.	Verl. Erb.	Durch. Erb.	Verl. Erb.	Durch. Erb.		
1. Weizen	3 10	6 14 11	3 5	9 6	3 10	3 3	4 4	3 18 10	7 8	3 7 6 6 10	3	9	5 21	3 2 4 6
2. Roggen	3 10	4 16 5	3 10	10 4	10	3 12	4 20 5	3 17 7 5 7	2 16	5 4	8 7	4 10 6	2 16	5
3. Gerste	1 16	3 5 6	1 21	4 3	15 10	1 20	5 13 6	2 9 4 4 15	2	3 21	1 16 3	5 6	1 20 1 3 1	1
4. Hafer	1 17	3 7 5	1 19	1 5 11	6 1 16	3 5 6	1 12 9 2 23	8 2 1 7 4	1 13	7 3	3	3	1 10 4 2 1	1
5. Rye	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7. Erbsen	2 12	4 20 5	4	—	7 18	3 4	6 3 3	4 3 1 8	—	5 9 7 6 14	5 2 4 6	—	3 5 10 6	6
7. Erbsen	3	5 19 6	4 8	8 9 6	—	—	—	4 19 7 9 8	—	3 16 9 7	—	3 2 4 6	—	3 5 10 6
8. Kartoffeln	20	1 14 9	19	1 1 14	1 12	2 21 9	—	—	—	21 8 1 18	1	9 2	—	12 5 1
9. Kackheiter Hals & Elm.	1	—	1 7	—	1 6	—	—	—	—	1 13	—	—	—	1
10. Erbsen & Erdbe.	7	—	—	—	5 16	—	—	—	—	5 9	—	—	—	5 8

Verkaufung, am 10. August 1818.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

34. Stüd.

Merseburg, den 22. August 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Wenn gleich Seite 29 des Medicinal-Edicts den Apothekern der Handverkauf Nr. 240.
von Opiaten und absonderlich noch von requies Nicolai (Kinderruhe) und ähnlichen Verbot des
Wohnsast enthaltenden Mitteln bei hoher Strafe verboten ist, so hat sich doch bei Handverkauft
der allgemeinen außerordentlichen Revision der Apotheker im Regierungs-Bezirk er- von Opiaten.
geben, daß diese Verordnung nicht überall streng befolgt wird, und mehrere Opiate
unter verführerischen Namen, als versehtes Marggrafenpulver, Blähungspulver,
Kinderruhe und dergleichen, von der Hand verkauft worden sind. Der große Nach-
theil, welcher von solchen Mitteln, so wie auch von einer bloßen Abkochung von
Muskatköpfen, deren sich manche Mütter unvorsichtiger Weise als Beruhigungsmittel
bedienen, vorzüglich bei Kindern für Gesundheit und Leben zu fürchten ist, nöthigt
uns, noch besonders die Apotheker auf das Medicinal-Edict in dieser Hinsicht zu
verweisen, unter der Bedrohung, daß im Uebertretungsfalle ohnfehlbar nach Th. II.
Tit. 20. des Allgemeinen Landrechts gegen sie verfahren werden wird.

Merseburg, den 22. August 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Das Handels-Departement, bei Einsendung der Copie von dem an den dirigirenden Senat am 15. d. M. gegebenen Allerhöchsten Ukase, über die Erniedrigung des Zolls von den Preuß. Transit-Züchern und über die zu fordernden Bürgschaften auf dieselben, schreibt der St. Petersburgischen Zamoschna Folgendes vor:

- 1) Nach Empfang dieses, anstatt des laut der Ukase vom 10. Mai 1817 festgesetzten Zolls für die Preuß. Transit-Zücher à 15 Copelen in Silber pro Maschine, soll zufolge des ersten Punktes der Ukase vom 15. d. M. à 12 Cop. in Silber zu dem für die Zahlung der Zölle jährlich festgesetzten Cours in Banco-Noten gehoben werden.

2) Anstatt der zufolge der Ukase vom 10. Mai 1817 festgesetzten 1 Rub. 10 Cop. in Silber für jede Arschine von Preuß. Transit-Züchern, im Fall der Nicht-herbeischaffung des Certificats in dem vorgeschriebenen Termine, von der Ausfuhr derselben über die Grenze nach Asien, sollen die Eigenthümer der Zücher, laut des 2ten Punktes der Ukase vom 15. d. M., verbindlich gemacht werden zur Nachzahlung von 28 Cop. in Silber für jede Arschine in Banco-Noten zu dem jährlich festgesetzten Cours.

3) In Hinsicht der Sicherheit dieser Nachzahlung soll zufolge des 3ten Punktes der erwähnten Ukase vom 15. d. M. keine zweite Bürgschaft gefordert werden. Und

4) die übrigen in der Ukase vom 10. Mai 1817 enthaltenen Artikel sollen ganz pünktlich ohne die geringste Abweichung befolgt werden.

Den 27. Mai 1818.

Vorstehende Russisch-Kaiserliche Ukas, d. d. Baedach den 15. Mai d. J., wird hiermit zur Kenntniß des handeltreibenden Publicums gebracht.

Mittheilung, den 5. August 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Bei der im 13. und 14. Stück des diesjährigen Amtsblatts bekannt gemachten Feuer-Polizei-Bezirks-Einrichtung sind folgende Veränderungen vorgekommen:

I. Der Hallesche Stadtkreis

ist mit einem Districte vermehrt worden, welcher in der Stadt Halle, deren Vorstädten und allen nahe umliegenden Gebäuden besteht. In diesem Districte hat Herr Bürgermeister Mellin die Function des Feuer-Polizei-Commissarii, und Herr Bauinspector und Stadtbaumeister Dietlein, ingleichen Herr Polizei-Inspector Haller die Function der Stellvertreter übernommen, beim 5ten District ist

Herr Amtsverwalter Schulze zu Passendorf, statt des Hrn. Polizei-Inspector Heller zum Stellvertreter etnannt worden.

II. Der Delitzscher Kreis

ist, da die zeitherigen 5 Bezirke zu groß waren, mit 2 Bezirken vermehrt worden und hat nunmehr folgende Einteilung erhalten:

1ster District: Werben, Beerendorf, Döbernitz, Zschepens, Selben, Brabau, Katternaundorf, Peterwitz, Klischanar, Debertsur, Quering, Groß- und Klein-Lissa, Groß- und Klein-Ryhna, Zschernitz, Sultitz, Görbenitz, Peritzsch, Möselnitz, Serbig, Zaasch, Köddgen, Kertitz, Klein-Mölkau, Benndorf, Paupitzsch, Vertitz, Schenkenberg.

Commissar: Herr Hauptmann von Schubart auf Zschepens.

Stellvertreter: Herr Rittergutspächter Herfsch zu Schenkenberg.

2ter District: Düringsdorf, Quetz, Böls, Petersdorf, Zischsdorf, Gollm, Schwäb, Pfaffendorf, Reinsdorf, Lohndorf, Siedersdorf, Siehsch, gle

Emsdorf, Bageris, Ducis, Wiedersdorf, Radwiz, Kleppig, Maundorf, Stennewitz, Dölbau, Zwackendorf, Dronzig, Reissen, Wiedemar, Kölsa.

Commissar: Herr Kammerherr von Beust auf Siebsch.

Stellvert.: Herr Senator Teuscher in Landsberg.

5ter District: Werbellin, Walteris, Brodenaundorf, Zschortau, Biesen, Gäntheris, Radwiz, Schladiß, Kömliß, Kössen, Lemtal, Grabschütz, Zwochau, Schladiß, Zlemsdorf, Ettelwiz, Grebehna, Freiroda, Grechsdorf, Kabefeld, Hapna, Glesien, Schweidiz, Werlikisch, Rabus, Wiesenena, Radwiz.

Commissar: Herr Ritterguts Pachter Hieronimi zu Glesien.

Stellvert.: Herr Ritterguts Pachter Körner zu Zschortau.

4ter District: Löbnitz, Kölsch, Gora, Tiefensee, Brösa, Schnadiß, Wellau, Lindenhain, Badrina, Scholis, Wannewitz, Reibitz, Pöschdorf, Sauseditz, Seelhausen, Döbern, Laue, Spröda, Brinnis, Hohenroda, Macherwiz, Luckowehna, Gollmütz, Kölsch, Naschkau.

Commissar: Herr Rittergutsbesitzer Kögel auf Badrina.

Stellvert.: Herr Amtsverwalter Bock zu Löbnitz.

5ter District: Hohenossig, Reuden, Zschölkau, Eleßen, Beuma, Erensis, Niederossig, Großpölkau, Kleinwölkau, Hohenleina, Liemeßna, Muckelschleßna, Großkroßitz, Kleinkroßitz, Lehelitz, Priester, Kupsal, Boyda, Bepßitz, Prassen, Prentitz, Pönitz.

Commissar: Herr Ritterguts Pachter Kohnke zu Kleinwölkau.

Stellvert.: Der Schulze Hr. Drauer zu Liemeßna.

6ter District: Wedelwiz, Groißsch, Gorha, Cossen, Pehrish, Böllmen, Gostewitz, Wölpern, Bößen, Weltewitz, Jesewitz, Gordenitz, Gassen, Ochelwiz, Maundorf, Zschepplin, Hainichen, Zschettga, Cospa, Ködigen, Stenbela, Krippeßna, Görzig.

Commissar: Herr Ritterguts Pachter Herßch zu Groißsch.

Stellvert.: Herr Amtmann Luck zu Groiß.

7ter District: Doberschütz, Collau, Pönitz, Paschwitz, Müllwiz, Battaune, Böllnau, Prieststäblich, Lausig, Grubna, Mörtitz, Mennsdorf, Rültschau, Sprotta, Hohenpriestnitz, Ober- und Nieder-Glauchau.

Commissar: Herr Kammerherr Graf von Hohensthal auf Hohenpriestnitz.

Stellvert.: Herr Ritterguts Pachter Donath zu Prieststäblich.

III. Im Schweinitzer Kreise ist

beim 5ten District der Pachter des Ritterguts Zeßen, Herr Gelbke, zum Stellvertreter,

beim 4ten District der Deconomie-Verwalter, Herr Möbert in Elßden, ebenfalls zum Stellvertreter,

beim 3ten District der Herr Oberförster Börner in Mahdel zum Commissair, der Herr Förster Voss in Arensneßa zum Stellvertreter,

beim 9ten District, Herr Lieutenant Anders auf der Postberger Mühle, statt des weggezogenen Herrn Pächter Obenaus, zum Stellvertreter,
 beim 10ten District, Herr Weisner auf Weisenburg zum Commissair, Herr Förster Barth in Schlieben zum Stellvertreter,
 beim 12ten District, Herr Deconomie-Inspector Ziemann zu Lebusa, statt des abgegangenen Herrn Pächter Lüdersdorf daseibst, zum Commissarius, ernannt worden. Desgleichen

IV. Im Torgauer Kreise

beim 11ten District, der Pächter der Königl. Domaine Kreischau, Herr Amtsrath Riehsch zum Commissarius.

V. Im Weissenfelfer Kreise

beim 1sten District, Herr Premier-Lieutenant Graf Veralta Kenaub in Wengelsdorf, an die Stelle des abgegangenen Sequester Herrn Rüling, zum Commissarius,
 beim 7ten District, der Rittergutspächter, Herr von Hagen zu Thierbach, an die Stelle des Kränklichkeitshalber abgegangenen Herrn Amtmann Rudolph daseibst, zum Stellvertreter.

VI. Im Quersfurth'er Kreise

beim 3ten Bezirk, der Dorfschulze Hr. Kühnert zu Weiffenschirmbach, statt des weggezogenen Deconomie-Verwalter Hrn. Pencke, zum Stellvertreter.

VII. Im Sangerhäuser Kreise

beim 7ten District, der Schulze, Hr. Buchmann zu Nachpiffel, statt des weggezogenen Landrichter Hrn. Seebicht zu Ederleben, und
 beim 8ten District, der Amtschreiber, Hr. Harnisch zu Weigstädt, statt des weggezogenen Schulzen Hrn. Thülde, zu Stellvertretern.

Uebrigens hat sich die Zweckmäßigkeit dieser Einrichtung schon in mehrern Fällen bewährt, besonders haben sich einige Commissarien und Stellvertreter, namentlich der Stellvertreter des 6ten Bezirks im Delitzscher Kreise, Herr Amtmann Lucko auf Görig, bei dem Waldbrande zu Meerendorf am 31. Mai d. J., der Stellvertreter im 4ten District des Liebenwerdaer Kreises, der Amtslandschöppe Hr. Hänfel zu Cosdorf, bei der Feuersbrunst zu Wengendorf am 10. Juni d. J., und der Commissarius im 8ten District des Torgauer Kreises, Herr Rittmeister von Böhlau auf Delzschau, bei dem Brande zu Starik am 25. Juli d. J. durch Thätigkeit und gute Anstalten verdient gemacht, welches hiermit öffentlich anerkannt wird.

Merseburg, den 8. August 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Von Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Regenten von England ist, nach einer uns von dem Königl. Großbritannisch-Hannoverschen Hoheits-Commissariat der Graf. ogle

schaft Hohnstein am 4. d. M. zugegangenen Mittheilung vom 28. v. M., dem, nicht in Officiers-Rang gestandenen, Personale des im Jahre 1803 im lauenburgischen aufgelöseten, damals noch activ dienenden Hannöverschen Corps, für den Zeitraum vom 1. August 1803 bis zum Ende des Jahres 1806 eine Vergütung in der Maasse zugestanden worden, daß jeder Gemeine, ohne Unterschied der Waffenart, eine dem damaligen Infanterie-Urlaubsfuße gleiche Entschädigung von monatlich 20 Mariengroschen 2 pf., und jeder Andere der Eingangs bezeichneten Classe, vom Gefreiten einschließlic aufwärts, eine dem Pensionsfuße seines damaligen wirklichen Grades gleiche Zahlung erhalten soll, in so weit nicht solcher Betrag schon empfangen ist, auch nicht früherer Abschied; Pensionirung oder anderweit genommener Militair- oder Civil-Dienst davon ausschließt.

Den hierbei theilhabenden Personen, welche sich im hiesigen Regierungs-Bezirk aufhalten, wird solches hierdurch mit der Aufforderung bekannt gemacht, sich ihrer desfallsigen Ansprüche wegen, für sich selbst oder als Erben, bis zum Ablauf des Monats September d. J. an die Königl. Militair-liquidations-Commission zu Hannover zu wenden, und sich bei ihren diesfälligen Besuchen des hier unten abgedruckten Formulars zu bedienen, in dessen letzter Columne nach Jahr und Monat genau zu bemerken ist, ob und wenn der Mann, noch vor Ablauf des Jahres 1806 verstorben, pensionirt, oder in anderweitigen Civil- oder Kriegsdienst getreten ist. Ist letzteres der Fall, und zwar die Anstellung in der Königl. Deutschen Legion geschehen, so ist Regiment oder Bataillon und Grad zur Zeit der ersten Einsetzung sowohl, als auch des nachherigen Austrittes durch Absterben oder Abschied zu bezeichnen.

Merseburg, den 11. August 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

V e r p a c h t u n g .

Nachdem die von Michaelis dieses Jahres an pachtlos werdende Königl. Amtsmühle zu Wittenberg mit ihren Berechtigungen, Nutzungen und Beschwerden von gedachter Zeit an anderweit auf Sechs Jahre an den Meistbietenden, bis auf Hohe Genehmigung des Königl. Finanz-Ministeriums, verpachtet werden soll, und zum Bierungstermine

der 5te September dieses Jahres

anberaumt worden ist; so wird solches hiermit bekannt gemacht, und haben sich die Pachtlustigen, welche sich in Ansehung ihrer Vermögensumstände gehörig ausweisen können, an dem benannten Tage Vormittags in dem Geschäfts-locale der unten benannten Regierungs-Abtheilung einzufinden, wo ihnen dann der Pacht-Nutzungsanschlag und die Pachtbedingungen werden vorgelegt und bekannt gemacht werden.

Merseburg, den 14. August 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Digitized by Google

B e k a n n t m a c h u n g.

Seit längerer Zeit sind der hiesigen Stadt zwei Wollmärkte beigelegt gewesen, deren Termine im Juni und September anderaunt worden.

Bisher sind diese Märkte wenig besucht worden, weil die meisten Schafereibesitzer es vorgezogen haben, an ihren Wohnorten selbst mit bestimmten Käufern zu unterhandeln und abzuschließen.

Dadurch ist den Erstern nun zwar der Vortheil erwachsen, daß sie die Kosten des Transports nach dem Markte gespart, und in so weit sie dauernde Verbindungen mit Fabricanten und Käufern geschlossen, schon vor der Schur des Absatzes gewiß gewesen sind.

Die Erfahrungen, welche in den Marken und in Schlesien, auf den Wollmärkten zu Berlin, Landsberg a. d. W. und Breslau gemacht sind, liefern aber den Beweis, daß der Markverkehr sowohl den Wollproducen, als den Käufern bei weitem größere Vortheile darbieten. Beide können auf den Märkten, bei gebrüger Concurrenz, den Stand der Conjunctionen besser und sicherer überschauen und ihre Pläne darauf gründen. Das Zusammenkommen der Verkäufer gewährt den großen Nutzen, daß sie gegenseitig ihre Erfahrungen über die Behandlung des Schaafviehes überhaupt, und insbesondere über die Veredelung desselben sich mittheilen können. Auch läßt sich davon ein noch größerer Wettreiß für die Folge, welcher jedem Einzelnen günstig sein wird, erwarten.

Hiernach scheint es für das Allgemeine wünschenswerth, daß die Schafereibesitzer unsers Departements den Absatz der Wolle auf den hiesigen Märkten dem bisherigen Umfang den Vorzug geben, und schon in dem bevorstehenden Herbst den ersten Versuch damit machen. Daß dieser so wie die folgenden lobend sein möchte, scheint unzweifelhaft, indem nicht allein die zahlreichen Wollenzug- und Tuchfabricanten unsers Departements, der Mark und der benachbarten Sächsischen Ländertheile zum Einkauf sich einfinden dürften, sondern auch auf die Concurrenz mehrerer Fabricanten aus den Rheinländern zu rechnen sein möchte. Ueberdies kommt noch in Betracht, daß der Absatz durch die vorhandene Wasser-Communication und durch die ausgedehnten Handelsverhältnisse des hiesigen Plazes beträchtlich erleichtert und erweitert wird.

Hierdurch werden wir uns bemühen, die Hindernisse, welche dem Absatz sich entgegenstellen möchten, nach Möglichkeit zu beseitigen, so wie es die Kreisbehörde sich angelegen sein lassen wird, bei der Beschaffung der Räume zur Unterbringung der Wolle behülflich zu sein.

Endlich werden wir auch bedacht sein, durch die Verbindung mehrerer Handelszweige, den günstigen Erfolg der Wollmärkte zu sichern, zu welchem Ende der Herbstmarkt zur Zeit der Mauritius-Messe abgehalten werden soll, mithin in den Tagen vom 22. bis 30. Septembers. Die Termine des Frühlings-Wollmarkts werden vorläufig, namentlich vom 18. bis 24. Juni beibehalten, jedoch bis zum 27. Juni verlängert, damit diejenigen Käufer, welche die Berliner Wollmärkte besuchen, auch hier noch Geschäfte machen können.

Wir hoffen, daß alle diese Umstände die Ausführung des beabsichtigten Planes erleichtern und sichern werden, und werden denjenigen Anträgen, welche von Seiten der Verkäufer und Käufer wegen zweckmäßigerer Einrichtung der Sache gemacht werden möchten, alle Aufmerksamkeit widmen.

Uebrigens wird es für die ersten Märkte gut sein, wenn diejenigen Verkäufer, welche unserm Wunsche zu entsprechen geneigt sind, dies, unter Angabe derjenigen Quantitäten Wolle, welche sie zu Markte zu bringen gedenken, durch das Amtsblatt bekannt machen.

Magdeburg, den 5. August 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Am t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

36. Stück.

Merseburg, den 5. September 1818.

B e k a n n t m a c h u n g .

In Folge der von Einem Königl. Preuß. hohen Ministerio des Schazes und für das Staats-Creditwesen, wegen der von der Krone Preußen übernommenen Centralsteuer-Obligationen, unterm 31. Juli d. J. erlassenen öffentlichen Bekanntmachung und des mir in dieser Angelegenheit ertheilten Auftrags, wird hierdurch anderweit bekannt gemacht, daß die erste Verloosung der Centralsteuer-Obligationen

den 30. September d. J.

Vormittags um 10 Uhr, in dem Salon des hiesigen Schloßgartens, in Gegenwart eines Königl. Commissarii, zweier Deputirten-Mitglieder des hiesigen Stadtraths und eines gerichtlich bestätigten Protocollanten, welchem ein Regierungsbeamter zu Führung der Controlle an die Seite gestellt werden wird, geschehen soll. Von der zu Verichtigung der Zinsen und Tilgung der Kapitalien bestimmten jährlichen Summe an 500,000 Thalern verbleiben, nach Abzug der Zinsen, zur Kapitals-Tilgung für

den diesjährigen Michaelistermin

67,800 Thlr. übrig und es werden davon, nach einem genau berechneten Verhältniß,

von Litt. A. 4 Nummern à 3000 Thlr.

" " B. 6 " " à 2000 "

" " C. 11 " " à 1000 "

" " D. 22 " " à 500 "

" " E. 56 " " à 200 "

" " F. 106 " " à 100 "

verlooset und sodann in dem zu Ostern k. J. statt findenden Zahlungstermine in Leipzig eingelöst werden.

Die bei der Verloosung durch 2 Waisentuben gezogenen Nummern werden gleich nach der Ziehung durch öffentliche Blätter zur allgemeinen Kenntniß gebracht werden, auch steht es Jedermann frei, an dem vorbemerkten Tage an der Verhandlung persönlichen Antheil zu nehmen.

Merseburg, den 30. August 1818.

Der Regierungs-Chef-Präsident,
v. Schönberg.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nr. 246. In der im 29. Stück des Amtsblatts pro 1818 enthaltenen Verordnung vom Das unthätige 9. Juli d. J., das unthätige Herumtreiben der Handwerksgesellen betreffend, sind die Policeibehörden darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Handwerksgesellen ferner nicht mehr auf bloße Wanderbücher reisen, sondern mit den vorschriftsmäßigen Pässen versehen sein sollen.

Vorgebachte Bestimmung wird hiermit, da deshalb Anfragen ergangen sind, dahin erläutert, daß den in- und ausländischen Handwerksgesellen, welche Wanderbücher mit sich führen, dieselben zu ihrer bessern legitimisation bei der Paßerteilung zwar zu lassen, sie jedoch zugleich mit einem Reisepasse annoch zu versehen sind; in dem Wanderbuche, so wie in dem ihnen zu ertheilenden Reisepasse ist aber zu bemerken, daß sie ein Wanderbuch besitzen.

Merseburg, den 16. August 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 247. Die Nichtbeachtung der in Hinsicht des Handels mit Giften und der Aufbe- Die Aufbewahrung derselben von Seiten der Verkäufer und Käufer bestehenden Vorschrift macht es nothwendig, daß wir, mit Bezug auf die bisherigen Verordnungen wegen sorgfältiger Aufbewahrung und vorsichtiger Verabfolgung der Giftdroguen, namentlich auf das allgemeine landrecht Th. II Tit. 20., das Medicinal-Edict S. 27. §. 4., die Verordnung an sämtliche Apotheker vom Jahre 1758, die revidirte Apotheker-Ordnung vom 11. October 1801 und das Reglement für die Materialisten und Droguisten vom 19. Januar 1802, in Gemäßheit der Verfügung des Departements der allgemeinen Policei im Ministerio des Innern vom 30. April 1812, für die Zukunft, insonderheit in Rücksicht der arsenikalischen Gifte, mit denen noch neuerlich mancherlei Mißbräuche vorgegangen sind, Folgendes vorschreiben:

- 1) Der Debit des weißen, gelben und rothen Arsens, welcher letztere auch Kaufsgelb heißt, wie auch des Opermerts, soll außer den Apothekern nicht allen Materialisten und Droguisten ohne Ausnahme, sondern nur denen, die dazu die specielle und policeiliche Erlaubniß der vorgesezten Provinzial-Regierung erhalten haben, gestattet, den übrigen aber bei 20 Thlr. Strafe für jeden Contraventionsfall verboten sein.
- 2) Diese policeiliche Erlaubniß zum Debit der Arsenikalien wird von den Regierungen nur solchen Personen, deren Zuverlässigkeit vollkommen außer Zweifel gestellt werden kann, auf den Grund darüber hinlänglich sprechender Zeugnisse der Policeibehörden des Orts, ertheilt werden, und haben deshalb diejenigen, welche zum Arsenik-Debit autorisirt zu werden wünschen, ihren Gesuchen die hiernach erforderlichen Atteste beizulegen.
- 3) Die solchergestalt zum Handel mit gedachten Artikeln berechtigten Materialisten und Droguisten dürfen dieselben niemals, bei unerläßlichem Verlaste die- ser Berechtigung, in geringeren Quantitäten als zu 4 Unzen und an Nie-

manden anders als an Fabricanten, Künstler und Handwerker, die solche Waaren zu ihrem Gewerbe bedürfen und ihnen in dieser Rücksicht entweder vollkommen bekannt sind, oder sich durch glaubhafte Atteste legitimiren, so wie auch jederzeit nur gegen einen mit der Mitunterschrift und dem Siegel der Orts- Polizeibehörden versehenen sogenannten Gistschein verkaufen.

Ueberhaupt sind diese Materialisten und Droguisten rücksichtlich der Gistwaaren derselben Polizei-Aufsicht und denselben Vorschriften, wie die Apotheker, unterworfen. Sie haben demnach a) die Giste nebst ihren besonders dazu zu bestimmenden Waagschalen, Mörteln, Sieben, Reibsteinen und Lösfeln in abgeforderten verschlossenen Räumen zu verwahren, von denen sie die Schlüssel an sich behalten und keinem andern anvertrauen dürfen; b) die Gistscheine zu numeriren und sorgfältig aufzubewahren, auch zu deren Controlirung ein besonderes Gistbuch zu führen. Dieses Buch enthält in 6 Columnen 1. die Nummer des Gistscheins, 2. das Datum desselben, 3. der Name des Empfängers, 4. ob dieser es in Person empfangen, 5. die Art des Gistes, 6. das Quantum desselben. c) Die Gistwaaren nicht in bloßen Papierhüllen, sondern in Behältnissen von dichtem Holze oder von Steingut zu verabreichen, diese Behältnisse sorgfältig und fest zu verbinden, zu versiegeln und mit dem Worte „Gist“ und dreien in die Augen fallenden Kreuzen zu signiren.

- 4) Fabricanten, Künstler und Handwerker können sich auch ihren Bedarf an vorerwähnten Gistwaaren, jedoch in weniger als vier Unzen auf einmal, direct aus den Hütten, die wegen der sorgfältigen Verpackung und Behandlung dieser Waaren schon instruiert sind, kommen lassen. In Absicht der Aufbewahrung dieser Giste sind auch sie gleichen Vorschriften, wie die Apotheker, und einer gleichen Aufsicht, mithin den Visitationen der Physici u. s. w. unterworfen.
- 5) Arsenikalische Mittel zur Vertilgung von Ratten und Mäusen sind nur Apotheker ausschließlich zu debitiren berechtigt. Aber auch sie dürfen zu diesem Zweck den Arsenik niemals anders als in folgender Mischung und Form, nämlich ein loth gepulverter Arsenik, ein loth gepulverter Zucker, ein halbes loth gepulverte Kohle und 8 loth gebratenes Schweinefett oder gebratene Butter, und zwar zu zwei guten Groschen für jede Unze von dieser Mischung, gegen Gistscheine und unter den sonst vorgeschriebenen Vorsichtsmaßregeln, verkaufen, müssen daher dieses Mittel jederzeit vorrätzig halten und sind verpflichtet, allemal die Empfänger auf die Gefahr, welche dadurch überhaupt, und namentlich auch für die landwirthschaftlichen Haustiere entsteht, aufmerksam zu machen, und als das beste Sicherungsmittel dagegen die Aufstellung des Gistes in durchlöcheren Kästen, so daß diese nicht dazu kommen können, anzupfehlen. —

Sämmtliche Polizeibehörden werden angewiesen, auf die Befolgung dieser Vorschriften genau und streng zu halten, deshalb auch die Waarenlager der Materialisten und Droguisten und die Visiroräthe derjenigen Künstler und Handwerker, welche dieselben zu ihren Gewerken bedürfen, oft und unvermuthet zu visitiren und die vorgeseh-

denen Contraventionen und Vernachlässigungen zur gesetzlichen Bestrafung anzeigen.

Merseburg, den 24. August 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 248. Mit Beziehung auf unsere Bekanntmachung vom 9. Januar d. J. (Amtsbl. Predicatorum, Stück 4. Nr. 25.) wird hiermit nachträglich bekannt gemacht, daß, nach einer von dem Königl. Consistorio der Provinz Sachsen zu Magdeburg uns mitgetheilten neuerlichen Bestimmung des Königl. Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten, diejenigen Candidaten, welche das in Sachsen vor der Territorial-Veränderung übliche Candidaten-Examen bestanden haben, als zu Predigerstellen wahl- und präsentationsfähig betrachtet werden sollen, ohne vorher das angeordnete examen pro ministerio bestehen zu müssen, aber jedenfalls sich bei ihrer wirklichen Anstellung einer Prüfung pro loco zu unterwerfen haben.

Zur genauen Uebersicht und um sich bei vorkommenden Wahlen berücksichtigt zu sehen, haben alle Candidaten hiesiger Lande, die sich in dem hiesigen Regierungsbezirke aufhalten, in sofern dies noch nicht von ihnen geschehen ist, in beglaubigter Abschrift ein Zeugniß ihrer vor dem Jahre 1815 in Sachsen erfolgten Prüfung pro candidatura oder des seitdem bestandenen Examens pro ministerio, binnen 4 Wochen an uns einzureichen.

Die Herren Prediger fordern wir auf, die in ihren Pfarochien lebenden Candidaten auf diese Verordnung aufmerksam zu machen.

Merseburg, den 26. August 1818.

Königl. Kirchen- und Schul-Commission.

Bekanntmachungen des Königlichen Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Daß die den Geistlichen bei Uebernahme von Vormundschaften zur Bedingung gemachte Einholung des Consensus des Provinzial-Consistoriums, nur für die evangelischen Geistlichen notwendig ist, die catholischen Geistlichen aber, wofern sie in jenen Fall kommen, die Genehmigung von der ihnen besonders vorgesehnen geistlichen Behörde beibringen müssen, wird zur Nachricht und Nachachtung hierdurch öffentlich bekannt gemacht.

Raumburg, am 24. August 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Am t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

37. Stück.

Merseburg, den 12. September 1818.

Allgemeine Gesessammlung.

Das 9te Stück der Gesessammlung pro 1818 enthält:

No. 482. Gesetz über den Zoll und die Verbrauchssteuer von ausländischen Waaren und über den Verkehr zwischen den Provinzen des Staats. Vom 26. Mai 1818.

No. 483. Zoll und Verbrauchssteuer-Ordnung. Vom 26. Mai 1818.

No. 484. Verordnung über transitorische Bestimmungen, in Absicht des innern Verkehrs und der Nachsteuer von ausländischen Waaren. Vom 26. Mai 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nur der Mangel des guten Biers verleitet zum übermäßigen und schädlichen Genuß des Branntweins. Um diesen indirect zu beschränken, indem man jenen zu mindern strebt, bedarf es der allgemeinen Verbreitung der jetzigen Fortschritte der technischen Chemie in Beziehung auf die Gährung. Wir haben es daher nicht für unangemessen finden können, hierdurch an die wesentlichen Grundsätze und Bedingungen, welche bei der Zubereitung eines guten Biers in Betracht kommen, zu erinnern. Damit man bei der Bierbrauerei seine Absicht, ein gutes Getränk herzustellen, möglichst gleichmäßig erreiche, hat man zu berücksichtigen:

1) Die Wahl und Einrichtung des Brauhauses. Die Größe desselben muß sich nach dem Geschäft und dem Absatze richten. Es darf darin an dem gehörigen Luftzuge nicht fehlen. Ein gutes, reinliches und weiches Wasser muß darin zur Hand sein. Die Erfahrung bestimmt am sichersten seine Brauchbarkeit, wenn sonst keine Fehler bei dem Braugeschäft begangen sind. Vortheilhaft ist es, wenn sich in der Nähe des Brauhauses gewölbte Keller befinden. Auch ist es gut, wenn man eine sogenannte Bierkufe anlegt, in welcher sich Tröge befinden, worauf die Eiertonnen hohl liegen, damit die Hefen, welche das Bier auswirft, durch die Erde aufgefangen werden, woraus man sie dann schöpft und weiter verwaßt. In die-

Nr. 249.

Erinnerung an die wesentlichen Grundsätze u. Bedingungen, welche bei Zubereitung eines guten Bieres in Betracht kommen.

ser Bierstube befindet sich ebenfalls der sogenannte Gähbottig, worin die abgekühlte Bierwürze aus dem Kühlschiff gelassen wird. Auch ist darin ein Ofen oder Camin anzubringen, um im Winter durch angemessene künstliche Wärme die Gährung des Biers zu befördern. Nebst dem Bierkessel und der Braupfanne müssen die ohnweit des Kessels stehenden zwei runden Braufässer die Größe haben, welche die zu brauende Masse erfordert. Zwischen den Braufässern ist gemeinlich eine entweder mit Steinen eingefasste oder mit Holz verkleidete Vertiefung angebracht, woyin die Würze abgelassen wird. Eine wenigstens ist mit doppeltem Boden, beide sind mit gut passenden Deckeln zu versehen. In einer Entfernung von 6 bis 8 Ellen befindet sich rechts und links, je nachdem viel oder wenig gebraut wird, ein Kühlschiff (ein bekanntes, mehr langes als schmales, ganz niedriges Gefäß).

2) Die Qualität des Getreides und des Hopfens. Ohne die öconomischen Vortheile Hinsichts des Einkaufs zu berühren, wird hier nur bemerkt, daß es vortheilhaft ist, wenn man das zum Brauen bestimmte Getreide von einerlei Fläche und demselben Jahre erhalten kann. Es muß völlig reif, nicht zweiwüchsig, rein, dünnshaalig sein. Gerste von Boden, der mit Schafmist gedüngt ist, wird seit längerer Zeit von den Brauern verworfen, welche davon einen widrigen Geschmack des Biers bemerkt haben wollen. Der gute Hopfen ist gelbbraun, von starkem, gewürzhaften Geruch, mehreich, und, wenn man ihn zwischen den Fingern drückt, feucht klebricht. Da derselbe nicht jedes Jahr dieselbe Güte hat, so ist die Aufbeahrung des bessern, für Brauer, die dazu Vermögen haben, sehr anzurathen, denn dieses Biercondiment kann so und mehrere Jahre ohne Kraftverlust aufgeboben werden. Will man seinen Hopfen aufbewahren, und man hat Gelegenheit, ihn in einem Sacke einer starken Presse auszusetzen, so ist dies wohl am besten. Der Hopfen vereinigt sich dann vermöge seiner Klebrigkeit, gleichend einem braunen Pech, wo man von solcher Masse nach Belieben Stücke abschneiden kann. Fehlt eine solche Gelegenheit, so tritt man den Hopfen in Säcke und bewahrt ihn an einem Orte, welcher der Sonne nicht ausgesetzt ist. Die Hopfenhändler und Aufkäufer sind nicht immer ganz aufrichtige Handelsteute. Sie bringen schlechten Hopfen in die Mitte der Säcke, schütten ihn bei dem Reffen betrügerisch auf u. dergl. Hier muß der Käufer seinen Vortheil wahrnehmen.

3) Die Zurichtung des Malzes. Bier ist ein Product der Weingährung, welches man daher aus den schleimichten, stärkehaltigen und zuckerhaltigen Theilen aller Getreidearten gewinnen kann. Die gute Weingährung hängt einem großen Theil nach vom guten Malze ab, denn das Malzen ist nach dem Ausdrücke der Chemiker ein Drydations-Process, durch welchen die Stärke und der Schleim zum größten Theil in Zucker verwandelt wird. Um Malz zu gewinnen, wird das zuvor gereinigte Getreide in einem Quellsbottig vier bis sechs Tage lang eingeweicht, bis es sich bei dem Drücken mit den Fingern ziemlich von der äußern Schaafe abloßt. Das Wasser dazu muß ebenfalls rein sein, und wird ungefähr eine Hand hoch über das Getreide gegossen. Hierauf wird das Wasser abgelassen und das gequollene Getreide in Beeten etwa Ein Fuß hoch, oder in kleinen kugelförmigen Haufen aufgestürzt, wo man es so lange liegen läßt, bis die Körner weiße Keime, ungefähr einen Zoll lang, haben.

Die Keime, deren man bei der Gärte drei, beim Weizen und Hafer nur einen findet, dürfen nicht ins Blatt schießen und Blattkeime werden. Zu dem Keimen des Getreides ist eine Temperatur von 15 bis 20 Grad Reaumur die beste, welche am sichersten durch das Thermometer, der einem vorsichtigen Brauer nicht fehlen sollte, bestimmt wird. Um die Säure abzuhalten und es besser aufzuheben, wird das Malz getrocknet. Das durchs Trocknen erhaltene Malz ist nach seinen Abstützungen bekannt, so wie auch, daß Lustmalz bloß weißes, Mittelmalz gelbes, Darmmalz ganz braunes Bier giebt.

4) Die Regeln bei dem Brauen selbst. Ist das Malz gehörig zugerichtet, so wird es zu Schrot gemahlen, das weder zu grob, noch zu fein sein darf. Zuvor sucht man die Keimspitzen, welche dem guten reinen Geschmack des Biers Eintrag thun, durch Schwingen wegzuschaffen. Bei dem Schroten in der Mühle nicht unaufmerksam zu sein, gehört zu den Regeln der Klugheit. Ist das Malz gehörig geschroten, so wird es mit heißem Wasser übergossen und in der Pfanne gesortet. Die Menge des Malzes zu einem Gebräude kann nur genau das Gewicht bestimmen. Das gesortene Bier (Würze) wird nun gepopst, wenn es ein Bitterbier werden soll. Der Zusatz des Hopfens geschieht, indem man ihn mit der Würze abermals siedet, oder denselben in Beutel thut, auf die man die siedende Würze laufen läßt. Die erstere Methode ist nicht so vortheilhaft, als die letztere. Die Würze muß in flachen Gefäßen möglich schnell gegen 18 bis 16 Grad Reaumur abgekühlt werden, um das Säuren derselben zu verhüten. — Das Säuren erfolgt vorzüglich bei Wärme und bei Gwitters durch Einfluß der Electricität. Im Sommer muß man daher, das Bier so geschwind als möglich abzukühlen, alle Anstalt treffen, wozu in neuern Zeiten mehrere Vorkehrungen in Ausübung gebracht worden sind. Ist die Würze bis auf ungefähr 20 Grad abgekühlt, so wird sie in große Fässer mit offenen Spundlöchern gefüllt und mit der nöthigen Menge Hefen versehen, worauf eine Weingährung erfolgt. Die Gährung, welche man am besten in einer mäßigen Temperatur unternimmt, ist beendet, wenn die Oberhese zu gehen aufhört. Nach dieser ersten Hauptgährung bekommt nun das Bier entweder auf Fässern oder auch, doch nicht so gut, auf Flaschen noch eine Nachgährung, wobei sich noch etwas Hefe absondert. Wenn diese Nachgährung in Bouteillen geschieht, so schlägt sich auch etwas Hefe zu Boden und das Bier wird nachher trübe, daher läßt man sie lieber in Fässern erfolgen und füllt das Bier dann auf Bouteillen. Wir bemerken noch, daß man in Warschau zu 16 bis 20 Quart Hefen noch ein Quart Spiritus der 12ten Probe setzt, daß man das Bier in den Tonnen ausgähren läßt, und dann nicht mit Wasser, sondern mit gleichem Biere von einem andern Fasse, vor dem Zuspunden füllt.

Wer sich über das Verhältniß des Malzes zu der Fennenzahl, die Anlage des Brauhauses, Einrichtung der Kühlschiffe, Leitung des Gährungsprocesses und dergleichen ausführlicher zu unterrichten wünscht, dem können folgende Schriften empfohlen werden:

Wosers gründliche Anleitung zum Bierbrauen. Berlin 1791.

C. W. Schmidt, die Branntweimbrennerei auf der höchsten Stufe jetziger Zeit,

(wegen des dabei befindlichen Anhangs über Bier- und Weinessigbrauerei.)
Posen und Leipzig. Kühn 1809. 1 Thlr. 18 Gr.

E. F. Hermbstädt, Chemische Grundsätze der Kunst: Bier zu brauen. Berlin, Amelang 1814. 2 Thlr.

Merseburg, am 31. August 1813.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

In der Stadt Delitzsch mit den eingepfarrten Dörtschaften ist neuerlich unter allgemeiner Zustimmung die Einrichtung getroffen worden, daß statt des bisher üblichen Weichgeldes die Herren Geistlichen ein fixes Geldäquivalent in vierteljährigen Raten erhalten. Wir machen dieses Beispiel eines regen Sinnes für zeit- und zweckgemäße Verbesserungen öffentlich und zur Nachahmung hiermit bekannt, und machen ganz besonders darauf aufmerksam, daß die vertrauensvolle Uebereinstimmung der dasigen Bürgerschaft mit dem Stadt-Magistrate die Ausführung dieser lobenswerthen Einrichtung am glücklichsten gefördert hat.

Merseburg, den 1. September 1813.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

S t e c k b r i e f .

Nachbenannter Trompeter, Carl Wöhr, vom Garde- Dragoner-Regiment, aus Landeberg an der Warthe gebürtig, ist aus der hiesigen Garnison am 25. d. Mon. verschwunden. Die Genös- sarmerie wird hiermit angewiesen, auf ihn streng zu vigiliren, im Betretungsfalle sicher nach Berlin transportiren und an die hiesige Commandantur abliefern zu lassen. Der Kreis-Brigadier, in dessen Bezirke derselbe verhaftet ist, hat mir sofort davon Anzeige zu machen.

Berlin, den 28. August 1813.

Königl. Preussischer Chef der Genös-sarmerie,

v. Brauchitsch.

Signalement. Alter: 19 Jahr 4 Monat; Größe: 5 Fuß 7 Zoll; Haar: blond; Stirn: gewöhnlich; Augenbraunen: blond; Augen: grau; Nase: spitz; Mund: starke Oberlippe; ohne Bart; Kinn: mit einer Grube; Gesicht: länglich; Gesichtsfarbe: roth; Statur: mittelmäßig; Sprache: schleppend. Bekleidung: dunkelblauer Ueberrock mit blanken Knöpfen, roth und schwarz; bunte Weste, Reithosen mit Leder besetzt, Stiefeln mit Sporen, dunkelblaue Mütze mit rothen Streifen.

Druckfehler, Anzeige. Stck 56. Seite 299. Zeile 21. lese man nie statt in.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

38. Stück.

Merseburg, den 19. September 1818.

B e k a n n t m a c h u n g .

Da gegenwärtig mit Uebergabe der von noch angestellten oder angestellt gewesenen Beamten und sonstigen Cautionspflichtigen bei den Königl. Sächsischen Behörden bestellten Cautionen der Anfang gemacht werden soll, zu diesem Behufe aber die Vorbringung der über dergleichen Cautionen erteilten Original-Recognitionscheine und anderen Bescheinigungen, es mögen dieselben sich nun in den Händen Dritter befinden, oder bei Gerichtsbehörden deponirt sein, unerlässlich ist: so werden alle diejenigen, welche den früher deshalb in den Amtsblättern der hiesigen Regierung No. 18. vom 22. Juni 1816 ergangenen Aufforderungen bis jetzt nicht genügt haben, nochmals daran erinnert und hierdurch aufgefordert, die von den Königlich Sächsischen Behörden ausgestellten Original-Recognitionscheine, gegen dafür zu empfangende Interimsbescheinigungen, spätestens binnen 4 Wochen, vom Datum gegenwärtiger Bekanntmachung an gerechnet, bei Gefahr der daraus für die Säumnis entstehenden Nachteile, an den Unterzeichneten hier einzurufen.

Merseburg, den 13. September 1818.

Der Regierungs-Chef-Präsident,
v. Schönberg.

B e k a n n t m a c h u n g .

Um zu verhindern, daß Soldaten, welche wegen schwerer Verbrechen aus dem Militairstande ausgestoßen und für unfähig erklärt worden sind, das Bürgerrecht oder ein Grundstück zu erwerben, dem Straferkenntnis zuwider, sich als Bürger einschleichen, wird den sämtlichen Gerichtsbehörden des hiesigen Regierungsbezirks unsere unter dem 2. August 1816 durch das Amtsblatt erlassene Verordnung, nach welcher sie darauf zu halten haben, daß von denjenigen Personen, welche sich zur Erlangung des Bürgerrechtes oder Erwerbung eines Grundstückes melden und als Soldaten gedient haben, der ihnen erteilte Abschied beigebracht werde, hierdurch nochmals mit der Bemerkung in Erinnerung gebracht, daß in zweifelhaften Fällen

bei uns Anfrage geschehen kann, indem ein Verzeichniß über die so bestraften Individuen bei uns gehalten wird.

Merseburg, den 12. August 1818.

Königl. Preuß. Regierung.

Erste Abtheilung.

Naumburg, den 1. Septemb. 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landesgericht.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nr. 250.

Das Einwandern kränklicher Handwerker sollen betr.

Da die Erfahrung gezeigt hat, daß häufig mit der Kräge behaftete Handwerker in die Preussischen Staaten einwandern, so wird der Königl. Regierung aufgegeben, die Polizei-Behörden Ihres Departements anzuweisen, vor Ertheilung des Eingangspasses an ausländische Gesellen, oder vor Visirung ihrer Pässe und Wanderbücher, auf die Gesellen, rücksichtlich der Kräge, aufmerksam zu sein, und nöthigen Falls sie durch den Chirurgen forensisch untersuchen zu lassen, und selbigen, wenn sie kränklich befunden werden, den Eingang in die Königl. Staaten, oder die weitere Reise in denselben nicht zu gestatten, sondern sie entweder auf dem Wege, auf welchem sie eingewandert, zurück- oder mit Vorschreibung eines nicht zu verlassenden Weges, in ihre Heimath zu senden.

Berlin, den 12. Juli 1818.

Ministerium der geistlichen, öffentlichen Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.

(skr.) F. v. Wittgenstein.

Ministerium der Polizei.

(skr.) v. Altenstein.

Vorstehendes Königl. Ministerial-Rescript wird zur genauesten Befolgung sämtlichen Polizei-Behörden unserer Regierungs-Bezirks hierdurch bekannt gemacht.

Merseburg, den 4. September 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 251.

Die Durchgangs Abgabe von Naumburger Messwaren betr.

Zu Beseitigung der wegen Erhebung der Transito-Gefälle von durchgehenden Naumburger Messwaren entstandenen Zweifel wird in Gemäßheit einer unterm 24. Juli d. J. deshalb an uns erlassenen hohen Ministerial-Bestimmung und zur Erläuterung unserer Verfügung vom 29. December v. J. (Amtsblatt vom Jahr 1818 Seite 14.) hierdurch von uns anderweit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Naumburger Messgüter beim Durchgang durch die alten Provinzen der Monarchie ferner nur einem Transitozölle von Einem Thaler für den Centner unterliegen.

Merseburg, den 8. September 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Das Hebammen-Institut in Wittenberg ist nun völlig eingerichtet. Es können darin jährlich 48 Schwangere aufgenommen und versorgt werden. Sie erhalten Wohnung und Verpflegung frei. In Wittenberg einheimische finden 14 Tage, entfernte 4 Wochen vor der Niederkunft Aufnahme. Den Zutritt haben sowohl eheliche als uneheliche. Sie melden sich wegen ihrer Aufnahme bei dem Medicinal-Rath und ersten Hebammenlehrer, Herrn D. Müller. Vierzehn Tage nach der Niederkunft werden auswärtige nur erst entlassen, damit sie sich gehörig erholen und auf keine Weise Gefahr laufen, durch eine überreilte Rückkehr an ihrer Gesundheit zu leiden. Für Tausch der Kinder, ärztliche Pflege und ähnliche Gegenstände übernimmt das Institut ebenfalls die Kosten, so daß zu hoffen ist, es werden auch arme Hausfrauen in dem Institut ihre Niederkunft abzuwarten geneigt sein, da ihnen der Aufenthalt gar keine Kosten verursacht und sie daselbst jede Unterstützung finden, deren sie bedürftig sind. Der nächste Lehrkursus für Hebammen wird den 15. November d. J. seinen Anfang nehmen. Es sind daher die Schülerinnen aus dem Mansfelder Gebirgs- und Saalkreise, dem Halleschen, Merseburger, Wittenberger, Liebenwerdaer, Zorgauer, Bitterfelder, Schweiniger und Delitzscher Kreise, nach Vorschrift der Verordnung vom 14. Mai vorigen Jahres im 22. Stück des vorjährigen Amtsblatts, durch die landrätlichen Officia bei uns anzuzeigen. Sollten bis dahin die nöthigen Actenstücke nicht an uns eingehen können, so müssen sie auf jeden Fall vor der Annahme dem Medicinalrath Müller, als erstem Hebammenlehrer, in Wittenberg vorgelegt werden. Außer freier Wohnung, Feuerung und Heizung, bekomme jede Schülerin täglich 3 Gr. 27 Pf. Das Normal-Lehrbuch, welches 12 Gr. 6 Pf. kostet, müssen sie sich anschaffen, wenn sie es nicht von der Gemeine, die sie zur Hebamme verlangt, unentgeltlich erhalten.

Schülerinnen aus dem Weissenfelder, Zeitzer, Naumburger, Eckartsberger, Querfurter, Sangerhäuser und Mansfelder Seekreise werden nach dem Erfurter Hebammen-Institut, dessen Eröffnung nächstens erfolgen wird, verwiesen werden.

Merseburg, den 10. September 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Verordnungen des Königlichen Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Da sich sehr häufig Fälle ereignet haben, daß die von diesseitigen Behörden Nr. 25. und Privatpersonen an Kaiserliche Russische Magisträte und andere Behörden gerichteten Schreiben und Besuche, wegen unterlassener Beifügung eines zur Bestreitung der erwachsenen Kosten erforderlichen Vorschusses, uneröffnet zurückgekommen oder unbeantwortet geblieben sind, so hat sich das Königliche Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, zur Vermeidung der den diesseitigen Correspondenten aus Unbekanntheit mit den dortigen Gesetzen entspringenden ewigen Nachtheile, veranlaßt gefunden, die Schreiben diesseitiger Behörden sowohl, als auch die Besuche erwieslich unvernünftiger Privatpersonen durch die Königliche Gesandtschaft zu

Nr. 25.
Untericht der
Hebammen in
Wittenberg u.
nächster Lehr-
kursus.

Nr. 25.

die Beförderung der von
dieser Seite u. Pri-
vaten u. Personen
an Kaiserliche
Magisträte
sich Magistrate
zu Behörden ge-

nichtesten
Schreiben v.
Besuche an-
gehore betr.

Petersburg und die Vicesitzigen im Russischen Reiche angestellten Consuln an die be-
treffenden Russischen Behörden zu befördern.

Sämmtlichen Untergerichten und Eingekessenen unsers Departements wird daher,
auf den Grund eines von dem Königl. Justiz-Ministerio unterm 12. August c. des-
halb an uns erlassenen Rescripts, die hierunter getroffene Einrichtung zur Nach-
achtung und Direction hierdurch bekannt und ersteren dabei zugleich zur Pflicht ge-
macht, solche Vierssteller bei Abfassung ihrer Besuche, wenn sie zu ihrer Kenntniß
gelangen, gehörig zu unterstützen.

Den vermögenden Privatpersonen, welche bei Kaiserlich Russischen Behörden
oder Gerichten etwas nachzusehen haben, bleibe es dagegen überlassen, sich wegen
Beförderung ihrer Besuche an bekannte Handelshäuser oder an sonst zuverlässige Leute
zu wenden, indem sich das gedachte Königliche Ministerium, in Betreff solcher Pri-
vatpersonen, denen es an gänzlicher Bekannthschaft mangelt, nur darauf beschrän-
ken kann, denselben bekannte Sachwalter namhaft zu machen.

Gegeben Naumburg, den 21. August 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Nr. 26.

Anzeige des
im Jahre 1817
statt gehab-
ten unfixirten
Dienstkom-
mend.

Sämmtliche Inquisitoriate, Land- und Stadegerichte, Justizämter, Stadträthe
und Stadtegerichte in dem uns anvertrauten Departement werden hierdurch aufge-
fordert, binnen 12 Tagen das im Jahr 1817 Statt gehabte unfixirte Dienst-Ein-
kommen der bei ihnen angestellten Justiz-Officianten, namentlich der Rentanten,
Calculatoren, Stempel-Receptoren, Canzlisten, Boten, Executoren 2c., durch
Ausfüllung der Rubriken in dem angehängten Schema, dessen etwaige Erweiterung
denselben, bewandten Umständen gemäß, überlassen wird, und mit Bemerkung der
Evictionssumme ante lineam, in so fern solche bei einigen der Officianten festge-
setzt worden, anzugeben. Unter Commissionsgebühren werden übrigens nicht Diäten
und Fußgelder verstanden, weil solche Ersatz für Auslagen sind, sondern nur solche
Gebühren, die in einem wirklichen, dem Officianten reinen Vortheil bringenden, ge-
setzlichen Quantum bestehen. Die städtischen Justizbehörden, welche keine Zuschüsse
aus öffentlichen Fonds beziehen, werden angewiesen, auch noch die besoldeten Of-
ficianten in einem Anhang, mit Benennung ihrer Besoldungen, aufzuführen.

Naumburg, den 1. September 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Mit Bezug auf die in dem vorjährigen Amtsblatt erlassenen Bekanntmachungen
von resp. den 4. April pag. 257 und den 4. Juni pag. 321, die Aufforderungen und
Strafbestimmungen wegen Arretirung der Deserteurs und Warnung vor deren Durch-
helfung und Ausantwortung des Vermögens derselben betreffend, wird nachstehen-
des anderweites Verzeichniß der aus hiesigem Regierungsbezirk vom 1. Januar 1818

bis ultimo Juni 1818 ausgetretenen Cantonisten, Recruten und Militairs sammt
 lichen betreffenden Behörden und den Einwohnern unsers Regierungsbezirks zur
 Nachricht und Achtung hierdurch bekannt gemacht.

Merseburg, den 14. August 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

N a c h w e i s u n g

der aus dem hiesigen Regierungsbezirk gebürtigen ausgetretenen Cantonisten,
 Recruten und Soldaten pro 1. Januar bis ult. Juni 1818.

No.	Charge.	Vor- u. Name des Ausgetretenen.	V a t e r l a n d		Benennung des Regiments, von dem sie aus- getreten sind.	Datum der Desertion.
			Geburtsort.	Kreis.		
1	Dragoner	Aug. Weichsel	Zeitz	Zeitzer	das 8. Drag. Reg.	d. 17. Jan.
2	Füßler	Job. Gottfr. Rühl	Klein-Gleina	Delitzscher	das 25. Inf. Reg.	d. 18. Jan.
3	Gemeiner	Eraugott Mine	Langenrieth	Niebenwerdener	Garnison- Bataill. Nr. 20.	d. 4. Febr.
4	Füßler	Walthaf. Treusch	Lobitz	Sealkreis	das 31. Inf. Reg. (18 Magdeb.)	d. 13. Febr.
5	Dragoner	Wilh. Hölzel	Raumburg	Raumburger	das 8. Drag. Reg.	d. 2. Mai.
6	Füßler	Job. Lobenstein	Halle	Hallscher	das 19. Inf. Reg. (18 Westpreuß.)	d. 5. Mai.
7	Füßler	Gottlob Seidler	Kotzschau	Niebenwerdener	das 35. Inf. Reg.	d. 15. Mai.
8	Curassier	Gottfr. Albrecht	Wittenberg	Sangerhäuser	das 4. Curass. Reg.	d. 8. Mai.
9	Wehrmann	Gottfr. Albrecht	Wölffen	Delitzscher	das 2. Merseburger Landw. Reg.	d. 4. Juni.
10	Wundarzt.	Andreas Hagenmuth	Helldorf	Blankenfelder Sealkreis	das 32. Inf. Reg. (18 Magdeb.)	d. 12. Mai.

ഒ ന്നു

zur Nachweisung der von den Justiz-Officianten
1817 bezogenen Lantie

[illegible]

ber, in dem Monat August 1818, in dem nachbenannten zum künftigen Abgange der geübigen Gütern, bestehendem Durchschnitte, Marktpreise des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse, inländischen des Ausland, Güters.

Benennung der Drogen/Farben	Halle			Erfurt			Münsterberg			Dessau			Querfurt			Zeitz									
	Wet. Edl.	Durch. Edl.	Wet. Edl.	Durch. Edl.	Wet. Edl.	Durch. Edl.	Wet. Edl.	Durch. Edl.	Wet. Edl.	Durch. Edl.	Wet. Edl.	Durch. Edl.	Wet. Edl.	Durch. Edl.	Wet. Edl.	Durch. Edl.									
1 Weizen	3 7	—	6 9	1 5	3 1	9 5	3 23	—	5 17	7 3	—	6 5	20 6	2 23	3 3	5 18	—	3	—	9	5 21	—	2 19	1 5	11
2 Roggen	2 3	—	4 6	8 2	—	3 5	21 4	2 2	—	4	—	4 6	2 5	2 4	7	—	2	—	3	7	4 4	—	2 6	2 4	1
3 Gerste	1 13	—	2 21	9 1	15 11	3 5	4 1	9	—	2 15	11 1	20 9	5 14	8 1	11 1	2 20	—	1	14	9	3 3	—	1 13	2 5	—
4 Hafer	1 13	—	2 21	9 1	14 5	3 2	5 1	6	—	2 10	3 1	5 3	2 8	9 1	8 6	2 15	—	1	14	2	5 2	—	1 7	3 2	11
5 Hirse	10	—	19 9	—	14	—	27 3	—	9 20	—	19	1	3	6	21 2	13 8	—	11	8	6 22	—	—	—	—	—
6 Gersten	2 13	—	4 20	3 5	18 8	7 7	8 3	1	—	5 21	5 4	3 1	8	—	5 2	4 6	—	5	2	4 6	—	—	2 18	7 5	1
7 Sinsen	3	—	5 19	6 4	2 8	7 25	2 3	4	6	—	4 19	7 9	8	—	3 14	9 7	—	5	2	4 6	—	—	2 18	7 5	1
8 Kattfein	—	20	1 14	9 1	1 1	3 2	—	11 1	2	—	2 3	5	—	—	14 5	1 4	—	1	—	9 2	—	—	10 4	—	20
9 Rauhfein	—	—	—	—	1 8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 8	—	—
10 Erbsen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11 Erbsen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Münster, am 10. September 1818.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

39. Stüd.

Merseburg, den 26. September 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Wir haben wiederholt in Erfahrung gebracht, daß durch die Verwüstungen des Krieges an vielen Orten auch die Befriedigungen der Begräbnißplätze und Kirchhöfe zerstört worden sind. Diese geheiligten Räume haben dadurch nicht nur ein ihrer Bestimmung gänzlich fremdes Aussehen erhalten, sondern werden auch der Entweihung durch den Zulauf des Viehes und anderm Unfug Preis gegeben. Wir haben das gute Zutrauen zu den Bewohnern unsers Regierungsbezirktes, daß unsere wohlgemeinte Aufforderung sie vermögen wird, den Ruheplätzen ihrer Hingeschiedenen die verlorne Würde wieder zu geben und sie in Denkmäler ihrer Liebe und Achtung für das Heilige zu verwandeln. Zuvörderst also, und ehe auf die ebenfalls nothwendige innere Verschönerung dieser geweihten Stätten Bedacht genommen werden kann, sind die Befriedigungen derselben durch Mauern, lebendige Zäune und Wände, wie es nach der Beschaffenheit eines jeden Orts ausführbar ist, baldigst herzustellen.

Wir beauftragen demnach sämtliche Kirchen-Inspectionen unsers Bezirktes, dazu befähigte Einleitungen zu treffen, und längstens binnen 8 Wochen ohne weitere Erinnerung anzuzeigen, ob und wie diese Verordnung ausgeführt ist, diejenigen Gemeinden, von welchen noch nichts geschieht, namhaft zu machen und dabei zu bemerken, wann und auf welche Art die Umfassung der Begräbnißplätze ausgeführt werden soll.

Merseburg, den 6. September 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nach einem Beschluß des Königl. Finanz-Ministerii vom 4. August d. J. ist der Stempelsatz von der Hildburghausischen Dorfzeitung zur Hälfte erlassen und daher auf 16 gute Groschen fählich ermäßigt.

Die Königl. Postämter werden daher veranlaßt, von dieser durch sie zu debittirenden Zeitung nur das erste Exemplar jedes halben Jahres jedesmal gegen

Nr. 253.

Die Befriedigung der Begräbnißplätze.

Nr. 254.

Herabsetzung des Stempels für die Hildburghausische Dorfzeitung.

Empfänger dieser Blätter, die solche auf andern Wege als durch ein Postamt erhalten, haben bei Strafe, als Stempel-Defraudanten behandelt zu werden, solches bei dem Accise-Amt ihres Wohnorts zu melden und dort für jedes erste Blatt im halben Jahre 8 Groschen gegen eine zu solchem Saxe gestempelte Quittung zu entrichten.

Die Accise-Konten haben diese Gelber. bei den übrigen Stempelgefällen zu berechnen und darauf zu wachen, daß kein Exemplar dieser oder einer andern Zeitung, welches nicht durch die Postämter debitirt wird, eingeht, ohne daß solches bei ihnen angezeigt und der Stempel gelöst wird.

Merseburg, den 7. September 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 255.

Den Recurs
gegen Straf-
Resolute in po-
licellischen Con-
traventionen ge-
hen.

Es ist bemerkt worden, daß gegen Straf-Resolute der städtischen Policeibe-
hörden und der Patrimonialgerichte der Recurs an die Landräthe genommen, von
diesen in zweiter Instanz decidirt ist, und demnachst diese Sachen an uns gebiehn
sind. Dieses Verfahren ist unrichtig und der Verordnung vom 26. Decemb. v. J.,
No. 8. des diesjährigen Amtsblatts, geradehin entgegen. Wir machen daher die
Herren Landräthe darauf aufmerksam, daß in allen Fällen, und mag von ihnen selbst
oder von städtischen und ländlichen Polizei-Jurisdictionen in einer zur vorläufigen
Aburteilung durch ein Resolut geeigneten Polizei-Contravention der Recurs ergrif-
fen sein, die Acten an uns zur Verfügung in zweiter Instanz eingesandt werden
müssen. Es behält aber dabei sein Bewenden, daß dergleichen Acten nur durch
die Herren Landräthe an uns gelangen und weder städtische noch ländliche Polizei-
Jurisdictionen sie unmittelbar uns elureichen.

Merseburg, am 11. September 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 256.

Das Privat-
Schulwesen
betr.

In Gemäßheit der von Einem Königl. Hohen Ministerium des Cultus unterm
30. Mai 1812 erlassenen Bestimmungen, in Ansehung des Privat-Schulwesens
und mit Rücksicht auf die besondern örtlichen Verhältnisse im hiesigen Regierungs-
bezirke, werden hierdurch nachstehende Verordnungen zur allgemeinen Nachachtung
bekannt gemacht.

§. 1. Unter Privatschulen werden diejenigen Lehranstalten verstanden, welche
von Personen des einen oder des andern Geschlechts auf eigne Rechnung und ohne
daß dieselben dafür eine Remuneration von Seiten des Staats oder der Commune
empfangen, jedoch mit Erlaubniß des erstern, eröffnet und gehalten werden. Die-
jenigen, welche von bestimmten Familien als gemeinschaftliche Lehrer ihrer Kinder
angenommen und von denselben ausschließlich besoldet werden, auch diesen Unterricht
in deren Häusern erteilen, sind als Hauslehrer und Hauslehrerinnen zu betrach-
ten und daher die Vorschriften wegen der Privatschulen auf sie nicht anwendbar.

§. 2. Diejenigen, welche Privatschulen anlegen wollen, haben sich zunächst

den. Diese muß alsdann die Besuche, mit ihrem Gutachten begleitet, an die Kirchen- und Schul-Commission einsenden, welcher es demnächst freisteht, die Candidaten, nach Beschaffenheit der Umstände, entweder selbst zu prüfen, oder durch die Schul-Inspection prüfen zu lassen. Auf die letztere Art ist es in der Regel mit denen, welche sich zu Anlegung bloßer Elementarschulen melden, zu halten. Die städtische Schul-Inspection kann diese Prüfungen durch ihre sachkundigen Mitglieder verrichten lassen, und hat dann nur die Zeugnisse und etwaigen Protocolle mit dem Bestätigungsgeſuch an die Kirchen- und Schul-Commission einzureichen.

§. 5. Die Prüfung ist immer nach dem Grade der Schule, die der Nachsuchende anlegen will, einzurichten. Daher muß in den Besuchen immer bestimmt angegeben werden, ob dieselben auf die Errichtung bloßer Elementar- oder aber höherer Schulen gerichtet sind.

§. 4. Besuche um Anlegung von gelehrten Privatschulen sind ganz unstatthaft. Unverheirathete Männer haben auf Ertheilung von Concessionen zu Anlegung mitleterer oder höherer Töchterſchulen keine Rechnung zu machen, wogegen Wittwen und ledigen Frauenspersonen von einem gewissen Alter, wenn sonst kein Bedenken eintritt, die Concession nicht wohl wird versagt werden können.

§. 3. Findet die Kirchen- und Schul-Commission kein Bedenken, dem Gesuche zu willfahren, so fertigt sie, unter Berücksichtigung der in den Zeugnissen enthaltenen Umstände und insonderheit mit Bemerkung der Gattung der Schule, welche dem Bewerber oder der Bewerberin zu eröffnen gestattet sein soll, die Concession aus, und läßt solche demnächst an die Schul-Inspection gelangen.

§. 6. Nur dann erst, wenn die betreffenden Personen die Concessionen durch die Schul-Inspection erhalten haben, ist es ihnen erlaubt, ihre Lehranstalten wirklich zu eröffnen, und daß dies geschehen sei, durch die öffentlichen Blätter bekannt zu machen.

§. 7. Wer im Besiz eines von der für den hiesigen Regierungsbezirk bestehenden wissenschaftlichen Prüfungs-Commission zu Halle ausgefertigten Zeugnisses seiner Tüchtigkeit ist und eine Privatschule anlegen will, hat sich, unter Einreichung desselben, an die Kirchen- und Schul-Commission zu wenden, von welcher das Erforderliche alsdann an die städtische Schul-Inspection des Orts zu erlassen ist. Diese hat überhaupt auf jedes Gesuch, um Erlaubniß zu Anlegung einer Privatschule, dann Rücksicht zu nehmen, wenn demselben ein, sei es von einer wissenschaftlichen Deputation oder von der Kirchen- und Schul-Commission ausgestelltes Zeugniß der Tüchtigkeit des Inhabers oder der Inhaberin beigelegt ist, mögen sie auch dasselbe anfänglich nicht Beſuchs der Anlegung einer Privatschule nachgesucht und erhalten haben.

§. 8. Prediger und öffentliche Lehrer sind als solche noch nicht zu Anlegung von Privatschulen befugt, sie haben vielmehr ihre desfalligen Besuche ebenfalls bei der Schul-Inspection anzubringen, welche dann bei Einreichung des Gesuchs an die Kirchen- und Schul-Commission gutachtlich berichtet. Die Entscheidung und Concessions-Ertheilung steht, wie gewöhnlich, der Kirchen- und Schul-Commission zu.

§. 9. Sobald eine Privatschule förmlich concessionirt worden, liegt der Schul-Inspection des Orts ob, dieselbe, gleich jeder öffentlichen Schule, unter Aufsicht zu behalten, welche ihr jedoch in größern Städten nachgelassen ist, nach Befinden einem sachkundigen Manne außer ihrer Mitte zu übertragen. Auch hat sie von Eröffnung der Privatschule der Orts-Policeibehörde Nachricht zu erteilen.

§. 10. Diese Aufsicht aber braucht sich nicht weiter zu erstrecken, als nöthig ist, um die Handhabung der Disciplin und den Gang des Unterrichts überhaupt zu beobachten, wogegen die specielle Einrichtung des Lehrplans, die Wahl der Lehrbücher u. den Vorstehern oder Vorsteherinnen, so lange dieselben nämlich das in sie gesetzte Vertrauen rechtfertigen, oder in dieser Rücksicht nicht allgemeinere, auch sie verpflichtende, Befehle erlassen werden, überlassen bleibt, wobei aber die Special-Aufsicht durch ihren Rath wirken können.

§. 11. Es sollen ferner die Vorsteher und Vorsteherinnen der Privat-Lehranstalten in größern Städten nicht auf einen bestimmten Theil der Stadt beschränkt, noch in Betreff der Anzahl ihrer Schüler und Schülerinnen behindert werden, sie können und dürfen vielmehr derselben so viele annehmen, als ohne Nachtheil geschehen kann, auch sich mit ihren Schulen in der Stadt aufhalten, wo sie wollen, jedoch haben sie jede Veränderung ihrer Wohnung der Schul-Inspection anzuzeigen.

§. 12. Die unbefugte Erhebung ihrer Schulen zu einer andern Gattung, als zu welcher dieselben concessionirt sind, bleibt ihnen streng verboten; aber es steht ihnen frei, sich ihre Elementarschule zu einer Mittelschule erweitern wollen, wegen ihrer dann nothwendigen anderweiten Prüfung, an die Kirchen- und Schul-Commission zu wenden.

§. 13. Eine dem Vorsteher oder der Vorsteherin einer Privatschule gegebene Concession hat nur so lange Kraft, als deren Inhaber oder Inhaberin lebt und im Stande ist, die damit verbundenen Obliegenheiten selbst zu erfüllen. Mit dem Tode oder der eingetretenen Unfähigkeit der Unternehmer hört, in der Regel die Schule auf.

§. 14. Eine solche Concession ist, wie sich von selbst versteht, nur für den gültig, auf dessen Namen sie lautet; der Verkauf derselben darf bei Strafe des völligen Verlustes für den Käufer und Verkäufer in keinem Falle Statt finden.

§. 15. Vorsteher und Vorsteherinnen, welche ihre Privat-Lehranstalten aufgeben wollen, haben solches, unter Zurückgabe ihrer Concession, schriftlich zu melden. Wird eine Privatschule drei Monate hindurch nicht gehalten, so bedarf es zu ihrer Wiedereröffnung zwar nicht einer neuen Prüfung des Unternehmers, jedoch einer neuen Genehmigung der Schul-Inspection.

§. 16. In Ansehung des von den concessionirten Privat-Schulhaltern und Schulhalterinnen zu erhebenden Schulgelbes soll weder von der Kirchen- und Schul-Commission, noch von den städtischen Schul-Inspectionen etwas festgesetzt werden, sondern das Maß desselben zu bestimmen und abzuändern, es ganz oder zur Hälfte zu erlassen, gebachten Personen völlig frei stehen. Sie sind aber verpflichtet, der Orts-Schul-Inspection jedesmal auf Verlangen die bestimmteste Auskunft hierüber

zu geben. In Hinsicht auf das von den Eltern der eine Privatschule-besuchenden Kinder an die öffentliche Schulkasse zu entrichtende gesetzliche Schulgeld bewendet es bei den zeitlichen Vorschriften so lange, als die bisherige Art der Erhebung des Schulgeldes überhaupt bestehen wird. Wo dasselbe bereits in eine allgemeine Communal-Anlage verwandelt ist, tragen nothwendig auch diejenigen dazu bei, deren Kinder die öffentliche Schule nicht besuchen, so wie die, welche selbst ohne Kinder sind. Mit denjenigen Eltern, welche Hauslehrer besolden, hat vor der Hand die Schul-Inspection jedes Orts, rücksichtlich der öffentlichen Schulkasse, besondere Uebereinkunft zu treffen.

§. 17. Die Wahl der Hilfslehrer und Hilfslehrerinnen bleibt zwar lediglich Sache der Schulpfister und Schulpfisterinnen; sie müssen erstere indessen, so viel als thunlich, aus den öffentlichen oder den bewährten Privatstundlehrern wählen, insonderheit auch deren Eittlichkeit zuvor genau zu ersuchen suchen.

§. 18. Ob sie von den Fortschritten ihrer Scholaren durch öffentliche, oder blos in Gegenwart der Eltern zu veranstaltende Schulprüfungen Rechenschaft ablegen wollen oder nicht, hängt lediglich von ihnen ab, auch können die in einigen Privat-Töchterschulen üblichen jährlichen Ausstellungen der Beweise von der Kunstfertigkeit der Schülerinnen, insonderheit wenn deren Arbeiten zugleich auch den Stempel des Nützlichen tragen, unbedingt Statt finden. Der Special-Aufscher muß aber von ihnen zu der Prüfung eingeladen werden, auch von der Zeit der erwähnten Ausstellung Kenntniß erhalten.

§. 19. Die in einigen Privat-Töchterschulen bei Gelegenheit der öffentlichen Prüfungen üblichen Declamir-Übungen der Schülerinnen müssen dagegen gänzlich unterbleiben. Eben so wenig gekniet es sich, daß dieselben bei erwähnten Gelegenheiten ihre im Tanzen erlangte Fertigkeit zeigen, wie denn überhaupt Kinderbälle weder bei Gelegenheit der Schulfeierlichkeiten, noch sonst, von Privatschulen veranstaltet werden sollen.

§. 20. Personen, welche bereits Privatschulen eröffnet haben, aber noch nicht concessionirt sind, müssen sich einer von der städtischen Schul-Inspection zu bewirkenden genauen Untersuchung ihrer Lehranstalten unterziehen, und haben hiernächst, und nach dem Ausfall der, wenn die Umstände es rathlich machen, annoch mit ihnen vorzunehmenden Prüfung zu gewärtigen, ob ihnen die Erlaubniß zur Fortsetzung ihrer Lehranstalten wird erteilt werden können, oder nicht.

§. 21. Sie müssen sich zu dem Ende spätestens innerhalb dreier Monate nach Eingang dieser Verfügung zur Prüfung bei der städtischen Schul-Inspection melden, widrigenfalls nach Ablauf dieser Frist ihre Schulen von der Orts-Regierungsbehörde ohne Weiteres aufgelöst werden.

§. 22. Die städtische Schul-Inspection hat innerhalb der gedachten Frist ein Verzeichniß aller uncessionirten Lehranstalten an die Kirchen- und Schul-Commission mit der Anzeige einzureichen, welche Vorsteher und Vorsteherinnen zu einer Prüfung bei der Kirchen- und Schul-Commission vorzuladen sein möchten, welchen dagegen dieselbe, in Erwägung der zeitlichen Leitung ihrer Anstalten, erlassen werden könne.

§. 23. Diejenigen, welche nach Publication dieser Vorschriften unbefugter Weise neue Privatschulen errichten, haben nicht allein die Auflösung ihrer Winkel-Schulen zu gewärtigen, sondern können auch innerhalb der nächsten drei Jahre, selbst wenn sie den anderweitigen Forderungen zu genügen Hoffnung geben, keine Privatschule eröffnen.

§. 24. Personen, welche junge Leute, um sie zu erziehen, gegen Bezahlung in Pension nehmen, müssen hiezu, auch wenn sie dieselben durch Privatlehrer oder in andern Schulen unterrichten lassen wollen, die Erlaubniß bei der städtischen Schul-Inspection nachsuchen.

§. 25. Diese untersucht theils den sittlichen Werth solcher Personen, theils auch, ob deren Wohnung sich zur Aufnahme von Pensionairen eignet, und erteilt ihnen, wenn in beiderlei Rücksicht und sonst kein Bedenken obwaltet, die erbetene Erlaubniß, deren Bestätigung von der Kirchen- und Schul-Commission es übrigens nicht bedarf.

§. 26. Sollen Pensions-Anstalten mit Privat-Lehranstalten verbunden werden, so müssen die Inhaber und Inhaberinnen der letztern sich gleichfalls einer Untersuchung ihrer Wohnungen unterziehen, und muß demnachst in ihrer Concession auch ausdrücklich der ihnen in Betreff der Annahme von Pensionairen erteilten Befugniß Erwähnung geschehen.

§. 27. Auch die Pensions-Anstalten stehen unter der Aufsicht der städtischen Schul-Inspection, und mögen zu dem Ende nach Befinden eben so, wie §. 9. erwähnt worden, unter die Inspection eines Special-Aufsichters gesetzt werden, welcher dieselben von Zeit zu Zeit untersuchen, und sowohl auf die körperliche Behandlung, als auch auf die Erziehung der Zöglinge überhaupt sein Augenmerk richten muß.

§. 28. Näh-, Strick- und Strick-Schulen, und andere ähnliche Anstalten gehören nicht zu denjenigen Privat-Instituten, von welchen hier die Rede ist. Da dieselben indessen jeither den Schulunterricht auf mannichfaltige Weise beeinträchtigende, auch öfters in das Gebiet der eigentlichen Schulen überzugehen sich erlaubt haben, so wird hierdurch festgesetzt, nicht nur, daß die Erlaubniß zu Anlegung solcher Anstalten bei der Schul-Inspection und bei der policeilichen Behörde des Orts gehörig nachgesehen werde, sondern auch, daß die Inhaber und Inhaberinnen derselben, da sie selbst sich mit dem Unterrichte der Kinder nicht befassen dürfen, kein Kind annehmen, welches nicht bereits den gewöhnlichen Schulunterricht genossen hat, oder wenigstens denselben noch neben der gedachten Anweisung zu Handarbeiten genießt. Es darf daher im Allgemeinen und ohne ausdrückliche Erlaubniß der Schul-Inspection, kein in die öffentliche Schule gehöriges Kind, um des vorerwähnten oder eines andern Privatunterrichtes willen, die öffentlichen Lehrstunden versäumen, und es darf eben so kein Kind in den Näh- oder Strickschulen u. dgl. sich aufhalten, von welchen nicht die Befugniß hierzu durch ein von dem betreffenden Prediger ausgestelltes und von dem Inhabern solcher Anstalten, Behufs ihrer legitimierten, zu asservirendes Zeugniß über den bereits genossenen oder noch fortdauernden Schulunterricht aufgewiesen werden kann. Zum Besuch dieser Anstalten außer der Zeit des gewöhnlichen vormittägigen und nachmittägigen Schulunterrichts bedarf es keiner Erlaubniß.

§. 29. Personen, welche in einzelnen Stunden und in einzelnen Fächern Unterricht geben, dürfen hierzu nicht besonders concessionirt werden.

§. 30. Es soll gestattet sein, daß weibliche Personen, insonderheit die Wittwen der Elementarschullehrer, kleinere Kinder, welche noch nicht das schulfähige Alter erreicht haben, den Tag hindurch zur Beaufsichtigung annehmen. In Betreff solcher Personen liegt der städtischen Schul-Inspection nur ob, dahin sehen zu lassen, daß dieselben von unbeschoenen Sitten, zur ersten Erziehung der Kinder geeignet, auch ihre Wohnungen gesund und hinlänglich geräumig sind, ingleichen daß sie die Kinder nicht länger als bis zum erreichten sechsten Jahre behalten, übrigens aber doch in einigem Grade Nützlichkeit genug haben, um auf die Sitten und den Verstand zu wirken. Zur Anlegung solcher, demnächst nach Befinden gleichfalls unter die Inspection eines Special-Auffsehers zu stellenden Waisen Schulen bedarf es blos der Genehmigung der städtischen Schul-Inspection.

Merschburg, den 12. September 1818.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

Verordnungen des Königlichen Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Von dem Herrn Justiz-Minister ist, mittelst Rescripts vom 28. v. M., die Vertheilung der bis Ende des Jahres 1817 gesammelten Urteilsgebühren betreffend, angeordnet worden, daß bei jedem einzelnen Justizamte unsers Departements von den bis dahin eingegangenen oder noch rückständigen Urteilsgebühren ein Dritteltheil dem Verfasser des Erkenntnisses in jeder einzelnen Sache angewiesen, das zweite Dritteltheil unter die Actuaren und Vice-Actuaren des Amtes, und zwar eintretenden Falls, wenn der Actuar oder Vice-Actuar das Urtheil abgefaßt hat, ohne Ausschließung desselben, gleich vertheilt, und das dritte Dritteltheil unter die Subalternen des Amtes, nämlich die Registratoren und Kopisten, mit Ausschließung der Schreiber, Amtsboten und Amtsdienner, ebenfalls distribuiert werde. Bei dieser Vertheilung ist der Grundsatz festzuhalten, daß von jeder einzelnen versprochenen Sache die anteiligen Urteilsgebühren denjenigen Justiz-Officianten zukommen sollen, welche zur Zeit, als das Urtheil versprochen ward, in dem Amte angestellt waren, und daß, auch im Falle einer seitdem eingetretenen Veränderung des Dienstverhältnisses durch Versetzung, Dienstentlassung oder Ableben, dennoch ein solcher Percipient oder resp. dessen Erben den nach obigen Grundsätzen ihm oder ihnen gebührenden Anteil bekommen müssen, und deshalb, in so weit nöthig, die Aemter sich gegenseitig zu berechnen und auszugleichen haben. Es werden daher sämtliche Justizbeamten unsers Bezirks hierdurch angewiesen, sich dieser Vertheilung ungesäumt zu unterziehen und die von den Percipienten auszustellenden Quittungen des Empfangs unschbar binnen 4 Wochen alhier einzureichen, auch mit Einsendung der Nachweisungen über die liquidirten und eingegangenen oder niederzuschlagenden Urteilsgebühren, bis auf weitere Anordnungen unermindert fortzufahren, damit deren

Nr. 27.
Die Vertheilung der bis Ende des Jahres 1817 gesammelten Urteilsgebühren.

Vertheilung, bis zur Organisation der Untergerichte, wenigstens halbjährig angeordnet werden kann.

Raumburg, den 8. September 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

B e k a n n t m a c h u n g .

Als Allerhöchstes öffentliches Anerkennniß der Ordnung im Dienste und des Dienstefers, durch welche der Landrath des Quersfurter Kreises und Major, Freiherr von Dankelmann zu Ibersleben, sich sowohl überhaupt, als besonders bei der Behandlung der Landwehr-Angelegenheiten, auszeichnet, haben des Königs Majestät geruhet, mittelst Cabinet-Schreibens vom 24. August d. J. demselben Allerhöchst Deroelben Zufriedenheit mit dessen gutem Benehmen zu erkennen zu geben, und den rothen Adler-Orden dritter Klasse Allergnädigst zu verleihen.

Merseburg, den 8. September 1818.

Königl. Geheimer Staatsrath und Ober-Präsident der Provinz Sachsen,

B ü l o w.

Bekanntmachungen des Königlichen Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Die Verwaltung der Justiz in dem Dorfe Nichtewitz hat bisher

- a) rücksichtlich der Obergerichtsbarkeit über Heinrich Lamms Gut dem Königlichen Justizamte Annaburg, und
- b) über sechs Hufner und drei Gärtner dem Königlichen Justizamte Schweinitz und

über das Dorf Arzberg dem Königl. Justizamte Schweinitz zugestanden. Allein auf Antrag der Gemeinden in den gedachten Dörfern ist gedachte Gerichtsbarkeit mit Genehmigung des Königl. hohen Ministeriums der Justiz dem weit näher gelegenen Königlichen Justizamte Torgau von uns übertragen worden, welches dieselbe von dem ersten October dieses Jahres an zu verwalten, auch die bereits eingeleitet gewesenen Justiz-Angelegenheiten dieser Dörfer von besagtem Zeitraume an fortzusetzen hat. Zur Nachricht des Publicums wird solches hierdurch bekannt gemacht.

Raumburg, den 5. September 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

40. Stüd.

Merseburg, den 5. October 1818.

P u b l i c a n d u m.

In Gefolge der Bestimmung §. 10. der Zollordnung vom 26. Mai 1818 wird dem Publico durch die Beilage vorläufig bekannt gemacht, an welchen Orten in den Provinzen

Westphalen,
Nieder-Rhein,
Jülich, Cleve, Berg,

Haupt-Zollämter und Neben-Zollämter erster Klasse und die dazu gehörigen An-
sage-Posten angelegt werden sollen, wonach sich die Zollstraßen, welche gebildet
werden, von selbst ergeben.

Mehrere der Neben-Zollämter erster Klasse werden, zur Erleichterung des Ver-
kehrs, größere Abfertigungs-Befugnisse erhalten, als ihnen nach den Festsetzungen
der Zollordnung in der Regel beigelegt sind. Der Umfang dieser erweiterten Be-
fugnisse, so wie die Abänderungen in der Location der Erhebungsstellen, welche sich
während der Einrichtung selbst noch ergeben könnten, sollen nach vollendeter Orga-
nisation nachträglich zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden.

An welchen Orten Neben-Zollämter zweiter Klasse werden errichtet werden,
wird die Königl. Regierung den Bewohnern der dabel interessirten Umgegend durch
die Kreisbehörden bekannt machen lassen.

Besondere Controll-Kemter auf der Binnenlinie werden vor jetzt noch nicht
errichtet.

Zur Sicherstellung des Ausfuhrzollcs werden bis dahin in der Nähe der Bin-
nenlinie Anmeldestellen angelegt, welche die Regierungen in den 5 westlichen
Provinzen bekannt machen werden.

Berlin, den 25. Juni 1818.

F i n a n z - M i n i s t e r i u m.

(61.)

v. Klewiz.

V e r z e i c h n i s s
 derjenigen Zollstellen, welche in den westlichen Provinzen errichtet
 werden sollen.

Im Regierungs- Bezirk von.	S i s		S i s	
	der Haupt-Zoll- Aemter.	der dazu gehö- rigen Ansa- geposten.	der Neben-Zoll- Aemter erster Classe.	der dazu ge- hörigen An- sageposten.
Cleve.	Emmerich. Cranenburg.	Hüchum	Recken. ¹ Grunewald. Hommerum.	
	Kaldenkirchen.	Wampacherhöfe. Anderheyde.	Walbeck. Strälen, wird ausgespro- chen wie Strah- len. Herongen. Brüggen.	
Achen.	Wehr. Achen.	Laurensberg. Baels. Horbach. Bilgen.	Elmpt.	
	Walmedy.		Herzogenrath. Horbach. Bilgen. Eupen.	

Im Regierungs- Bezirk von	S i d		S i d	
	der Haupt-Zoll- Aemter.	der dazu gehö- rigen Ansage- posten.	der Neben-Zoll- Aemter erster Classe.	der dazu ge- hörigen An- sageposten.
Trier.	Trier.	Lang sur Igel.	am Schirm, auch Baraque neuve genannt. Dasburg. Koth. Jemel. Perl.	Maldrin- gen.
	Saarbrück.	Arneval. Kentrisch.	Saarlouis. Dittweiler.	Filsberg. Überherrn.
Coblenz.	Coblenz.		Kirn. Oberstrelt. Creußnach. Muenster bei Bingen. Weiler. Bacherach. St. Goar. Voppard. Ehrenbreitstein. Dierdorf. Altenkirchen. Burbach. Laasphe. Ballenbera.	Binger- Brücke. Arenberg.
Arensberg.	Wilmsdorf.			

Im Regierungs- Bezirk von	S i ß		S i ß	
	der Haupt-Zoll- Aemter.	der dazu gehö- rigen Ansage- posten.	der Neben-Zoll- Aemter erster Classe.	der dazu ge- hörigen An- sageposten.
Minden.	Warburg.	am Diemelthor zu Warburg.	Medebach. Viershagen. Beverungen. Höfster. Steinheim. Lipspringe.	Luchtringen.
	Minden.	Wesertthor zu Minden. Petershagen.	Herford. Blotho. Petershagen. Nahden. Levern. Olbendorf. Hückerkreuz. Lorten. Kloster Bineberg Lengerich. Lotte. Hopsten. Marhasen. Gronau. Altebade. Breden. Vocholt. Anholt.	Bergthor zu Herford. Huntling. Hardrup. Bruggen- hagen.
Münster.	St. Bevern.			
	Rheine.	Hardrup.		

Verordnungen der Königl. Regierung.

Da in den vier altpreussischen Kreisen des hiesigen Regierungsbezirks, nach dem Regulative vom 18. Januar 1772 §. 15. und dem Publicandum vom 8. Febr. 1792 §. 14., die Anlegung von Strohdächern auch auf dem platten Lande ausdrücklich verboten und die Anwendung von Ziegeln zur Bedachung geboten ist, so finden wir uns, zu Vermeidung von Mißverständnissen, bewogen, hierdurch, mit Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 8. Juli d. J. Nr. 255. im 52sten Stück des vierjährigen Amtsblatts, die Anwendung von Lehmshindeln zum Dachdecken auf dem platten Lande betreffend, zu erklären, daß es in den gedachten Kreisen bei der angegebenen Provinzial-Versfassung sein unabänderliches Bewenden hat, und daher dort auch auf dem platten Lande bloß Ziegeldächer gestattet werden können.

Merseburg, am 18. September 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 257.
Die Stroch-
u. Lehmshin-
del, Bedar-
fung in den
vier altpreußi-
schen Kreisen
des hiesigen
Regierungsbez-
irks betr.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Es wird hiermit zur Erläuterung des in der Allerhöchsten Cabinetsorder vom 27. April 1816, wegen der Gnaden- und Sterbe-Quartale der Staatsbeamten, gebrauchten Ausdrucks: „Hinterbliebenen“, auf den Grund einer deshalb ergangenen Ministerial-Versfügung, bekannt gemacht, daß darunter, im Gegenseße von Erben, nicht bloß die Wittve und Kinder, sondern auch Verwandte in aufsteigender und Seitenlinie zu verstehen sind, wogegen fremde und Testaments-Erben auf das Gnaden-Quartal keinen Anspruch haben.

Bei Sterbefällen der Geistlichen hat es aber bei der bestehenden Landes- und Provinzial-Versfassung sein Verbleiben.

Merseburg, den 10. September 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Unterm 11. Juni v. J. wurde vom Hohen Ministerio des Innern von neuem eine Summe zur Vertheilung von Prämien für diejenigen, welche sich durch Impfung der Schenkblattern auszeichnen würden, bestimmt. Es ist diese Summe für das verfloßene Jahr an nachstehende Individuen vertheilt worden:

1) dem Stadt-Chirurgus Buxbaum in Merseburg	10 Thlr.
2) „ D. Helfensrieder in Naumburg	20 „
3) „ Amts-Chirurgus Woppisch in Zeitz	10 „
4) „ Wundarzt Schaller in Weissenfels	10 „
5) „ Kreis-Physicus Jacobs in Helldringen	25 „
6) „ Amts-Chirurgus Jenßsch	20 „
7) „ D. Leidenfroß in Colleda	20 „
8) „ Kreis-Physicus Krenßig in Sangerhausen	20 „
9) „ Wundarzt Linderer in Obersdorf	10 „

10)	dem Physicus Schmidt in Kossla	20	Thlr.
11)	„ D. Schmidt in Nebra	25	„
12)	„ Wundarzt Menzel in Oppin	10	„
13)	„ Wundarzt Wiebach in Cönnern	15	„
14)	„ Wundarzt Pouch in Landsberg	10	„
15)	„ Magister Bern in Brinnis	50	„
16)	„ Amts-Chirurgus Zels in Bitterfeld	15	„
17)	„ Wundarzt Steche in Koitzsch	15	„
18)	„ D. Heller in Zörbig	20	„
19)	„ Med. pract. Gründel in Remberg	25	„
20)	„ Ober-Chirurgus Beyer in Schmiedeberg	20	„
21)	„ Wundarzt Königer daselbst	20	„
22)	„ D. Straßberger in Belgern	15	„
23)	„ Wundarzt Pabst in Schilba	15	„
24)	„ Wundarzt Pabst in Wiltenhain	15	„
25)	„ Wundarzt Lehmann in Belgern	20	„
26)	„ Wundarzt Schaller in Dommitzsch	15	„
27)	„ Candid. Chirurg. Wiegand in Prettin	20	„
28)	„ Wundarzt Lorenz in Schönwalde	15	„
29)	„ Prediger Wagner in Lebusa	25	„
30)	„ D. Schmidt in Uebigau	50	„
31)	„ Med. pract. Bieger in Liebenwerda	25	„

* Diese Prämien sind dergestalt angewiesen, daß jeder der benannten Empfänger die angegebene Summe sofort bei unserer Regierangs-Hauptkassse gegen Quittung erheben kann.

Merseburg, den 15. September 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

In mehreren zu unserer Kenntniß gekommenen Fällen sind sehr bedürftigen Beamten, durch Verwendung des Stempels zu ärztlichen Attesten über ihren Gesundheitszustand, Kosten verursacht worden. Es wird daher die Vorschrift der Allerhöchsten Instruction zur Anwendung der Stempelgesetze vom 5. September 1811 §. 12.

„daß ärztliche Atteste über den Gesundheitszustand der Beamten stempelfrei sind“

in Erinnerung gebracht.

Merseburg, den 16. September 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Daß mit dem 1. October d. J. die Erhebung des Chaussée-Geldes auf dem neugebauten Chausséestrecken zwischen Merseburg und Weissenfels, ingleichen zwischen Kropfschütz und Wittenberg ihren Anfang nehmen soll, wird hierdurch zu Jedermanns Nachachtung bekannt gemacht.

Merseburg, den 19. September 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Wir machen den in und um Merseburg wohnenden catholischen Concessionen, Verwandten hierdurch bekannt, daß der Herr Pastor Joseph Heinemann aus Hadmersleben den 10. October d. J. Beichtvorbereitung und den 11. desselben Monats Militair-Gottesdienst nach dem Ritus der catholischen Kirche in der Domkirche zu Merseburg halten wird.

Merseburg, den 21. September 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Daß die vor kurzem erledigten Predigerstellen zu Draschwitz, Haynsburg und Wilsdenhayn bereits anderweit besetzt sind, wird den dabei interessirten Personen hiermit bekannt gemacht.

Merseburg, den 25. September 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

B e k a n n t m a c h u n g .

Ohngeachtet im Jahre 1817 gegen die Einnehmer der Lotterie-Verwaltungen zu Frankfurt am Main und Hamburg, zur Hemmung ihrer unaufgeforderten Loosen-Zusendungen an diesseitige Einwohner, angemessene Vorkehrungen getroffen worden sind, so werden dennoch, den eingegangenen Anzeigen zu Folge, von Seiten gedachter Einnehmer, besonders von denen der Frankfurter Lotterie, die Versuche, ihre Loose in vorerwähnter Art in hiesigen Landen unterzubringen, nach wie vor, fortgesetzt. Wir finden uns daher veranlaßt, dem Publikum die Allerhöchste Verordnung vom 7. December 1816, welche im Auszuge dahin lautet:

- §. 1. Wer in auswärtigen, vom Staate nicht besonders genehmigten, Lotterien gespielt hat, gleichviel, ob ihm die auswärtigen Lotterieloose mit oder ohne eigne Veranlassung zugekommen sind, und ob der Einsatz für selbige bezahlt worden ist oder nicht, hat den planmäßigen Einsatz und außerdem eine fiscale Strafe von 200 Reichsthalern für jedes gespielte Loos zu entrichten. Wer die ihm auf irgend eine Weise zugekommenen Loose auswärtiger Lotterien nicht 24 Stunden nach dem Empfang der Polizeibehörde seines Wohnorts zur Cassation überreicht, gegen den streitet die Vermuthung, daß er in

den fremden lotterien habe spielen wollen, und derselbe hat daher ohne Weiteres die oben bestimmte Strafe vermerkt.

- §. 2. Wer sich dem Verkaufe der Loose auswärtiger, vom Staate nicht ausdrücklich genehmigter Lotterien entweder selbst unterzieht oder einen solchen Verkauf als Mittelsperson befördert, soll, ohne Rücksicht auf den dabei beabsichtigten Gewinn, für jedes durch seine Mitwirkung verkaufte fremde Lotterieloose eine fiscalisch: Strafe von 500 Thalern erlegen.

- §. 5. Von allen vorstehend bestimmten fiscalischen Geldstrafen erhält der Denunciant die Hälfte.

hiermit von neuem in Erinnerung zu bringen und Jedermann vor der Annahme aller fremden Lotterieloose zu warnen.

Berlin, den 16. September 1818.

Königl. Preuss. General-Lotterie-Direction.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

41. Stück.

Merseburg, den 10. October 1818.

Allgemeine Gesefsammlung.

Zu dem Anhange der Gesefsammlung, die mit mehreren auswärtigen Höfen abgeschlossenene Tractate enthaltend, ist nunmehr die letzte Lieferung erschienen; sie enthält:

No. 12. Der Tractat mit Hessen-Korbensburg, vom 16ten October 1815.

No. 13. Der zwischen den großen Mächten abgeschlossene Tractat, die sieben Ionischen Inseln betreffend, vom 5ten November desselben Jahres. In der Ursprache sowohl, als in einer deutschen Uebersetzung.

No. 14. Der Staats-Vertrag mit Schwarzburg-Sondershausen, vom 15ten Juni 1816.

No. 15. Der Staats-Vertrag mit Schwarzburg-Rudolstadt, vom 19ten Juni desselben Jahres.

No. 16. Der Tractat mit dem Königreich der Niederlande, vom 26sten Juni desselben Jahres.

No. 17. Der Tractat mit dem Großherzogthum Hessen, vom 30sten desselben Monats und Jahres. Beide ebenfalls in der Ursprache, wie in einer deutschen Uebersetzung.

No. 18. Der Tractat mit Mecklenburg-Strelitz, vom 18ten September 1816.

No. 19. Der Tractat mit dem Königreich der Niederlande, vom 7ten October 1816. Französisch und Deutsch.

No. 20. Ergänzungs-Tractat mit demselben Königreich, vom 8ten Nov. 1816.

No. 21. Die Convention mit dem Großherzogthum Hessen, vom 12ten März 1817.

No. 22. Der zu vorbemerkter Convention gehörige Nachtrag, vom 6ten Juli desselben Jahres; und endlich

No. 23. Die deutsche Bundes-Acte, vom 8ten Juni 1815. Deutsch und in einer französischen Uebersetzung.

B e k a n n t m a c h u n g.

In Bezugnahme auf die unterm 30. August d. J. erlassene öffentliche Bekanntmachung wird hierdurch zu Jedermanns Wissenschaft gebracht, daß bei der am 30. vor. M. alhier statt gefundenen Verloosung der Centralsteuer-Obligationen,

von Litt. A. No. 32. 41. 110. und 153.

„ B. „ 26. 52. 89. 98. 154. und 294.

„ C. „ 19. 45. 124. 257. 271. 278. 298. 313. 351. 358. u. 411.

„ D. „ 63. 96. 102. 194. 214. 221. 344. 365. 402. 425. 441. 460. 508. 526. 538. 913. 968. 1026. 1042. 1044. 1144. und 1148.

„ E. „ 25. 78. 264. 270. 358. 441. 485. 612. 817. 835. 865. 876. 936. 961. 1120. 1385. 1588. 1403. 1484. 1708. 1776. 1818. 1847. 1897. 1948. 2057. 2244. 2324. 2526. 2446. 2622. 2688. 2756. 2806. 2813. 2853. 3034. 3197. 3229. 3250. 3279. 3376. 3445. 3576. 3651. 3727. 3794. 3797. 3845. 3895. 3967. 3979. 4048. 4058. 4127. und 4158.

„ F. „ 1. 64. 87. 126. 157. 163. 212. 554. 397. 499. 584. 601. 657. 724. 857. 897. 934. 1044. 1069. 1076. 1179. 1193. 1235. 1256. 1318. 1327. 1340. 1543. 1594. 1598. 1423. 1520. 1534. 1563. 1565. 1587. 1777. 1792. 1808. 1870. 1879. 1928. 1983. 1998. 2006. 2073. 2205. 2209. 2271. 2279. 2286. 2377. 2379. 2406. 2414. 2493. 2501. 2605. 2682. 2712. 2751. 2803. 2806. 2840. 2933. 2966. 2982. 3006. 3024. 3033. 3087. 3113. 3130. 3190. 3245. 3273. 3361. 3368. 3378. 3402. 3438. 3443. 3481. 3488. 3524. 3538. 3599. 3603. 3654. 3744. 3749. 3764. 3805. 3828. 3889. 3911. 4008. 4018. 4040. 4045. 4090. 4107. 4134. 4233. 4256. und 4288.

gezogen worden sind.

Die Zahlung der gezogenen Obligationen wird von dem Handlungshause Reichenbach und Comp. zu Leipzig nächstkommende Ostern in Conventionsgelde bewirkt werden, und es haben sich daher die Inhaber der gezogenen Scheine, beim Eintritt des bemerkten Zahlungstermins, daselbst zu melden und gegen die zu empfangende Zahlung die betreffenden Obligationen nebst Zinsleihen und Coupons auszuhandigen.

Uebrigens haben die Inhaber der gezogenen Scheine den festgesetzten Zahlungstermin genau inne zu halten, außerdem nach Maßgabe der Seitens des Königl. Ministerii des Schatzes und für das Staats-Creditwesen unterm 31. Juli d. J. öffentlich erlassenen Bestimmungen zu gewärtigen, daß nach Verlauf von 6 Wochen, vom Zahlungstermin an gerechnet, die Geldbeträge von Capital und unzerhobenen gebliebenen letzten Zinsen, auf Kosten und Gefahr der Inhaber der Scheine, bei dem

Königl. Ober-Landesgericht zu Naumburg deponiret und die Obligationen nebst allen Coupons und Zinsleihen für annullirt erklärt werden.

Merseburg, am 1. October 1818.

Der Regierungs-Chef, Präsident,
v. Schönberg.

Verordnungen der Königl. Regierung:

Wegen Behandlung der in den westlichen Provinzen der Monarchie gefertigten, von auswärtigen Messplätzen aus nach den östlichen Provinzen des Staats zu versendenden Waaren, ist von dem Hohen Ministerium für Handel und Gewerbe, in Gemeinschaft mit dem Hohen Finanz-Ministerium, unterm 5. Juni dieses Jahres nachstehendes Regulativ erlassen worden:

R e g u l a t i v.

Zur Beförderung des Absatzes der Fabricate der Provinzen Westphalen, Cleve, Jülich, Berg und Nieder-Rhein, in die östlichen Provinzen der Monarchie, soll es unter gewissen Bedingungen und Umständen gestattet sein, jene Fabricate von fremden Messplätzen aus in die östlichen Provinzen zu versenden.

Für Versendungen der Art sollen folgende Vorschriften in Anwendung kommen:

1) Nur Fabricanten in den westlichen Provinzen, welche ihre eignen Fabricate nach fremden Messplätzen senden, kann diese Bewilligung zu Theil werden. Diejenigen, welche solche ansprechen, melden sich bei derjenigen Regierung, in deren Bezirk ihre Fabriken-Etablissement belegen ist, und suchen dazu einen Erlaubnißschein nach.

Dieser wird für Unternehmer größerer Fabrik-Anlagen, und wenn das Fabricat von der Art ist, daß bei dessen Vertrieb im Auslande eine Vertauschung nicht zu besorgen ist, oder wenn hinlängliche Mittel angegeben werden, welche gegen eine Vertauschung von Seiten der Käufer sichern, in so fern nie versagt, als nicht in einzelnen Fällen besondere Umstände eine Versagung möglich machen.

Für Arbeiten der Handwerker und für Waaren, welche eine Vertauschung zulassen, kann der Erlaubnißschein nur nach zuvor eingeholter Genehmigung der Ministerien erteilt werden.

Für Gegenstände der Verzehrung wird die Bewilligung nie gegeben.

2) Vorerst erstreckt sich die Begünstigung, von fremden Messplätzen aus solche Versendungen nach den östlichen Provinzen zu machen, auf die Plätze Leipzig und Braunschweig, und von wem dort die weiter unten gegebenen Vorschriften zur Ausführung kommen sollen, wird für jeden Messplatz besonders bestimmt werden.

3) Soll eine Versendung nach einem fremden Messplatz statt finden, so fertigt der Versender ein ganz genaues Verzeichniß der zu versendenden Waaren, der

Nr. 258.

Die Versendung der übermessen in ausländischen Fabricate, von fremden Messplätzen aus, in die östlichen Provinzen der Monarchie betreffend.

stlich darauf an, die Waare so zu beschreiben und zu bezeichnen, daß sie, wenn sie auch in fremde Hände gekommen ist, als dieselbe, welche versandt worden, von andern Personen wieder erkannt werden kann. Da sich dafür nicht allgemeine anwendbare Vorschriften geben lassen, und die Fabricanten die ihren Fabricaten eigenenthümlichen Kennzeichen am sichersten angeben können, es auch zunächst ihr Interesse ist, daß die Begünstigung, welche ihren Waaren in den östlichen Provinzen zugetheilt ist, nicht mißbräuchlich auf Fabricate anderer Etablissements übertragen werde, so wird ihnen das zunächst überlassen. Jedoch müssen folgende Anordnungen beobachtet werden:

Von allen Waaren, welche Abschnitte zulassen, müssen dergleichen, von jedem durch Farbe oder Muster verschiedenen Artikel, in so angemessener Größe, daß davon wieder Abschnitte gemacht werden können, dem Ursprungs-Atteste auf eine gehörige Art angehängt werden.

Haben die Waaren Fabriken-Zeichen, welche schon bei der Fabrication der Waare angebracht worden sind, so müssen diese genau beschrieben und durch Zeichnungen anschaulich gemacht werden.

Sind die Waaren mit Fabriken-Siegeln, Bleien, Stempeln oder Etiquetten auf eine solche Weise versehen, daß dasselbe Zeichen nicht auf eine andere Waare, ohne den Unterschleif wahrzunehmen, angebracht werden kann, so wird, wenn es thunlich, eine angemessene Zahl dieser Zeichen dem Verzeichnisse angehängt, sonst aber werden diese Zeichen in demselben genau beschrieben und durch Zeichnungen verdeutlicht.

Durch dies letztere Mittel wird eine sehr große Zahl von Artikeln möglichst vor Umtauschung gesichert werden können, und es wird den Fabricanten daher anheim gegeben, davon so viel als möglich Gebrauch zu machen.

Unter diesem Verzeichnisse bescheinigt der Aussteller unter seinem Siegel und seiner Unterschrift gewissenhaft dessen richtige Anfertigung in Betreff der Menge der Waaren und deren richtiger Beschreibung, ingleichen daß diese zu versendenden Waaren wirklich Fabricate seiner Anstalt sind, und verpflichtet sich, keine andere zum Verkauf auf den fremden Messplatz zu stellen.

4) Dies Verzeichniß legt derselbe, wenn am Orte eine Kreis- oder local-Steuer-Behörde vorhanden ist, dieser, sonst aber der Ortsobrigkeit vor, und läßt von derselben die Collis, in welchen die Waaren verpackt sind, versiegeln.

Von dieser Behörde wird unter dem Verzeichniß die Unterschrift des Ausstellers recognoscirt, mit Bezugnahme auf den vom Versender zu producirenden Erlaubnißschein bescheinigt, daß dieser zum Debit solcher Waaren, als verzeichnet sind, von fremden Messplätzen aus, nach den westlichen Provinzen hin, befugt sei, und daß die Collis mit dem beizubrückenden Siegel verschlossen worden sind. Bemerken diese Behörden bei Durchsicht des Verzeichnisses etwas Ungehöriges in Betreff der angegebenen Waaren, deren Beschreibung oder anderer Umstände wegen, so ist der Versender verpflichtet, über ihre Bemerkung Erläuterung zu geben und sie zu erledigen. In Fällen eines dringenden Verdachtes, wegen obwaltender Unrichtigkeiten, sind sie be-
rechtigt, die Waaren zu revidiren, solche, befindenden Umständen nach, zum Er-

weise entdeckter Unrichtigkeiten anzuhalten und die Recognition des Verzeichnisses zu versagen.

5) An der Grenze wird, wenn die Einrichtungen an derselben, in Bezug auf Zoll-einrichtung, vollendet sind, der Ausgang auf dem Atteste bescheinigt.

Zur Ertheilung solcher Bescheinigungen sind die Hauptzoll-Ämter und sämtliche Nebenzoll-Ämter erster Classe berechtigt.

Zur Ertheilung der Bescheinigung ist die Recognition der Siegel hinlänglich, und nur in besonderen Fällen darf, wie oben für die Abfertigungs-Behörden bestimmte ist, eine weitere Nachforschung in gleicher Art eintreten.

6) Bei dem Eintreffen auf dem fremden Messplatze wird das Ursprungsverzeich-niß bei derjenigen Behörde oder derjenigen Person niedergelegt, welche zur Wahrneh-mung der folgenden Vorschriften besonders bekannt gemacht werden wird.

7) Erfolgt ein Verkauf mit der Bestimmung nach den östlichen Provinzen, so stellt der Verkäufer auf die verkaufte Waare ein Ursprungsverzeichniß ganz in eben der Art aus, wie oben für den Fall der Absendung bestimmt worden, und bescheinigt darunter, daß die Waaren von dem namhaft zu machenden Inländer wirklich von ihm erkaufte, und daß sie sein Fabricat sei. In diesen Verzeichnissen und Bescheinigun-gen müssen alle Größen und Buchstaben ausgedrückt, und sie müssen mit Vorsicht so ausgestellt werden, daß alle Nachtragungen und Veränderungen unzulässig sind.

8) Der Verkäufer begiebt sich mit dem Käufer zu derjenigen Behörde, bei wel-cher das Haupt-Ursprungsverzeichniß niedergelegt worden ist, und legt derselben das ausgestellte Special-Ursprungsverzeichniß mit einem Duplicate desselben, dies jedoch ohne Proben und sonstige Beilagen, vor. Gegen diese Behörde muß sich der Käufer als Inländer legitimiren, und versichern, daß die Waaren wirklich von ihm zur Ein-fuhr in die östlichen Provinzen gekauft worden. Sie prüft die Verzeichnisse durch Ver-gleichung mit dem Hauptverzeichnisse, ergänzt solche, besonders dasjenige, welches zur Begleitung der Waaren dienen soll, durch sichere Ansiegelung von Proben und Zeichen und recognoscirt solches unter Unterschrift und Siegel, bemerkt darunter auch die Dauer dessen Gültigkeit zur legitimation der Waaren, als aus den westlichen Pro-vinzen abstammend, beim Eingange in die östlichen Provinzen. Sie kann verlangen, daß die Waaren in ihrer und des Verkäufers Gegenwart verpackt und die Collis mit ihrem Siegel versehen, den Revisions-Behörden in den östlichen Provinzen vorgelegt werden, in welchem Falle dies in dem Recognition's-Atteste bemerkt werden muß. Dies ist jedoch nur dann erforderlich, wenn die Waaren durch Zeichen und Beschrei-bung nicht gehörig kenntlich gemacht werden können, oder wenn sonst der Verdacht eines Unterschleifs vorhanden ist. Das Duplicat des Special-Ursprungsverzeich-nisses wird zur Verfügung beim Hauptverzeichnisse zurückbehalten.

9) Mit dem Special-Ursprungsverzeichniß meldet sich der Einkäufer nach der allgemeinen Verfassung theils an der Grenze der östlichen Provinzen, theils im Be-stimmungs-Orte; das Ursprungsverzeichniß muß aber jederzeit die Waare beglei-ten, da nachgebrachte Bescheinigungen der Art keine legitimationskraft haben.

10) Hat der Verkäufer Waaren im Bestande behalten, welche er nach seinem Wohnorte retour nehmen will. so fertigt er darüber in eben der Art ein Urforumas.

Verzeichniß zwiefach aus, mit welchem in gleicher Weise, wie bei den Versendungen nach den östlichen Provinzen, verfahren wird. Die Rückbringung in die westlichen Provinzen kann jedoch nach vollendeter Zoll-Organisation nur über ein Haupt-Zoll-Amt geschehen.

11) Alle Verrichtungen der für diese Geschäfte auf fremden Messplätzen zu be- nennenden Behörden geschehen von denselben unentgeltlich.

12) Die Haupt- Ursprungs- Verzeichnisse mit den dazu gehörigen Special- Ur- sprungs- Verzeichnissen, senden die mit diesem Geschäfte in den fremden Messplätzen beauftragten Personen, nach Ablauf einer jeden Messe, derjenigen Behörde ein, welche dazu namhaft gemacht werden wird.

Berlin, den 5. Juni 1818.

Ministerium für Handel und Gewerbe.

Finanz-Ministerium.

Graf v. Bülow.

v. Klewiz.

Regulativ wegen Behandlung des Absatzes von, in den westlichen Provinzen, gefertig- ten Waaren, bei deren Versendung nach den östlichen Provinzen von auswärtigen Mess- plätzen aus.

bei dessen gegenwärtiger Bekanntmachung wir hierdurch zugleich zur öffentlichen Kennt- niß bringen, daß zu Ertheilung der nach §. 6. u. folg. des Regulativs auf den aus- wärtigen Messplätzen auszustellenden Special-Certificate für jetzt zu Leipzig der dasige Königl. Preussische General- Consul, Herr Baumgärtner, und zu Braunschweig der Königl. Regierungsrath, Herr Kuralle zu Magdeburg, mit Auftrag und Voll- macht versehen sind.

Merseburg, den 21. Sept. 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Verordnungen des Königl. Ober- Landes- Gerichts zu Naumburg.

Nr. 28.
Die Einsen-
dung von Ori-
ginal, Cau-
tions-, Recog-
nitionschei-
nen betr.

Zu Folge getroffener Uebereinkunft soll gegenwärtig der Anfang mit Uebergabe der von der Königl. Sächsischen Regierung für den diesseitigen Landestheil auszu- liefernden Cautionen gemacht werden, die Uebergabe jedoch nur gegen Rückgabe der über die auszuliefernden Cautionen von den Sächsischen Behörden früher ausgestell- ten Original- Cautionen- Recognitionsscheine statt finden.

Sämmtliche Untergerichte unsers Departements, bei welchen etwa noch solche Ori- ginal- Cautionsscheine, zu welcher Art der Deposition sie auch gehören, befindlich sind. werden demnach hierdurch angewiesen, selbige unverzüglich an den Herrn Re- gierungs- Chef- Präsidenten von Schönberg zu Merseburg, der von demselben im Amtsblatte Nr. 18, vom 22. Juni 1816 erlassenen frühern Aufforderung gemäß

gegen Empfang eines zur legitimisation der Gerichte auszustellenden Interimsscheins, einzusenden. Raumburg, den 22. September 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Auf den von dem interimistischen Commandeur des Füsilier-Bataillons vom 9ten (Kollberg'schen) Infanterie-Regimente, Herrn Hauptmann von Burgwedel in Stettin, bei uns geschienenen Antrag fordern wir alle im hiesigen Regierungsbezirke sich aufhaltende Mannschaften, welche bei gedachtem Bataillon gestanden und an dasselbe noch Forderungen an Gratification und Sold-Ergänzung aus dem Feldzuge 1815 zu machen haben, hierdurch auf, sich wegen ihrer diesfälligen Befriedigung unmittelbar bei dem erwähnten Bataillon schriftlich zu melden und demselben die in Händen habenden Forderungs-Verscheinungen quittirt zu überreichen, worauf die Zusendung des Geldes sofort erfolgen soll.

Merseburg, am 22. September 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Landesgerichts zu Raumburg.

Es ist zu bemerken gewesen, daß die angestellten Versteigerungen an die Meistbietenden oder Mindestfordernden häufig zu keinem angemessenen Resultat führen, weil von einem oder dem andern Licitanten mit den übrigen über ein Abstandsgeld Verabredungen getroffen werden, damit diese dadurch vom Bieten abgehalten werden.

Daraus scheint hervor zu gehen, daß es vielen Einwohnern unsers Departements unbekannt ist, daß ein solches Verfahren eine, für beiderseits Theilnehmer an der Verabredung, strafbare Handlung sei. Es wird daher der Inhalt der unter dem 14. Juli 1797 gegen Mißbräuche bei gerichtlichen und andern öffentlichen Subhastationen und Versteigerungen erlassenen General-Verordnung in Erinnerung gebracht, nach welcher

„Alle Verträge und Verabredungen, bei welchen die Absicht zum Grunde liegt, bei gerichtlichen und andern öffentlichen Subhastationen und Auctionen, sie mögen zu den nothwendigen oder freibilligen gehören, Kaufstüße, zum Vortheil eines Licitanten, von der Abgebung ihres Gebots oder von weitem Mitbieten zurück zu halten, es geschehe nun solches durch Bewilligung eines gewissen Abstandsgeldes, oder durch Versprechen oder wirkliche Einräumung anderer Vortheile, für unerlaubt und strafbar erklärt werden;“

„Dergleichen Verträge auch unter den Contrahenten selbst keine rechtliche Wirkung haben, vielmehr

„Alles, was der zurückstehende Kaufstüße durch einen solchen unerlaubten Vertrag gewonnen hat, dem vorigen Eigenthümer des Objects, bei dessen Versteigerung der Werttag vorgefallen ist, oder dessen Gläubigern, zu deren Befriedigung der gerichtliche Verkauf veranlaßt gewesen, zu Gute kommen und von dem Inhaber dieses unerlaubten Gewinnes verausacaben werden.“

„Außerdem noch diejenigen, die sich in einen solchen Vertrag eingelassen haben, in eine fiscalische Geldstrafe, welche dem doppelten Betrage des gesuchten unerlaubten Gewinnes gleich kommt, verurtheilt und von ihnen zu gleichen Theilen, allenfalls aber von Jedem unter ihnen auf das Ganze beigegeben werden sollen;“

„Auch solche Verträge, wo mehrere sich vereinen, ein zum öffentlichen Verkauf gestelltes Object durch einen unter ihnen ausgemittelten und vorgeschobenen Namensträger an sich zu bringen und es sodann zu ihrem gemeinsamen Vortheil wieder zu verkaufen, für unerlaubt erklärt und mit gesetzmäßiger Ahndung, auch Herausgabe des gesuchten unerlaubten Gewinns, zum Vortheil des dadurch Vertheiligten, belegt werden.“
Nauenburg, den 25. September 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Landesgerichts zu Halberstadt.

Nachdem die unterzeichnete Behörde bereits mit dem Geschäft der Regularisirung des Hypothekenwesens, in Bezug auf den Altpreussischen Antheil der Grafschaft Mansfeld und den Saalkreis, beauftragt worden, so hat es des Herrn Justiz-Ministers Excellenz der Sache angemessen gefunden, diesen Auftrag auch auf den ehemals Sächsischen Antheil der gedachten Grafschaft und zwar in Ansehung der darin gelegenen erimirten Grundstücke auszudehnen.

Es werden demnach die sämmtlichen Grundbesitzer und Realprätendenten des gedachten Bezirks hiervon durch gegenwärtiges Publicandum benachrichtigt und dient denselben zur Achtung, daß die durch die Verordnung vom 25. Mai d. J. vorgeschriebenen präclusivischen Termine, Behufs der Anmeldungen der Realansprüche, bis zum 1. Mai 1819, und in Ansehung der Provocation auf die Ausmittelung des Vorzugsrechts, bis zum 1. November 1819 bestimmt sind.

Wegen Berichtigung des Besitztittels werden an die Grundbesitzer besondere Vorladungen ergehen, Halberstadt, den 29. September 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

G e t t e b r i e f.

Nachdemannter Wane, Johann Androck, aus Lübenau in der Niederlausitz gekürtig, vom Garde-Wanen-Regiment, ist aus der hiesigen Garnison entwichen. Die Gensd'armirie wird hiermit angewiesen, auf ihn strenge zu vigiliren, im Betretungsfalle sicher nach Berlin transportiren und an die hiesige Commandantur abliefern zu lassen. Der Kreis-Brigadier, in dessen Bezirk derselbe verhaftet ist, hat mir sofort davon Anzeige zu machen.

Berlin, den 22. Septbr. 1818.

Königl. Preuß. Chef der Gensd'armirie,
v. Brauchitsch.

Signalement. Alter, 20 Jahr 6 Monate; Haar, schwarzbraun und kurz abgeschnitten; Augen, grau; Nase, stumpf; Mund, klein und etwas aufgeworfen; Gesicht, rund; Gesichtsfarbe, gesund; Statur, mittelmäßig. Bekleidung: Krühsosen mit Leder besetzt und Stiefeln mit Sporen; er hat einem seiner Cameraden Collet und Ueberrock mitgenommen.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

42. Stück.

Merseburg, den 17. October 1818.

Allgemeine Gesefsammlung.

Das 10te Stück der allgemeinen Gesefsammlung enthält unter

No. 485. Die Ratifications - Urkunde der zwischen Preußen und Baiern unter dem 16ten December v. J. abgeschlossenen Cartel - Convention. Vom 6ten Juni d. J.

No. 486. Das Gesef wegen Einführung eines Fabrik - Zeichens in den Provinzen Schlesien, Posen, Preußen, Westpreußen, Pommern, Brandenburg und Sachsen, auf dem daselbst gefertigten Stäbeisen. Vom 3ten Juli d. J.

No. 487. Die Bekanntmachung über die Cartel - Convention zwischen Preußen und Sachsen - Hildburghausen. Vom 25ten August d. J.; und unter

No. 488. Die Allerhöchste Cabinetsordre vom 29ten August d. J., die Theilnahme des Militairs bei der Feuerpolizei betreffend.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Auf Befehl der Hohen Ministerien des Innern und der Finanzen wird folgendes Allerhöchstes Cabinetsschreiben:

„Durch die Cabinetsordre vom 1. August v. J. ist in Ansehung derjenigen, in den wiedererworbenen Provinzen vorgefundenen Beamten, welche schon vor dem Frieden von Tilsit im diesseitigen Dienste gestanden haben, bestimmt, daß, wenn sie nicht sofort wieder angestellt werden können, sie ihr früheres Preussisches Gehalt bis zur Wiederversorgung als Wartegeld beziehen sollen. Es ist gerecht, daß diese Vergünstigung auch denjenigen Beamten zu Theil werde, welche in Gefolge des gedachten Friedenschlusses ihre Dienststellen verloren, nach der Rückkehr in die alten Provinzen binnen der bestimmten Frist auf Wartegeld gesetzt und bis jetzt noch nicht wieder versorgt sind. Und so wie den Beamten in den neu und wiedererworbenen Provinzen bei ihrer Unbescholtenheit das Dienst Einkommen, welches sie früher genossen, bei der anderweiten Anstellung zugesichert ist, eben so müssen den nach dem Tilsiter Frieden amtslos gewordenen Officianten, der Gleichmäßigkeit des Verfahrens wegen, bei den ihnen be-

Nr. 259.

Die durch den Tilsiter Friedensschluß dienstlos gewordenen Beamten betr.

restes wieder gegebenen oder noch zu gebenden Stellen die Befoldungen wieder gewährt werden, welche sie vor dem Tilsiter Frieden zu genießen gehabt haben."

„Ich trage dem Staats-Ministerium auf, diese Bestimmungen zur Ausführung zu bringen und sonach dafür zu sorgen, daß diejenigen durch den Tilsiter Frieden dienstlos gewordenen Beamten, welche noch unverforgt sind, bei der Wiederanstellung ihr früheres Dienstinkommen erhalten, diejenigen, welche mit geringerem Gehalte wieder untergebracht sind, wegen des Fehlens durch persönliche Zulagen entschädigt werden, und diejenigen, welche auf Wartegeld stehen, als solche für die Folge und bis zu ihrer anderweitigen furen Anstellung das vor dem Tilsiter Frieden genossene Gehalt zu beziehen bekommen, wobei Ich zugleich bestimme, daß diejenigen Wartegeld-Genießenden, deren fortwährende Dienstfähigkeit oder sonstige Qualifikation zur Wiederanstellung irgend einem begründeten Bedenken unterliegt, unverzüglich auf Pension gesetzt werden müssen. Jene nachträglichen Bewilligungen sollen jedoch nur vom 1. Juli d. J. ab in Wirkung treten, und nicht auf die Vergangenheit gezogen werden, so wie auch diejenigen Officianten, welche, der vorwaltenden Verhältnisse wegen, früher zu Wartegeldern nicht geeignet gefunden worden, daraus kein Recht erlangen sollen, dergleichen für die Zukunft zu fordern. Uebrigens empfehle Ich dem Staats-Ministerium, auf die baldigste Wiederunterbringung der auf Wartegeld Stehenden allen Bedacht zu nehmen, und sie inzwischen zu Hilfsarbeiten zu brauchen, denen sie sich, wenn sie den Anspruch auf die Unterstützung von Seiten des Staats behalten wollen, nicht entziehen können, wodurch bei den bisherigen Diäten-Zahlungen Ersparungen zu Deckung des künftigen Mehrbetrags der Wartegelder zu machen sein werden."

„Berlin, den 5. Juli 1818."

Vermöge Sr. Königl. Majestät Vollmacht und höchsten Befehls während Ihrer Abwesenheit,

An

das Staats-Ministerium.

(an.)

v. Hardenberg.

zu Jedermanns Nachricht hierdurch bekannt gemacht.

Merseburg, den 6. October 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Verordnungen des Königlichen Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Nr. 29.

Die Einreichung der diesjährigen General- und Special-Civil-Processabellen

Da jetzt der Zeitpunkt sich nähert, in welchem sämtliche Gerichte im Departement des unterzeichneten Königl. Ober-Landesgerichts die diesjährigen General- und Special-Civil-Processabellen einreichen sollen, so werden solche hierdurch angewiesen, sich mit ihren übrigen Dienstgeschäften so einzurichten, daß diese Tabellen, nach der Bekanntmachung im Amtsblatt (Mersb. No. 58. und Erfurter Extrablatt zu No. 59. v. J.), spätestens den 2. December d. J. eingehefen, indem nach der Be-

kanntmachung vom 9. December v. J., aus den darin angegebenen Gründen, keine weiteren Fristen zu deren Einreichung gestattet werden können. Zugleich werden die Berichte noch aufmerksam gemacht, in der diesjährigen General-Civil-Proceßtafel die Zahl der Decernendorum genau anzugeben, da einige derselben durch besondere Verfügungen des unterzeichneten Königl. Ober-Landesgerichts über diesen Gegenstand Belegungen erhalten haben. Auch ist nicht außer Acht zu lassen, die nämliche Zahl der im vorigen Jahre schwebend gebliebenen Civil-Processe, und zwar in die Rubrik „aus dem vorigen Jahre übernommene Proceße“ zu übertragen, damit eine Gleichförmigkeit beobachtet und keine weiteren Erinnerungen gemacht werden dürfen.

Raumburg, den 7. October 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Es soll die Lieferung des Bedarfs an Schreibmaterialien und andern Canzlei-Bedürfnissen bei der hiesigen Königl. Regierung für das Jahr 1819 dem Mindestfordernden, nach vorgängiger Licitation, zu welcher hierdurch ein Termin auf den 5ten November dieses Jahres

im hiesigen Regierungs-local anberaumt wird, überlassen und ein Contract mit denselben abgeschlossen werden. Die Unternehmungslustigen werden daher hierdurch veranlaßt, sich zur Abgabe ihrer Gebote auf die ihnen vorzulegenden Proben am besagten Tage Vormittags um 10 Uhr hier einzufinden und sich bei dem hiesigen Canzlei-Inspector Herrn Werner zu melden. Dieselben werden zugleich aufgefordert, von jetzt an bis 8 Tage vor dem Termine Proben von den nachstehend aufgeführten Materialien und zwar von jeder Sorte 2 Exemplare, mit Beisehung des billigsten Preises und ihrer Namens-Unterschrift und Wohnorts, an den Herrn Canzlei-Inspector Werner postfrei einzusenden. Es sollen aus den einkommenden Proben diejenigen ausgewählt werden, welche sich für den hiesigen Geschäftsbetrieb eignen, und welche sodann als Normal-Proben, auf welche die Gebote abzugeben sind, zum Grunde werden gelegt werden.

Der obngefähre Jahresbedarf wird bestehen in

- | | |
|-----|--------------------------------------|
| 11 | Ries Briefpapier, |
| 65 | feines Canzlei- oder Berichtspapier, |
| 194 | Herrnpapier, |
| 115 | ordinares Mundirpapier, |
| 246 | weißes und graues Conceptpapier, |
| 55 | Doppelpapier zu Actendeckeln, |
| 60 | groß Packpapier, |
| 40 | klein Packpapier, |
| 10 | Register- oder Tabellenpapier, |
| 34 | Pfund seines Siegelack, |

- 277 Pfund verglichen ordinaires, Brief-Platen,
 56 Dugend Bleistifte,
 26 Rothstifte,
 251 Pfund Bindfaden,
 50 Klasterschurze,
 27000 Stück Federspulen.

Die Lieferung für das Papier kann abgesondert von den übrigen Materialien übernommen werden.

Merseburg, den 17. September 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nachstehendes Ministerial-Rescript:

„Der Königl. Regierung wird hierdurch zur Nachricht eröffnet, daß des Königs Majestät mittelst einer an den Herrn Fürsten Staatskanzler unterm 10. v. M. erlassenen Cabinetsordre zu genehmigen geruhet haben, daß diejenigen Unteroffiziere und Gemeine, welche lange und gut gedient haben, und als Invaliden ehrenvoll verabschiedet sind, bei ihrer erfolgten Anstellung im Civil, außer dem Dienste ihre ehemalige Militairuniform, nebst Seitengewehr, forttragen dürfen, wenn sie solches wünschen und sich selbst anschaffen.“

„Berlin, den 1. September 1818.“

Ministerium des Innern. Erste Abtheilung.

An

(seg.) Kasse.

die Regierung zu Merseburg.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 30. September 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

E r n e n n u n g e n .

Der bisherige Herr Regierungs-Assessor von Knoll ist durch die Allerhöchste Cabinetsordre vom 19. August d. J. zum Regierungsrath und der bisherige Herr Regierungs-Assessor Hoffmeier durch eine Allerhöchste Cabinetsordre, gleichfalls vom 19. August d. J., zum Schulrath bei der hiesigen Königl. Regierung ernannt worden.

Merseburg, den 3. October 1818.

Das Präsidium der Königlichen Regierung.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

43. Stück.

Merseburg, den 24. October 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nach uns geschehenen Anzeigen sind bei mehreren Feuersbrünsten Unordnungen vorgefallen, welche die Feuerpolizei-Commissarien und Stellvertreter, obgleich dabei anwesend, doch, weil sie unbekannt gewesen und daher ihre Anordnungen unbefolgt geblieben sind, nicht haben hindern können. Diesem zu begegnen, autorisiren wir hierdurch die Herren Feuerpolizei-Commissarien und Stellvertreter, sich bei Feuersbrünsten in ihren Districten durch eine weiße Binde um den linken Arm kenntlich zu machen, und erinnern zugleich alle diejenigen, welche sich den Anordnungen der mit diesem Abzeichen versehenen Feuerpolizei-Commissarien und Stellvertreter widersetzen, an die §. 166. Titel 20. Theil II. des Allgem. Preuß. Landrechts auf den Widerstand gegen die Obrigkeit und deren Abgeordnete gesetzet, bereits in der frühern Bekanntmachung vom 7. März d. J. (No. 13. des diesjährigen Amtsblatts) angebropheten Strafen.

Nr. 260.
Die Abzeichnung der Feuerpolizei-Commissarien und deren Stellvertreter bei Feuersbrünsten betr.

Merseburg, am 6. October 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Der Königl. Regierung ist bekannt worden, daß die zum Besten des Schulwesens zeitlich gegebenen Verordnungen noch nicht mit der erforderlichen Allgemeinheit und Punctlichkeit befolgt worden sind, daß namentlich die Schulgeld-Einnahmer noch nicht überall angestellt sind, auch die angestellten ihr Geschäft, in Hinsicht auf die Restanten, oft sehr nachlässig verrichten; daß ferner die Sommer Schulen an mehreren Orten noch nicht regelmäßig gehalten, die Ferien hin und wieder zu weit ausgedehnt, die Schulversäumnisse nicht genug beobachtet und gerügt worden sind. Wir bringen die sämmtlichen, die Ordnung des Schulwesens betreffenden Vorschriften hierdurch wiederholt in Erinnerung, und machen es den Herren Superintendenden

Nr. 261.
Die zu erhaltenden Anzeigen ab. Nichtbefolgung der Vorschriften für das Schulwesen betr.

ausdrücklich zur Pflicht, in den zu Ende des Jahres zu erstattenden allgemeinen Schulberichten alle die Fälle, in welchen über verschuldete Nichtbefolgung jener Vorschriften Klage zu führen ist, uns namentlich anzuzeigen.

Merseburg, am 15. October 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 262.

Die Theilnahme des Militärs bei Feuerbrünken betr.

Nachstehende Allerhöchste Cabinets-Ordre:

„Um die Zweifel zu heben, welche über die Theilnahme des Militärs bei der Feuerpolizei zwischen den Civil- und Militärbehörden hin und wieder Statt gefunden haben, setze Ich, auf das darüber von dem Staatsrath erstattete Gutachten, hiermit Folgendes fest:

- 1) Das Militair nimmt bei wirklichen Feuerbrünken am Löschen in der Regel gar nicht, oder nur dann Theil, wenn es durchaus nöthig wird, und die leitende Civilbehörde selbst darum ansucht. Außerdem beschränkt sich hier die Einwirkung des Militärs auf Bewachung der Zugänge und Erhaltung der Ordnung. Ausnahmen werden hauptsächlich nur bei Königl. Magazinen, besonders wenn sie militairische Vorräthe enthalten, vorkommen können.
- 2) Die Anordnung der Feueranstalten und die Revision derselben werden, der Ort mag eine militairische Besatzung enthalten oder nicht, durch die Civilbehörde nach den allgemeinen Vorschriften, und mit Berücksichtigung der localverhältnisse, so umfassend und bestimmt, als es die Umstände nur immer gestatten, entworfen und festgesetzt.
- 3) Befindet sich eine militairische Besatzung in dem Orte, so werden dem Befehlshaber derselben, ist es ein Gouverneur oder Commandant, diesem — die entworfenen Bestimmungen mitgetheilt, und dem militairischen Befehlshaber steht es frei, seine Bemerkungen darüber, so wie etwaige Vorschläge zur Verbesserung, abzugeben, welche die Civilbehörde in pflichtmäßige Erwägung ziehen, und sofern sie dagegen nichts von Erheblichkeit zu erinnern findet, berücksichtigen muß.
- 4) Können sich beide Behörden deshalb aber nicht vereinigen, so mag der militairische Befehlshaber die Sache bei der nächsten vorgesetzten Civil-Behörde zur Sprache bringen, auch nöthigenfalls dem commandirenden General davon Anzeige machen, welcher alsdann über die Sache mit der betreffenden höhern Civilbehörde verhandeln, und so eine Entscheidung bewirken wird.
- 5) Die Ortspolizeibehörde muß ferner den militairischen Befehlshaber fortwährend in Kenntniß erhalten, daß nach den gemachten Einrichtungen auch unausgeseht verfahren werde, und ihm von den periodischen Untersuchungen der Feuerlöchanstalten, und was dahin gehört, vorher immer Nachricht geben. Dem militairischen Befehlshaber steht es frei, sich durch Einsendung einer

Militairperson von der Ausführung zu überzeugen. Bei vorgefundenen Mängeln ist demselben zwar nur eine Nachfrage gestattet, bei nicht befriedigender Antwort darauf, ist er aber verpflichtet, die Sache in der im vorigen §. bestimmten Art höhern Orts zur Sprache zu bringen.

Findet der militairische Befehlshaber es unter besondern Umständen unumgänglich nöthig, selbstthätig einzugreifen; so thut er es auf eigene Verantwortung, und muß sich nachher ausweisen, daß solches zur Abwendung großer Unglücksfälle durchaus notwendig war.

- 6) Werden Veränderungen in den gemachten Einrichtungen durch eintretende Umstände nöthig; so gehen solche von der Civilbehörde aus, und es wird, wie §. 3. 4. und 5., verfahren.
- 7) Im Kriege, besonders in bedrohten Festungen, treten natürlicher Weise andere Verhältnisse ein, die sich hauptsächlich nur aus den Umständen ergeben können.

Ich beauftrage Sie hierdurch, diesem gemäß überall das Nöthige an die Behörden zu verfügen."

„Berlin, den 29ten August 1818."

Friedrich Wilhelm.

An

den Staats-Canzler, Herrn Fürsten von Hardenberg.

wird hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 20. October 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Durch das Mandat vom 21. Februar 1715 ist das Hauen der Birken oder Malen, um sie in die Kirchen und Häuser, oder vor letztere am Pfingstfeste zu setzen, sowohl in den landesherrlichen, als Privat-Waldungen, ausdrücklich verboten; es lehrt aber die Erfahrung, daß demselben zuwider gehandelt wird.

Wir bringen daher die genaue Befolgung dieses Mandats hierdurch in Erinnerung, mit der Warnung, daß alle, welche demselben zuwider handeln, als Holz-Defraudanten werden angesehen und den Gesetzen gemäß bestraft werden.

Merseburg, den 30. September 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Die Schulkinder zu Badersleben bei Dardesheim im Halberstädtischen haben sich aus eigenem Antriebe bewogen gefunden, zu der diesjährigen Feier des Reformationsfestes eine Sammlung, zum Besten der fleißigsten Schüler aus der Armenfrucht

schule in D. luthers Hause zu Eisleben, unter sich zu veranstalten. Es sind von ihnen acht Thaler und fünf Groschen zu diesem Zwecke aufgebracht, und bei der Königl. Regierung in Magdeburg eingereicht worden, welche die unterzeichnete Behörde davon in Kenntniß gesetzt und zur weiterer Verfügung veranlaßt hat.

Wir machen diese schöne Handlung jener Kinder, deren sittlicher Werth wohl höher anzuschlagen ist, als der mancher andern Wohlthat, hierdurch bekannt, und wünschen, daß sie zur Kenntniß der Schuljugend unsers Bezirkes kommen und in derselben häufig einer ähnlichen Gesinnung begegnen möge, wie die der Kinder zu Vadersleben sein muß. Ohne gleichen Erweis solcher Gesinnung zu erwarten, glauben wir doch, daß es der Jugend an keinem Orte an Gelegenheit fehlen werde, sich miltchätig zu erweisen gegen die Bedürftigen in der Nähe, nach dem Maaße, das einem jeden gegeben ist.

Merseburg, den 6. October 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nachstehendes Verzeichniß der im Laufe des vorigen Jahres vorgenommenen Schutzblätter-Impfungen im hiesigen Regierungs-Bezirk giebt einen Beweis, daß weder die Impfsenden in ihrem Eifer erkalten, noch die Eltern und ihre Stellvertreter der Pflicht uneingedenk sind, welche ihnen in Hinsicht der Schutzblätter-Impfung obliegt.

Es sind 1817 vaccinirt:

Im Stadtkreise Halle	470
„ „ Naumburg	303
„ Saalkreise	561
„ Mansfelder Seekreise	346
„ „ Erbkirchkreise	617
„ Kreise Merseburg	749
„ „ Bitterberg	1166
„ „ Bitterfeld	1061
„ „ Delitzsch	1046
„ „ Torgau	1576
„ „ Liebenwerda	900
„ „ Schweinitz	763
„ „ Zeitz	528
„ „ Weiskensfeld	676
„ „ Eckartsberga	1001
„ „ Querfurt	1006
„ „ Sangerhausen	700

Summa 13269

Sind gleich wieder in verschiedenen öffentlichen Blättern Zweifel gegen die schützende Kraft der Kuhpocken erhoben, so stehen sie doch noch als Schutzmittel gegen die Menschenpocken

seht. Herr Dr. Bremer in Berlin hat in No. 100. der Berliner Spener'schen Zeitung sie dergestalt zurückgewiesen, daß der Eifer für die Vaccination nicht erkalten darf und wird. Der Eigennutz verleitete ausländische Aerzte, welchen die Impfung der Menschenblattern eine reichliche Erwerbsquelle war, die Schutzblattern als ein unsicheres Verwahrungsmittel darzustellen. Genaue Nachforschungen haben die Grundlosigkeit ihrer Angaben dargethan und sie als verachtungswerthe Menschen, die ihren Privatvorteil durch das Unglück ihres Nächsten zu sichern suchen, zum Theil namhaft gemacht. Will man ganz offen von der Sache reden, so können höchst seltene Ausnahmen statt finden, wo die Kuhpocken nicht ganz alle Empfänglichkeit gegen die Menschenblattern fortnehmen. Die Erfahrung hat aber zugleich gelehrt, daß in diesen so überaus seltenen Fällen die Schutzblatter-Impfung immer noch höchst schätzenswerth blieb, denn statt der eigentlichen Menschenblattern erschien, bei eingetretener Ansteckung, ein unregelmäßig schneller und gefahrloser verlaufener Ausschlag, ohne gefährliche und bedeutende Zufälle. Wie selten aber ein solcher Fall sich ereignet, können folgende Resultate uns zeigen. Nach dem 1815 der Academie zu Paris vorgelegten Bericht waren unter 24 Million Vaccinirter nur sieben, welche nach der Schutzblatter-Impfung noch fähig waren, die natürlichen Pocken zu bekommen. In dem Kindelhaufe zu London wird seit 1801 vaccinirt, und obgleich die meisten dieser Kinder nach der Impfung absichtlich der Pocken ansteckung ausgesetzt wurden, so ist in diesen 16 Jahren nur ein einziger gefahrloser Fall beobachtet, wo ein pockenähnlicher Ausschlag Verdacht erregte. In der Impf-Anstalt zu London, welche 1809 gegründet wurde, sind in 11 Jahren über 5400 Menschen vaccinirt, und obgleich die Menschenpocken beständig herrschten, so sind unter dieser Anzahl nur 4 Fälle bekannt geworden, in welchen späterhin die natürlichen Pocken in einer gemilderten gefahrlosen Form erschienen.

Eltern und ihre Stellvertreter können demnach durch unbegründete Zweifel gegen die schützende Kraft der Kuhpocken in ihrem Vertrauen zu denselben auch fernerhin nicht wanken. Sie werden sie künftighin auch mit derselben Zuversicht als Schutzmittel benutzen, mit welcher sie von neuem als solches empfohlen.

Merseburg, am 5. October 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Durch die Verfügung des Herrn Justiz-Ministers vom 25. vorigen und 1. dieses Monats ist die zwischen dem Dorfe Weidersee und der Stadt Halle belegene, vormals der Real-Jurisdiction des Justizamts Viebichstein unterworfen gewesene Weiderseer Feldmark dem Land- und Stadtgerichte zu Halle überwiesen worden.

Dies wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Naumburg, den 2. October 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Zu Folge einer Verfügung des Herrn Justiz-Ministers vom 21. v. M. ist die Regulirung des Hypothekenwesens von den erimirten Grundstücken auch in dem mit Westphalen vereinigt gewesenen Sächsischen Antheile der Grafschaft Mansfeld dem Ober-Landesgerichte zu Halberstadt übertragen worden.

— Dies wird hierdurch den betreffenden Untergerichten und dem Publicum bekannt gemacht.

Naumburg, den 2. October 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

B e k a n n t m a c h u n g.

Die General-Direction der Königl. Preuß. Allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt macht hierdurch bekannt, daß die General-Wittwen-Casse nunmehr die am 1. April 1818 fällig gewesenen noch rückständigen halbjährigen Wittwen-Pensionen im December d. J. und zwar in den Tagen vom 7. bis 15. December gegen die vorschristsmäßigen auf diesen Termin lautenden Quittungen auszahlen wird. Auf diese Tage kann sich die Casse aber wegen ihrer anderweitigen Geschäfte nur beschränken, und außer dieser Zeit vor dem Monate April 1819 unter keinen Umständen weiter Zahlung leisten.

Eben deshalb befindet sie sich auch außer Stande, diese Pensionen durch die Post zu übersenden. Diejenigen Wittwen, welche außerhalb Berlin wohnen, können daher die gedachte Pensions-Rate nur durch einen hiesigen Mandatarius erheben lassen, und werden hierzu denen, welchen es an Bekanntschaft mangeln sollte, der Herr Hofrath Behrendt, Oberwall-Strasse Nr. 5., und der Ostpreussische Landschafts-Agent Herr Reichert, Französische Straße Nr. 50. wohnhaft, in Vorschlag gebracht.

Berlin, den 3. October 1818.

General-Direction der Königl. Preuß. Allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt.

von Winterfeld. von der Schulenburg. Büsching.

S t e c k b r i e f.

Nachbenannter Uhlane vom Garde-Uhlanen-Regiment, Gottlieb Reitmann, aus Ramburg bei Merseburg gebürtig, hat sich, nachdem er seinem Kameraden einen blauen Ueberrock, einen runden Hut, graue Hosen und 7 Haler Courant entwendet, am 6. October flüchtig gemacht. Die Gensd'armee wird hiermit angewiesen, auf ihn strenge zu vigiliren, im Betretungsfalle sicher nach Berlin transportiren und an die Königl. Commandantur abliefern zu lassen. Der

Kreis-Brigadier, in dessen Bezirke derselbe verhaftet ist, hat mir sofort davon Anzeige zu machen.

Berlin, den 9. October 1818.

Königl. Preuß. Chef der Gensd'armie,
v. Brauchitsch.

Signalement. Alter, 23 Jahr 10 Monate; Größe, 5 Fuß 4 Zoll; Haar, blond; Nase, stumpf; Mund, aufgeworfen; Statur, klein; Sprache, Sächsischer Dialect; Dienstzeit, 11 Monate. Bekleidung: wahrscheinlich die entwendeten Sachen. Besondere Umstände: wegen seiner schlechten Haltung und Gangs sah er einem Soldaten sehr unähnlich.

M a t h e m e t i s u n g
 bei, in dem Monat September 1818, in den nachbenannten zum bürgerlichen Bürgerthums-Regimente gehörigen Soldaten, bestandenen
 Durchschnitts-Mathematik bei Gertrüben und anderen Lebensbedürfnisse, ingleichen bei Raub-Quittet.

Benennung der Eigenschaften	Halle.			Eisenb.			Mau mburg.			Mittelsberg.			Religfö.			Querfurt.			Seib.																						
	Berl. Echl.	Dreß. Echl.	1818 1819	Berl. Echl.	Dreß. Echl.	1818 1819	Berl. Echl.	Dreß. Echl.	1818 1819	Berl. Echl.	Dreß. Echl.	1818 1819	Berl. Echl.	Dreß. Echl.	1818 1819	Berl. Echl.	Dreß. Echl.	1818 1819	Berl. Echl.	Dreß. Echl.	1818 1819																				
1. Boden	2.25	6	5.18	7	2.18	—	5	7	11	2.16	—	5	4	—	2.16	6	5	5	2.18	7	5	9	—	2.22	9	5	17	—	2	15	—	5									
2. Bogen	1.22	6	5.18	1	1.25	—	5	19	1	1.19	—	3	11	4	2	2	1	4	1	—	2	3	7	4	4	—	1.22	5	3	18	—	1	20	5	5						
3. Gerle	1.15	6	5	—	8	1	9	4	2.16	7	1	6	—	2	1.10	2	1	17	7	3	8	6	1	11	7	2	21	—	1	10	1	2.18	—	1	2	4	2				
4. Galt	1	5	—	2	4	1	1	2	2	—	9	1	1	—	2	—	5	1	4	8	2	7	6	1	5	11	2	10	—	1	5	5	2	9	—	25	9	1	1	8	—
5. Gilt	—	—	—	—	—	—	—	—	27	8	5	14	—	—	27	8	6	6	21	2	15	8	—	—	—	—	—	—	—	—	11	8	6	22	—	—	4	5	1	8	—
6. Gerle	3	—	5	19	6	5	16	—	7	2	6	2	21	—	5	13	8	4	3	1	8	—	—	—	—	—	—	—	—	5	2	4	6	—	2	9	10	4	16	—	
7. Galt	3	—	5	19	6	4	—	—	7	18	—	2	16	—	5	4	—	4	19	7	9	8	—	—	—	—	—	—	—	5	2	4	6	—	2	9	10	4	16	—	
8. Gerle	—	20	1.14	9	1	—	—	1	22	6	1	1	—	2	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	9	2	—	—	20	4	—	—		
9. Gerle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
10. Gerle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
11. Gerle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
12. Gerle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
13. Gerle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
14. Gerle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
15. Gerle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
16. Gerle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
17. Gerle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
18. Gerle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
19. Gerle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
20. Gerle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
21. Gerle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
22. Gerle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
23. Gerle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
24. Gerle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
25. Gerle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
26. Gerle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
27. Gerle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
28. Gerle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—																		

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

44. Stück.

Merseburg, den 31. October 1818.

Allgemeine Gesefsammlung.

- Das 11te Stück der allgemeinen Gesefsammlung enthält unter
- No. 489. Die Convention wegen gegenseitiger Aufhebung des Abschoffes und Abfahrtsgebdes zwischen der Königl. Preussischen und der Regierung des Reiches beider Sizilien. Vom 16. Mai 1818.
- No. 490. Die Bekanntmachung über die Cartelconvention zwischen Preußen und Sachsen-Gotha und Altenburg. Vom 9. September 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nur denjenigen Militairs, welche mit Invaliden-Versorgungs-Scheinen versehen sind, ist es ausnahmsweise gestattet, ihre Besuche um Anstellung im Staatsdienste stempelfrei einzureichen. Alle übrige Personen hingegen, welche sich um Anstellung bewerben, sind verpflichtet, zu ihren diesfälligen Eingaben den zu Besuchen und Vorstellungen im Allgemeinen vorgeschriebenen Zwei Groschen-Stempel zu verwenden. Da gegen diese Vorschrift sehr oft gefehlt wird, so wird solche hierdurch mit der Verwarnung in Erinnerung gebracht, daß die unterlassene Befolgung derselben der gesetzlichen Strafe von einem Thaler unterliegt.

Demnächst finden wir für nöthig zu bemerken, daß auch Verbesserungs- und Gratifications-Besuche bereits angestellter Beamten nicht von der Stempelabgabe befreit sind.

Merseburg, den 14. October 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Das Königl. Hohe Ministerium der Geistlichen Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten hat, auf den Antrag der Königl. Regierung zu Potsdam, zur Herstellung der durch den Krieg ruinirten Mönchskirche und Schulgebäude in Züterbogk eine allgemeine Kirchen-Collecte in den Provinzen Brandenburg und Sachsen zu bewilligen geruht.

Nr. 265.

Die Anwen-
dung des ge-
setzlichen Stem-
pels zu Anstel-
lungs-Besuch-
ten.

Nr. 264.

Kirchen- Col-
lecte für die
Mönchskir-
che u. Schul-
gebäude in Zü-
terbogk.

Demzufolge weisen wir sämtliche Herren Prediger unserer Regierungs-Departements hierdurch an, an einem der nächsten hierzu schicklichen Sonntage die Sammlung in der gewöhnlichen Maasse zu veranstalten und die eingegangenen Gelder an die Herren Superintendenden abzuliefern, welche dieselben mittelst Lieferscheins, wovon ein Duplicat hier einzureichen, an die hiesige Hauptinstitute- und Communalcasse einsenden werden.

Merseburg, am 17. October 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 265. Es ist unterm 9. Mal d. J. für den District Halle, mit Aufhebung der bisherigen Abgaben beim Ein- u. Aus- und Eingang v. Flach und Garn im District Halle, anderweit bestimmt worden. Diese Bestimmung ist durch einen Beschluß der Königl. hohen Ministerien des Handels und der Finanzen vom 24. September d. J. dahin ermäßigt, daß nur folgende Sätze erhoben werden sollen:

	Eingang.	Consum- tions- Steuer.	Ausgang, welch der Elbe zur See oder zu Lande.
1) Vom Centner Hanf, Berg und Heide	frei	frei	6 Gr.
2) Vom Centner feinen Garn:			
a) vom rohen Garn	frei	frei	4 Gr.
b) vom gebleichten Garn . . .	1 Thlr.	frei	1 Thlr.
c) vom gefärbten Garn und Zwirn	1 Thlr.	frei	1 Thlr.

In Hinsicht des Durchganges bleibt es bei dem bisherigen Verfahren.

Es haben sich daher hiernach die Accise-Ämter des Districts Halle zu achten, auch überdem die aus dem Herzogthum Sachsen mit richtigen Ursprungs-Bescheinigungen eingehenden Varne von der Eingangsabgabe vorschriftsmäßig frei zu lassen.

Merseburg, den 17. October 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 266. Die bedeutenden Rückstände, welche in allen Zweigen der Staatseinkünfte nach den Abschlüssen der hiesigen Regierungs-Hauptcasse statt finden, geben den Beweis, daß die Abgabepflichtigen ihre Verbindlichkeit zur prompten Abtragung der Steuern und Abgaben in den Fälligkeitsterminen nicht gehörig beherzigen und die Erheber den Säumigen willkürliche Fristen und eine Nachsicht, zu der sie nicht befugt sind, verstaten. Die Regierungs-Hauptcasse wird durch dieses unstatthafte Vorenthalten der ihr zur Einziehung überwiesenen Staatseinkünfte außer Stand gesetzt, ihren Zahlungsverpflichtungen gegen die General-Staatcasse zu genügen, welches höchsten

Dies nicht anders als mit Missfallen bemerkt und gerügt wird. Diesem kann um so weniger länger nachgesehen werden, da die jetzige Jahreszeit den Abgabepflichtigen den bequemsten und günstigsten Zeitpunkt zur Abführung der Natural- und Geldgefälle darbietet. Es werden daher sämliche, mit Abführung ihrer Steuern und Abgaben in Rückstand seiende Unterthanen hierdurch ernstlich erinnert und aufgefordert, die Reste ohne weitem Verzug abzutragen und auch die laufenden Abgaben in den Fälligkeitsterminen prompt und ohne Erinnerung an die betreffenden Casen zu entrichten.

Die Specialcasen und Erheber werden verwahrt, den Abgabepflichtigen keine willkürliche Nachsicht zu verstaten, und dadurch das Aufschwellen der Reste zu veranlassen, vielmehr in den Fälligkeitsterminen die Gefälle gehörig beizutreiben, widrigenfalls sie selbst dafür werden in Anspruch genommen werden. Die eingehobenen Gelder müssen in den bestimmten Terminen an die Regierungs- Hauptcasse, nach Abzug der etatsmäßigen Verwaltungskosten, abgeliefert, und also keine Bestände angehäuft werden und selbst diejenigen Summen, über welche die Regierungs- Hauptcasse zur Auszahlung für ihre Rechnung bei einer Untercasse disponirt hat, dürfen nur in soweit von den Beständen zurückbehalten werden, als die disponirte Zahlung keinen Aufschub leidet, und von der nächsten Einnahme nicht bestritten werden kann; in diesem Falle müssen dann aber auch die für Rechnung der Regierungs- Hauptcasse geleisteten Zahlungen der letztern mittelst Abgabe der Beläge und Quittungen unverzüglich zugerechnet und dadurch das Ansammeln der Bestände in Belägen verhindert werden. Die Königlichen Domainenpächter und überhaupt alle diejenigen Prästantiaren, welche unmittelbar an die Regierungs- Hauptcasse abzuliefern und einzurechnen haben, sind ebenmäßig verpflichtet, die contractmäßigen Ablieferungstermine genau zu beobachten und in denselben sowohl die laufenden Pachtbeträge und sonstigen Leistungen gehörig zu entrichten, als auch die Rückstände, soweit ihnen nicht eine Stundung bereits zu Theil geworden ist, sofort bei Vermeidung von Zwangsmaaßregeln vollständig abzutragen.

Merseburg, den 24. October 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Bekanntmachungen des Königlichen Ober- Landes- Gerichts zu Naumburg.

Es ist die Verwaltung der Rechtspflege in der Stadt Lützen, welche bisher dem dortigen Stadtrathe zu stand, mit Genehmigung des Herrn Justiz- Ministers, vom 9. October dieses Jahres einweilen dem Justizamte Lützen auf so lange übertragen worden, bis die vacante Stadtschreiberstelle im Stadtrathe zu Lützen wieder besetzt sein wird.

Naumburg, den 16. October 1818.

Königl. Preuß. Ober- Landes- Gericht.

B e k a n n t m a c h u n g

Die General-Ordens-Commission macht auf die Antragen mehrerer ehemaligen Militair-Personen hierdurch öffentlich bekannt: daß die ausgefertigten Zeugnisse über das Erbrecht auf ein künftig erledigtes eiserne Kreuz den Besitzern derselben in keinem Falle das Recht geben, das eiserne Kreuz oder auch nur das Band desselben eher anzulegen, als sie durch den eingetretenen Erbanfall Inhaber desselben geworden sind. Das frühere Tragen der Decoration würde als eine widerrechtliche Annäherung die gesetliche Abänderung nach sich ziehen.

Berlin, den 14. October 1817.

Königl. Preuß. General-Ordens-Commission.

V e r z e i c h n i s s

aufgegriffener, mittelst Marschroute und Transports aus den Königl. Preuß. Staaten
verwiesener Vagabonden.

1) Aus dem Halleschen Stadtkreise.

Wegen Vagabondirens und fehlender Legitimation.

Johann Gottfried Marie, Schiffelnecht aus Münchnig bei Meissen, ist 48 Jahr alt, 5 Fuß 7 Zoll groß, hat schwarz und grau melirte Haare, runde Stirn, braune Augenbraunen, blaugraue Augen, starke Nase, mittelmäßigen Mund, schwarzen Bart, rundes Kinn, ovales Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe und ist starker Statur; über Merseburg.

2) Aus dem Delitzscher Kreise.

Wegen beabsichtigten Betrugs.

Friedrich Gottlob Schmidt, Luchmachersgefelte aus Haynigen in Sachsen, ist 26 Jahr alt, 5 Fuß 1 Zoll groß, hat blonde Haare, faltige Stirn, blonde Augenbraunen, graue Augen, spitzige Nase, kleinen Mund, braunrothen Bart, rundes Kinn, rundes Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe und ist untersefter Statur.

3) Aus dem Bitterfelder Kreise.

Wegen Bettelns und mangelnder Legitimation.

Johann August Jahn, angeblich Jäger, aus Dohsenhof bei Dirschau gebürtig, ist 46 Jahr alt, 5 Fuß 4 Zoll groß, hat dunkelbraune Haare, freie Stirn, blonde Augenbraunen, blaue Augen, gewöhnliche Nase und Mund, braunen Bart, ovales Kinn und Gesicht, braune Gesichtsfarbe und ist mittler Statur.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

45. Stück.

Merseburg, den 7. November 1818.

Allgemeine Gesessammlung.

Das 12te Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält unter

No. 491. Verordnung über die Auflösung des Indults im Großherzogthume Posen und in den mit der Provinz Westpreußen vereinigten Districten, dem Culm- und Michelsauschen Kreise und der Stadt Thorn mit ihrem Gebiete. Vom 12. October 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

In Gefolge eines Rescripts des Königl. Höhen Polizei- Ministerii vom 4ten d. M. hat das diesseitige Gouvernement auf die Transportkosten für die in die Königl. Preussischen deutschen Lande gehörigen, diesseits aufgegriffenen und durch die Herzoglich Mecklenburg- Schwerinschen Lande zu transportirenden Vagabonden und Ausgewiesenen für jezt verzichtet, und werden daher in dergleichen vorkommenden Fällen die Kosten in gleicher Art liquidirt, wie bei den Vagabonden, bei welchen auf Kosten des Königl. Regierungsfonds die Erstattung erfolgt.

Den Polizei- und Etapen- Behörden wird solches hierdurch, zur Beachtung in vorkommenden Fällen, bekannt gemacht.

Merseburg, den 29. October 1818.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

Verordnungen des Königl. Ober- Landes- Gerichts zu Naumburg.

Es ist bemerkt worden, daß mehrere Gerichts- Verwalter die vorgeschriebenen Tabellen und Listen, rücksichtlich sämtlicher unter ihrer Verwaltung stehender Gerichte, mittelst nur eines Berichts an das unterzeichnete Königl. Ober- Landes- gericht einreichen. Dies Verfahren kann jedoch nur dann gestattet werden, wenn

Nr. 267.

Die Vagabonden Transportkosten durch das Mecklenburg- Schwerinsche nach Dänemark betrag.

Nr. 50.

Verfahren bei Einreichung v. Tabellen etc. der Gerichte Verwalter.

die verschiedenen Gerichte in einem und demselben Land- und Stadtgerichts- oder Amtsbezirk belegen sind; wo dies aber der Fall nicht ist, müssen die Tabellen und Listen von jedem Bezirk mittelst eines besondern Berichts, worin der Land- und Stadtgerichts- oder Amtsbezirk genau anzugeben ist, eingesandt werden. Die Beobachtung dieser Vorschrift ist wegen der bei dem Königl. Ober-Landesgericht statt findenden Einrichtung verschiedener Aufsichts-Departements nothwendig.

Hiernach haben sich die Gerichts-Verwalter dieses Ober-Landesgerichts-Departements zu achten.

Naumburg, den 24. October 1818.

Königliches Ober-Landesgericht von Sachsen.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Bei der Feuer-Polizei-Bezirks-Einrichtung des hiesigen Regierungs-Bezirks sind abermals folgende Veränderungen vorgekommen, als:

I. Im Saalkreise.

Beim 6ten Bezirke ist der zeitliche Stellvertreter, Herr Revierförster Fromme zu Petersberg zum Commissarius, und der Schulze Herr Hause zu Kaltensmarkt zum Stellvertreter;

beim 10ten Bezirke der Schulze Herr Voigt zu Dössel zum Commissarius, und der Schulze Herr Kupfernagel zu Domniz zum Stellvertreter ernannt worden.

II. Im Torgauer Kreise

haben der 8te und 9te Bezirk durch die Rückgabe der Ortschaften Olganitz, Klingenhain, Treptitz, Cavertitz und Schöna an das Königreich Sachsen eine Veränderung erlitten und sind jetzt folgendergestalt organisiert:

8ter Bezirk: Staritz, Delschau, Böhlaus, Bockwitz, Kaysa und Lausa.
Commissarius: Herr Rittmeister von Böhlaus auf Delschau.

Stellvertreter: Herr Förster Kühn zu Lausa.

9ter Bezirk: Aufsig, Seydewitz, Kößnig, Pausenitz und Schirmenitz.

Commissarius: Herr Major von Witke auf Kößnig,

Stellvertreter: der Schulze Herr Weber zu Pausenitz.

Noch ist nachträglich zu gedenken, daß in der vorigen Bekanntmachung vom 8. August d. J., im 34. Stück des diesjährigen Amtsblatts, beim 7ten Bezirke des Delitzscher Kreises der 2te Stellvertreter, Herr Rittergutspächter Mätthäi zu Mensdorf durch ein Versehen weggelassen worden ist, welches hierdurch nachträglich angeführt wird.

Merseburg, den 30. October 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Bekanntmachung des Königl. Preuß. Ober-Bergamts zu Halle.

Zur Vermeidung eines ähnlichen Unglücks, als kürzlich auf dem Salzwerke Königsborn bei Unna in Westphalen statt gefunden hat, wo nämlich ein Reisender bei Besichtigung des Grubirwerks ohne Führer das Leben einbüßte, soll künftig der Eingang jedes Grubirhauses, jeder Hütte, jedes Salzkotes, jeder Maschine, Schachtau oder wie sonst die Benennung sein mag, und wo nicht ununterbrochen Arbeiter gegenwärtig sind, mit einer Thür verschlossen gehalten und selbst bei den Werkstätten, worinnen immer Arbeiter sind, eine Tafel mit den Worten:

„der Eingang ist nur mit einem Führer, der vom Dirigenten des Werks zu erbitten ist, erlaubt“

ausgegangen, und ohne diese Erlaubniß die Besichtigung nicht gestattet werden.

Den uns untergeordneten Salz-, Berg- und Hüttenwerks-Behörden machen wir solches, um das Nöthige hierunter allenthalben, wo es thunlich und passend ist, und nicht bereits statt findet, zu veranstalten, so wie auch dem Publikum unter der Bemerkung bekannt, daß hierbei keinesweges die Absicht dahin gehet, Reisenden und besonders Sachkundigen die Besichtigung der Werke zu erschweren, sondern es soll vielmehr Jedem erlaubt sein, sich zu unterrichten und alle und jede Arbeit kennen zu lernen, und deshalb von den Betriebs-Officianten bereitwillig über alles genaue Auskunft erteilt werden.

Halle, am 19. October 1818.

Königl. Preuß. Niedersächf. Thüringisches Ober-Bergamt.

S t e c k b r i e f e.

Nachbenannter Schüge, Felix Ferdinand Heger, von der 1ten Compagnie des Garde-Schützen-Bataillons, aus Neuschädel gebürtig, ist aus der hiesigen Garnison den 19. October d. J. entwichen. Die Gensd'armee wird hiermit angewiesen, auf ihn strenge zu vigiliren, im Betretungsfalle sicher nach Berlin transportiren und an die Königl. Commandantur abliefern zu lassen. Der Kreis-Brigadier, in dessen Bezirke derselbe verhaftet ist, hat mir sofort davon Anzeige zu machen. Berlin, den 22. Octbr. 1818.

Königl. Preuß. Chef der Gensd'armee,
v. Brauchitsch.

Signalement. Alter, 27 Jahr 10 Monate; Größe, 5 Fuß 12 Zoll; Haar, hellbraun; Stirn, verhältnißlich; Augenbraunen, braun; Augen, grau und klein; Nase, gewöhnlich und etwas spitzig; Mund, klein; Bart, wenig, etwas Backenbart; Kinn, spitzig und einfach; Gesicht, mager; Gesichtsfarbe, gesund; Statur, hager; Sprache, französisch und gebrochen deutsch und flämisch. Bekleidung: graue Jacke, graue Hosen, kurze Stiefeln und eine Mütze mit Wachseisenband überzogen.

Nachbenannter Schüge, Henri Filleur, von der 1ten Compagnie des Garde-Schützen-Bataillons, aus Neuschädel gebürtig, ist aus der hiesigen Garnison den 19. October d. J. entwi-

Herr. Die Gensd'armirie wird hiermit angewiesen, auf ihn strenge zu vigiliren, im Betretungs-falle sicher nach Berlin transportiren und an die Königl. Commandantur abliefern zu lassen. Der Kreis-Brigadier, in dessen Bezirke derselbe verhaftet ist, hat mir sofort davon Anzeige zu machen.
Berlin, den 22. October 1818.

Königl. Preuß. Chef der Gensd'armirie,
v. Brauchitsch.

Signalement. Alter, 28 Jahr 4 Monate; Größe, 5 Fuß 3 Zoll 1 Strich; Haar, braun; Stirn, flach; Augenbraunen, braun und stark; Augen, grau; Nase, mittelmäßig; Mund, mittelmäßig; Bart, schwach; Kinn, breit und einfach; Gesicht, breit und poctennarbig; Gesichtsfarbe, blaß aber gesund; Statur, untersezt; Sprache, französisch und gebrochen deutsch. Bekleidung: graue Jacke, graue Hosen, kurze Stiefeln und eine Mütze mit Wachseleinwand überzogen.

V e r z e i c h n i s s

aufgegriffener, mittelst Marschroute und Transports aus den Königl. Preuß. Staaten verwiesener Bagabonden.

1) Aus dem Raumburger Stadt-Kreise.

a) Wegen Bettelns und Verfälschung seines Wanderbuchs.

David Tripps, Chirurg aus Einsheim bei Heidelberg, ist 52 Jahr alt, 5 Fuß 4 Zoll groß, hat blond und grau inclirte Haare, bedeckte Stirn, blonde Augenbraunen, graue Augen, gewöhnliche Nase, breiten und großen Mund, blonden Bart, starkes Kinn, ovales Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe und ist mittler Statur; über Eckartsberga.

b) Wegen Geschäftsllosigkeit und Verdachts der Theilnahme eines Diebstahls.

Clemens Wilhelm Alberti, Marqueur aus Dresden, ist 57 Jahr alt, 5 Fuß 5 Zoll groß, hat schwarzbraune Haare, bedeckte Stirn, schwarzbraune Augenbraunen, braune Augen, lange Nase, aufgeworfenen Mund, schwarzen Bart, rundes Kinn, ovales Gesicht, bleiche Gesichtsfarbe und ist mittler Statur; über Leipzig.

c) Wegen eines begangenen Diebstahls.

Friedrich August Otto, Dienstknecht aus Krottendorf im Sächsischen Erzgebirge, ist 46 Jahr alt, 5 Fuß 3 Zoll groß, hat schwarzbraune Haare, bedeckte Stirn, braune Augenbraunen, blaue Augen, spizige Nase, gewöhnlichen Mund, schwarzbraunen Bart, rundes Kinn, ovales Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe und mittler Statur; über Altenburg.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

46. Stück.

Merseburg, den 14. November 1818.

Allgemeine Gesefssammlung.

Das 13te Stück der allgemeinen Gesefssammlung enthält unter

No. 492. Die Bekanntmachung über die Cartel-Convention zwischen Preußen und Sachsen-Weimar und Eisenach. Vom 22sten October d. J.

No. 495. Die Bekanntmachung über die Cartel-Convention zwischen Preußen und Sachsen-Meiningen. Vom 22sten October d. J.

No. 494. Die Bekanntmachung über die Cartel-Convention zwischen Preußen und Schwarzburg-Rudolstadt. Vom 22sten October d. J.;
und unter

No. 495. Die Bekanntmachung über die Cartel-Convention zwischen Preußen und Anhalt-Bernburg. Vom 22sten October d. J.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Ungeachtet in der von des Königs Majestät sanctionirten Instruction vom 30. Juni 1817 für das Geschäft der Ersaz-Aushebung zur jährlichen Ergänzung des stehenden Heeres, welche durch das Extra-Amtsblatt Stück 1. von diesem Jahre zur öffentlichen Kenntniß gebracht worden, bestimmt ist, daß künftig Niemand, der nicht seiner Militairpflicht schon genügt hat, auf eine Art im Dienste angestellt werden darf, die ihn hiernächst als unentbehrlich im Amte bezeichnet, so gehen dennoch häufig Besuche von militairpflichtigen Individuen um Anstellung ein, welchen die bereits durch unsere Verordnung vom 13. October v. J. (Amtsblatt Stck. 43. Nr. 260.) ersoberte Nachweisung, daß sie sich vor der Kreis-Revisions-Commission gehörig gestellt und entweder ihrer Militairpflicht durch persönliche Dienstleistung genügt haben, oder von der gedachten Commission zur Einsekkung nicht mit ausgewählt worden sind, nicht beigelegt ist.

Nr. 268.
Was Anstellung im öffentlichen Dienst nachsuchende Militairpflichtige zu beobachten haben.

Wir machen daher sowohl die betreffenden Individuen, als auch die Unterbehörden, welche Vorschläge zur Anstellung bei uns zu machen haben, hierdurch wiederholt darauf aufmerksam, mit dem Bemerken, daß dergleichen Anstellungsgesuche von Individuen, welche sich noch im militairpflichtigen Alter befinden, oder resp. im Jahr 1817 noch im selbstigen befanden, ohne diese Nachweisung über ihre geleistete Militairpflicht durchaus unberücksichtigt bleiben müssen.

Merseburg, den 31. October 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Verordnungen des Königlichen Ober-Landes-Gerichts zu Naumburg.

Nr. 31.
Debit des
Stempel-Pa-
piers Seitens
der Stempel-
Receptoren.

Es sind Zweifel entstanden, ob die bei den Ober-Landesgerichten und den Unter-Gerichten erster Classe angestellten Stempel-Receptoren ihren Debit blos auf das gewöhnliche Stempelpapier à 2 Gr. und 8 Gr. bei gerichtlichen Verhandlungen und Ausfertigungen, und auf den Werthstempel in Processen bei dem Gericht, bei welchem sie angestellt sind, beschränken müssen, oder ob sie auch befugt sind, Stempelpapier zu einem andern Behuf, namentlich zu Kauf-Contracten, dem Gerichte zu liefern.

Hierauf hat das Königl. Finanz-Ministerium unterm 21. August d. J. bestimmt, daß in Betracht, wie das Stempelgesetz vom 5. September 1811 den Stempel-Receptoren ausdrücklich die Befugniß einräumt:

alles Stempelpapier zu liefern, das zu den Verhandlungen und Ausfertigungen dieser Behörden erfordert wird, diese Bestimmung auch zur Zeit nicht aufgehoben und der Abfaß dieser Beamten keinesweges auf das von dem Gerichte blos zu den rein processualischen Angelegenheiten zu gebrauchende Stempelpapier beschränkt worden, es daraus folge, daß sie sonder Zweifel auch befugt sind, alles Stempelpapier zu liefern, dessen das Gericht, bei dem sie angestellt sind, zu seinen Ausfertigungen außerdem noch bedarf.

Mit Ausnahme des Werthstempels bei Erbfällen dürfen sie daher zu allen Handlungen, die, sei es nothwendig oder auch nur nach dem Verlangen der Partheien, vor diesem Gerichte vollzogen werden, namentlich also auch zu Contracten, die vor und von dem letztern aufgenommen werden, den erforderlichen Stempel ihrerseits liefern.

Dieses wird den Unter-Gerichten 1ster Classe des uns anvertrauten Departements und den bei denselben angestellten Stempel-Receptoren hierdurch zur Nachricht und Achtung bekannt gemacht.

Naumburg, den 25. October 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Die zum Amte Weißenfels gehörige, zu Marktwerben gelegene Königliche Ziegelei soll, in Gemäßheit einer Bestimmung des Königl. Finanz-Ministerii, nebst den dazu gehörigen Inventarien- und Grundstücken und den damit verbundenen Berechtigkeiten, Nutzungen und Beschwerden, zum öffentlichen meistbietenden Verkaufe gestellt werden.

Zum Licitations-Termin ist der

21ste November d. J.

anberaumt worden und wir fordern alle-diejenigen, welche die gedachte Ziegelei käuflich an sich zu bringen wünschen, hierdurch auf, sich an dem genannten Tage Vormittags 12 Uhr auf dem Justizamte zu Weißenfels einzufinden und ihre Gebote vor dem dazu bestimmten Königl. Commissarius abzugeben.

Die bei dem Verkaufe zum Grunde zu legenden Bedingungen sind von heute an sowohl in der Registratur der unterzeichneten Königl. Regierung, als bei dem Königl. Justizamte zu Weißenfels einzusehen.

Merseburg, den 31. October 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Die Königlich Spanische Regierung hat nunmehr definitiv befohlen, daß die laut Decrets vom 30. März d. J. bestimmten vier Seehäfen: Alicante, Cadix, Corunna und St. Ander, mit dem 15. Juli als Deposito-Häfen für Ausfuhr und Einfuhr dem handelnden Publico geöffnet werden sollen; welches hierdurch, mit Bezugnahme auf die in dem diesjährigen Amtsblatte No. 53. Seite 279. befindliche vorläufige Benachrichtigung, officiell zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Merseburg, den 1. November 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Daß die durch des 10. Reichert Absterben erledigte Chauffee-Einnehmerstelle zu Bethau bereits wieder besetzt ist, solches wird Allen, die sich bei uns um diese Stelle beworben haben, hierdurch an Bescheides Statt nachrichtlich eröffnet.

Merseburg, den 10. November 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

V e r z e i c h n i s s

aufgegriffener, mittelst Marchroute und Transports aus dem Königl. Preuß. Staaten verwiesener Bagabonden.

Aus dem Weißenfelter Kreise.

a) Wegen mangelnder Legitimation und Bagabondirend.

Johann Michael Dünker, Tagelöhner aus Großdröbha, ist 36 Jahr alt, 72 Zoll sächsisch groß, hat schwarzbraune Haare, bedeckte Stirn, braune Augenbraunen, blaue Augen, gewöhn-

liche Nase und Mund, schwarzen Bart, rundes Kinn, längliches Gesicht und gesunde Gesichtsfarbe; besonderes Kennzeichen: pockennarbig; über Zeig.

b) Wegen lächerlichen Lebenswandels und mangelnder Legitimation.

Johanne Christine Hdr, angeblich Handelsfrau aus Gera, ist 42 Jahr alt, 64 Zoll sächsisch groß, hat graue Haare, hohe Stirn, weiße Augenbraunen, grüne Augen, kleine und spitzige Nase, gewöhnlichen Mund, rundes Kinn, längliches Gesicht und gesunde Gesichtsfarbe; über Zeig.

c) Wegen verübten Diebstahls.

Carl Christian Dreyer, Marqueur und Schieferdecker aus Dresden, ist 56 Jahr alt, 5 Fuß 6 Zoll groß, hat dunkelblonde Haare, hohe Stirn, blonde Augenbraunen, graue Augen, lange Nase, gewöhnlichen Mund, braunen Bart, rundes Kinn, längliches Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe und ist langer Statur; besondere Kennzeichen: eine Narbe auf dem Vorderhaupte; über Lügen.



A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

47. Stück.

Merseburg, den 28. November 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nachstehendes Allerhöchstes Edict:

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen &c. &c.

verordnen nach ersobertem Gutachten unsers Staatsraths, daß die Bestimmung des allgemeinen Landrechts Theil II. Tit. 2. §. 142, nach welcher das Gesinde, welches noch nirgends einen festen Wohnsitz aufgeschlagen hat, sich, außer seiner gegenwärtigen Parochie, noch an dem Orte seiner Geburt, ohne Unterschied der Zeit seiner Entfernung von demselben, ausbieten lassen soll,

wie hiermit geschieht, aufgehoben und vielmehr das Gesinde in der demselben durch den §. 275. des allgemeinen Landrechts Theil II. Tit. 11. zugewiesenen Parochie, und im Fall es in seinem gegenwärtigen Aufenthaltsorte sich noch nicht ein Jahr befunden hat, nach Vorschrift des allgemeinen Landrechts Theil II. Tit. 2. §. 142. auch an demjenigen Orte, wo es sich das letzte Jahr aufgehalten hat, proclamirt werden soll.

Gegeben Berlin, den 16. März 1818.

Friedrich Wilhelm.

E. F. v. Hardenberg. v. Altenstein.

Veglaubigt. Friese.

wird hierdurch zu Jedermanns Wissenschaft und insonderheit zur Nachachtung der Herren Geistlichen öffentlich bekannt gemacht.

Merseburg, den 6. November 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 269.
Das öffentliche Aufgebot des Gesindes betreffend.

Nr. 270.

Kirchens-
und Hauscol-
lecte zum Auf-
bau der Kirche
in Neumied.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordre vom 31. August d. J. der evangelischen Gemeinde zu Neumied zur Aufbringung der Kosten zum Aufbau ihrer Kirche eine allgemeine Kirchen- und Haus-Collecte in sämtlichen evangelischen Kirchen und Ortschaften der Monarchie zu bewilligen geruht.

In Folge dessen werden

- 1) Sämtliche Herren-Prediger unsers Regierungs-Departements hierdurch beauftragt, an einem der nächsten hierzu schicklichen Sonntage die Sammlung, nach vorgängiger Bekanntmachung des Zweckes derselben und geschätzter Aufzuehrung zur Mildebätigkeit, in der gewöhnlichen Maaße zu veranstalten und die eingegangenen Gelder an die Herren Superintenden ten abzuliefern, welche dieselben mittelst doppelten Lieferscheins, wovon das eine Exemplar hier einzuzureichen ist, an die hiesige Haupt-Institution- und Communal-Kasse ein-senden werden.
- 2) Die Haus-Collecten sind in Gemäßheit der in der Bekanntmachung vom 30. Juni v. J. im 28. Stück des vorjährigen Amtsblattes enthaltenen Bestimmungen einzufammeln und hierher einzusenden.

Sämtliche einsendende Behörden werden dabei, zu Vermeidung überflüssiger Erinnerungsschreiben, angewiesen; im Fall keine Collectengelder eingehen sollten, durch Einsendung eines Vacatscheins die Königl. Regierung davon sofort nach Ein-sammlung der Collecte in Kenntniß zu setzen.

Merseburg; den 11. November 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 271.

Die erste Ver-
tugung der Lösch-
u. Sicherheits-
Anstalten bei
Feuersbrün-
ken betreffend.

Es ist bemerkt worden, daß bei Feuersbrünsten an solchen Orten, wo keine Feuer-Policei-Commissarien und Stellvertreter wohnen, vor deren Ankunft Unord-nungen vorgewaltet haben und daß Niemand die Veranstaltungen Anderer befolgt hat. Ob es sich nun schon von selbst versteht, daß bis zur Ankunft der Feuer-Policei-Commissarien oder Stellvertreter den Ortschulzen die Direction der Lösch- und Sicherheits-Anstalten obliegt und zusteht, so wird doch solches, zu Vermeidung von Mißverständnissen, hierdurch ausdrücklich bekannt gemacht und Jedermann an-gewiesen, deren Anordnungen zu befolgen. Eine Abzeichnung derselben ist dabei um so weniger erforderlich, als vorauszusetzen ist, daß dieselben den vor Ankunft der Commissarien und Stellvertreter zur Löschung herbeikommenden Nachbarn per-sönlich bekannt sein werden.

Merseburg, den 17. November 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 272.

Einsendung
von Nachwei-
sungen über an
Königl. Sächs.
Behörden re-

Sämtliche Kirchen-Inspectionen, Kreis- und Amts-Steuer-Einnahmen, Gleits- und Accise-Commissariate und Accise-Inspectionen, Justiz-, Rent- und Forst-Ämter, Kammergerichte, Stadträthe und Patrimonial-Gerichte, auch alle übrigen Behörden in dem vormals Sächsischen Antheil des hiesigen Regierungs-bezirks werden hierdurch aufgefodert und angewiesen, durch Einsichten der Reper-

torien und der sonst gehaltenen Registratur-Notizen auszumitteln, welche zu ihren ^{eingesandte} Registraturen gehörigen Amts-Acten zum Gebrauch bei Prozessen oder zu andern ^{Amts-Acten.} Zwecken an Königl. Sächsishe Behörden, Finanz-Procuratoren oder Agenten in Dresden eingesandt und von da noch nicht zurückgegeben worden sind; hierüber förmliche Nachweisungen aufzustellen, welche

- 1) die Bezeichnung der Acten,
- 2) den Gegenstand, über den die Acten ergangen,
- 3) die Zahl der versendeten Actenbände,
- 4) die Königl. Sächs. Behörde, an welche die Acten gesandt worden, und
- 5) das Absendungs-Datum

enthalten müssen, und diese Nachweisung, bei Vertretung aller Folgen, die künftighaus daraus, daß die Acten nicht herbeizuschaffen, entstehen dürften, an den Königl. Preuß. Hofrath Herrn Heun zu Dresden unter der Rubrik: „Herrschaftl. Ausgleichungs-Sachen“ zu übersenden und die Rückgabe der verzeichneten Acten zu erwarten.

Merseburg, am 18. November 1818.

Königl. Preussische Regierung.

Verordnungen des Königlichen Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Es ist zu unserer Kenntniß gekommen, daß Patrimonialgerichte in dem Reglerungsbezirke Merseburg, der Verordnung vom 6. April 1816 (Merseburg. Amtsblatt 1816. S. 29. und folg.) zuwider, es unterlassen haben, die in ihrem Bezirke vorgefallenen Verbrechen des Todtschlags oder Selbstmords der landrätthlichen Behörde anzuzeigen. Sämmtliche Gerichte werden demnach hierdurch wiederholt angewiesen, den landrätthen ihres Kreises jedesmal eine kurze Anzeige davon zu machen, wenn Selbstmorde zu ihrer Kenntniß kommen, oder etwa todte Leichname aufgefunden werden.

Nr. 32.
Anzeigen über
Morde und
Selbstmorde.

Raumburg, den 6. November 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

Daß die Besetzung der Schulstelle zu Braunsroda erfolgt ist, wird den dabei interessirten Personen, welche darum nachgesucht haben, hiermit bekannt gemacht.
Merseburg, am 5. November 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Druckfehler, Anzeige. Im 45. Stuck des Amtsblatts ist ein Druckfehler stehen geblieben, es heißt nämlich in der Verordnung Nr. 267. Zeile 2 und 3: „in die Königl. deutschen Lande“ statt: „in die Königl. dänischen Lande.“

Der, in dem Monat October 1818, in den nachbenannten zum hiesigen Regierungssitze gehörigen Städten, beifolgender Durchschmitts-Marktpreife des Getreides und anderer Lebensbedürfnisse, in welchen der Staat, Güter,...

[illegible]

Wiesenburg, am 10. November 1818.

Königl. Preuss. Regierung. Erste Abtheilung.

Am t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

48. Stück.

Merseburg, den 5. December 1818.

Allgemeine Gesessammlung.

Das 14te Stück der allgemeinen Gesessammlung enthält unter
 No. 496. Die Bekanntmachung über die Cartel-Convention zwischen Preußen
 und Anhalt-Köthen; und unter
 No. 497. Die Bekanntmachung über die Cartel-Convention zwischen Preußen
 und Neuß-Plauen. Beide vom 6. November 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Aus mehreren, bei der Königl. Regierung eingegangenen, Kammerei-Rechnungen, so wie aus den bei den angestellten Revisionen gemachten Bemerkungen, ist zu entnehmen gewesen, daß von mehreren Stadträthen des hiesigen Bezirks die Kammerei-grundstücke aus freier Hand und ohne öffentliche Ausbietung verpachtet worden sind.

Nr. 275.
 Die öffentliche
 Verpachtung
 der Kammerei-
 grundstücke be-
 treffend.

Dies Verfahren widerspricht nicht nur den bestehenden allgemeinen Verwaltungsgrundsätzen, sondern auch der Natur der Sache. Wenn wir auch annehmen, daß von allen Stadträthen eben so ohne Eigennutz, als ohne verwerfliche Parteilichkeit hierbei verfahren worden sei, so leuchtet es doch deutlich ein, daß kein Stadtrath, wenn er nicht die Verpachtung der Kammerei-grundstücke durch öffentliche Versteigerung bewirkt, sich darüber auszuweisen vermag, daß er die ihm obliegende Pflicht, die Nutzungen des seiner Verwaltung anvertrauten Kammereivermögens zu der möglichsten Höhe zu bringen, in ihrem ganzen Umfange und mit Beseitigung aller Nebenrücksichten erfüllt habe. Wir finden uns daher veranlaßt, in Betreff der Verpachtung der städtischen Kammerei-grundstücke Folgendes hiermit festzusetzen:

1) Wenn ein städtisches Kammerei-grundstück pachtlos wird, so ist solches vor Ablauf der zeitherigen Pachtzeit jedesmal zur anderweiten Verpachtung durch Versteigerung öffentlich auszubieten.

Die Zeit, zu welcher dies geschehen muß, kann im Allgemeinen nicht bestimmte werden, und richtet sich nach der Beschaffenheit des Grundstücks. Jedoch ist die Ver-

kenntmachung in der Maasse zu erlassen, daß nicht nur hinlängliche Zeit vorhanden sei, damit die Bekanntmachung sich überall, wo es erforderlich ist, gehörig verbreite, sondern auch nach dem Licitationstermine, bis zum Eintritte des Pachtens selbst, noch hinreichende Zeit übrig bleibe, um die etwa eintretenden Bedenken zu beseitigen, und nach Befinden Bericht erstatten zu können.

2) Die Bekanntmachung erfolgt, in Hinsicht sämtlicher Grundstücke, durch Aufschlag an dem Rathhause, an den Thoren &c., nicht minder in solchen Städten, in welchen Wochenblätter erscheinen, durch diese.

Wenn aber solche Grundstücke ausgebaut werden, wegen deren Erpachtung wohl auch auswärtige Licitanten herbeigezogen werden könnten, als ganze Güter und Vorwerke, Rathskeller und andere Schenkwirtschaften, größere Leichwirtschaften &c. so muß die Bekanntmachung wenigstens, noch durch den öffentlichen Anzeiger der Regierung erfolgen. Ob eine weitere Bekanntmachung durch andere öffentliche Blätter rathsam sei, bleibt dem Ermessen der Behörden überlassen.

3) Die speciellen Bedingungen, die außer dem durch die Licitation erst sich feststellenden Pachtquantum bei der Verpachtung zu stipuliren sind, müssen gleichzeitig mit dem Patente entworfen und entweder bei den öffentlichen Aufschlägen mit ausgehängt, oder doch auf dem Rathhause zu jedermanns Einsicht bereit gelegt, und den sich auch vor dem Licitationstermine meldenden Pacht Liebhabern unweigerlich und unentgeltlich mitgetheilt, auch muß dies in den Bekanntmachungen mit bemerkt werden.

In letztern ist übrigens, wie sich von selbst versteht, der Anfang und das Ende der Pachtzeit genau auszudrücken, auch die bei jeder Pachtversteigerung festzusetzende Bedingung, daß man sich von Seiten der Stadt die Auswahl unter den Licitanten vorbehalte, mit aufzunehmen.

4) Im Licitationstermine selbst sind aber den sämtlichen sich anmeldenden Licitanten die Pachtbedingungen gehörig bekannt zu machen, und daß dies geschehen, im Protocolle zu bemerken.

In dem letztern ist übrigens nicht, wie in mehreren Städten zeitlich geschehen, das Meistgebot allein zu bemerken, sondern es sind sämtliche Licitanten und die von ihnen geschehenen Gebote einzeln und namentlich aufzuführen. Auch muß zu leichterer Uebersicht über jedes einzelne Grundstück ein besonderes Actenstück angelegt werden.

5) In Folge der vorzubehaltenden Auswahl unter den Licitanten ist nach dem Erfolg der Licitation zu überlegen, ob derjenige, der das höchste Gebot gethan, vermöge seiner Rechtlichkeit, Wirtschaftlichkeit und seines Vermögens, so wie der zu der Bewirtschaftung des Pachtstücks gehörigen Kenntnisse, als hinreichend sicher anzusehen sei.

Ist ihm in dieser Hinsicht nichts entgegen zu sehen, so bewendet es bei dem geschehenen Meistgebote und ist für selbiges die Pachtung zu überlassen.

Im entgegengesetzten Falle aber sind die eintretenden Bedenken den Commun-Repräsentanten mitzutheilen, und ist mit ihnen in Ueberlegung zu ziehen, welches von den andern Licitanten der Vorzug von dem Meistbietenden gegeben werden solle.

In den Städten, in welchen durch freie Wahl der Commun bereits Repräsentanten zur Theilnahme an der städtischen Verwaltung erwählt worden sind, hat es,

wenn der Magistrat mit diesen sich einigt, hierbei sein Bewenden. In allen andern Städten aber, wo noch die vom Rathe gewählten, oder sich selbst ergänzenden Wirtelmeister die Stelle der Commun-Repäsentanten versehen, muß, wenn ein Minderdienender gewählt werden soll, dazu die Genehmigung der Regierung eingeholt werden.

6) Pachtbedingungen, durch welche dem einen oder dem andern Magistratsmitgliede gewisse persönliche Vortheile und Emolumente stipulirt werden sollen, sind, wenn nicht die besondere Genehmigung der Regierung dazu beigebracht wird, null und nichtig.

Dafern aber es irgendwo auf eine rechtmäßige Weise hergebracht wäre, daß die Magistrats-Mitglieder *loco salarii* gewisse Emolumente aus Pacht-Nutzungen zu genießen hätten, so ist darüber besondere Anzeige an den Kreislandrath zu erstatten, welcher die Rechtmäßigkeit solcher Emolumente näher untersuchen, und mit Einsetzung der nöthigen Actenstücke an die Regierung berichten wird. Von letzterer wird dann bestimmt werden, ob das Emolument überhaupt fortbestehen kann, oder ob es ganz oder gegen Entschädigung wegfallen muß.

7) Wenn besondere Umstände die Verpachtung eines Grundstücks oder die Prolongation eines Pachcontracts ohne Licitation rathsam machen, so muß in allen Fällen darüber nach eingeholter Erklärung der Commun-Repäsentanten durch den Landrath an die Regierung Bericht erstattet werden, und zwar zur rechten Zeit, damit, wenn die Regierung ihre Genehmigung nicht erteilte, die öffentliche Verpachtung noch bewerkstelliger werden könne.

8) Da die Erfahrung lehrt, daß die eigene Administration von Grundstücken oder Grundberechtigungen den Kammereien keinen Vortheil bringt, und zu Mißbräuchen von mancherlei Art Veranlassung giebt, so ist über alle Fälle, in welchen noch eine dergleichen Administration bestehe, binnen vier Wochen von Publication dieser Verordnung an, an den Landrath Bericht zu erstatten; auch künftig jedesmal, wenn ein zeitlich verpachtet gewesenes Grundstück von dem Stadtrathe selbst administriert werden soll, die besondere Genehmigung der Regierung durch den Landrath einzuholen.

Hiernach haben sich sämtliche Stadträthe in den ehemals Sächsischen Städten unsers Bezirks, indem es in Hinsicht der ehemals Westphälischen Städte bei den diesfalls bereits bestehenden Einrichtungen bewendet, — sich zu achten, oder bei Uebertretung dieser Vorschriften zu gewärtigen, daß die von ihnen willkürlich geschlossenen Contracts werden aufgehoben, und die Contrahenten, welche zugleich hierdurch unterrichtet werden, daß die Magisträte zu dergleichen willkürlichen Verpachtungen kein Recht haben, mit ihrer Entschädigung an sie werden gewiesen werden. Zugleich behalte sich die Regierung im Uebertretungsfalle die Dictirung von Ordnungsstrafen und die sonst nöthigen Verfügungen vor, indem sie diesen Gegenstand überhaupt und bei den Revisionen der Stadträthe insbesondere zu einem Gegenstand ihrer besondern Aufmerksamkeit machen wird.

Die Herren Landräthe aber werden angewiesen, sich von den Magisträten ein Verzeichniß sämtlicher städtischen Kammereigrundstücke mit der Angabe, wie sie

gegenwärtig kennt, und wenn sie pachtlos werden, überreichen zu lassen, selbiges nach Befinden weiter zu prüfen, und darauf auf das strengste zu halten, daß obiger Verfügung vollständig nachgekommen werde, auch zu Michaelis künftigen Jahres der Regierung über den Erfolg Bericht zu erstatten.

Merseburg, am 19. November 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Nr. 274

Die Belohnung derer, welche Baumfrevler anzeig-
gen.

Unterm 30. April d. J. (im 41. Stück unsers diesjährigen Amtsblatts) haben wir verordnet,

daß jeder Baumfrevler mit 10 Thlr. an Gelde, oder im Fall des Unvermögens mit 14tägigem Gefängnisse bestraft werden und der Denunciante die Geldstrafe erhalten solle.

In Gemäßheit einer unter dem 16. v. M. erfolgten Bestimmung des Königl. hohen Ministerii des Innern machen wir mit Bezug hierauf bekannt:

daß, wenn der Baumfrevler mit Gefängnißstrafe belegt wird und die Geldstrafe also zu erlegen außer Stande sich befindet, dem Denunciante eine Belohnung von 5 bis 10 Thln., nach Maaßgabe der Größe des entdeckten Frevels, aus unserer Hauptkasse zugebilligt werden wird.

Merseburg, den 19. November 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Dienstanstellungen und Beförderungen.

Der Candidat der Mathematik und Feldmesser, Karl August Ferdinand Meibach aus Wittenberg, ist als Regierungs-Conducteur angestellt worden.

Merseburg, den 9. November 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

49. Stück.

Merseburg, den 12. December 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nachdem durch eine Verfügung des Königl. Finanz-Ministerii vom 5. v. M. Nr. 275. die Ausgangsabgaben von dem aus dem Steuer-Districte Halle erweislich in das Herzogthum Sachsen gehenden Flach und Hanf aufgehoben worden sind, halten wir für nöthig, die von den Königl. Höhen Ministerien des Handels und der Finanzen wegen der Besteuerung des Flachses 1c. im gedachten Districte erlassenen Bestimmungen in Folgendem zusammenzufassen und bekannt zu machen.

Im Steuer-Districte Halle sind Flach, Hanf, Werg und Heede, leinenes rohes, gebleichtes und gefärbtes Garn frei von der Consumtionssteuer.

Bei dem Eingange sind Flach, Hanf, Werg und Heede, so wie rohes leinenes Garn ebenfalls frei, gebleichtes und gefärbtes leinenes Garn und Zwirn zahlen hingegen 1 Thlr. vom Centner Eingangszoll, mit Wegfall des Ersatzzolls.

Bei dem Ausgange zahlen Flach, Hanf, Werg und Heede 16 Gr. vom Centner, rohes leinenes Garn 4 Gr. vom Centner und gebleichtes leinenes Garn 1 Thlr. vom Centner Ausgangszoll. Gefärbtes leinenes Garn und Zwirn sind bei dem Ausgange abgabenfrei zu lassen.

Bei dem Durchgange dieser Gegenstände wird der früher bestandene Durchgangszoll nach Pferdebeladungen 1c. erhoben.

Das im Herzogthum Sachsen gefertigte Garn, welches mit richtigen Ursprungs-Bescheinigungen eingeht, bleibt frei vom Eingangs- und Ersatzzoll.

Wenn Flach, Hanf, Werg und Heede erweislich in das Herzogthum Sachsen zur Verarbeitung ausgeführt wird, so gehen diese Gegenstände abgabenfrei dahin aus. Damit jedoch diese Befreiung nicht gemißbraucht werden kann, um den Flach 1c. mit Umgehung der Ausgangsabgabe durch das Herzogthum Sachsen in das Ausland zu führen, so ist

- 1) die abgabenfreie Ausfuhr des Flachses, Hanfs; Wergs und der Heede nur dann zu gestatten, wenn die Käufer sich durch Zeugnisse der Accise-Commissarien oder Accise-Inspectoren als Fabrikanten und Handwerker legitimiren.

ren, welche im Herzogthum Sachsen ansässig sind und jene Gegenstände zum eignen Bedarf ankaufen;

- 2) sind über dergleichen Transporte Begleitscheine mitzugeben, welche auf ein städtisches Accise-Amt des Herzogthums Sachsen gerichtet sind.

Mit diesem Begleitscheine ist der Flachs u. c. bei dem benannten Accise-Amt zur Revision zu stellen, von dem letztern sodann der Begleitschein abzunehmen und, mit dem Eingangsatteste versehen, an das Ausstellungsamt zurückzusenden.

Die Accise-Ämter in dem zum Herzogthum Sachsen gehörigen Theile unsers Bezirks haben über die abgenommenen Begleitscheine ein Register zu führen, um über diese Verwendungen nöthigenfalls Auskunft erteilen zu können.

Merseburg, den 21. November 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 276.

Die Verkeu-
rung der aus
den westlichen
Provinzen
kommenden
Waaren.

Da die Allerhöchsten Zoll- und Steuergesetze vom 26. Mai d. J. in den westlichen Provinzen des Königl. Preuß. Staats, den Provinzen Westphalen, Kleve, Jülich, Berg und Nieder-Rhein bereits in Ausübung gekommen sind, so machen wir die Zoll-, Accis- und Consumtionssteuer-Beamten unsers Departements auf nachstehende, in der Allerhöchsten Verordnung über transitorische Bestimmungen in Absicht des innern Verkehrs u. c. vom 26. Mai d. J. (Gesetzsammlung für das laufende Jahr Seite 145.) enthaltene Vorschriften aufmerksam:

- „2) Bei dem Verkehr der westlichen Provinzen mit den östlichen werden:

- a) inländische, in den westlichen Provinzen erzeugte oder verfertigte Getränke und Eßwaaren, auch Tabak bei dem Eingange in die östlichen Provinzen in der bisherigen Art noch so lange behandelt, als dieselben in beiden landestheilen noch nicht nach gleichen Grundsätzen besteuert sind; alle andern natürlichen und künstlichen Erzeugnisse der westlichen Provinzen gehen dagegen auf Ursprungs-Bescheinigungen schon von jetzt an frei in die östlichen Provinzen ein;
- b) ausländische Gegenstände, welche aus den westlichen Provinzen in die östlichen zum Verbrauch versendet werden und deren Einföhrung nicht in diesen, einem noch bestehenden Verbotsgefetze zuwider ist, werden mit den Gefällen fernerweit belegt, welche darauf ruhen, jedoch nach Abzug des Betrags der Abgaben, welche in den westlichen Provinzen davon erweislich schon bezahlt sind.

Diese Festsetzung gilt jedoch nur, bis auch das Gesetz über den Zoll und die Verbrauchssteuer in den östlichen Provinzen in Kraft getreten ist.“

Nach diesen Vorschriften haben sich die Beamten bei der Behandlung der aus den westlichen Provinzen eingehenden Waaren genau zu achten.

Merseburg, am 24. November 1818.

Dem Handel treibenden Publikum im Herzogthum Sachsen wird hierdurch, in Gemäßheit einer Festsetzung des Königl. Hohen Finanz-Ministerii vom 25. Juli d. J., nachrichtlich eröffnet, daß, nach erfolgter Aufhebung der Privat-Binnenzölle, nunmehr von den nach Schlesien gehenden inländischen Waaren der dortige Einfuhrzoll nicht weiter erhoben werden darf, sofern die dahin declarirten Gegenstände gehörig bezeichnet und die Collis, worin sie sich befinden, vorschriftsmäßig verbleibt sind.

Nr. 277.
Wegfall des
Schlesischen
Einfuhrzolls
von inländisch.
Gegenständen.

Merseburg, den 30. November 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Auf Befehl des Königl. Geheimen Staats-Ministerii vom 2. d. M. wird hierdurch bekannt gemacht, daß die allerhöchste Verordnung über transitorische Verordnungen in Absicht des innern Verkehrs und der Nachsteuer von ausländischen Waaren vom 26. Mai d. J. im Betreff der Nachversteuerung von solchen Vorräthen ausländischer Waaren, welche zum Wiederverkauf bestimmt sind und von welchen nicht bereits eine Verbrauchs-Abgabe an die Staatskasse erlegt worden, welche derjenigen gleich ist, die der neue Tarif festsetzt, auch auf die östlichen Provinzen des Staats, die Provinzen: Preußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Posen und Sachsen, Anwendung finden soll und zwar in folgender Art:

Nr. 278.
Die Nachver-
steuerung von
den Beständen
an ausländi-
schen Waaren.

Die Bestände an ausländischen Waaren, welche Gewerbetreibende in den östlichen Provinzen besitzen, sind einer Nachversteuerung unterworfen, wobei folgende Modalitäten statt finden:

- 1) die Verpflichtung zur Entrichtung der Nachsteuer erstreckt sich nicht auf den Einfuhrzoll, sondern blos auf die Verbrauchssteuer und nur auf Vorräthe, welche zum Handel bestimmt sind, wenn solche
 - a) bei Waaren, welche mit weniger als 1 Zhr. 12 gr. Verbrauchssteuer vom Centner belegt sind, zehn Centner und darüber betragen;
 - b) bei Waaren, die mit 1 Zhr. 12 gr. bis 4 Zhr. einschließlich an Verbrauchssteuer vom Centner belegt sind, drei Centner und darüber betragen,
 - c) bei Waaren, die mit mehr als 4 Zhr. Verbrauchssteuer vom Centner belegt sind, mehr als einen halben Centner betragen,
 - d) bei Waaren, welche nach Dutzenden im Tarif angesetzt sind, über ein Duzend betragen;
 - e) bei Waaren, welche nach Stücken im Tarif angesetzt sind, je nachdem die Steuer für das Stück über 5 Zhr. 8 gr. oder bis 5 Zhr. 8 gr. und weniger beträgt, wenn im ersten Falle drei Stücke und darüber, im zweiten Falle zehn Stücke und darüber vorhanden sind;
 - f) bei Flüssigkeiten, welche nicht nach dem Gewichte versteuert werden, finden die unter a. b. c. gegebenen Bestimmungen in der Art Anwendung, daß dabei ein Berliner Quart für zwei Pfunde gerechnet wird;
- 2) die Versteuerung soll auf den Grund einer Declaration geschehen, welche der Wa-

nchen Aufforderung, schriftlich bei derselben einreichen oder weshalb er innerhalb der Zeit eine Verlängerung dieser Frist nachsuchen und als nothwendig begründen muß;

3) Revisionen der Waarenlager können bei erheblichem Verdachte durch die Behörden angeordnet und unrichtig befundene Angaben sollen nach den Bestimmungen der Steuer-Ordnung über die Verpflichtungen, richtige Declarationen abzugeben, geahndet werden;

4) zur Erlegung der Steuer sollen die Regierungen billige Fristen bewilligen;

5) der Betrag der Consumtionssteuer, welcher erweislich von vorhandenen Waaren schon an die Staatskassen entrichtet ist, soll bei der Nachsteuer abgerechnet werden.

6) es steht jedem Waaren-Inhaber frei, zu erklären, daß er die vorräthigen Waaren nach dem Auslande versenden wolle. In diesem Falle muß er solches innerhalb sechs Monaten bewerkstelligen oder die Waare in Packhofs-Städte auf das öffentliche Lager bringen. Wird in gehöriger Zeit und Form die Wiederausführung der Waare bescheinigt, so fällt die Entrichtung der Nachsteuer davon weg.

In Gemäßheit dieser höchsten Bestimmungen fordern wir die Gewerbetreibenden des hiesigen Regierungs-Bezirks auf, diejenigen zum Handel bestimmten Bestände an ausländischen Waaren, von welchen bis jetzt entweder gar keine oder eine geringere Verbrauchs-Abgabe entrichtet worden ist, als der neue Tarif festsetzt, Behufs der Nachversteuerung offen und treulich zu declariren, sobald sie von den Ortsbehörden dazu werden aufgefordert werden, und uns dadurch der Anordnung zur Revision der Waarenlager und zu andern unvermeidlichen Maasregeln, zu überheben, zu deren Anwendung wir nur ungern schreiten würden.

Die Privat-Personen warnen wir hierdurch, keine Waaren-Vorräthe der Gewerbetreibenden, ohne Anzeige bei der Accis-Behörde ihres Wohnorts bei sich aufzunehmen, indem sie außerdem als Theilnehmer der dadurch begünstigten Defraudationen würden zur Untersuchung gezogen und bestraft werden müssen.

Nachrichtlich bemerken wir noch zu §. 6. daß im hiesigen Regierungs-Bezirk bis jetzt nur zu Halle ein Packhof besteht.

Die Steuerbeamten werden über diese Nachversteuerung besonders instruiert werden.

Merseburg, am 4. December 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nachstehende Bekanntmachung des Königlich Geheimen Staats-Ministerii:

In dem Gesetze vom 26. Mai d. J. über den Zoll und die Verbrauchssteuer von ausländischen Waaren und über den Verkehr zwischen den Provinzen des Staats §. 29. ist es einer besondern Bekanntmachung vorbehalten, den Tag zu bestimmen, mit welchem die Anordnungen desselben in den östlichen Provinzen des Staats in Kraft treten sollen. Diesem gemäß wird hiermit ver-

Nr. 279.
Die Zusätze
zum des neuen
§. 29. und
Steuererlasses
vom 26. Mai
d. J.

1) Vom 1. Januar 1819 an, soll das Gesetz vom 26. Mai d. J. über den Zoll und die Verbrauchssteuer von ausländischen Waaren und über den Verkehr zwischen den Provinzen des Staats, nebst dem dazu gehörigen Tarif unter A. und der Zoll und Verbrauchs-Steuerordnung von demselben Tage in den Provinzen Preußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schleßen, Posen und Sachsen Kraft des Gesetzes haben und darnach verfahren werden.

2) In Ansehung der Bestimmung §. 16. des Gesetzes ist jedoch zu bemerken, daß beim Schlachtvieh und bei einigen anderen inländischen, mit Abgaben ungleich belegten, Gegenständen, die Beschränkungen noch fortdauern, welche zur Sicherung der Gefälle erforderlich sind, wenn solche in Städte eingehen, wo die Accise-Einrichtung von 1787 und das Consumtion-Steuer-Edict vom 28. October 1810 bis jetzt in Anwendung geblieben ist.

Es wird eine besondere Verordnung deshalb annoch ergehen.

Gegeben Berlin, den 2. December 1818.

(L. S.)

Königl. Geheimtes Staats-Ministerium.

44.) v. Kirchheim. v. Bülow. v. Schuckmann. v. Dopen.

v. Lottum. v. Klewig. Fries.

Bekanntmachung wegen Einführung
des Gesetzes vom 26. Mai d. J. in
die bistischen Provinzen.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht und dabei bemerkt, daß die zuletzt erwähnten Gesetze von den Jahren 1787 und 1810 in den ausländischen Provinzen rechts der Elbe bestehen, und daß daher die diesfallige Bestimmung diejenigen Einwohner des hiesigen Regierungsbezirks angehet, welche Verkehr dahin treiben.

Uebrigens wird noch durch eine besondere Bekanntmachung zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden, welche von den im hiesigen Regierungsbezirke jetzt noch bestehenden indirecten Abgaben mit der Ausführung des neuen Steuergesetzes werden in Wegfall kommen, oder beibehalten werden.

Merseburg, den 14. December 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Für diejenigen Einwohner des hiesigen Regierungsbezirks, welche in die ausländischen Provinzen rechts der Elbe Verkehr treiben, wo die Accisgesetze vom Jahr 1787 und das Consumtionssteuer-Edict vom 28. October 1810 gültig sind, wird folgende Festsetzung des Königl. Geheimten Staats-Ministerii:

Vom 1. Januar d. J. an bis dahin, daß durch die in der Bekanntmachung des gedachten hohen Staats-Ministerii vom 2. d. M. in Bezug genommene Verordnung fernere Aenderungen und Aufhebungen mehrerer Bestimmungen erfolgen werden.

Nr. 280.

Die Festsetzung der Accisfreigaben von inländischen Gegenständen in den ausländischen Provinzen rechts der Elbe.

von 1787 und das Consumtionssteuer-Edict vom 28. October 1810 angesetzt, die bisherige Accise und der Consumtionssteuer-Nachschuß nur noch vom inländischen Brantweine und von liqueurs, vom Biere, Essig, Tabak, Schlachtvieh, ausgeschlachtetem Fleische und Fleischwaaren, vom Mehl und von Mehlwaaren, auch von Brennmaterialien, nach den gegenwärtigen Sätzen, einschließlich der Communal-Abgaben; vorerst noch erhoben und bei dem Eingange controlirt werden, wenn genannte Objecte in die gedachten Städte, sei es aus einer andern Provinz, oder aus Städten, in welchen eine andere Accise-Einrichtung besteht, oder vom platten Lande eingebracht werden.

hierdurch bekannt gemacht.

Merseburg, den 4. December 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 281.
Den Abdruck
der neuen
Steuer Gesetze
betr.

Obwohl das Allerhöchste Steuergesetz vom 26. Mai d. J. nebst dem Tarif unter A. und der Zoll- und Verbrauchssteuer-Ordnung bereits durch die Gesetzsammlung bekannt gemacht worden sind, so werden solche doch, damit das Publikum noch mehr Gelegenheit hat, sich mit denselben bekannt zu machen, nachstehend und in den nächstfolgenden Stücken auch durch das Amtsblatt bekannt gemacht.

Merseburg, den 4. December 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

G e s e t z

über den Zoll und die Verbrauchssteuer von ausländischen Waaren und über den Verkehr zwischen den Provinzen des Staats.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. u.

Haben bereits durch die Finanz-Gesetze vom 27. October 1810 und 7. September 1811 die Vorzüge einer einfachen Steuerverfassung anerkannt. Eine gründlich verbesserte Finanz-Gesetzgebung kann sich jedoch um so mehr nur allmählig entwickeln, als der Staatsbedarf niemals dem Zufalle preis gegeben werden darf.

Die bisher erwogene Verbesserungen des Steuerwesens beruhen auf besondern Verhältnissen des Innern, und unterliegen noch der nähern Prüfung. Allgemein und klar zeigt sich aber schon jetzt das Bedürfnis, die Beschränkungen des freien Verkehrs zwischen den verschiedenen Provinzen des Staats selbst aufzuheben, die Zolllinien überall auf die gegenwärtigen Grenzen der Monarchie vorzurücken, auch durch eine angemessene Besteuerung des äußern Handels und des Verbrauchs fremder Waaren, die inländische Gewerbsamkeit zu schützen, und dem Staate das Einkommen zu sichern, welches Handel und Luxus, ohne Erschwerung des Verkehrs, gewähren können.

Wir haben alle sich hierauf beziehenden und zu Unserer Kenntniß gekommenen Verhältnisse sorgfältig prüfen lassen, und verordnen, nachdem Wir darüber das Gutachten Unsers Staatsraths vernommen haben, deshalb nunmehr wie folgt:

§. 1.

Alle fremde Erzeugnisse der Natur und Kunst können im ganzen Umfange des Staats eingebracht, verbraucht und durchgeführt werden.

§. 2.

Allen inländischen Erzeugnissen der Natur und Kunst wird die Ausfuhr verstatet.

§. 3.

Ausnahmen hiervon sind zulässig aus polizeilichen Rücksichten, und auf bestimmte Zeit.

§. 4.

Der Verkehr mit Salz und Spielkarten ist, nach den besondern Anordnungen deshalb, zu beurtheilen.

§. 5.

Die vorstehend ausgesprochene Handelsfreiheit soll den Verhandlungen mit andern Staaten in der Regel zur Grundlage dienen.

Erleichterungen, welche die Unterthanen des Staats in andern Ländern bei ihrem Verkehr genießen, sollen, soweit es die Verschiedenheit der Verhältnisse gestattet, erwidert, und zur Beförderung des wechselseitigen Verkehrs, sollen, wo es erforderlich und zulässig, besondere Handelsverträge geschlossen werden.

Dagegen bleibt es aber auch vorbehalten, Beschränkungen, wodurch der Verkehr der Unterthanen des Staats in fremden Ländern wesentlich leidet, durch angemessene Maaßregeln zu vergelten.

§. 6.

Bei der Einfuhr wird von fremden Waaren ein Zoll erhoben, der in der Regel einen halben Thaler für den Preussischen Centner beträgt.

Die Waaren, welche, von dieser Regel ausgenommen, zollfrei eingehen, oder mit niedrigern oder höhern Zollsätzen belegt sind, weist der Tarif (die Erhebungsrolle) besonders nach.

§. 7.

Bei der Ausfuhr gilt die Zollfreiheit als Regel. Die Ausnahmen ergiebt der Tarif.

§. 8.

Außer dem Einfuhrzoll soll von mehreren fremden Waaren des Auslandes,

I. Verkehr mit dem Auslande.

1. Allgemeine Grundsätze.

a. Einfuhr und Verbrauch der fremden Waaren.

2. Ausfuhr inländischer Erzeugnisse.

3. Ausnahmen hiervon.

a. allgemeine wegen polizeilicher Rücksichten.

b. besondere für Salz und Spielkarten.

3. Besondere Verhältnisse d.

Verkehrs mit einzelnen auswärtig. Staaten.

a. welche den dieselb. Handelsverkehr erleichtern.

b. oder denselben erschweren.

b. oder denselben erschweren.

b. oder denselben erschweren.

b. oder denselben erschweren.

II. Abgaben vom Handel mit dem Auslande.

1. Zölle.

a. Einfuhrzölle.

a. Einfuhrzölle.

a. Einfuhrzölle.

a. Einfuhrzölle.

a. Einfuhrzölle.

a. Einfuhrzölle.

Diese Steuer soll bei Fabric- und Manufactur-Waaren des Auslandes, je nach dem Hundert des Werths nach Durchschnittspreisen, in der Regel, nicht übersteigen; sie soll aber geringer sein, wo es, unbeschadet der inländischen Gewerbsamkeit, geschehen kann.

Die Waaren, welche der Verbrauchssteuer unterworfen sind, benennet der Tarif.

5. Besondere Bestimmungen für beiderlei Abgaben.

a. Erhebungs- Art.

b. Siegel- und Zettelgelder.

c. Tarife.

d. Zoll- und Verbrauchssteuer-Ordnung.

4. Behandlung des Transits-Durchs.

a. Erleichterung der Durchfuhr
aa. durch Erlaubnis zum Umladen und Lagern.

bb. durch Ermäßigung der Durchfuhrgebühren in bestimmten Fällen.

§. 9.

Die Erhebung dieser Gefälle geschieht nach Gewicht, Maasß oder Stückzahl.

§. 10.

Außer den Gefällen sind, wenn Waaren nach den Vorschriften der besondern Zoll- und Steuerordnung mit Begleitscheinen versehen, oder mit Verschluss belegt werden, die im Tarife bestimmten Zettel- und Siegelgelder zu entrichten.

§. 11.

Nach diesen Grundsätzen ist:

ein Tarif für die östlichen Provinzen, nämlich: Preußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Posen und Sachsen, unter A;

ein Tarif für die westlichen Provinzen, nämlich: Westphalen, Cleve, Jälich, Berg und Nieder-Rhein, unter B.;

eine Zoll- und Verbrauchssteuer-Ordnung, welche die Maasregeln zur Sicherung der Einnahme und zum Schutze des inländischen Gewerbleißes durch Aufsicht an den Grenzen, und die dabei stattfindenden Controlen und Formen, auch die Folge der Uebertretung dieser Vorschriften bestimmte,

vollzogen und gegenwärtigem Gesetze beigelegt worden.

§. 12.

Von Gegenständen, die nicht im Lande bleiben, sondern bloß durchgeführt werden, wird als Durchfuhrabgabe nur der Einfuhr- und Ausfuhrzoll nach dem Tarif erhoben.

§. 13.

Gegenstände der Durchfuhr können innerhalb des Landes unter der geordneten Aufsicht umgeladen, auch, der Expedition oder des Zwischenhandels wegen, gelagert werden, ohne deshalb eine Verbrauchssteuer zu zahlen.

§. 14.

In nachstehenden Fällen findet ausnahmsweise eine Verminderung der Zollgefälle bei der Durchfuhr statt:

a) In den östlichen Provinzen sollen alle Gegenstände, welche im Tarife mit

oder bei der Ausfuhr, oder bei beiden zusammen genommen, belegt sind, dennoch überhaupt nur einen halben Thaler für die Durchfuhr entrichten, wenn sie links der Oder eingehen, und entweder unmittelbar, oder auch nach vorgängiger Lagerung, zur Expedition oder zum Zwischenhandel auch wiederum links der Oder ausgeführt werden.

Bei der Landfracht kann dieser verminderte Zoll, wo es zulässig besunden wird, nach Pferdebeladungen bestimmt und erhoben werden.

- b) Eben diese Ermäßigung des Zolls gilt für Waaren, die mit der Bestimmung zur Frankfurter und Naumburger Messe links der Oder eingehen, und von dieser Messe auch wiederum links der Oder ausgeführt werden.
- c) Auch gilt dieselbe Ermäßigung für Waaren, welche scwärts durch die Oder-Mündungen einkommen, und links der Oder ausgehen.

§. 15.

Wo außerdem in Folge besonderer Nothwendigkeit eine Ermäßigung der Zollsätze bei der Waaren-Durchfuhr begründet ist, wird solche besonders angeordnet und bekannt gemacht werden.

§. 16.

Der Verkehr im Innern soll frei sein, und keine Beschränkungen desselben zwischen den verschiedenen Provinzen oder Landesteilen des Staats künftig statt finden.

III. Verkehr im Innern.
1. Freiheit des Verkehrens.

§. 17.

Alle Staats-, Communal- und Privat-Binnenzölle, welche hin und wieder noch bestehen, fallen daher weg, und zwar mit dem Tage, wo dieses Gesetz in Kraft tritt.

2. Aufhebung der Binnenzölle.
a. der Binnenzölle.
b. der Communal- und Privatabgaben v. Handel und v. der Consumtion.

§. 18.

Auch auf Communal- oder Privat-Handels- und Consumtions-Abgaben von ausländischen Waaren erstreckt sich die vorbestimmte Aufhebung.

§. 19.

Ist indessen die Communal- oder Privat-Erhebung (§. 17. und 18.) durch specielle lästige Erwerbs-Zitel begründet, so wird dafür sofort ein Ersatz nach dem Durchschnitts-Betrage des reinen Einkommens aus den drei letzten Jahren ermittelt, und zur Zahlung in monatlichen Raten auf die Regierungskassen angewiesen.

c. beides mit Entschädigung in beider Fällen.

§. 20.

Die Rhein-Octroi-Gefälle, die Elb- und Weserzölle, und alle andere wohlbegründete Erhebungen und Leistungen, welche zu Unterhaltung der Stromschiffahrt und Flößerei, der Ränste, Schleusen, Brücken, Zähren, Kunststraßen, Wege, Häfen, Leuchtthürme, Seezeichen, Krahne, Waagen, Niederlagen und anderer Anstalten für die Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind, gehören nicht zu den §. 17. und 18. aufgehobenen Abgaben, und bleiben vielmehr für jetzt ausdrücklich vorbehalten.

3. Vorbehalt wegen Unterhaltung der Communicationen-Abgaben.

4. besondere Vorschriften für den Verkehr zwischen den östlichen u. westlichen Provinzen.
a. wegen Nachbesserung d. Weins.
b. wegen fremder Waaren, welche aus einem Landestheile in den andern abetreiben.
aa. zum Verbrauch.

§. 21.

Wird der in den westlichen Provinzen gewonnene Wein aus diesen zur Verzehung in die östlichen Provinzen versendet, so wird ausnahmsweise davon in letzteren ein Nachschuß an Verbrauchssteuer von Zwei und einem halben Thaler vom Eimer erheben, so lange eine Gleichstellung der Steuer von fremden Weinen in beiden Landestheilen, aus Rücksichten auf den Weinhandel, nicht thunlich ist.

§. 22.

Fremde, bloß zollpflichtige Gegenstände, die den völligen tarlfmäßigen Einfuhrzoll, und fremde zugleich auch verbrauchssteuerpflichtige Gegenstände, welche auch die Verbrauchssteuer in den östlichen oder in den westlichen Provinzen entrichtet haben, werden bei der Versendung aus einem dieser beiden Haupttheile des Staats in den andern, wie einländische angesehen und behandelt.

§. 23.

bb. zur Durchfuhr.

Fremde, bloß zur Durchfuhr durch beide Ländertheile bestimmte Gegenstände erlegen nur einmal den Ein- und Ausfuhrzoll, und zwar nach dem vollen Tarifsatz derjenigen Provinz, welche sie bei der Einfuhr und bei der Ausfuhr zuerst berühren.

§. 24.

5. besondere Vorschriften wegen der eigentümlicher Landestheile.

Abgesondert gelegene, auch vorspringende Landestheile, für welche besondere Verhältnisse es erfordern, können von Entrichtung des Zolles und der Verbrauchssteuer für fremde Gegenstände ausgeschlossen bleiben, und in dieser Beziehung eigne, der Dertlichkeit angemessene Verfassungen erhalten.

Der Verkehr solcher Landestheile mit dem übrigen Inlande unterliegt den Beschränkungen, welche dieses Verhältnis erfordert.

§. 25.

1. Allgemeine Bestimmungen.

Abänderungen des Tarifs können, der Regel nach, nur nach den in diesem Gesetz ausgesprochenen Grundsätzen geschehen.

2. Revision des Tarifs.

Mit Rücksicht hierauf und auf die Veränderungen der Waarenpreise soll der Tarifsatz alle drei Jahr berichtet, und der Tarif selbst alsdann jedesmal landesherrlich vollzogen und vollständig von neuem herausgegeben werden.

§. 26.

3. Erläuterungen des Tarifs.

Erläuterungen des Tarifs, welche von Einfluß auf die Steuerpflichtigen sind, sollen nur jährlich auf einmal ausgesprochen, wenigstens 8 Wochen vor dem 1. Januar zur öffentlichen Kenntniß gebracht, und erst von diesem Tage ab, angewandt werden.

§. 27.

4. Aufhebung der Exemtionen.

Eine Befreiung von den durch dieses Gesetz bestimmten Abgaben, oder eine Schadloshaltung wegen etwa behaupteter Exemtionen, findet nicht statt.

§. 28.

Bei der Auslegung dieses Gesetzes und seiner Beilagen soll nirgends auf die ^{4. Ausdrückung dieses Gesetzes.} altern Steuergesetze zurückgegangen, sondern nur in Anwendung gebracht werden, was wegen Auslegung zweifelhafter Gesetze im Allgemeinen vorgeschrieben ist.

§. 29.

Die Anordnungen dieses Gesetzes treten in den drei westlichen Provinzen, so- ^{5. Vollziehung desselben.} bald das Gesetz bekannt gemacht worden, in den sieben östlichen Provinzen aber erst mit dem Tage in Kraft, welchen eine besondere Bekanntmachung des Staats-Ministeriums annoch bestimmen soll.

Wir befehlen allen Unsern Unterthanen und Beamten, sich nach dem Inhalte dieses Gesetzes in allen Punkten genau zu achten.

Urkundlich ist dasselbe von Uns eigenhändig vollzogen und mit Unserm Königl. chen Insiegel bedrückt worden.

Gegeben Berlin, den 26. Mai 1818.

(L. S.)

Friedrich Wilhelm.

C. Fürst v. Hardenberg. v. Altenstein.

Beglaubigt: Friesse.

Verordnungen des Königl. Ober-Landes-Gerichts zu Raumburg.

Mit Rücksicht auf unser Publicandum vom 26. Juni c.

wegen des bei Erhebung der, den Untergerichten festgesetzten Commissions-
Gebühren aus unserer Salarienkasse, zu beobachtenden Verfahrens,

weisen wir die Untergerichte des uns anvertrauten Departements an, die der Sa-
larienkasse des Ober-Landesgerichts zuzufertigenden Quittungen nicht im Namen ihrer
Sportulasse oder der Sportul-Erheber, sondern im Namen des Gerichts selbst,
auszustellen, da auf diese Art hier die Eintragungen in das Commissions-Gebüh-
renbuch geschehen, und die der Salarienkasse zugehenden General-Zahlungs-Man-
date hierauf gerichtet werden und lauten.

Nur die formirten Gerichte machen hiervon eine Ausnahme, und bei ihnen kann
die Quittung Namens ihrer Salarienkasse ausgestellt werden.

Raumburg, den 21. November 1818.

Königl. Preuß. Ober-Landes-Gericht.

Nr. 33.

Quittungen
über Commis-
sionsgebühren.

P u b l i c a n d u m.

Seine Königl. Hoheit der Prinz August von Preußen ic. unser gnädigster Herr, haben die Depositat - Verwaltung der Patrimonialgerichte der Ämter Schraplau, Egdorf, Groß-Derner und Hederleben einrichten lassen, und zu Verwaltern dieses Depositorii den Justizamtmann Weinmann, den Gerichts - Assessor Rabe und den Burgemeister Sturm zu Schraplau ernannt, dergestalt, daß diese Beamten über die Deposita gedachter Ämter gültig quittiren können, und nur die von solchen gemeinschaftlich ausgestellten und unterschriebenen Quittungen für gültig erachtet werden sollen, welches dem Publikum hierdurch zur Nachricht bekannt gemacht wird.

Berlin, den 12. November 1818.

Er, Königl. Hoheit des Prinzen August von Preußen
 Domainen - Kammer.

A m t s - B l a t t

der

Königlichen Regierung zu Merseburg.

50. Stück.

Merseburg, den 29. December 1818.

A.

Zoll- und Verbrauchssteuer-Tarif
für die Provinzen Preußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Posen und Sachsen.

E r s t e A b t h e i l u n g.

Gegenstände, welche gar keiner Abgabe unterworfen sind.

- 1) Ganz frei von dem Zolle, und von der Verbrauchssteuer bleiben:
 - a) Bäume, zum Verpflanzen, und Reben;
 - b) Bienenstöcke mit lebenden Bienen;
 - c) Branntweinspülch;
 - d) Dünger (Thierischer oder Stall-);
 - e) Eier;
 - f) Erzeugnisse des Ackerbaues und der Viehzucht, eines einzelnen, von der Grenze durchschnittenen Landguts;
 - g) Fische und Krebse (frische);
 - h) Futterkräuter und Heu;
 - i) Gartengewächse (frische), alle Blumen, Gemüse und Krautarten, Eichorien (ungetrocknere), Kartoffeln und Rüben;
 - j) Geflügel und kleines Wildpret aller Art;
 - k) Gold und Silber, gemünzt, in Barren und Bruch;
 - l) Hefen oder Wärme;
 - m) Hausgeräthe (gebrauchtes), von Anziehenden zur eigenen Benutzung;
 - n) Holz, (Drenn- und Nugholz), welches zu Lande verfahren wird, und nicht nach einer Holzablage zum Verschiffen bestimmt ist, Reisig und Wiesenraus, Flechtweiden;

- 15) Kleidungsstücke der Reisenden, auch deren Reisegeräte und Victualen zum Reiseverbrauch;
- 16) Lohfuchsen, (ausgelaugte Lohse als Brennmaterial);
- 17) Milch;
- 18) Obst (frisches);
- 19) Röhre und Schilf;
- 20) Sämereien, für welche nicht namentlich ein Tariffass ausgeworfen ist;
- 21) Sand, Lehm, Mergel, und andere gewöhnliche Erdbarten, die nicht mit einem Zolle namentlich betroffen sind;
- 22) Steine (alle behauene und unbehauene Bruch-), Schiefer-, Ziegel- und Mauersteine, bei dem Landtransport, insofern sie nicht nach einer Ablage zum Verschiffen bestimmt sind;
- 23) Stroh, Spreu, Häckerling;
- 24) Thiere (alle lebende), für welche kein Tariffass ausgeworfen ist;
- 25) Torf und Braunkohlen;
- 26) Trebern, Trester.

Zweite Abtheilung.

Gegenstände, welche dem Zolle und welche der Verbrauchssteuer unterworfen sind.

Zwölf gute Groschen, oder ein halber Thaler vom Preussischen Zentner, wird in der Regel bei dem Eingange an Zoll, und weiter gar keine Abgabe, weder bei der Wiederausfuhr, noch bei dem Verbräuche im Lande erhoben.

Ausnahmen hievon treten bei allen Gegenständen ein, welche entweder nach dem Vorhergehenden ganz frei, oder nach dem Folgenden, andern Abgabe-Sätzen namentlich unterworfen sind.

Zu den letzten gehören diejenigen Gegenstände, welche

- a) einem geringeren oder höherem Einfuhrzolle, als einen halben Thaler, vom Zentner unterworfen sind, oder auch bei der Einfuhr unbelastet bleiben sollen;
- b) bei der Ausfuhr mit einem Zolle belegt sind;
- c) bei dem Verbleiben im Lande, neben dem Eingangs-zolle mit einer besonderen Verbrauchssteuer belastet sind.

Es sind folgende Gegenstände, von welchen die beigesetzten Gefälle erhoben werden:

Gegenstände.		Maas- stab der Ver- steue- rung.	Abgaben. Sätze.		
			Zoll beim		Ver- brauchs- Steuer.
			Eingänge	Ausgänge	
			Zhl. ar. pf.	Zhl. ar. pf.	Zhl. ar. pf.
1	Abfälle von Gerbereien (Leimleder) von Seifensiedereien, Vitriolfabriken, Glashütten und der Fabrikation der Salpetersäure	Zentner.	frei.	12	—
2	Alaun	Zentner.	12	—	18
5	Apotheker- u. Droguerie-Waaren: Chemische Fabrikate für den Medizinal- und Gewerbsgebrauch, und Präparate, welche in diesem Tarif nicht namentlich genannt sind, als: Aetherische Oele, wohlriechende Wasser, Säuren, Salze u. s. w.	Zentner.	1 12	—	1 12
	Anmerkung. Von rohen Erzeug- nissen des Thier- und Pflanzen- reichs zum Medizinalgebrauche, welche in diesem Tarif nicht ausge- nommen sind, wird bloß der ge- wöhnliche Zoll von 12 GGr., und keine Verbrauchssteuer bezahlt.				
4	Baumwolle,				
	a) rohe	Zentner.	4	1 12	—
	b) Baumwollen Garn,				
	1) weißes und Watten	Zentner.	2	—	—
	2) gefärbtes	Zentner.	2	—	—
		Pfund.	—	—	1
	c) Baumwollene Waaren,				
	1) weiße einfarbige und mehrfarbig gewebte, ingleichen halbbaumwol- lene, mit Wolle, Haaren oder seinen gemischt	Pfund.	1 4	—	9
	2) gedruckte und feine weiße, als: Mousselin, Gaze, Mull und der- gleichen				

Gegenstände.		Maaß- stab der Ver- steue- rung.	Abgaben-Sätze:			
			Zoll beim		Ver- brauchs- Steuer.	
			Eingänge	Ausgänge		
		Zhl. ar. pf.		Zhl. ar. pf.		
	Waaren, Petinet u. alle Strumpfs- waaren	Pfund.	1	4	12	
5	Beinschwarz, Rienruß, Steinkohlen- ruß	Zentner.	8			
6	Blei, in Blöcken und altes	Zentner.	8		16	
	Blei-Waaren, grobe, als: Kessel, Köh- ren, Schroot, Platten &c.	Zentner.	12		1	
	Blei-Waaren, feine, als: Spielzeug (siehe ordinaire kurze Waaren).					
	Bleiweiß	Zentner.	8		16	
7	Bürstenbinder- u. Siebmachewaaren a) grobe	Zentner.	1			
	b) feine (siehe kurze Waaren).					
8	Eisen, a) Guß in Güssen und Rassel, Koh- eisen, altes Bruch Eisen, Eisenfeile, Hammerschlag	Zentner.	frei.	12		
	b) geschmiedetes, als: Stab od. Stän- gen, Keisen, Schösser, Reck, Kneip, Band, Zain, Kraus, Volzen, Wellen	Zentner.	6		18	
	c) Eisenblech, 1) Schwarz- und Sturzblech aller Art	Zentner.	18		1 12	
	2) Weißblech aller Art	Zentner.	2		2	
	d) Eisendrath und Anker	Zentner.	1		1 12	
	e) Waaren: 1) grobe Gußwaaren in Oesen, Plat- tin, Gittern u. s. w.	Zentner.	6		18	
	2) grobe, die aus geschmiedetem Ei- sen, Eisenblech, Stahl und Ei- sendrath gefertigt sind, als: He- spen, Kerze, Stemmisen, Sen-					

Gegenstände.	Maaf- stab der Wer- steue- rung.	Abgaben: Sätze.			
		Zoll beim		Ver- brauchs- Steuer.	
		Eingänge	Ausgänge	Zhl. or fl.	Zhl. or fl.
macher- und Schneider- Scheren, Halbzerkerten, Kaffeetrommeln u. Mühen, Bratpfannen, Schau- feln, Platteisen, Striegeln, Holz- schrauben, Nägel					
Ferner:					
grobe Waagebalken, Schraubstöcke, Schlüssel, Feilen, Hämmer, Zan- gen u. s. w.	Zentner. Pfund.	2			1
3) feine: Werkzeuge der letzten Art und andere feine Eisenwaaren (s. ordinaire kurze Waaren).					
9) Erden,					
a) (Farbe) gelbe Erde, Braunroth, Ocker, Umbra, grüne und rothe Er- de, Kothstein, Kreide	Zentner.	4			
b) (andere)					
aa) Walkerde	Zentner.	frei.	4		
bl) Töpfer- und Pfeisenthon, desgl. für Steingut- und Porcellan- Fa- briken	Zentner.	frei.	12		
10) Erze aller Art, als: Eisen- und Stahl- stein, Stufen, Braunkstein, Reiß- u. Wasserblei, Kobalt, Vaimel, und alle, die nicht namentlich in diesem Tarif aus- genommen sind	Zentner.	frei.	4		
11) Farbewaaren.					
a) Maler- und Waschfarben, welche in diesem Tarif nicht namentlich genannt sind	Zentner.	1 16		1 12	
b) Miniatur- Pastel- Farben und Lu- sche, in Blasen, Flaschen, Gläsern, Pfeifen und Pfeifen (s. ordinaire)					

Gegenstände.	Maass- stab der Ver- steue- rung.	Abgaben = Sätze.					
		Zoll beim			Ver- brauchs- Steuer.		
		Eingänge	Ausgänge				
		Tdl. gr. pf.	Tdl. gr. pf.	Tdl. gr. pf.			
12. Farbe und Gerbekräuter, Wurzeln, Rinden, Blätter, Krapp, Waid, Su- mach, Knopperrn, Galläpfel, Korkume, Quercitron	Zentner.	frei.	8				
Anmerkung. Alle übrigen zahlen den gewöhnlichen Eingangszoll.							
13. Flach, Hanf, Berg, Heede . . .	Zentner.	frei.	16				
Ausnahme: seawärts . . .	Zentner.	frei.	6				
14. Getränke, Eswaren und Spezereien.							
a) Biere aller Art in Fässern (auch Meth)	Tönnen v. 100 Drt.	1	8				
	Quart.					1	
b) Brantweine aller Art auch Arrack, Rum, Franzbrantwein und versetzte Brantweine in Fässern	Eimer v. 60 Drt.	1					
	Quart.					5	5
c) Weine und Most in Fässern,							
aa) fremde aller Art	Eimer.	1					
	Quart.					5	5
bb) aus den westlichen Provinzen, zahlen beim Uebergange in die östl. Provinzen einen Nachschuß von	Quart.					1	
d) Essig aller Art in Fässern . . .	Eimer.	1				1	
e) Speiseöl aller Art in Fässern . .	Zentner.	1				1	
f) Mineralwasser in Krügen u. Flaschen	Zentner.	6					
g) Alle andere Flüssigkeiten zum Tafel- genuss, welche in Flaschen, Gläsern und Krügen eingehen, als: liqueure, feine Weine, Biere, Essige, Oele und Eingemachtes	Zentner.	1					
und nach der Wahl des Steuernden							

Gegenstände.	Maas- stab der Ver- steue- rung.	Abgaben = Sätze.			
		Zoll beim		Ver- brauchs- Steuer.	
		Eingänge	Ausgänge		
		Zhl. ar	vs Zhl. ar. v	Zhl. ar. v	
h) Fleisch, frisches, ausgeschlachtetes, gesalzenes, geräuchertes, auch Schinken, Speck, Würste, desgleichen großes Wild	Zentner.	12			
	Pfund.				6
i) Fische,					
aa) Heringe aller Art	Tonne.	8		8	
bb) Alle andere gesalzene, getrocknete oder geräucherte Fische	Zentner.	8			
k) Austern, Muscheln, Hummer	Zentner.	1		1 12	
l) Mehl aller Art, Graup, Grütze, Gries, Krafimehl, Stärke, Puder, Reis	Zentner.	12		1	
m) Butter und Käse aller Art	Zentner.	1		1	
n) Syrup	Zentner.	12		1 12	
o) Rosinen, Korinthen, Kastanien, Lorbeeren und Lorbeerblätter, Anis, Citronen, Limonien, Pomeranzen, Drangen	Zentner.	12			
	Pfund.				8
Verlangt der Steuerpflichtige die Auszahlung der frischen Südfrüchte, so zahlt er für das					
	Stück.				2
Verdorbene bleiben unversteuert, wenn sie in Gegenwart des Steuer-Amtes weggeworfen werden.					
p) Kaffee und alle Kaffee-Surrogate mit Einschluß des Eichenpulvers, Kakao, Mandeln, Feigen, Datteln, Kubeben, trockne Drangen, Drangen- und Citronenschalen, Pfeffer, Piment oder englisches Gewürz, Ingwer, Galgant	Zentner.	1			
	Pfund.				1
q) Zucker aller Art, Zuckerwerk, trockne Konfituren, Chocolate, Sago, Ka-	Zentner.	1	8		

Gegenstände.	Maas- stab der Ver- steue- rung.	Abgaben-Sätze.	
		Zoll beim	Ver- brauchs- steuer.
		Eingänge	Ausgang
		Thl. gr. Pf. Sch. n. n. Thl. gr. Pf.	
Für die inländischen Raffinerien gehen aller rohe Zucker ohne Unterschied ein, für nebensiehende Zoll- u. Ver- brauchs-Steuerfäße	Zentner. Pfund.	16	8
1) Thee, Muskatennüsse und Blumen (Nagis), Nelken, Zimmt, Kaffee, Kardamomen, Vanille, Safran	Zentner. Pfund.	1 16	2 6
2) Laback, 1) fabrizirter und unfabrizirter aller Art	Zentner. Pfund.	1 16	2 6
2) für Fabrikanten zahlte ausländi- scher Laback in ungedrehten Blät- tern und Stengeln	Zentner. Pfund.	1 16	3
13 *) Getreide, Hülsenfrüchte und Sä- mereien.			
a) Weizen und Kleesaamen	Scheffel	1 6	1
b) Leinsaat	Scheffel	1 6	1
oder in Tonnen verpackt, welche nach der Maas- und Gewichtsordnung vom 16. Mai 1816. 57 3/4 Meßen enthalten sollen	Tonne.	5 6	2
c) Erbsen, Bohnen, Linsen, Spelz	Scheffel	1	1
d) Roggen, Gerste, Malz, Hirse, Schwaden und Buchweizen	Scheffel	6	1
e) Hafer und Wicken	Scheffel	5	1
f) Rübsaat, Raps, Leindotter oder Dö- der, Hanfsaamen, Mohr	Scheffel	1	1
g) Wachelberbreien	Scheffel	1	1
Alle vorgenannte Getreidearten, Sämereien und Hülsenfrüchte sind ganz zollfrei, wenn die Quantität 2 Scheffel nicht übersteigt.			
*) Anmerkung. Die mit einem Stern hier und sonst bezeichneten			

Gegenstände.		Maasß- stab der Ver- steue- rung.	Abgaben = Sätze.			
			Zoll beim		Ver- brauchs- steuer.	
			Eingänge.	Ausgänge.		
			Zbl. ar. pf.	Zbl. ar. pf.	Zbl. gr. pf.	
Gegenstände gehen an der Grenze mit Sachsen und Schwarzburg frei ein und aus.						
16	Glas,					
	grünes Hohlglas	Zentner.	8		18	
	a) dasselbe beim Transit zu Wasser v. Meissen nach d. Elbe ins Ausland	Zentner.	4			
	Anmerkung. Bei loser Verpackung werden 5½ Kub. Fuß zu einem Zentner veranschlagt.					
	b) weißes Hohlglas, Tafelglas ohne Unterschied der Farbe	Zentner.	1		2	
	c) geschliffenes und massives Glas, Glasperlen und Behänge	Zentner.	1			
	d) Spiegelglas, belegtes oder unbelegtes	Pfund.			1	
	Begossenes 1) wenn das Stück nicht einen □ Fuß Oberfläche hat	Zentner.	1			
	(Geblasenes wie Tafelglas) 2) von 14 □ Zoll bis 500 □ Zoll Oberfläche einschließlich	Pfund.			1	
	3) über 500 □ Z. bis 600 □ Zoll	Stück.			10	
	4) über 600 □ Z. bis 1100 □ Z.	Stück.		pro	1 4	
	5) über 1100 □ Z. bis 1400 □ Z.	Stück.		Zent-	3 8	
	6) über 1400 □ Z. bis 1700 □ Z.	Stück.		ner	8	
	7) über 1700 □ Z. bis 1900 □ Z.	Stück.	1	Thlr.	15 12	
	8) über 1900 □ Z. bis 2200 □ Z.	Stück.			20	
	und alle welche eine größere Höhe und Breite haben.				28 8	
	c) Glascherben und Bruch	Zentner.	frei.	12		
17	Glätte (Weiß-, Gold- und Silber-)	Zentner.	8		16	
18	Haute und Felle					
	rothe, grüne und braune zur Verberei (desgl. Haare aller Art)	Zentner.	frei.	12		

Gegenstände:		Maas- stab der Ver- steuer- ung.	Abgaben - Sätze.					
			Zoll beim			Ver- brauch- steuer.		
			Eingänge.	Ausgänge		Eingänge.	Ausgänge	
				Zbl. gr. pf.	Zbl. gr. pf.	Zbl. gr. pf.	Zbl. gr. pf.	Zbl. gr. pf.
19	zig, Pilsau, Memel und landwärts nach Polen	Zentner.	frei.	8				
	Holz, Holzasche, Holzwaaren							
	a) alle Farbholzger in Blöcken und geraspelt, (mit Ausnahme des Farnambuck) desgl. Kork, Pockholz und Wurbaum	Zentner.	frei.	8				
	(Farnambuck und alle außereuropäische Tischlerholzger sind dem gewöhnlichen Zoll von 12 Gr. beim Eingange unterworfen.)							
	c) b) Brenn- und Rugholz,							
	1) Brennholz in Bäumen, Kloben oder Scheiten	Klafter.	2					
	2) Stangen, Bandstöcke und dergl.	Schock.	2					
	3) Espieren, Buchspriete	Stück.	1					
	4) Masten	Stück.	1 12					
	5) Bohlen, Bretter ohne Unterschied der Länge, Breite und Dicke							
	a. von Tannen- u. Kienholz	4 Stück.	1					
	b. von Eichen- und Hartholz	3 Stück.	4					
	6) Balken							
	a. von Tannen- u. Kienholz	1 Stück.	1					
	b. von Eichen- und Hartholz	1 Stück.	4					
	7) Klapp- und Piepenholz, Staabholz, Bodenstäbe	Schock.	8					
(siehe c) Anmerkung No. 15.								
	3) Kommen vorstehend nicht benannte Rugholz-Gattungen, als: Laten, Splittholz, Schindeln ic. vor, so wird davon erhoben .	pro Last à 4000 Pfund.	12					
		oder pro Pferds-ladung.	3					

Gegenstände.		Maafß- stab der Ver- steuer- ung.	Abgaben: Sätze.			
			Zoll beim		Ver- brauchs- steuer.	
			Eingänge	Ausgänge	Zbl. gr. of.	Zbl. gr. of.
			Zbl. gr. of.	Zbl. gr. of.	Zbl. gr. of.	Zbl. gr. of.
	d) Waaren, grobe, Wärtcher, Drechsler, Korb- flechter, Stellmacher, Tischler, Wagner und alle rohe Holzwa- ren, welche nicht bemalt, gebeizt, lackirt oder polirt sind, tragen blos den gewöhnlichen Zoll. feine, (siehe kurze Waaren).					
20	Hörner, Hornspitzen, Klauen u. Knochen	Zentner.	frei	— 12	—	—
21	Hutmacherarbeit, (gefäzte)	Pfund.	1	4	—	8
22	Instrumente, musikalische, mechanische, mathematische, optische, astronomische, chirurgische	Zentner.	2	—	—	—
25	e) Kalk und Gips (gebrannter)	die Ton- ne oder 4 Schfl.	4	—	—	—
	(siehe Anmerkung Nr. 15.)					
24	Karden oder Weberdisteln	Zentner.	frei	— 4	—	—
25	Kleider (fertige neue)	Pfund.	1	4	—	1 12
26	Kohlen,					
	a) Holzkohlen	Pferde- ladung oder 10 Zentner.	frei	— 12	—	—
	b) Steinkohlen und Gruß	Pferde- ladung oder 10 Zentner.	5	—	—	—
27	Kupfer,					
	a) Garkupfer und altes Bruchkupfer, Kupferseile	Zentner.	1	—	—	8
	b) geschmiedetes, gewalztes, geschla- ges	Pfund.	—	—	—	—

Gegenstände.	Maasstab der Versteue- rung.	Abgaben: Sätze.			
		Zoll beim		Ver- brauchs- steuer.	
		Eingänge.	Ausgänge.	Eingänge.	Ausgänge.
		Zbl. gr. fl.	Zbl. gr. fl.	Zbl. gr. fl.	Zbl. gr. fl.
28 Kurze Waaren					
a) grobe, aus Messing, Kupfer, Zinn, Blei, gewöhnlichem Stahl, unvergoldet oder unversilbert, ferner aus Porzellan, Glas, Holz, Horn, Leder, Lack;					
Nürnberger Waaren, feine Drechsler- und Tischlerwaaren, Spielzeug, Klavierdrath, Siegellack, Blei- und Rothstifte, feine Bürsten, Stecknadeln, Nähnadeln, Knöpfe u. s. w.;					
Waffen aller Art, feine Schlösser, feine Eisengußwaaren, feine Sattler- und Riemenarbeiten, Sattel- u. Reitzeuge, Peitschen, Brieftaschen, ordinäre lackirte Waaren, Röhre und Stöcke, Brillen, Dosen, Kamine, feine Seife, Parfümeriewaaren, Messer, Scheeren, Ringe, Schnallen, Fingerhüte, Pfelfenröhre, Knöpfe, feine Werkzeuge, welche aus den im Eingange genannten Urstoffen gefertigt sind					
b) feine, alle Waaren, welche zum Theil oder ganz aus Gold, Silber, Platina mit Gold- oder Silber-Belegung, oder aus Semilor, Bronze u. andern feinen Metallgemischen, oder aus feinem Stahl, Alabaster, Eisenstein, Schildpatt, Perlmutter, Bernstein, unächten und ächten Steinen und Perlen, Kristall, gefertigt sind, mithin außer den in der vorigen Rubrik zu-					
	Pfund.	1	4	4	4

Gegenstände.		Maas- stab der Ver- steue- rung.	Abgaben = Sätze.					
			Zoll beim			Ver- brauchs- Steuer.		
			Eingänge	Ausgänge				
			Zbl. gr. pf. Zbl. gr. pf. Zbl. gr. pf.					
	Uhrketten, Flakons, Etais, Degen- gehänge, Stuh- und Penduluhren, Kronenleuchter, Goldfäden, Gold- blatt, feine lackirte Waaren; Männer- und Frauenpuß, gehä- felt, gestrickt, gestickt, Bonnets, Fä- cher, Blumen, Schmuckfedern, Bast- und Stroh Hüte, feine Posamentier- Waaren, Treffen, Fragebänder, feine Schuhe, lederne Handschuhe, Perük- kenmacher- Arbeit		Pfund.	1	4			16
29	Leder. Alles Leder ohne Unterschied, lohbares, weißbares, sämischbares, Zuchren, Kor- duan, Cassian, Marockanisches u. s. w.		Zentner.	2				
30	Leinengarn, a) rohes seewärts ausgehend b) gebleichtes c) gefärbtes und Zwirn		Pfund.					1 4
			Zentner.	frei.	2			
			Zentner.		4			
			Zentner.	1	1			
			Zentner.	1				
31	Leinwand, a) graue Packleinwand und Segeltuch b) rohe ungebleichte Leinwand und Dril- lich Ausnahme. Böhmische Leinwand, roh und halbgebleicht, auf der Grenzlinie von Leobschütz bis Sei- denberg, beide einschließlich, geht zum Marktverkehr und für Schle- sische Leinwandhändler frei ein. c) gebleichte, gefärbte und gedruckte Lein- wand, Zwillich und Drillich, Tisch- taeuq, Strumpfwaaen, Bänder, Wat-		Zentner.	4				
			Zentner.	12			1 12	

	Gegenstände.	Maas- stab der Ver- steue- rung.	Abgaben: Sätze.				
			Zoll beim		Ver- brauchs- Steuer.		
			Eingänge	Ausgänge	Zbl.	gr. pf.	Zbl. gr. pf.
32	Lohe und Borke von Eichen, Fichten und Birken.	Zentner.	frei.	2			
33	Lumpen landwärts nach Pohlen	Zentner.	frei.	2			
34	Matten (von Bast)	Zentner.	4	6			
35	Mennige	Zentner.	8				16
36	Messing, a) rohes und Bruchmessing, Glocken- gut, Messingfeile	Zentner. Pfund.	1				8
	b) gewalztes, gehämmertes, gezogenes, in Blechen und Drath	Zentner. Pfund.	2				1 4
37	Metallwaaren, Ganz grobe aus Kupfer, Messing und Zinn, gegossene und geschlagene, als: Kessel, Pfannen, Töpfe, Mörser, Zet- ler, Schüsseln, Löffel und dergleichen, die nicht unter den groben kurzen Waa- ren begriffen sind	Zentner. Pfund.	2				1 9
38	Mineralalkali, 1) Soda (ungereinigte)	Zentner.	8				8
	2) gereinigte (Mineralalkali)	Zentner.	12				1 12
39	Papier, a) graues lösch- und Packpapier	Zentner.	4				
	b) alle Papiergattungen und Pappdeckel mit Ausnahme des grauen lösch- und Packpapiers	Zentner. Pfund.	12				1 12
	c) Papier- Tapeten	Zentner. Pfund.	12				6
40	Pelzwerk, a) (halbgares) auch gegerbte Schaaf- und Lämmerfelle, ingleichen Schaaf- pelze	Zentner. Pfund.	1				1 9
	b) andere Kürschnerarbeit, Rauchwaa- ren	Zentner.					

Gegenstände.	Maas- stab der Ver- steue- rung.	Abgaben = Sätze.					
		Zoll beim			Ver- brauchs- Steuer.		
		Eingänge.	Ausgänge				
		Tbl. gr. pf.	Tbl. gr. pf.	Tpf. gr. pf.			
Pollermittel, als: Bolus, Bimstein, Blutstein, Schachtelhalm, Schmirgel, Tripel	Zentner.	frei.	8				
Pottasche, Waidasche u. s. w. . . .	Zentner.	4	8				
Anmerkung. Waidasche ist frei vom Ausfuhrzoll, wenn selbige über See ausgeführt wird.							
Riemen-, Sattler-, Schuhmachermaa- ren:							
grobe Handwerks-Waaren dieser Art, desgleichen Wagen, die nicht zu den Arbeiten 19. d. gehören	Zentner.	2					
feine (siehe kurze Waaren)	Pfund.					1	6
Salz (Kochsalz, Steinsalz) zum Ver- brauch im Lande einzuführen, verboten, bei gestatteter Durchfuhr wird der allge- meine Zollsatz erhoben.							
Salzsäure	Zentner.	12			8		
Schießpulver	Zentner.	12			1		
Schmalte (blaue Farbe, Blausel) . .	Zentner.	8			12		
Schwefel	Zentner.	8					
Seide,							
a) rohe Seide	Zentner.	12	5 12				
b) gewirnte und Nähseide, gefärbt und ungefärbt	Pfund.	1 4			10		
c) halbseidene Waaren aller Art . .	Pfund.	1 4			16		
d) seidne Zeuge aller Art, glatte und brochirte, Taffet, Atlas, Sammt u. s. w., wie auch Strümpf- u. Band- waaren und Petinet von Seide . .	Pfund.	1 4			1 12		
Seife,							
a) gemeine, grüne und schwarze . .	Zentner.	8					

Gegenstände.	Maas- stab der Ver- steue- rung.	Abgaben-Sätze.			
		Zoll beim		Ver- brauchs- Steuer.	
		Eingänge.	Ausgänge.	Zbl. ar. st.	Zbl. gr. st.
51. Spielkarten, zum Verbrauch im Lande einzuführen, verboten; beim Transito wird der gewöhnliche Zoll à 12 Gr. pro Zentner beim Eingange an der Grenze erhoben.					
52. Spießglanz (Antimonium)	Zentner.	8			8
53. Spitzen aller Art, gekloppt, gestickt, gewebt und Blonden	Pfund.	1 4			16
54. Stahl, Rohstahl-Eisen, Stahlkuchen	Zentner.	frei	12		
Rohstahl	Zentner.	6			18
Raffinirter Stahl	Zentner.	6			12
Stahlbrath	Zentner.	1		1 12	
55. Steine,					
a) Bruchsteine und behauene Steine aller Art, Mühlen- und Schleifsteine, Fuß, Traß beim Transport zu Wasser	Last.	8			
b) Ziegel- und Backsteine aller Art bei dem Transport zu Wasser	Stück.	8			
c) Flintensteine und Wehsteine	Zentner.	6	6		
*) siehe Anmerkung No. 15.					
56. Talg und Lichte,					
a) Talg	Zentner.	12		1 4	
b) Lichte	Zentner.	12		1 12	
57. Terpenthinöl (Kiendöl)	Zentner.	8			
58. Theer, Daggert und Pech	Zentner.	4			
59. Thran	Zentner.	8			
60. Zöpferwaaren,					
a) gemeine Zöpfer-Waaren, Fliesen, Schmelztiegel	Zentner.	8			
b) Steingut, Fayance, irdene Pfeifen	Zentner.	8			
	Pfund.			1	
c) Porzellan	Zentner.	12			

Gegenstände.	Maas- stab der Ver- steue- rung.	Abgaben: Sätze.					
		Zoll beim			Ver- brauchs- Steuer.		
		Eingänge	Ausgänge				
		Zhl. gr. pf.	Zhl. gr. pf.	Zhl. gr. pf.	Zhl. gr. pf.	Zhl. gr. pf.	Zhl. gr. pf.
d) Porzellan, farbiges	Zentner. Pfund.	12					3
c) Porzellan, bemaltes und vergoldetes		12					6
Uhren, (Taschenuhren)							
a) von Gold	Duſend				20		
b) von Silber, Tombak u. ſ. w. .	Duſend				8		
	Zentner.	6					
Wied,							
a) Pferde, Maulſel, Maulthiere, Eſel	Stück.	1	12				
b) Ochſen und Stiere	Stück.	16	8				
Anmerkung. Vorgenannte Thiere ſind ſteuerfrei, wenn aus dem Gebrauch, der von ihnen beim Eingange gemacht wird, hervorgehet, daß ſie nicht des Handels wegen, ſondern als Zug- oder Laſthiere ꝛc. eingehen.							
c) Kühe und Ziegen	Stück.	8	4				
d) kleines, als Schweine, Schaaf, Hammel und Ziegen	Stück.	2	1				
Witriol,							
a) grüner (Eiſenvitriol)	Zentner.	6					
b) weißer (Zinkvitriol) und gemiſchter Kupfer- und Eiſenvitriol	Zentner.	12				8	
c) blauer cypriſcher (Kupfervitriol)	Zentner.	12				16	
Witriolöl (englische Schwefelſäure)	Zentner.	12				8	
Wachsfabricate,							
a) Wachſleinwand	Zentner.	16					
	Pfund.						6
	Zentner.	16					

Gegenstände.	Maas- stab der Ver- steuer- ung.	Abgaben: Sätze.					
		Zoll beim			Ver- brauchs- steuer.		
		Eingangs.	Ausgangs.				
		Zhl. gr. pf.	Zhl. gr. pf.	Zhl. gr. pf.			
66 Wolle,							
a) rohe	Zentner.	frei	5 8				
b) wollenes und Kameelgarn gefärbtes	Zentner.	2					
	Pfund.					1	
c) wollene Waaren,							
1) alle gewalkte und ungewalkte wol- lene Tuche und Zeuge von 2 Breite und darunter, Strümpfe, Hän- der, Borten, Schnüre und Fuß- decken oder Leppiche	Pfund.	1 4				4 6	
2) feines Tuch, gewalktes und unge- walktes von 2 Breite und darüber, Kasimir, Wigogne und Merinos	Pfund.	1 4				9	
67 Zink,							
a) roher	Zentner.	12				12	
b) in Blechen	Zentner.	12				1	

Dritte Abtheilung.

Gebühren für Zettel, Siegel und Blei.

Es wird bezahlt

Ein Begleitschein mit	2 Groschen.
Ein Blei No. 1. zur Verschließung von Wagen und Schif- fen mit	2 Groschen.
Ein Blei No. 2. zu den Kollis von und über einem Zent- ner mit	1 Groschen.
Ein Blei No. 3. zu den Kollis unter einem Zentner mit	4 Pfennigen.
Ein Siegel zum Verschluss mit	2 Pfennigen.

Vierte Abtheilung.

Von der Verbrauchssteuer, Berechnung nach dem Gewichte.

Tarif für die Thara.

Benennung der Gegenstände.	Art der Verpackung.	Thara von 100 Pfund Brutto-Gewicht
Kaufmanns-Waaren, als:		
Kaffee, Anis, Ingwer, Lorbeeren, Citronen- und Pommeranzenschalen, Mandeln, Rosinen, Pfeffer, Piment, Zimmt, Syrup, Wut-ter und dergleichen mehr	in Fässern in Säcken in kleinen Ballen	12 Pfund. 3 Pfund. 6 Pfund.
Speiseöle	in Fässern	15 Pfund.
Bitterol, Wachs, Talg, Weinstein u. Alaun	in Fässern	10 Pfund.
Thee, mit Ausnahme des Russischen Karavanen-Thees	in Kisten nebst Blei	20 bis 25 Pfund.
Tabaksblätter und Stengel	in Fässern in Ballen	10 Pfund. 5 Pfund.
Tabak, holländischer Preßtabak	in Fässern und Kisten	10 Pfund.
Zucker, roher weißer	in Fässern	12 Pfund.
Zucker, roher gelber und brauner	in Fässern	15 Pfund.

Allgemeine Bestimmungen.

- Der Zoll wird vom Brutto-Gewichte, die Verbrauchssteuer, Abgabe aber vom Netto-Gewichte erhoben.
- Es bleiben bei der Zoll- und Steuer-Erhebung außer Betracht, und werden nicht verzollt oder versteuert:
 - Quantitäten unter $\frac{1}{2}$ Zentner, wenn der Zoll und der Steuerfuß einen halben Thaler oder weniger beträgt;
 - Quantitäten unter $\frac{1}{2}$ Zentner, wenn die Abgabensätze über einen halben Thaler bis 4 Thaler betragen;
 - Quantitäten unter einem Pfunde, auch bei höher besteuerten Gegenständen;
 - Quantitäten von einem Quart bei Flüssigkeiten, welche nach Maas versteuert werden.

Die Zollung der weissen Goldschmiede unter 5 Thaler auch in Silberarb. Wenn aber 5 Thaler

Golde (den Friedrichsd'or zu 5 Thaler gerechnet) halb in Siltbergeld entrichtet werden. Bei der Ausmittelung des Goldanttheils dürfen beide Arten von Gefällen nicht zusammen gerechnet werden. Zwischen-Summen, welche in Golde nicht zahlbar sind, werden nicht zur Berechnung des Goldanttheils gezogen. —

Gegeben Berlin, den 26. Mai 1818,

(L.S.)

Friedrich Wilhelm.

C. Fürst v. Hardenberg. v. Altenstein.

Beglaubigt: Frieße.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nr. 282.

Um den Landwirthschaften in der Nähe der Landesgrenze die Abfuhr ihrer Erzeugnisse, ferner andern Etablissements, als: Getränke-Fabricationen, Papiermühlen, Mahlmühlen, Bergwerks-Anlagen und dergleichen, den Absatz ihrer Fabricate, und allen solchen großen Etablissements die Zufuhr ihrer Bedürfnisse zu erleichtern, hat das Königl. Finanz-Ministerium uns ermächtigt, den Inhabern solcher Etablissements, wenn sie uns als rechtliche Personen bekannt sind und sie über $\frac{1}{2}$ Meile von der nächsten Steuerbehörde entfernt wohnen, Behufs gedachter ihrer Ab- und Anfuhr, in sofern nicht dabei die Grenzlinie überschritten wird, und in sofern der Transport den Grenzbezirk berührt, auf ihr Ansuchen nachzulassen, dergleichen Sach-Transporte mit selbst ausgefertigten Legitimationscheinen begleiten zu dürfen. Indem wir die hierbei theilhaftigen Einsassen unsers Regierungsbezirks gegenwärtig hiervon in Kenntniß setzen, machen wir ihnen zugleich bemerlich, daß sie die Erlangung solcher Erlaubnißscheine dadurch sehr beschleunigen können, daß sie ihren diesfälligen Ansuchungsschreiben sofort gültige Bescheinigungen über diejenigen Punkte, worauf es, nach obigem, hierbei hauptsächlich ankommt, beizulegen unvergeßen sind.

Merseburg, den 9. December 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Zweite Abtheilung.

Nr. 283.

Da gegenwärtig der Jahreschluß herannahet, so finden wir uns veranlaßt, die Behörden an die genaue Befolgung der wegen Abstellung ungebührlicher Neujaresumgänge d. tr. umgänge unterm 4. Januar d. J. erlassenen Verordnung hiermit besonders zu erinnern.

Merseburg, den 10. December 1818.

Königl. Preuß. Regierung. Erste Abtheilung.

Extra-Blatt

zum

Amtsblatt der Königl. Regierung.

2. Stück.

Merseburg, den 21. December 1818.

Verordnungen der Königl. Regierung.

Nach einer vom Königl. Hohen Finanz-Ministerio erlassenen Verfügung sollen vom **Nr. 284.**
1. Januar k. J., als demjenigen Termine an, von welchem ab das Allerhöchste Ge- Die d. eben-
setz, den Zoll und die Verbrauchssteuer von den ausländischen Waaren betreffend, nen indirecten
vom 26. Mai d. J., in Wirksamkeit treten wird. Abgaben betr.

A. in dem Theile des hiesigen Regierungs-Bezirks, wo noch die Westphälische Zoll- und Steuer-Versassung besteht:

- a) der Ersatzzoll,
- b) der ordinaire Zoll,
- c) der Heringszoll,
- d) der bisherige moderirte Transito,
- e) der bisherige Ausgangs-Zinss,
- f) die Consumtions-Steuer von den ausländischen Gegenständen;

B. in dem Theile des Bezirks, wo noch die Sächsische Accis-Versassung besteht:

- a) der Geleitzzoll, mit Auschluss des Wassergeleites,
- b) die Fleischsteuer vom ausländischen Fleische,
- c) die Transferteer vom ausländischen Getränke,
- d) die land-Accise und Zinss von den ausländischen Waaren,
- e) die mit der land-Accise verbundenen Ausgangs-Abgaben,
- f) von der General-Accise:

für sämmtliche Accis-Sätze von den ausländischen Gegenständen,

diejenigen Accis-Sätze von den inländischen Gegenständen, welche nicht auf inländischem Brandwein und liqueur, Wein, Bier, Essig, Taback, Schlachtwiech, ausgeschlachtetem Fleische und Fleischwaaren, Getreide, Gernahl, Schroot und Mählwaaren, auch Brenn-Materialien ruhen; so wie die Kuhvieh-Accise und die für den Eingang accisbarer Gegenstände aus einer accisbaren Stadt des Herzogthums Sachsen in die andere bestehende Nachschuß-Accise an 3 pf. vom Thaler des Werths

in Wegfall kommen.

Dagegen sind provisorisch, bis durch die zu erwartenden neuen Gesetze anderweitige Bestimmungen über die Steuern von den inländischen Gegenständen und über die freie Circulation der einzeln versteuerten inländischen Gegenstände ertheilt sein werden, von den im hiesigen Regierungsbezirke jezt bestehenden Zoll-Consumtions-

A. in dem Theile des Bezirks, wo noch die Westphälische Zoll- und Steuer-Verfassung besteht:

- a) die Wasser- und Floßzölle auf der Saale,
- b) die Consumtions-Steuer von den inländischen Gegenständen, so wie sie aus der Westphälischen Administrations-Zeit noch besteht;

B. in dem Theile des Bezirks, wo noch die Sächsishe Accise-Verfassung besteht:

- a) die Wasserzölle und Veleite, auch Floßzölle auf der Elbe, Saale und Unstrut,
- b) die Fleischsteuer vom inländischen Fleische,
- c) die Branntweinsteuer vom inländischen Bierre,
- d) die Land-Accise von den inländischen Waaren nach dem Tarif vom 1. November 1788 und dessen Erläuterungen, nebst der Landhandlungs-Accise,
- e) die Mahlsteuer,
- f) von der General-Accise:

sämmtliche Accis-Eätze, welche auf inländischem Brandwein und Liqueur, Bier, Wein, Essig, Tabak, Schlachtvieh, ausgeschlachtetem Fleische und Fleischwaaren, Getreide, Gemahl, Erbsen und Mehlwaaren, auch Brennmaterialien liegen, die General-Handlungs-Accise, die Nahrungs-Gelder, die zur Acciskasse zu zahlenden Grundsteuern.

Wenn demnachst inländischer Brandwein und Liqueur in dem ehemals Westphälischen Theil des Bezirks, wo der Blaseninnis erhoben wird, aus Provinzen eingehen, wo sie mit geringen Abgaben belegt sind, so ist derjenige Betrag als Nachschuß zu erheben, der nach den begleitenden Passirzetteln am Versendungsorte weniger bezahlt worden ist, als die am Bestimmungsorte auf ihnen ruhende Abgabe beträgt.

Zugleich kommen vom 1. Januar k. J. an die Communal- und Privat-Zölle, so wie alle Communal- und Privat-Handels- und Consumtions-Abgaben von den ausländischen Waaren und von den steuerfreien inländischen Gegenständen in Wegfall. Alle Communications-Abgaben an Chaussee-, Brücken-, Wege-Damirguld u. dergleichen, wohin auch das städtische Pflastergeleite gehört, sind im Besetze ausdrücklich vorbehalten und daher ferner zu erheben und zu entrichten.

Mierseburg, den 15. December 1818.

Königlich Preussische Regierung.

Nr. 285.
Von Jahres-
Rechnungs-
Abschluß pro
1818.

Durch die Verfügung vom 18. December 1817, im Extrablatt zum 51. Stück des vorjährigen Amtsblatts pag. 635, ist über das kein Schluß des Jahres 1817 von den Königlichen Kassen und Hebe-Verfahren, so wie von den einzelnen Individuen, welche an die hiesige Regierungs-Hauptkasse abzuliefern und einzurechnen haben, zu beobachtende Verfahren eine ausführliche Instruction ertheilt worden. Die damals festgesetzten Bestimmungen finden auch auf den Abschluß des gegenwärtigen, seinem Ende sich nahenden Rechnungs-Jahres 1818 Anwendung, und die sämtlichen Kassen und Behörden werden daher auf jene Verordnung verwiesen und deren ge-

unabänderliches Verbleiben, daß die Hebe-Behörden der indirecten Abgaben, mit Einschluß der dahin gehörigen Gewerbesteuern und Communications-Abgaben, ihre Einnahmen nicht eher als am 31. December nach den Abfertigungskünden abschließen und bis dahin alles einziehen, was noch zur Verrechnung für das Jahr 1818 gehört; es wird deshalb auf die den Erhebern der indirecten Steuern zugefertigte gedruckte Circular-Verordnung vom 7. November 1817 Bezug genommen. Eben so bemerkt es dabei, daß die Klassen- und Hebe-Behörden der directen Abgaben, Domainen- und Forst-Einkünfte, ihre Bücher noch bis zum Schluß des Monats Januar k. J. aufstellen lassen, um bis zu diesem Zeitpunkt sowohl die Einhebung der currenten Einnahmen des Jahres 1818, als auch der Rückstände aus dem Jahre 1817 und aus dem Jahre 1816 und Vorzeit, möglichst vollständig bewirken und dann ohne bedeutende Risse abschließen zu können. Auf die zur Regierungsk.-Hauptkasse unmittelbar abliefernden Domainen-, Kammerguts-, Mühlen- und Ziegeler-Pächter finden dagegen diese Verlängerung der Schluß-Ablieferung keine Anwendung, weil bei diesen der Grund dazu nicht statt findet, und sie müssen sich daher schlechterdings so einrichten, daß ihre Schlußlieferungen spätestens bis zum 8. Januar k. J. bei der Regierungsk.-Hauptkasse wirklich eingeht. Uebrigens wird es einer jeden an die Regierungsk.-Hauptkasse abliefernden Kasse und Behörde, so wie auch den einzelnen Domainen u. Pächtern und andern Individuen zur unerlässlichen Pflicht gemacht, den letzten Hieserschein, mit welchem die Schluß-Ablieferung für das Jahr 1818 oder für die bis zum Schluß desselben einkommenden Rückstände früherer Jahre eingesandt wird, bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe, mit der Bezeichnung:

Schluß-Ablieferung des Rechnungs-Jahres 1818

zu versehen; es ist diese schon im vorigen Jahre gegebene Vorschrift, nach Anzeig der Regierungsk.-Hauptkasse, häufig unbeachtet gelassen, daher solche jetzt unter Androhung einer Strafe erneuert und eingeschärft werden muß. So wie nun den sämtlichen Special-Rendanten und Erhebern der verschiedenartigen Staats-Einkünfte abermals hierdurch zu erkennen gegeben wird, daß sie persönlich für alle die am Jahres-schluß verbleibenden Rückstände verantwortlich bleiben, welche durch Mangel der gehörigen Thätigkeit in Vermeidung und unterlassener Anwendung der gesetzlichen Zwangsmittel entstanden sind, so hegt die Regierung zu den patriotischen Gesinnungen der Abgabepflichtigen das Vertrauen, daß sie, ihrer Pflicht gegen den Staat eingedenk, unerinnert und ohne es zu Zwangsmitteln kommen zu lassen, die schuldigen Steuern und Abgaben zur Verfallszeit prompt entrichten werden. Die Verpflichtungen der Empfänger von Besoldungen, Diäten, Pensionen, Bartegeldern und sonstigen etatsmäßigen oder auf Anweisung beruhenden Zahlungen sind in der Eingangs erwähnten Verordnung vom 18. December v. J. enthalten und wird deshalb auf jene Verfüzung Bezug genommen.

Merseburg, den 15. December 1818.

Königl. Preuss. Regierung. Zweite Abtheilung.

Verordnen
Apothekerord-
nung vom 11.
Oktobr 1801.

niglich Preussischen Landen ihre Kunstgewerbe betreiben sollen, Geseßkraft erhalten werden, so hat doch die statt gefundene außerordentliche Revision der Apotheken im hiesigen Regierungsbezirk ergeben, daß sie noch nicht überall so beachtet sind, als es die Vorsehrge für das Wohl des Publicums und die Pflicht der Apotheker fordern. Mit Bezug auf gedachte Verordnung machen wir daher sämtliche Apothekenbesitzer des Regierungsbezirks auf folgende Punkte besonders aufmerksam:

- 1) Kein Apotheker darf mehr Lehrlinge annehmen, als er Gehülfen hält, und hat die besondere Erlaubniß nachzusuchen, wenn er ohne einen Gehülfen einen Lehrling annehmen will. Auf jeden Fall sollen die Lehrlinge vor der Annahme von dem Kreis-Physicus geprüft werden und durch ein Attest nachweisen, daß sie die nöthigen Schulkenntnisse nach §. 15. der Apotheker-Ordnung besitzen. Auch nach Veenbigung der Lehrjahre müssen die Lehrlinge, ehe sie einen Lehrbrief erhalten können, ein Fähigkeits-Attest des Kreisphysicus über ihre Fortschritte in der Kräuterkunde und Apothekerkunst beibringen.
- 2) Nicht nur in der Officin, sondern auch auf der Materialkammer und dem Kräuterboden sind die Arzneien sorgfältig aufzubewahren und zu signiren. Alte Schachteln und verfallene Fässer sind schlechte Arzneibehälter; besonders dürfen im Keller keine Signaturen von Papier angeklebt werden, da sie sich bald abnußen. Auch Nummern, die sich auf ein geschriebenes Verzeichniß beziehen, sind als eine Zeichnung anzusehen, die leicht zum Verthum führt. Bezeichnung der Gefäße mit bloßer Kreide muß als ein offenkbares Beweis von Fahrlässigkeit betrachtet werden.
- 3) Da vorausgesetzt wird, daß ein Apotheker chemisch-pharmaceutische Operationen vornimmt, womit Feuersgefahr verbunden ist, so ist das Laboratorium mit einem Gewölbe zu versehen. Der Helm zu den Distillirgeräthschaften soll von reinem Zinn gearbeitet sein, so auch die Kühltöpfe.
- 4) Bei Bereitung der Präparate, besonders bei Mischung der Composita, muß sich der Apotheker streng nach der landes-Pharmacopöa richten, damit der Arzt genau die Dosis der Arzneien bestimmen könne. Jedes Mittel, das der Apotheker kauft, oder selbst bereitet, muß er vor der Aufnahme in die Standgefäße genau prüfen, um für die Richtigkeit einstehen zu können.
- 5) Ganz vorzüglich hat er die Vorschriften, hinsichtlich der Aufbewahrung der Viste und der heftig wirkenden Mittel, nie aus den Augen zu verlieren.
- 6) Auf die gefertigten Recepte ist die Zare zu legen, damit jederzeit eingesehen werden kann, ob sie nicht überschritten und nicht zu gering ausgeworfen ist. Nur wenn sie deutlich verzeichnet ist, steht es dem Apotheker frei, sich zugleich besonderer Zeichen zu bedienen.

Sollte es sich bei den künftigen, alle drei Jahre statt findenden Revisionen ergeben, daß diese und die übrigen in der Apotheker-Ordnung enthaltenen Vorschriften ferner so wenig als bisher beachtet werden, so hat jeder Apotheker es sich selbst beizumessen, wenn, den Polizeigesetzen gemäß, ohne weitere Rücksicht verfahren wird.

